
UNIVERSITY OF VIRGINIA LIBRARY
X030514172



Quellen und Forschungen

zur

Geschichte Schleswig-Holsteins

Herausgegeben
von der
Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Zweiter Band

Vor fünfzig Jahren

Briefwechsel zwischen Dr. Karl Lorentzen und den Führern der Augustenburgischen Partei 1863—1866

Von Archivrat **Dr. Kupke** in Schleswig



Leipzig
In Kommission bei H. Haessel Verlag
1914

Druck von Vollbehr & Riepen, Kiel

Quellen und Forschungen

zur

Geschichte Schleswig-Holsteins

Herausgegeben

von der

Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Zweiter Band

Vor fünfzig Jahren.

Briefwechsel zwischen Dr. Karl Lorentzen und den Führern der Augustenburgischen Partei 1863—1866

Von Archivrat **Dr. Kupke** in Schleswig



Leipzig

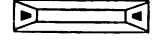
In Kommission bei H. Haessel Verlag

1914

Vor fünfzig Jahren.

Briefwechsel zwischen Dr. Karl Lorentzen
und den
Führern der Augustenburgischen Partei
1863 – 1866

Von Archivrat Dr. Kupke in Schleswig



Leipzig
In Kommission bei H. Haessel Verlag
1914

Vorwort.

Im Sommer 1912 lernte ich in dem gastfreien Hause des Herrn Rittmeisters von Ludowig-Petersdorf Frau Oberin Lorentzen kennen. Im Laufe des Gespräches bemerkte ich, daß die Priorin des Klosters Itzehoe, Gräfin Baudissin, mir Briefe ihres Vaters, der im Jahre 1864 Vertreter des Herzogs Friedrich von Augustenburg in München gewesen war, zur Veröffentlichung übergeben hätte. Daraufhin erzählte Frau Oberin, in ihrem Hause in Koburg läge der Nachlaß ihres Vaters, des Dr. Karl Lorentzen, der ja in ähnlicher Weise wie Graf Baudissin tätig gewesen sei. Bereitwilligst ging Frau Oberin auf meinen Vorschlag ein, diesen Nachlaß dem Staatsarchiv zu Schleswig zur Ordnung und dauernden Aufbewahrung zu übergeben. Bei der Ordnung ergab sich, daß dieser Nachlaß, der zum größten Teil aus Korrespondenzen der Jahre 1863—1866 besteht, wohl wert sei, als ein Stück Schleswig-Holsteinischer Landesgeschichte veröffentlicht zu werden. Auch diese meine Anregung fand verständnisvolle Aufnahme bei Frau Oberin.

Und so übergebe ich einen lang bewahrten Schatz der Öffentlichkeit. Es sind Briefe und Berichte von Männern, die aus voller Überzeugung für das Recht Augustenburgs gewirkt und gearbeitet haben, die mit großen Schwierigkeiten haben rechnen müssen und bis zuletzt den Glauben an ihren Herzog nicht verloren hatten.

Meinen Dank möchte ich an dieser Stelle auch Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Sammer in Gotha abstatten, der mir in liebenswürdigster Weise aus seines Vaters Nachlaß die Mohlsche Korrespondenz zur Verfügung gestellt hat.

Archivrat Dr. Kupke.

Einleitung.

Die Nachricht vom Tode des Königs von Dänemark, Friedrichs VII., traf Lorentzen[1]) in Berlin, wo er als Mitarbeiter der National-Zeitung tätig war. Sofort eilte er nach Gotha zum Herzog, nachdem sein Chefredakteur Zabel ihm, wenn auch sehr ungern, längeren Urlaub erteilt hatte.

In Gotha hatten sich die Freunde des Herzogs zusammengefunden[2]), um die Vorbereitungen für die Besitznahme der Herzogtümer zu treffen. Arbeit gab es in Hülle und Fülle; die Pläne jagten sich. Der Herzog hatte selbst den Wunsch, den Krieg zu führen; die Bundestruppen sollten den Weg nach Holstein bahnen, dann wollte der Herzog handelnd auftreten. Täglich erschienen Freunde aus den Herzogtümern, mit denen Lorentzen sprechen mußte, die er anhören und instruieren sollte. Mitte Dezember fuhr er nach Hamburg, um persönlich Fühlung mit den dortigen Anhängern zu nehmen. Weihnachten bei Frau und Kindern zu verleben, war ihm nicht vergönnt. Die Abreise des Herzogs nach Holstein, ein Plan, von dem nur Samwer, Francke und er wußten, rückte in greifbare Nähe. „Die nächsten Wochen werden zeigen", schrieb er an seine Frau, „ob das Unternehmen scheitert, oder ob man kämpfen muß. Im ersten Falle kehre ich nach Berlin zurück. Im zweiten wäre es mir nicht möglich, einem Kampfe fern zu bleiben,

---

[1]) Siehe den Nachruf in der Münchner Allgemeinen Zeitung 1889, Nr. 300 u. ff. In diesem sind die äußeren Lebensschicksale Lorentzens so gut und so ausführlich geschildert, daß ich glaubte, von einer erneuten Darstellung derselben hier absehen zu dürfen.

[2]) Das ganze augustenburgische Haus ist voll; Samwer schläft noch in seinem Hause. Außer Herzog Friedrich und Prinz Christian sind hier Francke, du Plat, Liliencron, Michelsen, Major Schmidt, Stemann. Lorentzen an seine Frau, 1863, November 26, Gotha.

dessen Durchfechtung ich für meine Lebensaufgabe halte. Dann gebe ich meine Stellung in Berlin auf und denke mein Schicksal noch einmal an das meines Landes zu heften. Ich weiß, daß Du Mut und Patriotismus hast und mit meinem Entschluß einverstanden bist."

Über Weihnachten machte er einige Reisen nach Frankfurt a. M. und Karlsruhe und kehrte am 27. Dezember wieder nach Gotha zurück. Die Reise des Herzogs hatte sich verzögert, weil das Einrücken der Bundestruppen etwas später erfolgt war, als man in Gotha erwartet hatte. Nun aber schien der Zeitpunkt gekommen, die Tätigkeit in das Land selbst zu verlegen[1]. Trotz mancherlei Abmahnungen ging der Herzog nach Kiel, um hier den Kampf um sein Recht und sein Land auszufechten. Seit dem 2. Januar war auch Lorentzen dort anwesend, und nach seinen Äußerungen nahmen die Dinge einen verhältnismäßig erfreulichen Verlauf. Zwar ahnt er, daß schwere Stunden bevorstehen. Der Kampf um Holstein scheint ihm ein sicherer Sieg; viel schwieriger würde der Erwerb Schleswigs werden. Überraschend war der Anblick des Landes. Jedes Haus mit deutschen und schleswig-holsteinischen Fahnen geschmückt; jedermann trägt eine blau-weiß-rote Kokarde. Auch des Herzogs Persönlichkeit habe rasch alle Herzen gewonnen. Von Preußen erwartet er nicht, daß es Schleswig für Augustenburg erobern und dem Herzog auf dem Präsentierteller darbieten werde, aber er hofft, das Londoner Protokoll wird durch Preußens Siege zerrissen, und die Dänen aus dem Lande getrieben werden. Dann kommt es darauf an, ob die Schleswig-Holsteiner ihr Land werden gegen Dänemark behaupten können. Diese Kraft müssen sie wecken, darauf müssen sie sich vorbereiten.

Mit banger Sorge[2]) werden der Herzog und seine Umgebung den Januar verlebt haben, und es war ein erlösendes Gefühl, als am 1. Februar die Preußen gegen Norden vorrückten. Der Krieg gegen Dänemark war erklärt, und die paar

---

[1]) Namentlich infolge der Nachricht von der Versammlung in Elmshorn am 27. Dezember.

[2]) Man fürchtete besonders die Aufforderung König Wilhelms, der Herzog solle Holstein verlassen; s. Nr. 5.

Schüsse in Levensau, schreibt Lorentzen, waren mehr wert als alles, was bisher geschehen ist.

Die frohe Stimmung hielt nicht lange an. Bereits Anfang März trat eine ungünstige Wendung ein. Die Schwäche der Mittelstaaten und der böse Wille der Großmächte drängten aus der Offensive in die Defensive, und die bange Ahnung, man werde über kurz oder lang noch einmal aus dem Lande fort müssen, wollte nicht weichen. Wohl glaubte Lorentzen an die Annahme des bayrischen Dringlichkeitsantrages auf Anerkennung des Herzogs, aber ebenso sicher erschien ihm der Widerstand der preußischen und österreichischen Regierungen. Ostern verlebte er in Berlin und konnte von hier aus Sammer melden, man betrachte hier die Situation durchaus nicht als ungünstig; die Hauptentscheidung werde in der Haltung des Landes liegen, ein starkes Hervortreten des Herzogs erscheine nicht ratsam[1]).

Inzwischen war die Konferenz nach London einberufen worden, und Lorentzen mußte Ende März einem dringenden Rufe Sammers nach Kiel folgen. Dort fand er alles in voller Arbeit, Kundgebungen des Landes sollten vorbereitet werden. Den Anfang sollten die Stände machen, die in den nächsten Tagen zusammentreten würden, um zu erklären, daß sie sich ihre Selbständigkeit unter Herzog Friedrich nicht nehmen lassen wollten; Ritterschaft, Universität, Städte würden mit gleichen Erklärungen folgen. Man versprach sich großen Erfolg. War doch der Grundsatz der Engländer, den sie überall aufstellten, bekannt: daß nämlich keinem Volke eine Regierung gegen seinen Willen aufgedrungen werden dürfe.

Bald sollte sich Lorentzens Wirkungskreis erweitern. Es erschien nötig, dem als Bevollmächtigten des Herzogs außeramtlich in London tätigen Fürsten Löwenstein einen kundigen Berater zur Seite zu stellen. Niemand erschien geeigneter dazu als Lorentzen, der die englische Sprache beherrschte und durch die Familie seiner Frau leicht Eintritt in die englischen Kreise finden würde. Die Ernennung und der Termin seiner Abreise erfolgten so rasch hintereinander, daß ihm nicht einmal Zeit blieb, sich

[1]) Nr. 15.

von Frau und Kindern in Berlin zu verabschieden. Am 16. April reiste er von Kiel ab; die Fahrt ging über Hamburg, Köln, Ostende. In London wurde er von seinem Schwiegervater erwartet und verbrachte den ersten Tag im Kreise der Familie seiner Frau in Norwood, machte dann auch gleich seine Besuche bei verschiedenen Parlamentsmitgliedern, Osborne, Kinglake, Grant Duff und Sir Henry Verney.

Schon die erste Konferenz am 25. April zeigte Lorentzen, daß wirklich Erfreuliches nicht werde geschaffen werden. Die Verhandlungen über die Waffenruhe wollten kein Ende nehmen; niemand schien Eile zu haben; wichtig wäre nur, daß die Stimmung allmählich sich zu ändern beginne; man gewöhne sich langsam an den Gedanken, daß die Herzogtümer von Dänemark getrennt bleiben würden, und da man die Annexion derselben durch Preußen unter keiner Bedingung zulassen wolle, schien die Anerkennung des Herzogs das kleinere Übel zu sein[1]).

Näheren Anschluß fand Lorentzen an Beust, der nunmehr, da mit einer Absendung des Herrn v. Warnstedt nicht mehr gerechnet werden konnte, den Wunsch aussprach, Lorentzen als sachkundigen Berater während der Dauer der Konferenz bebetrachten zu dürfen[2]).

Als Chef der augustenburgischen Abgesandten galt Fürst Löwenstein, der in den Hofkreisen eine sehr angesehene Stellung einnahm. Um so bedenklicher war es, daß er sich entschloß, von seinem Amte zurückzutreten. Die Korrespondenz mit Kiel hatte bis dahin in den Händen des Fürsten gelegen. Lorentzen trat völlig in des Fürsten Stelle, bat aber gleichzeitig um genaue Instruktionen aus Kiel, da seine einzige Instruktion bis jetzt gewesen sei, in dem Fürsten seinen Vorgesetzten zu sehen[3]).

Lorentzens Stellung war nicht gerade beneidenswert. Die schleswig-holsteinische Abordnung, die sich zunächst an Beust gewandt hatte, ohne mit den Vertretern des Herzogs Fühlung zu nehmen[4]), war von Lord Russell nicht angenommen worden[5]),

[1]) Nr. 18.
[2]) Nr. 17.
[3]) Nr. 20.
[4]) Nr. 21. Anmerkung 1.
[5]) Nr. 22.

und über die Erklärung des Herzogs, die ja auch keinen Erfolg gehabt hatte, sprachen die englischen Blätter in einem Tone, den man sonst nur von Fischweibern hört. War es im Grunde nichts als der Ärger darüber, daß sie mit ihrer Politik so gänzlich Fiasko gemacht hatten, so war es doch wiederum für Lorentzen unendlich schwer, bei dieser so feindlichen Gesinnung Interesse für den Herzog zu erwecken. Außerdem wurden die Aussichten für die Verlängerung der Waffenruhe immer geringer, und die Meinung verbreitete sich, es sei unter diesen Umständen das Beste, die Konferenz aufzulösen, eine Ansicht, die die Times am 6. Mai in einem sehr deuschfeindlichen Artikel offen aussprach. Lorentzens Hoffnung beruhte auf dem Ministerium, dessen Bestehen gefährdet erschien, wenn die Konferenz ergebnislos verlaufen sollte.

Auch aus Kiel wurde nichts Erfreuliches gemeldet. Des Herzogs Reise nach Altona hatte bei den Bundeskommissären großes Bedenken erregt; sahen sie doch ihrer Meinung nach darin einen ersten Anfang der Ausübung der Regierungsgewalt des Herzogs, und ihr Befehl an die Landesregierung, jeder öffentliche Empfang des Herzogs auf etwaigen Reisen sollte unterdrückt werden, erregte wiederum in Kiel den größten Widerstand, der zur offenen Feindschaft auszubrechen drohte. Daneben traten die Versuche Preußens auf Annexion der Herzogtümer immer deutlicher in den Vordergrund. Der Kronprinz habe erzählt, man versuche von allen Seiten her dem König den Glauben beizubringen, daß Schleswig-Holstein durchaus preußisch werden will. Der Herzog tut nichts gegen die Annexion, weil auch durch sie das Land befreit werde; aber er werde nie in dieselbe einwilligen, weil sie doch eine große Gefährdung des Landes enthalte [1]).

Seine Instruktion [2]) hatte Lorentzen erhalten. Sie übertrug ihm bis auf weiteres die völlige Leitung der Geschäfte. Graf Rantzau [3]) sollte den Verkehr mit der englischen Gesellschaft pflegen, Crowe und Forchhammer die Berichte für die Presse

1) Nr. 31.
2) Nr. 28.
3) s. über ihn Nr. 38, Anmerkung 1.

schreiben. Lorentzens Verhältnis zu Beust sollte als ganz privates aufgefaßt werden. Nur wenn der Herzog ihn ausdrücklich instruiert, oder wo er genau die Ansicht des Herzogs kenne, solle er offiziell handelnd auftreten, sonst nur seine Privatmeinung aussprechen oder in Kiel um Äußerung bitten.

Die entscheidende Sitzung des 28. Mai, vielleicht für die augustenburgische Partei des wichtigsten Tages seit dem Tode des Königs von Dänemark, schien mit einem Male alle dunklen Wolken zu vertreiben und den Herzog mitten hinein in das blendende Licht der Mittagssonne zu stellen. Ein gewaltiger Schritt vorwärts war getan: Die Bildung eines selbständigen Staates Schleswig-Holstein gesichert, das Recht des Herzogs faktisch anerkannt; der preußische Annexionsgedanke schien für alle Zeit beseitigt. Aber gleich folgte der Dämpfer. Beust schickte Graf Rantzau nach Kiel, man sollte ja nicht sofort die Besitzergreifung von Holstein ins Werk setzen und sich die Regierungsgewalt anmaßen, ohne erst die Entscheidung des Bundes abzuwarten. Und die Hoffnung, ganz Schleswig-Holstein zu besitzen, mußte zunächst aufgegeben werden. Völlig unannehmbar war der von Frankreich und England gemachte Vorschlag, die Schlei sollte die zukünftige Grenze bilden. Die deutschen Mächte forderten zunächst ganz Schleswig, erklärten auch bezüglich Kiels und Rendsburgs nicht nachzugeben, aber um nicht alles wieder in Frage zu stellen, waren sie Willens, das Prinzip der Teilung anzunehmen und den neutralen Mächten hierdurch Konzessionen zu machen. Zunächst wurde die Linie Apenrade-Hoyer ins Auge gefaßt, und Lorentzen hielt es für sicherer, für Festhalten dieser Linie zu stimmen als durch Bekämpfung des ganzen Teilungsplans den geringen Einfluß selbst zu beseitigen, den er bis jetzt ausgeübt hat[1]). Diese Teilungsfrage wurde nunmehr in allen folgenden Sitzungen mit Breite und Gründlichkeit verhandelt, ohne daß bei der Gegensätzlichkeit der Meinungen und dem starren Festhalten der Neutralen und Dänen an der Schleilinie eine Einigung möglich wurde. Über alle Phasen und Einzelheiten berichtet Lorentzen ausführlich nach Kiel. Kam es ihm natürlich in erster Linie

[1]) Nr. 38.

darauf an, die dortigen Freunde über den Gang der Ereignisse auf dem Laufenden zu halten, so wollte er doch auch durch seine Verbindungen mit Beust und Bernstorff die Kieler auf alle Schritte aufmerksam machen, die seiner Meinung nach für die Stellung des Herzogs von Wichtigkeit sein könnten. Und wie schwer mag es ihm geworden sein, auch hier die gegensätzlichen Meinungen zu überbrücken. Bernstorff sieht nur im festen, unerschütterlichen, aufrichtigen Zusammenhalten mit Preußen den einzigen Weg für den Herzog, zur Anerkennung zu gelangen [1]), Beust warnt vor einem einseitigen Anschließen an die nördliche Großmacht. In London ist die Teilungsfrage im Prinzip völlig angenommen; in Kiel sperrt man sich zunächst gegen jede Teilung und spricht, kaum daß man sich mit dieser Idee befreundet hat, von Plänen, wie man das etwa Verlorene wieder gewinnen könnte. Und daneben von Kiel aus das Drängen nach Anerkennung. Mit Beust, mit den Parlamentsmitgliedern, mit der englischen Presse soll Lorentzen Fühlung nehmen; jeden dafür zu begeistern suchen, jedem klar machen, daß die Anerkennung des Herzogs das einzige Mittel sei, um den Frieden zu erhalten, die Ruhe zu bewahren. Doch als Bismarcks Bekanntmachung [2]) über die Zusammenkunft mit dem Herzog in den Gesandtschaften erfolgt war, und Lorentzen daraufhin angeredet wurde, da fehlte ihm von Kiel aus jede authentische Nachricht, womit er die gegen den Herzog erhobenen Vorwürfe hätte zurückweisen können.

So verging erfolglos wie die Konferenz seine Tätigkeit in London. Der Waffenstillstand wurde nicht erneuert; am 26. Juni begann der Krieg, aber die Anerkennung des Herzogs war nicht durchgesetzt. Die Teilungsfrage wurde hinfällig, und die anfänglich so kriegerische Stimmung in England verflog, als der Krieg ernst wurde. Lorentzen hatte, so weit es in seinen Kräften stand, auf seine Freunde im Parlament einzuwirken versucht, daß eine englische Flottendemonstration in der Ostsee vermieden und die Furcht eines europäischen Krieges verscheucht wurde. Er wartete den Ausgang der Parlamentsdebatte ab und konnte

---

1) Nr. 52.
2) Nr. 64.

nun endlich seine Heimreise nach Berlin antreten, wo er am Sonntag, den 10. Juli abends eintraf.

Langer Aufenthalt im Kreise seiner Familie war ihm nicht beschieden. Sammer hatte schon nach London um rasche Rückkehr geschrieben und es gar nicht gern gesehen, daß Lorentzen noch die Parlamentsverhandlungen abwarten wollte. Um so dankbarer hatte Lorentzen die Erlaubnis des Herzogs empfunden, zunächst einige Tage nach Berlin zu gehen. Nun aber wurde seine Anwesenheit in Kiel zur Notwendigkeit, und vom 15. Juli sehen wir ihn dort in voller Tätigkeit. Sammer war mit der Abfassung der augustenburgischen Denkschrift beschäftigt, Lorentzen mußte die auswärtige Korrespondenz führen. Um aber in diesen Sommermonaten seine Familie bei sich zu haben, mietete er in Düsternbrook, nicht weit von der herzoglichen Villa, eine möblierte Wohnung. Der Schwerpunkt der politischen Verhältnisse hatte sich nach Wien verlegt, wo die Friedensverhandlungen ihren langsamen Fortgang nahmen. Zwei Gesichtspunkte mußten im Auge behalten werden, die Vermeidung des Interims und die möglichst baldige Anerkennung des Herzogs. Lorentzens Briefe an Schleiden[1]) und Holtzendorff[2]), von denen der eine bej seiner Anwesenheit in Gastein Fühlung mit König Wilhelm und Bismarck nehmen, der andere durch seine vertraute Bekanntschaft mit Auerswald und dem Kronprinzen namentlich auf den letzteren wirken sollte, berühren eigentlich nur diese beiden Fragen. Aber wenn es auch glückte, das Interim an dem Widerstande Österreichs zu Falle zu bringen; die Möglichkeit, die Anerkennung des Herzogs noch vor dem Friedensschlusse durchzudrücken, scheiterte an dem preußischen Ministerpräsidenten, dem die Erwartung der oldenburgischen Denkschrift die gewünschte Gelegenheit gab, die Anerkennungsfrage zu verschleppen und den Herzog in der peinlichen Lage der Ungewißheit zu lassen.

Da aber Mitte September von verschiedenen Seiten her die Nachricht kam, Bismarck halte an der augustenburgischen Sache fest und scheine neuen Verhandlungen nicht abgeneigt,

---

1) Nr. 79—90.
2) Nr. 78.

beschloß der Herzog, Herrn von Ahlefeld zur nochmaligen Besprechung nach Berlin zu senden. Lorentzen sollte ihn begleiten und ihm helfend[1]) zur Seite stehen. Zwar sollte als Grund seiner Anwesenheit in Berlin gelten, er wollte seine Familie besuchen, und deshalb ging an seine Frau, die sich zu dieser Zeit in Lütjenburg bei Lorentzens Bruder befand, die Aufforderung, bald nach Berlin abzureisen, damit der oben angegebene Grund auch den Tatsachen zu entsprechen schien. Am 20. September konnte er mitteilen, er werde am 23. in Berlin eintreffen.

Da Bismarck bei seiner kranken Frau in Varzin weilte und erst am 27. September wieder nach Berlin zurückkehrte, konnte Ahlefeld erst dann Besuch machen, wurde aber sofort zu Bismarck berufen und hatte am 28. und 30. September längere Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten. So günstig wie jetzt hat Lorentzen noch nie die Sachlage aufgefaßt. Schien doch die Anerkennung des Herzogs in kurzer Zeit erwartet werden zu können. In diesem Augenblicke empfing er ein Schreiben Steindorffs, welches ihn nach Kiel zurückrief[2]); Sammer war heftig erkrankt und mußte sich von den Geschäften fern halten. Da ja auch infolge der Abwesenheit Bismarcks in Berlin nichts vorlag, was seine Anwesenheit unbedingt nötig machte, so reiste Lorentzen ab, nachdem er auf Wunsch des Herzogs Geffcken völlig in die Verhandlungen eingeweiht, zugleich ihn aber auch ersucht hatte, über die wohlwollende Haltung Bismarcks nichts verlauten zu lassen. Auch Ahlefeld war angewiesen worden, über Absicht oder Erfolg seiner Anwesenheit in Berlin namentlich den Mitgliedern des diplomatischen Korps gegenüber möglichst wenig zu äußern. Der Herzog hatte eine gewisse Besorgnis, Ahlefeld allein in Berlin zu lassen. Hatte er sich doch gleich bei Balan gemeldet und diesem Mitteilung über den Zweck und die Ziele seines Berliner Aufenthalts gemacht, während nach des Herzogs Meinung seine Sendung eigentlich Geheimnis bleiben sollte.

Am 4. Oktober war Lorentzen wieder in Kiel, fand Sammer an heftigem Erkältungsfieber leidend vor und mußte alles selbst besorgen. Aber er sah die Sachlage im rosigsten Lichte

---

[1]) Nr. 101.

[2]) Nr. 103.

und meinte, es wäre fast ein Wunder, wenn nun noch zum Schluß eine ungünstige Wendung käme. Es machte ihm Spaß, was die Leute alles über Ahlefelds Sendung redeten, während niemand von der Wahrheit eine Ahnung hätte. Sammer, der völlig nervös überreizt war, mußte zur Erhaltung seiner Gesundheit von Kiel fort. Er reiste nach Gotha, besuchte von dort Roggenbach in Karlsruhe. Von seiner und Franckes Entlassung war keine Rede mehr, doch fürchtete Lorentzen, daß die beiden treuen Berater des Herzogs später geopfert werden müßten. Der Aufenthalt in Kiel wurde am 9. Oktober durch eine dringende Reise nach Dresden unterbrochen, die im strengsten Geheimnis unternommen und ausgeführt wurde. Auf der Rückkehr konnte er in Berlin einen Augenblick seine Familie begrüßen; am 19. war er schon wieder in Kiel. Da Geffcken ihm mitgeteilt hatte[1]), daß nunmehr auch Scheel-Plessen, durch ihn bearbeitet, zu der Erkenntnis gekommen sei, die Anerkennung des Herzogs sei die beste Lösung, so war Lorentzen der frohen Hoffnung, daß nach dem Friedensschlusse auch diese letzte Schwierigkeit bald überwunden sein werde.

Ende Oktober war Bismarck von seiner Reise aus Biaritz zurückgekehrt; für den Herzog schien es Zeit, die angeknüpften Unterhandlungen weiter zu führen und zu Ende zu bringen. Ahlefeld und Lorentzen gingen nach Berlin. Der erste Eindruck war günstig. Ahlefeld hatte seine Ankunft bei Bismarck gemeldet und war gleich zum 1. November zur Besprechung gebeten worden[2]). Allein am Nachmittag kam eine Absage, weil abends Ministerialsitzung sei. Und nun folgten lange Tage banger Erwartung; die Aufregung wuchs, als man den Konflikt mit Österreich wegen der Entfernung der Bundestruppen immer drohender anschwellen sah.

Schon dachte man, durch Abgabe einer neuen Karte bei Bismarck diesen zu mahnen, da kam die Aufforderung zur Unterredung. Aus dieser[3]) ging nun deutlich hervor, daß Bismarck im Ernst nicht gewillt war, es zu einer völligen Ver-

---

1) Nr. 105.
2) Nr. 106.
3) Nr. 116.

ständigung mit dem Herzog kommen zu lassen. Ihm liegt zunächst daran, die Bundestruppen aus Holstein fort zu haben, dann sei das Land in den alleinigen Händen der Preußen, und man könne die Weiterentwicklung der Zeit überlassen. Verfassungs- und Personenfrage sind garnicht erwähnt worden, ein böses Zeichen dafür, daß der Gedanke an Annexion stärker als bisher bei ihm in den Vordergrund getreten sei. Hiermit sei jetzt zu rechnen; hieraus müßten die praktischen Folgen gezogen werden. Aber auch jetzt dürfe man an der bisher beobachteten Politik nicht irre werden, sondern nur im Anschluß an Preußen das Ziel zu erreichen suchen und auf Österreich und die Mittelstaaten sich nur soweit stützen, als es zur Beschleunigung der Anerkennungsfrage nötig sei. Vorsicht müsse vor allem geübt werden, denn Bismarck werde gewiß nicht versäumen, bei einer sich bietenden Gelegenheit entweder durch die ihm ergebene Presse den Herzog bloßzustellen oder ihn beim Könige zu verleumden. Um dies zu vermeiden, müsse der Herzog versuchen, sich mit dem Könige in Verbindung zu setzen, durch eine geeignete Mittelsperson, durch einen Brief oder durch persönlichen Besuch in Berlin. Auf Ahlefelds Bleiben legt er großen Wert; man gewöhne sich daran, in ihm den offiziellen Vertreter des Herzogs zu sehen [1]).

Die Zuspitzung des Konflikts mit Österreich bewog Herrn von Bismarck, am 25. November noch einmal Herrn v. Ahlefeld zu sich rufen zu lassen. Aber auch dieses Gespräch hatte keine festen Vereinbarungen zur Folge, und so konnte Lorentzen nur den Rat geben, der Herzog müsse völlig neutral bleiben und in keiner Weise merken lassen, daß er einer oder der anderen Großmacht Sympathien entgegenbringe. Der Streit liege ganz außerhalb des herzoglichen Einflusses; sich einzumischen hieße der augustenburgischen Sache Schaden zufügen [2]). Es sei aber unbedingt nötig, daß die bisherige herzogliche Landesregierung auch unter der neuen Verwaltung ihre Geschäfte weiterführe; sie solle versuchen, zu den neuen Kommissären in dasselbe Verhältnis zu treten wie zu Könneritz und Nieper. Denn für

[1]) Nr. 116.
[2]) Nr. 127.

den Herzog bleibe es doch von größter Wichtigkeit, daß die Verwaltung in befreundeten ergebenen Händen bleibe. Ob Preußen aber dann, wenn die Bundestruppen fort wären, an die rasche Erledigung der Erbfrage herantreten oder neue Schwierigkeiten suchen und finden werde, das könne man nicht vorher sagen. Löst aber Preußen sein Versprechen ein, dann müssen auch die Stände berufen werden, und schon jetzt müsse man sein Augenmerk darauf richten, daß diese dann fest und einmütig die Einsetzung des Herzogs verlangen und sich weigern würden, mit einer anderen Regierung als der des legitimen Herrschers zusammen zu wirken für die Begründung dauerhafter Zustände.

Nach kurzer Anwesenheit in Kiel und Primkenau ist Lorentzen am 10. Dezember wieder in Berlin angetroffen. Hier hatte Ahlefeld versucht, mit Bismarck in Fühlung zu bleiben, hatte auch am 14. Dezember eine Unterredung mit ihm, die zwar keine großen Erfolge erzielte, aber doch ergab, daß Bismarck mit der Anerkennung des Herzogs rechne. Die Konzessionsfragen, die zwischen Preußen und Österreich schwebten, wurden in den Ministerien ausgearbeitet, und Lorentzen erschien die Sachlage insofern nicht ungünstig, als der Herzog unter diesen Umständen der Gefahr entgehe, daß der Versuch einer heimlichen Annäherung an Preußen leicht den Anschein einer Hintergehung Österreichs und der Mittelstaaten erwecken könnte[1]. Jetzt übernimmt Österreich gewissermaßen die Deckung des Herzogs gegen den Bund und die Mittelstaaten, und wie der Herzog natürlich das bewilligen muß, was Österreich Preußen an Konzessionen zugesteht, so übernimmt andererseits Preußen die moralische Verpflichtung, nicht mehr vom Herzog zu verlangen, als was man Österreich bewilligt hat. Die beiden Großmächte seien auf einander angewiesen und müßten sich Konzessionen machen; er halte es für ausgeschlossen, daß Österreich der neuen bayrischen Triasidee folgen und das Bündnis mit Preußen mit dem der Mittelstaaten vertauschen werde. Wie eifrig Lorentzen für den Anschluß an Preußen arbeitete, zeigt sein Gespräch mit

---

[1]) Nr. 138.

Oetker. Dieser war in der kurhessischen Frage nach Berlin gereist und wollte Lorentzen überzeugen, man müsse die Anerbietungen des Herzogs an Preußen bekannt geben, um die öffentliche Meinung in Deutschland wieder zu gewinnen. Nichts sei verkehrter als dieses, und nichts habe dem Herzog mehr geschadet als die Meinung, seine Interessen seien die der Mittelstaaten. Und wenn jetzt Herr v. d. Pfordten eine neue bayrische Politik treibe, die stark an den Rheinbund erinnere, so liege jetzt bald die Frage vor, ob eine Bekanntmachung der wirklichen Stellung des Herzogs zu den preußischen Interessen nicht von großem Erfolge für seine weitere Politik sein könnte[1]).

Weihnachten konnte Lorentzen mit den Seinen feiern, dann rief ihn sein Herzog nach Kiel, da Samwer nach Gotha reisen wollte. Januar verlebte er in Kiel; der Aufenthalt wurde nur durch eine Reise nach Wien und Köln in der Zeit vom 10.—20. Januar unterbrochen. Die Anerkennung des Herzogs schien ihm immer noch in sicherer Aussicht. Schwer aber litt er unter der Verschleppungspolitik Bismarcks; Preußens Annexionsversuche werden zum Nachteil dieses Staates ausschlagen. Es betrübt ihn schmerzlich, daß Preußen sich vollständig unfähig zu der Rolle bewiesen hat, welche alle seine wahren Freunde ihm zugedacht haben. Durch seinen kleinen militärischen Erfolg habe es so sehr alle Besinnung verloren, daß es glaube, Recht und Moral und Ehrgefühl seien keine Mächte mehr in der Welt. Es habe seine ganze Sache auf Treubruch und Niederträchtigkeit gestellt. Wie schwer mag es Lorentzen geworden sein, diese Worte auszusprechen; hatte er doch bis jetzt schärfer und bestimmter als die anderen Ratgeber des Herzogs stets betont, daß nur im engen Anschluß an Preußen der Herzog zur Anerkennung kommen würde.

Für den Herzog war es von Wichtigkeit, die Stimmung der preußischen Abgeordneten kennen zu lernen. Lorentzen begab sich deshalb nach Berlin, fand bei der Regierung einen recht deutlichen Standpunkt, nämlich die Erreichung eines möglichst großen Maßes von Konzessionen vor der Festsetzung über die

[1]) Nr. 144.

Successionsfrage, bei den Abgeordneten im Allgemeinen einen Gegensatz gegen den Annexionsgedanken, aber leider nicht aus dem Bewußtsein der Anerkennung des Herzogs, sondern aus Neid gegen Bismarck. Und bei dieser Erkenntnis hielt Lorentzen eine Ablehnung der Annexion im Abgeordnetenhause für recht bedenklich. Das Ansehen des Hauses sei gering, seine Beschlüsse hätten gar keine Bedeutung, und Bismarck würde gewiß nicht verfehlen, dem Könige klar zu machen, daß man von Kiel aus mit der Fortschrittspartei zusammenarbeite, daß der Herzog der Kandidat der Demokratie sei[1]). Erschwerend für ein gedeihliches Arbeiten in Berlin waren auch die Beschlüsse der Rendsburger Versammlung, die zeigten, daß die schleswig-holsteinischen Vereine in ihrer Majorität Organe der partikularistischen Partei waren. Und wenn auch Lorentzen sich alle Mühe gab, den Abgeordneten klar zu machen, daß der Herzog diesen Bewegungen vollständig fern stand, daß es für alle, welche zwischen dem Rechte des Landes und den Interessen der Nation einen Ausgleich erstrebten, eine gebieterische Pflicht sei, sich von diesen Leuten loszusagen, ein gewisses Mißtrauen blieb und konnte leider nicht mehr gehoben werden.

Unter solchen Umständen war es nicht zu verwundern, daß selbst Ahlefeld bat, aus Berlin fortgehen zu dürfen, und nur durch dringendes Bitten des Herzogs bewogen werden konnte, auf dem aussichtslosen Posten auszuharren[2]).

Während Ahlefeld auf Grund seiner Instruktion vom 31. März die Verhandlungen in Berlin weiter führte, erhielt Lorentzen die Aufgabe, in Dresden, Wien und München mit Beust, Wydenbrugk und v. d. Pfordten die Sachlage zu besprechen, zu hören, wie man dort die zukünftige Stellung des Herzogs zu den Februarbedingungen Preußens auffasse, und vertrauliche Rücksprache mit den Ministern und dem herzoglichen Bevollmächtigten über die Gegenvorschläge des Herzogs zu nehmen, wie sie in der Instruktion an Ahlefeld ausgedrückt waren. Kaum nach Kiel zurückgekehrt, mußte er von Anfang Mai an

---

[1]) Nr. 155.
[2]) Nr. 165.

die Interessen des Herzogs in Berlin vertreten. In der Instruktion vom 4. Mai wurde ihm der Auftrag gegeben, in Berlin vor der bevorstehenden Verhandlung im Abgeordnetenhause mit Kammermitgliedern Fühlung zu nehmen. Simson, Bunsen, Graf Schwerin, Gneist, Virchow, Dahlmann, Franz Dunker wurden namentlich genannt. Ihnen sollte er die Instruktion an Ahlefeld vertraulich vorlesen und aus den früheren Verhandlungen soviel mitteilen, als erforderlich sei, um ihnen klar zu machen, daß der Herzog sich stets bereit gezeigt habe, unter weitgehenden Zugeständnissen ein Abkommen mit Preußen zu treffen. Besonders seien sie darüber aufzuklären, daß in dem Gespräch vom 1. Juni 1864 die Differenz nicht in den Konzessionsfragen lag, sondern in den Verhandlungen wegen der Teilung Schleswigs, der Kriegskosten und der Anerkennung durch die Landesvertretung. Festzuhalten sei der Gesichtspunkt, daß die Herren diese Kenntnisse nicht ohne Weiteres in den Debatten vorbringen, sondern sie nur durchfühlen lassen sollten. Mit den Einzelheiten sollten sie erst dann hervortreten, wenn etwa vom Ministertisch aus bestimmte Anschuldigungen gegen den Herzog erhoben würden, daß derselbe es an Entgegenkommen haben fehlen lassen.

Bei seinen Unterredungen mit den Abgeordneten erkannte Lorentzen bald, daß sie zwar Feinde Bismarcks und einer Vergewaltigung der Herzogtümer abgeneigt, doch sehr unzufrieden mit der Kieler Politik seien. Des Herzogs Regierung sei partikularistisch und bewege sich im Fahrwasser der österreich-würzburgischen Vereinigung, das sei hier die allgemeine Meinung und fester Glaube geworden, weil man in Kiel aus Rücksicht auf Österreich und die Mittelstaaten nie gewagt habe, den wahren Sachverhalt zur Kenntnis gelangen zu lassen. Da sei es für den Augenblick von der größten Wichtigkeit gewesen, die Abgeordneten mit der Instruktion vom 31. März bekannt zu machen, und Lorentzen hielt es für die Befolgung einer weiteren günstigen Politik für unbedingt nötig, die Instruktion veröffentlichen zu lassen[1]). Rücksicht auf die öffentliche Meinung

[1]) Nr. 174.

in Österreich brauche man nicht zu nehmen; diese habe für die Herzogtümer nicht mehr zu bedeuten als die öffentliche Meinung in Holstein für die Wallachei. Dem preußischen Ministerpräsidenten aber werde dadurch die Rückkehr zur Annexionspolitik erschwert; andererseits aber erkläre sich der Herzog durch die Veröffentlichung gebunden. Auch für die Abgeordneten sei es wertvoller, wenn sie aus der Zeitung den Inhalt der Instruktion kennen lernten, als wenn sie jetzt anscheinend durch heimliche Wege hiervon Nachricht erhalten hätten. Der Herzog würde wieder in den Augen Deutschlands zum Träger des nationalen Gedankes werden.

Im Abgeordnetenhause sollte in der nächsten Zeit über die Marinevorlage und die Kriegskosten verhandelt werden. Da es wahrscheinlich war, daß bei der Besprechung über den Kieler Hafen die ganze schleswig-holsteinische Frage in die Debatte gezogen werden würde, bat Lorentzen, um auf diesen Fall gerüstet zu sein, um drei Nachweisungen[1]), einmal, daß das dänische Tronfolgegesetz von 1853 für die Herzogtümer nicht rechtsbeständig geworden ist, dann zweitens, daß die preußische Politik seit November 1863 nicht konsequent, sondern voll von Widersprüchen gewesen ist, und schließlich, daß der Herzog es am Entgegenkommen nicht hat fehlen lassen, und hierüber an den betreffenden Stellen in Berlin kein Zweifel hat sein können. Diese drei Denkschriften müßten bis spätestens Mitte der nächsten Woche fertig in seinen Händen sein. Kurz und scharf müßten sie geschrieben sein, mit Beifügung der authentischen Beweisstücke. Man solle bei der Abfassung davon ausgehen, daß diese Schriften bestimmt seien für kluge, aber sehr beschäftigte Männer, die auf das Lesen nicht lange Zeit verwenden könnten.

Die Sitzung im Abgeordnetenhause fand am 13. Juni statt[2]). Die Regierungsvorlage wurde in allen Teilen abgelehnt. Bei der Begründung der Vorlage führte Bismarck einen scharfen Vorstoß gegen den Herzog, der einen großen Eindruck machte. Er berührte die Unterredung, die er am 1. Juni 1864 mit dem

1) Nr. 189.
2) Nr. 201.

Herzog gehabt hatte, und behauptete, der Herzog habe alle Konzessionen abgelehnt, und als er ihm ein Bild der preußischen Forderungen entwickelte, habe der Herzog geäußert, dann sei es besser, wenn Preußen sich garnicht in die Sache gemischt hätte. Niemand habe ja die Preußen gerufen, und die Herzogtümer hätten allein die Sache besser durchgeführt.

In der ersten Aufwallung telegraphierte Lorentzen nach Kiel, man dürfe diese Äußerung Bismarcks nicht unbeantwortet lassen, und Hänel, der an Sammers Stelle die Korrespondenz mit Lorentzen führte, war gleich mit verschiedenen Vorschlägen[1]) zur Hand, wie dieser Angriff zurückgewiesen werden müsse.

Am nächsten Tage aber schrieb Lorentzen nach Kiel, er halte es doch für besser, die Sache lieber auf sich beruhen zu lassen. Denn eine Antwort, welche doch Bismarck eine bewußte Unwahrheit vorwerfen mußte, würde in Berlin reizen, in Wien keinen Erfolg haben[2]), nur schaden. Sie würde Österreich und die Mittelstaaten vor den Kopf stoßen und das gerade in einem Augenblicke, wo der Herzog ganz auf ihre Festigkeit angewiesen sei. Schon mit der Instruktion an Ahlefeld seien sie nicht ganz einverstanden gewesen. Erfuhren sie, daß schon im April vorigen Jahres gewisse Verabredungen zwischen dem Herzog und Preußen stattgefunden hätten, so würden sie im höchsten Grade darüber verstimmt sein, weil sie daraus ersehen würden, daß hinter ihren Rücken Schritte zur Verständigung mit Preußen erfolgt wären.

Die Worte des Herzogs aber geradezu leugnen, sei auch gefährlich, zumal ihm selbst der Herzog einmal erzählt habe, bei Gelegenheit der Erörterung über die Teilung Schleswigs sei wohl eine Äußerung gefallen, die, entstellt und in falschem Zusammenhang wiedergegeben, Anlaß geben konnte zu der von Bismarck aufgestellten Behauptung.

Auch Stockmar und Ahlefeld, mit denen Lorentzen über Hänels Vorschläge gesprochen hatte, waren der Meinung, daß für den Augenblick die Gegenerklärung aus Kiel keinen Nutzen bringen würde.

---

[1]) Nr. 202.
[2]) Nr. 203.

Da jetzt in Berlin Wichtiges nicht vorlag, benutzte Lorentzen die Zeit, um den schon lange geplanten Besuch bei Beust auszuführen. Er wollte Beusts Standpunkt kennen lernen, vor Allem zu erfahren suchen, ob er geneigt wäre, durch den König von Sachsen vermittelnd zwischen Österreich und Preußen zu wirken. Denn jetzt kam es darauf an, daß der Kaiser von Österreich fest bleibe und eine Entfernung des Herzogs aus den Herzogtümern nicht zulasse. Am 19. Juni hatte Lorentzen eine lange Unterredung mit dem Minister, der sich gut gesinnt und zu allem bereit zeigte.

Den Juli über blieb Lorentzen in Kiel. Die Verhältnisse zwischen Österreich und Preußen hatten sich in einer Weise zugespitzt, daß der Krieg jeden Tag ausbrechen konnte. Zur Untätigkeit gezwungen, in Furcht, der Herzog könne gefangen genommen werden, hat Lorentzen den Monat unter trüben Aussichten verbracht. Auch den von Bismarck an Pfordten und von diesem nach Kiel übermittelten Rat, der Herzog solle an den guten Willen des Königs appelliren, sah man in dieser gedrückten Stimmung als einen Versuch von Bismarck an, den Herzog nach Berlin zu locken und dort unschädlich zu machen.

Um aber die von Pfordten angebotene Vermittlung nicht völlig abzulehnen[1]), erhielt Lorentzen den Auftrag, sich nach München zu begeben. Er bat[2]) Samwer, seine Kissinger Reise so einzurichten, daß sie eine Strecke zusammenfahren könnten, um alles nötige zu besprechen. Samwer war sofort dazu bereit, und so konnten die beiden Freunde auf der gemeinsamen Fahrt von Eisenach bis Coburg ihre Gedanken austauschen.

Lorentzens Hauptaufgabe war, Herrn v. d. Pfordten davon zu überzeugen, daß für eine Reise des Herzogs nach Berlin eine Verständigung zwischen Preußen und Österreich Vorbedingung wäre. Vor der Verständigung würde ein solch einseitiger Schritt des Herzogs die Pläne Österreichs durchkreuzen, ohne Hoffnung

[1]) Nr. 206a.

[2]) Nr. 208.

auf Erfolg. Es sei zu befürchten, daß, wenn der Herzog vor der Einigung der beiden Großmächte nach Berlin komme, von preußischer Seite unannehmbare Forderungen an ihn gestellt würden, durch deren Ablehnung der König noch mehr gegen ihn verstimmt werden würde.

Der Herzog habe keine Mittel der Verständigung unversucht gelassen, seine Forderungen seien aber von Preußen abgelehnt worden. Was jetzt von Österreich zugestanden werde, würde in Kiel auf keinen Widerstand stoßen. Sehr drückend sei die Forderung Preußens, der Herzog solle das Land verlassen. Aber auch hierzu würde er bereit sein, wenn Preußen die Verpflichtung gegen Österreich übernähme, dann in der Hauptsache sich einverstanden zu erklären. So lange aber Bismarck sich nicht endgültig entschlösse, sondern nur Aussichten machte, sei es klar, daß, sobald der Herzog wirklich entfernt sei, er niemals mehr seine alte Heimat wiedersehen würde.

Lorentzens Aufenthalt in München und Verhandlungen mit Pfordten waren im Grunde nichts anderes als eine höfliche Ablehnung des Kieler Hofes. Besonderen Wert hatten sie nicht, weil gerade in denselben Tagen der Vertrag von Gastein geschlossen wurde, der ein entscheidender Sieg der Bismarckschen Politik war. Zwar hatte v. d. Pfordten nichts unterlassen, um die Erklärung, die Lorentzen ihm gegeben hatte, an Bismarck gelangen zu lassen. Aber in der Unterredung, die er am 23. August in München mit dem Ministerpräsidenten gehabt hatte, erklärte ihm Bismarck, er habe bei seiner Eröffnung in Salzburg einen unbedingten Schritt des Herzogs im Auge gehabt; die jetzige Erklärung sei aber eine bedingte; inzwischen hätten sich auch die Verhältnisse geändert, und er könne jetzt nicht einmal mehr die psychologische Garantie übernehmen, von welcher er in Salzburg gesprochen hätte.

Bis Ende des Jahres blieb Lorentzen in Kiel; Ende September war er einige Tage in Dresden und Schandau; im Anfang November finden wir ihn in England, von wo er am 22. desselben Monats nach Kiel zurückkehrt. Die Teilung der Regierung der beiden Herzogtümer war im September erfolgt. Die Sache, meinte Lorentzen, würde bis zum Frühjahr ruhig

weiter gehen, dann ein neuer Konflikt entstehen; er war aber noch fest überzeugt, daß Bismarck die Annexion nicht werde durchführen können.

Die schroffe Haltung, die Bismarck infolge der Hinneigung der Österreicher in Holstein zu Augustenburg und der Altonaer Versammlung vom 23. Januar 1866 annahm, veranlaßten den Herzog, Lorentzen Ende Januar nach Berlin zu senden, um dort nach Möglichkeit zu Gunsten des Herzogs zu wirken. Er fand[1]) die Lage eben so schlecht wie kurz vor Gastein, wenn auch ein Konflikt noch nicht unmittelbar drohe. Aber auch Österreich scheine fest zu stehen und Willens zu sein, nicht eher aus Holstein zu weichen, als bis über die künftige Gestaltung der Herzogtümer ein fester Entschluß gefaßt sein würde.

Die Stimmung in den Abgeordnetenkreisen war gegen Bismarck, und der täglich schroffer werdende innere Konflikt schien den Absichten Lorentzen's zu statten zu kommen. Man fürchtete, Bismarcks Erfolg werde nicht dem Staate, sondern dem Prinzip zu Gute kommen, und wollte aus diesem Grundsatz heraus die Politik der Regierung bekämpfen. Ob bei der Marinevorlage, deren Ablehnung unzweifelhaft war, eine Resolution über Schleswig-Holstein gefaßt werden würde, konnte Lorentzen nicht bestimmt behaupten; jedenfalls versuchte er, darauf hinzuwirken, daß auf die Berufung der Stände besonderer Wert gelegt, und das Projekt der Personalunion bekämpft würde.

Der Versuch des Stadtältesten Löwenberg aus Lauban, durch Francke den Herzog zur Verzichtleistung zu bewegen, scheiterte. Da man indessen in Kiel diesen Versuch als eine Möglichkeit ansah, mit Bismarck wieder in Berührung zu kommen, und glaubte, der Ministerpräsident wäre einer Annäherung an Augustenburg infolge der schwierigen politischen Lage gewogen, erhielt Lorentzen den Auftrag, Keudell, den er von Rom aus kannte, aufzusuchen, ihm über die Löwenbergsche Angelegenheit zu berichten und den Wunsch des Herzogs, aber mehr als seine private Ansicht, zu erkennen zu geben, den

[1]) Nr. 211.

Ausgleich mit Preußen zu versuchen. Sobald über die Modalitäten der Konstituierung eine Einigung erzielt sei, heißt es in der Instruktion, und Preußen die augustenburgische Lösung akzeptiere, könne der Herzog nach Berlin reisen und werde nichts dagegen haben, daß seine Anerkennung und Einsetzung als eine Folge dieser Deferenz gegen Preußen erscheine, ferner werde dann auch in den Personen der Ratgeber des Herzogs gewiß keine Schwierigkeit liegen. Am 10. März fand die Unterredung zwischen Lorentzen und Keudell statt[1]). Sie bewegte sich in den freundschaftlichsten Formen, aber wenn Lorentzen ein Eingehen auf des Herzogs Wunsch gehofft hatte, so sah er sich bitter enttäuscht. Auf Verhandlungen, wie der Herzog sie wünsche, könne sich Preußen nicht mehr einlassen. Der Krieg mit Österreich sei unvermeidlich; der König, nicht Bismarck dränge dazu. Der Krieg sei vielleicht noch zu vermeiden, wenn der Herzog Verzicht leiste. Aber auch nur jetzt; wenn der Krieg erklärt sei, und die Kanonen gesprochen hätten, würde selbst ein solcher Verzicht für Preußen keinen Wert mehr haben. Bis Gastein sei es möglich gewesen, auf Grund der Februarbedingungen mit Preußen zur Verständigung zu kommen, und wenn der Herzog im Juli den durch Pfordten übermittelten Anregungen unbedingt Folge geleistet hätte, wäre er damals eingesetzt worden. Der allgemeine Eindruck, den Lorentzen empfing, war der, daß Keudell den Ernst der Situation und Absicht Preußens, einen Krieg mit Österreich durchzukämpfen, recht eindringlich hervorhob, zugleich aber auch durchblicken ließ, wieviel Preußen an einem sofortigen Verzicht des Herzogs gelegen sei.

Als müßiger Zuschauer der rasch sich entwickelnden Verstimmung zwischen Preußen und Österreich, machtlos, für seinen Herzog und seine Heimat wirklich etwas schaffen zu können, hat Lorentzen bis Ende Mai in Berlin ausgehalten und nur über die tatsächliche Entwicklung, die Kriegsvorbereitungen, die Aufnahme der Reformvorschläge Preußens nach Kiel berichtet. Anfang Juni, als die Entscheidung bevorstand, war er in Kiel.

---

1) Nr. 221, 222.

Als das Einberufungspatent für die holsteinischen Stände publiziert wurde, und man täglich mit dem Einrücken der Preußen rechnen mußte, war sein Augenmerk darauf gerichtet, die augustenburgischen Papiere in Sicherheit zu bringen, schon deshalb, damit der künftigen Geschichtsschreibung das rechte Material nicht entzogen werde[1]). In Kisten und in einem Koffer wurde alles verpackt, und ein herzoglicher Schreiber, Walter, bekam den Auftrag, den wertvollen Schatz nach England zu bringen. Er kam glücklich nach London, wo Schleiden die Papiere in Gewahrsam nahm.

Während der Herzog zunächst seinen Aufenthalt in Liebenstein nahm, war Lorentzen nach München geeilt, um die dortige Stimmung kennen zu lernen. Am 14. Juni hatte er eine Unterredung mit Pfordten und erfuhr dort zu seinem größten Erstaunen, daß Bismarck soeben an den preußischen Gesandten Prinzen Reuß folgendes Telegramm gerichtet hatte: „Will Freiherr v. d. Pfordten für den Erbprinzen von Augustenburg noch etwas thun, so muß er diesen bestimmen, wie ich dies in Salzburg mit dem Minister im vorigen Jahre schon besprach, seinen Frieden mit dem Könige persönlich zu suchen. Der Prinz will jetzt nach unseren Nachrichten auf die Februarbedingungen eingehen, und damit können wir meines Erachtens zufrieden sein.“ Pfordten und Lorentzen hielten, nachdem Lorentzen dem Minister von den Verhandlungen durch Professor Gelzer Mitteilung gemacht hatte, dieses Telegramm für eine Finte Bismarcks, um entweder dem Herzog oder Pfordten zu schaden. Der Minister würde zwar, wenn der Herzog wolle, die Vermittlerrolle übernehmen, aber weder zu- noch abraten. Dagegen ständen dem Wunsche des Herzogs, seinen Aufenthalt in Bayern zu nehmen, keine Bedenken entgegen; es genüge, wenn er dies nachher dem Könige anzeige.

Der Herzog nahm seinen Wohnsitz in München; Lorentzen ging nach Paris, um dort durch Beust oder Prinz Christian bei Napoleon Hilfe zu suchen, namentlich um noch einmal auf das Selbstbestimmungsrecht der Bewohner der Herzogtümer hinzu-

---

[1]) Nr. 242.

weisen. Seine Person stellt der Herzog jetzt völlig in den Hintergrund. Erklärt Preußen, ihn nie anzuerkennen, so solle Prinz Christian im Interesse der Herzogtümer und der Familie jede falsche Rücksichtnahme bei Seite legen. Das Interesse der Herzogtümer und der Erhaltung des förderativen Prinzips in Deutschland wird es möglich machen, daß der Prinz in Ausübung seiner Pflichten in seinen englischen Verhältnissen keine Schwierigkeit finden werde. Im Falle eines Krieges mit Frankreich ist des Herzogs Platz auf der deutschen Seite. Ist der Prinz anderer Meinung, so werden seine englischen Beziehungen es ihm gestatten, von den deutschen Wirren fern zu bleiben und dadurch auch für den Fall, daß der Herzog dann unterliegen sollte, das Interesse der Herzogtümer mit Erfolg zu vertreten.

Die französische Hilfe versagte. Napoleon vermied es, mit Prinz Christian sich über politische Fragen zu unterhalten, und gab diesem keine Gelegenheit, des Herzogs Vorschläge und selbstlose Entsagung auszusprechen. Der Kampf um die Herzogtümer mußte aufgegeben werden.

---

1. Ahlmann[1]) an Lorentzen. 1863, 16. November, Kiel. Bevorstehende Ständeversammlung und Bürgerversammlungen. Schwierigkeiten von Plessen zu befürchten. Nachrichten aus Kopenhagen fehlen noch. Telegramm an den Erbprinzen. Hoffnung auf baldige Proklamation von dessen Seite. Rasches Handeln nötig. Exekution wäre vorteilhafter gewesen.

Lieber Lorentzen. Die Ständemitglieder und Stellvertreter treten Donnerstag[2]) Mittag hier in Kiel zur Berathung der Lage des Landes zusammen. Außerdem werden noch überall größere und kleinere Bürgerversammlungen stattfinden, um auf die Stände zu wirken und beziehungsweise ihre Beschlüsse zu bestätigen. Es ist nicht ganz leicht gewesen, die Deputirten zur Erlassung der Einladung zu bringen, aber nun ist sie fort. Plessen[3]) wird damit nicht zufrieden sein und uns viele Schwierigkeiten machen, und wir sind nicht ohne Besorgniß wegen seines Einflusses in der Versammlung. Er ist durchaus Gesammtstaatlich und für Abwarten im Vertrauen auf Christian IX. Unter diesem Titel hat der Protocollprinz in Kopenhagen den Thron bestiegen. Noch sind keine Nachrichten noch Proclamationen von Kopenhagen hier. Dem Erbprinzen habe ich gestern Abend gleich nach Dolzig telegraphirt. Der Alte wird hoffentlich sofort abgedankt[4]) haben, und der Erbprinz morgen in Hamburg mit einer Proclamation[5]) eintreffen. Wenn die Augustenburger nicht rasch handeln, werden Vortheile der Situation verloren gehen.

Hätten wir jetzt die Exekution gehabt, wäre es in mancher Beziehung besser. Je schneller sie noch kommt, desto mehr Gewinn.

Mit freundlichem Gruß

Dein Ahlmann.

---

[1]) Dr. phil. Wilhelm Ahlmann in Kiel.

[2]) 22. November.

[3]) Baron Karl von Scheel-Plessen, Kammerherr.

[4]) Herzog Christian August unterzeichnete die Verzichtsurkunde sofort nach der Nachricht von dem Ableben Friedrichs VII.

[5]) Die Proklamation, abgedruckt bei Jansen-Samwer, Die Befreiung Schleswig-Holsteins, Beilage 2, erschien am 18. November. Siehe auch Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten. Bd. I, S. 294.

2. Ahlmann an Lorentzen. 1863, 17. November, Kiel. Bedauern, daß der Erbprinz nicht schon seit Jahren Fühlung mit dem Lande gesucht hat. Christian IX. geringen Anhang in der Ritterschaft, im Volke keinen Anhang. Der Erbprinz zu wenig bekannt. Proklamation unbedingt rasch nötig. Aufenthalt in Hamburg erwünscht. Einschreiten der Regierung und Polizei gegen die beabsichtigte Versammlung. Inhalt der Eingabe an den Bund. Offizielle Anzeige des Todes Friedrichs VII. in dem Wochenblatt. Beschlagnahme der Ausgabe. Huldigung des Militärs, die Zivilbeamten bis jetzt ohne diesbezügliche Verfügung. Politische Telegramme nicht mehr angenommen. Deckadresse gewünscht.

Lieber Lorentzen! Ich schrieb Dir gestern Abend eben vor Abgang der Post noch in größter Eile. Heute empfing ich Deine Zeilen, aus denen ich erfahre, daß der Erbprinz dort ist und seine Botschaft an das Land vorbereitet. Es ist sehr zu bedauern, daß derselbe sich nicht seit Jahren schon dem Lande mehr genähert und diesen Augenblick vorbereitet hat. Der Protokollprinz[1]) hat nur in ganz kleinen Kreisen der Ritterschaft persönlich einen Anhang; die Partei des Gesammtstaates, welche denselben an die Person des Protocollprinzen geknüpft erachtet, ist aber nicht gering. Im Herzen aber ist das Land gegen die Anerkennung König Christians IX., und stände der Erbprinz ihm gegenüber als eine dem Volke bekannte und demselben beliebte Persönlichkeit, würde die Entscheidung sehr erleichtert worden sein. Leider aber weiß man im Allgemeinen wenig von demselben, und die Abneigung gegen seinen Vater thut ihm in der Sympathie des Volkes großen Abbruch. Wie nun aber auch immer die Sache steht, es muß Alles daran gesetzt werden, um die legitimen Erbansprüche des Prinzen auf die Herzogthümer zur Geltung zu bringen. Zu dem Zwecke muß der Prinz eine Proclamation an das Volk der Herzogthümer ohne Aufschub erlassen, denn schon vielfach regt sich der Unwille darüber, daß schon zwei mal 24 Stunden verschwunden sind ohne das mindeste Zeichen vom Prinzen. Diese Proclamation muß in allen Orten beider Herzogthümer angeheftet werden. Auch muß der Prinz ohne Verzug seinen Aufenthalt in Hamburg

[1]) Christian IX. (Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Glücksburg.)

nehmen und sich mit einflußreichen Personen in den Herzogthümern in Beziehung setzen; ich möchte in dieser Beziehung die Aufmerksamkeit des Prinzen zunächst auf Graf L. Reventlow[1]), Dr. Steindorf[2]) lenken. — Ich schrieb Dir gestern, daß eine Versammlung sämmtlicher Abgeordneten und deren Stellvertreter der holsteinischen Ständeversammlung hier in Kiel Donnerstag Mittag beabsichtigt würde. Die Einladungen sind gestern Nachmittag expediert. Wir nehmen an, daß die größere Zahl der Geladenen erscheinen werden. Plessen hat indessen eine Theilnahme an dieser Berathung abgelehnt und die Unternehmung stark gemisbilligt. Gestern waren der Regierungs-Präsident Moltke[3]) und der Amtmann Graf Reventlow[4]) in der Stadt und haben dem Polizeimeister Gußmann die strengsten Befehle ertheilt, jede Äußerung, wie sie auch irgend auftrete, welche das legitime Regierungsrecht des Königs Christian IX. anzweifelt, mit allen Mitteln zu unterdrücken. In Folge dessen hat Gußmann den Aufforderern zur Versammlung angezeigt, daß er die Versammlung am Donnerstag mit Gewalt unterdrücken würde. Glücklicherweise haben aber Preußer[5]), Schrader[6]), wenn auch erst nach starkem Zureden, sich nicht beirren lassen, vielmehr sind Preußer und Plank[7]) mit Vorbereitung der Vorlage für diese Versammlung beschäftigt, und wollen wir, selbst wenn Gußmann die Versammlung aufhebt, dennoch die Anwesenheit der Abgeordneten benutzen, um eine Eingabe dieser an den deutschen Bund vollziehen zu lassen. Der Inhalt dieser Eingabe ist in einer Berathung, die gestern Abend von Hiesigen und

---

[1]) Graf Ludwig Reventlow, Advokat in Kiel. Siehe v. Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten I, 246.

[2]) s. Allg. deutsche Biographie XXXV, 697.

[3]) Adam Friedrich Adamsen, Graf von Moltke, Präsident der Holsteinischen Regierung.

[4]) Arthur Christian Detlef Ludwig Eugen Graf v. Reventlow, Kammerherr, Amtmann von Kiel, Bordesholm und Kronshagen, Kurator der Kieler Universität.

[5]) Alex. Friedr. Wilh. Preußer, Etatsrat.

[6]) Pastor, Archidiakonus an der Nicolaikirche in Kiel.

[7]) Dr. jur. Johann Julius Plank, Professor an der Universität Kiel.

Auswärtigen bei mir stattfand, auch als Grundlage für eine Resolution einer zweiten Versammlung von Delegirten aus allen Orten beider Herzogthümer, welche morgen Abend hierselbst eine Versammlung abhalten werden (es ist die liberale Schleswig-Holsteinische Parthei als Gegensatz zu den Ständen, in der jedoch auch die liberalen Ständemitglieder sind) festgestellt worden in folgenden drei Sätzen: Das Londoner Protokoll legitimirt den König Christian IX. nicht, den Thron der Herzogthümer zu be-besteigen. — Die Agnaten und insbesondere das Augustenburger Fürstenhaus ist allein berechtigt, den Thron zu besteigen; der Bund soll ersucht werden, Holstein zu sequestriren. — Die Bearbeitung des Schriftstückes ist bei Plank in den besten Händen.

Das heute morgen erschienene Wochenblatt war die erste Nummer, welche nach dem Tode des Königs heraus kam. Es mußte der Tod, aber auch die Thronfolge erwähnt werden. Jede Nennung des Augustenburgers hätte die Confiskation unzweifelhaft zur Folge gehabt, wir waren daher bemüht, eine Form zu finden, die das möglichste sagte[1]) und doch eine Beschlagnahme vermied. Aber nichts destoweniger hat Gußmann das Blatt mit Beschlag belegt. Du entnimmst daraus, daß es kaum thunlich sein wird, die Erbfolge in der Presse zu diskutiren, wie denn auch Gußmann sagte, daß er jeden Versuch, dies zu thun, mit Beschlagnahme erwidern werde.

Das Militär hat heute Mittag gehuldigt (es sind Jüten). An keinen der Civil-Beamten ist noch eine offizielle Mittheilung über den Thronwechsel gelangt, muthmaßlich wird diese indeß morgen anlangen und dann die Proclamation durch Anschlag erfolgen. Hätten wir doch die Ansprache des Prinzen vorher gehabt!

Telegraphiren kann ich Dir nicht mehr, da auch die Eisenbahn politische Depeschen nicht mehr befördern will, sondern

---

[1]) „daß jetzt, nach Erlöschen der königlichen Linie des oldenburgischen Hauses die verhängnisschwere Frage der legitimen Erfolge an uns herantrete" und gewünscht wird, „das Volk möge, mit dem Bewußtsein des Rechtes, mit Mut und Ausdauer den Ereignissen entgegengehen".

gestern mir meine Depesche an den Erbprinzen zurücksandte. Schreib mir eine Adresse, durch die meine Briefe rasch und sicher an Dich gelangen, da der Weg durch meinen Bankier weitläufig ist.

Mit freundlichem Gruß

Dein Ahlmann.

3. Ahlmann an Lorentzen. 1863, 26. November, Kiel. Günstige Stimmung für den Herzog im Volk. Zurückhaltung der Ständeversammlung und der Beamten. Plessen verliert an Anhang. Eidesverweigerung der Beamten des Apellationsgerichtes.

Lieber Lorentzen. Die Stimmung für den Herzog wird immer entschiedener d. h. im Volk, obgleich die Ständeversammlung sich, nach unserer Meinung, bei ihrer Zusammenkunft unverzeihlich zurückhaltend benommen hat. Wir verlangten, doch vergeblich, daß sie den Herzog offen anerkennen und dies dem Lande in einer Ansprache kund geben sollten. Auch die Beamten, obgleich sie den Eid nicht schwören wollen, reserviren jedoch die Anerkennung des Herzogs bis nach Entscheidung des Bundestages.

Plessen verliert nun Gottlob alles Zutrauen.

Von den Mitgliedern des Appellations Gerichtes haben Burchardi [1]), Fontenay [2]), Malmros [3]), Prehn [4]), nicht geschworen [5]).

Freundschaftlichst Dein Ahlmann.

4. L. Reventlow an Lorentzen. 1863, 21. Dezember, Hamburg. Voraussichtlicher Verlauf der Versammlung in Altona. Haltung des Magistrats. Anerkennung des Herzogs muß vom Magistrat ausgesprochen werden. Entschiedenes Auftreten ist nötig. Bitte, ihn kräftig zu unterstützen. Heute abend Konferenz.

Ew. Hochwohlgeboren. Welchen Verlauf die bevorstehende Altonaer Versammlung nehmen wird, läßt sich augenblicklich noch nicht ermessen. Fest steht, daß der Herzog von der Versammlung

---

1) Dr. jur. Georg Christian Burchardi.

2) Christian Otto Michael von Fontenay.

3) Gustav Jacob Malmros.

4) Friedrich Christian Prehn.

5) Das Gericht bestand außer dem Präsident Dumreicher und den erwähnten Räten noch aus folgenden Mitgliedern: Dr. jur. A. W. Francke, C. F. Schreiter und Dr. jur. Andreas Schmid.

proclamirt werden wird. Unsicher ist die Haltung des Magistrats. Die Ansicht der Majorität war bis zur Stunde die, daß man keinen entscheidenden Schritt thun und Alles dem Verlauf der Dinge und der endlichen Entscheidung des Bundes anheimgeben wolle. Die Theorie, durch welche man zu diesem Resultat als dem einzig concreten zu gelangen sucht, werden Sie mir nicht zumuthen, hier auseinander zu setzen.

Ich werde thun, was ich kann, um der praktischen Ausführung dieser Theorie entgegen zu arbeiten.

Eben verläßt mich Mölling [1]. Ich habe ihm gesagt: die Huldigung von Seiten des Altonaer Magistrats sei unbedingt erforderlich; weitere Schritte würden vorerst nicht verlangt, dieser aber mit der Entschiedenheit, daß ein Beamter oder Corporation, der sich dem entgegenstelle, keine Rehabilitirung von seiten des Herzogs zu gewärtigen habe. Ich bitte dringend, mich in dieser Hinsicht zu unterstützen, um eine möglichst starke Pression auf sämmtliche Beamte ausüben zu können. Wir werden sonst es erleben, daß immer der eine dem anderen die Entscheidung zuschiebt, und so sich am Ende Niemand entscheidend ausspricht. Denn am liebsten warten die Altonaer auf die Stände, die Stände auf den Bund usw.

Wir müssen jetzt, wo eine bestimmte Willensmeinung erfordert werden muß, auch drohend auftreten und die Drohung später verwirklichen. Heute Abend habe ich Konferenz mit Altonaern unter Herrn Mölling.

Hochachtungsvoll und gehorsamst

L. Reventlow.

5. Lorentzen an Samwer. 1864, 15. Januar, Kiel. Der unbeabsichtigte Aufenthalt in Hamburg. Bedenken wegen Abgabe des Schreibens an den König. Samwer soll selbst entscheiden. Vorgehen der Großmächte gegen den Bund. Vorschlag von Beust, die Truppendurchzüge durch Holstein zu verbieten. Baudissin geht nach Stuttgart.

---

[1] Ratsverwandter Kanzleirat Mölling, ernannt zum Mitglied des Magistrats von Altona am 13. Mai 1859, schied aus dieser Stellung am 11. Januar 1866 infolge seiner Ernennung zum Eisenbahnkommissär für Holstein, gestorben als Oberbürgermeister von Kiel am 10. April 1888. (Bericht über die Gemeindeverwaltung der Stadt Altona 1863—1888. S. 196, 197, 218.)

Lieber Sammer. Daß Du in Hamburg aufgehalten bist, ist ein widriger Zwischenfall. Da Du nun erst heute 4 Uhr Nachmittags in Berlin eintriffst, so wird es kaum möglich sein, den König noch heute zu sehen[1]). Heute wirst Du nur das Terrain haben sondiren können und jedenfalls diesen Brief früher erhalten, ehe Du das Schreiben an den König abgegeben hast. Hier ist heute erwogen, daß möglicherweise die Audienz beim König und die Abgabe des Schreibens auch schaden kann, für den Fall nämlich, daß die demnächstige Richtung der preußischen Politik schon so fest steht, daß keine Aussicht ist, durch persönliche Beeinflussung des Königs daran etwas zu ändern. Am meisten fürchtet der Herzog den Fall, daß der König Dich nicht empfängt, oder das Schreiben annimmt und ungünstig beantwortet, etwa mit der Aufforderung, Holstein zu verlassen. Da der Herzog natürlich vor einer preußisch-österreichischen Invasion nicht zurückweichen kann, so wäre eine solche persönliche Aufforderung des Königs sehr unangenehm. Sprechen ließe sich allenfalls über eine Verpflichtung, nicht auch nach Schleswig zu kommen, wenn deutsche Truppen einrücken. Oder der Herzog könnte sich auch dazu verstehen, vorläufig Holstein zu verlassen, wenn dagegen der König die Zusicherung ertheilte, dann sogleich vom Londoner Traktat zurücktreten und den Herzog anerkennen oder für Anerkennung stimmen zu wollen.

Auf alle Fälle soll ich Dir sagen, Du mögest, nachdem Du das Terrain sondirt hast, nach eigenem Ermessen entscheiden, ob Du das Schreiben abgeben und eine Audienz erwirken willst oder nicht. Wenn Du es für vortheilhafter hälst, den Schritt zu unterlassen, so steht das ganz bei Dir. Dies hat der Herzog mir ausdrücklich aufgetragen, Dir zu schreiben.

Nach unseren Telegrammen scheinen Preußen und Österreich entschlossen, gegen den Bund vorzugehen in Schleswig. Kaum denkbar ist, daß Bismarck ohne Zustimmung des Königs so bestimmte Erklärungen abgeben lassen kann. Beust will nun, wie es scheint, den großstaatlichen Truppen den Durchgang durch

---

[1]) Über Sammers Reise nach Berlin und die Besprechung mit König Wilhelm vgl. Gebauer, Herzog Friedrich VIII. S. 90, 91.

Holstein wehren. Fraglich, ob dieser Plan besser ist oder unser Gedanke, den darmstädtischen Antrag zu einer Cooperation in Schleswig zu benutzen.

Mit Baudissin[1]) habe ich gesprochen; er ist bereit, nach Stuttgardt zu gehen, wird aber Deine Rückkehr abwarten.

Dein Lorentzen.

6. Samwer an Lorentzen. 1864, 20. Januar, Kiel. Versuch, den Abgang der Massendeputation nach Frankfurt und Berlin zu verhindern. Öffentliches Auftreten in der Versammlung nicht erwünscht.

Lieber Freund. Ich soll Dich vom Herzog ersuchen, dort[2]) noch morgen Abend nach Kräften zu verhindern, daß die Massendeputation[3]) nach Frankfurt abgehe, und namentlich hervorzuheben, daß der jetzige Augenblick dazu ganz ungeeignet sei, weil die Invasion sich nicht mehr abwenden lasse, sonst aber kein Grund vorliege; nach kurzer Zeit werde vielleicht ausreichende Ursache da sein.

Ferner möchtest Du doch verhindern, daß die unsinnige Deputation nach Berlin[4]) gehe; für Deputationen nach Berlin sei erst Zeit nach dem ersten Kanonenschuß.

Der Herzog meint, Du möchtest in der Versammlung nicht öffentlich auftreten, Du wirst ja auch wohl ohne dies die Möglichkeit der Einwirkung haben.

Telegraphire und schreibe uns über das Resultat. . . .

Kiel, 20. Januar 1864. Dein Samwer.

7. Bernhardi[5]) an Lorentzen. 1864, 21. Januar, London. Seine Ansicht über Bismarcks Stellung zum Könige. Samwers Anwesenheit in Berlin und seine eventuellen Erfolge. Der Beginn der Operationen

1) Graf Hermann Baudissin. Über seine Tätigkeit im Interesse des Herzogs siehe meinen Aufsatz in der Quellensammlung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Bd. VII, S. 90—220.

2) In Hamburg.

3) s. Jansen-Samwer S. 218 ff.

4) Geschah nicht; die Deputation ging von Frankfurt nach München und kehrte über Dresden zurück.

5) Felix Theodor v. Bernhardi, s. Allgem. deutsche Biographie XLVI, S. 424—430.

der preußischen Truppen. Ruhe in London. Gründe dafür. Verbindung mit der Daily News. Memorandum für das Parlament. Das Ministerium Palmerston-Russell. Die Stellung der Tories zum Ministerium.

Verehrter Herr. Ich habe Ihren Brief vom 18ten[1]) gestern erhalten und eile ihn zu beantworten. Sie erwähnen in diesem Briefe, daß Bismarck ein doppeltes, nothwendigerweise nach einer Seite hin falsches Spiel spielt -- werfen die Frage auf, wen er eigentlich zu täuschen suche, ob das englische Kabinet oder unsern König? und neigen zu der Ansicht, daß es der König ist, den er hintergeht. Ich bin mit vollster entschiedenster Überzeugung derselben Meinung. Schon der Umstand, daß er österreichische Truppen mitnimmt nach Schleswig, ist ein Beweis, daß er den König hintergeht und die Herzogtümer schließlich den Dänen überliefern will. Ich hoffe, er soll sich verrechnen; denn selbst abgesehen von manchem Anderen, das ihm in die Quere kommen könnte, ist selbst in dem Charakter des Königs ein Element, dessen Macht er vielleicht nicht hoch genug anschlägt. Der König ist vor Allem preußischer Offizier, und die Ehre der Fahne steht ihm sehr hoch! Sehr erfreut bin ich aber, unter diesen Umständen Sammer[2]) in Berlin zu wissen. Unsere Freunde in Berlin glauben, seine Anwesenheit dort könnte dazu beitragen, Herrn v. Bismarck ganz zu beseitigen; ich gestehe, daß meine Hoffnungen sich nicht so weit versteigen. Wohl aber wird sich der König leicht, Sammer gegenüber, in solcher Weise binden und verpflichten, daß Bismarcks Pläne daran scheitern müssen. Ich würde es in dieser Beziehung für sehr günstig halten, wenn Sammer den König bewegen könnte, persönlich eigenhändig an den Herzog zu schreiben. Vor allem aber wäre es, wie mir scheint, von großer Wichtigkeit, daß Sammer im entscheidenden Augenblick, nämlich in dem Augenblick, wo es in Schleswig zu Thätlichkeiten kommt, in Berlin anwesend wäre. Und zwar um alsdann darauf zu dringen, daß der König in dem entscheidenden Augenblicke dann auch wirklich seinen Ab-

---

[1]) Nicht bekannt.

[2]) Er war am 14. Januar mit einem Schreiben des Herzogs an den König nach Berlin gereist. Über die Verhandlungen s. Jansen-Sammer. S. 202 ff.

sichten gemäß handelt, und wirklich den Kriegszustand, der alle bestehenden Verträge aufhebt, für eingetreten erklärt. Ist niemand zur Stelle, der darauf mit Nachdruck dringt, so könnte es Bismarck wohl gelingen, auch diesmal wieder den entscheidenden Entschluß durch irgend ein Taschenspielerkunststück für den Augenblick unthunlich erscheinen zu lassen und so über den kritischen Augenblick hinaus zu kommen, ohne daß ein unwiderrufliches Wort ausgesprochen würde — gerade wie es ihm gelungen ist, über den 1. Januar hinaus zu kommen, wo der König sich auch schon von dem Londoner Protokoll lossagen wollte, und im allerletzten Augenblick durch einen Schritt Buchanan's[1]), der natürlich mit Bismarck verabredet war — davon abgehalten wurde.

Hier hörte ich gestern den italienischen Gesandten d'Azeglio sagen, die Operationen der preußischen Truppen würden nicht früher als am 1. Februar beginnen. Hier sehe man dem Einrücken der Preußen mit großer Seelenruhe zu, und eben diese Ruhe sei ihm Bürge, daß man die Gewißheit habe, zwischen jetzt und dem 1. ein friedliches Abkommen einleiten zu können.

Die Ruhe ist allerdings sehr auffallend; sie hat ihren Grund wohl darin, daß man entweder nicht weiß oder nicht glaubt, daß der König persönlich eine andere Politik im Sinne hat als Bismarck — oder sich berechtigt glaubt, kein Gewicht darauf zu legen. Man rechnet 1. auf die Erklärung Bismarcks, deren Sie gedenken; 2. darauf, daß es gelingen werde, die dänische Regierung zur Rücknahme der Verfaßung vom 18. November zu bewegen, und dann erklärt man natürlich, es sei kein Grund mehr zum Kriege, was Bismarck eben so natürlich suchen wird, dem König plausibel zu machen, endlich 3. darauf, daß die Dänen sich ohne Widerstand vom Danewirk nach Alsen zurückziehen werden, ein blutiger Konflikt also nicht Statt finden wird.

Mr. Crowe ist gestern aus Paris eingetroffen und sogleich bei mir gewesen. Ich hatte schon vor seiner Ankunft durch den Buchhändler Trübner Mittel gefunden, mit der jetzigen Redaktion der Daily News in Verbindung zu treten. Indem wir den

---

[1]) Sir Andrew Buchanan, englischer Botschafter in Berlin.

Gegenstand durchsprachen, schien es zweckmäßig, daß wir beide — Crowe und ich — jeder von seiner Seite auf diese Zeitung Einfluß zu gewinnen suchen — anscheinend ohne irgend mit einander in Verbindung zu stehen, ohne uns zu kennen.

Außerdem hält Crowe ein kurzes Pamphlet zum Gebrauch der Parlamentsmitglieder für zweckmäßig. Es muß darin kurz und schlagend nachgewiesen werden, was das wahre Interesse Englands in der Frage der Herzogthümer ist. Crowe wollte morgen früh wieder zu mir kommen, und wir werden dann zusammen die leitenden Punkte dieses Pamphlets feststellen. Das Ministerium Palmerston Russell steht auf sehr schwachen Füßen, das ist gewiß. Als ich hier eintraf, wurde die Frage, ob sich das Ministerium die Parlaments-Sitzung über werde behaupten können, zweifelnd hin und her besprochen; jetzt hat sich nachgerade die Ansicht festgestellt, daß es die Sitzung nicht überleben wird. Bei alledem ist ein Umstand zu berücksichtigen, der vielleicht die Tories abhält, es durch einen raschen, unmittelbaren Angriff zu stürzen. Das sind die Wahlen. Die Majorität, die den Tories jeden Augenblick zu Gebote steht, um das Ministerium zu stürzen, ist nämlich eine sehr gemischte; sie besteht zum Theil aus Irländern, Manchestermen, abtrünnigen Whigs usw. — es ist eine Majorität, vermöge welcher die Tories wohl Palmerston stürzen, mit der sie dann aber selber auch nicht regieren können. Nun weiß man, daß Palmerston einem unmittelbaren Angriff nicht weicht, ohne sich auf das äußerste verteidigt zu haben. Erleidet er eine parlamentarische Niederlage, so resignirt er keineswegs sofort: er löst das house of commons auf und läßt es auf das Ergebniß neuer Wahlen ankommen. Aus denen geht dann unfehlbar wieder ein Haus wie das gegenwärtige hervor, mit dem die Tories abermals nicht regieren können. Die Tories bedürfen, um regieren zu können, eines Hauses, das unter ihrem eigenen Einfluß gewählt ist. Da man aber ein eben erst gewähltes Haus nicht sofort wieder auflösen kann, so ist es wohl möglich, daß die Tories ruhig abwarten, bis die gegenwärtige in sich uneinige Regierung, ohne gerade einem Angriff von außen zu erliegen, ohne daß ihr ein Vorwand geboten wurde, das house of commons aufzulösen, in sich zerfällt.

In diesem Falle kann das Ministerium sein Dasein wohl noch mehrere Monate hinschleppen, besonders wenn inzwischen in den Herzogthümern ein fait accompli hingestellt wird, das es den Tories unmöglich macht, die dänenfreundliche Politik, zu der sie sich bekennen, praktisch durchzuführen, das ihnen mithin die Lust benehmen könnte, das Ruder zu ergreifen.

Th. Bernhardi.

8. Bernhardi an Lorentzen. 1864, 8. Februar, London. Bezug auf sein letztes Schreiben. Tatsächliche Intervention Englands ausgeschlossen. Die englische Thronrede. Feindlicher Artikel Palmerstons in der Times gegen Deutschland. Verlauf der Debatte. Unzufriedenheit mit der Regierung. Palmerstons Charakter. Lady Palmerstons Erklärungen gegen Preußen. Palmerstons Bestreben, die Spannung zwischen England und Frankreich zu heben. Frankreichs Anfragen. Eindruck des preußischen Sieges von Missunde und des Rückzugs der Dänen. Scheinmanöver englischer Truppen. Eventuell Expedition nach Kopenhagen.

Verehrter Herr. In meinem letzten Schreiben meldete ich, daß in Folge der Verabredungen, welche die Königin mit Lord Derby getroffen hatte, und der Beschlüsse, die im Kreise der Tories unmittelbar vor Eröffnung des Parlaments gefaßt worden sind, die Gefahr einer thatsächlichen Intervention Englands in Dänemark als vollkommen beseitigt betrachtet werden könne. Das kann ich jetzt bestätigen, doch hatten die Dinge in der Zwischenzeit, während und nach der Eröffnung des Parlaments, zwei Tage lang eine unberechenbar chaotische Gestalt angenommen, die nicht ohne ihre sehr bedenkliche Seite war.

Die Adreß Debatte hat nämlich einen Charakter angenommen, auf den niemand vorbereitet war. Der Entwurf zu der Thronrede enthielt einen drohenden gegen Deutschland gerichteten passus — der wurde im allerletzten Augenblick gestrichen, die Lücke aber, die dadurch entstand, in so ungeschickter Weise blos gelegt, daß sie keinem noch so blödem Blick entgehen konnte. Auf welche Veranlassung die drohenden Worte gestrichen worden sind, darüber kamen sofort mehrere einander widersprechende Gerüchte in Umlauf. Ich glaube, mir das Ereigniß auf eine Weise erklären zu müssen, die außerhalb

dieser Gerüchte liegt. Zweierlei, glaube ich, traf zusammen. Erstens wußten Palmerston und Russel natürlich so gut wie ich, was für Entschlüsse die Tories gefaßt hatten, und zweitens sahen sie sich in der Erwartung getäuscht, die sie bis zum letzten Augenblick hegten, Sir Andrew Buchanan werde zu Berlin doch noch eine Wendung in ihrem Sinne bewirken, zum allerwenigsten einen neuen Aufschub für Dänemark erlangen. Den Tag vor der Eröffnung des Parlaments wartete Lord Russel in fieberhafter Aufregung auf Nachrichten aus Berlin; er ließ mehrere Male im Lauf des Tages in der preußischen Gesandtschaft anfragen, ob man dort keine Nachrichten habe. Endlich, gegen Abend, erhielt er die Erklärung[1]) Bismarcks, in der ziemlich deutlich ausgesprochen ist, daß Preußen sich nicht mehr an den Londoner Traktat gebunden halten werde, wenn der Krieg einmal thatsächlich ausgebrochen sein werde. Dieser Erklärung gegenüber sich durch drohende Worte in bindender Weise zu engagiren und zugleich die vorbereitete Erklärung der Tories zu provociren, daß ihre Partei die Mittel zum Kriege nicht gewähren wolle — das konnte den Ministern gewiß sehr bedenklich vorkommen, und der betreffende passus wurde gestrichen.

Zu gleicher Zeit aber schickte Lord Palmerston einen Leitartikel in die Times — ich weiß, daß er von ihm kam — und dieser Artikel, überhaupt feindlich gegen Deutschland gerichtet, erklärte; noch im letzten Augenblick habe England „garantiren" wollen, daß Dänemark sich den letzten Forderungen der deutschen Mächte (Rücknahme der November Verfassung) fügen werde. Selbst diese äußerste Koncession sei aber eine vergebliche gewesen. Die Absicht dieses Artikels war sehr durchsichtig; sie ging dahin, die Herren im Parlament, von denen man wußte, daß sie zu Gunsten Deutschlands sprechen wollten, irre zu machen und zu desorientiren. Das gelang auch zum Theil. Mehrere unserer Freunde im Parlament, Kinglake und andere kamen am Morgen des Eröffnungstages, nachdem sie die Times

[1]) Bismarck an den Botschafter Grafen Bernstorff, s. Jansen-Sammer S. 210.

gelesen hatten, ganz allarmirt zu mir und fragten, ob ich ihnen sagen könne, was das für „Garantien“ seien, die man vergeblich angeboten habe. Ich konnte den Herren nur rathen darauf zu dringen, daß die Minister im Hause unumwunden und detaillirt erklärten, welcher Art die angebotenen Garantien gewesen seien; ob etwa England sich erboten habe, bestimmte Verpflichtungen in bindender Form zu übernehmen — nöthigenfalls Zwangsmaßregeln gegen Dänemark anzuwenden und dergl. — oder ob, wie ich vermuthe, wieder nur von einem neuen ohnmächtigen Protocol die Rede war, in das man das Wort „Garantie“ eingeflickt hätte, ohne bestimmt formulirte Verpflichtungen damit zu verbinden.

Im Laufe der Debatte sprachen die Hauptredner der Opposition Derby und d'Israeli hauptsächlich ihren Ärger darüber aus, daß der passus in der Thronrede fehlte, den sie eigentlich zu ihrem Thema machen wollten; im übrigen blieben die leidenschaftlichen Reden zu gunsten Dänemarks aus, die man erwartet hatte, und fast alle Redner, die sich hören ließen, sprachen zu gunsten Deutschlands.

Der Eindruck, den die an sich ganz unbedeutende und farblose Thronrede machte, war ein ganz ungeheurer — größer als ihn vielleicht irgend eine Thronrede seit langen Jahren gemacht hat — und ein überaus ungünstiger.

Die Lücke in der Thronrede wurde sofort ein jeder gewahr. Es hieß, die Königin habe sich entschieden geweigert, in ihrem Namen feindselige Dinge gegen Deutschland auszusprechen — ein Gerücht, daß der Königin und auch uns großen Schaden bringen könnte, da es geeignet war, den Argwohn des Publikums in Beziehung auf „undere influence“ zu erregen, und dadurch den persönlichen Einfluß der Königin für die Zukunft zu lähmen. In der unbeschreiblichen Aufregung, die allgemein herrschte, liefen geschäftige Leute zu dem kranken Herzog v. Newcastle als dem am wenigsten geheimnißvollen der Minister — und der würdige Herr antwortete auf alle Fragen sehr tactvoll und gemessen: „Oh no! the Queen has nothing in the world to do with it“; die persönlichen Gefühle der Königin seien zwischen Schwiegertochter, Halbschwester und Tochter so getheilt, daß sie gar keine bestimmte Ansicht in der Frage und

ihrem Ministerium vollkommen freie Hand gelassen habe. Da gewann denn glücklicher Weise eine andere Kunde mehr Boden, der zufolge die Männer des Friedens à tout prix im Ministerium Gladstone und Milner-Gibson die Streichung der eventuel — quasi — kriegerischen Worte in der Thronrede veranlaßt haben sollten.

Ganz allgemein aber herrschte ein sehr großes und sehr entschiedenes Gefühl der Unzufriedenheit und Beschämung, denn man wurde inne, daß die Regierung nichts thun wolle — und daß dieses Nichtsthun, so sehr man auch an sich damit einverstanden war, doch zu dem bisherigen Drohen, Rathgeben, Großthun und Demonstriren nicht in der glänzendsten Weise passen wolle; daß England dadurch in eine zweideutige und beschämende Lage gerathen ist, und abermals auf dem Punkt steht, sich zu blamiren wie in der polnischen Angelegenheit. — Eigentlich hätte man wohl gewünscht, daß die Sache mit dem Drohen und Demonstriren hätte abgemacht werden können, und daß Deutschland sich den hofmeisternden Noten der englischen Minister gefügt hätte; die jetzt Unzufriedenen hätten, an der Stelle der Minister, gerade wie diese versucht, ob sich die Sache nicht auf diese Weise hätte beseitigen lassen, und befänden sich jetzt genau in derselben beschämenden Verlegenheit. Da nun aber die Sache unter Lord Russells Leitung mißlungen ist, nahm das herrschende Gefühl des Mißbehagens und der Beschämung zunächst die Form eines gewaltigen Ingrimms gegen das Ministerium an, und Engländer, die ihr Vaterland kennen, versichern mir, daß, wenn die Dinge hier in einem normalen Zustande wären, wenn es eine compacte, regierungsfähige Opposition gäbe, und in ihr eine Gruppe von Männern, die von dem öffentlichen Vertrauen getragen die Verwaltung übernehmen könnten, das Ministerium noch an demselben Abend unmittelbar nach dieser verunglückten Thronrede hätte resigniren müssen.

Aus Gründen, die ich in meinen früheren Briefen angedeutet habe, kann aber das gegenwärtige Ministerium nicht beseitigt werden, und niemand will es auch nur stürzen. Eben deshalb aber lag in dem allgemein herrschenden Gefühl des Mißbehagens und der Beschämung eine Gefahr, die man nicht

ganz gering anschlagen dürfte. Da das herrschende Gefühl eine Befriedigung sucht, eine solche aber auf dem natürlichen Wege, nämlich durch Beseitigung des Ministeriums nun einmal nicht finden konnte, war es durchaus nicht unmöglich, daß es seine Befriedigung am Ende darin suchen werde, daß man die früheren Drohungen des Ministeriums wahr zu machen strebte. Auf diesem Wege konnte England dahin kommen, sich in einen Krieg zu Gunsten Dänemarks zu stürzen. Namentlich trat diese Gefahr näher, wenn der Kampf am Danewerk sich in die Länge zog, und der Widerstand der Dänen den Charakter des Heldenhaften annahm und von Waffenthaten begleitet war, die man für glänzende ausgeben konnte. L. Palmerston für seine Person — wohl zu unterscheiden von dem Ministerium im ganzen — war und wäre auch wohl noch, wenn es bloß auf die Lust dazu ankäme, vollkommen darauf vorbereitet, in diesem Falle den Reigen zu führen — und zwar recht con amore, da er sehr gut weiß, daß nichts der Königin persönlich schmerzlicher sein könnte als das. Er hatte seine Maßregeln getroffen. Der Leitartikel in den Times, daß man von Seiten Englands unserer Regierung noch im letzten Augenblicke — vergebens — „Garantien" geboten habe, war gewiß zum Theil auch darauf berechnet. Dann trat der „edle" aber vollkommen gewißenlose Herr mit der frechen Lüge vor das Haus, Preußen habe sich noch im letzten Augenblicke verpflichtet, unter allen Bedingungen den Londoner Traktat aufrecht zu erhalten, und als Beweiß las er nur die erste Hälfte der preußischen Erklärung vor. Unsere Freunde im Parlament haben dann freilich erzwungen, daß Layard auch die zweite Hälfte der preußischen Erklärung vorlesen mußte, aber das hilft gegen Palmerston's Maneuvre nur sehr wenig, denn das englische Publikum ist so überaus, so unglaublich naif, daß es sich gar nicht an das Actenstück selbst hält, sondern lediglich an das, was Palmerston darüber sagt.

Der Lüge ihres Gemahls fügte Lady Palmerston dann ihrerseits eine eben so dreiste hinzu. Sie hat noch vorgestern, Sonnabend, in ihrem Salon gesagt: Preußen habe neuerdings noch nach der Eröffnung der Feindseligkeiten wiederholt erklärt,

es werde an den Bestimmungen des Londoner Protocols festhalten. Das sagte die Frau zu einer Zeit, wo die Erklärung unserer Regierung, daß der nun eingetretene Kriegszustand alle bisher bestehende Verträge aufhebe, bereits in der halboffiziellen Zeitung stand.

Natürlich geschieht dies alles, um Preußen vorkommenden Falls des himmelschreiendsten Wortbruchs zu zeihen, und John Bull's tugendhafteste Entrüstung wach rufen zu können.

Auf das eifrigste ist Lord Palmerston bemüht, die herrschende Spannung zwischen England und Frankreich zu beseitigen. Einer seiner Sendlinge hat vor kurzem wieder eine denkwürdige Unterredung mit Napoleon gehabt. Sein Vorschlag war wieder derselbe, den früher einmal Sir Henry Bulwer zu machen hatte, eine gemeinschaftliche Erklärung zu gunsten des Londoner Vertrages. Die Antwort war auch wieder die nämliche, England müsse, damit Frankreich auf dergleichen eingehen könne, in bindender Weise für alle Eventualitäten bestimmte Verpflichtungen übernehmen; ob England dazu bereit sei? Ob England entschlossen sei, nöthigenfalls mit den Waffen einzuschreiten? L. Palmerston ließ diese Fragen diesmal mit Ja! beantworten.

In dieser verwirrten Lage der Dinge, die je nach Umständen eine precäre werden konnte, traf nun die Nachricht von dem Siege der Preußen bei Missunde und dem eilfertigen Rückzug der Dänen aus dem Dannewerk wahrhaft heilbringend hier ein. Sie hat einen sehr großen, entscheidenden Eindruck gemacht und in einem überraschenden Grade abkühlend und ernüchternd gewirkt; alle keimenden Gefahren sind mit einem Schlage beseitigt. An einen Krieg zu gunsten Dänemarks ist jetzt gar nicht mehr zu denken, er gehört für niemanden mehr zu den denkbaren Dingen — und unter den verständigen Leuten wird die Überzeugung allgemein, daß unter diesen veränderten Umständen der Londoner Vertrag gar nicht mehr aufrecht zu erhalten ist.

L. Palmerston treibt übrigens noch manches andere beachtenswertes. Anfangs vergangener Woche verbreitete sich in den Clubbs das Gerücht, man wolle von hier aus ein paar

tausend Mann Infanterie nach Kopenhagen senden „um das Ministerium Monrad zu halten“ (ist das nicht recht merkwürdig?) Da ich bald ermittelt hatte, daß es niemand anders war als Layard selbst, der sich eifrig bemühte, dies Gerücht in Umlauf zu setzen, hielt ich es für ein bloßes Manoevre, bestimmt, Effect zu machen. Zwar erhielten zwei nach Indien bestimmte Bataillone Gegenbefehl, als wäre ihnen eine andere Bestimmung zugedacht — aber die Canal Flotte, die sie nach Kopenhagen bringen müßte, ankert in diesem Augenblick vor Lissabon — so hielt ich denn auch das für Scheinanstalten. Vorgestern aber habe ich erfahren, daß zwei Treasury Beamte in das Kriegsministerium befehligt sind, um die Kosten einer solchen Expedition festzustellen. Es könnte also doch wohl etwas an der Sache sein. Vertraute, deren das Tuilerien Cabinet hier in den verschiedensten Kreisen hat, haben dorthin berichtet, und haben außer allem, was sich sonst noch gegen eine solche Expedition einwenden läßt, auch daran erinnert, daß England im Jahre 1848 vorübergehend damit umging, sich einer Insel in der Ostsee zu bemächtigen, und daß auch die jetzt beabsichtigte Expedition schließlich auf so etwas hinauslaufen könnte. Man glaubt in dieser Region, daß ein mehr oder weniger freundschaftliches veto von jenseits des Canal her — vielleicht der Wink, daß in diesem Fall auch französische Schiffe und Truppen nach Kopenhagen gesendet werden müßten, die Ausführung hintertreiben wird.

Th. v. Bernhardi.

9. Graf Luckner[1]) an Lorentzen. 1864, 8. Februar, Dresden. Entschuldigung, daß er seinen Zweck so wenig erfüllte. Grund dafür. Edelheims Wirken in Dresden.

Lieber Lorentzen. Deinen Brief vom 6.[2]) d. M. erhielt ich heute und danke Dir für den Inhalt desselben herzlichst. Du wirst — wie Du mich kennst, nicht gezweifelt haben, daß ich Deine Rathschläge mit bestem Dank aufnehmen würde. Ich verspreche Dir und Samwer auch, soviel das irgend in meinen Kräften steht, mich möglichst an die Wünsche zu halten. Ich

[1]) Besitzer von Schulenburg bei Oldesloe.

[2]) Nicht bekannt.

gebe auch sehr gerne zu, daß es Mangel an Geschicklichkeit, dem ich abzuhelfen streben werde, meinerseits ist, wenn ich bisher die Ideenentwicklungen Beusts nicht weitläufig genug zu Papier gebracht habe; andererseits bitte ich indessen auch etwas auf den Umstand Rücksicht nehmen zu wollen, daß Beust überhaupt abgesehen von seinen Entschlüssen sehr wenig äußert, daß, da ich ihn fast immer sehr pressirt spreche, ich meinem Gott gedankt habe, wenn er eure Mittheilungen mit Aufmerksamkeit entgegennahm und mir dann ganz kurz betreffend des fraglichen Punktes seine Absicht eröffnete.

Mißverstehe mich indessen ja nicht, dies soll mich keineswegs entschuldigen Euren Ausstellungen gegenüber, doch liegt mein Hauptfehler in dieser Beziehung mehr darin, daß ich Beust nicht genug zum Sprechen zu bringen verstehe, als darin, daß ich seinen Ideengang nicht genügend zu Papier bringe. Daß der Zweck meiner hiesigen Mission hauptsächlich der Gedankenaustausch zwischen Beust und Euch ist, verkenne ich durchaus nicht, und — wie gesagt, ich werde mir alle Mühe geben, diesen Zweck besser zu realisiren, wie mir das bisher möglich gewesen. Über Edelsheims[1]) Hiersein und hiesiges Wirken schrieb ich deshalb nicht, weil ich meinte, ihr seiet vollständig darüber orientirt: daß er die angeblich von Bayern vorgeschlagenen Minister Konferenzen der bundestreuen Staaten in Fluß gebracht mit allen Folgen.

Also mit nächstem — Beust hat mir zu morgen eine Besprechung in Aussicht gestellt, einen detaillirten Bericht.

Nochmals meinen besten Dank für Deine Zuschrift, die ich sicher beherzigen will.

Dresden, 8. Februar 1864.

Es grüßt bestens Dein Luckner.

10. v. Ahlefeld[2]) an Lorentzen. 1864, 21. Februar, Berlin. Seine Gesundheit erlaubt ihm nicht, mit nach Wien zu gehen. Ein gewandter Vertreter des Herzogs ist hier nötig, schlägt Baron Heintze vor. Bismarcks Standpunkt. Vergebliches Gegenwirken eines Plessen.

---

[1]) Ludwig Freiherr von Edelsheim 1823—1872, s. Allg. Deutsche Biographie V. 640, 641.

[2]) Landrat v. Ahlefeld-Olpenitz.

Obgleich ich mich durch den mir durch Sie, geehrter Herr Doktor, gemachten Vorschlag sehr geehrt fühle und Sr. Hoheit dieses auszusprechen bitte, bedauere ich doch zugleich recht sehr, auf denselben nicht eingehen zu können. Abgesehen davon, daß ich mir, meiner eigenen Beurtheilung zufolge, nicht zutrauen darf, die in Anrege gekommene Mission in der Weise zu erfüllen, wie es das Interesse meines hohen Mandanten erheischen dürfte, so bin ich hieselbst augenblicklich von einer so abscheulichen Erkältung befallen, daß ich wahrscheinlich nicht mit nach Wien [1]) werde reisen können, und mich hier nur mit Mühe aufrecht halte. Dazu kommt, daß ich in den letzten 14 Tagen durch verschiedene Affairen in eine so nervöse Aufregung versetzt bin, daß ich unbedingt der Ruhe bedarf und der gleichmüthigen Überlegung entbehre, welche solche Geschäfte vor Allem erfordern.

Ich erlaube mir, bei dieser Gelegenheit zu äußern, daß hieselbst im Interesse des Herzogs ein gewandter Mann unbedingt nothwendig ist, und zwar einestheils, um irrige Ansichten verschiedener Art zu bessern, anderntheils um Preußen durch gewisse Koncessionen für den Herzog geneigter zu machen.

Bismarck scheut sich vor großen Opfern, scheint noch an der Personalunion mit Garantie festzuhalten und müßte geneigter gemacht werden.

Ich würde glauben, daß der alte Heintze [2]), dessen Standpunkt zum Herzog ich übrigens gar nicht kenne, hier wie in Hannover durch Kenntnisse wie Gewandtheit sehr nützlich werden könne.

Ein Plessen hat hier gegen uns zu wirken gesucht, jedoch dem König wohl nicht gefallen, wie ich von Geheimrat Meyer [3]) höre.

In der Hoffnung, Sie auf der Rückreise zu sehen.

Ihr Ihnen aufrichtig ergebener v. Ahlefeld.

---

[1]) Über diese Mission Ahlefelds habe ich in der mir zur Verfügung stehenden Litteratur nichts ermitteln können.

[2]) Kammerherr Josias Friedrich Ernst Baron v. Heintze.

[3]) Karl Meyer, Vorleser der Königin.

11. Wohlbrück[1]) an Lorentzen. 1864, 23. Februar, Bremen. Bitte, wenn möglich, ihm Zeitungsberichte zu senden. Kann Lorentzen ihm einen ständigen Berichterstatter empfehlen?

Lieber Doktor. Mit großer Freude habe ich einmal wieder die wohlbekannten Züge Ihrer Handschrift begrüßt. Sie hat sich sowenig verändert wie Sie selbst. Die Einlage Ihres Briefes wird Ihnen mit diesen Zeilen abgedruckt zugegangen sein. Etwaige Zuschriften gleicher Art werden dieselbe rasche Berücksichtigung finden. Haben Sie Muße und Neigung, sich selbst in unserer Zeitung vernehmen zu lassen, so lassen Sie es uns wissen oder zeigen es noch lieber gleich durch die That. Sehr erwünscht würden uns natürlich auch — so weit dies mit Ihrer Stellung verträglich — privative Aperçus aus Ihrer Feder über Ihre dortige Lage, Hoffnungen, Aussichten ꝛc. sein. Meine Diskretion kennen Sie, auch der meines Collegen N. Mohr, dessen Spezialität der Artikel Schleswig-Holstein ist, können Sie sicher sein. Es könnte sich daran ein Austausch von Ansichten, Betrachtungen, Erfahrungen knüpfen, die möglicher weise nicht ohne praktische Resultate für unsere gemeinsame Sache bleibt.

Nun noch eine Bitte. Unserer Reisecorrespondent, Dr. Piper aus Frankfurt, früher in Bremen hat seit lange nichts mehr von sich hören lassen, und wir müssen darauf verzichten, rasche und zuverlässige Berichte aus der Nähe des Kriegsschauplatzes von ihm zu erhalten. Vielleicht wüßten Sie einen tüchtigen Mann, der uns etwa von Flensburg aus in dieser Hinsicht auf dem Laufenden hält. Die Berichte müßten, wie ich so eben gesagt, rasch und möglichst zuverlässig, selbstverständlich patriotisch loyal sein.

Auch mit Officieren der preußisch-österreichischen Armee haben Sie ohne Zweifel vielseitige Verbindungen. Könnten diese für uns direkt nutzbar gemacht werden, um so besser, doch werden Mittheilungen von dort wohl immer nur sehr intermittierend fließen, so daß eine ständige Correspondenz von einem ständigen Correspondenten die Hauptsache bleibt.

Wie Sie sehen, sind wir im Wünschen nicht faul. Alles läßt sich vielleicht nicht erfüllen, aber warum nicht Einzelnes?

---

[1]) Redakteur der „Bremer Nachrichten."

Eine Verständigung bezüglich des Correspondenzhonorares wird, wie ich glaube, nicht schwer sein. Die Vorschläge gehen in diesem speciellen Fall wohl am besten von den Herrn Correspondenten in spe aus.

Einige Personalien über mich, mein Thun, Treiben und Wirken schreibe ich Ihnen, wenn Sie das interessirt, ein ander Mal. Mit herzlichen Grüßen

der Ihrige Alfred Wohlbrück.

12. Beseler[1]) an Lorentzen. 1864, 27. Februar, Bonn. Ablehnung, sich mit der Kreuzzeitung in einen Pressekrieg einzulassen.

Lieber Freund! Sie haben natürlich vollkommen Recht, wenn Sie meine bezügliche Äußerung in der Schrift von 1856[2]) als ein sittliches und geschichtliches Verdikt über das Benehmen der beiden damals in Betracht kommenden Prinzen des Augustenburger Hauses, nicht als ein juristisches Urtheil über das Erbrecht desselben auffaßen. Diese Äußerung anders auffaßen heißt den Worten Zwang anthun.

Wenn die fromme Kreuzzeitung in ihrer Weise und für ihre Zwecke jene Worte mißbraucht, so erregt das den Eckel gegen das Gebaren des Blattes. Wenn Sie aber wünschen, daß ich durch eine authentische Interpretation den Sinn meines Urtheils feststellen soll, so muß ich dagegen bemerken, daß ich solcher gestalt nicht der Sache unserer Heimath nützen, wohl aber derselben schaden würde. Es ist klar, daß das Verhalten des Herzogs Christian und des Prinzen Friedrich Nör es unendlich schwierig gemacht hat, Schleswig-Holstein durch das Augustenburger Erbrecht zu retten; gelingt es dem Herzog Friedrich trotzdem, sein Haus vom Tode wieder zu erwecken und an die Spitze von Schleswig-Holstein zu stellen, so werde ich mich darüber freuen, trotzdem ich ein unversöhnlicher Feind der Kleinstaaterei bin. Für dieses Gelingen kommt es aber nicht auf die richtige Auffaßung von Worten an, die, von wem

---

[1]) Wilhelm Hartwig Beseler s. Allgem. deutsche Biographie, Bd. XLVI, S. 473 ff.

[2]) Wilhelm Beseler: Zur Schleswig-Holsteinischen Sache im August 1856. Braunschweig 1856.

auch, vor Jahren ausgesprochen sind, sondern auf die Energie, welche unsere Landsleute gegenwärtig in der Manifestirung ihres Willens entwickeln, auf die Waffenerfolge, auf den ernsten Willen und die Geschicklichkeit der dänischen Diplomatie.

Wollte ich eine Erklärung gegen die Kreuzzeitung veröffentlichen, so würde diese natürlich nicht unerwidert bleiben, und es läßt sich mit Sicherheit voraussehen, daß sich eine Zeitungsfehde entspinnen würde, welche das Verhalten der Augustenburger Prinzen vor und nach 1851 zum Nachtheile des Herzogs Friedrich und des Landes, welches ihn auf den Schild gehoben, als Gegenstand der unerquicklichsten Erörterungen behandeln würde. Hierbei könnte die Sache des Landes, wie sie augenblicklich liegt, nur verlieren. Es bleibt mir daher nichts übrig als für jetzt zu schweigen.

Sie haben Recht, lieber Freund, wenn Sie mich beklagen, sofern ich durch eine Komplikation der Verhältnisse, die weit zurückgreift, genöthigt bin, meinen Hühnerhof in Bonn in Ordnung zu halten, anstatt nach Kräften für die Befreiung von Schleswig-Holstein thätig zu sein. Indessen ich habe gelernt zu resigniren, ohne die Hoffnung aufzugeben.

Bonn, den 27. Februar 1864.

Der Ihrige Beseler.

13. Wiggers[1]) an Lorentzen. 1864, 13. März, Rendsburg. Wegen des Widerstandes des Magistrats eine Einberufung der Stände in Rendsburg nicht möglich. Seine Reise nach München zu der Beisetzungsfeier des Königs Maximilian.

Ihrem Wunsche, bei den hiesigen städtischen Kollegien für ein Gesuch um Einberufung unserer Stände zu wirken, kann ich leider nicht entsprechen, da die unglückselige Zusammensetzung unseres Magistrats, an dessen Spitze zwei geschworene, trotz allen Anstrengungen nicht zu beseitigende Beamte[2]) stehen, und sein schlechtes Verhältniß zum Deputirtencollegium einen solchen Beschluß geradezu unmöglich macht. Die Stadt leidet unter

---

[1]) Wilhelm Eduard Wiggers, Untergerichtsadvokat in Rendsburg.

[2]) Stadtpräsident, erster Bürgermeister, Polizeimeister und Auktionsverwalter Justizrat Julius Heinrich Wriedt, gelehrter Ratsverwandter und Stadtsekretär Rudolph Schreiber.

diesem Zustande außerordentlich, und es ist hohe Zeit, daß bald eine Änderung eintritt.

Wie Sie wohl schon erfahren haben, erhielt ich gestern ein Telegramm aus München, worin sehr dringend um Absendung einer Landesdeputation, wenn auch nur von 2 Mitgliedern zu der schon am Dienstag erfolgenden Beisetzung des Königs[1]) aufgefordert wird. Demzufolge hat der gestern in Kiel versammelte engere Ausschuß beschlossen, Architekt Martens und mich hinzuschicken. So wenig Zeit und Lust, selbst auch persönliche Kraft zu dieser neuen Gewaltreise mir auch innewohnt, will ich mich doch dieser Mission, da sie unserer Landessache nützen zu können scheint, nicht entziehen, und reise heute Abend ab, um nach ununterbrochener Reise am Dienstag Morgen in München einzutreffen.

Freundlichst der Ihrige

W. Wiggers.

14. Sammer[2]) an Lorentzen. 1864, 20. März. Frankfurt[3]). Unterredung mit Pfordten. Aussichten des Herzogs. Erledigung der Rechtsfrage. Günstige Nachrichten von Stockmar. Pfordten als Konferenzdelegierter ausersehen. Abstimmung über Erbfolgeantrag noch nicht zu erhoffen. Ahlefelds Reise. Freie Bewegung des Herzogs; baldige Reise nach Dithmarschen. Prinz Woldemars Gesundheitszustand. Morgen Abreise nach Karlsruhe.

Lieber Freund. Seit gestern hier. Nach den Gesprächen mit den hiesigen Freunden. speziell mit Pfordten[4]), steht die Sache durchaus nicht schlecht hier. Der Erbfolgeantrag[5]) steht und wird zur Abstimmung gebracht, sobald ein günstiger Wind weht. Auch Pfordten und Mohl[6]) sind überzeugt, daß

---

[1]) König Maximilian war am 10. März in München gestorben.

[2]) Karl Friedrich Lucian Sammer s. Allgem. deutsche Biographie, Bd. XXX, S. 326—337.

[3]) Der Herzog von Coburg hatte ihn zu einer Zusammenkunft dorthin gebeten.

[4]) Ludwig Karl Freiherr v. d. Pfordten s. Allgem. deutsche Biographie, Bd. XXV, 695—701.

[5]) War am 12. März beim Bunde eingebracht, dann aber auf Einwenden von Preußen und Österreich zurückgezogen worden.

[6]) Robert von Mohl s. Allgem. deutsche Biographie, Bd. XXII, S. 745—758.

Christian IX. nie hier zugelassen wird, und daß, wenn nur die Pression der Großmächte nicht wäre, alle bis auf Luxemburg für den Herzog stimmen werden.

Die Rechtsfrage wird überall als erledigt angesehen, selbst die Österreicher setzen an dem Ausschußbericht nur die Kompetenz und den gottorpischen Antheil aus.

Sehr günstiges bringt Stockmar[1]) mit. Sein Freund[2]) hat sich mit den Vorschlägen vollständig einverstanden erklärt und wird seine Meinung sofort in einer Cirkulardepesche niederlegen. Das giebt Luft.

Kommt es zu Conferenzen, so wird wahrscheinlich Pfordten delegirt und wird Instruktion verlangen und nicht annehmen, ehe über Holstein Beschluß gefaßt ist und zwar im Sinne seines Antrags. Für den Augenblick ist noch nicht auf Abstimmung über den Erbfolgeantrag zu hoffen. Man würde nur die sieben Würzburgischen[3]) Stimmen dafür haben; für die Dringlichkeit wären bei der letzten Abstimmung die 15 Kurie (Oldenburg mit einem Schwarzburg) und die 17. nicht gewesen.

Mir macht A[hlefeld]s Reise viel Sorge. Sie kann bei der Bosheit der Betreffenden viel schaden. Ich möchte rathen, ihn möglichst bald zurückzurufen und das ganze in ein bloßes Bezeigen der Bereitwilligkeit verlaufen zu lassen, keineswegs aber irgendwie die Verhandlungen fortzusetzen, selbst wenn man von anderer Seite es auch wollte.

Vom Bundestage droht für den Aufenthalt des Herzogs keine Gefahr. Pfordten meint, der Herzog könne gern reisen im Lande. Er verspricht, im Ausschuß jeden Beschluß gegen den Herzog zu verhindern, an die Bundesversammlung werde man keinen bringen.

Ich meine, daß der Herzog, sobald das Wetter gut ist, nach Dithmarschen oder sonst wohin reisen sollte, damit von ihm die Rede in den Zeitungen ist, deren Schweigen jetzt sehr schadet.

---

[1]) Ernst Alfred Christian Freiherr von Stockmar s. Allgem. deutsche Biographie XXXVI, S. 305—315.

[2]) Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen.

[3]) Vergl. Jansen-Samwer, S. 258. 259.

Prinz Woldemar[1]) befindet sich recht wohl und giebt Hoffnung auf vollständige Wiederherstellung.

Ich reise morgen nach Karlsruhe und werde daher wohl vor Mittwoch nicht in Kiel sein.

Frankfurt, 20. III. 1864. Dein K. Samwer.

15. Lorentzen an Samwer 1864, 29. März, Berlin. Kommen heute unmöglich, da Brief zu spät eingetroffen. Die Situation nicht ungünstig. Zusammentreten der Stände erwünscht. Besprechung mit den Korrespondenten. Heute abend Zusammenkunft mit Maier. Morgen Reise nach Kiel.

Lieber Freund. Deinen Brief von gestern, der mich zum Dienstag zurückberuft, erhalte ich soeben am Dienstag Morgen. Es ist also jetzt gar nicht mehr möglich, früher als Mittwoch zu kommen, und das war von Anfang an meine Absicht. Unsere hiesigen Freunde habe ich gestern und vorgestern gesprochen und mir ihre Ansichten und Rathschläge mittheilen lassen. Darüber werde ich mündlich ausführlich berichten. Man betrachtet die Situation durchaus nicht als ungünstig; aber man ist auch hier der Ansicht, daß die Hauptentscheidung in der Art liegen wird, wie jetzt das Land sich ausspricht. Ein starkes Hervortreten des Herzogs wird eher widerrathen. Das Wichtigste scheint Allen, daß die Stände jetzt aus eigenem Antrieb zusammentreten und eine an die Conferenz zu richtende Erklärung beschließen. Ich habe alle diese Dinge mit unsern beiden Correspondenten genau durchgesprochen. Mit dem einen habe ich in Betreff des bewußten Gegenstandes die nöthige Diskretion beobachtet und empfohlen. Nur mit Maier habe ich erst einmal flüchtig sprechen können. Ich habe mit ihm zu heute Abend ein Rendezvous verabredet, dies hat freilich die Folge, daß ich erst morgen früh abreisen und erst morgen (Mittwoch) Abend in Kiel sein kann. Allein mir scheint die Verzögerung eines halben Tages wohl gerechtfertigt und durch ein eingehendes Gespräch mit Maier aufgewogen. Du kannst mich also morgen Abend mit Bestimmtheit in Kiel erwarten.

Dein Lorentzen.

---

[1]) 1810–1871. Sohn des Prinzen Friedrich Karl Emil und der Sophie Eleonore Friederike von Scheel, Onkel des Herzogs Friedrich, Oberbefehlshaber der Bundestruppen in Frankfurt.

16. Samwer an Lorentzen. 1864, 20. April, Kiel. Stellung des Fürsten Löwenstein. Lorentzen und Forchhammer sollen ihn als Chef betrachten.

Lieber Freund. Je größer das Opfer ist, welches der brave Fürst Löwenstein[1]) bringt, er will nicht einmal Kostenvergütung, desto nothwendiger ist es für euch, ihn ganz als eueren Chef zu betrachten und ihm auch äußerlich das zu zeigen. Ich soll dir daher vom Herzog sagen, du mögest speziell was das Berichten anbetrifft, dasselbe ganz Löwenstein überlassen, oder ihm sagen, ob du ihm das Schreiben abnehmen solltest, welchen Falls du dann die abgehenden Briefe ihm vorlegen könntest, oder wie er es sonst für gut findet.

Bringe auch Forchhammer[2]) dazu, daß er sich bei ihm meldet und ihm sich zu Disposition stellt.

Fürst Löwenstein muß als wirklicher Chef behandelt werden. Willst du mir vertraulich schreiben, so ist das ja unbenommen, doch wäre er vorher deshalb zu fragen.

Ich werde regelmäßig an Löwenstein schreiben, ebenso der Herzog.

Kiel, 20. April 1864. Samwer.

17. Lorentzen[3]) an Samwer. 1864, 29. April, London. Gewicht gelegt auf die Meinung der Stände. Um Abschrift einer Note Palmerstons gebeten. Debatte über Osborne's Antrag. Wunsch des Herrn v. Beust, Warnstedt hier zu sehen. Lorentzen stellt sich Beust zur Verfügung.

Lieber Samwer! Im Allgemeinen kann ich nicht genug hervorheben, wie viel Gewicht hier auf die Beschlüsse der Stände gelegt wird. Die Dänen, die hier Jahre lang das Terrain allein occupirt haben, haben unablässig die Meinung verbreitet, die Stände seien mit der Regulirung der Erbfolge, wie sie durch den Londoner Traktat und durch das dänische Gesetz von 1853 beabsichtigt wurde, ganz einverstanden gewesen. In Zusammenhang damit steht der Glaube, die Stände seien nur deßhalb bis jetzt nicht einberufen worden, weil man eine Majorität für die

---

[1]) Fürst Löwenstein-Wertheim überbrachte die Erklärung des Herzogs vom 16. April. (Abgedruckt bei Jansen-Samwer in den Beilagen Nr. 23.)

[2]) Peter Wilhelm Forchhammer, Professor der klassischen Altertumswissenschaft in Kiel. s. Allgem. deutsche Biographie, Bd. XLVIII, S. 625—630.

[3]) Aus den Papieren des Herrn v. Mohl.

dänische Ansicht und für die Erbfolge des Londoner Protokolls fürchte. Es kann nichts wichtiger sein, als diesem Irrthum für die Vergangenheit entgegenzuwirken. Für den Vorschlag, für die bevorstehende Entscheidung die Stände zu hören, wird man hier, wie ich glaube, die öffentliche Meinung ohne große Mühe gewinnen.

Nach den Eindrücken, die ich in hiesigen vorzugsweise parlamentarischen Kreisen bis jetzt gewonnen habe, muß ich sagen, daß man hier auf die Beschlüsse der Stände sehr großes Gewicht legt. Auch die Beschlüsse der großen Corporationen und der Communen werden wohl beachtet. Dagegen mit Resolutionen von Versammlungen und Vereinen ist hier nicht viel auszurichten.

Ich bitte, mir baldmöglichst eine Abschrift der Note Palmerstons vom 23. Juni 1848 zu schicken. Ich erwähnte dieselbe in einem Gespräche mit Osborne, der ganz erstaunt war, als ich ihm sagte, Palmerston habe darin die Verschiedenheit der Erbfolge für das Königreich und für Holstein als bestehend anerkannt und vorgeschlagen, das südliche Schleswig mit Holstein, das nördliche mit Dänemark zu vereinigen, und habe also eine mögliche dynastische Trennung beider Theile nach dem Rechte der Erbfolge angenommen. Osborne wußte nur, daß Palmerston damals die Theilung Schleswigs vorgeschlagen habe, und legte großes Gewicht darauf, eine Abschrift der Note zu erhalten. In den Büchern, die ich hier habe, besitze ich sie nicht. Vorläufig konnte ich ihm nur die Stelle mittheilen, die in dem neuesten Buch[1]) von Warnstedt Seite 209 steht, habe ihm aber versprochen, ihm in einigen Tagen die ganze Note zu schicken. Die neuliche Debatte über den Osborne'schen Antrag, und namentlich Osborne's Rede selbst hat doch einen tieferen und nachhaltigeren Eindruck gemacht, als sich aus der Presse erkennen läßt. Ein uns günstiger Umschwung in der öffentlichen Meinung ist unverkennbar im Entstehen begriffen. Selbst im Ministerium ist eine uns günstige Minorität. Gladstone hat Osborne ausdrücklich für seine Rede gedankt und ihm gesagt,

[1]) Staats- und Erbrecht der Herzogtümer Schleswig-Holstein. Hannover 1864.

es sei sehr erfreulich, daß endlich einmal auch die entgegengesetzte Ansicht von der Sache mit solcher Klarheit entwickelt sei. Etwas Ähnliches hat ihm Milner Gibson gesagt, welcher zugleich sein Einverständniß mit jener Rede ausgesprochen hat. Noch größeren Eindruck aber als Osborne's Rede selbst hat es gemacht, daß sie ganz unwiderlegt geblieben ist, und wenn sich nun heute zeigt, daß die schwache Entgegnung Layard's fast ganz auf Unwahrheiten beruhte, so wird sich eine günstigere Auffassung noch mehr Bahn brechen.

Ich machte vorgestern Herrn von Beust einen Besuch. Im Laufe des Gespräches äußerte er, wie sehr er wünsche, daß Herr v. Warnstedt hierher komme, um ihn mit seiner Sachkenntniß beizustehen. Er schien es indeß für ziemlich zweifelhaft zu halten, ob dies zu erreichen sei, weil man in Hannover wegen der prononcirten schleswig-holsteinischen Gesinnung Warnstedt's mit dem Urlaub Schwierigkeiten mache, und weil ein bestimmter auf die Beiordnung Warnstedts gerichteter Bundesbeschluß vielleicht nicht zu erreichen sei. Bei dieser Gelegenheit fragte er mich, ob ich für den Fall, daß Warnstedt nicht komme, etwa später, wenn die Conferenz an die eigentlichen politischen Fragen gelange, ihm gelegentlich mit der erforderlichen Detailkenntniß der Sache aushelfen würde. Auch gegen den Fürsten Löwenstein hat Herr v. Beust einen ähnlichen Wunsch ausgesprochen. Ich habe natürlich geantwortet, daß ich, solange ich hier in London bleibe, zu seiner Verfügung stehen werde. Auch Fürst Löwenstein ist entschieden der Meinung, daß diese Verbindung möglichst zu cultiviren ist. Nur wird es dabei, wie ich glaube, gerathen sein, daß ich, wenn ich auch praktisch mich immer mit den Instruktionen aus Kiel in Einklang halte, doch mich ausdrücklich Herrn v. Beust gegenüber so wenig wie möglich auf dieselben berufe. Dein Lorentzen.

18. Lorentzen an Samwer. 1864, 30.[1]) April, London. Unterredung mit Beust. Unterstützung der schlesw.-holstein. Deputation. Herrn v. Warnstedts Berufung nach London wahrscheinlich aussichtslos. Vorschlag des Waffenstillstandes. Die Absicht der englischen Minister. Erfolg der Konferenz. Bedauern über die Abreise des Fürsten Löwenstein.

---

[1]) Aus einer Abschrift in den Papieren des Herrn v. Mohl.

Ich hatte heute eine lange Unterredung mit Herrn v. Beust, der mich gestern aufgesucht aber verfehlt hatte, und mir dann schrieb, daß er mich zu sprechen wünsche. Ich ging darauf heute morgen zu ihm. Er fing zunächst an von der Deputation[1]) aus Schleswig-Holstein zu sprechen, welche heute durch ein von Reinke unterzeichnetes Schreiben sich bei Russell angemeldet und um eine Audienz gebeten hat. Herr v. Beust war wohl geneigt, dies Gesuch zu unterstützen, hatte aber Bedenken wegen der schleswigschen Mitglieder, die überdies auch weniger gut legitimirt seien als die holsteinischen, weil die schleswigschen Notabeln doch nur ihr Mandat von sich selbst haben. Ich machte dagegen geltend, daß er die schleswigschen Mitglieder der Deputation doch nicht wohl von den holsteinischen sondern könne, zumal da die Deputation als ein zusammengehöriges Ganzes sich bereits durch ein Schreiben angemeldet hat. Herr v. Beust versprach mir endlich, in seinem Schreiben an Russell die Herren als Deputirte der Duchés zu bezeichnen, ohne die Herzogthümer zu nennen, und was ihre Legitimation betrifft, so wollte er sagen, daß sie theils von den Ständen, theils von Notabeln bevollmächtigt seien, und unter dieser Firma es dringend empfehlen, daß Lord Russel sie empfange.

Graf v. Beust erwähnte darauf Herrn v. Warnstedt[2]) und sagte mir, er müsse fast auf die Hoffnung verzichten, denselben hier zu sehen. Die Sache drehe sich in einem Zirkel. In Hannover wolle man den nöthigen Urlaub nur unter der Bedingung gewähren, daß durch einen ausdrücklichen Bundesbeschluß Warnstedt ihm als Rechtsbeistand beigegeben werde, und am Bunde werde dagegen von Österreich und Preußen geltend gemacht, daß die Auswahl der Personen, die er zu seiner Unterstützung sich beizugesellen wünsche, seine eigene und nicht

---

[1]) Die Deputation bestand aus den 3 Abgeordneten für Holstein: Kaufmann Reincke-Altona, Dr. Behn-Kiel, Pastor Versmann-Itzehoe und 5 Abgeordneten aus Schleswig: Ahlefeld-Olpenitz, Hansen-Grumbye, Claußen-Apenrade, Finke-Flensburg und Fröhlich-Leck. s. Jansen-Sammer S. 281, 282.

[2]) Adolf Eduard Friedrich Johannes von Warnstedt. s. Allg. deutsche Biographie XLII, S. 179. s. über die Angelegenheit selbst Nr. 22.

die Sache des Bundes sei. Es liege zwar noch kein ablehnender Bundesbeschluß vor, aber da Österreich, Preußen und Hannover gegen Warnstedt wirkten, so habe er wenig Hoffnung, einen desfallsigen Antrag am Bunde durchzubringen, und trage sogar Bedenken, die Stellung eines Antrages, dessen Ablehnung er befürchten müsse, zu befürworten.

Im Übrigen war Herr v. Beust sehr guter Laune. Auf die bisherigen Verhandlungen der Konferenz ging er nicht näher ein, und ich mochte auch nicht allzusehr in ihn dringen, zumal da das Wesentliche ja bekannt ist. Bis jetzt handelt es sich nur um einen Waffenstillstandsvorschlag, den Dänemarck nur mit Beibehaltung der Blokade annehmen will, eine Zumuthung, auf welche die deutschen Mächte natürlich nicht eingehen können. Seit Montag ist keine Sitzung der Conferenz gewesen, und es ist noch ungewiß, wann die nächste Sitzung sein wird. Es scheint, daß keine Macht besonders große Eile zeigt, auch England nicht. Herr v. Beust meinte, die englischen Minister wollten die Conferenz nur benutzen, um ohne Niederlage über die Parlamentssession wegzukommen. Große Resultate erwartete Herr v. Beust nicht von der Conferenz, aber sehr wichtig sei es, daß die Stimmung allmählich sich zu ändern beginne; nach seinen Wahrnehmungen beginne man hier sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß die Herzogthümer von Dänemark getrennt bleiben würden, und da man die preußische Annexion mehr als Alles fürchte, so fange man schon an, den Herzog als pis-aller zu betrachten.

Fürst Löwenstein hat mir heute gesagt, er werde Montag nach Osborne zur Königin gehen, Dienstag hierher zurückkehren, und wahrscheinlich am Mittwoch von England abreisen. Ich bedauere es außerordentlich, daß der Fürst sich nicht bestimmen lassen will, länger zu bleiben. Es ist nicht zu sagen, wie sehr er uns hier schon genützt hat und bei längerem Bleiben noch hätte nützen können. Lorentzen.

19. Lorentzen[1]) an Sammer. 1864, 4. Mai, London. Ablehnung der Deputation durch Lord Russell. Rechtsverwahrung der Stände an

[1]) Aus den Papieren des Herrn v. Mohl. (Abschrift.)

Beust übergeben. Antwort an Lord Russell. Fürst Löwenstein und seine baldige Abreise.

Die Deputation hat auf ihr am Sonnabend übergebenes Schreiben an Lord Russell gestern Abend eine Antwort erhalten, in der Russell ablehnt, die Herren zu empfangen. Er motivirt die Ablehnung damit, daß die Konferenz aus Vertretern von Souverainen und Staaten bestehe und nicht autorisirt sei, to negotiate with societis and individuals. Die Herren haben sich nun entschlossen, die Rechtsverwahrung der Stände an Herrn v. Beust zu übergeben, welcher bereit ist, dieselbe in offizieller Weise in Empfang zu nehmen und zur gelegenen Zeit der Conferenz vorzulegen. Außerdem werden die Deputirten das Schreiben Russells beantworten; sie werden darauf aufmerksam machen, daß bei anderen Gelegenheiten es nicht unzulässig erachtet ist, mit Abgeordneten von repräsentativen Körpern zu verhandeln; zugleich werden sie Lord Russell mitteilen, daß sie ihre für die Conferenz bestimmten Mittheilungen jetzt Herrn v. Beust übergeben haben. Herr v. Beust hat sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß dies gesagt werde.

Fürst Löwenstein, welcher gestern Abend von Osborne zurückgekommen ist, hat noch gestern Abend schriftlich bei Russell eine Audienz für heute beantragt, ohne jedoch den Gegenstand irgend zu erwähnen. Eine Antwort hat er bis heute Mittag noch nicht erhalten. Zu heute Mittag ist der Fürst zum Prinzen von Wales zum Diner eingeladen, obgleich er demselben keinen Besuch gemacht hatte. Wie es scheint, geschieht dieses auf ausdrückliche Veranlassung der Königin, welche überhaupt sehr gnädig gewesen ist. Ich bedaure sehr, daß der Fürst jetzt seine Abreise von London bestimmt auf morgen festgesetzt hat.

Lorentzen.

20. Lorentzen[1]) an Sammer. 1864, 4. Mai, London. Die Hauptberichte bis jetzt Fürst Löwenstein überlassen. Bitte jetzt, da der Fürst abreist, um genaue Instruktion. Abreise Bernhardis.

Lieber Freund. In Folge Deines Briefes vom 20.[2]) d. M., in welchem Du mir im Auftrage Sr. Hoheit des Herzogs sagtest,

[1]) Aus den Mohlschen Papieren.
[2]) Nr. 16.

ich solle das Berichten ganz dem Fürsten Löwenstein überlassen, habe ich mich bisher in meinen Briefen auf diejenigen Dinge beschränkt, welche der Fürst mir speziell zugewiesen hatte, und von denen er auch wußte, daß ich darüber nach Kiel schrieb. Nun aber erhalte ich heute einen Brief[1]) von Dr. Steindorff, der mich in Deinem Auftrag auffordert, recht oft, wo möglich täglich zu berichten. Ich habe bisher über die Hauptsachen, namentlich über die Conferenz und über die Deputation nicht berichtet, weil ich annahm, daß das Sache des Fürsten sei, und weil ich ausdrücklich dahin instruirt war, ihm dies ganz zu überlassen. Da aber der Fürst morgen abreist, so werde ich von nun an es für meine Aufgabe halten, über Alles zu berichten, was hier vorkommt, und worüber ich etwas erfahren kann. Ich möchte aber doch dringend bitten, mir etwas genauere Instruktionen über meine hiesige Stellung und Aufgabe zukommen zu lassen. Ich habe keine andere Instruktion, als daß ich den Fürsten Löwenstein als meinen Chef betrachten soll. Sobald dieser abgereist ist, habe ich gar keine Instruktion, ebenso die anderen Herren, die hier sind.

Bernhardi reist heute Abend oder morgen früh ab, also gleichzeitig mit seinem Nachfolger. In den letzten Tagen habe ich mich überzeugt, daß der Kakadu doch überwiegt. Selbst den wenigen unbefangenen Engländern war sein Standpunkt nicht klar, weil sie nicht recht einsehen, wie man zugleich stockpreußisch und herzoglich gesinnt sein könne, und daher hat er hier nicht viel nützen können, so gut auch die Absicht sein mochte[2]). Ich bitte, diese Zeilen ganz privatim für Dich zu behalten.

Dein Lorentzen.

21. Sammer an Lorentzen. 1864, 5. Mai, Kiel. Lorentzen soll sich Beust zur Verfügung stellen. Brief des Prinzen von Noer. Bitte, den jungen Prinzen aufzusuchen, beim alten sich zu entschuldigen. Der eventuelle Protest des Prinzen.

Lieber Freund. 1. Der Herzog läßt Dir sagen, daß Du ganz Dich zur Verfügung Beust's stellen mögest. Es wird sehr

[1]) Vom 1. Mai.

[2]) Dieser letzte Absatz ist gedruckt in Jansen-Sammer, S. 283. Über den Ausdruck „Kakadu" s. W. Tobias, Theodor v. Bernhardi u. Theodor Goldstücker, S. 16.

wünschenswerth sein, daß Du ein wirklich gutes Verhältniß des Vertrauens mit ihm anknüpfst. Seine Absichten werden gegenüber seinem Könige, der Stimmung Sachsens und der deutschen Nation gut sein. Es handelt sich nur darum, ihn festzuhalten und ihm die Überzeugung zu geben, daß es für ihn äußersten Falles das Richtigste sei, sich mit Protest zurückzuziehen.

2. Beiliegender Brief[1]) des Prinzen von Noer zeigt dessen Unzufriedenheit vielleicht wesentlich damit, daß Du ihn nicht aufgesucht hast. Wir begreifen das auch in der That nicht, und ich soll Dich bitten, wenn sich irgend eine Form dazu finden lasse, ihm nach Paris zu schreiben, bedauernd, ihn nicht haben aufsuchen zu können, jedenfalls aber den jungen Prinzen aufzusuchen.

Eine unmittelbare Folge davon, daß Du ihn nicht gesehen,

[1]) Lieber Neffe! Bevor ich London morgen früh verlasse, kann ich nicht umhin, Dich auf eine sehr nachtheilige Sache aufmerksam zu machen. Die Mitglieder der schleswig-holsteinischen Deputation, von denen ich zwei gestern gesehen habe, behaupten, aus Kiel die Instruktion mitgebracht zu haben, durchaus selbständig hier zu verfahren, ohne sich um Deine Abgesandten zu bekümmern. Diese guten Leute sind nun hier ganz rathlos, sprechen weder englisch noch französisch und haben daher gerade Alles gethan, welches sie nicht thun mußten, z. B. sind sie zum russischen Gesandten gegangen, der sie förmlich zum Besten gehabt hat, obgleich sie glauben, daß er sie sehr cordial empfangen habe. Beim österreichischen sind sie nicht empfangen, auch nicht beim preußischen, und bei Lord Russell, dem sie zuerst hätten die Visite machen müssen, sind sie nicht gewesen (dies nur als Beispiel). Nun aber halten sie sich fern von Löwenstein. Dadurch ist nun das Gerede entstanden, daß man jetzt sähe, wie das Volk der Herzogthümer ganz andere Interessen als der Herzog habe, und diese jeder für sich das seinige verfolge. Ich gehe jetzt eiligst davon, damit es nicht heißen soll, es wären hier drei Parteien im Spiel, da Deine Abgesandten wiederum mich vermeiden. Schaffe aber doch möglichst bald diesem Unsinn Wandel und lasse Allen aufgeben, gemeinschaftlich ihre Schritte zu bereden, sonst geht die Sache doch noch am Ende schief. Sicherheitshalber lege ich jetzt eine neue Rechtsverwahrung ein, weil der Traktat von London, gegen den ich protestirte, nicht mehr existirt. Ich glaube, es würde nicht schaden, falls Du Löwenstein beauftragtest, auch von Deiner Seite für Dich eine Rechtsverwahrung, auf ein Gutachten eines englischen Rechtsgelehrten gestützt, einzulegen. Ich habe eins von Zachariae in Göttingen, dann wären von allen Seiten Rechtsansichten, da das v. d. Pfordtensche auch im Druck erschienen ist. Fr. v. Schl. Holstein.

scheint schon sein einseitiger Protest zu sein, der möglicher Weise viel schaden kann. Ob derselbe schon übergeben ist?

Was ist das mit dem Verhältniß der Deputation zu Löwenstein, worüber der Prinz schreibt. Du bist doch wohl mit Graf Rantzau und stets mit den Deputirten zusammen.

3. Wir wissen durch Fürst Löwenstein bis jetzt eigentlich Nichts von den dortigen Verhältnissen. Leider ist er jetzt wohl schon abgereist. Wie ist es mit der Declaration? Wie mit Forchhammer? mit Crowe? mit Bernhardy?

4. Du wünschest eine Instruktion und sollst nächster Tage eine erhalten, obgleich sie mir ziemlich überflüssig scheint. Betrachte Dich jedenfalls vorläufig als Haupt der dortigen Schleswig-Holsteiner sowohl in politischen als Preßsachen.

5. Crowe jun. räth dem Herzog, an Osborne ein Dankschreiben zu richten. Ich soll Dich auffordern, Dich darüber zu äußern, und wenn Du der Meinung bist, sogleich einen Entwurf englisch beizufügen.

6. Willst Du Einführungsbriefe für Schlesinger, so steht Dir einer zu Gebot. Es wäre gut, wenn durch die deutsche Correspondenz in gutem Sinne geschrieben würde.

7. Die Verhältnisse zum König von Preußen sind sehr gut, besser als früher. Der dunkle Punct ist immer noch Bismarck. Ich bin ganz unsicher, was er will, und ob nicht die alten Occupations und Verschleppungsgedanken noch fortwirken. Es wäre das das Schlimmste für die Sache.

8. Du wirst doch Graf Bernstorff und Balan[1]) einen Besuch machen, wenigstens formell Karten abgeben.

9. Ich soll Dich bitten, täglich zu schreiben, auch wenn nichts besonderes vorliegt.

Kiel, 5. Mai 1864. Sammer.

22. Lorentzen[2]) an Sammer. 1864, 6. Mai, London. Briefwechsel zwischen Lord Russell und Beust betreffend die Deputation. Die Waffenstillstandsfrage. Politik und Stimmung in England. Erbitterung gegen Preußen und die Annexion.

---

[1]) Der frühere preußische Gesandte in Kopenhagen.

[2]) Abschriftlich aus den Papieren des Herrn v. Mohl.

Wie ich früher zu berichten die Ehre hatte, hat Herr von Beust das Gesuch der Deputation um eine Audienz in einem Privatschreiben bei Lord Russell unterstützt. Auf dieses Privatschreiben hat Russell in einer offiziellen Note geantwortet, in welcher er die Ablehnung der Audienz anzeigt und dann, augenscheinlich um die Einmischung Beust's als unangemessen zu bezeichnen, hinzufügt, daß die Einwohner der Herzogthümer as forming part of the dominians of the king of Danmark nicht füglich anders als durch die Organe ihres legitimen Landesherrn mit der Conferenz in Beziehung treten können. Diese Unverschämtheit hat Herr von Beust sofort mit einer Note beantwortet, die er mir heute morgen zu lesen gab. Er bescheinigt den Empfang der Note, mit der Lord Russell seinen Privatbrief beantwortet habe, erklärt, auf den eigentlichen Gegenstand seines ersten Schreibens nicht weiter zurückkommen zu wollen, fügt dann aber hinzu, daß eine Äußerung Russells ihn zu einer Entgegnung zwinge, damit aus seinem Schreiben nicht etwa Konsequenzen gezogen werden möchten. Der Hauptsatz der Note lautet fast wörtlich: „Der deutsche Bund hat S. Maj. den König Christian IX. niemals als Herzog von Schleswig und Holstein anerkannt, und ich kann deshalb nicht zugeben, daß die genannten Herzogthümer einen Theil der Besitzungen des Königs von Dänemark bilden.“ Herr v. Beust war sehr froh, auf diese Weise sofort Gelegenheit gefunden zu haben, den Standpunkt des Bundes gegen Lord Russell officiell zu präcisiren. Ferner hat er heute Vormittag die Rechtsverwahrung der Herzogthümer von der Deputation entgegengenommen und hat die Absicht, das Schreiben, mit welchem die Deputation ihm die betreffenden Aktenstücke überreicht hat, schriftlich zu beantworten, und dadurch seinen Standpunkt noch genauer zu präcisiren.

In der Waffenstillstandsfrage wird heute hier bekannt, daß Dänemark die letzten Vorschläge der deutschen Großmächte verwirft, namentlich sich fortwährend weigert, die Blokade aufzuheben. Wenn diese Erklärung Dänemarks definitiv ist, so ist ein Waffenstillstand unmöglich, und ferner ist dann nicht abzusehen, wozu die Conferenz noch nützen soll. Es verbreitet sich bereits die Meinung, als sei das Beste, die Konferenz,

weil sie aussichtslos sei, ganz abzubrechen. Die Times hat dieser Ansicht heute bereits in einem Artikel Ausdruck gegeben, dessen antideutsche Haltung sehr bemerkenswerth ist. Nur die Minister wünschen die Fortsetzung der Conferenz und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie, wenn die Conferenz resultatslos auseinandergeht, einen Angriff im Parlament zu erwarten haben, dem sie sich nicht gewachsen fühlen. Wie man versichert, würde d'Israeli dann ein förmliches Mißtrauensvotum beantragen, obwohl Lord Derby damit nicht einverstanden sein soll. Im Allgemeinen ist in der öffentlichen Meinung sehr stark das Gefühl verbreitet, daß durch die Politik der Regierung das Ansehen Englands in Europa gesunken ist. Die Stimmung ist noch nicht gerade kriegerisch, aber sie kann leicht dahin umschlagen. Gegen Preußen ist die Erbitterung in allen Kreisen unglaublich stark; bei Weitem nicht so sehr gegen die Herzogthümer. In parlamentarischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß Preußen und Frankreich ein Abkommen getroffen haben, wonach Preußen die Herzogthümer für sich behalten und dagegen an Frankreich das Saarbecken abtreten soll. Daraus erklären die Leute hier sich die Haltung Frankreichs, die ihnen sonst unbegreiflich erscheint. Ich theile dies natürlich nur mit, um die Stimmung in hiesigen politischen Kreisen zu charakterisiren. An den Gedanken, daß die Herzogthümer nicht wieder mit Dänemark verbunden werden können, gewöhnt man sich hier allmählich. Gegen die Annexion von Preußen ist man hier natürlich unbedingt. Dagegen glaube ich, daß der Gedanke an ein selbständiges Schleswig-Holstein unter seinem eigenen Herzog, verbunden mit einer Theilung Schleswig nach Nationalitäten, hier bald mehr und mehr Anhänger gewinnen wird.

Lorentzen.

23. Warnstedt an Lorentzen. 1864, 9. Mai, Hannover. Die Gründe der Politik des Grafen Platen. Charakterisierung seiner Person. Die Stellung des Bundes zur ev. Berufung Warnstedts nach London. Kritik seiner Schrift von Freunden und Gegnern. Bedauern, der Sache Schleswig-Holsteins in London nicht dienen zu können. Empfehlung an Beust.

Mein lieber Herr Doktor. Schon früher würde ich Ihren Brief vom 1.[1]) d. M. beantwortet haben, wenn es mir nicht wünschenswerth gewesen wäre, auch in Frankfurt genaue Erkundigungen über den Stand der Sachen[2]) einzuziehen. Bei der hinlänglich kund gegebenen Abneigung des Königs von Hannover und des Grafen Platen[3]) gegen alle, welche nicht die wenig deutsche Politik des Herrn Zimmermann[4]) teilen, konnte ich mir hier von weiteren Schritten keinen Erfolg versprechen. Graf Platens Politik ist ja seit Jahren durch seinen finanziellen Vortheil eine bestimmt vorgezeichnete. Eine möglichst günstige Stellung Holsteins in finanzieller Hinsicht unter Aufopferung, wenn es sein muß, von Schleswig, unter völliger Nichtachtung der Rechte der deutschen Bevölkerung dieses Landes, das ist — wenn auch nicht offen und ausgesprochen, — einzig und allein die Triebfeder der Platen-Zimmermannschen Politik. Platen haben ja bedeutende Güter in Holstein. Daß diese möglichst geringe Steuern zahlen, das ist, was ihn in seinen politischen Experimenten in der deutsch-dänischen Sache bestimmt. Ich beurtheile ihn nicht zu strenge; ich kenne ihn von seinen Universitätsjahren her; er ist durch und durch Egoist. Alle Blaubuchsenthüllungen sind daher ohne Frage buchstäblich wahr. Natürlich würde ihm es unangenehm sein, wenn ich dazu mitwirkte, daß diese undeutsche, unpatriotische Politik durchkreuzt würde. Daher die ursprüngliche Ablehnung.

Er hat darauf calculirt, wie ist die Sache unter Wahrung des Scheins zu verhüten? Da ist er denn auf den Einfall gekommen, die Sache auf den Bund zu schieben. Es war offensichtlich ein ganz richtig berechneter Schachzug. Denn der Bund sagt mit Recht, was geht mich es an, wen Herr v. Beust als Sekretär mitnimmt, dies ist nicht Bundessache.

---

[1]) Nicht vorhanden.

[2]) s. Nr. 18.

[3]) Graf Adolf von Platen-Hallermund, geb. 10. Dezember 1814, übernahm im Juli 1855 das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Hannovers, war später in Hietzing in der Umgebung des Königs Georg V., starb am 27. Dezember 1889 in Dresden.

[4]) Gustav Zimmermann, hannoverscher Staatsrat, s. Allgem. deutsche Biographie XLV, S. 265.

Um zu einer Gewißheit zu gelangen, wie eigentlich die Sache stehe, habe ich mich bei den andern Ministern erkundigt. Nach deren Mittheilung hat Graf Platen ihnen die Sache so dargestellt: Herr v. Beust selbst habe bei Platen beantragt, daß der Bund mich zu einer Assistenzleistung in London committire.

Nach Mittheilungen vom Bunde her ist der österreichische Gesandte Baron Kübeck sehr entschieden gegen mich; es wird geglaubt, daß eine Mehrheit gegen meine Person stimmen werde.

Graf Platens Organ (die hiesige Nordseezeitung) ließ sich, als mein Buch[1]) kaum noch nach Sachsen gelangt sein konnte, von Sachsen aus schreiben, in meiner Schrift wären so bedenkliche Unrichtigkeiten und Auslassungen, daß man in maßgebenden Kreisen in Sachsen bald zu der Einsicht gekommen sei, daß es höchst unvorsichtig von Herrn v. Beust sein werde, einen so wenig bewährten Juristen als Ratgeber in einer Sache zu adskribiren, wo die höchste Umsicht nötig sei. Damit glaubte Graf Platen sich an mir rächen zu können, da ich, ohne ihn zu nennen, seine undeutsche Politik mit einigen Zügen gekennzeichnet und auf seine unglaubliche Unwahrheit in der Sache hingedeutet hatte.

Geheim Rat Michelsen[2]) schreibt mir dagegen, daß S. Majestät König Johann von Sachsen die Gnade gehabt haben, gegen ihn zu äußern „ich las jetzt das Buch von Herrn von Warnstedt mit größtem Interesse, und hat es mir namentlich über zwei mir bis dahin unbekannte Dinge vortrefflichen Aufschluß gegeben.“ Einstimmig hat das Spruchcollegium der Heidelberger Juristenfakultät seine Zustimmung zu allen von mir gewonnenen Ergebnissen ausgesprochen und von mehreren Spruchcollegien Deutschlands ist mir dasselbe Resultat bereits als bevorstehend angekündigt. Graf Platens Äußerung ist daher aus der Luft gegriffen oder stützt sich darauf, daß eine Schrift des Regierungs Raths Schultze[3]) in Flensburg in einer unerhörten

[1]) Staats- und Erbrecht der Herzogtümer Schleswig-Holstein. (Hannover 1864.) s. auch Jansen-Sammer, S. 286.

[2]) Andreas Ludwig Jacob Michelsen s. Allgem. deutsche Biographie, Bd. XXI, S. 695.

[3]) Die Wahrheit in der holsteinischen Erbfolgefrage wider die Augustenburger Doktrin. Lübeck 1864.

Weise eine Menge von urkundlichen Thatsachen, die bisher unbestritten waren, fälscht, um scheinbar das von ihm gewünschte Resultat zu erzielen.

Ich sehe also nicht ein, wie aus diesem Cirkel herauszukommen ist. Meinen Abschied zu nehmen würde mir nichts helfen, da ich diesen erst nach den unsäglichsten Quälereien bekommen würde, ich auch 14 Tage bis 3 Wochen nöthig hätte, um aufzuarbeiten und meinen Hausstand von 11 Personen aufzulösen.

Ob ich beim Bundestage refüsirt würde, wäre mir persönlich durchaus gleichgültig; ich lege auf ein solches Mißtrauensvotum nicht das geringste Gewicht, da ich eben nur daraus entnehme, daß eine Anzahl von Bundestagsgesandten sich der Stimmen der Mehrheit verschließen wollen.

So muß ich denn wohl darauf verzichten, meinem Geburtslande nach dieser Richtung hin einen Dienst zu leisten. Persönlich würde ich nur viel Arbeit in London zu erwarten haben, da die Falsificationen der Dänen nach allen Richtungen aufzudecken kein leichtes Stück Arbeit ist; man kann mit 4 Reihen leicht viel lügen; aber um die Lüge aufzudecken, muß man vielleicht 4—6 Seiten schreiben.

Möge es Ihnen gut gehen. Schleiden[1]) kommt nach London. Empfehlen Sie mich Sr. Excellenz dem Herrn Minister von Beust. Es würde mir ein hohes Interesse gewährt haben, diesem ausgezeichneten Staatsmanne vorübergehend näher zu treten und ihm dienstbar sein zu können.

Ihr ganz ergebenster v. Warnstedt.

24. Steindorff[2]) an Lorentzen. 1864, 10. Mai, Kiel. Anfrage, ob eine Denkschrift der Ritterschaft in London übergeben ist. Bericht über die Versammlung in Rendsburg. Beginn der Annexionswühlereien.

Lieber Herr Doktor! Die Hamburger Zeitung vom 9. d. M. enthält folgende Notiz, die ich wörtlich folgen lasse:

[1]) Rudolf Mathias Schleiden s. Allgem. deutsche Biographie LIV, S. 33—41.

[2]) Lorentzen hatte Ernst Steindorff Anfang Dezember aufgefordert, in des Herzogs Dienste zu treten. Darauf entgegnet Steindorff am 7. Dezember: Umgehend schicke ich Ihnen die Antwort, daß ich entschlossen

„Wie aus London gemeldet wird, ist Lord J. Russell von Mitgliedern der Ritterschaft der Herzogthümer eine Denkschrift übergeben worden, worin sie „die Voraussetzungen, von denen die Signatarmächte des Londoner Vertrages vom 8. Mai 1852 ausgingen, vollständig anerkennen.“ Sie schlagen vor und verlangen: Enge Verbindung Schleswigs mit Holstein, die Selbstständigkeit beider Länder Dänemark gegenüber unter demselben Landesherrn Christian IX.; Wegfall des Gesammtstaates Dänemark. Sie heben endlich hervor, daß die Abmachungen von 1851/52 keine sichere Basis für die Rekonstituirung gewähren. Die Denkschrift, so versichert das „Vaterland“, werde auf der Conferenz eine große Rolle spielen. (Was wir sehr bezweifeln. D. Red.)

Geheim Rath Samwer ersucht Sie, in Erfahrung zu bringen, ob hierin etwas Wahres sei. Mir erscheint es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß von der Blomeschen Clique solch ein landesverrätherischer Gegenring versucht worden ist. Gelingt es Ihnen, in dieser Sache zu einer Gewißheit zu gelangen, so bitte ich Sie, sofort von London aus etwa durch die National-Zeitung eine bestätigende eventuell dementirende Mittheilung in die deutsche Presse gelangen zu lassen.

Professor Hänel[1]), der als Ausschußmitglied an der Versammlung in Rendsburg[2]) theilnahm, wird einen authentischen Bericht aufsetzen, der Ihnen demnächst abschriftlich zugehen soll. Die Zahlangaben der Menschenmasse schwanken zwischen 30—50000; ich neige mich mehr der ersteren zu. Rave sprach am besten; kurz, gedrungen, und hielt sich an die Hauptsache: das Volk mit der Idee des bewaffneten Widerstandes zu befreunden. Seine Worte und die Anwesenheit der nach ihren

---

bin, Ihrer Aufforderung zu folgen: alle meine Kräfte stehen der Sache des Herzogs zur Verfügung. Ich danke Ihnen herzlich für das Vertrauen, daß Sie mich an Ihren Arbeiten wollen theil nehmen lassen. Morgen früh werde ich den Schnellzug benutzen, dann kann ich Nachmittags bei Ihnen sein. Ihre Frau sehe ich jedenfalls noch vor der Abreise. Bis dahin also Lebewohl. Berlin, 7. Dezember, Vormittags. Über Steindorff, s. Allgem. deutsche Biographie, Bd. 54, S. 464 ff.

[1]) Universitätsprofessor in Kiel.

[2]) s. darüber Jansen-Samwer, S. 305 ff.

alten Cadres geordneten Kampfgenossen haben der Versammlung eine mehr als augenblickliche Bedeutung gegeben. Heute Morgen haben Dr. Ahlmann und Professor Hänel als Deputirte des Ausschusses dem Herzog das Ergebniß des Rendsburger Tages officiell mitgetheilt[1]); seine Antwortsrede[2]), die natürlich möglichst bald publicirt werden wird, geht unumwunden auf die Idee des bewaffneten Widerstandes ein. Ich verspreche mir einen sehr günstigen Eindruck davon im Lande. An Annexionswühlereien, wenn auch ziemlich unschuldigen, hat es nicht gefehlt.

---

[1]) Dr. Ahlmann hielt folgende Ansprache: Die am 8. Mai in Rendsburg abgehaltene Landesversammlung hat die vor Ew. Hoheit erschienene Deputation beauftragt, Ihnen die gefaßten Resolutionen zu überreichen. Wir hoffen, daß Ew. Hoheit in denselben den Sinn unwandelbarer Anhänglichkeit an Ihre Person, welche das Recht des Landes verkörpert, wieder finden. Wir bitten, in denselben nicht den Eindruck eines flüchtigen Augenblicks zu vermuthen, sondern den Ausdruck eines festen Entschlusses; des Entschlusses, zu Ihnen und des Landes Recht so zu stehen, daß keine Macht der Erde uns davon abwendig machen kann, des Entschlusses, dem glorreichen Beispiel der verbündeten Armeen folgend, das zu thun, was Männern ziemt. Denn es ist die Pflicht getreuer Unterthanen, wenn ihr rechtmäßiger Herrscher ruft, für die Vertheidigung des Rechtes mit dem Letzten einzustehen. Die Schleswig-Holsteiner haben Ew. Hoheit gehuldigt und Treue gelobt. Sie werden Treue zu halten wissen.

[2]) Der Herzog antwortete: Ich danke Ihnen für die Gefühle persönlicher Anhänglichkeit, die Sie mir aussprechen, und freue mich der männlichen Gesinnung, welcher die Landesversammlung Worte geliehen hat. Das Geschick hat es gewollt, daß das Land in einem Augenblick, in dem es sich um Sein oder Nichtsein handelte, bei den ruhmreichen Thaten anderer Zuschauer sein mußte. Mir ist es, mehr als anderen, schwer geworden, eine gleiche Stellung einzunehmen. Es war meine Pflicht, die ich im Interesse des Landes erfüllte. Ich bin mir recht bewußt, daß ich diese Stellung nur durchführen konnte gegenüber einer so loyalen und beharrlichen Bevölkerung, wie die schleswig-holsteinische. Die Kampfgenossen der schleswig-holsteinischen Armee, die sich in Rendsburg unter ihren Corpszeichen versammelten, sind nicht nur die Zeugen einer thatkräftigen Vergangenheit, sondern auch die Bürgen, daß es dem Lande im Augenblicke der Noth an Vertheidigern nicht fehlen wird. Ein König von Dänemark wird über dieses Land nicht wieder herrschen. Ich bin überzeugt, daß ich auf die ganze Kraft meines Volkes für die Erreichung des gemeinsamen Zieles rechnen kann. Möge das Land überzeugt sein, daß auch ich für das Recht des Landes freudig meine Person einsetzen werde.

Graf A. Baudissin[1]) aus Schleswig war da und gerirte sich als Bismarcks Agent; es wurde aber polizeilich dafür gesorgt, daß er nicht auf die Tribüne kam. Daß die Petition an den König von Preußen, die ich Ihnen kürzlich mittheilte, von Tausenden unterschrieben in der Versammlung ausgelegen, wie die Wiener Presse berichtet, ist eine in Wien erfundene Lüge.

Es grüßt Sie bestens

Ihr Steindorff.

25. Sammer an Lorentzen. 1864, 11. Mai, Kiel. Die Übertragung des Rechtes des Prinzen von Noer an den Herzog ist nicht wünschenswert. Gegenvorschlag des Herzogs. Forchhammer soll davon in Kenntnis gesetzt werden.

Lieber Lorentzen! Du weißst von Forchhammer von der Idee, daß der Prinz von Noer sein in einer Beziehung nicht angegriffenes Recht dem Herzog übertragen möge. Juristisch ist das nicht möglich und würde schwächend wirken. Was geschehen kann, ist dasjenige, was der Herzog dem Prinzen in der abschriftlichen Anlage vorschlägt[2]).

---

1) s. über ihn Allgem. deutsche Biographie, Bd. II, S. 137.

2) Der Herzog hatte dem Prinzen anheimgestellt, folgenden Entwurf der Konferenz vorzulegen: „Man hat, wie ich erfahre, gegen meinen Neffen, den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein, den Einwurf erhoben, daß derselbe gegen die Erklärung seines Vaters (von der ich übrigens nicht weiß, wann sie ihm bekannt wurde) nicht sofort Widerspruch erhob, vielmehr erst dann eine Rechtsverwahrung einlegte, als man zwar die Zustimmung der holsteinischen Stände zu dem dänischen Thronfolgegesetz von 1853 einzuholen versuchte, die Zustimmung aber seiner selbst und der übrigen Agnaten nicht erforderte.

Sollte man hierauf, wie ich nicht erwarte, ein entschiedenes Gewicht legen, so mache ich darauf aufmerksam, daß man mir für meine Person, da ich bereits unter dem 24. März 1853 Protest erhob, diesen übrigens unbegründeten Vorwurf nicht machen kann, und daß, wenn derselbe begründet wäre, ich selbst an die Stelle der Linie meines Herrn Bruders Durchlaucht als Herzog von Schleswig-Holstein treten würde kraft der Erbfolgeordnung des Landes und des Oldenburgischen Hauses. Ich allein also, als der nächste Agnat, habe das Recht, mich auf den angeblichen Mangel eines rechtzeitigen Protestes meines Neffen zu berufen und Niemand Anders.

Die Thatsache, daß ich das Recht meines Neffen in vollem Umfange anerkenne, ist der beste Beweis für die Grundlosigkeit jenes Einwurfs und stellt dieses Recht außerhalb jedes Zweifels.

Ich soll dich davon in Kenntniß setzen, um eines Theils Professor Forchhammer davon in Kenntniß zu setzen, damit dort nicht in anderer Richtung Schritte geschehen, und selbst andererseits darnach erforderlichen Falls zu handeln.

Daß der Prinz in der angegebenen Richtung verfahre, ist unzweifelhaft sehr wünschenswerth.

Kiel, 11. Mai 1864. Sammer.

26. Sammer an Lorentzen. 1864, 11. Mai, Kiel. Vorschlag Luckners für eine Entschädigung an Beust. Lorentzens Ansicht erwünscht. Besuch bei Bernstorff nötig. Frankreichs Conferenzinstruktion. Bewegung in Süd-Deutschland und Holstein. Bitte, jeden Tag zu schreiben. Äußere Eleganz ist nötig.

Lieber Freund. Luckner macht darauf aufmerksam, daß es zweckmäßig sein würde, Beust für den Fall der Anerkennung des Herzogs eine Nationalbelohnung seitens der Herzogthümer, etwa ein adliges Gut in denselben in minimo 100000 Thlr. an Werth in Aussicht zu stellen. Er soll sehr verschuldet sein, und wenn er auch an sich gut ist, würde es den Eifer beflügeln.

Du kennst ihn jetzt persönlich. Gieb Deine Meinung darüber ab, in welcher Weise es möglich sein würde, ihm das Versprechen zu machen. So wenig dasselbe unter den gegebenen Umständen ehrenrührig ist, so ist es doch immer ein delikater Punkt.

Du hast bis jetzt nur Beust's und Balan's erwähnt. Du hast doch auch Bernstorff einen Besuch gemacht. Ich würde es nicht unrichtig halten, wenn Du dasselbe mit den anderen Conferenz Mitgliedern, namentlich mit dem Franzosen thätest. Was sie daraus machen wollen, bleibt ihnen überlassen.

Was Frankreich anbetrifft, so möchte ich wissen, ob die vom Memorial diplomatique gegebene französische Conferenz-instruktion richtig ist, namentlich daß auch im Falle der Personal

Wollte man dieses Recht nicht gelten lassen, so müßte ich mein Recht geltend machen, und ich bin überzeugt, daß meine Neffen mich dabei in demselben Maße unterstützen würden, wie ich sie unterstütze. Denn nicht aus selbstsüchtigen Interessen, sondern lediglich um ein Volk von seinen Unterdrückern zu befreien, um Recht, Wohlfahrt und Religion in unserem angestammten Lande wieder herzustellen, beharrt unsere Familie auf der Geltendmachung ihres Rechtes, und wird dieselbe so lange kämpfen, bis die Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins errungen ist.

Union die Bevölkerung gefragt werden soll. Ich zweifle fast, denn nach meinen Berliner Nachrichten ist das letzte Princip Frankreichs Allianz mit Preußen.

Die Bewegung in Süd Deutschland ist allen Nachrichten zufolge wieder im Steigen. Im Lande hier macht sich die Neigung sehr entschieden geltend, im Falle der Personalunion zum bewaffneten Widerstande zu schreiten. Du kannst als ziemlich sicher annehmen, daß es dazu kommen wird.

Während zweier Tagen haben wir von Dir keine Nachrichten gehabt, während dreier keine politischen. Kost giebt es immer, weil Du doch jeden Tag Leute siehst, welche Meinungen äußern.

Bitte jeden Tag zu schreiben, es ist der ausdrückliche Wunsch des Herzogs.

Kiel, 11. Mai 1864. Sammer.

Persönlich. Auch solche Sachen müssen besprochen werden. Lege Dich dort auf große, aber einfache Eleganz. Rantzau wird Lehrmeister sein können. Die Kosten von Anschaffungen hat die Kasse zu tragen. Beachte namentlich, wenn Du es nicht schon gethan hast, in welchem Maße der Engländer (Beust ist nicht Muster wie kein Deutscher) Weiße der Wäsche verlangt. Ich habe in London oft dreimal täglich die Wäsche gewechselt.

27. Sammer an Lorentzen. 1864, 13. Mai, Kiel. Brief vom 11. Mai erhalten. Kritik der Taktik Beusts. Anfrage wegen literarischer Hilfsmittel zur Nachweisung hiesiger Vorgänge. Widerstand gegen die Personalunion.

Lieber Freund! Soeben erhalte ich Deinen Brief vom 11.[1]) d. Monats. Über die von Beust beabsichtigte Taktik im Allgemeinen muß ich noch näher nachdenken. Eins ist wohl unrichtig und kann schädlich werden, weil es eine Duplicität involvirt. Exekution wie Pfandnehmen unter Vorbehalt der Erbfolgefrage (auch in Schleswig macht Zedlitzs erste Proklamation diesen Vorbehalt) ist Occupation d. h. Besitznahme zum Zweck der Erledigung der Erbfolgefrage. Der Unterschied ist nur, daß ein zweiter Grund beigefügt ist, der auch noch eine selbständige

[1]) Nicht bekannt.

Natur hat. Also Besitz ist ergriffen 1. weil Dänemark gewisse Verpflichtungen nicht erfüllt hatte, 2. weil der Bund das Erbstreitobjekt sich sichern wollte zur Entscheidung, oder weil dieselben Dänemark in Besitz eines Objekts fanden, welche prima facie ihm nunmehr nicht gehörte. Mit dieser Fassung wird weiter zu kommen sein, und sie ist juristisch richtig.

Hast Du literarische Hülfsmittel, um sogleich Zedlitz Proclamation und Ähnliches nachweisen zu können? Sonst verlange sie doch von hier, Du kannst ja Alles erhalten.

Schließlich noch, daß es beschlossen ist, der Personalunion einen äußersten bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen, und daß alle Hoffnung ist, derselbe werde erfolgreich sein. Die Stimmung ist dafür da. Dies zunächst nur für Dich, nicht für Beust.

Kiel, 13. Mai 1864. Samwer.

28. Samwer an Lorentzen. 1864, 14. Mai, Kiel. Die voraussichtlichen Folgen von Beusts Ansichten über Herstellung einer provisorischen Verbindung der Herzogtümer. Vorsichtige Behandlnng dieser Ansichten empfohlen. Hinhalten nötig. Einer Anerkennung Christians IX. würde man mit bewaffnetem Widerstand antworten. Gute Stimmung im Lande. Zusammenkunft des Herzogs mit dem Kronprinzen vom König gestattet. Aufregung deswegen bei den Bundescommissaren. Napoleons Absicht, den Herzogtümern beizustehen; Preußen ist ihm aber die Hauptsache. Instruktion für Lorentzen.

Lieber Freund! Beusts Ansichten über die Herstellung einer provisorischen Verbindung der Herzogthümer sind höchst bedauernswerth, und vor Allem deshalb, weil dadurch Preußen und Österreich auch in Holstein die Herrschaft erhalten würden. Dieselbe würde aber erst erträglich sein, wenn mit Berlin ein vernünftiges Verhältniß Statt fände. Dieselbe würde aber sehr gefährlich sein für den Fall, daß es zu einem bewaffneten Widerstande kommen sollte. Natürlich wirst Du mit großer Vorsicht über jenen Punkt mit Beust verhandeln müssen. Am besten dürfte es sein, dilatorische Einreden zu erheben, es sei noch zu früh, daran zu denken, so lange man nicht wisse, was aus der Conferenz überhaupt werde. Sollte dieselbe auseinandergehen ohne Resultate, so werde man doch überhaupt ent-

schieden und einseitig vorgehen müssen. Da dies Auseinandergehen aber noch immer möglich, dürfte man nicht die dann zu fassenden Entschlüsse präjudiciren.

Du kannst, wenn Du es für passend hälst und Erfolg davon erwartest, gelegentlich Beust als Deine persönliche Überzeugung oder Meinung gesprächsweise äußern, daß im Fall einer bevorstehenden joyeuse entrée Christians IX. es hier zu einem allgemeinen bewaffneten Widerstande kommen werde, und daß nach Deiner Kenntniß des Herzogs derselbe sich an die Spitze stellen werde.

Wir sind jetzt mit den Vorbereitungen beschäftigt, die Stimmung im Lande ist im starken Steigen, und ich zweifle kaum, daß, auch wenn der Herzog sich nicht an die Spitze stellte, es zu Blutvergießen gegen eine wiederkehrende Verbindung mit Dänemark kommen würde.

Die Reise des Herzogs nach Hamburg[1]) zum kronprinzlichen Paare war seit langen Wochen verabredet. Der König hat die Zusammenkunft erlaubt, aber nicht in Schleswig-Holstein. Auf der Rückkehr morgen Besuch in Altona. Die Bundescommissare sehr ungehalten. Setze Beust auseinander, daß schon der Käfig Holstein nicht groß, Käfig Kiel aber auf längere Zeit zu klein ist.

Zu Bismarck will sich noch immer kein Verhältniß finden. Der Herzog will versuchen, ob vielleicht durch den Kronprinz das möglich sein wird. Napoleon hat (so berichtet Stockhausen) gegen einen Nicht Diplomaten die bestimmte Absicht ausgesprochen, den Herzothümern und Centraldeutschland beizustehen.

Mag wahr sein. Die Hauptsache ist aber Preußen für ihn, es sei denn, wie das wohl möglich, daß man in Berlin Frankreich zurückstößt. Die Instruktion[2]) wird wohl so genügen. Die Hauptsache ist, daß Einheit in das Ganze komme.

Kiel, 14. Mai 1864. Ganz Dein Sammer.

---

[1]) s. Jansen-Sammer S. 328.

[2]) Bis anstatt des Fürsten Löwenstein ein anderer herzoglicher Vertreter in London ist, steht Herr Dr. Lorentzen der Leitung der sämmtlichen dortigen herzoglichen Geschäfte vor. Herrn Dr. Lorentzen zur Seite steht Herr Graf K. Rantzau mit der besonderen Aufgabe, in der englischen Gesellschaft und sonst an passender Stelle das Interesse Sr. Hoheit zu vertreten.

29. Sammer an Lorentzen. 1864, 14. Mai, Kiel. Vorteile und Gefahren eines Zusammengehens Beusts mit Österreich und Preußen. Sammers Vorschläge für ein gedeihliches Zusammenarbeiten: Loslösung vom Londoner Vertrag, Anerkennung agnatischer Erbfolge. Abstimmung im Lande. — Lorentzens Brief vom 12. Mai. Beust hält ein Zusammengehen mit den beiden Mächten nicht mehr für möglich. Sammers Urteil über den Entwurf der ersten Erklärung Beusts. Terminbestimmung für die Veröffentlichung der Erklärung des Herzogs in fremden Zeitungen. Bitte an Forchhammer, fleißig für die deutschen Zeitungen zu schreiben.

Geehrter Herr Doktor. In Bezug auf Ihren gefälligen Bericht vom 11.[1]) d. M. erlaube ich mir folgendes zu bemerken.

Für die Interessen der englischen Presse und die Verbindung mit den Parlamentsmitgliedern wird speziell Herr Crowe sorgen und wird zu diesem Zwecke fortlaufend von Herrn Dr. Lorentzen instruirt werden müssen. Sowohl in Betreff der englischen Presse als auch speziell für die Verbindung mit der deutschen Presse wird Herr Professor Forchhammer während seines Aufenthalts besonders thätig sein können. Herr Dr. Lorentzen wird suchen, so viel als möglich jedenfalls mit den deutschen Mitgliedern der Conferenz in Verbindung zu treten und sich dem Vertreter des deutschen Bundes durchaus zur Verfügung stellen.

Herr Dr. Lorentzen wird dies Verhältniß zu Herrn v. Beust regelmäßig als ein privates auffassen und Erklärungen für Se. Hoheit den Herzog nur dann abgeben, wenn dieselben ausdrücklich aufgetragen sind. Die private Natur des Verhältnisses wird dasselbe enger machen, als wenn es offiziell wäre. Will Herr v. Beust die Meinung Sr. Hoheit des Herzogs über Etwas wissen, so kann Herr Dr. Lorentzen, wenn er dieselbe sicher kennt, und es unbedenklich ist, sie kund zu geben, seine Meinung über das, was Se. Hoheit will, äußern, wird regelmäßig aber in solchem Falle sich vorbehalten, die Meinung Sr. Hoheit einzuholen. Es wird tägliche Berichterstattung Seitens des Herrn Dr. Lorentzen gewünscht.

Es wird eine Erleichterung sein, wenn Herr Graf Rantzau und Herr Professor Forchhammer direkt nach Kiel schreiben, doch ist es im Interesse der Einheitlichkeit wünschenswerth, daß dem Herrn Dr. Lorentzen die Berichte vor ihrem Abgang mitgetheilt oder wenigstens deren Inhalt vorher mit demselben besprochen wird. Gewünscht wird die Mittheilung alles desjenigen, was voraussichtlich nicht auch sofort durch die Zeitungen bekannt wird, speziell auch der Meinungen und Ansichten, die sich in Betreff der schleswig-holsteinischen Sache kund geben. Geldmittel, um auf die öffentliche Meinung in England einzuwirken, stehen zur Verfügung.

Kiel, 12. Mai 1864. Sammer.

[1]) Nicht bekannt.

I. Wenn Herr v. Beust versuchen will, ein Programm aufzustellen, welches für die nächste Zeit ihm ein Zusammengehen mit Österreich und Preußen gestattet, so hat dies sicher seine Vorzüge aber auch Gefahren. Die Vorzüge würden darin bestehen, daß es zunächst gelänge, den Zwiespalt der deutschen Mächte zu vermeiden, indem Österreich und Preußen dem deutschen Standpunkt genähert würden. Was Preußen speziell betrifft, so darf vielleicht in den nächsten 14 Tagen eine noch günstigere Wendung erwartet werden, theils durch die Adresse des Herrn von Arnim-Boitzenburg [1]), die einen großen Theil der Aristokratie und des Militärs für die Schleswig-Holsteinische Sache immerhin auf eine den König beeinflußende Basis stellt, theils durch die Anwesenheit des Kronprinzen in Berlin. Beides zusammen wird möglicher Weise auch Herrn von Bismarck auf eine bestimmtere und günstigere Politik hindrängen. Die Gefahren liegen zunächst darin, daß Herr von Beust dadurch auch seinerseits zu einer Annäherung an den preußisch-österreichischen Standpunkt gezwungen ist. Sodann aber werden im entscheidenden Augenblicke möglicher Weise die Kämpfe doch nicht zu vermeiden sein, und sie werden erbitterter sein, Meinungsverschiedenheiten darüber nicht ausbleiben können, wer den Sinn und Zweck der Vereinbarung festhalte und nicht, wieweit dieselbe bindend wäre und wie weit nicht.

Unter diesen Gesichtspunkten würde das versuchte gemeinschaftliche Operieren wohl nur dann richtig sein, wenn folgende Linie eingehalten würde:

1. Der Vertrag von 1852 und damit die Integrität Dänemarks dürfte von keiner Seite mehr als bindend angesehen werden, denn dies scheint der einzige Gewinn zu sein, der für die Vertreter des Deutschen Bundes aus der ganzen Vereinbarung hervorgeht.

2. Die Anerkennung agnatischer Erbfolge in Schleswig und Holstein. Es würde hier gerade das Nichtbezeichnen der berechtigten Person das Kompromiß enthalten. So sehr nun

---

[1]) s. Sybel, die Begründung des deutschen Reiches III, 311. Jansen-Sammer S. 309.

der Deutsche Bund das agnatische Erbfolgerecht im Bundesbeschluß von 1846 anerkannt hat, wie er Christian IX. durch Nichtanerkennung seines Gesandten abgewiesen hat, so hat er doch eben auch den Herzog für seine Person noch nicht formell als legitimirt erklärt. Es läßt sich also nicht leugnen, daß die theoretische Anerkennung der agnatischen Erbfolge dem Standpunkte des Deutschen Bundes ungefähr entspricht.

3. Wenn die Herzogthümer so lange besetzt bleiben sollen, bis die Erbfolgefrage auf „ordnungsmäßigem Wege erledigt und entschieden ist", so ist hier alle Vorsicht anzuwenden, um sich für den „ordnungsmäßigen Weg" nicht zu präjudiciren. Auf ein Entschädigungsrecht des Bundes kann für Schleswig kaum Anspruch gemacht werden, selbst für Holstein würde Österreich und vielleicht Preußen sofort den Kompetenzstreit erheben. Vermieden muß aber für alle Fälle werden, daß Österreich diese Clausel nicht für sein völkerrechtliches Schiedsgericht ausbeute. Der offenstehende Ausweg, der daher sorgsam gewahrt, wenn nicht präcisirt werden müßte, wäre daher das Gehör des Landes, speziell seiner verfassungsmäßigen Stände. Damit würde auch die Annäherung an Frankreich eingeleitet sein. Es ist klar, daß gerade an diesem Punkte der Hebel für eine künftige günstige Wendung liegt.

An dieser Stelle empfange ich Ihren Brief vom 12. Mai[1]) mit der Nachricht, daß Herr von Beust ein Zusammengehen mit den beiden Mächten für nicht mehr möglich erachtet. Damit sind die obigen Bemerkungen allerdings erledigt, doch darf ich sie zur Orientirung über den Eindruck Ihres vorhergehenden Berichtes stehen lassen.

Was den Ihrem eben eingegangenen Schreiben beigelegten Entwurf einer ersten Erklärung des Herrn von Beust betrifft, so glaube ich allerdings, daß er die äußerste Linie correkt bezeichnete. Die Fassung des eigentlichen Contextes könnte vielleicht etwas anders sein. Der Sinn ist aber, wie ich ihn verstehe, folgender:

---

[1]) Nicht bekannt.

Für Holstein bedarf es der Zustimmung der Agnaten, der Stände und des Bundes in seiner Qualität und Competenz als Bundesgewalt über Holstein.

Für Schleswig dagegen bedarf es der Zustimmung der Agnaten, der Stände und des Bundes, letzter aber nur in ihrer Eigenschaft als völkerrechtliche Anerkennung und mit gleichem Gewicht, als die der übrigen Conferenzmächte.

Sodann aber vermisse ich jede Bezugnahme auf Lauenburg. Es ist durchaus wichtig, die Bestrittenheit der Erbfolge für dieses Land zu pressiren und hier insbesondere das Zustimmungsrecht des Bundes zu betonen. Eine Anerkennung Christians IX. für Lauenburg und damit als Bundesglied wäre im höchsten Grade für uns gefährlich. Mit jeder Anerkennung des Rechtes Christians IX. auf Lauenburg würde begreiflicher Weise die Berufung auf die Forderung der Einstimmigkeit der Bundesglieder für freiwillige Abtretung eines Bundeslandes (Holstein) an Ausländer kontrekarriert. Herr v. Beust würde gewiß schon aus andern Gründen bereit sein, einen Passus über Lauenburg einzufügen, und bei der Stellung, welche der Herzog in dieser Beziehung einnimmt, kommt es nur auf die Stagnation jedes Rechtes Christians IX. an.

Hinsichtlich der Erklärung des Herzogs gegenüber der Conferenz ist es mein Wunsch, daß dasselbe zwei Tage später, als die Überreichung an die conferirenden Gesandten geschieht, an die englischen und französischen Zeitungen eingesandt werde und zwar unter Ihrem Namen und mit dem Titel déclaration etc. 12 Stunden vorher jedoch bitte ich hierher zu telegraphiren: „Send.", damit wir für die Versendung an die deutschen Zeitungen so viel Zeit gewinnen, daß die Erklärung in den deutschen und englischen Zeitungen ganz gleichzeitig erscheint.

Herrn Professor Forchhammer bitte ich zu ersuchen, doch ja fleißig von London aus an die deutschen Zeitungen zu correspondiren; nach näherer Besprechung mit Ihnen auch unsere Pariser Journalisten nicht zu übergehen. Wir würden dann Ihre Berichte von hier aus nicht für die Zeitungen benutzen.

Kiel, den 14. Mai 1864.

Hochachtungsvoll Samwer.

30. Sammer an Lorentzen. 1864, 15. Mai, Kiel. Mißtrauen Preußens gegen Frankreich. Wie soll sich der Herzog gegen Goltz verhalten? Sammers Parteinahme für Goltz.

L. Freund! Was Crowe Dir über die Stellung Frankreichs sagte, wird wohl nicht richtig, wenigstens nicht ganz richtig sein. An Äquivalente wird man in Paris schwerlich denken, von Berlin aus sagt man, es fordert keine. Der einzig richtige Punkt ist wohl, daß man in Paris über nicht genügendes Eingehen von Seiten Preußens ungehalten ist. Der König betrachtet nämlich die Zuvorkommenheit Frankreichs mit großem Mißtrauen und meint, es sei unzuverläßig, denn es habe ja zuerst die Mittelstaaten unterstützt.

Ich bitte Dich, Crowe zu fragen, was in aller Welt der Herzog Goltz[1]) gegenüber thun soll? Wir wissen ja vom Herzog von Coburg und sonst, daß Goltz gut ist. Goltz möchte aber schwerlich sehr damit gedient sein, wenn er von einem Herrn ein Anerkennungsschreiben erhielte, der von seinem Chef verfolgt und von seinem Könige wenigstens äußerm Anschein nach kalt behandelt wird.

Du kannst ja Crowe schreiben, wie sehr der Herzog Goltz's Verhalten anerkenne, auch hinzufügen, wie ich ein heftiger Partisan Goltz's sei, und behaupte, es werde nicht eher gut, als bis Goltz Minister werde, indem ich seine eminenten Eigenschaften kenne (ich war 1851 viel mit ihm zusammen).

Dann kann ja Crowe Deinen Brief an Goltz zeigen.

Kiel, 15. Mai 1864.

Sammer.

31. Sammer an Lorentzen. 1864, 15. Mai, Kiel. Stellung der Bundeskommission zum Herzog. Illumination von Altona befohlen. Glänzender Empfang in Altona. Annexionsbestrebungen sind ernst zu nehmen. Auftreten Schramms. Vorsicht bei Mitteilungen an Beust. Stellung des Herzogs gegen die Annexion. Propaganda für diese durch die Offiziere.

---

[1]) Graf Robert Heinrich Ludwig v. d. Goltz, Preußens Botschafter in Paris; s. Allgem. deutsche Biographie, Bd. IX, S. 358.

Lieber Freund! Der Zorn der Commissäre d. h. speziell von Könneritz[1]), worüber Steindorff[2]) Dir geschrieben, scheint fast nur fingirt gewesen zu sein, um nicht ausdrücklich zu billigen, was sie nicht verhindern konnten. Möglich auch, daß Könneritz nur Nieper[3]) seinen Eifer hat zeigen wollen.

Jedenfalls hat Könneritz dem Herzog gestern in Hamburg einen Besuch gemacht; und ist es dabei sehr gut gegangen; heute Morgen haben die Commissäre Plessen den Befehl zukommen lassen, zu illuminiren, und heute Mittag sind beide aus Altona verschwunden. Plessen wird übrigens dem Befehl gehorchen.

Die Commissäre fürchten, daß diese Reise der erste Schritt zur Ergreifung der Regierungsgewalt sein möchte.

Ich dächte, der glänzende Empfang in Altona wird gut sowohl auf die Conferenz als auf die Annexionsgelüste wirken.

Denn diese letzteren sind sehr ernstlich ins Auge zu fassen. Wie der Kronprinz sagt, wird von allen Seiten auf den König zu wirken gesucht, um ihn glauben zu machen, daß Schleswig-Holstein durchaus preußisch werden will, und aus sicherer Quelle weiß ich, daß der König sehr schwankt. Dazu kommt, daß die Annexion für den Augenblick möglich wäre.

---

[1]) Geheimrat und Kreisdirektor v. Könneritz, sächsischer Commissär.

[2]) . . . Endlich habe ich Ihnen mitzutheilen, daß beide Commissäre mit der Reise des Herzogs nach Hamburg resp. Altona höchst unzufrieden sind. v. Könneritz hat es ausgesprochen, daß sie von der Anwesenheit des Herzogs in Altona keine Notiz würden nehmen können. Er bestand auch darauf, ein solcher Besuch würde in Frankfurt ungeheuren Lärm machen, in Kiel sähe man nur eine Seite der Sache und gehe auch einseitig vor; das sei aber zum Schaden; er sage das nicht aus persönlichen Rücksichten, Nieper sekundirte. Es wäre wünschenswerth zu erfahren, ob Herr v. Beust die Auffassung des Herrn v. Könneritz in diesem Punkte theilt. Lorentzen soll bei Beust anfragen und die Antwort Sammer mitteilen. Auch soll er bei einer derartigen Unterhaltung einfließen lassen, daß der Herzog in nächster Zeit Dithmarschen werde besuchen müssen. Kiel, 14. Mai 1864.

[3]) Geheimer Regierungsrat Nieper, hannöverscher Commissär.

Hier treibt sich offenbar im Auftrage Bismarcks Schramm[1]) herum. Er ist der Verfasser und Verbreiter der großen Petition um Annexion[2]).

Die letzteren Fälle kannst Du Beust mittheilen, wenn Du willst. Sonst bitte ich Dich, sehr vorsichtig zu sein und jedenfalls, was Du sagst, als Privatmeinung aus Privatquellen zu sagen.

Unsere Position ist: Der Herzog thut nichts gegen die Annexion, weil auch sie das Land befreiet, aber er wird nie in dieselbe einwilligen, weil sie doch eine große Gefährdung des Landes enthält. Die Annexionspropaganda wird von dem unverständigen Theile der Offiziere mit Macht betrieben.

Kiel, 15. Mai 1864. Sammer.

32. Sammer an Lorentzen. 1864, 20. Mai, Kiel. Auf Wunsch der Bundescommissäre hat der Herzog den Magistrat von Altona nicht empfangen. Reskript an die Landesregierung, nach welchem jeder Empfang von Behörden bei Reisen des Herzogs unterbleiben soll. Weigerung der Landesregierung gegen diesen Erlaß. Konflikt zwischen Kommissären und Bevölkerung bei weiterem Vorgehen derselben wahrscheinlich. Beust soll Könneritz zur Rücknahme des Befehls bewegen. Anfrage, ob Forchhammer nicht zurückgerufen werden solle. Berichte aus London sind unbedingt nötig. Organisation der englischen Provinzialpresse. Sendung von Büchern. Telegramm über Sitzungsverlauf.

Lieber Freund! Der Besuch in Altona hat zu unangenehmen Conflikten Anlaß gegeben. Die Commissäre, offenbar den glänzenden Empfang des Herzogs voraussehend, wie ihnen solcher in Folge ihrer Lauheit nirgends mehr zu Theil wird, angeblich voraussehend, daß der Herzog nächstens die Regierung ergreifen werde, sagten in Altona Jansen, sie ließen den Herzog bitten, den Altonaer Magistrat nicht als solchen zu empfangen. Der Herzog ging hierauf ein. Die Commissäre haben dann auch dafür gesorgt, daß das factum in deutsche Zeitungen gekommen ist, und schaden dadurch uns sehr.

---

[1]) Rudolf Schramm, s. Allgem. deutsche Biographie, Bd. XXXII, S. 446 ff.

[2]) Sie wurde Anfang Mai in Tausenden von Exemplaren von Flensburg aus im Lande verbreitet, war bei G. Jensen in Schleswig gedruckt, anfänglich von dem dortigen Polizeimeister auf Grund einer Preßverordnung von 1777 mit Beschlag belegt, später aber wieder freigegeben.

Gestern bekommt die Landesregierung ein Reskript, dieselbe möge allen Behörden und Beamten anzeigen, daß sie den Herzog, wenn er reise, „bei diesen Reisen Sr. Durchlaucht durch das herzogliche Holstein, welchen selbstverständlich ein officieller Charakter nicht beizulegen ist, jeder Empfang und Begleitung Sr. Durchlaucht durch Behörden und Beamte mit Einschluß der Geistlichkeit und Lehrer zu unterbleiben hat."

Angedroht ist, wenn die Landesregierung dies nicht zur Kenntniß bringe, daß ein öffentliches Verbot erlassen werde.

Die Landesregierung wird sich weigern, gegen einen Prinzen des eigenen Fürstenhauses die schuldige Ehrerbietung zu verletzen und wird zugleich den Commissären sagen, daß kein ehrenwerter Beamter das Verbot respektiren werde, zumal sogar ausländische Prinzen feierlich von den Behörden empfangen seien und gerade jetzt die Annexionsbestrebungen vor sich gehen.

Gehen die Commissäre dennoch vor, so steht ein allgemeiner Conflikt zwischen denselben und der Bevölkerung bevor, der sehr leicht zu einer gänzlichen Verwerfung ihrer Autorität führen kann. Die Stimmung ist seit Deiner Abreise gegen die Commissäre höchst gereizt geworden, und die Bevölkerung, wenigstens die jüngeren Theile, dringen auf Ergreifung der Regierung. Natürlich steht dann auch Einmischung des Bundes und viel Unangenehmes bevor. Doch bin ich der Ansicht, daß man diesem Conflikt nicht aus dem Wege gehen darf, denn wenn der Herzog sich solche Dinge gefallen läßt, geht seine moralische Stellung unter. Am Ende steht der Herzog doch noch fester als die Commissäre. Die Commissäre haben, namentlich Könneritz, offenbar in reiner Gedankenlosigkeit, Souveränitätsschwindel gehandelt, zumal die guten Leute gar nicht bedenken, daß sie nur der preußischen Annexion in die Hände arbeiten. Aber freilich halten sie wie die meisten dieselbe für reinen Schwindel, weil sie 1. glauben, der König und 2. Frankreich würden dagegen sein. Nach unsern Berliner Nachrichten, deren Authenticität Du kennst, ist das aber durchaus nicht der Fall, und der Kronprinz hat noch neuerdings dies bestätigt.

Ich bitte Dich, wenn Du anders dadurch nicht Deiner sonstigen Stellung schadest, zu Herrn v. Beust zu gehen und ihm

gestützt etwa auf den Privatbrief eines befreundeten Regierungsrathes den casus vorzutragen und ihn zu veranlassen, durch Privatbrief an Könneritz, der übrigens sehr gut ist und den Herzog in Hamburg besuchte, die Sache in Ordnung zu bringen, d. h. zu bewirken, daß sie den Befehl einfach in die Tasche stecken. Denn von Nachgiebigkeit kann nicht die Rede sein auf Seiten der Landesregierung. Auch darf m. E. der Herzog die Behörden, wenn nicht ganz besondere Umstände vorliegen, nicht veranlassen, ihn nicht formell zu empfangen. Bitte mir Resultat zu telegraphiren.

Beust und wir ziehen in dieser Sache ja an demselben Strange. Es heißt ja, wenn man den Herzog in Conflikt mit dem Bunde bringt, uns geradezu in die Gewalt der Preußen treiben.

Was macht Forchhammer[1])? Ist es nicht besser, ihn zurückzurufen? Er könnte doch wenigstens von dort an deutsche Zeitungen corresponDiren. Es ist ganz nothwendig, daß, was veröffentlicht werden kann, z. B. Biegelebens Treiben in Betreff der gesamten Hand, von dort aus veröffentlicht werde, denn wir wissen die Grenzen der Diskretion nicht genau einzuhalten.

Da die großen dortigen Blätter unverbesserlich sind, wäre es doch wohl möglich, die Provinzialpresse zu bearbeiten. Sie wirkt auf die Metropolis zurück. Es müßte ein förmliches

---

[1]) Darauf antwortete Lorentzen am 30. Mai:

Deine Anfrage, ob Forchhammer nicht besser zurückzurufen sei, kann ich nur unbedingt bejahen. Nutzen kann er hier gar nichts, wohl aber an Stellen schaden. Beziehungen zur Presse hat er nicht. Für die Blätter, die uns offen stehen, reichen Crowe und Weinmann vollkommen aus, Bekanntschaften, die uns nützen könnten, hat er auch nicht. Seine ganze Thätigkeit besteht darin, daß er hie und da mit Jemandem plaudert. Das könnte nun allerdings nichts schaden, so lange er mit Takt spricht. Aber zuweilen bringt er gegen die Engländer Dinge vor, die ihr Urtheil über die deutschen Professoren ganz erklärlich machen. Außerdem belästigt er gelegentlich Beust und Balan, die sich natürlich nicht gern überlaufen laßen, und die, was sie uns überhaupt mittheilen wollen, Schleiden oder mir sagen. Mit uns dagegen setzt er sich in keinen Rapport und seine Instruktionen empfängt er von Goldstücker, dessen unbedingtes Echo er ist. Ich kann also nur rathen, ihn zurückzurufen. Ich bitte aber, diese Zeilen als persönlich an Dich gerichtet zu betrachten. L.

Bureau organisiert werden für derartige Correspondenzen. Eine Menge Blätter sind bereit und Geld steht zur Disposition, z. B. nimmt ein Edinburger Blatt von hier Correspondenzen auf.

Die Michelsen'sche Schrift[1]) über die gesammte Hand sollst Du haben, auch 20 Exemplare Warnstedt[2]). Die Michelsen'sche Schrift taugt aber nichts, während Warnstedt diesen Gegenstand einfach, deutlich und schlagend behandelt hat. Michelsen confundirt den Leser, weil er sich der Sache nicht klar war.

Da die Österreicher die deutschen Zeitungen mit falschen Telegrammen corrigiren, müßte über den Ausgang jeder Conferenz sofort von dort telegraphirt und correspondirt werden. Sprich doch mit Beust darüber.

Chiffre kommt in den nächsten Tagen.

Kiel, 20. Mai 1864. Sammer.

33. Sammer an Lorentzen. 1864, 22. Mai, Kiel. Eingehen auf Lorentzens letzten Brief. Antwort in einigen Tagen. Prinz von Noer wird aufgefordert werden, nach London zu gehen. Protest des Prinzen würde sehr schaden. Goldstückers Ansicht über Rechtsgutachten. Annexion findet im Lande keinen Anklang. Bitte an Lorentzen, sich ein Kopierbuch für seine Briefe anzuschaffen.

Lieber Freund! Die Sprache, welche Du nach Deinem Schreiben[3]) (Nr. 4) in Betreff Schleswigs Theilung führst „Recht auf das Ganze, Verzicht höchstens möglich, soweit die Leute erklären, zu Dänemark zu kommen" halte ich für durchaus richtig; ich kann Deinen Brief heute dem Herzog nicht mehr zeigen, bezweifle aber nicht, daß er sie gleichfalls billigt.

Diejenigen, welche wissen, daß wir nicht allmächtig sind, werden das Princip der Theilung nicht bekämpfen. Du weißt

[1]) Widerlegung der gegen das Herzoglich Augustenburgische Successionsrecht auf Schleswig-Holstein aus dem vorzeitigen Institute der gesammten Hand hergenommenen Einwandes. 1863.

[2]) Staats- und Erbrecht der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Kritik der Schriften des Staatsrathes Zimmermann und des Geheim Rathes Pernice. Hannover 1864. Die Sendung der Bücher übernahm die Schwers'sche Buchhandlung in Kiel.

[3]) ist nur erhalten als kurze Inhaltsangabe: Nr. 4, 20. Mai. Gespräch Rantzaus mit Balan. Theilung Schleswigs nach Nationalitäten. Anfragen über die Modalitäten der Abstimmung und über die Bildung der schleswigschen Ständeversammlung.

aber, daß es namentlich in Schleswig sehr viele giebt, die noch einmal die Thorheit von 1848 aufzuführen Lust haben. Dies ist für uns ein sehr schwieriger Punkt.

Ich hoffe, Dir in einigen Tagen unsere Ansicht über die sämmtlichen in Betracht kommenden Fragen des Näheren angeben zu können. Der Herzog wird an den Prinzen von Noer schreiben, daß er nach London gehe. Ein Protest des Prinzen wäre eine große Verkehrtheit und würde sehr schaden.

Laß Goldstücker[1]) doch seine Ansicht wegen Rechtsgutachten motiviren. Wenn das Land über Annexion gefragt wird, so werden sich außer Plessen und Blome[2]) schwerlich Stimmen dafür finden.

Hoffentlich hast Du doch ein Copierbuch, um Deine ausgehenden Briefe auf der Maschine zu copiren. Sonst schaffe es an.

Kiel, 22. Mai 1864. Dein Sammer.

34. Sammer an Lorentzen. 1864, 24. Mai, Kiel. Aufgabe an Lorentzen, den Prinzen von Noer bei seiner Anwesenheit in London von seinen Plänen abzubringen. Gute Aussichten für den Herzog. Nachrichten von Wydenbrugk. Bitte um Nachricht über Erhalten des Chiffrenschlüssels. Nachgeben der Bundeskommission.

Lieber Lorentzen. Ich soll Dir beiliegende[3]) Correspondenz schicken, damit Du vollständig unterrichtest seiest, wenn der Prinz nach London kommt. Sie ist natürlich nur für Dich, und Du darfst auch dem Prinzen gegenüber die Kenntniß derselben nicht verrathen.

Deine Aufgabe aber ist es, da der Prinz möglicher Weise am 28. nach London kommt, um seinen wahnsinnigen Plan auszuführen, ihn zu überwachen, damit er kein Unheil anrichte, in dieser Richtung auf Goldstücker und ihn selbst zu influiren.

---

[1]) Theodor Goldstücker, geboren am 18. Januar 1821 in Königsberg i. Pr., war Professor des Sanskrit am University College in London. s. Allgem. deutsche Biographie, Bd. IX, S. 341. Über sein intimes Verhältnis zum Hause Noer vergleiche: Carmen, Gräfin v. Noer: Friedrich August, Graf von Noer S. 107 ff.

[2]) Geheimer Conferenz-Rat, Kammerherr, Hofjägermeister Adolph von Blome, Excellenz, zu Heiligenstedten.

[3]) Es sind Abschriften von Briefen, die zwischen dem Herzog und dem Prinzen von Noer gewechselt worden sind; sie behandeln die Eingabe des Protestes von seiten des Prinzen.

Du begreifst ohne Weiteres, wie er nicht nur sich, sondern auch dem Lande und dem Hause durch den angedrohten Schritt schaden und die Sache geradezu gefährden könnte. Du wirst verstehen, daß das Sicherste, um ihn von demselben abzuhalten, sein würde, ihm klar zu machen, daß er dadurch sich nur ebenso lächerlich als verächtlich machen würde. Der Londoner Traktat ist ja schon todt, und kein Mensch giebt ihm etwas für die Protestzurücknahme. Wie Du siehst, ist die Antwort des Herzogs Koncept; bitte sie abzuschreiben zu Deinen Akten und dann sofort zurückzuschicken. Wir haben keine Zeit mehr.

Nimm die Sache sehr ernst, denn in den nächsten 14 Tagen handelt es sich um die Frage des Herzogs.

Die Aussichten sind gute. Beiliegendes geht eben von Wydenbrugk ein [1]. Zugleich lege ich Abschrift eines Gſeffckenſschen Briefes [2] und einer an Wydenbrugk erlassenen Instruktion bei

---

[1] Heute ganz sichere Aussicht für eine Neuerung der Politik Österreichs im günstigsten Sinn für den Herzog. Ehrenwort bindet mich, heute nicht mehr zu sagen. Bald mehr. Wydenbrugk.

[2] Vom 20. Mai 1864 aus Berlin. . . . Inzwischen haben wir einen großen Schritt weiter gemacht durch die gestern Abend veröffentlichte Depesche Bismarcks an Bernstorff vom 15. d. (s. Jansen-Sammer S. 301). Auch lautet das österr.-preußische Programm nicht auf Personalunion, sondern, wie Thiele und Karolyi übereinstimmend sagen, auf vollständige staatliche Unabhängigkeit der Herzogtümer. Beides ist nach heftigen Vordebatten Balan's und Bernstorffs mit Apponyi und Biegeleben von ersteren durchgesetzt, letztere waren in der Conferenz nur zu der gemeinsamen Erklärung zu bringen gewesen, die Verträge von 1851/52 seien erloschen, darauf fügte Bernstorff hinzu, zu diesen Verträgen gehöre natürlich auch der Londoner vom 8. Mai, die Österreicher schwiegen aber qui tant consentit. Balans Frau sagte mir gestern, ihr Mann sei außer sich über die Österreicher, jeden Tag drohe es zum Bruch zu kommen, bis jetzt hätten sie dieselben aber doch mitgeschleppt. Balan schließt sich dagegen auf's engste an Beust an, dessen Reise nach Paris ja hoffentlich ein gemeinsames Programm Frankreichs und des Bundes zu Wege bringt. Die Bahn hierfür ist geöffnet durch die Forderung Österreichs und Preußens, welches die dynastische Frage offen läßt, aber Christian IX. schon ausschließt, wenn anders das Wort „staatliche Unabhängigkeit“ einen Sinn hat. . . . Rat an Beust, Schleiden an sich zu ziehen, den Geffcken an den Fürsten Latour empfohlen hat. Die handgreifliche Unmöglichkeit der Annexionsträume ist am besten durch die Arnim'sche Adresse zum Verständniß gebracht.

in betreff Annexion. Ich bitte, Dich nöthigenfalls gegen Beust in gleicher Weise auszusprechen.

Wenn Du die Chiffrenschlüssel erhalten hast, so bitte es zu telegraphiren. Die Erklärung[1]) macht überall hier einen sehr günstigen Eindruck. Die Commissäre geben nach; sie verlangen nur, daß der Herzog nicht als Souverän behandelt d. h. an den Amts etc. Grenzen empfangen werde. Aber auch das werden sie fallen lassen.

Kiel, 24. Mai. Sammer.

35. Hänel an Lorentzen. 1864, 25. Mai, Kiel. Mitteilung verschiedener Gesichtspunkte, die für Lorentzen maßgebend sein müssen.

Hochgeehrter Herr Doktor! Ich theile Ihnen im Folgenden diejenigen Gesichtspunkte mit, welche bei der gegenwärtigen

---

Bismarck war sehr erbost darüber, daß Arnim ihn so compromittirt, da er nun Karolyi und Buchanan gegenüber auf das formellste jede Absicht der Annexion ableugnen mußte, was auch in optima forma geschehen ist. Arnim hat auf seinen Vorwurf erwidert, er wisse sehr wohl, daß die Mehrzahl der Kreuzzeitungspartei seinen Schritt tadle, aber ihm habe daran gelegen zu constatiren, daß nicht bloß Demokraten und Liberale, sondern auch die Conservativen vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark wollten, ihm sei der Augustenburger nicht sympatisch, aber er acceptire ihn lieber, als daß er eine Gemeinschaft des Landes mit Dänemark bestehen lasse. Hoffentlich wird die Antwort des Königs auf die Arnimsche Adresse uns von dem Annexionsschwindel auf immer befreien. Je sicherer aber dieses lächerliche Projekt zusammenfällt, desto mehr tritt auch das hervor, was ich Ihnen stets als gerechte Forderungen Preußens bezeichnet, welche im Interesse der Herzogthümer selbst liegen, die Concessionen, Österreich die Kriegskosten, Preußen die benannte Reihe von Conventionen, das ist der Preis der Unabhängigkeit der Herzogthümer, kein Gott hilft davon, und meine mittelstaatlichen Collegen hier sehen dies vollkommen ein und betrachten Militair- und Marineconvention Schleswig-Holsteins mit Preußen als selbstverständlich. Bereiten Sie sich also auf diese Dinge vor, lieber Freund, entwerfen Sie diese Conventionen nach dem Grundprincip, daß alle inneren Angelegenheiten des künftigen Staates der Einwirkung Preußens entzogen werden, die übrigen Punkte aber in der Weise erledigt werden, wie sie hier bereits durch den alten Herzog und Ahlefeld zur Sprache gebracht sind. — Bedauert, daß Sammer krank ist, er soll sich schonen, vermeiden Sie Wein, der mehr als alles schlaflos macht, und trinken Ale und Abends Hoffs Malzextrakt, der mir sehr geholfen. addio. Geffcken.

[1]) Vom 16. April. s. Jansen-Sammer, Beilage Nr. 23.

und nach den verschiedenen Thatsachen und Anzeichen günstige Sachlage in der geeigneten Weise geltend zu machen sind:

1. Die dynastische Trennung der Herzogthümer ist die principielle Voraussetzung jeder Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, welche dem Recht und dem nationalen Bedürfnisse der Bevölkerung entsprechen und den Frieden Europas sichern soll.

2. Es darf deshalb die Theilung des Herzogthums Schleswig's nach den Nationalitäten lediglich als Korrelat und als Beschränkung der dynastischen Trennung ins Auge gefaßt und verhandelt werden. Jene ist das sekundäre, der Preis, welcher im Principe und zugleich im Detail erst nach Feststellung der dynastischen Selbstständigkeit bestimmt werden darf.

3. Die dynastische Trennung kann von der Conferenz ebenso wie 1852 die Integrität der dänischen Monarchie nur im Princip ausgesprochen werden. Es liegt nicht in der Competenz derselben, die Personenfrage zu diskutiren oder zu erledigen. Das ist keine völkerrechtliche, sondern eine staatsrechtliche Frage, welche den kompetenten Organen des Staates d. h. den Ständen anheimzugeben ist.

4. Die Anerkennung des rechtmäßigen Erbfolgers aus dem Hause Oldenburg ist daher der alleinigen Entscheidung der Stände anheimzugeben unter Vorbehalt der Legitimationsprüfung durch den Bund für Holstein, und ebenso ist jede andere das innere Staatsleben der Herzogthümer betreffende Abmachung nur unter Vorbehalt der Zustimmung des künftigen Souverains und der Stände zu treffen. Dahin gehört insbesondere der Abstimmungsmodus bei der Theilung Schleswigs.

5. Alles muß angewandt werden, was eine größtmöglichste Beschleunigung in der Entscheidung herbeizuführen im Stande ist, dahin gehört:

a. Das Aufschieben aller Detailfragen insbesondere des Theilungs-Abstimmungsmodus, der Schulden, Kriegskosten, der Lauenburgischen Angelegenheit bis nach dem Beschlusse, welcher die Stände einberuft.

b. Da die Stände von Schleswig neu gewählt werden müssen, so dürfte das nicht abhalten, die Stände von Holstein sofort einzuberufen und, nachdem sie sich für

einen bestimmten Fürsten ausgesprochen haben, demselben sofort die Regierung des Herzogthums Holstein zu übergeben.

c. Die Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund sollte gar nicht auf der Conferenz diskutirt werden.

Indem ich mir vorbehalte, diese Gesichtspunkte zu ergänzen und deren nähere Motivirung zu entwickeln, verharre . . .

Kiel, 25. Mai 1864. Hänel.

36. Lorentzen an Sammer. 1864, 26. Mai, London. Unterredung mit Beust. Die Einzelheiten des Vorschlags der Neutralen am 28. Mai werden nicht günstig sein. Stellung und Wünsche der einzelnen Mächte. Umschwung in der Meinung Österreichs. Benutzung dieser Chance notwendig. Beusts Brief an den Bund, den Herzog rasch anzuerkennen. Lorentzen bedauert, Wydenbrugks Adresse in Wien nicht zu kennen.

Lieber Freund! Ich habe heute eine sehr eingehende Unterredung mit Herrn v. Beust gehabt, theils über seinen Aufenthalt in Paris, theils über den weiteren Gang der Dinge in der Conferenz. Ich muß mich heute, da es schon ziemlich spät ist, darauf beschränken, das Wesentlichste zu berichten.

Der Londoner Traktat ist todt und die Integrität der dänischen Monarchie ist aufgehoben. In diesem Punkt stimmt Beust mit den preußischen Bevollmächtigten überein, und dies wird von allen Seiten bestätigt. In der nächsten Sitzung der Conferenz, übermorgen, wird wahrscheinlich von den Neutralen der Vorschlag gemacht werden: Holstein und Südschleswig als unabhängigen Staat von Dänemark zu trennen. Die näheren Modalitäten des Vorschlags aber werden sehr ungünstig sein. Die Stellung der einzelnen Mächte ist diese: Frankreich betrachtet die Erbfolgefrage als unklar und behandelt die ganze Sache als die Abtrennung eines Theils von der bisherigen dänischen Monarchie. In solchem Falle muß die Bevölkerung, die aus dem bisherigen Verbande in einen andern tritt, oder die abgetreten werden soll, befragt werden, nach der Analogie von Nizza und Savoyen. In unserm Falle also, so raisonnirt Frankreich — braucht der Norden von Schleswig, der dänisch bleibt, nicht befragt zu werden. Von einem Plebiscit würde

nur in Holstein und im südlichen Schleswig die Rede sein, soweit es von Dänemark abgetrennt werden soll. Dabei besteht in Paris der Hintergedanken einer Correktion der Rheingrenze (Abtretung des Saarbeckens oder Grenzen von 1814 statt 1815), wogegen Preußen Holstein und Südschleswig erhalten solle. Man denkt sich, die Sache müsse sich bei uns eben so leicht machen lassen, wie in Nizza und Savoyen; es bedürfe nur eines preußischen Pietri. Dagegen scheint Frankreich nicht geneigt, eine Annexion der Herzogthümer an Preußen ohne Compensation an der Rheingrenze oder der Saar zuzugestehen. Dieser Plan muß, so viel ich sehe, wahrscheinlich an persönlichen Hindernissen in Berlin, jedenfalls an der Festigkeit unserer Landsleute und an dem Widerwillen Europas gegen eine solche Lösung scheitern.

Rußland und England wollen vorläufig von einer Volksabstimmung noch gar nichts wissen, sondern die Grenze auf diplomatischem Wege ziehen. Brunow[1]) spricht nicht mehr von der Integrität der Monarchie, aber er wird wahrscheinlich, sobald der Londoner Traktat fällt, mit irgend einer Theorie hervortreten, wonach nun die gottorpischen Ansprüche die nächsten seien. Die englischen Minister wünschen vor allen Dingen noch etwas hinzuschleppen und fürchten nichts mehr als ein resultatloses Auseinandergehen der Conferenz, denn den Sturm, der dann im Parlament entstände, würden sie nicht überleben. Aus diesem Grunde, um wo möglich noch auf England ein compelle zu üben, drohte Dänemark, sich von der Conferenz zurückzuziehen. Allein dies ist nicht sehr zu fürchten. Denn die öffentliche Meinung verlangt hier nicht, daß den Dänen unbedingt auch durch einen Krieg geholfen, sondern nur, daß die Sache definitiv und dauernd erledigt werde. Durch eine für Dänemark ungünstige Erledigung würde also das Ministerium seine Stellung weniger gefährden als durch ein resultatloses Auseinandergehen der Conferenz. (Dies ist, wie ich beiläufig bemerken will, auch die Meinung Kinglakes, mit dem ich kürzlich über diese Fragen gesprochen habe.)

[1]) Der Vertreter Rußlands auf der Conferenz.

Sobald die Theilungsbasis zur Sprache kommt, wird England natürlich die Theilungslinie soweit südlich als möglich zu ziehen suchen. Es ist nicht unmöglich, daß im Anfang selbst Vorschläge wie die Schleilinie auftauchen. Zu alle dem kommen noch Vorschläge wie die Neutralisirung von Kiel und Rendsburg.

Das, worauf es jetzt von Deutschlands Seite ankommt, ist: die Zustimmung der europäischen Mächte zur Vernichtung des Londoner Protokolls zu konstatiren, ohne jedoch die Modalitäten, welche gleichzeitig vorgeschlagen werden, anzunehmen. Über die Taktik, welche in dieser Hinsicht einzuschlagen ist, werden in diesen Tagen (vor Sonnabend) noch Separatverhandlungen der deutschen Bevollmächtigten geführt.

Ein sehr wesentlicher Umschwung scheint neuerdings in der Stellung Österreichs vorgegangen zu sein. Österreich scheint nicht länger an der Personalunion festzuhalten und hat den Kampf für die Integrität der Monarchie als aussichtslos aufgegeben. Sobald es aber auf der Seite der Trennung von Dänemark steht, muß es natürlich zugleich für den Herzog sein, weil es sonst Preußen in die Hände arbeiten würde. Dieser neue Standpunkt hat bereits in der gestrigen Wiener Abendpost[1]) Ausdruck gefunden. Er gilt, diese Chance rasch und geschickt zu benutzen. Herr v. Beust sagt mir, er habe nach Frankfurt (ich weiß nicht an wen) geschrieben, der Bund solle jetzt den Herzog so rasch als möglich anerkennen[2]) und den Pfordten'schen Antrag[3]) annehmen. Er hoffe dabei auf Österreichs Unterstützung. Ich bedaure, daß ich nicht Wydenbrugk's Adresse in Wien weiß, sonst würde ich ihm gleich heute direkt schreiben. Das ist das Wesentlichste meiner heutigen Ausbeute. Einige Nachträge muß ich mir für morgen vorbehalten.

37. Griebel[4]) an Lorentzen. 1864, 29. Mai, Kiel. Die Karten für die Sprachgrenzenfrage. Sammer krank. Reise des Herzogs nach Dithmarschen aufgegeben. Wydenbrugk und Prinz Christian erwartet. Hoffnung auf raschen Erfolg in London. Morgen mehr.

---

[1]) Sybel, a. a. O. III, 329.

[2]) Bismarcks Stellung dagegen, s. Sybel, III, 331.

[3]) vom 12. März.

[4]) Th. Griebel, der in der augustenburgischen Kanzlei tätig war.

Sendet zwei Karten zur Sprachengrenzenfrage . . .

Herr Geheim-Rat Samwer ist noch immer unwohl; die sehr aufregende Zeit, wenn auch nur freudig, dient nicht zur baldigen Besserung.

Von hier ist außer großer Freude im Hause Israel wenig zu melden. Die überall sehr viel besprochene Reise nach Dithmarschen, die unter anderen Umständen gewiß sehr günstig gewirkt hätte, ist jetzt natürlich vorläufig für diese Woche aufgegeben.

Wydenbrugk aus Wien kommt in diesen Tagen; Prinz Christian morgen. Möchten Sie bald nach günstiger Entscheidung zurückkehren können! Berät die Conferenz noch lange, so weiß man ja nicht, was den edlen Herren in Berlin und Wien noch wieder in den Kopf kommen könnte.

Entschuldigen Sie die Eile meines Schreibens; es ist bereits nach 11. Morgen kommt wahrscheinlich weiteres Material, wenigstens mehrere Exemplare der Karten, damit es den Herren der Conferenz ad oculos demonstrirt werden kann, daß nicht die Hälfte Schleswigs dänisch spricht und nicht der sechste Theil dänisch werden will. Ihr ergebener Th. Griebel.

38. Lorentzen an Samwer. 1864, 30. Mai, London. Lorentzens letztes Telegramm. Nachrichten über die Sitzung wird Graf Rantzau schon gebracht haben. Gemeinsamer Antrag der Deutschen hat keine große Überraschung hervorgerufen. Anfragen an Beust wegen Berechtigung seiner Stimme, da der Bundestag den Herzog noch nicht anerkannt habe. Beust's Erwiderung. Teilungslinie von Schleswig. Passives Verhalten der Dänen. Betrachtung über die Lage. Ratschläge von Beust durch Graf Rantzau überbracht. Teilung Schleswigs scheint sicher zu sein, darin soll man sich in Kiel fügen.

Dein gestern spät in der Nacht eingetroffenes Telegramm, enthaltend Anfragen in betreff der vorgestrigen Conferenzsitzung, hatte ich schon durch ein vorher Abends 9 Uhr aufgegebenes Telegramm beantwortet. Ich hoffe, daß Letzteres richtig angekommen ist, da ich es an „Minister“ Samwer adressirte, so machte man mir auf der Telegraphic Office keine Schwierigkeiten wegen der Chiffren. Es ist um so besser, wenn wir dabei keines Fremden Gefälligkeit bedürfen.

Ehe dieser Brief nach Kiel gelangt, wird Graf Rantzau[1]) schon alles Nähere über die vorgestrige Sitzung der Conferenz berichtet haben. Preußen, Österreich und der Bund haben gemeinschaftlich beantragt, beide Herzogthümer ungetrennt und ungetheilt als unabhängigen Staat unter dem Herzog von Augustenburg zu constituiren. Graf Apponyi hat den gemeinsamen Antrag verlesen. Bei dem Namen des Herzogs ist ihm ein leichtes Räuspern angekommen. In der Conferenz hat der Antrag keine große Überraschung oder Aufregung hervorgerufen. Man schien von allen Seiten darauf vorbereitet zu sein. Nur gegen Beust ist von neutraler Seite vorgebracht, am Bunde sei doch die Erbfolgefrage noch nicht erledigt; wie es denn zulässig sei, daß der Bevollmächtigte des Bundes sich einem Antrag anschließe, der die Erbfolgefrage präjudicire. Darauf hat Beust geantwortet, die Schwierigkeiten beim Bunde seien eigentlich nur faktischer und nicht rechtlicher Natur gewesen; durch die gegenwärtige Stellung von Preußen und Österreich zur Frage seien diese Schwierigkeiten beseitigt und für den Bund sei also jetzt die Frage entschieden. Auch steht in dem Antrag ausdrücklich in einem Zwischensatz die Bemerkung, daß „die Anerkennung des Herzogs durch den Bund gesichert ist“. Darauf wurde von Frankreich und England die Theilung Schleswigs vorgeschlagen, als Theilungslinie die Schlei und Dannewirke. Letzteres wird dadurch motivirt, daß Dänemark, welches schon ohnehin so sehr geschwächt worden, nicht noch durch Bundeshafen oder Marinestation und Bundesfestung fortwährend bedroht werden dürfe. Die deutschen Bevollmächtigten erklärten hierauf, über einen so neuen Vorschlag, wie die Theilung Schleswigs, ohne Instruktion zu sein und sich jeder Äußerung darüber

[1]) Graf Karl Rantzau war der Sohn des Grafen Ernst und der Gräfin Agnes zu Rantzau a. d. H. Rastorf, des Amtmanns von Reinbek und Besitzers von Oppendorf. Er war geboren in Plön am 12. Juni 1841 und starb in Heidelberg am 16. Mai 1870. Verheiratet war er mit der Tochter des Gutsbesitzers Hillmann auf Scharstorf in Mecklenburg. Seine einzige Tochter ist vermählt mit dem Generalleutnant v. Below in Glogau; seine Schwester, Gräfin Fanny von Rantzau, Stiftsdame in Itzehoe, lebt in Preetz. (Die Nachrichten verdanke ich der Gräfin Adelheid zu Rantzau auf Prohnsstorf.)

vorbehalten zu müssen. Auch Brunnow war ohne Instruktion und erwartete erst am Abend einen Courier. Die Dänen haben sich sehr passiv verhalten. Noch kurz vor der Sitzung besorgte man, sie würden sich ganz von der Conferenz zurückziehen. Es scheint hauptsächlich der Einfluß Englands zu sein, der sie noch festgehalten hat. Die nächste Sitzung ist am Donnerstag. Dies ist das Thatsächliche. Ich denke, wir sind mit der vorgestrigen Sitzung einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen. Die Bildung eines selbstständigen Schleswig-Holsteinischen Staates wird nicht mehr bestritten; es handelt sich nur noch um die Grenze. Ferner: Das Recht des Herzogs steht jetzt wohl faktisch eben so fest, wie es bisher rechtlich fest stand, die Annexionsgedanken sind dadurch, daß Preußen sich dem vorgestrigen Antrag angeschlossen hat, ein für allemal beseitigt. Aber die Schwierigkeiten sind dennoch noch nicht alle überwunden, und es ist die größte Vorsicht und Umsicht nöthig, damit wir glücklich ans Ziel gelangen.

Daß Graf Rantzau gestern plötzlich nach Kiel abgereist ist, ist hauptsächlich durch Herrn v. Beust veranlaßt, der gewisse Rathschläge und Besorgnisse in Kiel eindringlicher geltend zu machen wünschte, als es auf schriftlichem Wege geschehen kann. Zunächst besorgte er, Seine Hoheit der Herzog und dessen Rathgeber könnten sich in Folge der vorgestrigen Sitzung und der überaus günstigen Wendung, die jetzt die Sache nimmt, zu einer voreiligen Besitzergreifung und Installation in Holstein veranlaßt sehen, ohne erst die Entscheidung des Bundes abzuwarten, die jetzt doch nur noch wenige Tage auf sich warten lassen könne. Ich glaube, Beust ist zu dieser Besorgniß hauptsächlich durch die neulichen Differenzen mit den Commissären veranlaßt, über die Herr v. Könneritz etwas allarmirend berichtet zu haben scheint. Ich habe ihm seine Besorgniß auszureden versucht und ihm gesagt, daß man in Kiel gewiß nicht verkennen werde, wie viel vortheilhafter die Stellung des Herzogs sei, wenn sie auf der formellen Anerkennung des Bundes beruhe, als wenn die Besitzergreifung in Folge der Anerkennung von Preußen und Österreich erfolge, und daß dagegen gewiß der Aufschub von einigen Tagen nicht in Betracht kommen könne.

Der zweite Punkt betrifft die Stellung, welche man in Kiel zu dem Projekt der Theilung Schleswigs einnehmen will. Zwar haben die deutschen Bevollmächtigten zunächst das ganze ungetheilte Schleswig verlangt. Dennoch ist meine Überzeugung, daß die Theilung nicht zu vermeiden sein wird. Ich weiß noch nicht, wie Österreich über diese Frage denkt. In folge des Schreibens von Herrn von Wydenbrugk[1]) an Biegeleben, für welches ich ersterem bestens zu danken bitte, werde ich nun wohl in der Lage sein, auch über die österreichischen Ansichten genauer berichten zu können. Aber sicher ist, daß die preußischen Bevollmächtigten mit dem des Bundes darin übereinstimmen, daß die Theilungsfrage das Gebiet ist, wo den Neutralen irgend eine Concession gemacht werden muß. Nachdem dieselben das Princip der Integrität aufgegeben haben, sind sie hier im hohen Grade gereizt, namentlich England, aber auch Frankreich, welches jetzt den Hintergedanken der Compensation im Saargebiet ganz aufgeben muß. Nun sind die deutschen Bevollmächtigten (namentlich Preußen und Bund) entschlossen, in Beziehung auf Kiel und Rendsburg nicht nachzugeben. Sie erklären die Frage der Bundesfestung und Marinestation für eine innere deutsche Frage,

---

[1]) Vom 22. Mai; es wurde Lorentzen am 26. Mai von Dr. Steindorff geschickt. Wydenbrugk empfiehlt Lorentzen:

Verehrtester Herr Geheimrath! Sie haben mir bei Ihrer Abreise von hier erlaubt, Ihnen gelegentlich Mittheilungen über die Tagesfrage zu machen, die mich für einige Zeit in Ihre Kaiserstadt und Sie in die Weltstadt London geführt hat. Statt dessen gestatten Sie mir, heute vielleicht mit einigen Zeilen den Dr. phil. Lorentzen, der, wie ich vermuthe, der Überbringer dieses Briefes sein wird, bei Ihnen einzuführen mit der Bitte, ihm einen offenen Gedankenaustausch mit Ihnen bisweilen möglich zu machen, und ihm auch sonst Ihr Wohlwollen zuzuwenden. Man schreibt mir rücksichtlich seiner von Kiel „Bis Fürst Löwenstein wieder nach London zurückkehrt, wird Dr. Lorentzen sich dort aufhalten, und was wahrzunehmen ist, wahrnehmen.“ Seine wissenschaftliche, politische und literarische Thätigkeit wird Ew. Excellenz mehr oder minder bekannt sein. Ich gedenke daher nur noch, daß, ehe ich nach Wien ging, ich seine persönliche Bekanntschaft in Gotha machte. Ich konnte damals nicht viel mit ihm verkehren, theils weil ich mich unwohl fühlte, theils, weil ich anderweitig in Anspruch genommen war. Aber ich kann nur sagen, daß derselbe in dieser kurzen Begegnung einen durchaus günstigen Eindruck auf mich gemacht hat.

mit der sich die Conferenz gar nicht zu befassen habe. Dagegen in Beziehung auf die Theilung sind sie geneigt, Concessionen zu machen. Sie meinen, man dürfe den ganzen Erfolg nicht wieder in Frage stellen oder es auf einen europäischen Krieg ankommen lassen, nur damit die Linie etwas nördlicher gehe. Ich habe natürlich die mir telegraphisch und schriftlich zugegangenen Instruktionen nach Kräften geltend gemacht. Aber ich fürchte, es wird hier diplomatisch eine Linie gezogen werden, die dann wahrscheinlich dem Lande zur Genehmigung in irgend einer Form vorgelegt wird. Festgestellt ist über die Vorschläge, die man machen wird, sowie über die Grenze der Nachgiebigkeit noch nichts. Soweit ich aber habe heraushören können, steht die Sache etwa so, daß man die Theilung im Princip annehmen und als Gegenvorschlag gegen die Schleilinie die Linie Apenrade-Hoyer vorschlagen wird. Auch wird man sich vielleicht bis zur Linie Flensburg-Tondern-Hoyer, so daß diese drei Orte südlich der Linie bleiben, zurückdrängen lassen. Ein weiteres Zurückweichen besorge ich nach dem, was mir gesagt worden ist, nicht. Dagegen steht ziemlich sicher in Aussicht, daß Lauenburg, auf welches die Aussprüche doch immerhin bestritten sind, von Dänemark ganz aufgegeben und mit Holstein und dem südlichen Schleswig vereinigt wird.

Dies sind nach meiner Auffassung die gegenwärtigen Aspekten, und man muß sich klar machen, welche Stellung das Land und die Regierung des Herzogs dazu einnehmen will. Für jetzt suche ich natürlich nach Kräften die Bedeutung von Sundewitt und Alsen für die Herrschaft über den Flensburger Hafen sowie in strategischer Beziehung hervorzuheben. Zunächst steht man auch noch bei der Linie Apenrade-Hoyer fest, und ich suche nach Kräften für die Festhaltung dieser Linie zu wirken. Mir scheint dies rathsamer und nützlicher, als wenn ich durch principielle Bekämpfung des Theilungsplanes den geringen Einfluß, den ich hier üben kann, selbst beseitigen wollte.

39. Lorentzen an Sammer. 1864, 31. Mai, London. Vorbereitende Konferenz der deutschen Vertreter. Das Prinzip der Teilung muß auch in Kiel anerkannt werden. Für Lauenburg verlangen die neutralen Mächte Teile von Schleswig. Die Grenze Apenrade-Hoyer

wird günstigstenfalls zu behaupten sein. Beschleunigte Anerkennung des Herzogs durch den Bund ist nötig. Preußens Stellung in der Anerkennungsfrage. Unterredung mit Goldstücker über den Protest des Prinzen von Noer. Bitte um Verhaltungsmaßregeln, falls der Prinz hier die Leitung der Geschäfte übernimmt.

Lieber Freund!

Heute halten die Vertreter der neutralen Mächte mit je einem Vertreter der drei deutschen Gruppen (Bernstorff, Apponyi und Beust) eine Spezialkonferenz zur Vorbereitung auf Donnerstag. Man will versuchen, wie weit man sich einander annähern kann, um die Aufgabe der officiellen Sitzung zu erleichtern. Ich vermute nach dem heutigen (dritten) Leitartikel der Times, der ohne Zweifel inspirirt ist, daß die Neutralen die von deutscher Seite ohnehin sofort zurückgewiesene Neutralisirung von Kiel und Rendsburg fallen lassen werden. Dagegen werden sie sicher auf der Theilung Schleswigs bestehen, und im Prinzip werden hier die Deutschen ohne Zweifel nachgeben. Es handelt sich dann also um die Grenze und um die Art, sie zu bestimmen.

Ich habe gestern früh das Schreiben vom 26.[1]) d. M. erhalten nebst dem Referat über die am 24. d. M. stattgehabte Beratung, sowie gestern Abend ein chiffrirtes Telegramm, betreffend das Memoir von Schleiden über die Theilung. Beides habe ich sogleich Schleiden mitgetheilt. Letzterer stimmt mit mir ganz darin überein, daß, wenn wir diese Instruktion strikte befolgen wollten, wir hier nirgends mehr angehört würden, selbst bei Beust nicht. Wenn wir den kleinen Einfluß, den wir hier noch auf den Gang der Dinge haben können, uns sichern wollen, so müssen wir das Prinzip der Teilung acceptiren und uns darauf beschränken, dahin zu wirken, daß die Grenze so weit als möglich nach Norden geschoben werde. Es ist zu bedenken, daß in dieser Frage nicht bloß England und Rußland gegen

[1]) Am 24. Mai hatte bei Samwer eine Sitzung stattgefunden, in welcher für eine eventuelle Teilung Schleswigs gewisse Grundsätze aufgestellt wurden, welche die Zustimmung des Herzogs fanden: Wünschenswert erscheint Trennung der Herzogtümer von Dänemark mit Ausnahme derjenigen Distrikte des Herzogtums Schleswig, welche die Vereinigung mit dem Königreich Dänemark wünschen werden.

uns sind, sondern auch Frankreich. Die Verbindung Lauenburgs, auf welches unsere Ansprüche doch sehr zweifelhaft sind, mit Holstein darf als zugestanden betrachtet werden. Dafür verlangen die Neutralen ein Äquivalent in Schleswig, welches sie natürlich möglichst günstig für Dänemark zu bemessen suchen. Daß über die Grenze vorher eine Abstimmung im Lande stattfinde, daran ist kaum zu denken. Ich halte nur zweierlei für möglich: entweder man überläßt es dem Herzog, sich mit Dänemark über die Grenze abzufinden, oder was viel wahrscheinlicher ist, die Conferenz zieht die Grenze und läßt allenfalls nachher, aus Nachgiebigkeit gegen Frankreich eine Abstimmung mit Ja oder Nein zu. Wenn die Grenze hier auf der Conferenz gezogen wird, so wird dieselbe im günstigsten Falle etwa der Linie Apenrade-Hoyer, im ungünstigsten Falle etwa der Linie nördlich Flensburg bis nördlich Tondern entsprechen. Die Dänen werden, von den Neutralen unterstützt, ohne Zweifel zuerst die Schleilinie und dann die Linie Flensburg-Husum vorschlagen. Aber so weit werden sich die Deutschen hoffentlich nicht zurück drängen lassen. Erklärungen aus dem Lande gegen die Theilung nützen hier gar nichts mehr. Dagegen Erklärungen aus den streitigen Gebieten im deutschen Sinne können noch hier von Nutzen sein. Neben der richtigen Behandlung der Theilungsfrage ist, wie ich glaube, jetzt die Hauptsache die Beschleunigung der Anerkennung durch den Bund. Ich hoffe, daß hier Österreich jetzt auf unserer Seite sein wird. Es wäre ja nichts einfacher als den noch am Bunde schwebenden bairischen Antrag einfach anzunehmen, und wenn Österreich dafür ist, so kann ja die Majorität nicht zweifelhaft sein. Auch Preußen kann jetzt doch kaum dagegen stimmen, obgleich es die Anerkennung nicht zu beschleunigen wünscht. Vielmehr scheint man in Berlin die Absicht zu haben, vor der Anerkennung noch recht viele Concessionen vom Herzog herauszudrücken. Selbst die hiesigen preußischen Bevollmächtigten laßen das durchhören. Aber ich denke, jetzt ist kein Grund, mehr zu bewilligen als im Intereße unseres Landes liegt. Aus diesem Grunde habe ich heute wegen der Einladung nach Berlin telegraphisch angefragt, von der Beust jedoch nur gerüchtsweise gehört haben wollte.

Ich war heute bei Prof. Goldstücker, um mit ihm über den vom Prinzen von Noer beabsichtigten Protest zu sprechen. Ich höre von Goldstücker, daß der Prinz heute Abend hier eintrifft. Es wird sehr schwer halten, dem Prinzen, wie Du von mir verlangst, von seinem Posten zurückzuhalten, zumal da der Herzog in dem hierbei zurückfolgenden Briefe die Fassung des Protestes vortrefflich findet, sich ganz damit einverstanden erklärt und nur leise ein Bedenken äußert, ob der Protest überhaupt noch nötig sei. Goldstücker, der die ganze Correspondenz des Prinzen mit dem Herzog kennt, sagte mir auch heute gleich, der Herzog sei ganz mit dem Protest einverstanden, um meine Bedenken gegen denselben zurückzuweisen. Außerdem sagte mir Goldstücker, der Prinz komme auf den ausdrücklichen Wunsch des Herzogs hierher, um hier gewissermaßen als Nachfolger des Fürsten Löwenstein die Leitung der herzoglichen Geschäfte zu übernehmen, und daß ich also ihm subordinirt sein würde. Ich vermuthe, daß entweder Goldstücker oder der Prinz den hiebei zurückfolgenden Brief Sr. Hoheit so mißverstanden hat. Wäre das wirklich die Meinung des Briefes, so würde es für mich allerdings sehr schwer sein, den Prinzen, wie mir zu gleicher Zeit aufgetragen wird, von „seinen wahnsinnigen Plänen" abzuhalten. Aber ich glaube freilich, daß es nicht die Meinung gewesen ist, den Prinzen zum Chef der hiesigen Gesandtschaft zu bestimmen. In diesem Falle aber möchte ich doch sehr bitten, mich ganz bestimmt über das Verhalten, das ich dem Prinzen gegenüber zu beobachten habe, zu instruiren. Bis dahin werde ich dem Prinzen natürlich alle Rücksicht, die ich dem Oheim meines Landesherrn schuldig bin, erweisen; aber meine politischen Überzeugungen kann ich ihm nicht unterordnen, und in meinen Handlungen hier kann ich mich nicht von ihm leiten laßen, so lange ich dazu nicht die bestimmte Anweisung aus Kiel erhalte. Ich brauche nicht zu entwickeln, weshalb ich von vornherein auf ein klares Verhältniß dringe, damit Conflikte vermieden werden. Bei dem Charakter des Prinzen und bei seiner Abhängigkeit von Goldstücker sind die sehr leicht. Letzterer entwickelte mir heute schon, der Prinz müsse, noch ehe der Herzog anerkannt ist, für die Herzogthümer einen Handelsvertrag mit

England abschließen. Dadurch könne man erreichen, daß England sich gegen die Theilung erkläre und uns das ganze Herzogthum Schleswig zuwende. Was mir dann freilich wie gelinder Wahnsinn erscheint. Lorentzen.

40. Lorentzen an Sammer. 1864, 1. Juni, London. Stürmische Sitzung in der gestigen Spezialkonferenz um die Teilungsfrage. Scharfe Sprache von Beust; Eintreten desselben für den Herzog. Preußen wird vielleicht die Grenze Flensburg-Tondern zugestehen. Bedeutung von Sundewitt. Österreich gegen Abstimmung und Gebietsabtretung. Neutralisierung von Kiel und Rendsburg. Reise des Herzogs nach Berlin; hoffentlich besucht der Herzog auch Dresden, Wien und München. Die Situation muß ausgenutzt werden. Dank für die Karten. Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

L. Freund! In der gestrigen Spezialkonferenz zwischen den Neutralen und den drei Deutschen ist es zu sehr lebhaften und zum Theil hitzigen Debatten, aber zu keiner Art von Verständigung gekommen[1]). Brunow und Russell sollen über die Hartnäckigkeit der Deutschen geweint haben. Am heftigsten sind, wie es scheint, Beust und Lord Clarendon an einander gerathen, hauptsächlich hat es sich um die Theilung Schleswigs aber auch um die Neutralisirung von Kiel und Rendsburg gehandelt. Was die Theilung betrifft so habe ich bereits früher (Schreiben vom 30. Mai) erwähnt, wie Frankreich und mit ihm die übrigen Neutralen die Sache ansehen. Dieselben betrachten die Constituirung Holsteins und des südlichen Schleswig zu einem selbstständigen Staat als die Abtretung eines Theils von der bisherigen dänischen Monarchie, und sind der Ansicht, daß in solchem Falle nur diejenigen, die in das neue Verhältniß treten, befragt zu werden brauchen, während diejenigen, die nördlich der Theilungslinie wohnen, angeblich in demselben Verhältniß als Angehörige der dänischen Monarchie bleiben und also nicht gefragt zu werden brauchen. Nach dieser Ansicht also würde man auf der Conferenz eine beliebige Linie ziehen und die südlich der Linie wohnenden fragen, ob sie mit Holstein vereint werden und den Herzog als ihren Landesherrn anerkennen wollen.

---

[1]) s. v. Sybel III. 334.

Dem gegenüber hat Herr v. Beust gestern einen Standpunkt geltend gemacht, über den ich vorher wiederholt und eingehend mit ihm gesprochen hatte. Er dreht die Sache geradezu um. Er sagt: in Holstein hat Christian IX. unzweifelhaft kein Erbrecht, und der Bund hat bereits seine Nichtberechtigung ausdrücklich erklärt; in Holstein gilt agnatisches Erbrecht, in Schleswig ebenso, das ist nicht allein deutsche Behauptung, sondern bis vor kurzem ist es auch dänische Auffaßung gewesen. Also ist der Herzog von Holstein zu gleicher Zeit rechtmäßiger Herzog von Schleswig, er hat also ein Recht auf das ganze Schleswig. Also wenn von einer Theilung Schleswigs die Rede ist, so wird nicht dem Könige von Dänemark, sondern dem Herzog von Schleswig-Holstein eine Abtretung von Gebiet zugemuthet. Deutschland hat diesen Vorschlag nicht gemacht. Derselbe ist von neutraler Seite ausgegangen. Wenn aber Deutschland, um seine Friedensliebe zu beweisen, sich zu einer Diskussion des Vorschlags bereit erklärt, so muß es darauf bestehen, daß die Consequenzen richtig gezogen werden. Sollen nach dem Vorschlage Frankreichs die Wünsche der Bevölkerung zu Grunde gelegt werden, so ist vor allen Dingen, wenn eine Theilung Schleswigs ins Auge gefaßt werden soll, nothwendig, daß die nördlich der Theilungslinie wohnenden gefragt werden, weil sie aus ihrer bisherigen politischen Verbindung heraustreten und dem Königreich Dänemark einverleibt werden sollen. Die Annahme dieses Grundsatzes bezeichnet Herr v. Beust als die Voraussetzung, unter der er allein die Theilungsfrage discutiren kann. Dies ist im Wesentlichen der Standpunkt, den H. v. Beust gestern mündlich geltend gemacht, und den er heute in einer Note an Russell, die er mir zum größten Teil heut vorlas, nochmals schriftlich entwickelt hat.

Bernstorff hat gestern eine Linie nördlich von Apenrade uns sogar angeboten. Weiter südlich hat er sich nicht drängen lassen. Aber ich fürchte, daß dies nicht das preußische Ultimatum ist, und daß Preußen bis Flensburg-Tondern zurückgehen wird. Ich unterlasse natürlich nichts, die große Bedeutung von Sundewitt namentlich die militärische sowie die für den Flensburger Hafen, hervorzuheben. Aber das Unglück ist, daß Alsen im

Waffenstillstand in den Händen der Dänen geblieben ist. Ich habe vom ersten Tage darauf aufmerksam gemacht, daß dies entscheidend für den Besitz von Sundewitt sein würde. Gegen die Abstimmung sperrt Preußen sich noch, aber Herr v. Balan gab mir heute doch ziemlich deutlich zu verstehen, daß Preußen am Ende doch wohl auch in diesem Punkt sich die oben entwickelten Beust'schen Theorien aneignen werde.

Österreich will eine Abstimmung bestimmt nicht zugestehen, ist deshalb principiell auch gegen die Theilung und gegen jede Gebietsabtretung und will nur 1. eine Grenzregulierung wegen der Enklaven und 2. einen Gebietsaustausch als Compensation für Lauenburg zulassen.

Außer der Theilung ist gestern auch die Neutralisirung von Kiel und Rendsburg zur Sprache gekommen, und ich höre, daß in diesem Punkte Frankreich besonders hartnäckig sein soll, fast noch mehr als England. In diesen Fragen jedoch ist keine Nachgiebigkeit von deutscher Seite zu besorgen.

Die Reise des Herzogs nach Berlin ist gewiß sehr gut; ich hoffe, daß er sie auch nach Wien und Dresden ausdehnt. Auch München wäre vielleicht gut. Es kommt alles darauf an, die Gunst der jetzigen Situation geschickt auszubeuten. Die neueste Wendung zeigt einmal wieder recht deutlich, daß die Verhältnisse stärker sind als die Menschen. Preußen und Österreich haben nur mit großer Inkonsequenz auf unsern Standpunkt kommen können. Aber jetzt scheint mir richtig, sie dieses nicht empfinden zu lassen. Wir dürfen kein Princip unbedingt urgiren, sondern müssen den Widerstreit der Principien der drei deutschen Gruppen benutzen, um uns vorwärts zu schieben. Vor allen Dingen, meine ich, ist es wichtig, in Berlin zwar keine unnöthigen Koncessionen zu machen, aber auch nicht merken zu lassen, daß wir Recht gehabt haben wollen. Man muß dem Gegner goldene Brücken bauen. Es können hier noch manche Thesen und allerlei Gereiztheiten zwischen den verschiedenen deutschen Gruppen vorkommen, wobei es sehr schlimm sein würde, wenn wir mit einer derselben wieder gespannt wären.

Die zwei Karten, die ich heute früh durch Herrn Griebel erhalten habe (Sprachgrenze vor 1848 und politische Grenze nach

den Ständen von 1846) waren sehr willkommen. Ich habe sie sofort benutzt und an Bernstorff gegeben. Ich würde noch eine Anzahl Exemplare derselben Sorten sehr gut gebrauchen können.

In Betreff des Waffenstillstandes sind die Preußen und Österreicher instruirt, eine Verlängerung des status quo, wo möglich auf's Unbestimmte mit mehrwöchentlicher Kündigungsfrist zuzugestehen. Die Dänen drohen mit der Erneuerung der Blokade am 12. Juni, wenn bis dahin nicht eine Friedensbasis festgestellt ist. Man glaubt aber nicht, daß die Engländer ihnen das gestatten werden. L.

41. Lorentzen an Sammer. 1864, 3. Juni, London. Annahme des englischen Teilungsvorschlages im Prinzip durch die Dänen. Von anderer Seite ist keine bestimmte Linie angegeben worden. Verhandlungen über Verlängerung des Waffenstillstandes. Widerstand der Dänen. Preußen scheint kriegsmüde. In diesem Fall wäre Einsetzung des Herzogs und Bildung einer schleswig-holsteinischen Armee nötig. Beusts Dank an den Herzog für das Telegramm. Seine Freude über die Reise des Herzogs nach Berlin; er hofft, der Herzog werde auch nach Dresden gehen. Aufnahme Südschleswigs in den Bund verfrüht. Prinz von Noer noch nicht angekommen. Dank für die Sprachgrenzenkarte.

Das wichtigste Ereigniß der gestrigen Sitzung habe ich heute Mittag bereits telegraphirt. Dänemark hat gestern den englischen Theilungsvorschlag im Princip angenommen. Dies war im Voraus wahrscheinlich, weil man annehmen darf, daß England seinen Vermittlungsvorschlag erst gemacht hat, nachdem es sich vorher der Zustimmung Dänemarks versichert hatte. Weiter aber als zu dieser Annahme des Princips der Theilung im Allgemeinen ist es gestern nicht gekommen. Die dänischen Bevollmächtigten haben allerdings im Laufe der Diskussion zu verstehen gegeben, daß sie sich mit der Linie Schlei-Danewirke-Husum wohl würden abfinden lassen. Aber eine offizielle Erklärung ist in dieser Hinsicht nicht abgegeben worden. Herr v. Beust hat in der gestrigen Sitzung den in meinem letzten Bericht entwickelten Standpunkt behauptet; er hat also nur principiell seine Stellung zur Theilungsfrage in dem dort angegebenen Sinne erörtert, ohne jedoch eine bestimmte Linie als annehmbar zu bezeichnen. Von preußischer und österreichischer

Seite ist ebenfalls noch keine bestimmte Linie förmlich vorgeschlagen, doch hat Graf Bernstorff beiläufig durchblicken lassen, daß Preußen etwa eine Linie Apenrade-Tondern beide Städte südlich lassend, zugestehen könne.

Der größte Theil der gestrigen Sitzung ist mit resultatlosen Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes ausgefüllt worden. Die Dänen zeigen sich in diesem Punkt sehr widerhaarig und drohen mit der Wiederaufnahme der Blokade, wenn nicht Jütland geräumt wird. Sie behaupten, die Waffenstillstandsbedingungen seien von den Preußen in Jütland nicht gehalten worden, und haben gestern die aus der Presse bekannten Anschuldigungen vorgebracht. Die Preußen haben darauf nicht allein mit einer Rechtfertigung ihres Verfahrens, sondern mit Gegenanschuldigungen geantwortet. Über das Detail dieser Verhandlung, das ja auch für uns von geringerem Interesse ist, habe ich nichts näheres erfahren. Am Montag wird diese Frage zunächst wieder aufgenommen werden, ehe man in der Sache selbst weiter gehen kann. Obgleich die Dänen sich bis jetzt sehr schwierig zeigen, glaubt man doch, daß sie in diesem Punkte nachgeben, und daß die Neutralen namentlich England, ihnen nicht gestatten werden, durch die Erneuerung der Blokade das Signal zum Wiederausbruch des Krieges zu geben.

Die Preußen sollen gestern etwas zu sehr haben durchblicken lassen, daß ihnen der Wiederausbruch des Krieges nicht angenehm sein würde. Herr v. Beust sagte mir heute, man müße von deutscher Seite vielmehr die Eventualität als eine ganz erwünschte darstellen und erklären, daß, wenn der Krieg wieder ausbrechen sollte, dann natürlich der Herzog sofort in die Regierung eingesetzt werden und die Bildung einer schleswig-holsteinischen Armee beginnen werde, und daß dann selbstverständlich von der Abtretung eines Theils von Nordschleswig nicht mehr die Rede sein könne. Ob Herr v. Beust sich gestern in der Conferenz in diesem Sinne ausgesprochen hat, oder ob dies nur ein Raisonnement war, das er mir heute privatim entwickelte, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen. Ich glaube eher letzteres.

Die mir gestern Abend telegraphisch zugekommenen Aufträge habe ich heute an Herrn v. Beust ausgerichtet. Er war sehr erfreut, daß der Herzog nicht daran denkt, jetzt die Regierung zu ergreifen, und nach keiner Seite hin Verpflichtungen übernehmen will. Mit der Berliner Reise äußerte er sich, nach den Aufklärungen, die ich ihm geben konnte, ganz einverstanden und hoffte, der Herzog werde auch nach Wien und Dresden gehen. Daß die Anfrage in Dresden bejahend beantwortet werde, sei selbstverständlich. Die Aufnahme Südschleswigs in den Deutschen Bund jetzt mit besonderem Nachdruck zu betreiben, schien ihm nicht rathsam, denn es werde uns jetzt als große Concession angerechnet, während es später, sobald erst der Herzog im Besitz ist, sehr leicht zu erledigen sei.

Der Prinz von Noer ist noch nicht hier angekommen. Der junge Prinz sagte mir gestern, daß sein Vater wegen Unwohlsein die Reise verschoben habe, aber vielleicht heute (Freitag) Abend kommen werde.

Von der besonderen Stellung, die Goldstücker dem alten Prinzen zuweisen wollte, wußte der Sohn nichts. Es ist also möglich, daß das nur eine Goldstückersche Phantasie ist. — Von der Karte mit der Sprachgrenze vor 1846 habe ich heute noch drei Exemplare bekommen, für die ich sehr dankbar bin. L.

42. Sammer an Lorentzen. 1864, 6. Juni, Kiel. Unterschied zwischen Privat- und offiziellen Schreiben. Beruhigung betreffend die Stellung zum Prinzen von Noer. Wenig erfreuliche Nachrichten über die Teilungsfrage. Festhalten an Beusts Erklärung. Die Instruktion und ihre Geltungmachung. Ansichten des Königs und Bismarcks über die Teilungen. Bismarck wünscht Demonstrationen in den nördlichen Bezirken. Pläne für spätere Zurückgewinnung der abzutretenden Teile. Souveränitätsfrage. Die Kandidatur des Großherzogs von Oldenburg. Rechbergs und Beusts Warnungen vor einseitigen Verpflichtungen. Des Herzogs Abneigung gegen Anerkennung der Teilung. Welche Gefahr bietet ein neuer Krieg? Herzog geht nach Dresden, nicht Wien. Vorsicht mit den Mitteilungen.

Lieber Freund! Zunächst ein geschäftlicher Punkt. Briefe an Sammer seien vertraulicher Art. Wolle er, daß Herr Geheimrat Francke sie auch lesen könnte, so müßten die Briefe als

reine Privatschreiben angesehen werden. Anders verhält es sich mit der Anfrage betreffend Forchhammer. Diese sei offiziell und könne nicht als „ganz privatim" behandelt werden.

3. In Betreff des Prinzen von Noer kennst Du Alles; wenn irgend etwas in Deiner Stellung vom Herzog geändert werden sollte, müßtest Du doch zuerst davon erfahren. Bis dahin würdest Du doch allerlei zu ignoriren haben.

4. Deine Nachrichten über die Theilungsverhandlungen sind wenig erfreulich. Die Erklärung Beust's ist am Ende noch der einzige Anhalt, um das Ungünstigste zu verhindern. Wirke dahin, daß er an dieser Erklärung festhält, und daß, wenn er von ihr herabgedrängt zu werden in Gefahr ist, er von der Bundesversammlung Instruktionen einholt. Hoffentlich wird dieselbe unter dem Drucke der deutschen Agitation günstig instruiren. Jedenfalls günstiger als Berlin, und dazu kommt, daß man dem Bunde von neutraler Seite mehr Nachgiebigkeit zeigen wird als einer der beiden Großmächte.

Da man von dänischer und neutraler Seite die entgegengesetzte Behauptung aufstellt, daß Dänemark der abtretende Theil sei, so liegt das Compromiß nahe, daß man im Norden wie im Süden der Linie abstimmen läßt, natürlich immer vorgängig.

Nach den neuesten Nachrichten sollen die Stimmungen des nördlichen Schleswig, jedenfalls von Sundewitt und Alsen, sehr günstig für uns sein. Doch lege ich persönlich auf dergleichen Nachrichten keinen sehr großen Werth.

5. Daß, wenn diesseitige Instruktionen der dortigen Sachlage nicht entsprechen und ihre Geltendmachung nur Schaden bringen würde, Du sie nicht zur Ausführung bringen kannst, versteht sich von selbst. Nach unserer damaligen Kenntniß war die Theorie des genauen Austausches damals noch sehr wohl möglich.

6. In Berlin sagte der König, der von der Königin von England einen die Schleilinie dringend empfehlenden Brief erhalten hatte, daß er für ein kirchspielweises Abstimmen aller Distrikte sei, die noch Holstein nicht zugesprochen seien.

Der König schien der Meinung zu sein, daß eine schlechte Demarkationslinie nur nach einem Europäischen Kriege angenommen werden könne[1]).

Herr v. Bismarck sagte, er habe vorgeschlagen, eine nördliche und eine südliche Linie zu ziehen und das dazwischenliegende Gebiet zu fragen. Frankreich habe als nördliche Linie Gelting-Bredstedt vorgeschlagen, er (Bismarck) habe heute (1. Juni) Flensburg-Bredstedt in Vorschlag gebracht. Wem? weiß ich nicht.

Dennoch erklärte Bismarck, er wünsche lebhafte Demonstrationen aus den nördlichen Bezirken, und Zedlitz habe Ordre, denselben durch die Finger zu sehen.

Wie viel von Jenem im einzelnen richtig ist, weiß ich nicht. Jedenfalls ist Bismarck offenbar bereit, zu den schlechtesten Linien seine Zustimmung zu geben. Um so nothwendiger wird es, daß Beust an der Befragung festhält.

Dem Könige waren statt der Kirchspiele die Ämter vorgeschlagen und war nicht abgeneigt dagegen.

7. Es muß unsererseits daran gedacht werden, daß wir künftig das, was jetzt abgetreten wird, wieder zurückerhalten. Daher 1. keine Neutralisirung Dänemarks, 2. keine Garantie für den Norden, 3. keine Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, welche auch wegen der Befragung und wegen des von Herrn v. Beust angeregten Grundes sich zur Zeit nicht empfiehlt.

8. Ist es nicht möglich, daß die Souveränitätsfrage bald omnium consensu und noch vor der Gebietsfrage erledigt werde? Es ist wichtig, damit wir auf die Gebietsfrage Einfluß nehmen können, und damit die Intriguen gegen den Herzog beendigt werden.

Es ist jetzt namentlich Rußland, welches intriguirt. Der Kaiser sagt, der Herzog sei der Kandidat der deutschen Revolution, sein Vater habe seine Ansprüche auf die Herzogthümer dem Großherzog von Oldenburg übertragen (wahrscheinlich ein geheimer Artikel des Warschauer Protokolls)[2]) und dem Großherzog gesagt, mit Oldenburg könne er dann machen, was er wolle.

---

[1]) d. h. der König würde eine für Schleswig-Holstein ungünstige Teilungslinie nur annehmen, wenn er durch einen unglücklichen europäischen Krieg dazu gezwungen würde.

[2]) Ende Mai 1851. s. v. Sybel III. 55.

Bismarck betreibt wahrscheinlich die Kandidatur des Großherzogs oder des Prinzen Peter, theils um den Herzog zu schrecken, theils um vielleicht Oldenburg zu erwerben.

Es ist nicht unmöglich, daß Rußland auf einem Umwege wieder die Personalunion herstellen will. Ein Oldenburger hier und dann würde Christian IX. abdanken.

9. Rechberg ließ wie Beust vor einseitigen Verpflichtungen warnen. Es ist das sehr bequem von den Herren, namentlich wenn sie dann gar nichts thun, um rasch einen Besitzstand zu etabliren. Auch Beust hat gegen die sofortige Anerkennung berichtet, aus Rücksicht auf die Neutralen. Rechberg ist auch dagegen, obwohl Baiern sich alle mögliche Mühe giebt, ihn umzustimmen. Der König von Preußen will Anerkennungsbeschluß, wenn die Conferenz auseinandergeht ohne Resultat.

10. Da voraussichtlich eine Gebietsabtretung von Bedeutung bevorsteht, muß es dahin gewendet werden, daß der Herzog nicht anzuerkennen braucht, sondern was man ihm giebt, als ein factum hinzunehmen hat.

11. Welche Gefahr hätte es denn, wenn die deutschen Mächte uns jetzt mit dem Bunde wieder zum Kriege brächten! Ist England ein so gefährlicher Gegner? und würde Frankreich sich mit gegen uns wenden?

12. In Wien hat man den Herzog erst später zu sehen gewünscht. Der Herzog wird über Dresden zurückgehen und dabei, weil die Magdeburger Bahnen schlecht anschließen, wohl wieder Berlin berühren.

13. Bitte, was sich auf erhaltene Telegramme bezieht, in Berichtsform und unvermischt mit Anderem (für die Akten bestimmt) zu beantworten. Bitte von obigen Mittheilungen nur sehr vorsichtigen Gebrauch zu machen.

Kiel, 6. Juni 1864. . . Sammer.

43. Sammer an Lorentzen. 1864, 6. Juni, Kiel. Der Herzog will nach Dithmarschen reisen. Beusts Meinung darüber. Die russischen Pläne. Die Stellung des Herzogs zur Bevölkerung. Schreiben Wydenbrugks in Aussicht gestellt; es muß vorsichtig benutzt werden. Die Politik in Wien und der Herzog. Das Rechtsverhältnis der abzutretenden nordschleswigschen Gebiete. Hinweis auf das Schreiben betr. die Sendung des Grafen Rantzau.

Lieber Freund! Der Herzog trägt mir auf, Dir zu schreiben, daß er doch wohl für nöthig halte, in nächster Zeit die Dithmarschen[1]) zu besuchen. Du möchtest vorsichtig mit Beust darüber sprechen und zusehen, wie er darüber denke. Muthmaßlich hat der Herzog die russischen Pläne in Betreff Oldenburgs vor Augen. Es ist aber auch zu beachten, daß diese Pläne durch die Behandlung, welche Bismarck ihnen muthmaßlich zu Theil werden lassen wird, an Bedeutung gewinnen.

Wir haben, da man uns die Besitzerlangung hinauszieht, kein anderes Mittel, als den Feinden zu zeigen, wie fest die Anhänglichkeit und Liebe des Volkes zum Herzog ist.

Was dem entgegensteht, ist nur die unglückliche fixe Idee von Könneritz, daß der Herzog dadurch die Ergreifung der Regierung vorbereiten wolle. Berlin gegenüber ist es aber ein rein gemeinsames Interesse, zu zeigen, daß die Stellung des Herzogs fest ist.

Sprich also gelegentlich mit Beust und schreibe seine Absicht.

2. Es wird Dir morgen ein Bericht Wydenbrugks[2]) zugehen in betreff Rechberg ꝛc. Es versteht sich von selbst, daß

[1]) Die Reise fand vom 21.—25. Juni statt.

[2]) . . . Am 26. Mai ging ich zu Graf Rechberg und sprach meine Freude und meinen Dank aus über eine neue Wendung, welche Österreichs Politik unter Benutzung der sich bietenden günstigen Chancen nunmehr unzweifelhaft genommen zu haben scheine. Graf Rechberg sagte: „ja, die Sache steht hier gut für Sie und für den Fürsten, den Sie vertreten. Und nun komme ich gleich mit einer Bitte, durch deren Erfüllung Sie meiner Überzeugung nach zugleich der Sache, der Sie dienen, und dem Fürsten, in dessen Auftrage Sie hier sind, einen wesentlichen Dienst thun können. Wir wollen ganz offen sprechen. Wir sind in der That eben in Begriff, für die Trennung der Herzogthümer und ihre Constituirung als selbstständiger Staat unter dem Herzog von Augustenburg einzutreten. Aber wir gehen dabei von einer wesentlichen Voraussetzung aus. Österreich erstrebt in der ganzen Sache keinerlei Separatvortheile, es wird sich auch in den gemeinschaftlichen Verhandlungen mit Preußen coulant zeigen. Aber Österreich muß natürlich darauf halten, daß bei dieser Gelegenheit sein Staatsinteresse nicht indirekt verletzt wird. Dies würde geschehen, wenn man sich ohne Rücksicht auf Österreich, welches nun für die vollständige Selbstständigkeit des Landes eintreten will, durch Separatverträge oder durch Separatverhandlungen einseitig zu Gunsten eines anderen Staates irgendwie bände, bezüglich im Voraus Beschränkungen auferlegte. Das Verlangen,

Du dergleichen nur mit großer Diskretion gegen Beust gebrauchen darfst; Du erhälst diese Berichte und ähnliche wesentlich nur zu Deiner Orientirung.

Wydenbrugk hat sich hier vollständig überzeugt, daß wir durchaus keine Neigung haben, mit Preußen Verpflichtungen einzugehen; ich habe ihn aber dagegen beauftragt, Rechberg darauf aufmerksam zu machen, wohin diese Politik führt, dem Herzog gar keine Stütze zu verleihen und daneben ihn gegen Preußen zu warnen.

3. In welches Rechtsverhältniß soll der abzutretende nördliche Theil Schleswigs treten. Doch nicht in das alte der Verträge von 1851–52? Dann muß aber schon aus diesem Grunde abgestimmt werden. Oder man muß das Rechtsverhältniß jener Verträge lassen, welche ja Identität der deutschen und schleswigschen Erbfolge voraussetzen.

4. Hier neben noch ein Schreiben[1]) in Betreff der Rantzauschen Sendung. Wenn Du es für gut hälst, kannst Du Beust daraus vorlesen. Es ist übrigens vertraulich. Es ist nicht recht klar, was Beust in Betreff der Theilung will. Wir können doch nicht denjenigen, denen man den Hals umdrehen will, sagen, daß sie sich das ruhig gefallen lassen sollen. Wir können nur sagen: Verlangt Befragung. Mache Beust doch klar, daß die Stellung des Herzogs viel zu wenig fest ist, um weiter gehen zu können. Auch wäre es einer festen Regierung unmöglich, dies zu thun.

Graf Rantzau ist wohl Ende der Woche wieder dort.

Kiel, 6. Juni 1864. Dein Samwer.

---

daß dies nicht geschieht, ist um so billiger, als Österreich weit entfernt ist zu verlangen, daß man ihm gegenüber irgend ein einseitiges Engagement eingehe. Graf Rechberg deutete dann noch an, daß nur, wenn dies gehörig gewürdigt würde, eine wohlgegründete Aussicht bestehe, daß die in der Sache eingetretene Wendung zu einem guten, allseitig befriedigenden Ende führen werde. Graf Rechberg schloß mit der Frage, wollen Sie nun wohl, um namentlich die eben erwähnten Gesichtspunkte gehörig darzulegen, recht schnell nach Kiel gehen und daselbst einen kurzen Aufenthalt nehmen?

Wydenbrugk reiste nach Kiel, traf den Herzog, der in Begriff war, nach Berlin zu fahren, in Elmshorn und stattete ihm Bericht ab über die obige Unterhaltung. Vgl. dazu Ernst II, Aus meinem Leben und meiner Zeit, S. 444.

[1]) Nr. 44.

44. Sammer an Lorentzen. 1864, 6. Juni, Kiel. Graf Rantzau kehrt erst später zurück. Antworten auf die Befürchtungen Beusts. Treues Festhalten des Herzogs bei den Mittelstaaten. Wachsende Beunruhigung in Nord- und Mittel-Schleswig. Agitation des Grafen Adalbert Baudissin mit Bismarcks Einwilligung. Böse Folgen davon. Stellung der Vereine hierzu. Abneigung im südlichen Distrikt gegen die Teilung. Auch die Presse in Deutschland dagegen. Befragen der Bevölkerung vor der Teilung würde die Stimmung mildern.

Lieber Lorentzen! Da Graf Rantzau wegen Familienangelegenheiten noch nicht im Stande ist, wieder nach London zurückzukehren, so schreibe ich Dir heute über dasjenige, welches Herr von Beust ihm zur Mittheilung an uns aufgetragen hat.

Was zunächst die Ergreifung der Zügel der Regierung betrifft, so ist es der Wunsch Sr. Hoheit des Herzogs, in Folge eines Bundesbeschlusses die Regierung zu übernehmen. Wir wünschen in der That nicht, die Basis zu verwandeln, auf der wir bisher standen, und uns gegenüber dem Bunde auf eine oder beide Großmächte zu stützen. Die Erfahrungen dieser Zeit weisen die Herzogthümer sehr klar darauf hin, ihre Sicherheit in dem Bundesverhältniß zu suchen. Es wird nicht entfernt daran gedacht, in Widerspruch mit dem Bunde jetzt die Regierung zu ergreifen. Ich fürchte freilich, daß der Anerkennungsbeschluß sich noch etwas hinausziehen wird. Der äußerste Termin scheint mir indeß für denselben dann da zu sein, wenn die Frage der Souveränität und im Allgemeinen auch des Gebiets entschieden ist. Es werden damit die Präliminarien fertig sein, und der Anerkennung des Bundes nichts im Wege stehen.

Was die Theilungsfrage betrifft, so ist Nord- und Mittelschleswig seit etwa 14 Tagen in einer wachsenden Beunruhigung. Es ist das sehr natürlich und wird noch viel begreiflicher, wenn man weiß, was dänische Herrscher bedeuten. Diese Bewegung zu hindern, ist weder möglich, noch wäre es richtig. Es kommt nur darauf an, ihr die richtige Bahn anzuweisen. Wir sagen den Leuten fortwährend: Erklärt Euch weniger gegen die Theilung im Allgemeinen, als gegen eine Abtrennung ohne vorherige Befragung der Bevölkerung. Erstere könnt ihr nicht mehr ganz verhindern, die Befragung könnt ihr erreichen.

Leider tritt diesen Bemühungen eine andere Operation entgegen. Der bekannte Graf Adalbert Baudissin treibt sich in Nord- und Mittelschleswig herum, beruft sich auf ein Mandat des Herrn von Bismarck und predigt überall, die Leute sollen sich gegen die Theilung überhaupt erklären. Er soll Briefe Bismarcks vorzeigen, jedenfalls hat er mit ihm Unterredungen gehabt, und Herr v. Zedlitz hat Auftrag, seine Agitationen zu dulden. Die Folge derselben sind unter Andern die jetzt nach Berlin gegangenen Deputationen mehrerer Städte und Ortschaften.

Die Bewegung wird ohne Zweifel in nächster Zeit bedeutende Dimensionen erreichen, zumal die schleswig-holsteinischen Vereine sie in die Hand nehmen werden. Ich erwarte indessen, daß dieselben auf eine Befragung der Bevölkerung halten werden. Die Führer der Vereine haben wenigstens die klare Einsicht in die Lage der Dinge.

Südlich der exponirten Distrikte ist natürlich eine große Abneigung gegen die Theilung, und die Presse spricht sich in diesem Sinne aus. Dasselbe ist bei den Hauptblättern des übrigen Deutschlands von der Kreuzzeitung bis zur Volkszeitung der Fall, und es macht wohl nur die Kölnische Zeitung eine Ausnahme.

In der That wird jede Gebietsabtretung einen sehr traurigen Eindruck machen. Derselbe kann indeß dadurch gemindert werden, wenn man eine Befragung der Bevölkerung vorher eintreten läßt, denn hoffentlich werden dadurch sehr bedeutende Distrikte gerettet werden, und jedenfalls ist den Leuten damit die Entscheidung ihres Schicksals in die eigene Hand gegeben. Die vorgängige Befragung ist jetzt der Punkt, auf den, nachdem das Princip der Theilung einmal zugegeben ist, alles ankommt.

Kiel, 6. Juni 1864.

Mit freundlichem Gruß Dein Sammer.

45. Sammer an Lorentzen. 1864, 6. Juni, Kiel. Ausführliche Besprechung des Teilungsplans. Der Herzog ist gegen jede Gebietsabtretung. Lorentzen soll in Teilungsfragen nur als Privatmann handeln.

Hochgeehrter Herr! Nach allen Berichten sind die sämmtlichen, in der Londoner Conferenz vertretenen Mächte darüber

einig, daß eine Theilung Schleswigs eintreten müsse, und die deutschen Mächte haben dieselbe schon im Princip formell zugestanden. Wenn Sie auch nur in privater Weise auf diese wie andere Fragen Einfluß nehmen können, so halte ich es für nothwendig, Ihnen die Gesichtspunkte zu bezeichnen, von welchen wir in betreff der Theilung Schleswigs auszugehen haben.

Es mag von nicht betheiligter Seite mit Recht von einer Theilung Schleswigs gesprochen werden. Wir unserer Seits können darunter nur eine Gebietsabtretung verstehen, welche man den Herzogthümern auflegen will. Auf das ganze Herzogthum Schleswig erstreckt sich das Recht Sr. Hoheit des Herzogs, wie das Recht Holsteins. Das Herzogthum Schleswig ist untheilbar.

Jede unfreiwillige Gebietsabtretung ist stets als ein großes Nationalunglück zu betrachten, sie ist es in dem vorliegenden Falle für die Herzogthümer in höherem Maaße, weil es über allem Zweifel steht, daß von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, die Bewohner der abgetretenen Landestheile unter eine Herrschaft treten werden, welche ihr Wohl nicht in gleichem Maaße wie die Herzoglich Schleswig-Holsteinische Regierung ins Auge fassen wird, und daß die patriotisch Gesinnten unter ihnen einem System der Rache und Verfolgung entgegensehen werden, von welchem das letzte Jahrzent wahrscheinlich nur eine geringe Vorprobe abgegeben hat.

Indessen haben die größten Nationen sich nicht selten entschließen müssen, ihre Einwilligung zu erzwungenen Gebietsabtretungen zu geben, wenn sie entweder nicht im Stande waren, den Feind aus dem occupirten Gebiet zu vertreiben, oder wenn sie durch die Gebietsabtretung allein den Überrest des Staates zu retten vermochten. Die sämmtlichen Großmächte Europas haben noch in diesem Jahrhundert nach diesen Grundsätzen handeln müssen.

Es ließe sich wohl denken, daß auch die Herzogthümer in eine ähnliche Lage sich würden künftig versetzt sehen können. Wenn die deutschen Mächte ihre Truppen aus den Herzogthümern zurückzögen, würden dieselben ohne Armee, wie sie bis jetzt ohne

ihre Schuld sind, und ohne die Mittel, sofort eine Armee aufzustellen, welche ausreichen würde, die Dänen aus dem aufs neue occupirten Herzogthume Schleswig zu vertreiben, wahrscheinlich die Eventualität einer Gebietsabtretung ins Auge fassen müssen.

Diese Rücksicht, sowie der Umstand, daß der bisherige Gang der Londoner Conferenzverhandlungen die Frage der Unabhängigkeit der Herzogthümer in ein bedingtes Verhältniß zu der sogenannten Theilungsfrage gebracht hat, und daß, während die Unabhängigkeit der Herzogthümer noch keineswegs als gesichert erscheint, die Theilung im Princip von den deutschen Mächten schon zugegeben ist, kann es allein rechtfertigen, daß eine Gebietsabtretung von uns überhaupt als möglich gedacht und besprochen wird.

Vom deutschen Standpunkt aus erscheint eine Gebietsabtretung offenbar anders. Gegenwärtig ist Deutschland in dieser Sache einig und würde bei ernstem Willen offenbar im Stande sein, ungeachtet aller europäischen Schwierigkeiten die Integrität der Herzogthümer durchzuführen. Da indessen sowohl Österreich und Preußen als auch der Vertreter des Bundes darüber einig sind, daß irgend eine Gebietsabtretung stattfinden müsse, so bleibt uns nur übrig, noch dahin zu streben, daß erstens möglichst wenig Gebiet abgetreten werde, und zweitens nur solches Gebiet abgetreten werde, auf welchem sich die wenigsten patriotisch gesinnten Bewohner befinden.

Von den deutschen Bevollmächtigten ist ein Austausch nordschleswiger Distrikte gegen Lauenburg in Aussicht gestellt. Das Herzogthum Lauenburg hat freilich den König Christian IX. nicht als seinen Herrscher anzuerkennen. Die Ansprüche des oldenburgischen Hauses, vielleicht selbst anderer deutscher Häuser könnten das Herzogthum auch ohne eine Gegenleistung in deutschen Besitz bringen; indessen ist es jedenfalls so klein, daß die schon in der Conferenz kund gegebene Absicht der beiden deutschen Großmächte und des Bundes, dies Herzogthum gegen nordschleswigsche Distrikte auszutauschen, weniger gefährlich erscheint, als die Ziehung einer willkührlichen Theilungslinie.

Die Absicht, weshalb S. Hoheit der Herzog die Ansprüche auf Lauenburg betonte, wird dadurch freilich vereitelt; indessen ohne Höchst desselben Schuld.

Da die Herzogthümer Schleswig-Holstein an der Verbindung mit Lauenburg nur ein sehr geringes Interesse haben, kann die Abtretung schleswigscher Distrikte gegen Lauenburg in keiner Weise gewünscht und befürwortet werden. Dieselbe erscheint nur als ein geringeres Übel. Wenn dieser Austausch hingenommen werden mußte, so kann dagegen ein Austausch nordschleswigscher Distrikte nur in einem Falle als wünschenswerth erscheinen, wenn dagegen solche deutsche Distrikte gewonnen würden, welche sonst auf die Dauer im Besitze Dänemarks bleiben würden, wie dies beim Herzogthum Lauenburg sicher nicht der Fall wäre. Als wünschenswerth kann daher der Gewinn der altschleswigschen, jetzt zu Dänemark gehörigen Gebiete von Amrum, Westerlandföhr und List gelten, zu dem der Ausgleichung wegen noch die geringfügigen dänischen Enclaven um Schottburg kommen könnten. Als Äquivalent für diese Gebiete könnte die Gegend um Ripen dienen, so daß Ripen mit dem Königreich Dänemark in Verbindung gesetzt würde. Diese Gegend ist mit dänischen Streugründen stark vermischt und hat am wenigsten deutsche Bewohner.

Als Äquivalent für das aufgezwungene Lauenburg würden dagegen die westlichen Theile des Amtes Hadersleben und der nordwestliche Theil des Osteramtes dienen können, so daß Stadt Hadersleben und Christiansfeld schleswig-holsteinisch verblieben. Es könnte noch das Kirchspiel Breede, welches nach Dänemark dingpflichtig ist, sowie die Insel Arröe genommen werden, so daß sich die genaue Volkszahl des Herzogthums Lauenburg in den an Dänemark abzutretenden Bezirken wieder fände. Von den so abgetretenen Bezirken darf man annehmen, daß sie am wenigsten deutsch gesinnt sind, und sie stehen zum größten Theil unter dänischer Kirchenhoheit. Durch diese Grenzlinie würden die bisherigen dänischen Enklaven mit Dänemark in unmittelbare Verbindung gebracht. Nothwendig würde es immer noch sein, daß die zum Tausch bezeichneten Distrikte sich selbst durch Abstimmung über ihr Schicksal erklärten. Wollen

die deutschen Mächte das Princip des Austausches und das damit unzertrennlich Verbundene einer genauen, nach der Volkszahl zu bemessenden Compensation verlassen; so läßt sich annehmen, daß das Princip der Selbstbestimmung den Herzogthümern noch den geringsten Verlust bringen wird, wenigstens werden Sie dasselbe dann empfehlen müssen, weil mit Grund zu fürchten ist, daß sonst willkührliche und sehr ungünstige Linien gezogen werden.

Am besten würde natürlich sein, daß eine schleswig-holsteinische oder wenigstens schleswigsche Ständeversammlung eventuell das Herzogthum Schleswig als ein Ganzes gefragt würde. Wie die Sachen stehen, wird dies aber kaum zu hoffen sein, und nur eine distriktsweise Abstimmung übrig bleiben.

Allem Anschein nach wird der Verlust, den die Herzogthümer zu erleiden haben werden, unter den obwaltenden Verhältnissen wahrscheinlich so groß, die künftige Mißhandlung der abgetretenen Theile wird so schreiend werden, daß die Herzogthümer den Verlust schwer verschmerzen werden, und daß schon ins Auge gefaßt werden muß, daß es möglich werde, die abzutretenden Theile künftig einmal unter günstigen Umständen zurückzugewinnen.

Aus diesem Grunde erscheint der englische Vorschlag einer von den Großmächten zu Gunsten Dänemarks zu übernehmenden Garantie der abzutretenden Theile und ebenso die Idee, Dänemark wie Belgien für neutral zu erklären, als höchst gefährlich. Wünschenswerth erscheint es dagegen aus demselben Grunde, daß S. Hoheit der Herzog und die schleswig-holsteinischen Stände nicht in die Lage kommen, formell die Abtretung anerkennen zu sollen, sondern daß die Conferenz die Abtretung ihnen octroiirt. Die Herzogthümer würden dieselben vielleicht als ein Faktum, das sie für jetzt nicht zu ändern vermögen, hinnehmen können, sie würden dann aber für die Zukunft freie Hand behalten.

Es würde sich fragen, ob es sich ermöglichen ließe, daß die Conferenz die Theilung unter Bedingungen vornähme, welche einen Rückfall der abgetretenen Theile ermöglichten. Es scheint unzweifelhaft, daß Dänemark nach dem Verlust der Herzogthümer in nicht sehr langer Zeit unter eine andere als die

Glücksburger Dynastie treten und sich mit den übrigen skandinavischen Ländern vereinigen werde. Die Abneigung, welche mehrere Großmächte, namentlich Rußland und Österreich, dem Anscheine nach auch die jetzigen englischen Staatsmänner gegen eine skandinavische Union haben, ließe sich vielleicht benutzen, um der Theilung irgend eine Form als Resolutiv Bedingung hinzuzufügen, so daß die abgetretenen Theile dann zurückfallen würden, wenn Dänemark in Verbindung mit den übrigen skandinavischen Ländern trete. Der König von Dänemark würde persönlich gegen eine solche Bedingung nicht viel einzuwenden haben. Eine Abtretung bloß an den König von Dänemark und seine Descendenten würde jenen Zweck einigermaßen verhüllen, indessen schwerlich zugelassen werden, da sie formell über jenen Zweck hinausgehen würde. Möglicherweise gestattet es der Gang der Verhandlungen, die Resolutivbedingungen festzustellen. Die einzige wirkliche Schwierigkeit wird in dem Umstande liegen, daß Frankreich der skandinavischen Union geneigt ist.

Schließlich muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß, da S. Hoheit der Herzog niemals freiwillig in eine Abtretung angestammten Gebiets willigen wird, die Nothwendigkeit einer solchen aber nicht vorliegt, Sie Theilungspläne oder Combinationen, welche eine Theilung voraussetzen, niemals in diesseitigem Auftrage, sondern nur in der Weise erörtern können, daß Sie Ihre private Ansicht äußern, durch welche S. Hoheit der Herzog in keiner Weise gebunden wird. Es versteht sich von selbst, daß Ihre auf den möglichst geringen Umfang der von den deutschen Bevollmächtigten zuzustehenden Gebietsabtretung gerichtete Thätigkeit, nachdem von denselben eine solche einmal zugegeben ist, hier die vollste Anerkennung findet.

Ich benütze auch diese sich darbietende Gelegenheit zur Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Kiel, den 6. Juni 1864. Samwer.

46. Samwer an Lorentzen. 1864, 7. Juni, Kiel. Schreiben eines Nordschleswigers über dessen Audienz bei Bismarck. Die Befragung der Bevölkerung. Ist ein Protest gegen die Teilung noch gefährlich. Sturm gegen den Herzog wegen seiner Festigkeit in Berlin. Die Gefahr der Schwebestellung des Herzogs.

Lieber Lorentzen! Die Beilage[1]), die mir heute zufällig zugekommen ist, bestätigt mein gestriges Schreiben. Du kannst sie benutzen, indeß nur in sehr vertraulicher Weise, denn am Ende ist doch die Meinung Bismarcks gut, obgleich wieder stark mit Lügen versetzt.

Nach meiner Ansicht dürfen die einzelnen Commünen, Versammlungen ꝛc. in Schleswig nur sagen 1. wir wollen nicht losgetrennt werden vom Süden und 2. ihr habt kein Recht, uns loszutrennen, wenn ihr uns nicht vorher befragt. Ich bitte um Deine Ansicht darüber.

Nachdem übrigens jetzt die Abtrennung von Dänemark für den Süden Schleswigs ziemlich feststeht, scheint mir auch das einfache Protestiren gegen die Theilung keine großen Gefahren mehr zu bringen. Oder wäre es doch anders?

Es ist jetzt von seiten der preußischen Zeitungen und Korrespondenten ein wahrer Sturm[2]) gegen den Herzog aufgeregt, weil er in Berlin auf Nichts habe eingehen wollen. Offenbar hat es nach anderer Seite große Vortheile, und man kann es daher ruhig ansehen, wenigstens vorläufig. Mache Beust auf diesen Sturm aufmerksam und füge ex propriis hinzu, diese Schwebestellung des Herzogs werde allmählich und auf die Länge schwerlich zu ertragen sein.

Kiel, 7. Juni 1864. Samwer.

47. Samwer an Lorentzen. 1864, 7. Juni, Kiel. Betrachtungen über die Competenz der Conferenz. Ersuchen, die besprochenen Fragen mit Beust zu besprechen.

. . . . Ich fasse das Gesagte zusammen:

Betrachtet man die Londoner Conferenz als eine Conferenz der Protokollmächte, so wird dieselbe aufzuhören haben, wenn die Souveränitäts- und Gebietsfrage im Allgemeinen erledigt ist, und es wird dann nur etwa übrig bleiben, daß alle übrigen

[1]) Abschrift eines Schreibens an Dr. Heiberg von einem der nordschleswiger Deputierten über eine Audienz bei Bismarck. Dieser wünscht Proteste gegen die Teilung, Sendung einer Deputation nach London, Petitionen an Lord Russell und englische Blätter, Deputationen und Bittschriften an ihn oder den König seien nicht nötig. Berlin, 4. Juni 1864.

[2]) s. darüber Jansen-Samwer, S. 346ff.

Fragen, z. B. über die Auftheilung der gemeinschaftlichen Activa und Passiva und Auslieferung des Separateigenthums, über Beamte, Pensionen, Archive, Ziehung der Grenze im Detail, Schiffahrt, den beiden zunächst Betheiligten, d. h. Schleswig-Holstein und Dänemark allein überlassen und selbst mit Dänemark entweder einen festen Waffenstillstand schließen, dem nach Erledigung dieser Detailfragen der Friedensschluß folgen würde, oder daß sie, was für uns weniger wünschenswerth sein würde, sofort zur Schließung des Friedens übergehen.

Betrachtet man dagegen jene Conferenz als eine Zusammenkunft der Bevollmächtigten der fünf Großmächte unter Hinzuziehung direkt oder indirekt Betheiligter (wobei Schweden wohl die Rolle des künftigen Erben Dänemarks zu übernehmen hätte), und nimmt man als Conferenzzweck die definitive Ordnung der Verhältnisse der Herzogthümer zu Dänemark an, so ist es unvermeidlich, daß die Conferenz nach Erledigung der Souveränitätsfrage auch sofort Herzoglich schleswig-holsteinische Bevollmächtigte zuziehe. Sie wird dies nur können, nachdem S. Hoheit der Herzog in den Besitz der ihm gehörenden Lande getreten ist, sie wird aber, bis dieses geschehen ist, ihre Thätigkeit zu sistiren haben. Hoffentlich wird, wenn nicht früher, dann der deutsche Bund seine Commissäre aus Holstein zurückziehen und S. Hoheit den Herzog nicht ferner verhindern, die Zügel der Regierung zu ergreifen.

Vom practischen Gesichtspuncte aus empfiehlt sich ohne Zweifel, daß nach Erledigung der Souveränitäts- und Gebietsfrage alsbald zwischen herzoglich Schleswig-holsteinischen und Königlich dänischen Bevollmächtigten alle noch übrigen Fragen verhandelt werden; sollten dieselben nicht zu Vereinbarungen gelangen, so würden den Bundesgrundgesetzen nach (jedenfalls soweit Holstein in Betracht kommt) die beiderseitigen Beschwerden an den Bund gelangen, und es würde dieser die Erledigung derselben entweder direct oder durch Vermittelung einer anderen Macht mit Dänemark versuchen. Ob dieser Weg nicht zu weitläufig ist, mag dahin gestellt sein. Es würde vielleicht wenig dagegen einzuwenden sein, daß über streitige Puncte unmittelbar entweder ein Schiedsrichter entscheide, oder dafür die

Vermittlung sei es einer einzelnen Macht, sei es einer Conferenz von Mächten, eintrete.

Worauf es indessen allein ankömmt, wird sein, daß die Auseinandersetzung zwischen Dänemark und den Herzogthümern von diesen letzteren allein verhandelt werde; denn nur bei ihnen wird sich das unmittelbare Interesse an der guten Erledigung dieser Fragen und die erforderliche Detailkenntniß finden. Allerdings könnte man meinen, daß die Conferenz wenigstens allgemeine Grundsätze aussprechen könnte; indeß bekanntlich setzt es eine genaue Detailkenntniß voraus, wenn man solche allgemeine Grundsätze aussprechen will.

Ich ersuche Sie, den Gegenstand dieses Schreibens gelegentlich mit Herrn von Beust zu besprechen und darauf hinzuwirken, daß derselbe die hier ausgesprochenen Ansichten zu den seinigen mache, und sehe einer gefälligen Äußerung über die Ansichten desselben entgegen.

Kiel, 7. Juni 1864. Sammer.

48. Lorentzen an Sammer. 1864, 7. Juni, London. Bericht über die Sitzung vom 6. Juni. Frage über Verlängerung des Waffenstillstandes. Keine Verständigung in der Teilungsfrage. Die Stellung von Beust. Lorentzens Übereinstimmen mit seinem Standpunkt. Preußen wünscht die Linie Flensburg-Tondern. Widerstand der Dänen und Neutralen. Wiederausbruch des Krieges wahrscheinlich. Heraustreten der Herzogtümer aus ihrer passiven Stellung sei dann nötig; Ergreifung der Regierung und Aufstellung eines schleswig-holsteinischen Heeres. Stimmung in England. Beusts Eintreten für die Herzogtümer soll in der Presse hervorgehoben werden. Bestimmte Anfrage über Stellung des Herzogs zur Teilungsfrage.

Was in der gestrigen Sitzung der Conferenz vorgegangen ist, steht in der Hauptsache bereits in der heutigen Morgennummer der Times. Die Angaben derselben sind in allen wesentlichen Punkten korrekt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß der Artikel (der erste Leitartikel) inspirirt ist. Man hat sich in der gestrigen Sitzung nur mit der Frage der Verlängerung des Waffenstillstandes beschäftigt. Österreich und Preußen hatten sich früher bereit erklärt zu einer Verlängerung des Waffenstillstandes auf unbestimmte Zeit mit vierwöchentlicher Kündigung. Da die Dänen hierauf nicht eingehen wollten, boten sie gestern

einen Waffenstillstand auf zwei Monate mit dem gegenwärtigen faktischen Besitzstand an. Die Dänen lehnten dies unbedingt und entschieden ab und erklärten ihrerseits, sie könnten höchstens in eine Verlängerung der Suspendirung der Feindseligkeiten auf 14 Tage einwilligen, um zu versuchen, ob man bis dahin zu einem Einvernehmen über die Grundlagen des Definitivum gelangen könne. Die Ursachen der Differenz liegen auf der Hand. Preußen verlangt für möglichst lange Zeit Sicherheit des Handels, die Dänen dagegen wollen die Waffen, die sie in der Blokade besitzen, nur für möglichst kurze Zeit aus der Hand geben. Endlich hat man sich gestern dahin verständigt, daß die preußischen und österreichischen Bevollmächtigten nochmals in Berlin und Wien anfragen, ob der dänische Vorschlag einer vierzehntägigen Verlängerung der Waffenruhe nicht vielleicht als Ultimatum angenommen werden könne, so daß also, wenn binnen dieser Zeit (also bis zum 26. Juni) nicht eine Verständigung über das Definitivum erfolgt, dann ohne Weiteres der Krieg wieder beginnt. Die nächste Sitzung ist noch nicht anberaumt. Man hofft, daß die Instruktionen aus Berlin und Wien so früh eintreffen, daß am Donnerstag wieder Sitzung sein kann.

Über die Sache selbst ist gestern gar nicht verhandelt worden. Ob überhaupt die Conferenz sich noch mit der Sache selbst beschäftigen wird, hängt von der Antwort ab, die jetzt aus Berlin und Wien erfolgt. Wird die vierzehntägige Verlängerung der Waffenruhe von den deutschen Mächten abgelehnt, so bricht am 12. Juni der Krieg wieder aus, und gleichzeitig wird die Conferenz sich natürlich resultatlos auflösen. Wird die Verlängerung der Waffenruhe angenommen, so hat die Conferenz noch eine vierzehntägige Frist, um über die Hauptfrage zu verhandeln. Aber auch für diesen Fall sind die Aussichten auf eine Verständigung in diesem Augenblicke geringer als je. Dänemark will nicht nördlicher gehen als die Schleilinie und wird dabei von den Neutralen (auch von Frankreich) unbedingt unterstützt. Die Engländer zeigen sich in den letzten Tagen wieder ganz besonders gereizt. Die Stellung der Deutschen zu der Theilungsfrage hat sich im Wesentlichen nicht geändert. Herr v. Beust hat sich bis jetzt noch gar nicht auf die Erörterung einer

bestimmten Linie eingelassen, sondern hat nur seinen Standpunkt zur Theilungsfrage principiell festgestellt. Er erklärt, daß (im Gegensatz zur Auffaßung der Neutralen) die Theilung Schleswig-Holsteins gleichbedeutend ist mit einer Gebietsabteilung von deutscher und schleswig-holsteinischer Seite an Dänemark; daß also von einer Theilung nur die Rede sein kann unter Vorbehalt der Zustimmung des rechtmäßigen Landesherrn (also des Herzogs) und der Bevölkerung, die abgetreten werden soll, also der nördlich der Theilungslinie Wohnenden (während Frankreich die südlich der Theilungslinie Wohnenden abstimmen laßen will). Mit diesem Vorbehalt sei er bereit, auf eine Erörterung der Theilungsfrage einzugehen. In dieser Auffassung, die ich von Anfang an als meinen eigenen Standpunkt bezeichnet habe, suche ich ihn nach Kräften zu befestigen. Als meine Privatüberzeugung habe ich dabei wiederholt ausgesprochen, daß der Herzog in so weit, als die abzutretende Bevölkerung sich einverstanden erklären sollte, gleichfalls in die Theilung einwilligen werde.

Was die Stellung Preußens zur Theilungsfrage betrifft, so habe ich meinen letzten Bericht in einem Nebenpunkt zu berichtigen. Schleiden hat die Sache schon in einem Briefe an Francke berührt. Preußen ist schon am Donnerstag in seinen Zugeständnissen etwas weiter gegangen, als mir damals versichert wurde. Nach ganz bestimmten Erklärungen, die mir heute von mehreren Seiten, namentlich von Balan gemacht sind, verhält die Sache sich so. Die Linie nördlich von Apenrade und Tondern ist am Donnerstag in einer officiellen Erklärung angeboten, im Laufe der Diskussion haben dann die preußischen Bevollmächtigten sich privatim dahin erklärt, sie würden allenfalls sich dazu verstehen, wegen einer Linie nördlich von Flensburg und Tondern in Berlin anzufragen. Bindend sei diese Erklärung in keiner Weise gewesen.

Die Sachlage ist also augenblicklich diese. Von den deutschen Bevollmächtigten wird mir versichert, daß an ein Zurückgehen hinter die Linie Flensburg und Tondern (beide Städte südlich lassend) unter keinen Umständen gedacht werde. Andererseits ist sicher, daß dies das Äußerste ist, was

ohne Wiederausbruch des Krieges erreicht werden kann. Ob die Dänen und Neutralen soweit nachgeben, ist sehr fraglich. Wahrscheinlich ist, daß sie an der Schleilinie festhalten, höchstens bis zur Linie Flensburg-Husum (Flensburg nördlich lassend) nachgeben. Sind diese Voraussetzungen richtig, wie ich nach meinen heutigen Informationen glaube, so wird spätestens am 26. Juni der Krieg wieder ausbrechen. Die Frage ist dann, wie sich die Neutralen, namentlich England, zur Sache stellen werden. An eine aktive Einmischung Englands in den Krieg glaube ich nicht, so lange es nicht Frankreich mit sich fortreißen kann, woran doch für jetzt wohl nicht zu denken ist. Dagegen halte ich es für sehr möglich, daß dann, um die hiesige gereizte Stimmung wenigstens in etwas zu befriedigen, eine englische Flotte in der Ostsee erscheint.

Unsere Hauptaufgabe wird jetzt sein müssen, uns für diese Eventualität unsere Stellung im Voraus klar zu machen. Es scheint mir von unendlicher Wichtigkeit zu sein, daß, wenn der Krieg wieder ausbricht, und die Conferenz sich auflöst, der Herzog und die Herzogthümer aus der bisherigen passiven Stellung heraustreten. Ich würde rathen, schon jetzt alles Augenmerk auf diese Seite der Frage zu richten, und in Berlin, Wien und Frankfurt dahin zu wirken, daß sofort mit dem Wiederausbruch des Krieges der Herzog vom Bunde und von den deutschen Großmächten anerkannt werde und sofort die Regierung antrete, wovon die natürliche Folge sein würde die sofortige Inangriffnahme der Bildung einer Schleswig-holsteinischen Armee und demnächst die aktive Theilnahme am Kriege, woraus dann von selbst die spätere selbständige Betheiligung an der Friedensverhandlung folgt. Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß in dem Antrag vom 28. Mai die Worte, dont la reconnaissance par la diète Germanique est assurée nicht allein von Preußen und Österreich, sondern später auch ausdrücklich von Quade genehmigt sind, der sich mit dem Verhalten des Herrn v. Beust einverstanden erklärt hat. Also ist eigentlich die Anerkennung materiell schon von allen Betheiligten ausgesprochen, und es handelt sich nur noch um eine formelle Bestätigung durch den Bund.

Die gestrige Verhandlung im Unterhause beweist deutlich, daß die leitenden Staatsmänner von beiden Seiten die Frage lediglich als eine innere Parteifrage behandeln. Die Tories, mit Ausnahme einiger Heißsporne, wie Lord Robert Cecil, haben wenig Lust, die dänische Erbschaft anzutreten, und die Minister wünschen nichts mehr als die Conferenz noch etwa bis zum Juli zu vertrödeln, bis das Parlament das Budget votirt haben wird. Dann wird das Parlament vertagt, und die Minister haben sich ihre Stellung wieder für ein Jahr gesichert. Das Treffendste, was gestern gesagt wurde, ist die Bemerkung Osborne's, die Conferenz sei von Anfang an mehr dazu bestimmt gewesen, to prevent the dismenberment of Her Majesty's Ministers than to maintain the integrity of Danmark. Aus der kurzen Bemerkung, die Kinglake gestern machte, geht hervor, daß er, wie ich früher schon bemerkt habe, es für rathsamer hält, die Sache zu verschleppen als die Minister zu einer Entscheidung zu drängen, die, so lange sie den Einfluß des Parlaments noch fürchten müssen, für die Herzogthümer nur ungünstig ausfallen kann.

Ich möchte rathen, bald thunlichst in der Presse einige Artikel zu veranlaßen, welche die Verdienste Beust's um den Verlauf der Conferenz etwas hervorheben und in helles Licht stellen. Er ist gegen die öffentliche Meinung sehr empfindlich, und er wünscht nichts mehr als seine Verdienste anerkannt zu sehen. Er hat hier wirklich mit außerordentlicher Geschicklichkeit operirt, und daß der Londoner Traktat todt ist und von ganz Europa als todt anerkannt wird, ist wesentlich sein Verdienst. Ich habe ihm angemerkt, daß er jetzt, seit die große Wendung in Wien und Berlin eingetreten ist, von Preußen und Österreich in den Schatten gestellt zu werden fürchtet. Ich würde also rathen, ihn öffentlich anzuerkennen, nur muß man die Absicht nicht zu sehr merken; einige vorsichtige Insdiskretionen aus meinen Berichten können nicht schaden. Ich würde das gern von hier aus besorgen, aber ich habe keine Zeit, und Forchhammer ist dazu nicht zu gebrauchen.

Ich habe gestern (6. Juni) ein vom 2. Juni datirtes Schreiben erhalten, in welchem Bezug genommen wird auf vier Karten sowie auf Bemerkungen und Berechnungen, die angeblich

dem Schreiben beiliegen sollten, die sich aber nicht dabei befanden. Da das Schreiben ohne die Karten und Bemerkungen, zu deren Erläuterung es dienen soll, im Einzelnen nicht vollkommen klar ist, so werde ich die Anlagen, die wohl nur durch ein Versehen zurückgeblieben sind, abwarten. Ein Versehen ist es offenbar auch, wenn in dem Schreiben gesagt wird, die Karte Nr. 2 bezeichne diejenigen Wahldistrikte, deren 1858 gewählte Vertreter in der Diät von 1856/57 in dänischem Sinne stimmten. Im Allgemeinen kann ich in Bezug auf den Inhalt dieses Schreibens nur wiederholen, was ich schon in einem früheren Berichte bemerkt habe, daß die hiesigen Verhältnisse nicht so sind, wie sie dort offenbar vorausgesetzt werden. Die Frage liegt hier einfach so: Sollen wir zur Annahme der Linie Flensburg-Tondern (nördlich von beiden Städten) rathen, falls dieselbe ohne Wiederausbruch des Krieges erlangt werden kann? Oder ist in unserm Interesse der Wiederausbruch des Krieges wünschenswerther? Das ist die einfache Alternative.

Dankt für die erhaltenen Bücher und bescheinigt den Empfang eines Schreibens vom 4. Juni, welchem die von den deutschen Vertretern in der Conferenzsitzung am 28. vorigen Monats gestellten Anträge beigelegt waren. Lorentzen.

49. Lorentzen an Sammer. 1864, 8. Juni, London. Unveränderte Situation. Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 26. Juni. Resultatloses Auseinandergehen der Konferenz würde den Sturz des Ministeriums bedeuten. Die Flugschrift des Patrik Matthew. Stimmung in Apenrade und Hadersleben. Die Agitation gegen die Teilungsfrage macht Lorentzen Sorge. Er fürchtet die Folgen.

Lieber Freund. Politisches von Bedeutung habe ich heute nicht zu melden, die Situation ist seit gestern unverändert. Wahrscheinlich wird morgen (Donnerstag) wieder eine Sitzung der Conferenz sein. Ich vermuthe nach gewissen Andeutungen, die mir heute gemacht sind, daß die Verlängerung der Waffenruhe auf 14 Tage zugestanden werden wird. Ob dies richtig ist, wird der Telegraph schon vor Ankunft dieser Zeilen gemeldet haben. Dann fragt es sich, ob bis zum 26. Juni eine Verständigung erreicht werden kann. Eine gewisse Chance für die Erhaltung des Friedens und für die Gewinnung eines Resultates

liegt darin, daß, wenn die deutschen Mächte offiziell die Linie Flensburg-Tondern als Ultimatum vorschlagen, England doch noch vielleicht es annimmt und die Dänen drängt, es gleichfalls anzunehmen. Denn die englischen Minister fürchten mehr ein resultatloses Auseinandergehen der Conferenz als ein ungünstiges Resultat. Letzteres würden sie vielleicht verschmerzen; ersteres würde unbedingt zu einer Krisis und zu ihrem Sturze führen. Aber man glaubt nicht, daß dann die Tories an's Ruder kommen. Eher würde Lord Clarendon versuchen, ein aus Tories und Whigs gemischtes Ministerium zu bilden, in welchem aber weder Derby noch Palmerston und Russell sitzen würden. Das ist hier die Meinung in parlamentarischen Kreisen.

Die Flugschrift des Herrn Patrik Matthew[1]) wird morgen oder übermorgen die Presse verlassen können. Ich habe in Betreff derselben die mir mittelst Schreiben vom 21. Mai ertheilten Instruktionen befolgt. Die Druckkosten sowie die Kosten für Verbreitung, für Annoncen und einige lobende Recensionen, werden sich auf gegen 50 Pfund Sterling belaufen, wenigstens über 40 Pfund. Wenn ich dies in den nächsten Tagen bezahlt haben werde, so bleibt mir nicht viel über 20 Pfund übrig, und ich bitte deshalb, mich rechtzeitig mit einem neuen Creditbrief zu versehen. Bestätigung des Eintreffens der Karten. Nr. 1 und 3 wird er verwerten, für eine Benutzung

---

[1]) Der Überbringer dieser Zeilen, so schreibt Sammer am 21. Mai an Lorentzen, Herr Patrik Matthew hat durch einen häufigen Aufenthalt im Lande und durch Familienbeziehungen, indem einer seiner Söhne Landbesitzer in der Nähe von Hamburg ist, für die Sache der Herzogthümer ein lebhaftes Interesse gefaßt und glaubt, das Seinige für eine günstigere Stimmung des englischen Publicums, wie der Presse beitragen zu können. Die erwähnte Flugschrift soll drei Aufsätze enthalten, deren ersterer ein offenes Sendschreiben an Lord Palmerston ist und wie die beiden anderen auch die Frage der Herzogthümer als eine Sache nationaler Freiheit gegen tyrannische Fremdherrschaft ans Herz legt. Der Verfasser hofft, daß seine Stimme nicht ganz ungehört verschallen wird, da er als Schriftsteller besonders auf dem landwirtschaftlichen Gebiet einiges Ansehen zu besitzen glaubt.

Die Herstellungskosten des Manuskripts wird die herzogliche Regierung tragen. Lorentzen wurde gebeten, das Unternehmen zu unterstützen.

Kiel, den 21. Mai 1864.

von Nr. 4 seien hier in diesem Augenblick die Umstände nicht günstig, wie er schon gestern ausgeführt habe.

Ich habe ferner heute die Abschrift eines Berichtes der herzoglichen Abtheilung des Innern über die Stimmung in den Landdistrikten des Amtes Apenrade erhalten. Die Angaben dieses Berichts sind allerdings wenig geeignet, das Verlangen zu motiviren, daß die Theilungslinie nördlicher als Apenrade gelegt werde. Die 6000 Hadersleben er, die sich gegen die Abtrennung vom Süden Schleswigs erklärt haben[1]), haben hier wohl einigen Eindruck gemacht; doch darf man denselben nicht überschätzen. Man weiß hier recht gut, wie solche Demonstrationen zu stande gebracht werden, und daß es dabei mit den Zahlen nicht allzu genau genommen wird. Wenn ich mich auf diese Kundgebung berufe, so fragt man mich dagegen, wie es denn kommt, daß das Amt Hadersleben schon vor 1848, wie die Karte Nr. 1 zeigt, im dänischen Sinne gewählt hat.

Überhaupt kann ich nicht verhehlen, daß die zunehmende Agitation gegen das Princip der Theilung mir große Sorge macht. Man kann es auf diesem Wege dahin bringen, daß die Untheilbarkeit Schleswigs zu einem Glaubensartikel der deutschen Nation wird. Aber ich fürchte, daß wir damit Gefahr laufen, wieder in die Personalunion zurückzufallen, die wir eben glücklich überwunden zu haben glaubten. Lorentzen.

50. Samwer an Lorentzen. 1864, 9. Juni, Kiel. Artikel in der englischen Presse gegen den deutschen Preßfeldzug. Des Herzogs schwierige Stellung. Rücksendung der herzoglichen Erklärung. Die Teilungslinie Flensburg-Bredstedt ist ein früherer Vorschlag Frankreichs. Sendung von Berichten an die französischen Preßfreunde.

Lieber Lorentzen.

1. Das jämmerliche Jammergeheul der officiösen Berliner dürfte zu benutzen sein, um die englische Presse und öffentliche Meinung uns geneigter zu machen. Ich bitte Dich, Crowe Artikel schreiben zu lassen, in der Richtung, daß der Herzog nicht bloß das einzige Hinderniß gegen die offene preußische Annexion, sondern auch gegen das preußische Protektorat sei.

---

[1]) s. darüber Jansen-Samwer, S. 360, 361.

Die Folgerung auf die schleswigsche Theilungsfrage ist klar — man konnte englischer Seits wünschen, die eigentlich nur Preußen repräsentirenden Herzogthümer möglichst klein zu machen, jetzt muß man wünschen, sie möglichst groß zu machen. Was sie erhalten, ist einem konservativen Mittelstaat gegeben, was Dänemark erhält, der skandinavischen Union, die, wenn sie zu mächtig wird, auch für England gefährlich werden kann.

Beust aber wäre darauf hinzuweisen, daß diese Schwebestellung des Herzogs sich nicht lange halten läßt, da sie ihm nicht nur die Preußen, sondern auch die klein deutsche Partei, welche richtig auf Bismarcks Jammern angebissen hat, entfremdet. Beust muß in dieser Beziehung auf die Österreicher wirken. Der Punkt, worauf es ankommt, ist Besitzstand.

2. Beiliegendes Billet Russell's [1]) sendet Löwenstein nebst der Deklaration ein; er muthmaßt, daß die Dänen Russell gesagt haben, eine Conferenz, die sie mitumfaßt, könne ein solches Dokument nicht behalten.

Wir haben kein Interesse, die Rücksendung an die große Glocke zu hängen. Muthmaßlich werden die Dänen es thun. Frage aber gelegentlich Beust, wie die Sache zusammenhängen könne. Es ist nicht nöthig, daß er sogleich Lärm schlägt, aber er kann sich vorbereiten für den Fall, daß die Presse davon spricht.

3. Die Theilungslinie Bredstedt-Flensburg ist schon von den Franzosen vorgebracht. Was helfen die dortigen Verhandlungen, wenn Bismarck im Geheimen mit Paris dergleichen abmacht? Zum Glück ist der König anderer Meinung, scheint es wenigstens zu sein; die Folge kann eine neue Hartnäckigkeit der Dänen und davon der Wiederausbruch des Krieges sein.

4. Ich bitte Dich von dort aus die französischen Freunde mit solchen Nachrichten zu versehen, welche uns nützlich und mittheilbar sind. Der Weg von London über Kiel nach Paris ist

---

[1]) Dear Prince Loewenstein. I offered the Memorandum of the Prince of Augustenburg to the conference, but as objections were made to its reception. I return it to you. I remain Yours truly Russell. London May 24. 1864.

wirklich zu weit. Unsere und Deine Verbindung mit Paris ist gänzlich unbekannt, und Niemand in London wird auf Dich als Quelle kommen. Graf Rantzau kann ja, wenn Du keine Zeit hast, die Correspondenz übernehmen.

Kiel, 9. Juni 1864. Dein Sammer.

51. Lorentzen an Sammer. 1864, 9. Juni, London. Die heutige Konferenz-Sitzung. Bewilligung des Waffenstillstandes bis zum 26. Juni. Die Teilungsfrage. Die Strecke Flensburg-Tondern Bedingung der deutschen Mächte. Englands Offensive beim Wiederausbruch des Krieges. Beusts Ansicht über die Befragung der Bevölkerung. Antwort auf die Briefe vom 6. Juni. Abberufungsschreiben für Forchhammer. Bismarcks Teilungsvorschlag: Flensburg-Bredstedt. Garantie für die an Dänemark abgetretenen Besitzungen. Ungefährlichkeit der oldenburgischen Ansprüche.

Lieber Freund! Wie ich schon gestern als wahrscheinlich bezeichnete, ist heute eine Sitzung der Conferenz: Die Hauptsache, die dort vorgeht, habe ich schon heute Mittag, vor der Sitzung, telegraphiren können. Die deutschen Bevollmächtigten sind dahin instruirt, eine Verlängerung des Waffenstillstandes um 14 Tage, also bis zum 26. Juni zu bewilligen. Ob und was etwa sonst in der heutigen Sitzung vorgeht, werde ich schwerlich vor morgen, jedenfalls nicht vor Schluß der heutigen Post, erfahren. Indeß die Situation, die jetzt vorliegt, ist klar genug. Wenn bis zum 26. Juni nicht ein Einverständniß über das Definitivum erfolgt, so bricht der Krieg wieder aus. Das einzig mögliche Resultat, welches vielleicht bis dahin erreicht werden kann, ist die Theilung mit der Linie Flensburg-Tondern, beide Städte südlich lassend. Ich habe nach allem, was ich höre, die feste Überzeugung, daß die deutschen Bevollmächtigten sich nicht weiter südlich drängen lassen. Ob die Dänen und Neutralen so weit nachgeben, ist fraglich, doch halte ich es nicht für unmöglich, weil die Neutralen den Wiederausbruch des Krieges unbedingt zu verhindern wünschen. Bricht aber der Krieg dennoch wieder aus, so fürchte ich zwar für jetzt nicht eine aktive Intervention Frankreichs, wohl aber Englands. Die Erbitterung würde dann hier auf einen Grad steigen, der kaum noch eine passive Rolle zuließe. Man würde sich vielleicht darauf beschränken, zunächst eine Flotte in die Ostsee zu schicken,

etwa mit dem Auftrag, einen Angriff auf Fühnen zu hindern. Wie leicht dann mit einem ontoward event die Sache unberechenbare Dimensionen annehmen kann, brauche ich nicht hervorzuheben. Meine persönliche Überzeugung ist in der hier vorliegenden Frage nicht schwankend. Um des dänischen Nordens willen würde ich die früher errungene Unabhängigkeit des deutschen Theils der Herzogthümer nicht wieder in Frage stellen, und ich meine, selbst auf die Gefahr der Unpopularität sollte man diesen Gedanken, dessen Vernünftigkeit sich doch Bahn brechen muß, vertreten. Allein da ich sehe, daß man in Kiel die öffentliche Meinung in diesem Punkte scheut, so werde ich mit meiner persönlichen Ansicht noch zurückhalten und mich darauf beschränken, thatsächliche Aufklärungen zu geben, wo sie von Nutzen sein können.

Ich habe heut früh ein vertrauliches, eventuell zur Mittheilung an Beust bestimmtes Schreiben und zwei eigenhändige Briefe von Dir, alle vom 6. Juni[1]) datiert, erhalten. Das erstere Schreiben in Betreff der Sendung Rantzau's werde ich Beust fast ganz vorlesen. Ich halte das für sehr nützlich. In Betreff der Theilungsfrage entspricht die in dem Schreiben entwickelte Ansicht wesentlich dem Standpunkt Beust's. Seine Ansicht über die Art, wie die Befragung der Bevölkerung stattfinden soll, ist folgende. Man theilt das Herzogthum Schleswig in eine Reihe von schmalen paralell von Ost nach West laufenden Streifen. Man läßt, von Norden anfangend, jeden Streifen für sich über die Frage, ob deutsch oder dänisch, abstimmen. Sobald man auf diese Weise an einen Streifen kommt, der für deutsch stimmt, so wird da die Grenze festgesetzt. Ich suche ihn hierin nach Kräften zu befestigen. Aber ich glaube freilich nicht, daß es zu etwas anderm als einer nachträglichen Abstimmung über eine diplomatisch festgestellte Linie kommen wird.

Neu waren mir in dem Schreiben die Wühlereien von Adalbert Baudissin. Laß mich darüber doch etwas mehr erfahren.

Auf Deine beiden eigenhändigen Briefe antworte ich heute vorläufig folgendes: Ich hoffe, Beust morgen zu sehen, und

---

[1]) Nr. 42—45.

werde dann mit ihm über die Reise nach Dithmarschen sprechen. Ich hoffe, ihm die Sache ins rechte Licht stellen zu können, und wenn mir das gelingt, will ich sehen, ob er sich nicht bewegen läßt, ein paar Zeilen an Könneritz zu schreiben.

Über das Rechtsverhältniß, in welches der abzutretende Theil des nördlichen Schleswig treten soll, ist, soweit ich sehe, hier nicht der mindeste Zweifel. Was nördlich der Theilungslinie liegt, wird unbedingt und vollständig dem dänischen Staat einverleibt; was südlich der Linie liegt, gehört ebenso unbedingt zum schleswig-holsteinischen Staat. Zwischen beiden Staaten besteht keinerlei Art von Gemeinschaft. Der ganze Vortheil und das einzig Vernünftige der Theilung liegt darin, daß ein scharfer Schnitt gemacht wird.

Die Einlage an Forchhammer (das Abberufungsschreiben) habe ich bei ihm abgegeben; ihn aber nicht zu Hause getroffen.

Daß Bismarck eine Linie Flensburg-Bredstedt vorgeschlagen habe, glaube ich nicht; wenigstens stellen die hiesigen preußischen Bevollmächtigten immer Flensburg-Tondern unbedingt als die südlichste Linie dar, die möglich ist. Dagegen hat mir Balan gelegentlich einmal gesagt, Flensburg-Bredstedt sei ihm in einem Privatgespräch von Latour d'Auvergne als die äußerste nördliche Linie bezeichnet.

Eine Garantie für den an Dänemark abzutretenden Norden ist natürlich, wenn möglich, zu verhindern. Aber gewiß wird Dänemark alles daran setzen, und England wird geneigt sein.

Die gottorfischen Ansprüche halte ich jetzt nicht mehr für gefährlich, da Rußland seine Ansprüche an Oldenburg abgetreten hat, und der Großherzog von Oldenburg sie nicht geltend machen will. Auch können Bismarck und Rechberg jetzt doch nicht wieder auf Oldenburg zurückkommen seit dem Antrag vom 28. Mai. Lorentzen.

52. Lorentzen an Sammer. 1864, 10. Juni, London. Nochmals die Sitzung vom 9. Juni. Englands Versuch, auf den Vertrag von 1852 zurückzukommen. Schreiben Sammers betr. die Sendung des Grafen Rantzau Beust vorgelesen. Unterredung mit Graf Bernstorff über die Teilungsfrage. Festhalten der Dänen an dem Besitz von Flensburg. Des Herzogs Verhältnis zu den preußischen Forderungen. Bernstorff hält engsten Anschluß des Herzogs an Preußen für

unbedingt nötig. Bitte um Instruktionen. Protestieren gegen Teilungslinie unnütz. Wühlereien gegen den Herzog. Dringender Rat, die Teilungslinie anzunehmen. Aufklärung gegen den Pressesturm ist nötig.

Lieber Freund! Über die gestrige Sitzung der Conferenz habe ich heute nur wenig zu berichten. Die Verlängerung des Waffenstillstandes um 14 Tage konnte ich schon gestern melden. Übrigens ist es in der gestrigen sehr lebhaften Sitzung, die von 1 Uhr bis halb fünf gedauert hat, zwar zu heftigen Diskussionen, aber zu keinerlei Art von Verständigung oder Annäherung gekommen. Die Dänen und Preußen haben gegenseitige Rekriminationen über die Haltung des Waffenstillstandes vorgebracht; hauptsächlich aber hat es sich um die Theilungsfrage und die Theilungslinie gehandelt, in der die Ansichten der Dänen und Neutralen einerseits, der Deutschen andererseits sich schroffer als je gegenüber gestanden haben. Von englischer Seite ist ein Versuch gemacht, auf den Vertrag von 1852 zurückzukommen, der aber von deutscher Seite sofort zurückgewiesen ist. Die Details hierüber kann ich heute nicht berichten, weil ich Herrn v. Beust nur sehr flüchtig gesprochen habe. Er war sehr beschäftigt und ersuchte mich, morgen wieder zu kommen, doch habe ich noch, weil er gerade auf die Stellung des Herzogs zur Theilungfrage zu sprechen kam, Gelegenheit genommen, ihm Dein Schreiben vom 6. d. M.[1]) betreffend die Sendung des Grafen Rantzau nach Kiel, vorzulesen. Er erklärte sich mit den dort vorgetragenen Ansichten im Allgemeinen ganz einverstanden; nur die vorherige Abstimmung, meinte er, werde Schwierigkeiten haben. — Die Dithmarscher Reise habe ich heute lieber nicht erwähnt, weil Beust sehr eilig war; ich habe das Thema auf morgen verschoben, um es mit größerer Muße besprechen zu können. Außerdem habe ich heute mit Graf Bernstorff eine lange Unterredung gehabt, nicht so sehr über die Details der gestrigen Sitzung, als über die Situation im Allgemeinen. Er bestätigte mir, daß man sich gestern um nichts näher gekommen ist, und daß die Neutralen, die in Beziehung auf die Theilung ganz auf dänischer Seite stehen, sich gestern gereizter gezeigt

---

[1]) Nr. 44.

haben als je. Er sagte mir dann „Ich glaube fest, daß es wieder zum Kriege kommen wird, obgleich ich lieber sähe, daß wir hier zu einer Verständigung kommen könnten.“ Ich sagte ihm hierauf, daß dies natürlich jedermann wünschen würde, nur dürfe doch der Frieden nicht durch zu große Opfer erkauft werden. Wir kamen so auf die Theilungslinie zu sprechen, und ich versuchte, ihn zu der Erklärung zu bewegen, daß die alte offizielle Grenze der Kirchen- und Schulsprache vor 1848, also die Linie nördlich von Flensburg und Tondern das äußerste Zugeständniß sei, welches von deutscher Seite für die Erhaltung des Friedens gemacht werden könne. Bei dieser Gelegenheit habe ich bemerkt, daß Bernstorff in Beziehung auf die Stadt Flensburg nicht vollkommen sicher ist. Er sagte mir, die Dänen erklärten es für einen Ehrenpunkt, diese Stadt, die ihnen so viele Anhänglichkeit bewiesen habe, nicht im Stich lassen zu können; die Neutralen seien unbedingt derselben Ansicht; bei der letzten Deputirten-Wahl habe es sich gezeigt, daß die dänische Partei in Flensburg fast ebenso stark sei als die deutsche; es könne möglicherweise die Frage von Krieg und Frieden sich um die Stadt Flensburg drehen, und wenn die Sache im letzten Augenblick so liegen sollte, daß mit dem Aufgeben von Flensburg der Friede zu erkaufen wäre, so sei es allerdings zweifelhaft, nach welcher Seite er sich entscheiden solle. Ich gab mir darauf alle erdenkliche Mühe, ihn zu überzeugen, daß Flensburg nicht aufgegeben werden dürfe, und daß man lieber die Chancen des Krieges noch einmal versuchen müsse. Graf Bernstorff hörte mich aufmerksam an, aber hielt doch seine Ansicht fest. Während wir in dieser Diskussion begriffen waren, kam Herr v. Balan dazu, der sich in dieser Frage mehr auf meine Seite stellte. Im weiteren Verlauf des Gespräches fragte mich Graf Bernstorff: „Was hören Sie aus Kiel? Welche Eindrücke hat der Herzog aus Berlin mitgebracht?“ Ich sagte darauf, der Herzog sei, so viel ich wisse, erst gestern wieder in Kiel eingetroffen, und ich könnte also noch keine Nachrichten haben; ich wisse nicht mehr, als was in den Zeitungen steht; worauf Graf Bernstorff mir antwortete: „Aber wenn Sie etwas hören, so theilen Sie es uns doch mit.“ Wir kamen dann darauf zu sprechen, daß nach

den Zeitungsnachrichten der Herzog und Herr v. Bismarck sich nicht sehr angezogen zu haben scheinen, und daß der Herzog alle Concessionen zurückgewiesen haben solle. Ich sagte, daß ich keine direkten Nachrichten habe und also nur meine Muthmaßungen aussprechen könne; dennoch müßte ich sagen, daß ich die Zeitungsnachrichten für übertrieben und zum Theile ganz falsch halte. Denn ich wüßte aus meinen früheren Unterredungen mit dem Herzog, wenn die Rede zuweilen auf diese Themata gekommen sei, daß derselbe über manche dieser Fragen, z. B. den Kanal, die Bundesfestung rc. ganz anders denke, als er nach den Zeitungen jetzt sich ausgesprochen haben solle, wie ja z. B. der Kanal nicht bloß in preußischem, sondern eben so sehr in schleswig-holsteinischem Interesse liege; ich müsse deshalb annehmen, daß der Herzog sich nur überhaupt mit großer Reserve über diese Punkte geäußert habe, weil er es vielleicht für bedenklich halte, jetzt, ehe er noch anerkannt sei, Verbindlichkeiten gegen Preußen zu übernehmen, durch die er die anderen Faktoren, auf die er sich doch auch stützen müsse, vor den Kopf stoßen würde; auch könne man es ihm nach der bisherigen Haltung der preußischen Regierung kaum verargen, daß er jetzt nicht augenblicklich geneigt sei, sich ausschließlich auf Preußen zu stützen. Graf Bernstorff antwortete mir darauf „Wenn die Sache sich so verhält, so würde ich das sehr bedauern. Wenn der Herzog sich nicht mit Preußen verständigt, so kommt er nie zur Regierung. Schreiben Sie das nach Kiel. Und zumal wenn der Krieg wieder ausbrechen sollte, dann haben wir tabula rasa. Dann sind alle Zugeständnisse, die wir jetzt den Dänen in Betreff der Theilungslinie machen, natürlich wegfällig, und es versteht sich, daß wir uns dann mit nicht weniger als der Königsau begnügen können. Aber auch dem Herzog gegenüber ist dann alles wieder in suspenso, und die Chancen, die dann eintreten können, sind unberechenbar."

Ich habe mich natürlich verpflichtet gehalten, den Verlauf dieser Unterredung möglichst objectiv zu berichten. Ich knüpfe daran die Bitte, mich mit Instructionen zu versehen, wie ich mich hinsichtlich der hier berührten Punkte auszusprechen habe. Für das Wünschenswertheste würde ich halten, daß Du mir

einen ostensiblen Privatbrief schreibst, den ich gelegentlich Bernstorff oder Balan würde vorlesen können. — Ich habe noch hinzuzufügen, daß Bernstorff sich weiter in Betrachtungen darüber erging, wie unzuverlässig Österreich, und wie ohnmächtig die Mittelstaaten seien, und er fügte hinzu, daß man noch gar nicht sicher sei, ob Österreich nicht noch wieder auf die Personalunion zurückkomme.

Nach dem Obigen halte ich es kaum für nöthig, die Anfrage in Deinem heute mir zugekommenen Briefe[1]) vom 7. d. M., ob denn das einfache Protestiren gegen die Theilung jetzt noch Gefahren bringen könne, ausdrücklich zu beantworten. Das Protestiren gegen die Theilung, wenn man es nicht vollkommen ernstlich meint, halte ich für das Spielen des Kindes mit dem Feuer. Man kann dadurch alles, was errungen ist, wieder in Frage stellen. Auch daß Bismarck die Agitationen gegen die Theilung begünstigt, ist mir sehr verdächtig. Wider Willen hat er sich durch Österreich zum Antrag vom 28. Mai drängen lassen. Wenn jetzt die Theilung unmöglich gemacht wird, so kommt es wieder zum Krieg; das ist vollkommen sicher. Dann sind alle Chancen wieder offen, und die Wühlereien gegen den Herzog und für die Annexion nehmen von Neuem ihren Anfang.

Ich kann deshalb nur dringend den Rat wiederholen, daß wir das Princip der Theilung acceptiren müssen und auch nicht das Protestiren dagegen befördern dürfen. Wir kommen sonst in Gefahr, daß wir binnen 14 Tagen auf denselben Standpunkt zurückgeworfen sind, auf dem wir vor etwa sechs Wochen waren.

Der Zeitungssturm gegen den Herzog wegen seiner Haltung in Berlin ist doch unangenehm und macht auch die Gutgesinnten stutzig. Es sollte doch etwas dagegen geschehen zur Aufklärung der öffentlichen Meinung. Der Herzog kommt sonst in den Ruf eines Particularisten nach hannoverschem oder mecklenburgischem Muster.

Dein Lorentzen.

---

[1]) Nr. 46.

53. Sammer an Lorentzen. 1864, 11. Juni, Kiel. Die bevorstehende Reise des Herzogs nach Dithmarschen. Den Erlaß von Könneritz kann sich der Herzog nicht gefallen lassen. Beusts Einwirken auf Könneritz muß erlangt werden. Die Ansprüche Oldenburgs. Die Forderungen Bismarcks. Der Gedanke an Annexion. In der englischen Presse soll Stimmung gemacht werden. Die Kriegskostenfrage. Der Teilungsgedanke und Hadersleben. Die offizielle Instruktion für Lorentzen. Unzufriedenheit in Berlin über Bernstorff.

Lieber Lorentzen. 1. In Betreff der Reise nach Dithmarschen wird es nöthig sein, daß Du mit Beust direkt sprichst. Die große Gereiztheit in Berlin, die Du aus den Blättern siehst, und die sich jetzt schon in halboffiziellen Artikeln ergeht, macht es entschieden nothwendig, der Welt zu zeigen, welche Macht der Herzog im Lande hat.

Nun aber kommt Könneritz mit seiner fixen Idee, der Herzog wolle die Ergreifung der Regierungsgewalt vorbereiten. Du kennst seinen Erlaß an die Landesregierung. Die Folge war, daß diese erklärte, sie werde denselben nicht ausführen, und sollten die Commissare selbst ein Verbot des Empfanges des Herzogs durch die Behörden erlassen, sofort sämmtlich ihre Entlassung nehmen. Dies brachte die Commissare zur Besinnung. Leider ließ sich aber Henrici[1]) zu der Botschaft bewegen, die Commissare ließen den Herzog bitten, seinerseits den Behörden zu verbieten, ihn an den Distrikts-Grenzen zu empfangen. Das war es, was der Herzog in Altona gethan hatte, worauf die Commissare, um ihre enorme Autorität zu zeigen, es sofort in die Zeitungen einsetzen ließen.

Der Herzog kann sich jene, nebenbei ganz alberne, weil mit der Souveränität in gar keine Verbindung zu bringende Bedingung nicht gefallen laßen, weil er dadurch zeigen würde, 1. daß er eigentlich per nefas reise, 2. daß er nicht den Muth habe, ungehörigen Zumuthungen zu widerstehen.

Henricis Botschaft blieb unbeantwortet, weil der Herzog wegen seiner Reise nach Dolzig die nach Dithmarschen aufgeben mußte.

---

[1]) Mitglied der Landesregierung. s. über ihn Dr. Henrici: Lebenserinnerungen eines Schleswig-Holsteiners.

Sie wird jetzt wieder nöthig. Gegen die unverschämten Berliner Zumuthungen muß der Herzog doch irgendwo eine Macht und Stütze haben, oder er muß sich ihnen fügen, oder die Sache verlassen d. h. die Herzogthümer Preußen überliefern.

Setze diese Verhältnisse Beust auseinander.

Könneritz theilte vor 14 Tagen dem Herzog mit, daß Beust ihm den guten Stand der Dinge wissen und ihn bitten laße, denselben durch einseitiges Vorgehen hier nicht zu stören. Was jetzt gewünscht wird, ist, daß Beust, da Könneritz jener Meldung hinzufügte, Beust habe des Reisens nicht ausdrücklich erwähnt, aber doch dasselbe ohne Zweifel auch gemeint, jetzt ihm schreibe, „er möge doch dem Reisen kein Hinderniß wie hinsichtlich des Empfanges der Beamten des Herzogs in den Weg legen, das Reisen des Herzogs sei sehr wünschenswerth". Er kann ja, um Könneritz zu schonen, hinzufügen, seit dem 28. Mai sei die Lage eine ganz andere.

Beachte wohl, daß die Dithmarscher Reise vom Herzog zugesagt ist, und daß die Leute es übel nehmen, wenn sie nicht gemacht wird. Es handelt sich direkt de damno evitando.

Telegraphire das Resultat.

2. Also am 2. Juni ist die Cession der russischen Rechte an Großherzog von Oldenburg ausdrücklich der Conferenz angezeigt.

Was will Rußland? Was will Oldenburg? Es ist das wohl nicht dasselbe. Lies das Warschauer Protokoll. Dasselbe spricht in seiner Einleitung nur vom Großfürstlichen Antheil Holsteins; in seinem dispositiven Theil sind die Ausdrücke (nicht der Sinn) weiter.

Soweit wir wissen, ist aber der Großherzog von Oldenburg der Meinung, auf ganz Schleswig-Holstein Recht zu haben.

Graf Rechberg machte sofort den russischen Gesandten darauf aufmerksam, daß das Ganze ja wirkungslos sei, weil der Verzicht des Prinzen Wasa fehlte. Aber aufgehalten könnte die Sache durch dieß Manövre werden, und es ist sehr wohl möglich, daß das auch die Absicht ist, und daß Bismarck dieß veranlaßt hat, um eine Einsetzung des Herzogs für's Erste zu hintertreiben.

3. Was die Zerwürfnisse mit Berlin betrifft, so finden sie (zu Deiner Beruhigung) nicht statt mit dem Kronprinzen, und wohl auch nicht mit dem Könige. Es versteht sich von selbst, daß sich vom Herzog in Betreff Rendsburg, Kiel, Kanal kein Einwand erhob, rectius daß erstere gar nicht verlangt wurden. Das Pactum sollte so sein: Preußen wollte nichts versprechen, der Herzog sollte dafür ein Land vielleicht so groß wie eins der Herzogthümer belastet mit Servituten und Schulden übernehmen und ausdrücklich versprechen, die Stände deshalb nicht zu fragen. Was Bismarck gewollt hat, ist unklar, ob er in Ernst glaubte, der Herzog werde sich darauf einlaßen, oder ob er den Herzog mit den Preußen und vielleicht dem Könige überwerfen wollte.

Es steckt bei ihm immer noch der Annexionsgedanke, und wenn Beust und die Österreicher nicht aufpassen, so gelingt es ihm, wenigstens die Sache ins Unendliche hinzuziehen und zu verwirren. Laß aber doch für die englische Presse hervorheben, daß dem Herzog zugemuthet sei, Verpflichtungen ohne Parlament zu übernehmen, wie es scheine, auch Aufhebung der liberalen Verfassung und Einführung einer feudalen. Es muß doch möglich sein, das in die englische Presse zu bringen.

Gegen Beust mußt Du über den Inhalt der preußischen Forderungen sehr reservirt sein. Selbst das obige im Absatz, „das Pactum", ist nicht für ihn. Ihm möge genügen, daß der Herzog verzweifelt spröde war.

4. Schon jetzt mache ich Dich auf die Kriegskosten aufmerksam. Man wird in Wien und Berlin wünschen, daß wir sie übernehmen. Die Kosten eines Bundeskrieges trägt der Bund; zu einem Theile der dänischen Staatsschuld können wir weitere nicht übernehmen.

Aus Deinen und Schleidens Briefen sehe ich, daß ihr jede Linie, die Hadersleben Stadt nach Süden brächte, für eine Unmöglichkeit haltet, und wenn nicht Krieg kommt, wird das wohl richtig sein. Die offizielle Instruktion, die Dir jetzt wohl schon zugegangen ist, ist nur für Dich bestimmt. Wenn sie unausführbar ist, so ist dies nicht unsere Schuld. Bitte aber, sie in einem förmlichen Bericht zu beantworten, der zu den Akten genommen werden kann.

In Berlin große Unzufriedenheit über Bernstorff, daß er die 14tägige Frist ad referendum genommen hat und die Linie Flensburg Tondern andeutete. In Berlin ist man kriegerisch, auch angeblich Bismarck.

Kiel, 11. Juni 1864 [1]). Sammer.

54. Lorentzen an Sammer. 1864, 11. Juni, London. Unterredung mit Beust. Dessen Standpunkt zur Teilungsfrage. Seine offizielle Erklärung. Wunsch, daß man in Kiel nichts gegen eine Teilung unternähme. Sein Bericht nach Frankfurt. Gereizter Ton in der letzten Konferenz. Kriegers Äußerung über die Gefangennahme eines Zollbeamten. Die nächste Sitzung. Die Ansicht des Königs von Sachsen über den Herzog. Die Reise nach Dithmarschen. Beust's Schreiben an Könneritz. Brief vom 7. Juni und Karten erhalten. Lorentzen will sie Balan zeigen.

Lieber Freund! Ich habe heute Gelegenheit gehabt, in größerer Muße mit Herrn v. Beust zu sprechen. Über die Details der letzten Sitzung kann ich indeß nur wenig zu dem hinzufügen, was ich schon gestern berichtet habe. Herr v. Beust hatte mich hauptsächlich nur deshalb auf heute wieder bestellt, um mir nochmals seinen Standpunkt zur Theilungsfrage zu entwickeln und mir dringend ans Herz zu legen, daß ich auch nach Kiel in diesem Sinne schreiben möge. Ich habe schon mehrmals auseinandergesetzt, wie Herr v. Beust zur Theilungsfrage steht. Er erklärt sich bereit, den Vorschlag der neutralen Mächte in Erwägung zu ziehen, aber bevor eine bestimmte Linie erörtert werden könne, macht er die Vorbedingung der Befragung der Bevölkerung und des Landesherrn. In diesem Sinne hat er in der vorgestrigen Sitzung der Conferenz eine Erklärung abgegeben, die er mir heute vorgelesen hat. Die Erklärung ist nach Form und Inhalt gleich vortrefflich und entwickelt den Standpunkt mit großer Schärfe und Klarheit. Er geht davon aus, daß, wenn von einer Theilung Schleswigs die Rede sei, dadurch nicht dem Könige von Dänemark, sondern dem Herzog von Schleswig-Holstein eine Gebietsabtretung zugemuthet wird, da Schleswig nicht einen Theil der Besitzungen

[1]) In einer Nachschrift teilt Steindorff mit, daß er vor 8 Tagen in Berlin war, Lorentzens Frau besuchen wollte, sie aber verfehlte, da sie im Theater war. Die Kinder hätten sehr wohl ausgesehen.

des Königs von Dänemark bilde. Der Vorschlag der Theilung sei nicht von Deutschland ausgegangen, aber er sei bereit, auf den Vorschlag einzugehen, jedoch nur unter der Vorbedingung der vorgängigen Befragung der Bevölkerung. Es sei ihm unmöglich zu begreifen, wie eine Conferenz europäischer Mächte sich die Befugniß beilegen könne, über das Schicksal einer Bevölkerung gegen deren Willen zu entscheiden. Es sei ihm unmöglich zu begreifen, wie diejenigen Mächte, welche den billigen Grundsatz der Befragung der Bevölkerung aufgestellt hätten, sich jetzt einer konsequenten und unparteiischen Durchführung dieses Grundsatzes widersetzen könnten (gegen die mehrfach erwähnte französische Auffassung der Abstimmung der Bevölkerung gerichtet). Er schließt mit der bestimmten Erklärung, daß er sich auf die Erörterung der Theilungsfrage nur unter der Vorbedingung einer Befragung der Bevölkerung und des Landesherrn einlassen könne. Was den letzten Punkt, die Zustimmung des Souveräns, betrifft, so sagte er mir dabei, er setze voraus, daß der Herzog sich der Theilung insoweit, als die abzutretende Bevölkerung zustimmt, nicht widersetzen werde.

Er sagte mir nun, ich möchte dahin wirken, daß man auch in Kiel diesem Princip gemäß handele. Auf meine Antwort, daß ja sein Princip ganz mit dem Schreiben, welches ich ihm gestern vorgelesen hätte, übereinstimme, antwortete er mir, daß doch von Kiel aus wohl manches geschehen könne, um den Lärm der Presse gegen das Princip der Theilung zu mindern. Wenigstens solle man diesen Lärm nicht begünstigen, sondern vielmehr die Parole ausgeben, daß nur gegen die Theilung ohne vorherige Befragung der Bevölkerung Opposition gemacht werde.

Herr v. Beust las mir auch ein Stück aus seinem Bericht nach Frankfurt über die vorgestrige Sitzung vor. Er motivirte seinen Standpunkt damit, daß Deutschland sich auf diese Weise nach außen und innen besser stelle. Es werde leichter sein, die Westmächte für das Princip der Selbstbestimmung der Bevölkerung zu gewinnen als für eine günstige Linie; und sollte es wieder zum Kriege kommen, so mache man es den Westmächten schwer, gegen den Grundsatz, daß ein Volk über seine eigene Zukunft zu entscheiden habe, Krieg zu führen. Aber auch nach

innen (nach Deutschland) stelle man sich damit besser. Ohne die Befragung der Bevölkerung würde jetzt die Theilung als eine Schwäche gegen das Ausland erscheinen; erfolge die Theilung mit Zustimmung der nördlichen Bevölkerung, so erscheine sie als die Anerkennung eines populären Princips.

Diese Erklärung hat in der vorgestrigen Sitzung einen großen Sturm hervorgerufen. Die Neutralen bleiben dabei, daß die Theilung Schleswigs gleichbedeutend sei mit der Abtrennung eines Stückes von Dänemark. Von irgend einer Art von Annäherung ist nicht entfernt die Rede. Über den Ton der letzten Sitzung sagte mir Herr von Beust, wenn das so fortgehe, werde man versucht, nur noch bewaffnet in die Conferenz zu kommen. Ein heiteres Intermezzo hat nur Herr Krieger[1]) veranlaßt, der schon mehrmals durch sein eigenthümliches Französisch Aufmerksamkeit erregt hat. Es war von irgend einem Zollverwalter in Jütland die Rede gewesen, den ein preußischer General hat einsperren lassen; man zankte sich darüber, ob dies mit Recht oder Unrecht geschehen sei, da sagte Krieger: mais il n'était pas besoin de le mettre à eau et à pain.

Die nächste Sitzung der Conferenz ist erst Mittwoch. Da alle Theile ihre Vorschläge gemacht haben, und jeder fest auf seinem Standpunkt beharrt, so liegt eigentlich kein Stoff zur Verhandlung vor. Man hat deshalb die nächste Sitzung so weit verschoben, um zu versuchen, ob sich nicht inzwischen außerhalb der Sitzung irgend ein Weg der Annäherung ausfindig machen läßt.

Herr von Beust las mir heute einen Brief des Königs von Sachsen vor, der über den Besuch des Herzogs in Dresden schreibt und sich mit großer Anerkennung über Seine Hoheit ausspricht. Der Herzog mache den Eindruck eines ruhigen, besonnenen Mannes und eines festen Charakters, der fest von seinem Rechte überzeugt sei und entschlossen, dasselbe durchzuführen, dabei ganz frei von revolutionären Neigungen. Mit der letzten Note Beust's (wahrscheinlich ist die an Russell über die Theilungsfrage gemeint) habe der Herzog sich einverstanden erklärt. Auch

[1]) Einer der dänischen Bevollmächtigten.

habe der Herzog gesagt, er sei nicht gegen den Kanal noch gegen die Bundesfestung und den Bundeshafen, aber er habe mißbilligt, daß man diese Dinge zu früh zur Sprache gebracht und dadurch die Eifersucht der Neutralen geweckt habe. Herr v. Beust sagte mir, nachdem er mir das Schreiben des Königs vorgelesen hatte, er freue sich, daß der Herzog in Dresden einen so guten Eindruck gemacht habe. Ich stimmte hierin natürlich ein und benutzte diese Gelegenheit, das Gespräch auf die Reise nach Dithmarschen zu lenken. Ich setzte auseinander, wie wünschenswerth und zweckmäßig es sei, daß der Herzog mit seinen künftigen Unterthanen in nähere Berührung komme, daß er sich auch den Wünschen und Einladungen der Leute nicht ganz entziehen könne, und daß es auch nützlich sei, nach außen zu zeigen, wie fest der Herzog im Lande stehe; ich fügte dann hinzu, daß man in Kiel nur deßhalb einige Bedenken habe, weil Herr v. Könneritz immer fürchte, daß der Herzog die Regierung ergreifen wolle, und weil man doch mit ihm jede Mißhelligkeit zu vermeiden wünsche; ich legte es ihm darauf nahe, falls er nicht selbst Bedenken gegen die Reise haben sollte, ein paar Worte an Könneritz zu schreiben. Darauf antwortete mir Herr v. Beust: „Darüber seien Sie ganz ruhig; ich werde an Könneritz schreiben, er solle nicht so pedantisch sein." Ich denke also, über diesen Punkt brauchen wir uns weiter keine Sorge zu machen.

Ich habe gestern Abend das Schreiben vom 7. dieses Monats erhalten nebst den Karten, auf welchen die von Preußen, England und Dänemark im Jahre 1849 vorgeschlagenen Demarkationslinien mit respektiver blauer, grüner und rother Farbe bezeichnet sind. Ich hatte schon früher Herrn v. Balan auf dessen Wunsch eine kurze schriftliche Mittheilung über den Lauf der damaligen Demarkationslinie gemacht. Ich werde die jetzt mir zugegangene Karte benutzen, um ihm auch die damaligen Vorschläge der beiden kriegsführenden Theile mitzutheilen. Ich irre mich doch darin nicht, daß die grüne englische Linie diejenige ist, welche zur Ausführung kam? Daß die Karte nur zur Aufklärung über ein historisches Faktum dienen kann, nicht um eine solche oder ähnliche Linie jetzt zu empfehlen, ist selbstverständlich. Lorentzen.

55. Sammer an Lorentzen. 1864, 14. Juni, Kiel. Neuer Kreditbrief. Waldungen in Nordschleswig. Einverständnis mit seinen Ansichten über Teilung und Kriegsgefahr. Die Stimmung in Nordschleswig. Wühlereien des Grafen Baudissin. Teilungslinie Flensburg-Bredstedt. Gespenst der Personalunion. Die Zukunft Flensburgs. Die preußische Gesinnung des Herzogs. Die Stimmung in Berlin. Einverständnis mit den Ansichten von Beust in der Teilungsfrage. Die Demarkationslinie auf der letzten Karte.

Lieber Lorentzen. 1. Es wird Dir ein Creditbrief über 200 Lstr. durch Ahlmann zugehen.

2. Du kannst darauf aufmerksam machen, daß der nördliche Theil Schleswigs, stark bewaldet, fast zwei Drittel der Domänenforsten der Herzogthümer enthält. Genauere Angaben fehlen mir noch.

3. Mit den von Dir auseinandergesetzten Ansichten über Theilung und die Gefahren eines neuen Kriegsausbruches sind wir ganz einverstanden. Stände es fest, daß mit dem Ausbruch eines Krieges sofort die Anerkennung des Herzogs (für Holstein wenigstens) erfolgte, so wäre wenigstens ein großer Vortheil erreicht. Aber wenn auch Mohl jenes als sicher annimmt, bei dem Haß Bismarcks ist es nichts weniger als gesichert.

Was Du damit meinst, daß wir die öffentliche Meinung in Betreff der Theilungsfrage scheuen, verstehe ich nicht. Du kennst doch die Verhältnisse genügend, auf der einen Seite der Herzog, der außer seinem Recht keine andere Stütze als die öffentliche Meinung hat, und auf der anderen Seite eine Bevölkerung, welche die Lage so günstig ansieht, daß Deutschland den Frieden zu dictiren habe und jede Abtretung als ein ganz unmotivirtes Geschenk an die Dänen ansieht. Dazu noch Bismarck, der persönlich und durch Agenten den Nordschleswigern sagen läßt: „Protestirt gegen jede Theilung."

Oder glaubst Du, daß den armen Leuten, welche abgeschnitten werden sollen, durch Predigten das Gefühl beigebracht werden könne, das sei sehr angenehm. Wir können nur in der schon früher angegebenen Weise verfahren, Proteste gegen die Theilung zu verhindern und auf die Befragung zu dringen. Dies thun wir durch die Presse und durch Einzelne.

Bei der Böghöveder[1]) Versammlung mißglückte das vollkommen, weil die geängstigten Leute das für eine Schwäche, weil Eingehen auf das Princip, ansahen; am Sonntag hat Hänel es dagegen in Rendsburg in der Delegirtenversammlung, welche eine Adresse an die Nordschleswiger erlassen hat, durchgesetzt, und seit 14 Tagen ist Graf L. Reventlou beschäftigt, durch eine förmliche Organisation in diesem Sinne zu wirken.

Grade Hänel hat Erfahrungen darüber gemacht, wie schwer es ist, die Leute zu einer vernünftigen Auffassung zu bringen. Für den Herzog und dadurch für die Herzogthümer ist es nicht eine Frage der Popularität, sondern der Existenz.

In den Herzogthümern ist man übrigens noch viel vernünftiger als im übrigen Deutschland, und da kannst Du viel mehr wirken als wir, wenn Du Deine Freunde von der Nationalzeitung dazu bringst, die richtige Haltung einzunehmen.

Weil wir übrigens mit einem schweren Stoffe hier zu operieren haben, brauchst Du in London Deine persönliche Ansicht nicht zurückzuhalten. Vertritt Du ruhig Deinen Standpunkt als persönlich auch ferner.

3. Die Wühlereien von A. Baudissin gehen fort, auf Basis des Dir mitgetheilten Briefes von dem Sylter Andresen[2]). Er ist in der That Agent Bismarcks.

4. Daß Bismarck den Franzosen empfohlen, die Linie Bredstedt-Flensburg vorzuschlagen (darauf wird es wohl hinauskommen), beruht auf seiner eigenen Äußerung. Er sagte, er habe ihnen die Linie vorgeschlagen.

5. Für den Fall der Theilung müssen diejenigen, welche sich südlich oder nördlich für Unterthanen des anderen Staates erklären, wohl in ein besonderes Rechtsverhältniß treten. Darüber später.

6. Die Personalunion bleibt immer ein drohendes Gespenst. England und Rußland sind dafür, wir sind gar nicht sicher, ob nicht auch Österreich gerne darauf zurückkäme. Am meisten ist wohl noch von den Dänen zu hoffen, deren Blätter sehr gegen dieselbe wüthen.

---

[1]) Westlich von Hadersleben, s. Nr. 49 Anm. 2.

[2]) Nicht vorhanden.

7. Der Herzog hat immer angenommen, daß es sich im letzten Augenblick um die Stadt Flensburg handeln werde.

8. Bernstorff kannst Du sagen, es existire hier der lebhafteste Wunsch, sich auf Preußen zu stützen, und habe derselbe sich schon am 18. November gezeigt. Er kenne indeß die Berliner Verhältnisse. Was den König betreffe, so glauben wir, daß er mit dem Herzog durchaus einverstanden sei, vom Kronprinzen wissen wir es.

Für Dich: Die Verhältnisse in Berlin sind uns selbst räthselhaft. Wahrscheinlich verfolgt Bismarck wieder den Annexionsplan und will die Partei wieder beleben.

Daß der Herzog Kanal, Bundesfestung, Marinestation geradezu wünscht, kannst Du Bernstorff gerne sagen. Einen ostensiblen Privatbrief schreibe ich für Bernstorff und Balan lieber nicht.

9. Sage Beust doch und mache ihm klar, daß wir ganz Hand in Hand mit ihm in der Theilungsfrage gehen, mache ihm auch klar, daß, wenn Jemandem der Hals umgedreht werden soll, er schreit. Die Nordschleswiger sind gegen vernünftige Gründe taub.

Die Befragung des Landesherrn ist freilich nicht angenehm. Indeß schreibe ich darüber später, nachdem ich den Herzog gefragt.

10. Ob die grüne Linie der Karte von 1849 die definitive geworden ist, haben wir trotz aller Forschungen nicht erfahren können.

Kiel, 14. Juni 1864. Sammer.

56. Lorentzen an Sammer. 1864, 14. Juni, London. Wahrscheinlichkeit des Wiederausbruches des Krieges. Die Teilungslinie. Preußens Absichten bei Wiederkehr des Krieges. Vermittlungen im englischen Parlament voraussichtlich. Eventuelle Flottensendung in die Ostsee. Pläne in Kiel über Teilungsfragen sind aussichtslos. Dringend nötig ist, daß der Herzog bald im faktischen Besitz des Landes ist. Lorentzens Rückkehr nach Beendigung der Konferenz. Brief vom 11. Juni. Die offiziellen Briefe über die Teilungsfrage und eventuelle Teilnahme des Herzogs auf der Konferenz. Ankunft des Grafen Rantzau und Prinzen von Noer. Rasche Abreise des Letzteren. Forchhammer.

Lieber Freund. Neues ist heute nicht viel zu melden, außer daß der Wiederausbruch des Krieges am 26. d. M. täglich wahrscheinlicher wird. Ich glaube kaum, daß die Dänen und Neutralen bis zur Linie Flensburg-Tondern nachgeben werden. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Deutschen an dieser Linie festhalten. Nur Graf Bernstorff ist (wie ich berichtet habe) in Beziehung auf die Stadt Flensburg nicht ganz entschieden. Doch Balan ist in diesem Punkt tapferer, und die kriegerische Luft, die aus Berlin weht, wird das Übrige thun, um auch Graf Bernstorff bei der Linie nördlich von Flensburg und Tondern festzuhalten. Doch bin ich weit davon entfernt, die kriegerische Luft in Berlin für ein gutes Zeichen zu halten. Ich fürchte sehr, daß Bismarck nur deßhalb den Wiederausbruch des Krieges wünscht, weil derselbe Alles wieder in Frage stellt und Preußen von den während der Conferenz eingegangenen Engagements befreit, sowohl einerseits von den angebotenen Theilungslinien als auch andererseits von der durch den Antrag vom 28. Mai gewissermaßen ausgesprochenen Anerkennung des Herzogs.

Die Gefahr wird um so größer, wenn die Verwickelung europäische Dimensionen annehmen sollte, was ich bei der hier herrschenden Stimmung nicht für unmöglich halte. So wie offiziell konstatirt ist, daß England das Londoner Protokoll hat fallen lassen, wird im Parlament ein gewaltiger Sturm gegen die Minister losbrechen. Heute Abend wird, wie ich von Osborne höre, wahrscheinlich schon ein kleines Vorspiel im Unterhause vorkommen. Die Hauptdebatte kann in acht bis vierzehn Tagen erwartet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Minister in der Minorität bleiben. Aber man erwartet nicht, daß sie deshalb abtreten, sondern daß sie das Haus auflösen. Wenn dann gleichzeitig die Conferenz resultatlos auseinander geht, so müssen die Minister, damit die Wahlen nicht ganz gegen sie ausfallen, eine aktivere Politik ergreifen. Sie werden dann wahrscheinlich eine Flotte in die Ostsee senden und entweder der österreichischen Flotte nicht gestatten, in die Ostsee zu gehen, oder einen Angriff auf Fühnen verhindern, und so in den Krieg hineingezogen werden.

Unter diesen Umständen halte ich es für überflüssig, daß man sich in Kiel noch viel mit der Theilungsfrage beschäftigt. Was in der Hinsicht dort gesagt oder geschrieben wird, sind Streiche in die leere Luft. Entweder man kann sich hier nicht über eine Theilungslinie einigen, und der Krieg bricht wieder aus, dann ist die ganze Theilungsfrage vorläufig beseitigt. Oder man einigt sich hier über eine Linie, dann wird sie dem Bunde oktroyirt, und man wird sich hier wegen des gedrohten Widerstandes wenig Sorge machen. Man weiß, daß die preußischen und österreichischen Armeen gut disciplinirt sind. Viel wichtiger und dringender erscheint mir, daß man sich in Kiel rechtzeitig auf den Wiederausbruch des Krieges vorbereitet, damit der Strom nicht über uns hinwegflutet. Ich halte die Gefahr jetzt für viel größer als im Anfang des Jahres beim Beginn der preußisch-österreichischen Invasion. Je größere Dimensionen die Verwicklung annimmt, desto wahrscheinlicher wird, daß die Sache nicht nach Rechtsgrundsätzen, sondern nach politischer Convenienz entschieden wird. Dieser Gefahr kann nur dadurch begegnet werden, daß der Herzog faktisch im Besitz ist. Deshalb halte ich es für das Dringendste, was jetzt geschehen kann, dahin zu wirken, daß der Herzog sofort mit dem Wiederausbruch des Krieges vom Bunde und von den beiden Großmächten anerkannt werde. Ich würde jetzt nicht auf eine frühere Anerkennung drängen, um Preußen und Österreich nicht zu reizen, aber mit dem Ausbruch des Krieges fällt ja der Grund, daß man durch die Anerkennung die Neutralen beleidigen könne, fort, und den etwaigen Widerwillen Bismarcks müßte man durch den guten Willen des Kronprinzen und des Königs besiegen. Mit dem Besitzstand tritt der Herzog aktiv handelnd auf und hat dann auch als kriegsführender Theil selbstverständlich beim Frieden mitzureden. So sehe ich gegenwärtig die Lage an. Ich erlaube mir noch, was mich persönlich betrifft, hinzuzufügen, daß, wenn die Conferenz sich auflösen sollte, für mich hier nicht viel Erhebliches zu thun bleibt, und ich würde es für das Richtigste halten, daß ich dann gleichfalls London verlasse. Indessen werde ich das natürlich nicht thun, ohne dazu von Kiel aus autorisirt zu sein.

Deinen Brief vom 11.[1]) d. M. habe ich heut erhalten. Was Du mir über die Reise nach Dithmarschen schreibst, ist schon durch meinen vorigen Bericht erledigt, und da dieser schon gestern Abend in Kiel gewesen sein muß, so brauchte ich auch darüber nicht zu telegraphiren.

Die beiden offiziellen Schreiben über die Theilungsfrage und über die eventuelle Beteiligung des Herzogs an der Conferenz, falls diese andere Fragen als die der Souveränität und des Gebiets behandeln sollten, habe ich erhalten und werde sie morgen formell beantworten. Graf Rantzau ist gestern Abend hier angekommen und wohnt jetzt ebenfalls im Waterloo Hotel.

Der Prinz von Noer ist, wie ich gestern erfuhr, schon in voriger Woche hier angekommen. Als ich ihn heute früh besuchen wollte, hörte ich, daß er wieder nach Paris gereist sei, aber in wenigen Tagen zurückkomme. Forchhammer, der mit ihm in demselben Hause wohnt, wird wohl darüber berichtet haben. Übrigens ist Forchhammer, seitdem er sein Abberufungsschreiben erhalten hat, für mich vollständig unsichtbar geworden.

Lorentzen.

57. Lorentzen an Samwer. 1864, 15. Juni, London. Offizielle Beantwortung der im Briefe vom 7. Juni angeregten Fragen. Dieselben haben praktische Bedeutung nur, wenn es nicht wieder zum Kriege kommt. Dann würde er sie mit Beust besprechen.

Hochgeehrter Herr Geheimrath.

Ich habe die Ehre gehabt, das Schreiben vom 7.[2]) d. M. zu erhalten, in welchem Sie die Frage erörtern, wie wir uns zu verhalten haben, falls die Conferenz nach Erledigung der Gebiets- und Souveränitätsfragen noch andere Fragen, wie z. B. die Auftheilung der Aktiva und Passiva zwischen Dänemark und den Herzogthümern in ihr Gebiet ziehen sollte. Ich erlaube mir, Ihnen im Folgenden meine vorläufige Ansicht über diesen Gegenstand mit Beziehung auf die gegenwärtige Sachlage ergebenst vorzutragen.

---

[1]) Nr. 53.
[2]) Nr. 47.

Die Situation ist in diesem Augenblicke die, daß, wenn bis zum 26. d. M. nicht ein Einverständniß über die Grundlagen des Friedens hergestellt, dann an diesem Tage der Krieg wieder ausbricht. Die Wahrscheinlichkeit für den Wiederausbruch des Krieges ist größer als die für das Zustandekommen des Friedens. Sobald es aber wieder zum Kriege kommt, so geht natürlich die Conferenz auseinander und die in Ihrem geehrten Schreiben erörterte Gefahr ist damit für jetzt beseitigt.

Sollte dagegen der unwahrscheinlichere Fall eintreten, und sollte wirklich die Conferenz im Laufe der nächsten zehn Tage zu einem Einverständniß über die Grundlagen des Friedens, namentlich über die Gebietsfrage, welche jetzt der hauptsächlichste Stein des Anstoßes ist, gelangen, dann würden die von Ihnen erörterten Fragen von unmittelbar praktischer Bedeutung sein, und es ist deshalb geboten, daß man sie schon jetzt ernsthaft ins Auge faßt.

Mir scheint nun, daß gegen die Schlußfolgerungen, die für diesen Fall in Ihrem Schreiben gemacht sind, sich nichts Erhebliches wird einwenden lassen. Das Wünschenswertheste vom praktischen Gesichtspunkte aus wird sein, daß die Conferenz sofort nach Entscheidung der Souveränitäs- und Gebietsfrage sich auflöst, und daß die übrigen zwischen Dänemark und den Herzogthümern schwebenden Fragen direkt von königlich dänischen und herzoglich schleswig-holsteinischen Bevollmächtigten verhandelt werden. Sollte dagegen die Conferenz auch diese anderen Fragen, namentlich die Auftheilung der Aktiva und Passiva in den Bereich ihrer Erörterung ziehen, oder wenigstens die allgemeinen Grundsätze, nach welchen dieselben zu erledigen sind, feststellen wollen, so würde es unbedingt geboten sein, daß, da dann die Souveränitätsfrage entschieden sein muß, auch herzoglich schleswig-holsteinische Bevollmächtigte zu den Conferenzverhandlungen zugezogen werden. Gegen die Billigkeit dieses Anspruches wird sich schwerlich ein Einwand erheben lassen.

Eine andere Frage dagegen ist, ob jetzt der passende Moment ist, dieses Thema bei Herrn von Beust zur Sprache zu bringen. So lange die Aussichten mehr kriegerisch als friedlich sind, hat dieses Thema keine unmittelbar praktische Bedeutung,

und ich fürchte deshalb, daß Herr v. Beust, wenn ich jetzt mit ihm diese Fragen besprechen wollte, mir wenig Aufmerksamkeit schenken würde. Denn für theoretische Erörterungen scheint er nur geringe Neigung zu haben.

Sollten dagegen die Verhandlungen eine Wendung nehmen, welche das Zustandekommen eines Resultates irgendwie in Aussicht stellen, so werde ich die oben erörterte Frage rechtzeitig zur Sprache bringen. In diesem Augenblicke möchte ich die Aufmerksamkeit des Herrn v. Beust von der Entscheidung der Hauptfrage, die hier gegenwärtig alle Gemüther ausschließlich beschäftigt, nicht gern auf eine verhältnißmäßig wenigstens minder bedeutende Frage ablenken.

Indem ich mich der Hoffnung hingebe, daß Sie mit den Gründen, die mich zu dieser vorläufigen Zurückhaltung bewegen, einverstanden sein werden, benütze ich diese Gelegenheit zur Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

Lorentzen.

58. Lorentzen an Sammer. 1864, 15. Juni, London. Sitzung der Konferenz verschoben. Vorbereitung eines Ultimatums durch Lord Russell. Bemühungen für die Anerkennung des Herzogs. Vorstöße gegen das Ministerium. Abstimmungsmodus über die Teilung. Bedenken gegen die Reise nach Dithmarschen.

Lieber Freund. Die Sitzung der Conferenz, die auf heute angesetzt war, ist auf Sonnabend verschoben. Wie es heißt, ist Lord Russell damit beschäftigt, ein Ultimatum vorzubereiten, welches am Sonnabend gestellt werden soll, und für welches er sich bemüht, die Zustimmung der Dänen zu erlangen. Wie man meint, wird dies etwa die Linie Gelting-Bredstedt sein. Ich hege keinen Zweifel, daß ein solcher Vorschlag unbedingt, ohne ihn ad referendum zu nehmen, von den deutschen Bevollmächtigten wird zurückgewiesen werden.

Von dem Legationsrath Hofmann höre ich, daß er nach Darmstadt geschrieben hat, man möge die Anerkennung des Herzogs vom Bunde möglichst betreiben. Auch hat er beantragt, man möge Herrn von Gagern[1]) dahin instruiren, daß er in

[1]) Heinrich v. Gagern s. Allg. deutsche Biogr., Bd. XLIX, S. 654ff.

Wien nach Kräften für die Initiative Österreichs in dieser Richtung wirke.

Im Unterhaus wird wahrscheinlich am Freitag eine Debatte über die dänische Frage stattfinden. Doch wird dies noch nicht der Hauptangriff auf das Ministerium sein, welcher sich vielmehr an eine vorher angekündigte Motion anschließen wird.

Mit Sir Harry Verney habe ich gestern über einen Abstimmungsmodus hinsichtlich der Theilung gesprochen, den er demnächst in der Presse oder im Parlament zur Sprache bringen wird. Nach seiner Ansicht sollte Schleswig in drei ziemlich gleiche Theile, einen südlichen, mittleren und nördlichen Theil, getheilt werden. Zuerst würde man den mittleren Theil abstimmen laßen. Erklärt sich dieser für die Verbindung mit Holstein, so zieht er den südlichen Theil ohne Weiteres mit sich, und dann wird nur noch der nördliche Theil gefragt. Erklärt sich der mittlere Theil für Dänemark, so zieht er den nördlichen ohne Weiteres mit sich, und dann wird nur noch der südliche Theil gefragt. Ich habe Sir Harry Verney in diesem Gedanken bestärkt. Würde derselbe ausgeführt, so wären uns doch wenigstens zwei Drittel von Schleswig sicher. Aber ich glaube freilich nicht an die Ausführung des Gedankens. Indeß das Gute kann derselbe haben, daß, wenn ein solcher Vorschlag gemacht wird, und die Dänen lehnen ihn ab, wir erklären uns wenigstens nicht gegen denselben, den Engländern klar werden muß, um wie viel sicherer wir auf die Volksstimmung in Schleswig rechnen als die Dänen. Sir Harry Verney wollte heute in diesem Sinne an die Times schreiben; doch ist es fraglich, ob sie einen solchen Artikel aufnimmt.
Lorentzen.

In Folge Deines Telegrammes habe ich mich heute vergeblich bemüht, Herrn v. Beust zu sehen. Indeß ich zweifle nicht daran, daß er an Könneritz geschrieben haben wird; denn er hat es mir bestimmt zugesagt. Aber nicht wegen des Herrn v. Könneritz, sondern aus einem anderen Grunde habe ich in diesem Augenblicke ein gewisses Bedenken gegen die Dithmarscher Reise. Ich weiß nicht, ob es in einem so kritischen Moment rathsam ist, daß der Herzog sich in eine Gegend begiebt, in die weder Eisenbahnen noch Telegraphen reichen. Mir will es fast

scheinen, daß es besser wäre, wenigstens die entscheidende Wendung der Conferenz erst abzuwarten. Indeß dieses Alles wird ja in Kiel sorgfältig erwogen sein.

59. de Fontenay[1]) an Lorentzen. 1864, 15. Juni, Tondern. Anfrage, ob es durch Lorentzens Vermittlung möglich wäre, Petitionen, an Lord Russell gerichtet, in englischen Zeitungen zu veröffentlichen. Die Stimmung in Tondern. Teilungslinie.

Von Kiel aus wegen einer unten näher anzugebender Vorfrage an Ew. Wohlgeboren verwiesen bin ich so frei, folgende Worte an Sie zu richten. Hier sieht es gegenwärtig bunt aus, und das in schrecklicher Gestalt hier umherwandelnde Theilungsgespenst regt die Gemüther fieberhaft auf. Dabei sind die gebildeteren aufgeklärten deutsch gesinnten größeren Landbesitzer in den Distrikten mit dänischer Kirchen- und Schulsprache um so ängstlicher und besorgter, als die ungebildeten kleinen Leute starke dänische Sympathien haben, d. h. keine Theilung wünschen, aber auch nicht unter dem Herzog von Augustenburg ihre Söhne als Soldaten nach Italien und Polen schicken wollen. Die Leute sind einfältig und werden täglich eingeschüchtert von dänischen Predigern und Schullehrern, welche ihnen versichern, daß in 4 Wochen das dänische Regiment wieder hergestellt, und dann Strafe werde genommen werden für Äußerungen deutscher Gesinnung. — Doch zur Sache. Von Berlin ist hiesigen Deputationen gerathen worden, tüchtig Spektakel zu machen, Petitionen an L. Russell zu schicken mit Protesten gegen Theilungsgelüste und diese nachher in englischen Zeitungen bekannt zu machen, dabei auch Geld nicht zu sparen. Das will man nun auch; vor einiger Zeit war bekanntlich eine große Volksversammlung in Hadersleben, heute ist Vorversammlung für eine nächstens in Lygumkloster zu haltende.

Man hofft auch, große Petitionen gegen eine Theilung zu Stande zu bringen und möglichst durch Sie, geehrter Herr Doktor, zu erfahren, ob Aussicht vorhanden ist, diesen von L. Russell unter den Tisch geworfenen Petitionen nachher Aufnahme in ein gelesenes englisches Blatt zu verschaffen, wie man sich

[1]) Amtmann in Tondern.

dabei zu verhalten hat, und wieviel Geld, und an wen man es abzusenden habe. Die Sache hat natürlich Eile, denn das Messer sitzt uns an der Kehle. Wissen Sie einen Rath (und wenn Sie nicht, so weiß es Keiner), so theilen Sie mir selbigen gütigst hierher mit. Weiter brauche ich nichts hinzuzufügen.

Die Stadt Tondern und die deutschen Grenzharden sind gut gesinnt und lassen sich keinesfalles incorporiren, die Flecken Hoyer und Lygumkloster, obgleich mit dänischer Kirchensprache, sind auch überwiegend deutsch gesinnt und wollen nicht vom Süden Schleswigs getrennt werden, allein die Schluxharde und der nördliche Theil von Lygumkloster sind flau und rühren sich nicht. Am zweckmäßigsten scheint uns ein Schnitt von nördlich von Hadersleben bis nach Ballum oder noch etwas südlicher hinüber. Auch Aeröe kann weggehen und dafür wären die dänischen Enclaven und allenfalls Lauenburg einzutauschen. Wir pacificieren hier nach Kräften, allein in Flensburg hat die Sache nicht immer den besten Fortgang.

Mit Hochachtung der Ihrige de Fontenay.

60. Sammer an Lorentzen. 1864, 16. Juni, Kiel. Herzog nicht mehr gegen Teilung, doch Wunsch desselben, sich nicht zu binden. Bismarck mit Bernstorff unzufrieden. Wunsch des Ministerpräsidenten, den Krieg fortzuführen. Seine Pläne. Empfang der schleswigschen Deputation durch Bismarck. Dessen Zorn gegen den Herzog.

Lieber Lorentzen! 1. Beust will Befragung der Bevölkerung und des Landesherrn und setzt voraus, daß der Herzog der Theilung insoweit, als die abzutretende Bevölkerung zustimmt, sich nicht widersetzen werde. Der Herzog wird sich nicht widersetzen, wenn ihm nur die Wahl gelassen wird, mit unzugänglichen Mitteln einen Kampf gegen Dänemark zu führen oder die Theilung zu acceptiren.

Besser aber wäre es, wenn der Herzog nicht in die Lage käme, sich bindend auszusprechen. Der Herzog würde, wenn er in die Lage käme, dieß doch thun zu müssen, und wenn eine loyale Befragung der abzutretenden Unterthanen voraufgegangen wäre, allerdings wohl kaum umhin können, sich in der von Herrn v. Beust vorausgesetzten Weise auszusprechen. Infolgedessen ist wohl zu beachten, daß der Herzog dieß nicht

kann, ohne die Stände zuzuziehen. Es giebt keine Verfassung der Welt, welche Gebietsabtretungen ohne ständische Zustimmung gestattete. Es ist vielleicht am Besten, die ganze Frage der Zustimmung des Landesherrn vorläufig Beust gegenüber nicht zur Sprache kommen zu lassen, ist dieß aber nicht zu vermeiden, so wird auch der ständischen Zustimmung gedacht werden müssen.

2. Geffcken schreibt[1]) aus Berlin, Bismarck sei auf Bernstorff wegen Flensburg-Tondern sehr ungehalten, habe indeß die Linie adoptirt, aber verschärft durch das Verlangen des nördlichen Ufers der Bucht und der Halbinsel Broaker. Die Sondirung Englands wegen Linie Husum-Glücksburg, Frankreichs wegen Bredstedt-Flensburg sind von ihm zurückgewiesen. Er wünsche den Krieg, rechne darauf, daß man vor Erscheinen der englischen Flotte Alsen und Fühnen nehme, und wolle dann Dänemark einen Frieden direkt anbieten, der demselben in Nordschleswig genau so viel lasse, als Lauenburg und die Enklaven werth seien.

Ich finde diese Spekulation sehr bedenklich. Wenn die Dänen den Krieg erneuern, werden sie zu einem schnellen Frieden nicht sehr geneigt sein.

Gortschakoff soll sehr zum Frieden gepredigt haben, aber vergebens. Die schleswigschen Deputationen[2]), von Bismarck provocirt, werden von ihm mit großer Freundlichkeit empfangen. Er hat natürlich wieder einen Hintergedanken, denn die Sache ist ihm natürlich mehr als gleichgültig.

3. Sein Zorn auf den Herzog hat als letzten Grund die Erbitterung, die jeder Schurke hat, wenn er eines ehrlichen Mannes nicht Herr werden kann. „J'ai voulu m'emparer du Duc, je n'ai pas réussi," sagte er in seiner Weise einem fremden Gesandten.

Die Frage ist, ob er des Königs, der gegen den Herzog sehr freundlich war, Herr geworden ist, d. h. ihn gegen den Herzog occupirt hat.

Kiel, 16. Juni 1864. Sammer.

---

[1]) Nicht bekannt.

[2]) s. Jansen-Sammer S. 360.

61. Sammer an Lorentzen. 1864, 18. Juni, Kiel. Die Reise nach Dithmarschen. Der Grund dazu. Nach Wiederausbruch des Krieges Rückkehr Lorentzens. Anerkennung des Herzogs jetzt nötig, sonst Annexion wahrscheinlich. Österreichs Einfluß durch Biegeleben gewünscht. Die Haltung des Königs. Anerkennung durch Österreich. Sorge über die Zusammenkunft zwischen Bismarck und Rechberg.

Lieber Lorentzen. 1. Die Dithmarscher Reise wird am Dienstag angetreten. Allerdings ist es fatal, daß keine Eisenbahnen hingehen, mit Telegraphen ist es anders.

Der Hauptzweck muß sein, wie Du ganz richtig schreibst, daß die Anerkennung durch den Bund mit Wiederausbruch des Krieges erfolgt. Diesem Zwecke muß manches geopfert werden, auch die Anwesenheit des Herzogs während jener kritischen Zeit von Dienstag bis Sonnabend. Die Dithmarscher Reise muß in Deutschland zeigen, wie eng der Herzog mit dem Volke verwachsen ist. Unbegreiflich ist uns, daß Du während nun bald 4 Tagen nicht telegraphirst, ob Beust geschrieben hat. Es ist uns das deshalb so wichtig, weil Henrici, der mit Könneritz sprechen soll, um thörichte Forderungen abzuwehren, nicht gut eher mit Sicherheit des Erfolges hingehen kann, ehe der Brief Beust's in Altona ist.

2. Nach dem Wiederausbruch des Krieges wird dort für Dich gewiß nichts mehr zu thun sein. Komme also bald möglichst zurück, sobald Du nicht glaubst, daß dort noch etwas zu thun sei.

Rantzau würde wohl am besten dort bleiben.

3. Wie man die Anerkennung des Herzogs nach dem Bundesbeschluß verhindern will, sehe ich nicht ein. Dennoch wird Bismarck es möglich zu machen suchen. Ob mit Glück wird lediglich von Österreich abhängen. Möge Beust in dieser Hinsicht auf Biegeleben wirken. Biegeleben soll, so sagt Wydenbrugk, die Anerkennung des Herzogs am 23. Mai vorgeschlagen haben. Dieselben Gründe sprechen jetzt nur a fortiori für die Bundesanerkennung. Denn erfolgt sie nicht, so wird Bismarck alles daran setzen, aus dem neuen Kriege mit der Annexion herauszukommen, und hierfür giebt es denn noch eine recht plausible Form. Der neue Krieg wird einige 20—30 Millionen kosten, zu den alten Kriegskosten mag das eine Summe von gegen

50 Millionen geben, nehmen wir aber auch nur 30 an. Bedingung der Auslieferung Schleswigs und indirekt Holsteins würde dann Übernahme dieser Kriegskosten gemacht werden können. Es könnte dann je nach der Höhe der Summe der Fall eintreten, daß der Herzog selbst zu der Erklärung im Interesse des Landes gedrängt werden könnte, dasselbe lieber Preußen zu geben unter der Bedingung, daß Preußen diese und die Quote der dänischen Schuld übernähme, und die Herzogthümer nur an der preußischen Staatsschuld Theil nehmen, als daß er eine Regierung anträte, die an dem Staatshaushalt zu Grunde gehen müßte.

Dieß Argument wird auf Biegeleben des Eindrucks wohl kaum verfehlen, denn es ist richtig.

Kommt der Herzog jetzt in den Besitz von Holstein, so kann er 1. jedenfalls dieses Herzogthum sichern und kann auch seinerseits die Bedingungen stellen, unter denen er Schleswig übernehmen wolle. Denn Schleswig allein an einen Dritten z. B. Preußen fallen zu lassen, würde doch ein gut Stück schwieriger sein.

4. Daß der König von Preußen, wie er dem Herzog mündlich gesagt, für die Anerkennung im Falle des Ausbruchs des Krieges sein werde, hoffen wir. Indeß Bismarcks Einfluß ist ja sehr bedeutend.

Möglicher Weise könnte Österreich sofort mit der Anerkennung als Großmacht vorgehen. Oder denkt man noch daran, auf die Personalunion zurückgehen zu können?

Deine Ansichten über die Nothwendigkeit des Besitzes von wenigstens Holsteins beim Wiederausbruch des Krieges theilen wir vollständig, wie Du schon aus den früheren Mittheilungen ersehen haben wirst. Erfreulich ist es, daß auch Beust dafür ist. Bange ist mir vor der Zusammenkunft Bismarcks mit Rechberg.

Kiel, 18. Juni 1864. Sammer.

62. Lorentzen an Sammer. 1864, 19. Juni, London. Gestern Sitzung der Konferenz. Englands Vorschlag eines Schiedsgerichtes. Preußische Teilungslinie Apenrade-Tondern. Beust gegen das Schiedsgericht. Befragung der Bevölkerung. Kriegers Meinung über die Schleswiger. Die

Wahrscheinlichkeit der Wiederaufnahme des Krieges. Souveränitätsfrage. Die Bemühungen des Königs von Sachsen. Brief geht erst morgen ab.

Lieber Freund! Nach langer Pause hat die Conferenz endlich gestern wieder eine Sitzung gehalten, über welche ich bereits gestern Abend, gleich nach dem Schluß derselben, die Hauptsache telegraphiren konnte. Da es sich als unmöglich herausgestellt hat, eine Einigung der kriegsführenden Theile über eine bestimmte Theilungslinie in Schleswig herbeizuführen, so ist England mit dem Vorschlag hervorgetreten, die Theilungslinie durch den Schiedsspruch eines unbetheiligten und nicht zu den Conferenzmächten gehörenden Souveräns bestimmen zu lassen; dabei ist die Clausel hinzugefügt, daß der eventuelle Schiedsspruch sich innerhalb der Vorschläge der kriegsführenden Mächte halten muß, d. h. daß die von dem Schiedsrichter zu bestimmende Linie nicht nördlicher laufen darf, als die zuletzt von den deutschen Mächten und nicht südlicher als die zuletzt von Dänemark angenommene Linie. Die Dänen haben diesen Vorschlag ad referendum genommen, ebenso Preußen und Österreich. Die preußischen Bevollmächtigten haben aber dabei ausdrücklich erklärt, daß die Linie, zu deren Annahme Preußen sich bereit erklärt habe, nur Apenrade-Tondern sei, nicht Flensburg-Tondern; über die letztere Linie sei nie eine officielle Erklärung Preußens abgegeben, sondern Graf Bernstorff habe nur seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, für den Fall, daß dadurch eine allseitige Einigung herbeigeführt werden könnte, wegen der Linie Flensburg-Tondern in Berlin anzufragen; die Forderung Preußens aber sei Apenrade-Tondern. Also würde für den Fall der Annahme des englischen Vorschlages der Schiedsspruch sich innerhalb der Linie Apenrade-Tondern und der Schlei-Linie zu halten haben.

Herr v. Beust hat bemerkt, er sei ohne Instruktion und könne sich also über diesen Vorschlag noch nicht bestimmt äußern; nur so viel könne er schon jetzt erklären, daß die definitive Erledigung der ganzen Theilungsfrage durch einen bloßen Schiedsspruch für Deutschland unannehmbar sei. Der Vorschlag einer arbitrage sei für Deutschland nur unter der Voraussetzung

acceptabel, daß damit das Princip der Befragung der Bevölkerung in Verbindung gebracht werde in der Weise, daß die ausgesprochene Willensmeinung des schleswigschen Volkes die Grundlage für den eventuellen Schiedsspruch zu bilden habe.

Frankreich und Rußland haben den englischen Vorschlag empfohlen. Neue Vorschläge in Betreff einer bestimmten Theilungslinie sind gestern nicht gemacht. Auch der erwartete Vorschlag der Linie Gelting-Bredstedt ist ausgeblieben. Der größte Theil der sehr langen Sitzung ist mit der Debatte über den englischen Vorschlag eines Schiedsspruches ausgefüllt worden. Außerdem haben die preußischen Bevollmächtigten eine Erklärung abgegeben, in welcher sie sich in Betreff der Befragung der Bevölkerung dem bekannten Beust'schen Standpunkt anschließen d. h. der in der Sitzung vom 9. d. M. von Beust abgegebenen Erklärung, deren Wortlaut jetzt veröffentlicht ist. Österreich hat, um nicht geradezu das Princip der Volksabstimmung anzunehmen und sich doch auch nicht von Preußen und dem Bund zu trennen, gestern eine Erklärung abgegeben, in der es sich der Ansicht der Bevollmächtigten Preußens und des Bundes anschließt, jedoch unter der Voraussetzung, daß damit die Befragung der loyalen Vertretung des Landes durch den legitimen Landesherrn gemeint sei. An diese Erklärungen hat sich wieder eine sehr leidenschaftliche Debatte geknüpft. Man hat von neutraler Seite gesagt, durch einen solchen Vorbehalt könne man das einmal angenommene Princip der Theilung wieder illusorisch machen, wenn nämlich die Bevölkerung sich ganz gegen die Theilung erkläre.

Darauf ist von deutscher Seite erwidert, man habe das Princip der Theilung für annehmbar erklärt, weil behauptet werde, daß in einem Theile Schleswigs Dänen mit dänischen Sympathien wohnen; in so weit dies durch die Erklärungen der Bevölkerung selbst als richtig erwiesen werde, wolle man die Abtretung des Nordens von Schleswig zugestehen; aber nicht weiter; sollten sich die Behauptung von dänischer Nationalität und dänischen Sympathien in Schleswig durch die Befragung der Bevölkerung als falsch erweisen, so werde dann allerdings auch die Theilung wegfallen.

Herr Krieger ließ sich zu der unbesonnenen Äußerung hinreißen, die Schleswiger seien les sujets les plus fédèles du roi de Danemark; ohne den Nationalverein und die deutschen Mächte würde Niemand in Schleswig sich in mißvergnügtem Sinne geäußert haben, und auch jetzt verlangten die Schleswiger nicht, von Dänemark getrennt zu werden. Herr v. Beust antwortete darauf, er freue sich außerordentlich, in Herrn Krieger einen so beredten Vertheidiger seines eigenen Vorschlages zu finden; wenn das, was Herr Krieger gesagt habe, wirklich richtig sei, so müßte ja Dänemark die Befragung der Bevölkerung mit beiden Händen acceptiren.

Schließlich hat man die nächste Sitzung auf Mittwoch angesetzt und hofft, daß bis dahin die Instruktionen hinsichtlich des neuen englischen Vorschlages hier sein werden. Von einer Verlängerung des Waffenstillstandes ist gestern nicht die Rede gewesen. Die Frage ist also noch immer die, ob bis zum Sonnabend eine Verständigung über eine Friedensbasis erreicht werden kann. Bis zum letzten Moment wird sich hier ohne Zweifel die Sache in der Schwebe halten, und es ist schwer vorherzusagen, ob wir am 26. d. M. Krieg oder Waffenstillstand oder Frieden haben werden. Doch scheint nach der gestrigen Sitzung der Wiederausbruch des Krieges etwas weniger wahrscheinlich zu sein. Ohne Zweifel ist der englische Vorschlag im Voraus in Paris gutgeheißen und zwar mit dem Hintergedanken, daß dabei die überwiegende Bedeutung des französischen Einflußes in Europa sich manifestiren soll. Die Annahme eines definitiven Schiedsspruchs ist gewiß unwahrscheinlich. Herr v. Balan sagt mir auch, er habe privatim in Berlin die Annahme des englischen Vorschlags widerrathen. Aber bei der unleugbar auf allen Seiten vorhandenen Friedensliebe ist es nicht unmöglich, daß der Vorschlag in einer modificirten Form angenommen oder wenigstens diskutirt wird. Etwa in der Weise, daß an die Stelle eines Schiedsrichters, über den man sich sehr schwer einigen würde, eine internationale Kommission unter französischem Vorsitz tritt, unter deren Oberleitung die Befragung des Landes vorzunehmen wäre. Jedenfalls halte ich eine Fortdauer der Conferenz über den 26. d. M. hinaus heute für wahrscheinlicher, als ich noch vor wenigen Wochen glaubte.

Für uns scheint mir, welche Eventualität nun auch am 26. d. M. eintreten mag, jetzt das Wichtigste, daß die Anerkennung des Herzogs vom Bunde so bald als möglich erfolge. Sollte der Krieg wieder ausbrechen, so halte ich die faktische Sicherung des Besitzstandes fast für eine Lebensfrage.

Aber auch bei einer Verlängerung der hiesigen Verhandlungen wird es von der größten Bedeutung sein, daß die Souveränitätsfrage wenigstens für Holstein vom Bunde entschieden wird. Die Conferenz würde eine solche Entscheidung ohne Zweifel als fait accompli annehmen. Ich höre von Herrn v. Beust, daß Sachsen jetzt den Antrag auf Anerkennung vom Bunde einbringen wird, motivirt dadurch, daß man dem Lande nicht länger unnöthigerweise die Kosten der Exekution zumuthen möge. Er hofft, daß Österreich jetzt zustimmen werde; — ich weiß nicht, wie weit diese Hoffnung begründet ist. Was Preußen betrifft, so ist das oldenburgische Projekt wohl weniger gefährlich, als Schleiden es vor einigen Tagen in einem Briefe an Franke dargestellt hat. Wie es heute heißt, hätte Bismarck den Großherzog von Oldenburg schon wieder fallen laßen, weil er gefunden, daß derselbe noch weit weniger zu Concessionen geneigt sei. Ich bin zweifelhaft, ob das ganze Oldenburgische Projekt überhaupt etwas Anderes gewesen ist als ein Versuch, den Herzog einzuschüchtern. Dazu kommt die, wie es scheint, fortdauernd günstige Stimmung des Königs. Wie ich höre, hatte der König von Sachsen die Absicht, gestern den König von Preußen auf seiner Reise nach Karlsbad von Leipzig bis Altenburg zu begleiten, und wollte diese Gelegenheit benutzen, um den König Wilhelm für den sächsischen Antrag auf Anerkennung zu gewinnen. Ob dies gelingt, muß sich ja bald zeigen. Jedenfalls möchte ich dringend rathen, jetzt von Kiel aus alle Energie auf die Durchsetzung der Anerkennung zu richten. Wenn dieses gelingt, so sind wir auch der Theilungsgefahr gegenüber in einer viel besseren Position.

Leider ist heute Sonntag, und deshalb die Post hier gänzlich geschlossen. Dieser Brief wird deshalb, obgleich ich ihn heute noch in einen Briefkasten werfen will, erst morgen abgehen.

Lorentzen.

63. Lorentzen an Sammer. 1864, 20. Juni, London. Umstimmigkeit im englischen Ministerium betreffend die aktive Beteiligung am Kriege. Stimmung im Lande für den Krieg. Unterredung mit Osborne über diese Frage. Das englische Witzblatt „the owl“. Notizen über eventuellen Schaden für England durch die Blokade der Ostsee.

Lieber Freund! Die Zeitungen haben schon das Gerücht erwähnt, daß Lord Cowley in Paris angefragt habe, ob Frankreich geneigt sei, sich mit England an einer Demonstration in der Ostsee zu betheiligen, und daß der Kaiser ablehnend geantwortet habe. Hier wird in parlamentarischen Kreisen diese Nachricht für richtig gehalten. Die Kriegslust ist hier dadurch etwas abgekühlt, dazu kommt, daß das Ministerium selbst in Beziehung auf die Frage einer aktiven Intervention in sich uneinig ist. An der Spitze der Kriegspartei steht Palmerston. Dagegen sind Gladstone, Granville und Milner Gibson entschieden friedlich. Man meint also, daß, wenn die Frage der Intervention zur Entscheidung kommen sollte, das Ministerium in sich zusammenbrechen würde. Inzwischen aber treibt das Land durch die Vermittlungssucht Lord Russell's der Kriegsgefahr immer mehr entgegen. Durch die Erklärung, die Lord Russell am Freitag im Oberhaus auf die Interpellation von Lord Ellenborough abgegeben hat, ist natürlich die öffentliche Meinung sehr aufgeregt, und, obgleich man immer noch nicht recht an den Krieg glaubt, so hat man doch die Empfindung, daß bei solcher Politik England selbst wider Willen in einen Krieg verwickelt werden kann.

Ich habe heute über diese Fragen eine längere Unterredung mit Osborne gehabt. Er sagte mir, er wolle zunächst in Beziehung auf die Antwort Russell's an Ellenborough eine Interpellation an die Minister richten. Von der Antwort wird das Weitere abhängen. Wenn dieselbe eine Handhabe bietet, und er seine politischen Freunde (namentlich Kinglake) dafür gewinnen kann, so wird Osborne einen Antrag stellen, der sich direkt gegen den Krieg und gegen die zum Krieg treibende Politik der Minister ausspricht. Dies wäre, wenn es gelingt, ein Schlag, durch den der von Tories beabsichtigte Schlag gekreuzt werden würde. Ich weiß nicht zu beurtheilen, in wie weit für einen

solchen Antrag auf eine Majorität zu hoffen ist. Entschieden friedlich ist die ganze Manchesterpartei, ferner die City und was mit ihr zusammen hängt, ebenso ein großer Theil des Whigs. Selbst die Tories sind eigentlich nicht kriegslustig; sie möchten nicht gern die dänische Erbschaft der jetzigen Minister antreten. Lieber wäre es den Tories, daß Palmerston und Russell erst selber die Suppe ausessen, die sie eingebrockt haben. Dann würden die Tories mit einem Tadelsvotum kommen, aber hinterher erklären, nun sei die Sache leider verfahren, und es sei zu spät, den armen Dänen zu helfen. Was hier zum Kriege treibt, ist weniger das Interesse für Dänemark als die Empfindung, daß das Ansehen Englands in Europa durch die Art, wie die Minister die dänische Frage behandelt haben, tief gesunken ist. Von der bisherigen zudringlichen Vermittlungssucht will man auf beiden Seiten des Hauses nichts mehr wissen. Die Frage ist nur, auf welche Seite sich die Majorität neigen wird. Kann John Bull die Überzeugung gewinnen, daß es edelmüthiger erscheint, wenn er die Hände in der Tasche behält, so thut er das gewiß am liebsten, und diese Überzeugung ihm beizubringen, ist Osborne gerade der richtige Mann. Ich werde es vorher erfahren, ob ein Antrag in dem angegebenen Sinne eingebracht wird. Aus nahe liegenden Gründen bitte ich, die obigen Mittheilungen als ganz vertraulich zu betrachten und zu behandeln. Einige der obigen Notizen stammen von Morier, welcher gegenwärtig in London ist, und dessen Beziehungen zu uns selbstverständlich die allergrößte Vorsicht erfordern. Denn es ist hier gegenwärtig kein Scherz, sich für uns zu interessiren. Das hat z. B. auch Oliphant selbst in der Gesellschaft erfahren, zu deren Günstlingen er sonst gehört. Aber er läßt sich dadurch nicht irre machen, und ich kann in der That seine Verdienste nicht genug hervorheben. Am meisten nützt er uns durch ein Witzblatt „the Owl“, welches ich rathe, in Kiel zu halten. Dieses Blatt ist entschieden unser bester Advokat in der Presse. Indeß ist es hier ein absolutes Geheimniß, daß Oliphant an der „Owl“ betheiligt ist, und das muß es auch unbedingt bleiben. So wie hier das Leiseste darüber verlautet, würde das Ganze aufhören.

Sehr erwünscht würden mir einige Notizen sein über den Schaden, den England sich selbst durch eine Blokade der Ostseehäfen zufügen würde. Die statistischen Notizen des Gothaischen Almanach über die Handels- und Schiffarthsbewegung Großbritaniens sind mir zur Hand, und ich meine also solche Notizen, die sich aus dem Gothaischen Almanach nicht ergeben.

Lorentzen.

64. Sammer an Lorentzen. 1864, 21. Juni, Kiel. Brief an Morier abzugeben. Des Herzogs Reise nach Dithmarschen. Relation Bambergs betreffend Bericht Bismarcks nach Paris über die Verhandlung mit dem Herzog. Bitte, sich dort und bei Bernstorff zu erkundigen, ob dies geschehen sei. Preußen und Frankreich. Rückkehr Lorentzens. Des Herzogs Wunsch, sich Beust erkenntlich zu zeigen. Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse in Berlin.

Lieber Freund!

1. Ehe ich es vergesse: Morier ist mit Familie in London. Durch Erkundigungen beim General Pect (dem alten Kriegsminister der Tory's), seinem Schwiegervater, wirst Du seine Adresse erfahren. Gieb ihm einliegenden Brief, den ich doch nicht ganz umsonst geschrieben haben möchte, und schreibe mir seine Meinung über die Situation.

2. Der Herzog reist heute nach Dithmarschen. Henrici fand die Commission, auch Nieper ganz verwandelt. Sie machten keine Schwierigkeiten, fanden die Reise sogar sehr wünschenswerth.

3. Dein Freund Bamberg in Paris hat eine Relation[1]) eingesandt, welche Dir zugehen wird. Sie wird wohl manches

[1]) Paris den 15. Juni 1864. Angesichts der neuen Wirren, welche der Schleswigschen Angelegenheit drohen, mögen die nachstehenden Angaben über die Lage besonderer Berücksichtigung empfohlen sein.

Seit dem Düppler Siege hat Preußen an der Idee der Personalunion nur darum noch eine Zeitlang festgehalten, weil ihm einerseits durch Österreich die Hände gebunden waren, und weil es andererseits der französischen Politik der Zertrümmerung der dänischen Gesammtmonarchie und zwar, wie sich herausgestellt hat, nicht mit Unrecht mißtraute. In den zu der Personal-Union gestellten Bedingungen lag indessen so ziemlich die Gewißheit ihrer Verwerfung von seiten Dänemarks und des Überganges Preußens zu der Politik der Trennung der Herzogthümer von Dänemark. Österreich fürchtete, als es sich von Preußen umgangen sah, jetzt mehr als je die Sonder-Vortheile des letzteren und beschloß seinerseits es zu überrennen.

unrichtige enthalten, in einem Punkte ist sie sehr wichtig; sie zeigt nämlich, daß Bismarck jedenfalls der Pariser Gesandtschaft

---

Während auf diese Weise für die Unabhängigkeit der Herzogthümer und ihrer legitimen Erben äußerlich eine höchst vortheilhafte Phase entstand, entwickelte sich innerlich ein Zersetzungsproceß, der erst seit Kurzem vollständig durchschaut werden kann.

Österreich begnügte sich nicht damit, in der direkten Protection des Hauses Augustenburg, dem es bisher so weh getan hatte, die Belohnung zu suchen, daß Herzog Friedrich sich jetzt nicht ausschließlich Preußen in die Arme werfen würde, sondern es hetzte auch Frankreich auf, etwaige für Preußen vortheilhafte Übereinkommen auf Schleswig-Holstein zu verhindern. Frankreich that dieß besonders unter dem Eindruck der Ablehnung der von ihm Preußen kurz vorher angebotenen Annexion von Holstein und hatte dabei den Zweck, Preußen mit dem Herzog zu entzweien, damit es nicht indirekt der Vortheile theihaftig werde, die es ihm für die Schlüssel Deutschlands zu geben sich bereit erklärt hatte, und damit Preußen, wenn es sich im Norden verstärken wolle, auf Frankreich angewiesen bliebe.

Kaum waren daher in Paris die Nachrichten eingetroffen, daß der Herzog und Herr v. Bismarck sich nicht geeinigt hätten, als Frankreich (dieß hat vor einigen Tagen positiv stattgefunden) aufs Neue mit seinem Anerbieten einer Entschädigung durch Holstein für die Grenzen von 1814 auftrat.

Hiernach müssen alle Illusionen über die vermeintliche Ideen Politik Frankreichs schwinden. Frankreich war bei der Entwicklung der Frage die nützlichste Macht, weil es die habsüchtigste war, Österreich die schädlichste, weil es jeden Raub verhindern wollte. Die Aufgabe des Herzogs und seiner Räthe liegt nun aber gerade in dem richtigen Steuern zwischen der unmittelbaren Gefahr, die jener Abgrund, und der mittelbaren, welche diese Untiefe darbietet.

Insofern also S. Hoheit aus Gründen persönlicher Überzeugung in Berlin für die Wahrung des eigenen Heerdes gestritten hat, will der Verfasser sich hierüber kein Urtheil erlauben; insofern sich aber der Rath Frankreichs und Österreichs im Spiele befand, schließt er, auf Grund bestimmter, jetzt erst zu Tage gekommener Thatsachen, daß beide dabei falsche Freunde gewesen.

Wenn die aufrichtigsten Kämpfer für die Schleswig-Holsteinische Sache nur haben rathen können, nicht durch eine übertriebene Bevorzugung Preußens die Souveränität des neuen Staats von vornherein zu untergraben, und Frankreich wie Österreich Grund zu besonderer Feindseligkeit gegen das zu schaffende zu geben, so konnte dieß natürlich nur in der Voraussetzung geschehen, daß besonders Frankreich die Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins auch selbst nach dem fehlgeschlagenen Versuch wolle, die

eine Relation über die Verhandlungen mit dem Herzog hat zugehen lassen.

---

größere Hälfte davon an Preußen zu verhandeln. Frankreich hat in der That neben diesen falschen materiellen Interessen sehr wichtige moralische bei der deutschen Lösung der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit. War es ihm aber gar nicht um die Erreichung dieser moralischen, sondern vorzugsweise um materielle Vortheile zu thun, und ist Österreich in der ganzen Sache nur liberal geworden, um desto leichter wieder reaktionär werden und auf die Personalunion zurückkommen zu können, so bleibt Preußen immer noch der natürlichste Alliirte Schleswig-Holsteins. Keinesfalls durfte es bei den Unterhandlungen in Berlin zum Bruche kommen. Eine möglichst schnelle und den Verhältnissen angemessene Ausgleichung mit Preußen scheint daher von äußerster Nothwendigkeit. Über die Herrn von Bismarck gegenüber ausgesprochene Ansicht, mit einer Militär Convention nicht so weit zu gehen wie Coburg, möge hier nur bemerkt sein, daß, wenn die Gebäude der kleineren deutschen Staaten dereinst zum Wanken kommen sollten, dieß durch Stürme und nicht durch künstliche Anlagen der Militär Diplomatie geschehen wird. Hiervon abgesehen wäre zu erwägen, in wiefern nach dem Gesagten ein Fall vorliegt, aus der Nothwendigkeit eine Tugend zu machen.

Die Stellung Frankreichs in der Grenzfrage ist die einer feindlichen Macht, und Österreich hat in der Sitzung vom 2. Juni, als Graf Bernstorff sich für die Linie Apenrade-Tondern ausgesprochen hat, diese Grenze noch für ungenügend erklärt, während es jetzt nichts thut, um die bessere Grenze und den legitimen Herzog zur conditio sine qua non zu machen.

Die russisch-oldenburgische Candidatur kommt den Gegnern einer deutschen Lösung zu statten. Auch würde, wenn Preußen Frankreich Zugeständnisse gewisser Natur machen wollte, Frankreich auch auf eine Vergrößerung Preußens durch Oldenburg eingehen.

Unmittelbar gefährlicher als die Oldenburger Candidatur dürfte der Umstand sein, daß, während für die Interessen der legitimen Erbfolge eine schnelle Beendigung des Krieges und der ganzen Angelegenheit wünschenswerth wäre, Preußen jetzt darnach streben muß, sie aufzuschieben, um bessere Aussichten auf Entschädigung für die gebrachten Opfer abzuwarten.

Bei Beendigung dieser Denkschrift erfährt der Verfasser aus zuverlässigster Quelle und zur überraschenden Rechtfertigung der oben auseinandergesetzten Punkte, daß Österreich in London und in Paris und wahrscheinlich auch in Kopenhagen, ganz im Geheimen den Antrag des Eintritts von Gesammt Dänemark in den deutschen Bund gestellt hat, nach längeren Unterhandlungen aber damit schmählich abgewiesen worden ist. Frankreich hat gegen dieses Ansinnen zu wiederholten Malen förmlich Protest eingelegt.

Ich bitte Dich nun

a. Bamberg direkt diese Frage zu stellen mit der Bitte, Dir mitzutheilen, was diese Relation, die nach Paris gegangen ist, enthalte,

b. die Meinung auszusprechen, daß das gegenseitige Mißtrauen zwischen Herzog und Bismarck wohl zu vielen unrichtigen Auffassungen Seitens des Letzteren geführt habe. Es sei Dir bekannt, wie preußisch der Herzog gesinnt sei,

c. Bernstorff und Balan gelegentlich dasselbe, etwa mit dem Zusatz, zu sagen, daß Du Nachrichten aus Berlin oder Kiel habest, wonach Du ganz sicher seiest, daß, wenn der König nicht ganz zufrieden mit dem Herzog sein sollte, dann die Schuld an irrthümlicher Darstellung Seitens Bismarcks liege. (Die Wahrheit ist nämlich, daß Bismarck den König auf das Stärkste angelogen hat.)

4. Behalte die Relation Bambergs ganz für Dich. Das über Österreich kann recht wohl wahr sein und stimmt mit meinem alten Verdachte. Was Frankreich betrifft, so steht anderweitig fest, daß Herr v. Goltz in Paris selbst gesagt hat, Preußen habe zu hohe Forderungen an den Herzog gestellt. In Berlin nimmt man an, Frankreich sei gut, wenn es Aussicht habe, daß Preußen annektiren wolle, schlecht, wenn umgekehrt. Es ist das nicht unmöglich.

5. Komme, wenn die Conferenzen aus sind, je eher, je lieber wieder. Du mußt dann die Sachen noch einige Zeit übernehmen. Ich bin sehr angegriffen, und muß ich mich etwas erholen.

6. Kann der Herzog Beust irgend eine Freundlichkeit erzeigen? und ohne die Preußen zu verletzen?

7. Ich hoffe, daß die Berliner Verhältnisse sich bessern werden. Dies nur für Dich.

Kiel, 21. Juni 1864. Sammer.

65. Lorentzen an Sammer. 1864, 22. Juni, London. Ablehnung des englischen Vorschlages. Wiederausbruch des Krieges sicher. Abreise nach Kiel nach dem Parlamentskampf erwünscht, Graf Rantzau kommt

gleich zurück. Schleiden nach Paris. Forchhammer bleibt. Verhandlung mit Professor Weinmann. Memoire der Abtretung der russischen Forderungen an Oldenburg. Beteiligung des Bundes am Kriege. Brief des Amtmanns de Fontenay aus Tondern und des Professors Jessen in Hadersleben.

Lieber Freund! Über die allgemeine politische Lage weiß ich heute, da ich vor dem Schluß der Conferenzsitzung schreiben muß, zu meinen letzten Berichten und zu dem, was Schleiden gestern an Franke geschrieben hat, nichts hinzuzufügen. Es ist möglich, daß die heutige Sitzung der Conferenz die letzte ist. Sicher ist die Ablehnung des englischen Vorschlags der Arbitrage. Heute wird noch Frankreich eine Abstimmung in dem mittleren streitigen Theil Schleswigs vorschlagen, aber ohne Aussicht auf Annahme. Möglich ist, daß man davon noch Anlaß nimmt, noch am Sonnabend eine Sitzung zu halten, um den Versuch einer Verständigung bis zum letzten Augenblicke fortzuspinnen. Aber Niemand zweifelt mehr daran, daß am 26. d. M. der Krieg zwischen Preußen-Österreich und Dänemark wieder ausbrechen wird. Die Theilungsgefahr ist damit für jetzt und hoffentlich für immer beseitigt. Aber unsere selbständige Existenz ist jetzt doppelt gefährdet, wenn wir jetzt nicht sofort die Anerkennung des Herzogs durch den Bund und damit den faktischen Besitzstand erlangen. Daß ich Deine telegraphische Anfrage, ob Beust an Könneritz geschrieben habe, nicht umgehend beantwortete, hatte seinen einfachen Grund darin, daß Beust zwei Tage auf dem Lande war, und ich ihn also nicht sehen konnte.

Ich bin sehr erfreut, daß meine Abreise von hier nach dem Wiederausbruch des Krieges in Kiel genehmigt wird. Es wird hier dann in der That nicht viel Erhebliches zu thun sein. Nur den großen parlamentarischen Kampf, der gleich nach dem Scheitern der Conferenz ausbrechen wird, möchte ich hier noch abwarten. Ich halte das nicht für unwichtig. Es scheint mir nothwendig, daß unsere Freunde im Parlament während der bevorstehenden Schlacht alle Auskunft erhalten können, die ihnen wünschenswerth. Ich will suchen, mich bis dahin auch mit Cobden und Wright in Beziehung zu setzen. Ich nehme darnach an, daß ich wenigstens die folgende Woche noch ganz hier bleiben

werde. Sobald aber diese parlamentarische Debatte beendet ist, werde ich abreisen.

Was Graf Rantzau betrifft, so stimme ich ganz mit dem überein, was er selbst Dir gestern geschrieben hat. Ich sehe in der That nicht ein, was er durch sein ferneres Hierbleiben nützen soll. Selbständig politische Geschäfte betreiben, dazu ist er bei allem Talent doch zu jung, auch wird es hier in nächster Zeit solche Geschäfte nicht geben. Der ohnehin sehr problematische Nutzen in der Gesellschaft hört bald von selbst auf, weil die Saison, die jetzt auf ihrer Höhe ist, mit Anfang Juli abnimmt; um Mitte Juli hat die ganze fashionable Welt London verlassen, und auch das Parlament geht dann, mit oder ohne Auflösung zu Ende. Es bliebe hier dann höchstens noch eine Thätigkeit in der Presse möglich, für die doch Graf Rantzau wohl nicht der richtige Mann ist.

Schleiden wird Dienstag 28. d. M. nach Paris abreisen und wird dort höchstens 8 Tage bleiben. Für den Fall, daß die ihm für Paris zugedachten Aufträge ihn hier nicht mehr erreichen sollten, lege ich seine Pariser Adresse bei.

Somit wird nur Forchhammer hier das Feld behaupten, wahrscheinlich bis die Ferien in Kiel beginnen. Auch sehe ich nicht ein, was er hier jetzt noch viel schaden kann. Übrigens habe ich durchaus keine Ahnung davon, was er hier jetzt treibt; ich habe ihn seit mindestens drei Wochen nicht mehr gesehen.

Vor drei Tagen schrieb mir Dr. Weinmann aus Liverpool, daß seine Ferien (er ist dort an einer Schule angestellt) begonnen haben, und daß er sich ganz zur Disposition stelle. Ich habe ihn darauf gebeten, sofort nach London zu kommen, und er ist schon gestern hier eingetroffen. Er kann während der nächsten paar Wochen hier sehr nützlich sein. Das Wichtigste in der Presse scheint mir jetzt, daß man im Sinne der Friedenspartei die öffentliche Meinung bearbeitet. Weinmann hat namentlich mit dem Morning Star, dem Organ der Manchester Partei, einige Verbindungen, die jetzt gut ausgebeutet werden können. Da es sich nur um einen Aufenthalt von etwa drei Wochen handelt, so glaube ich, daß die Kosten, die dadurch veranlaßt werden,

sich reichlich bezahlt machen. Es fragt sich nur, ob das Hamburger Preßkomité ersucht werden soll, ihm die Kosten zu ersetzen, oder ob dies direkt aus dem betreffenden Fond des Auswärtigen geschehen soll. Ich bitte über diese Frage um eine gefällige Auskunft, indem ich voraussetze, daß meine Einladung an Weinmann dort gebilligt ist.

Das Memoire über die Cession der russischen Ansprüche an den Großherzog von Oldenburg habe ich erhalten und werde, wo sich Gelegenheit dazu findet, mich demgemäß aussprechen. Schleiden, dem ich das Memoire glaubte mittheilen zu dürfen, würde sehr dankbar sein, wenn er ein Exemplar für sich erhalten könnte. Da das Memoire lithographirt ist, so wird das wohl keine Schwierigkeiten haben.

Das Promemoria über die Gründe, welche die Betheiligung des Bundes an einem wieder ausbrechenden Krieg als geboten erscheinen lassen, habe ich gestern erhalten. Ich hoffe, morgen Gelegenheit zu haben, dieselben bei Herrn v. Beust geltend zu machen. Ich kann aber schon jetzt sagen, daß Herr v. Beust sich früher gelegentlich, als der Wiederausbruch des Krieges noch nicht in so naher Aussicht stand, bestimmt für die Betheiligung des Bundes in einem solchen Falle ausgesprochen hat. Noch entschiedener hat mehrfach Herr Legationsrath Hofmann aus Darmstadt die gleiche Ansicht geäußert.

Vom Amtmann de Fontenay-Tondern [1]) und vom Professor Jessen [2]) in Hadersleben habe ich in diesen Tagen Briefe erhalten. Sie verlangen von mir Rathschläge, was sie hier gegen die Theilung thun können. Ich habe ihnen geschrieben, was sich hier meiner Ansicht nach thun läßt, aber hinzugefügt, wenn der Krieg wieder ausbricht, sie hier nichts mehr gegen die Theilung zu thun brauchen. Lorentzen.

---

[1]) Nr. 59.

[2]) vom 11. Juni. Jessen schreibt: Vor wenig Tagen habe eine gut besuchte Versammlung in Hadersleben sich gegen jede Theilung von Schleswig ausgesprochen; „im Privatgespräch thun das fast alle, aber die Beamten, die noch alle Dänen sind, halten sie durch Versprechungen und Drohungen von jeder Äußerung ab. Namentlich sind die Prediger wirksam, und die Bauern wagen wegen der einmal gemachten Erfahrungen nicht, ihnen zu widersprechen.“

66. Griebel an Lorentzen. 1864, 23. Juni, Meldorf. Bericht über die Reise des Herzogs durch Dithmarschen.

Hochgeehrter Herr Doktor. Eine Pause in den sich jagenden Festlichkeiten benutze ich, um Ihnen über den Triumphzug des Herzogs durch Dithmarschen kurz zu berichten, zunächst, daß der Herzog selbst, wie mir zu schreiben soeben aufgetragen ist, sehr befriedigt ist.

Cabinetsrath Tempeltey und ich langten gestern Abend mit dem Deichinspektor v. Christensen, den wir in Itzehoe getroffen, vor dem Herzog in Heide an. Erst gegen 8 war die Rundfahrt durch Norderdithmarschen beendet; in Wesselburen und Büsum war, wie in Lunden längerer Aufenthalt gewesen; ein Theil der aus ca. 500 Reitern bestehenden Norderdithmarscher Garde hatte die ganze fast zwölfstündige Tour mitgemacht. Eine halbe Stunde nach der Ankunft des Herzogs, dem vor der Landvogtei immer von Neuem jubelnde Hochs gebracht wurden, begann das Festmahl; neben dem Herzog saß der Landvogt und der Propst, gegenüber der constituirte Pfennigmeister, der den ersten Toast ausbrachte auf „den Fürsten unseres Rechts, das Recht unsres Fürsten". Der Herzog dankte in sehr freundlichen Worten mit einem Hoch auf die Landschaft Norderdithmarschen. Darauf toaste Landvogt Johannsen außerordentlich hübsch auf die Herzogin und die herzoglichen Kinder, besonders auf die Hoffnung des Landes, den Erbprinzen Ernst Günther. Hatte dieser Toast schon gezündet, so wußte der Herzog durch eine glänzende Rede[1]) die ganze Gesellschaft — besonders auch die Vollmachte, die sich doch im Ganzen einer bedeutenden Ruhe erfreuen, ganz hinzureißen. „Sie haben eine Saite meines Herzens angeschlagen, ich bin gewiß, auch in Ihnen eine Herzenssaite zu treffen durch einen Namen, der in Ihnen Allen einen lebhaften Widerhall finden wird, durch den Namen Schleswig-Holstein. Mir ist es beschieden, Schleswig-Holsteins erster deutscher Fürst zu sein, ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß in Wahrheit ein deutscher Fürst zu sein mein Streben sein wird. Particularistische Interessen werden hinfort dem Fürsten und dem Volke fremd sein."

---

[1]) s. dazu Gebauer, Herzog Friedrich VIII., S. 117.

Es ist schwer, das von Herzen kommende und zu Herzen gehende lebendige Wort schriftlich wieder zu geben, genug, daß des Herzogs eingehende Rede im angedeuteten Sinn begeisternd wirkte. Ein Übriges, um die Gesellschaft in belebte Stimmung zu versetzen, thaten die ganz ausgezeichneten Weine, auf deren Probe die landschaftliche Subcommission, wie ihr vom Heider Festcomité vorgeworfen ward, allerdings recht viele Zeit verwandt hatte.

Nach dem Festmahl ward in dem sehr hübsch decorirten Gildezelte auf dem Markte der Kaffee von jungen Damen servirt. Ein großer Fackelzug, in dem, wie in der Garde, die verschiedenen Kirchspiele vertreten waren, defilirte vorbei. Pastor Siercks aus Wesselburen hielt die Anrede, die sehr kräftig und entschieden war; eben wie Dr. Dohrn am vorigen Abend betonte er die lebhafte Hoffnung, daß Se. Hoheit bald die Zügel der Regierung ergreifen und dem Lande wieder eine verfassungsmäßige Ordnung verschaffen möge. Der Herzog spricht bei öffentlichen Gelegenheiten, da er doch nicht für alle verständlich sein könnte — nur zu den Nächstehenden; mir ging's wie fast allen — ich hörte kein Wort von der Antwort. Nachdem der Fackelzug vorbeimarschirt, fuhr der Herzog mit dem Landvogt und der Landvögtin durch die illuminirten Straßen, die jubelnden Grüße in gewinnender Weise erwidernd.

Erst lange nach Mitternacht leerten sich die Straßen. Heute morgen um 10 gings nach Meldorf; die Deputationen der beiden Landschaften begleiteten den Herzog bis zur Süderdithmarscher Grenze; dort wurden Wagen gewechselt, die Norderdithmarscher Deputation und Garde kehrten zurück. Eine aus ca. 100 Mann bestehende Hemmingstedter Garde gab bis dahin, von da bis Meldorf eine Meldorfer das Geleite ab. Der Zug war so geordnet, daß vorne Major v. Schmidt im leichten Wagen fuhr, dann kam ein Theil der Garde, darauf der Herzog in einer Kutsche mit 4 Schimmeln, dann der Rest der Garde, endlich die Deputation etc. Erste Begrüßung an der Grenze, zweite in Hemmingstedt, dritte hinter Epenwöhrden von den Kampfgenossen, vierte vor Meldorf von dem Fleckenscollegium, fünfte in Meldorf von den Lehrern und Schülern der gelehrten Schule, sechste vor

der Landvogtei von 60 kleinen Mädchen, die ein dem Herzog mit einer kurzen Ansprache überreichtes Lied sehr niedlich sangen. Nach dem Frühstück in der Landvogtei — ganz en famille — Empfang der Beamten und Corporationen im Landschaftshaus. Darnach Besichtigung der Kirche — es war übrigens nichts zu sehen als Menschen-Cantate. Um 6 Bankett, dann Fackelzug und Illumination. Morgen gehts nach Marne und dem Frederikskoog, übermorgen nach Wilster. Ob daran zu denken sein wird, übermorgen wieder in Kiel einzutreffen, weiß ich nicht, glaube es indeß kaum, da auch die Kellinghusener mit großer Entschiedenheit hoffen, daß der Herzog ein früher gegebenes Versprechen jetzt erfüllt. Jedenfalls kann es meiner Ansicht nach nur von großem Nutzen sein, nicht allein für das Ausland, sondern ebenso sehr für das Inland, wenn die Reise möglichst ausgedehnt wird, vorausgesetzt einmal, daß der Herzog die mannigfachen Strapazen aushalten kann, dann, daß seine Gegenwart in Kiel nicht unumgänglich nöthig ist.

Der Patriotismus und besonders der Eifer für den Herzog hebt sich ungemein, die Dänengenossen, an denen es immer noch nicht ganz fehlt, werden seltener, die Eidgenossen werden zu einer Entscheidung gedrängt.

Mit ausgezeichneter Hochachtung Ihr ergebenster

Th. Griebel.

67. Lorentzen an Sammer. 1864, 24. Juni. London. Morgen letzte Sitzung. Ausgang des parlamentarischen Kampfes will Lorentzen abwarten. Die Anerkennung durch den Bund und Schwierigkeiten, die Preußen macht. Eingehen auf den Brief vom 21. Juni. Bismarcks Relation auch in der Londoner Gesandtschaft bekannt. Eigenhändiger Brief des Herzogs an Beust würde von Vorteil sein. Artikel in den Londoner Zeitungen. Exemplar des „the owl" beigelegt.

Lieber Freund!

Ich habe heute früh Herrn von Beust, der von seiner Landpartie zurückgekommen ist, gesehen, habe aber zu dem, was Schleiden gestern an Francke über die letzte Conferenzsitzung berichtet hat, nichts hinzuzufügen. Morgen wird die letzte, bloß formelle Sitzung sein. Am Montag werden die Protokolle beiden Häusern vorgelegt, und einige Tage später wird dann der

parlamentarische Kampf beginnen, welcher entscheiden wird, ob England intervenirt oder nicht. Herr v. Beust sagte mir, er wolle wenigstens noch bis Ende der nächsten Woche hierbleiben, und billigte es sehr, als ich ihm sagte, daß ich die gleiche Absicht habe und hier den Ausgang des parlamentarischen Kampfes abwarten werde. Wie gering auch der Einfluß sein mag, den ich auf den Ausgang dieser Debatte haben kann, so glaube ich doch, daß wir nichts unterlassen dürfen, um die Friedenspartei so gut als möglich instruirt zu halten. Für uns ist in diesem Augenblicke nichts wichtiger, als daß England nicht aktiv intervenirt, weil dann der Krieg europäische Dimensionen annimmt, die Sache schließlich nur nach politischer Convenienz entschieden wird und sich unserer Einwirkung fast ganz entzieht. Herr v. Beust, gegen den ich dies Thema heute wieder berührte, stimmte vollkommen damit überein, daß jetzt für den Bund kein Grund denkbar sei, die formelle Anerkennung noch zu verzögern. Aber er schien von Preußen allerlei Schwierigkeiten zu befürchten. Auf die Ansprüche, die Oldenburg jetzt erhebt, legte er kein sehr großes Gewicht. Auf meine Äußerung, daß man den Herzog sofort anerkennen und installiren, Oldenburg aber auf den Weg des Austrägalverfahrens verweisen könne, meinte er, das sei ein Vorschlag, den man in Erwägung ziehen könne. Ich möchte anheim geben, diesen Gedanken den befreundeten Regierungen zu suppeditiren.

Das Schreiben vom [21. Juni] [1]) nebst dem anzüglich beigelegten Wydenbrugk'schen Bericht habe ich gestern erhalten. Den daselbst sub 4 erörterten Punkt jetzt, da die Conferenzverhandlungen beendigt sind, noch bei Herrn v. Beust zur Sprache zu bringen, scheint mir nicht rathsam, und ich unterlasse es also, da mir anheimgegeben ist, nach der Lage der Verhältnisse in der Conferenz zu verfahren.

Deinen Brief vom 21. d. M. habe ich gestern Abend erhalten. Die Einlage an (Morier) habe ich ihm zugeschickt. Ich besuche ihn nicht gern in seiner Wohnung, sondern erwarte, ob er zu mir kommt, weil das leichter unbeachtet bleibt.

---

[1]) Nr. 64.

Daß eine Relation über die Unterredung des Herzogs mit Bismarck nach Paris gegangen ist, ist mir nicht zweifelhaft. Auch an die hiesige Botschaft ist eine solche Relation gelangt. Als ich in diesen Tagen gegen Balan äußerte, die Zeitungsberichte über diesen Gegenstand seien sehr entstellt, und es sei dem Herzog vieles angedichtet, was er nicht gesagt habe, so antwortete er mir „Wir haben auch unsere eigenen Berichte aus Berlin, und das Meiste davon ist doch wahr". Hätte ich nun eine positive Relation gehabt, oder wie ich früher beantragte, einen zum Vorlesen geeigneten Privatbrief, so hätte ich widersprechen können und hätte ohne Mühe herausgebracht, was die Bismarcksche Relation enthält, und worin sie von der Wahrheit abweicht. Aber mit den allgemeinen Phrasen von preußischer Gesinnung u. dergl. konnte ich keinen Eindruck machen. Soll ich mit irgend einem Erfolg nochmals mit Graf Bernstorff oder Balan über dieses Thema sprechen, so muß ich irgend etwas Positives wissen. Mit der bloßen Behauptung, daß Bismarck gelogen hat, ohne zu wissen, was oder wie, kann ich unmöglich durchdringen.

Ich würde es für sehr gerathen halten, daß Se. Hoheit der Herzog an Herrn v. Beust einen eigenhändigen Brief schreibt, welcher mit möglichster Wärme seinen Patriotismus und namentlich auch seine talentvolle Behandlung der hiesigen Geschäfte anzuerkennen hätte. Ich sehe nicht ein, wie Preußen dadurch verletzt werden könnte, falls von dem Briefe etwas bekannt werden sollte. Die Farben können gern etwas stark aufgetragen werden. Wenn beiläufig auch das Wohlwollen erwähnt würde, mit dem Herr v. Beust mir meine Aufgabe hier erleichtert hat, so würde ich das dankbar anerkennen.

Es ist gelungen, den beiliegenden [1]) Artikel in der heutigen Morning Star zu bringen. Morgen wird ein Artikel über die oldenburgischen Ansprüche aus dem Gesichtspunkte der russischen Sekundogenitur folgen, wozu ich Weinmann die Gedanken angegeben habe. Da ich annehme, daß es Dir wohlthun wird, einmal ordentlich zu lachen, so lege ich Dir noch Little Johnny's Catechism aus der neuesten Nummer des Owl bei.

Lorentzen.

---

[1]) Nicht vorhanden.

68. Lorentzen an Sammer. 1864, 26. Juni, London. Die letzte Sitzung. Resumé Lord Russells. Die Entgegnung der Deutschen. Dänemark lehnt alle Konzessionen ab. Die Übertragung der russischen Ansprüche an Oldenburg. Erklärung Bernstorffs. Verabschiedung der Mitglieder unter einander. Stimmung im englischen Parlament. Folgen der gegenwärtigen Lage. Schleiden bittet um Aufträge für Paris. Oliphants Besorgnis wegen des Oldenburgers.

Lieber Freund. Die Conferenz hat gestern ihre letzte Sitzung gehalten, und der Krieg ist heute wieder eröffnet. Über die gestrigen Vorgänge kann ich sehr kurz berichten. Die Sitzung wurde damit eröffnet, daß Lord Russell im Namen der neutralen Mächte ein höchst parteiisch gegen Deutschland gehaltenes Resumé der Conferenzverhandlungen vorlas. Dasselbe ist von Brunnow verfaßt. Latour hat später gegen die deutschen Bevollmächtigten seine Genehmigung dieses Aktenstückes damit entschuldigt, daß er es erst um 12 Uhr erhalten habe und kaum habe durchlesen können (die Sitzung begann nämlich um 1 Uhr). Die Deutschen (Preußen, Österreich und Bund) haben sich ein gemeinsames Gegenresumé vorbehalten, welches später als Nachtrag zu den Protokollen veröffentlicht werden wird. Das Resumé der Neutralen soll am Schluß die Erklärung enthalten, daß sie nunmehr, nach dem resultatlosen Ausgang der Conferenzen wieder auf den Standpunkt des Londoner Vertrages zurückkehren. Aber ich kann nicht dafür einstehen, daß dies ganz richtig ist. Beust behauptet es, Bernstorff leugnet es, und Balan sagt, die Andeutung sei so unbestimmt gefaßt, daß man sie allenfalls auch anders interpretiren könne. Ich muß dies also bis zur Veröffentlichung des Protokolls, die schon übermorgen bevorsteht, dahingestellt sein lassen. Ganz bestimmt hat darauf Quaade[1]) erklärt, daß Dänemark alle während der Conferenz angebotenen Concessionen als wegfällig betrachte und wieder auf dem Boden des Londoner Traktats stehe. Graf Apponyi hat darauf eine von ihm verfaßte Erklärung für Preußen und Österreich verlesen, welche den Standpunkt beider Mächte präcisirt und, wie mir Beust sagt, hinsichtlich der Personalunion nicht ganz unbedenklich gefaßt sein soll. Herr v. Beust hat sich dadurch

[1]) Unterrichtsminister Kammerherr Georg Joachim Quaade.

veranlaßt gesehen, seinerseits den Standpunkt des Bundes zu präcisiren; außerdem hat er alle Schuld des Wiederausbruchs des Krieges den Dänen zugeschoben. Ferner ist in der Sitzung das Schreiben des Kaisers von Rußland an den Großherzog von Oldenburg verlesen, worin diesem die angeblichen russischen Ansprüche übertragen werden; bemerkenswerth ist, daß darin der Londoner Traktat für invalidé erklärt wird. (Eventuell wäre wohl geltend zu machen, daß Rußland doch nicht auf den Standpunkt des Londoner Traktats zurückkehren und zu gleicher Zeit die in jenen Traktat an den Protokollprinzen cedirten Ansprüche auch noch an den Großherzog von Oldenburg cediren kann. Man kann doch nicht auf zwei Pferden zugleich reiten.)

Außerdem hat gestern noch Graf Bernstorff, wie ich glaube, eine Erklärung dahin abgegeben, daß die deutschen Mächte jetzt nicht mehr an die Theilungsanerbietungen gebunden seien, sondern nunmehr wieder das Ganze fordern. Indeß kann ich nicht ganz bestimmt sagen, ob dies eine Erklärung ist, die er in der Conferenz abgegeben hat, oder ob er das nur als seine Überzeugung gegen mich hat aussprechen wollen. Im Grunde ist die Sache ja selbstverständlich. Schließlich haben die Mitglieder freundlichen Abschied von einander genommen, nur mit der Ausnahme, daß die Deutschen Herrn v. Bille[1]) garnicht Adieu gesagt haben. Bille soll sich nämlich wiederholt sehr ungeziemend benommen haben, und ihm ist deshalb während der letzten Sitzungen durch ein Übereinkommen zwischen Russell und Quaade das Wort ganz entzogen worden; wenn er etwas zu sagen hatte, so hat er es Quaade oder Krieger sagen müssen, die es dann für ihn vorbrachten.

Somit ist die Conferenz zu Ende, und morgen werden in beiden Häusern die Protokolle vorgelegt werden. Zugleich werden Russell und Palmerston das Programm der Regierung entwickeln. Die allgemeine Meinung hier ist, daß das Programm mehr friedlich als kriegerisch lauten wird. Überhaupt gewinnt die Friedenspartei an Anhang, und die City glaubt nicht an Krieg. Ich habe über diese Fragen in den letzten

---

[1]) Steen Andersen Bille, Marineminister, Kammerherr, Exzellenz.

Tagen mit mehreren Parlamentsmitgliedern, namentlich Osborne und Kinglake gesprochen und habe heute morgen eine lange Unterredung mit Morier gehabt. Die Behandlung der politischen Fragen hängt hier ja wesentlich von der Stellung der Parteien zu denselben und zu einander ab. Nun sind die Tories unbedingt feindselig gegen das Ministerium und werden ein Mißtrauensvotum beantragen, mögen die Minister eine friedliche oder kriegerische Politik ankündigen. Die Liberalen sind mehr zum Frieden geneigt, und unbedingt friedlich ist natürlich die Manchester Partei. Also haben die Minister, wenn sie ein kriegerisches Programm vorlegen, nicht allein die Tories, sondern auch die Friedensfreunde gegen sich; dagegen bei einem mehr friedlichen Programm haben sie nur die Tories gegen sich. Dazu kommt, daß Gladstone und Milner Gibson entschieden friedlich sind und aus dem Ministerium austreten würden, wenn Lord Palmerston seine kriegerischen Neigungen im Kabinet durchsetzen sollte. Man glaubt also, daß die Minister morgen die Absicht der Nichtintervention ankündigen, aber zugleich, um die aufgeregte Stimmung in etwas zu befriedigen, eine Flotte in die Ostsee schicken werden mit dem Auftrag, einen Angriff auf Fünen zu verhindern. Was aber auch immer morgen angekündigt werden mag, jedenfalls werden die Tories ein Mißtrauensvotum beantragen, und die große Debatte hierüber wird wahrscheinlich am Montag der nächsten Woche (4. Juli) stattfinden. Behalten die Minister die Majorität, was möglich, aber nicht wahrscheinlich ist, so gehen die Dinge ihren Gang weiter. Bleiben sie in der Minorität, so ist es nicht ganz gewiß, daß das Parlament aufgelöst wird. Möglich ist, daß die Minister, die ja ohnehin nicht ganz einig sind, dann gleich zurücktreten. Daß dann ein gemischtes Ministerium, etwa mit Clarendon an der Spitze, folgen werde, hielt Morier nicht für wahrscheinlich. Vielmehr glaubte er, daß dann ein reines Torykabinet an's Ruder kommt. Was aber die Tories, wenn sie regieren, thun werden, darüber wußte er mir nichts zu sagen, obgleich sein Schwiegervater unbedingt Mitglied des Torykabinets sein wird.

So ist die hiesige Situation. Daraus ergiebt sich für mich folgendes. Bleibt der Krieg lokalisirt zwischen Deutschland und

Dänemark, so ist mir um den Ausgang nicht bange. Wenn England sich hineinmischt, und der Krieg europäische Dimensionen annimmt, so entzieht sich der Ausgang unserer Einwirkung gänzlich, und wenn der Herzog nicht vorher anerkannt ist, so wird er dann niemals anerkannt. Deshalb scheint mir für uns kaum irgend etwas in diesem Augenblicke wichtiger, als daß hier die Friedenspartei siegt. Ich bin daher der Meinung, daß die acht Tage, welche ich hier noch durch das Abwarten der Parlamentsdebatte aufgehalten werde, wohl angewendet sind. Auch Morier hat mir heute noch dringend auf die Seele gebunden, ich solle bis dahin hier bleiben, und namentlich meine Bekanntschaft mit Osborne bestens ausbeuten.

Schleiden, der übermorgen (Dienstag) nach Paris abreist, bittet, die ihm für dort zugedachten Aufträge umgehend dahin abzusenden, wenn dies noch nicht geschehen sein sollte. Da er sonst in Paris nichts zu thun hat, so möchte er sich dort nicht gerne unnöthig aufhalten und würde also wieder abreisen, wenn er seine Aufträge nicht in den nächsten Tagen erhält.

Oliphant, den ich gestern sprach, war wegen der Oldenburg'schen Ansprüche sehr besorgt; er hält den Großherzog von Oldenburg für den gemeinsamen Kandidaten von Preußen, Rußland und Österreich und besorgte, daß auch Palmerston nur aus Ranküne gegen den Herzog den Oldenburger anerkennen könne.

Ich suche hier überall klar zu machen, daß man damit in eine russische Falle gerathen würde, und daß man durch Anerkennung des Oldenburgers die Herzogthümer zu einer russischen Sekundogenitur macht. Lorentzen.

69. Sammer an Lorentzen. 1864, 27. Juni, Kiel. Erwiderung auf die Anfrage wegen Schaden des englischen Handels. Die Oldenburgischen Ansprüche. Beusts Ansichten über Konzessionen an Preußen erbeten. Brief für Graf Rantzau. Lorentzens Verbindung mit den englischen Freunden. Ist Luckner bei Beust erwünscht?

Lieber Freund. 1. Die Grundlagen für eine Berechnung der Folgen eines Krieges mit Deutschland für England werden dort am besten zu haben sein — es kommen jährlich parlamentarische Accounts heraus, welche den gesammten Handelsverkehr

Englands mit der ganzen Welt darlegen. In der Parlamentsbuchhandlung kannst Du dieselben kaufen. Ich habe übrigens nach Berlin geschrieben, um die Zollvereinsnachweisungen zu erhalten.

2. Der Streich, den uns der Großherzog von Oldenburg spielt, ist empfindlich. Es scheint doch, als ob die Anerkennung sonst jetzt erfolgt wäre. Wir müssen dahin streben, sie doch noch zu erreichen unter Vorbehalt der Oldenburgischen Ansprüche und austrägalgerichtlichen Verfahrens. Äußersten Falles nach Analogie Braunschweigs 1830. Übertragung der provisorischen Regierung an den Herzog.

Leider ist es nicht möglich, heute oder morgen Bestimmteres zu schreiben, theils weil der Herzog nicht hier ist, theils weil noch bestimmtere Nachrichten über den Großherzog fehlen. Stockhausen[1])

---

[1]) Ein ausführlicher Bericht Stockhausens über seine Unterredung findet sich in den Papieren des Herrn v. Mohl, die im Besitz des Herrn Geheimrats Dr. Sammer in Gotha sind.

Stockhausen berichtet am 20. Juni . . . Mittags besuchte mich Minister von Rössing, um mir zu sagen, daß der Großherzog mich Abends auf der Promenade — wo alle Audienzen gegeben werden — sehen und sprechen wolle. Herr v. Rössing meinte, die Unterredung werde wenigstens dazu beitragen, die Sache zu klären. Wir werden ja sehen.

Um 7 Uhr auf der Promenade eine Stunde lang Unterredung mit dem Großherzoge. So freundlich er mich auch begrüßte und den früheren vertraulichen Ton wieder anschlug, so bemerkte ich doch gleich an einer gewissen Verlegenheit, daß in der Sache nichts bei ihm ausgerichtet werden würde. Den Theil der Unterredung, welcher sich auf eine ausführliche Beurtheilung der Conferenzverhandlungen und auf Vermuthungen über den Ausgang, Wiederausbruch des Krieges bezogen, kann ich übergehen. Was ich wissen wollte, war: 1. Welchen Umfang haben die vermeintlichen Rechte des Großherzogs ihrem Gegenstande nach? 2. Worauf gründen sich dieselben? 3. Wenn, wo und wie sollen die Ansprüche erhoben werden, womit dann 4. die Frage in Verbindung stand, ob der Großherzog, um die Erledigung der Schleswig-Holsteinischen Sache im nationalen Interesse nicht zu stören, geneigt sei, vor der Hand auf das Hervortreten mit seinen Ansprüchen zu verzichten, wenn durch eine Übereinkunft festgesetzt werde, daß die Ansprüche später ernstlich erörtert und entschieden werden sollten.

Auf diese — natürlich nicht formulirten — aber dem Inhalte nach besprochenen Fragen erhielt ich folgende Auskunft.

Zu 1. Der Großherzog nimmt ganz Holstein und Schleswig in Anspruch. Auf seine Äußerung, er würde niemals Ansprüche auf nur einen

hat ihn gesprochen in Kissingen; wir wissen nur folgendes zum Theil telegraphisch 1. der Großherzog beansprucht beide ganze Herzogthümer und ist recht verlegen, eigentlich wohl beschämt. 2. Der König von Preußen hat ihm geschrieben, er möge nicht anmelden, der Großherzog aber geantwortet, die Einleitungen seien schon zu weit vorgeschritten.

3. Der Großherzog will „bald" an den Herzog schreiben[1]). Wahrscheinlich wird Stockhausens Bericht noch angeben was.

Theil von Holstein erhoben haben — was so lautete, als ob er in diesem Falle Entsagung geübt haben würde — konnte ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß ich vollkommen begreife, weshalb er es nicht rathsam gefunden haben würde, den Gottorp'schen Antheil von Holstein zurückzufordern.

Zu 2. Über die Gründe seines Anspruchs wollte der Großherzog nicht mit der Sprache heraus. Er erschöpfte sich nur in Versicherungen, daß er die Sache seit vielen Jahren förmlich studiert, auch in der neueren Zeit die bedeuteren der darüber erschienenen Schriften gelesen und dadurch die feste Überzeugung von seinem Rechte gewonnen habe.

Zu 3 gab er an, mit seinen Ansprüchen bisher noch nicht hervorgetreten zu sein — soweit er vor der Cession der russischen Rechte dazu im Stande gewesen sein würde, um der nationalen Sache nicht zu schaden. Jetzt sei diese in einer solchen Lage, daß es nicht mehr gefährlich wäre, mit den Ansprüchen beim Bundestage aufzutreten. (Es schien dem Großherzog leid zu sein, daß er dieses ausgesprochen. Er versuchte einen Augenblick, die Äußerung zu modificiren, stand aber dann doch davon ab; Anträge von Oldenburg am Bunde sind also wohl schon in der nächsten Zeit zu erwarten.)

Zu 4 erklärte der Großherzog, eine Übereinkunft mit dem Herzoge nicht definitiv ablehnen zu wollen, sondern nur momentan nicht annehmbar zu finden. Seiner Meinung nach müsse einer solchen jedenfalls eine offizielle Anmeldung der Ansprüche vorher gehen. Auf meine Frage, ob er etwa eine relativ bestimmte Zeit für Unterhandlungen über eine Übereinkunft angeben könne, erhielt ich eine ausweichende, nicht deutliche Antwort, und auf meine weitere Frage, ob der Herzog eine Proposition von ihm zu erwarten habe, wenn die Zeit gekommen sei, wo er Unterhandlungen anzufangen wünsche, erwiderte er in ziemlicher Verlegenheit, das habe er noch nicht überlegt, er wolle mit Herrn v. Rössing darüber sprechen, der mir morgen Antwort geben solle. Hiermit hatte die Unterredung ihr Ende erreicht. (Aus den Mohl'schen Papieren.)

[1]) Kissingen, 21. Juni 1864.

Gnädigster Herr! Es wird Ihnen bekannt sein, daß der Kaiserlich Russische Botschafter am Brittischen Hofe im Protokoll der Sitzung der Londoner Conferenz vom 2. Juni eine Erklärung niedergelegt hat, dahin

Der Großherzog unterliegt offenbar einer Monomanie, und sein Minister Rössing ist ein charakterloser Mensch. Wenn Du Beust und Balan siehst, so bitte immer nur zu erklären, daß Du nicht glaubtest, daß zwischen Berlin und hier irgend sachliche Differenzen seien. Das Ganze werde Produkt des gegenseitigen Mißtrauens des Herzogs und Bismarcks sein.

4. Wenn Du noch Gelegenheit hast, mit Beust zu sprechen, so sieh einmal zu, wie weit er meint, daß die Verbindungen mit Preußen unbeschadet gehen können. Gegen Marineconvention

---

gehend, daß S. M. der Kaiser, vom Wunsche beseelt, so viel von ihm abhänge, die Arrangements zur Wiederherstellung des Friedens zwischen Deutschland und Dänemark zu erleichtern, seine Successionsrechte auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein, welche ihm als Chef der älteren Linie des Hauses Holstein-Gottorp zustehen und ausdrücklich durch das Warschauer Protokoll vom 24. Mai 1851 gewahrt seien, mir cedire. S. M. der Kaiser hat durch einen Akt vom vorgestrigen Tage mir gegenüber diese Erklärung bestätigt und ausgesprochen, daß er die durch das Wegfallen des Londoner Vertrags von 1852 ihm jetzt wieder zustehenden Rechte auf die Herzogthümer mir cedire, auch nach seiner Rückkehr in seine Staaten diese Cession in einer mit aller Feierlichkeit und Förmlichkeit ausgestellten Urkunde wiederholen wolle. Ich bin der Ansicht, daß durch den offenen Bruch Rußlands mit dem Londoner Tractate und durch die Übertragung der Rechte der älteren Gottorpischen Linie auf ein deutsches Fürstenhaus zur Lösung der schwebenden Frage ein wesentlicher Schritt weiter geschehen ist, und habe mich verpflichtet gehalten, solche Cession dankbar anzunehmen und in Folge davon meinen Bundestagsgesandten dahin zu instruiren, der Bundesversammlung hiervon Kenntniß zu geben, so wie ich ferner durch meinen Minister des Hauses und des Äußern dem Graf Russell eine Mittheilung habe zugehen lassen.

Bei meiner Ihnen, gnädigster Herr, schon gleich nach dem Tode des Königs offen ausgesprochenen Rechtsanschauung über die Erbfolgefrage glaube ich um so weniger einer Mißdeutung von Ihrer Seite dadurch ausgesetzt zu sein, daß ich das hochherzige und uneigennützige Anerbieten des Kaisers Alexander angenommen habe.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Sie, lieber Vetter, auch diese meine Mittheilung als einen Beweis des rückhaltlosen Vertrauens aufnehmen werden, welches ich Ihnen immer entgegengetragen habe. Daher kann ich den Ausdruck des Wunsches nicht unterlassen, daß unsere mir stets werthvoll gewesenen persönlichen Beziehungen auch ferner nicht getrübt werden mögen, und verbleibe ich mit aufrichtiger Verehrung gnädigster Herr Ihr dienstwilliger Vetter Peter.

wird er nichts haben. Frage ihn einmal, ob er glaube, daß wir ganz ohne solche Verbindungen durchkommen können.

5. Hierbei Brief für Graf Rantzau. Es ist nothwendig, daß, ehe Du London verläßst, Du alles arrangirst, was dort noch in nächster Zeit geschehen kann. Es wird hinauskommen auf Presse und Parlament. Ist es wünschenswerth, daß die Parlamentsfreunde noch von uns influirt werden, was doch wohl nicht zu bezweifeln ist, so ist es äußersten Falles nothwendig, daß Du selbst bleibst.

6. Sieh zu, daß Du mit Bernstorff und Balan im Briefwechsel bleiben konnst, sowie mit Beust. Frage ihn, ob er Luckner wieder haben will.

Kiel, 24. Juni 1864. Sammer.

70. Sammer an Lorentzen. 1864, 27. Juni, Kiel. Bitte, sobald als möglich zu kommen; es handelt sich um Sein oder Nichtsein. Des Herzogs Unterredung mit Bismarck kann besprochen werden. Erregung im Lande gegen Oldenburg. Neigung zu Konzessionen an Preußen. Forderung der sofortigen Anerkennung soll angeregt werden.

Lieber Freund!

Daß Du nicht gut schon jetzt von dort wegreisen kannst, ist schlimm, denn Deine Anwesenheit hier ist nothwendig. Ich bitte Dich, sobald irgend möglich zu kommen, denn Du kannst hier in der That in einem so kritischen Augenblicke mehr nützen als dort. Wir wissen nicht, wie weit Deine Thätigkeit geht, und deßhalb habe ich Dir heut telegraphirt zu bleiben, aber wie gesagt, verlängere den Aufenthalt nicht mehr als absolut nothwendig.

Hier handelt es sich jetzt um Sein oder Nichtsein: Anerkennung vom Bunde, Erledigung mit Oldenburg, Versprechen an Osborne und Morier scheinen mir ziemlich gleichgültig. Du mußt selbst wissen, wie weit Dein Aufenthalt notwendig ist.

Wir kennen genau, was den preußischen Gesandtschaften geschickt sein kann, möchten nur wissen, ob ihnen Alles geschickt ist. Wir können die Kenntniß davon aber nicht kundgeben. Was Du Balan hättest sagen können, war, daß nicht bloß die Zeitungen, sondern daß nach Nachrichten von Berlin Bismarck selbst alles Wesentliche der Unterredung erdichtet habe, um den Herzog beim Könige zu discreditiren, ein Plan, der nur auf

einen Augenblick geglückt ist. Du kannst dieß, Dich auf hier berufend, in Betreff der Redensart „es sei besser für den Herzog gewesen, wenn Preußen sich nicht eingemischt hätte" sagen: dieselbe sei erdichtet.

Alles, was der Herzog gesagt habe und einige Ähnlichkeit habe, sei, es werde unbillig sein, den Herzogthümern alle Kriegskosten aufzubürden, wenn man sie verhindert habe, mitzukämpfen. Diese Kosten hätte man sich dann sparen können.

Du kannst als Deine Meinung aussprechen, Bismarck habe wohl andere Forderungen an den Herzog gestellt, (höhere, unzulässige), als er dem Könige berichtet. Hic haeret aqua.

Endlich kannst Du sagen, wer den Herzog kenne und seine Wahrheitsliebe oder sein Halten gegebenen Wortes bezweifle, sei ein Dummkopf. Hier hast Du soviel Material zu einem Gespräch, als nöthig ist. Zu einem Privatbriefe, einem ostensiblen, ist die Sache nicht angethan. Du wirst den Zusammenhang selbst aus dem Obigen deutlich erkennen.

Im Lande ist große Wuth gegen Oldenburg, daneben eine Tendenz zu Concessionen an Preußen, die zu stark hervortritt, um nicht der Süddeutschen Bewegung zu schaden.

Wir denken daran, trotz Oldenburg die Anerkennung die sofortige zu fordern und wenigstens ein Minus durchzusetzen. Sprich mit Beust in dem Sinne sofortiger Anerkennung. Österreich und Baiern sind zur Beschleunigung sehr geneigt.

Morgen über Geschäftssachen, Deine Fragen. Hoffentlich der letzte Brief.

Kiel, 27. Juni 1864. Dein Samwer.

71. Lorentzen an Samwer. 1864, 28. Juni, London. Sieg der Friedenspartei gewiß. Große Debatten im Parlament wahrscheinlich. Entscheidung in Deutschland. Beust mit der Forderung auf sofortige Anerkennung einverstanden. Latour für den Herzog. Resumés der drei deutschen Vertreter. Konferenzprotokoll wird gesandt werden. Lorentzens Bleiben nötig.

Lieber Freund. Die Dinge nehmen hier eine über Erwarten günstige Wendung. Es ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß die Politik der Nichtintervention durchdringen wird. Die allgemeine Meinung ist schon heute, daß das Friedensprogramm,

welches Russell und Palmerston gestern angekündigt haben, die Majorität im Unterhause erhalten, und daß es also weder zu einem Ministerwechsel noch zu einer Auflösung kommen wird. John Bull hat trotz alles Lärmens keine Lust zum Kriege. Das ist heute vollkommen klar, und man konnte es schon gestern Abend im Unterhaus deutlich merken. Die reservirte Haltung, in welcher Derby und Disraeli sich gestern Abend ausdrückten, zeigt, daß auch die Tories nicht entschieden kriegerisch sind. Heute halten die Tories eine große Parteiversammlung beim Marquis von Salisbury. Das Resultat ihrer Berathung wird der Antrag auf ein vote of censure sein, den Disraeli wahrscheinlich schon heute Abend im Unterhaus ankündigen wird. Man erwartet den Beginn der großen Debatte, welche mehrere Tage währen wird, schon am Donnerstag, und die demnächstige Richtung der englischen Politik wird also sehr bald entschieden sein.

Von dieser Seite also, scheint es, werden wir nichts zu befürchten haben, so lange die Deutschen nicht vor Kopenhagen stehen und Miene machen, den Protokollkönig gefangen zu nehmen. Bis dahin wird man sich hier mit möglichst lärmenden Äußerungen einer scheinheiligen Entrüstung begnügen. Die Entscheidung liegt also jetzt in den Händen Deutschlands. Ich weiß von hier aus nicht zu beurtheilen, welche Bedeutung den Gerüchten beizulegen ist, wonach Rußland, Preußen und Österreich sich über die oldenburgische Succession geeinigt haben sollen. Ich möchte noch immer mehr glauben, daß Preußen, auch Bismarck, die oldenburgischen Ansprüche nur als Einschüchterungsmittel gegen den Herzog benutzen will.

Aus Deiner gestern erhaltenen Depesche vom 27. d. M. sehe ich, daß in Kiel beabsichtigt wird, trotz Oldenburg sofortige Anerkennung zu fordern; vermuthlich mit dem Gedanken, in dem wir Beide uns begegnet sind, daß Oldenburg mit seinen Ansprüchen auf ein austrägalgerichtliches Verfahren verwiesen werde.

Ich freue mich, heute melden zu können, daß Herr v. Beust sich mit diesem Gedanken einverstanden erklärt hat. Ich habe es ihm nahe gelegt, denselben in seinem Schlußbericht über die Conferenz dem Bundestag zu empfehlen, und ich hoffe, daß er auf diesen Vorschlag eingegangen sein wird.

Schleiden, der heute nach Paris abreist, hat gestern noch den Fürsten Latour gesprochen. Das wichtigste der Unterredung ist folgendes. Auf die Andeutung Schleidens, daß, wenn der Bund den Herzog anerkennen werde, dieser doch wohl auch auf die Anerkennung Frankreichs rechnen dürfe, antwortete Latour; er sehe nicht ein, was Frankreich daran hindern könne, den Herzog anzuerkennen, vorausgesetzt, daß die Stimme des Landes sich für den Herzog erklärt. Auf Schleidens Bemerkung, daß er unter „Stimmen des Landes" doch nur das Votum der gesetzlichen Landesvertretung verstehen könne, antwortete Latour, das sei selbstverständlich.

Hinsichtlich der Conferenz habe ich noch nachzutragen, daß die Deutschen (Preußen, Österreich und Bund) nicht, wie sie ursprünglich beabsichtigten, ein gemeinsames Gegenresümé gegen das der Neutralen abfaßen werden, sondern jeder ein besonderes für sich. Diese drei Resümé's werden wahrscheinlich in Form von Noten an Lord Russell gerichtet und werden natürlich sofort veröffentlicht.

Von den Protokollen der Conferenz, die heute an die Mitglieder des Parlaments vertheilt werden und wahrscheinlich schon morgen im Buchhandel zu haben sind, werden Dir sofort zwei Exemplare durch Teubner zugehen.

Am Sonntag, nachdem ich eben meinen letzten Bericht abgeschickt hatte, erhielt ich Dein Telegramm, welches mich nach Kiel zurückrief und Schleiden aufforderte, statt meiner hier zu bleiben. Auf meine Gegengründe erhielt ich gestern die Antwort, die mir gestattet, hier die Parlamentsdebatte abzuwarten. Schleiden war nicht geeignet, weil er mit den Parlamentsmitgliedern bis dahin kaum Beziehungen angeknüpft hatte, und es nun in der Eile doch nicht gut konnte, weil er schon seine Abschiedsbesuche gemacht hatte, und nur schwer ein plausibler Grund zum Bleiben zu finden war, und endlich, weil er dann Paris hätte aufgeben müssen, für welches er ohnehin nicht mehr als acht Tage hat. Dagegen hatte ich Osborne versprochen, hier zu bleiben, und hatte dasselbe noch am Sonntag Morgen an Morier gesagt. Dazu kommt noch, daß ich die Betreffenden am leichtestens im

Reform Klub spreche, in welchen ich mich gerade zu diesem Zwecke habe aufnehmen lassen. Schleiden aber ist nicht darin und könnte erst in 14 Tagen hineinkommen, wenn die ganze Debatte längst vorüber ist. Lorentzen.

72. Sammer an Lorentzen. 1864, 1. Juli, Kiel. Aussichten auf sofortige Anerkennung nicht günstig. Reise nach Frankfurt. Lorentzen wird in Kiel sehr vermißt.

Lieber Lorentzen. Darüber, daß der europäische Friede durch England nicht gestört werden wird, liegt also jetzt Gewißheit vor. Weniger günstig sind die Aussichten auf sofortige Anerkennung. Von Anhängern des Großherzogs von Oldenburg außer etwa Rußland und Würtemberg wissen wir nicht, aber die Scheu vor dem Vorwurfe, nicht gründlich und unparteiisch geprüft zu haben, steht störend im Wege, außer der Bismarck'schen Absicht, alles in der Schwebe zu halten. Österreich ist gegen den Großherzog, Frankreich soll es gleichfalls sein. Ist denn die dortige Presse nicht in Bewegung zu setzen?

Ich reise morgen nach Frankfurt, um die Sachlage dort mit Mohl und vielleicht Roggenbach zu berathen. Daß Du während der Parlamentsdebatten dort seiest, ist doch wohl kaum nöthig. Doch dieß mußst Du selbst wissen. Du wirst hier sehr vermißt.

Kiel, den 1. Juli 1864. Dein Sammer.

73. Lorentzen an Sammer. 1864, 1. Juli, London. Beusts Abreise. Der Inhalt seiner Note an Russell. Beust hat die sofortige Anerkennung des Herzogs in seinen Berichten empfohlen. Österreichs Stellung wird maßgebend sein. Brief des Königs von Preußen an den Großherzog von Oldenburg. An Stelle Luckners wird Graf Wolff Baudissin gewünscht. Bedeutung des jetzigen Aufenthaltes in London.

Lieber Freund.

Gestern Abend habe ich noch eine längere Unterredung mit Herrn v. Beust gehabt, der heute Abend abreisen wird, zunächst nach Paris, dann nach Frankfurt und von da nach Dresden. Er gab mir zunächst die Note an Lord Russell zu lesen, in welcher er seine Bemerkungen zu dem Schlußresümé der Neutralen zusammengestellt hat. Die Note sollte heute an

Russell abgehen. Da sie unverzüglich veröffentlicht werden wird, so kann ich mich darauf beschränken, hier die Hauptpunkte mitzutheilen. Mit besonderem Nachdruck wird hervorgehoben, daß die Vernichtung des Londoner Traktats das bleibende Resultat der Conferenz ist.

Ferner wird eingehend die parteiische Art und Weise bekämpft, in welcher das Resümé der Neutralen den bekannten Antrag der Deutschen vom 28. Mai behandelt; es wird nachgewiesen, daß derselbe mit Unrecht als écarté bezeichnet worden, und der Antrag wird als das dauernde gemeinschaftliche Programm der drei deutschen Gruppen festgehalten.

Das ist den neuesten Berliner Manövern gegenüber von besonderer Wichtigkeit. Im übrigen behandelt die Note eine Reihe von einzelnen Punkten, in denen Beust seinen Standpunkt nicht mit genügender Schärfe dargestellt glaubt. Die Note ist vortrefflich geschrieben und hat namentlich gegen Brunnow, als Vater des Londoner Traktats und Verfasser des Resümé der Neutralen einige gute Pointen. Aus dem weiteren Verlauf unserer Unterredung, die sich meistens auf die allgemeine Bedeutung der Conferenz bezog, ist das Wichtigste Folgendes: In seinem Schlußbericht nach Frankfurt hat Herr v. Beust die sofortige Anerkennung des Herzogs und die Verweisung Oldenburgs auf ein austrägalgerichtliches Verfahren auf das angelegendlichste empfohlen. Die Frage scheint mir jetzt zu sein, wie Österreich, das ja immer ein gerichtliches Verfahren wünschte und also diesen Antrag mit einer gewissen Genugthuung aufnehmen müßte, sich zu demselben stellt. Gegen beide Großmächte wird derselbe schwerlich durchgesetzt. Aber wenn Österreich wirklich, wie es heißt, den neuen preußischen Purzelbaum nicht mitmachen will, so würde der Antrag in Frankfurt wohl Aussicht haben.

Herr v. Beust las mir bei der Gelegenheit auch einige Stellen aus einem Briefe vor, den er soeben aus Frankfurt (ich weiß nicht von wem) erhalten hatte. Es hieß darin, Österreich, namentlich der Kaiser selbst, sei neuerdings dem Herzoge wieder günstiger gesinnt; ferner der König von Preußen habe dem

Großherzog von Oldenburg geschrieben, er möge seine Ansprüche in Frankfurt nicht geltend machen, aber dieser habe geantwortet, daß er sich schon zu weit engagirt habe.

Rücksichtlich Luckner's sprach Beust mit vieler Anerkennung, aber gab mir dann doch zu verstehen, daß er ihn lieber nicht wieder nach Dresden wünsche. Auf meine Bemerkung, daß doch die Fortdauer einer Beziehung zwischen Dresden und Kiel wünschenswerth sei, meinte er, Graf Wolff Baudissin[1]) werde die Mühe gewiß gerne übernehmen und sei außerordentlich geeignet.

Beim Abschied war Herr v. Beust sehr liebenswürdig und sprach den Wunsch aus, daß sich auch ferner Gelegenheit bieten werde, unsere Beziehungen fortzusetzen.

Die große Debatte im Unterhause beginnt Montag und wird wohl einige Tage währen. Unmittelbar nach derselben, also Mitte nächster Woche reise ich ab. Ich glaube, daß Du die Bedeutung der Thätigkeit, die hier jetzt noch möglich ist, unterschätzest. Die bevorstehende Debatte im Unterhaus wird von entscheidender Bedeutung sein für das künftige Verhältniß Englands zu unserer Frage. Ich bin der Meinung, daß, wenn ich nicht hier wäre, Jemand zu dem Zwecke hergeschickt werden müßte. Ich sehe jetzt Osborne und Kinglake täglich und sie haben mir täglich viele Fragen zu stellen. Heute habe ich mich mit ihnen länger als zwei Stunden über die oldenburgischen Ansprüche unterhalten und habe ihnen klar gemacht, auf welchem Gaukelspiel dieser russische Schwindel beruht. Ohne das würden sie es nicht wissen. Jetzt aber wird Osborne den oldenburgischen Anspruch als eine russische Intrigue im Parlament darstellen. Solche Fälle aber kommen täglich vor, und mir scheint, daß dadurch der Aufenthalt von einigen Tagen wohl gerechtfertigt ist. Im April wurde es für sehr dringend gehalten, daß ich noch vor der damaligen Debatte eine Unterredung mit Osborne hatte; ich kann es deshalb nicht für richtig halten, daß ich unmittelbar vor einer noch viel wichtigeren Debatte abreise und unsere Freunde ohne Auskunft lasse. Lorentzen.

---

[1]) Graf Wolf Heinrich Friedrich Karl, geb. 30. Januar 1789 in Dresden, Sohn des Grafen Karl Ludwig v. Baudissin auf Rantzau bei Plön.

74. Lorentzen an Hänel. 1864, 5. Juli, London. Die Verhandlungen im Unterhause. Inhalt der Osborn'schen Rede. Weinmann vom Hamburger Komitee bezahlt. Dank für die Erlaubnis zur Reise nach Berlin.

Geehrtester Herr Professor. Da ich annehme, daß Sammer in Frankfurt ist, so richte ich diese Zeilen an Sie, hoffentlich die letzten, die ich von London nach Kiel zu schreiben habe.

Die große Debatte, die gestern im Unterhaus begonnen hat, wird muthmaßlich bis Donnerstag währen. Jedoch ist über den Ausgang kaum noch ein Zweifel. Die Tories werden bestimmt nicht siegen. Man rechnet auf eine ministerielle Majorität von 20 bis 25 Stimmen. Es wäre überflüssig, wenn ich mich auf einen detaillirten Bericht über die Debatte einlassen wollte, da die Zeitungen viel vollständiger berichten, als es mir möglich wäre.

Gestern ist Disraeli entschieden durch Gladstone geschlagen. Heute wird Cobden sprechen, natürlich im Sinne der Friedenspolitik. Ob Palmerston schon heute spricht, ist zweifelhaft. Die wichtigste Rede in unserem Sinne wird Osborne halten, wahrscheinlich morgen; er wünscht gegen den Schluß der Debatte zu reden. Er hat die Absicht, die ganze Frage im Zusammenhang zu erörtern, gegen die Tories und im Sinne des Friedens aber doch nicht für die Minister zu sprechen. Er wird zeigen, daß der Fehler Palmerstons nicht darin liegt, daß er den Londoner Traktat nicht aufrecht erhalten hat, sondern darin, daß er ihn abgeschlossen oder seinen Abschluß herbeigeführt hat. Auch auf die jetzige russisch-oldenburgische Intrigue wird er ausführlich und ganz in unserem Sinne eingehen. Da er zu den talentvollsten Rednern des Hauses gehört, so bin ich überzeugt, daß seine Rede gerade in diesem Augenblick, wo die öffentliche Meinung Englands umzukehren beginnt, von bedeutendem Einfluß sein wird.

Durch Weinmann's Anwesenheit werden uns direkt keine Kosten veranlaßt, da die Sache bereits mit dem Hamburger Preßcomité arrangirt ist. Der Kassirer dieses Komité, Herr Blume, war vor kurzem hier in London, und ich habe mündlich mit ihm abgemacht, daß das Hamburger Komité, welches

doch mit Weinmann in Rechnung steht, auch diese Auslagen übernimmt.

Ich habe gestern Ihr Telegramm erhalten, welches mir gestattet, nach dem Schluß der Debatten direkt nach Berlin zu reisen. Ich bitte, Seiner Hoheit dem Herzog meinen Dank für die Gewährung meines Wunsches auszusprechen. Ich werde unmittelbar nach dem Schluß der Unterhausdebatte abreisen, aber doch kaum vor Freitag Abend, da die Debatte sicher nicht früher als in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag geschlossen werden wird. Die dann folgende Debatte über den gestern von Lord Malmersbury im Oberhaus angekündigten Antrag hier abzuwarten, halte ich für nutzlos, 1. weil die Entscheidung im Unterhaus liegt, und 2. weil ich im Oberhaus keine Beziehungen habe. Ich werde also muthmaßlich am Sonntag in Berlin eintreffen. Sollte ich dort irgend welche Aufträge auszuführen im Stande sein, so bitte ich, mich rechtzeitig zu benachrichtigen. Meine Adresse in Berlin ist Grabenstraße 21. Mit der Hoffnung, Sie bald wieder in Kiel zu begrüßen.

Ihr ergebenster Lorentzen.

75. Lorentzen an Schleiden. 1864, 7. Juli, London. Abreise von hier wahrscheinlich. Gespräch mit Bernstorff über Bismarcks Pläne mit den oldenburgischen Ansprüchen, die Unterredung des Herzogs mit Bismarck. Die schleswig-holsteinische Sache jetzt in der Hand Deutschlands.

Lieber Scheiden. Dankt für seinen Brief aus Paris, spricht über die Vorgänge im Parlamente.

Von großem Nutzen kann ich hier jetzt nicht sein; und da man in Kiel der Meinung ist, ich hätte mich wegen dieser Debatte überhaupt nicht hier aufhalten sollen, so werde ich den Schluß derselben nicht abwarten, sondern morgen früh abreisen[1]), zunächst nach Berlin, von da in einigen Tagen nach Kiel, wo ich Mitte nächster Woche einzutreffen gedenke.

Ich habe gestern noch Graf Bernstorff zum Abschied gesehen. Aus seinen Andeutungen geht hervor, daß Preußen oder speciell

[1]) Lorentzen bekam am selben Tage ein Telegramm, er solle in London bleiben.

Bismarck die oldenburgischen Ansprüche nur deshalb begünstigt, um sie als Zwickmühle gegen den Herzog zu gebrauchen. Er kam dabei wieder auf das Gespräch des Herzogs mit Bismarck zu sprechen, und ich suchte mich so gut hinauszuwickeln, als es bei der mangelhaften Information, die man in Kiel für klug gehalten hat, möglich war. Soviel ist klar, daß die Sache in diesem Augenblicke ganz in der Hand Deutschlands liegt, und daß, wenn jetzt der Herzog eingesetzt wird, ganz Europa das fait accompli annimmt. Je schneller dies geschieht, desto besser, aber ich fürchte, daß der Bund sich durch Bismarck wieder aufhalten läßt und eine gründliche Prüfung der oldenburgischen Ansprüche beginnt.

Herr von Balan ist gestern Abend abgereist, Legationsrath Hofmannn schon am Dienstag, Rantzau ist schon seit 8 Tagen in Bad Rehme.

Was Sie über den Prinzen von Noer schreiben, daß Sie mich gegen ihn wegen meines Nichtschreibens entschuldigt haben, ist mir durchaus unverständlich. Was und weshalb hätte ich denn dem Prinzen von Noer schreiben sollen? Wenn dem irgend etwas Besonderes zu Grunde liegt, so lassen Sie mich es doch wissen. Am liebsten freilich überlasse ich diesen großen Politiker solchen Staatsweisen wie Goldstücker und Forchhammer.

Mit bestem Gruß Ihr Lorentzen.

76. Samwer an Lorentzen. 1864, 9. Juli, Kiel. Verbindung mit der Presse zu suchen. Reservierte Haltung des Herzogs bis zur Anerkennung ist nötig. Besuch bei Geffcken machen.

Lieber Freund. Hoffentlich oder vielleicht trifft dieser Brief Dich schon in Berlin. In Berlin ist nichts weiter zu besorgen. Doch soll ich Dir schreiben,

1. Du möchtest doch mit den Leuten von der Presse sprechen, namentlich suchen, die Vossische Zeitung wieder in Ordnung zu bringen.

Meines Erachtens hast Du nur ein Mittel dazu, wenn Du sagst, es handle sich um bloße persönliche Animositäten Bismarcks gegen den Herzog, die Verfassung, die Umgebung.

Alles Andere ist nicht einmal Vorwand, sondern erlogen. Du kannst, da Du von London kommst, freier sprechen. Du

kannst auf die Parteistellung des Herzogs und von uns Allen hinweisen und die Nothwendigkeit auseinandersetzen, so lange bis die Anerkennung da ist, reservirt zu bleiben.

2. Du möchtest zu Geffcken gehen und mit ihm de faciendis sprechen. Ich habe ihm geschrieben, Dir Alles mitzutheilen. Ich bemerke aber nur für Dich, daß er nicht vollständig unterrichtet ist.

Kiel, 9. Juli 1864. Samwer.

77. Schleiden an Lorentzen. 1864, 10. Juli, Nette-Hammer. Dank für Brief aus London. Lorentzen und der Prinz von Noer. Vorgänge und Reden im englischen Parlament. Brief von Francke. Hoffnung, Lorentzen werde in Kiel die Leitung der Geschäfte übernehmen. Krankheit Samwers. Schleidens Absicht, in Gastein die Kur zu gebrauchen. Hoffnung, mit Bismarck in Berührung zu kommen. Beust eventuell auch dort zu treffen. Verabredung mit Balan. Sind Gründe zur Änderung seiner Pläne vorhanden?

Lieber Lorentzen. Mit bestem Dank für Ihren Brief aus London, der mich hier vorgestern erfreute, heiße ich Sie wieder auf deutschem Boden und im Kreise der Ihrigen willkommen. Neues vermag ich Ihnen allerdings nicht mitzutheilen, aber ich will doch einige Zeilen an Sie richten, um Ihnen zunächst zu sagen, daß der Prinz von Noer behauptete, Sie hätten bestimmte Instruktionen gehabt, ihn über alle Vorgänge in London au fait zu halten, hätten ihm aber gar nicht geschrieben. Lassen Sie sich keine grauen Haare deshalb wachsen.

Kinglake's Amendement ist also mit 18 Stimmen Majorität angenommen, und so wird sich Palmerston wegen der Minorität im house of Lords keine Sorge machen. Auf Osborne's Rede, die ich nicht kenne, bin ich gespannt, da ich Sie darin wieder zu erkennen erwarte. Von Francke fand ich hier einen Brief vor, in welchem er nur das lebhafte Bedauern des Herzogs darüber ausspricht, daß man mich so lange auf die Kieler Mittheilungen habe warten lassen, und gewissermaßen als Entschuldigung anführt, das man ja gewünscht habe, ich solle in London bleiben.

Ich freue mich, daß Sie jetzt nach Kiel gehen und dort hoffentlich gleich die Leitung der Geschäfte übernehmen werden, was mir dringend nothwendig erscheint. Samwer ist offenbar krank

und bedarf der Ausspannung. Was ich von seiner Geschäftsführung kenne, kann ich nicht glücklich nennen. Man scheint in Kiel zu wünschen, daß ich bald dorthin komme. Das convenirt mir aber gar nicht, und ich weiß ohnehin nicht, wozu das nützen könne.

Ich gedenke, einstweilen ca. 14 Tage hier zu bleiben, dann nach Gastein zur Kur zu gehen, wo ich wahrscheinlich auch noch den König von Preußen und Bismarck treffen werde, mit denen ich dann in Berührung zu kommen versuchen werde. Sobald mein Entschluß und mein Plan im einzelnen fest steht, werde ich Ihnen oder Francke darüber schreiben, und rechne ich dann darauf, daß Sie mich gut mit Nachrichten und Winken versehen, von denen ich nach besten Kräften Gebrauch zu machen suchen werde. Gastein ist immer der Sammelplatz von Politikern, namentlich Österreichern, und vielleicht wird auch Herr von Beust im August dorthin kommen. Ob und welchen Eindruck dessen Vorstellungen in Frankfurt gemacht, erfuhr ich noch nicht. — An Balan gedenke ich nächstens zu schreiben und ihm ein Rendezvous in Rolandseck vorzuschlagen. — Bei der Unbestimmtheit der augenblicklichen Lage sehe ich nicht ein, daß ich irgendwo oder in irgend einer Weise als durch gelegentliche Besprechungen der guten Sache zu nützen vermag. Ich halte deshalb auch an dem Gedanken fest, nicht vor September nach den Hansestädten und nach Holstein zu gehen. Schreiben Sie mir bitte gleich nach Ihrer Ankunft in Kiel hierher, ob Sie irgend Gründe wissen, die mich zu einer Änderung meiner oben angedeuteten Pläne veranlassen könnten. Ich möchte mir eventuell gern noch in dieser Woche Logis in Gastein bestellen.

Freundschaftlichst Ihr Schleiden.

78. Lorentzen an v. Holtzendorff[1]). 1864, 28. Juli, Kiel. Bitte, durch Auerswald auf den König einzuwirken. Grundzüge für ein Schreiben an Auerswald. Bitte zu verschweigen, daß die Anregung aus Kiel kommt. Gefahren der Verschleppung durch die oldenburgischen Ansprüche. Preußische Gesinnung des Herzogs.

Lieber Freund. Sie haben ganz Recht, wenn Sie an Samwer schreiben, es sei unangenehm, daß Bismarck persönlich

[1]) Oberstaatsanwalt Otto von Holtzendorff in Gotha.

in Wien unterhandelt, denn nun werde der König ohne Zweifel riesig angelogen werden. Es fragt sich, ob wider diesen Einfluß nicht ein Gegengewicht zu schaffen ist, und es scheint uns dazu Niemand geeigneter zu sein als Auerswald[1]), der ja jetzt mit dem Könige zusammen in Gastein ist. Sie aber könnten unserer Sache einen großen Dienst erweisen, wenn Sie Herrn von Auerswald einige Gedanken suppeditiren möchten, die er gelegentlich bei dem Könige vorbringen könnte. Selbstverständlich müßte, auch Herrn von Auerswald gegenüber, Alles als von Ihnen spontan ausgehend erscheinen, und Sie dürften von hier aus weder eine Anregung noch auch Nachrichten erhalten haben. Daß Sie aus eigenem Antrieb über diese Angelegenheit schreiben, kann ja nicht auffallend sein, und da Sie aus Berlin erfahren haben, daß der Herzog eine Art Abkommen mit Preußen gemacht zu haben scheine, so könnten Sie ja auch noch einiges Andere aus Berlin oder sonst woher erfahren haben, nur nicht gerade aus Kiel. Denn hier sind wir zu absolutem Schweigen verpflichtet. Aber aus Berlin könnte Ihnen ja Jemand geschrieben haben, daß die vielbesprochene Frage der Concessionen zwischen dem König und dem Herzog vollständig erledigt sei. Die einzelnen Punkte brauchen Sie ja nicht zu wissen; nur daß über die an Preußen zu gewährenden Concessionen keine sachliche Differenz zwischen Kiel und Berlin besteht. Nun aber besteht doch offenbar eine Differenz zwischen dem Herzog und Bismarck, und die Wuth der offiziösen Meute muß doch einen Grund haben. Hierüber könnte Ihnen ja aus Berlin geschrieben sein, daß es sich dabei wohl mehr um persönliche Animositäten, die doch am Ende überwunden werden müssen, als um wirkliche sachliche Gegensätze handelt. Nicht weil der Herzog den Interessen Preußens nicht gerecht werden wollte, sondern weil seine Anerkennung ein Sieg des national liberalen Princips sein würde, wird er von Bismarck gehaßt. Von der berühmten Unterhaltung zwischen dem Herzog und Bismarck wird auch Ihr Berliner Correspondent den Schleier wohl nicht ganz lüften können. Denn da nur zwei zugegen waren, und diese Beiden sich in

[1]) Rudolf v. Auerswald s. Allg. deutsche Biogr. Bd. I, S. 651 ff.

ihren Berichten widersprechen, so läuft die ganze Frage ja am Ende darauf hinaus, wem von beiden man mehr glauben will. Es scheint nun allerdings, daß Bismarck versucht hat, dem König glauben zu machen, daß der Herzog durch Winkelzüge von seinem Versprechen wieder frei zu kommen suchen wolle. Bis jetzt haben diese Intriguen hoffentlich noch keinen Erfolg. Aber es darf doch nichts unterbleiben, um die guten Intentionen des Königs gegen solche Intriguen zu stützen. Dazu könnte nun durch Ihre Vermittlung wohl Herr von Auerswald vermocht werden. Ich meine, daß Sie ihn gut genug kennen, um ihm Ihre patriotischen Sorgen vortragen zu können. Sie finden hoffentlich im Vorstehenden genügende Anhaltspunkte, um Ihre Ansicht über die Situation zu entwickeln. Aber ich bitte dringend, daß Sie über das, was ich Ihnen geschrieben habe, gegen Jedermann sonst unbedingte Diskretion beobachten. Sie begreifen, weshalb die Sache so geheim bleiben muß. Einmal erwartet der König, daß nicht davon gesprochen wird; und zweitens ist das Geheimniß deshalb nothwendig, weil, so lange die Anerkennung noch nicht erfolgt ist, wir nicht riskiren dürfen, die anderen Faktoren, auf die wir uns noch immer stützen müssen, uns zu entfremden. Das ist der Grund, weshalb wir auch auf die officiösen Verleumdungen nicht antworten können. Außer dem Herzog, Sammer und mir weiß hier Niemand von dem Sachverhalt. Also wenn nun etwas weiter verlautet, so wissen wir, wer der Schuldige ist. Lesen Sie, bitte, im Hamlet die Stelle nach, wo Hamlet den Horatio warnt, sein Geheimniß nicht nur nicht weiter zu sagen, sondern auch nicht einmal durch Mienen zu verrathen, daß er ein Geheimniß weiß.

Ein spezieller Gesichtspunkt, auf den Sie Herrn Auerswald aufmerksam machen könnten, möchte der folgende sein. Wahrscheinlich wird Bismarck nicht direkt gegen den Herzog agitiren, aber er wird in dem Gedanken „interim aliquid fit" suchen, die Sache zu verschleppen und zu verwirren. Dazu bieten die oldenburgischen Ansprüche die beste Handhabe. Es wird dem König plausibel zu machen sein, daß, nachdem der Großherzog einmal seine Ansprüche angemeldet hat, sie nun ordnungsmäßig vom Bunde erledigt werden müssen. Und warum sollte nun

daraus nicht ein Knyphausen'scher Prozeß entstehen und während dessen die Herzogthümer unter preußischer Verwaltung genommen werden? Das ist die Meinung des Interims, für das in Schleswig so stark gewühlt wird; und ich weiß nicht, ob hier nicht auch der letzte Grund des Rendsburger Conflikts ist.

Gegen diese Verschleppung vermittelst der oldenburgischen Ansprüche wäre nun wohl der König darauf aufmerksam zu machen, daß, nachdem die beiderseitigen Ansprüche motiviert sein werden, es vor allen Dingen wichtig ist, dann nicht noch ein kontradiktorisches Verfahren eintreten zu lassen, sondern daß dann der Bundestag auf Grundlage der beiderseitigen Ausführungen ohne Verzug die Entscheidungen zwischen Augustenburg und Oldenburg abzugeben habe, wie dies in der österreichischen Depesche vom 8. d. M. bereits angedeutet ist. Zweitens wäre dem König vielleicht an die Hand zu geben, daß, wenn der Großherzog von Oldenburg, dem auch an der Verschleppung gelegen sein muß, zu lange mit der Eingabe seiner Motivierung zögert, ihm ein praeclusivischer Termin gestellt werden kann, nach dessen Ablauf er nicht mehr gehört wird.

Vor allen Dingen müßte dem Könige zu Gemüthe geführt werden, daß er Gefahr läuft, durch die Verschleppung die Früchte des Sieges wieder zu verlieren und den glänzend gewonnenen Ruhm der preußischen Waffen wieder Preis zu geben.

Aus eigener Kenntniß könnten Sie ja Auerswald sagen, wie sehr der Herzog preußisch gesinnt sei, damit er es gegen den König hervorheben kann. Was ich Ihnen aber eben über die Verhandlungen zwischen Herzog und König geschrieben habe, darf selbst Auerswald dem König gegenüber nicht wissen. Ich habe es nur Ihnen mitgetheilt, damit Sie klar sehen und besser über die Situation schreiben können. Ich hoffe, bald von Ihnen zu hören. Mit besten Grüßen Ihr Lorentzen.

79. Lorentzen an Schleiden. 1864, 21. Juli, Kiel. Aufforderung, sich mit Wydenbrugk in Verbindung zu setzen. Dessen allzurasches Vorgehen in dem Rendsburger Konflikt. Ob Bismarck etwas davon erfahren hat? Nichts genaues über die Friedensverhandlungen. Verschleppungsgefahr. Gegenmaßregeln. Beziehungen zum Könige durch Auerswald müßten zu erlangen versucht werden. Anerkennung des Herzogs

durch Preußen würde der Bund ratificiren müssen. Die Motivierungen der Erbfolge. Lorentzen führt die Geschäfte. Verbindung mit Balan. Des Herzogs Urteil über Francke. Samwers Gesundheitszustand. Sommeraufenthalt in Düsternbrook.

Lieber Schleiden. Diese Zeilen haben nur die Absicht, Sie in Gastein zu begrüßen. Da jetzt der Mittelpunkt der Ereignisse in Wien ist, so sind Sie demselben näher als wir. Damit Sie möglichst au fait bleiben, ist an Wydenbrugk geschrieben, er möge sich mit Ihnen in Verbindung setzen und Ihnen über den Gang der Verhandlungen mittheilen, was er erfährt; Sie würden Ihrerseits ihm schreiben, was für ihn von Interesse sein kann.

Wydenbrugk ist, wie Sie wissen, sehr großdeutsch, im übrigen gescheut und eifrig. Aber seine großdeutsche Leidenschaft kann doch zuweilen sehr unangenehm werden. So hat er jetzt über den Rendsburger[1]) Conflikt fast vollständig die Besinnung verloren. Sie werden es gewiß richtig finden, daß wir d. h. der Herzog und seine Umgebung diesem Conflikt gegenüber völlig neutral bleiben. Wir könnten der Sache des Landes nur schaden, wenn wir in dieser Frage zwischen Preußen und dem Bunde Partei ergreifen wollten. Aber Wydenbrugk hat sich durch seinen großdeutschen Haß gegen Preußen hinreißen lassen, an Rechberg ein Schreiben zu richten, welches ihn in den stärksten Ausdrücken zum Widerstand gegen das preußische Verfahren auffordert. Zwar hat er sein Schreiben ausdrücklich als ein privates und ohne Instruktion erlassenes bezeichnet. Aber bei seiner notorischen Stellung zu uns ist die Sache doch schlimm genug. Noch ehe sein Bericht hierüber einging, war ihm geschrieben, er solle sich neutral verhalten. Aber er hatte schon in der ersten Hitze gehandelt. In Folge seines Berichtes über die Schritte, die er gethan, ist ihm nun von hier aufgetragen, Graf Rechberg ausdrücklich anzuzeigen, daß er von hier instruirt sei, sich gegenüber den Rendsburger Ereignissen neutral zu verhalten. Ich hoffe, die Sache wird ohne üble Folgen verlaufen. Aber sie kann sehr gefährlich werden, wenn Bismarck irgend etwas von dem Schreiben Wydenbrugks an Rechberg erfährt. Es wäre in seinen Händen eine tödtliche Waffe gegen den Herzog, um diesen beim Könige

---

[1]) Die Besetzung der Stadt durch die Preußen s. Jansen-Samwer S. 370

zu verläumden. Ich schreibe Ihnen dieß alles natürlich nur zu Ihrer rein persönlichen Kenntniß. Sie werden leicht bei Auerswald herausfühlen, ob hiervon irgend etwas nach Gastein transpirirt ist, und für diesen Fall sind Sie unterrichtet, um die nöthigen Gegenoperationen zu machen. Wydenbrugk gegenüber wissen Sie natürlich von diesem Allen nichts.

Über die Friedensunterhandlungen wissen wir bis jetzt noch nichts, als was die Zeitungen melden. Die Hauptgefahr scheint mir in diesem Augenblicke darin zu liegen, daß es Bismarck gelingt, die Sache zu verschleppen und zu verwirren. Die bequemste Handhabe dazu bieten ihm die oldenburgischen Ansprüche. Nachdem leider die Verweisung Oldenburgs an ein Austrägalverfahren nicht durchgedrungen ist, und nachdem Oldenburg und Augustenburg aufgefordert sind, ihre Ansprüche zu motiviren, hat Bismarck offenbar die Absicht, hieraus eine Art von Knyphausen'schem Prozeß werden zu lassen und während dessen beide Herzogthümer unter preußische Verwaltung zu nehmen. Das ist der Gedanke, der dem Interim zu Grunde liegt, für welches jetzt von preußischer Seite stark gewühlt wird, und für das sich in Schleswig leider auch Anhänger finden. Derselbe Plan ist offenbar auch der letzte Grund zu dem Rendsburger Conflikt. Ist erst das Interim da, dann wird der Herzog unter dem Vorwand der Parität mit Oldenburg aus dem Hause hinausmanöverirt und das Land selbst wird borussificirt. Dem gegenüber müssen wir, meine ich, jeder Verschleppung und jedem Interim entgegenarbeiten, und aus diesem Grunde bin ich auch gegen den Roggenbach'schen Plan, über welchen Sie aus Frankfurt an Francke schreiben. Ich meine, wir sollten vielmehr den Rendsburger Conflikt zu benutzen suchen, um die definitive Entscheidung zu beschleunigen. Sie wissen, daß der König persönlich gute Intentionen hat, aber immer von Bismarck wieder irre geleitet wird. Könnte man nicht die Zeit benutzen, wo er ohne Bismarck in Gastein ist? Auerswald wäre ja ein guter Kanal. Man könnte den König ja auf den Gedanken bringen, dem drohenden inneren Conflikt werde am besten dadurch vorgebeugt, daß man die Anwesenheit der Bundestruppen in Holstein durch Constituirung des Definitivums überflüssig macht. Wenn Preußen sich nicht

vom Bunde majorisiren lassen will, so muß es dem Bunde durch Anerkennung des Herzogs zuvor kommen; dann bleibt dem Bunde nur die nachträgliche Ratification der preußischen That. Sollte dieser Gedanke dem Könige nicht gefallen? Wenn dieses zu kühn ist, so müßte wenigstens der übermäßigen Verschleppung vom Bunde entgegengewirkt werden. Also kein kontradiktorisches Verfahren, sondern sofortige Entscheidung des Bundes auf Grundlage der beiderseitigen Motivirung.

Die unsrige wird sehr bald eingereicht werden. Damit aber dann Oldenburg nicht in's Unbestimmte zögert, müßte ihm ein Praeclusivtermin gestellt werden, nach dessen Ablauf es nicht mehr gehört wird. — Österreich wünscht jetzt, die Sache rasch zu beenden; der König von Preußen ist nicht ungünstig gesinnt, und es kommt also hauptsächlich darauf an, den ungünstigen Einfluß Bismarcks auf den König zu paralysiren.

Sammer ist jetzt ausschließlich mit der für den Bund bestimmten Motivirung der Ansprüche beschäftigt. Die übrigen Geschäfte habe ich vorläufig übernommen.

Daß Balan demnächst als Unterstaatssekretär fungirt, ist recht gut. Gegen mich wird er jetzt wohl vorsichtiger sein. Aber daß Sie die Verbindung mit ihm kultiviren, ist gewiß sehr nützlich.

Die Correspondenz mit Ihnen werde ich nun wohl hauptsächlich führen. Ihre Briefe müssen Sie so einrichten, daß der Herzog und Sammer sie lesen können. Francke erfährt gar nichts. Daran ist nichts zu ändern, weil einmal der Herzog kein Gewicht auf sein Urtheil legt.

Sammer ist übrigens nicht krank, wie Sie meinen. Ich habe ihn vollkommen wohl gefunden.

In den nächsten Tagen wird meine Frau mit den Kindern herkommen. Ich habe vorläufig eine Sommerwohnung in Düsternbrook gemietet.

Mit den besten Grüßen Ihr Lorentzen.

80. Geffcken an Lorentzen. 1864, 29. Juli, Berlin. Die Peinlichkeit der Stellung des Herzogs. Keine Rücksicht mehr auf die Mittelstaaten zu nehmen, sondern Preußen sich anzuschließen. Mission des Prinzen Christian zum König. Lorentzen soll ihn begleiten. Versuch, bestimmte

Zusagen vom König zu erhalten. Der Roggenbach'sche Antrag. Einverständnis zwischen den Großmächten über die spätere Besetzung von Rendsburg. Die oldenburgischen Ansprüche. Urlaubsreise. Nachricht über die Mission des Prinzen erbeten.

Geehrter Herr Doktor.

Ihr gefälliges gestriges Schreiben ist mir zu Dank zugegangen. Wenn Sie meinen, ich sei in meinen Mittheilungen zurückhaltend gewesen, so kann das wohl nur auf detail gehen, denn die Hauptsache erfahre ich erst aus Ihrem Briefe. Mir war nur bekannt, daß und welche Offerten von Kiel aus an den König gegangen waren, nicht dagegen, welche Antwort darauf erfolgt war, und daß, wie Sie schreiben, ein Einverständniß zwischen dem König und dem Herzog direkt zu stande gekommen sei. So sehr ich mich dessen freue, so sehr beklage ich mit Ihnen die Situation des Herzogs, deren Peinlichkeit und Gefahren Sie meiner Ansicht nach ganz treffend schildern. Es ist gewiß von der größten Wichtigkeit, ihr ein Ende zu machen, und ich stimme Ihnen auch darin vollständig überein, daß die Rücksicht auf die anderen Faktoren, namentlich die Mittelstaaten dabei ganz zurücktreten müssen. Nur eins ist meiner Ansicht nach festzuhalten, daß sich, ehe man die Sache laut werden läßt, Preußen wirklich für den Herzog bindet. Die Frage ist, wie dies anzufangen. Mit Briefen ist nichts mehr zu machen, denn sie werden möglicherweise nicht oder ausweichend von Bismarck beantwortet. Wäre der König hier, so würde ich jetzt unbedenklich rathen, daß der Herzog auf einen Tag herüber käme, da er aber nicht nach Gastein gehen kann, so weiß ich nur das Mittel einer Mission und würde dafür Prinz Christian vorschlagen. Es muß nämlich jedenfalls eine Persönlichkeit sein, deren Rang unbehinderten Zutritt zum König giebt, und die dadurch von Bismarck unabhängig ist. Der Prinz steht dem Herzog näher als irgend jemand und kann daher als alter ego fungiren, und eventuell könnten Sie ihn ja wohl begleiten. Urlaub wird er bei dem bevorstehenden längeren Waffenstillstand ja leicht bekommen. Mein Rath wäre also, daß der Herzog das Bekanntwerden der Friedenspräliminarien abwartete, dann aber ungesäumt seinen Bruder in Ihrer Begleitung zum König sendete

und durch ihn namentlich in Bezug auf seine letzte Eröffnung wegen Alsen und Sylt vom Könige eine bindende Zusage erhielte,

1. Daß Preußen die Sache nicht in kontradiktorischem Verfahren verschleppe, sondern mit Österreich nach Präsentation der beiderseitigen Erbansprüche auf einfache Abstimmung am Bunde antrüge, wer der Bestberechtigte sei.

2. Daß Preußen bei der Abstimmung für den Herzog stimmen werde.

Mein badischer College hat mir heute den Text des eventuellen Antrages am Bunde mitgeteilt, der indeß nur gestellt werden soll, wenn Österreich und Preußen vorher sich günstig dafür aussprechen. Ich erkenne keineswegs das Bedenkliche des Interims, das Sie betonen, aber es fragt sich, ob es überhaupt zu vermeiden, und wenn das nicht wäre, so läge immerhin ein Gewinn darin, wenn es gelänge, den Großmächten jene beiden Roggenbach'schen Bedingungen aufzuerlegen. Aber allerdings kann ich, obwohl Kübek und Savigny sich günstig über den Antrag geäußert haben, nicht glauben, daß Österreich und Preußen diese Bedingungen acceptieren, und ich glaube, auch bei den Mittel- und Kleinstaaten wird Roggenbach mit der Ansicht, daß der Bund nicht competent sei, über die Erbfrage zu entscheiden, ziemlich allein stehen; König Wilhelm wird gewiß geneigt sein, der Stimme der Stände große Beachtung zu schenken, aber daß dieselben ihren Herzog geradezu wählen dürften, wird er nicht zugeben.

Jedenfalls ist es eine günstigere Konjunktur, wenn man den König zur Zustimmung zu den vorher erwähnten 1 und 2 bekommt.

Bei Rendsburg giebt Preußen nach. Die Hannoverschen Truppen, aber andere als die früher dort befindlichen, werden wieder einrücken; es ist aber, wie ich höre, bei der Gelegenheit ein noch geheim gehaltenes Einverständniß zwischen Österreich und Preußen über das künftige Schicksal Rendsburgs erzielt. Österreich giebt zu, daß es ausschließlich preußische Besatzung erhält, Preußen dagegen gesteht Österreich dasselbe für Rastatt zu. — Ich finde es vollkommen richtig, daß Ihrerseits nicht auf die Oldenburgische Begründung gewartet wird, im Gegenteil,

je früher der Herzog parat ist, desto besser; daß der Großherzog zu Pernice seine Zuflucht nehmen muß, ist kein Zeichen für die Güte seiner Sache. Sammer wird seine Sache gewiß vortrefflich machen; derartige Denkschriften sind seine Force. Vielen Dank für die Auskunft über die Professur. Ende nächster Woche verlasse ich Berlin auf vierwöchentlichen Urlaub; ich wäre Ihnen dankbar, wenn ich bis dahin noch von Ihnen hörte, was der Herzog zu meiner Ansicht über die Mission des Prinzen Christian sagt.

Ergebenst der Ihrige Mansdorff [Geffcken].

81. von Holtzendorff an Lorentzen. 1864, 2. August, Gotha. Dank für den Brief. Schreiben an Auerswald abgegangen; großer Erfolg nicht zu erwarten. Durchkreuzung der Verschleppungspläne in den Vordergrund gestellt. Anschein, als ob die Sache gut stände. Nachrichten von Manteuffel, der neue Verwicklungen fürchtet. Prinz Friedrich Carls Beschwerde über Gablenz. Die Rendsburger Angelegenheit. Vorsicht nötig. Befinden der Augustenburgischen Damen. Empfehlung an den Herzog.

Lieber Freund. Ihr sehr erfreulicher Brief vom 28.[1]) v. M. hat meine Feder in Bewegung gesetzt, mehr noch die Empfindung der aufrichtigsten Freude. Der gewünschte Brief ist geschrieben. Er ist mir nicht recht von der Hand gegangen, aber schließlich, wie ich glaube, dem Zweck entsprechend ausgefallen. Ich stehe mit Auerswald seit zwei Jahren in gar keiner Verbindung und verspreche mir eigentlich gar keinen Erfolg. Wie ich höre, hat das Alter an ihm stark genagt, und einen eigentlichen bestimmenden Einfluß hat er auf den König leider nie auszuüben vermocht. Die ihm zugedachte Rolle indessen entspricht seiner conciliatorischen Natur, und vielleicht hat er als unverantwortlicher Rathgeber ein größeres Feld vor sich als früher, da er verantwortlicher Rath war. Die Möglichkeit ist freilich nicht ausgeschlossen, daß er sich jeder Einmischung enthält. Eine schädliche Schwierigkeit war für mich, den Schein einer Coburger Inspiration zu beseitigen. Diese hoffe ich dadurch beseitigt zu haben, daß ich ausdrücklich als Preuße gesprochen und zuletzt geradezu erklärt habe, ich hielte

---

[1]) Nr. 78.

es nicht für überflüssig auszusprechen, daß ich mit Herzog Friedrich in gar keiner Verbindung stehe.

In der Sache selbst lag nichts Belästigendes, weil das Thema meiner politischen Überzeugung entspricht, und ich den alten Auerswald eigentlich lieb habe und für einen anständigen Mann halte. Als das eigentliche Petitum habe ich die Durchkreuzung der Verschleppung durch die sofortige Anerkennung des Herzogs aufgestellt und an den 1. Februar als Parallele erinnert.

Für Ihre Mittheilungen danke ich Ihnen bestens. Ich bemühe mich, die Andeutungen einer möglichst engen Interpretation zu unterziehen, und gelange auch alsdann noch zu dem Schlusse, daß die Sache gut steht. Die mir angedrohte Controle meiner Verschwiegenheit werde ich reciproce auszuüben Gelegenheit haben.

Meine neuesten Nachrichten sind alt. Manteuffel hat von Gastein vor acht Tagen geschrieben, er glaube nicht an Frieden und sehe noch größere Verwicklungen vor sich. Will man eben verwickeln und das Einfache weder sehen noch acceptiren, dann wird die Verwicklung nicht ausbleiben. Gegen eine solche aber operiren offenbar Österreich und der König, und schließlich will Bismarck vor allen Dingen Minister bleiben. Prinz Friedrich Karl beschwert sich bitter über Gablenz, der den Übergang nach Fünen gleichzeitig mit dem nach Alsen geradezu verweigert hat.

Die Rendsburger Angelegenheit scheint sich zu verlaufen und hat, wie mir scheint, auch nur genutzt. Das Dilemma, in dem ihr euch befindet, mahnt zur Vorsicht, aber ich denke, wenn berechtigte Zuversicht als Grundlage dient, ließe sich Vorsicht gern üben.

Hier ist nichts neues vorgefallen. Die Augustenburger Damen sind wohl. Dem Herzog bitte ich mich ergebenst zu empfehlen und schönen Gruß den Freunden.

Ihr ergebener von Holzendorff.

82. Schleiden an Lorentzen. 1864, 2. August, Gastein. Ankunft in Gastein. Dank für Lorentzens und Franckes Briefe. Begrüßung Delbrücks. Vorstellung bei Roon. Abschluß des Friedens. Feier. Bismarck antwortet. Roggenbachs Vorschlag. Inhalt der Präliminarien noch

nicht bekannt. Rücksprache mit Baudissin in München. Deckadresse. Freude über Sammers Gesundheitszustand. Grüße und Empfehlung an den Herzog.

Lieber Lorentzen. Am Sonnabend Abend bin ich hier glücklich eingetroffen. Gestern Morgen erfreute mich ein Brief von Francke am 29. v. M., wofür ich demselben vorläufig besten Dank zu sagen bitte, heute der Ihrige[1]) vom selbigen Tage. Haben Sie Dank dafür. Bis jetzt habe ich hier noch nicht viel ausrichten können, da der König nur von Roon, dem Militärcabinet und wenigen mir unbekannten Civilisten begleitet ist, Rudolf von Auerswald leider schon vor 8 Tagen abreiste, und die wenigen sonstigen hier anwesenden Preußen, darunter mein guter Bekannter, der frühere Nassauische Ministerpräsident von Wintzingerode, nicht viel bedeuten und nichts nützen können. Gestern habe ich aber glücklicherweise den Ministerial Direktor Delbrück getroffen, der auf dem Rückweg von Tirol hier durchpassiert, und mich Abends von ihm dem Kriegsminister Roon vorstellen lassen, der uns mittheilte, was Sie jetzt auch schon längst wissen, daß gegen Mittag um 2 Uhr die Friedenspräliminarien auf Grundlage der Abtretung der ungetheilten drei Herzogthümer in Wien unterzeichnet sey, und Jütland bis zum vollständigen Friedensschluß besetzt bleibt. Ich gab mich sofort als geborenen Schleswig-Holsteiner und Conscribirten von 1851 zu erkennen, ließ Champagner kommen, um der preußischen Armee unsern Dank darzubringen und auf ein gutes Ende des erreichten guten Anfangs zu trinken. Dies, einige Zigarren und Prisen brachte mich gleich auf sehr guten Fuß mit dem ganz gemüthlichen alten Herren, so daß ich ihm heute meinen Besuch machen will, und auch kein Bedenken trage, mich jetzt beim Könige einzuschreiben und dem Hofmarschall Graf Pückler meine Karte zu lassen. Die Gelegenheit zu persönlicher Rücksprache mit dem Könige wird dann hoffentlich nicht lange auf sich warten lassen. Bismarck, der Wien gestern Nachmittag um 5 Uhr verlassen hat, wird heute Abend erwartet und mit ihm wird wahrscheinlich auch Geheimer Legationsrath Abeken kommen. Auch Buchanan kann ich jetzt aufsuchen, da

[1]) Nr. 79.

ich gestern Abend das Introduktionsschreiben für ihn erhielt. Ich hoffe daher, bald in Zug zu kommen.

Daß Ihre und Franckes Mittheilungen mir unter diesen Umständen sehr wertvoll sind, bedarf nicht erst der Bemerkung. Ich stimme im wesentlichen durchaus mit Ihrer Auffassung überein, fürchte aber, daß ein Intermisticum schwerlich zu vermeiden sein wird. Es ist kaum denkbar, daß man ein Definitivum herstellen wird, ehe der Friede formell abgeschlossen ist. Die Erbitterung, welche in Wien und unter allen Österreichern über die Rendsburger Vorgänge herrscht, wird jetzt nicht mehr den Ausschlag geben. Roggenbach hat mir den von ihm entworfenen Antrag, den er aber von einer der beiden Großmächte eingebracht zu sehen wünscht, und für den er alle Stimmen, mit Ausnahme von Sachsen und Hannover zu gewinnen glaubt, mitgetheilt. Er ist faute de mieux jedenfalls in sofern gut gefaßt, als Preußen und Österreich darnach die „freie Hand" rücksichtlich des künftigen Geschicks der Herzogthümer aufgeben müssen, die provisorische Regierung nur im Namen des erbberechtigten Herzogs und mit Zuziehung der Stände geübt werden soll, auch die beiden Großmächte die Concessionen machen sollen, daß den Ständen die letzte Entscheidung in dem Erbstreit zwischen dem Herzog Friedrich und dem Großherzog von Oldenburg überlassen werde.

Es fragt sich, ob Österreich und Preußen darauf eingehen; Kübeck und Savigny sollen günstig dafür gestimmt sein.

Der König ist, wie Roon mir sagt, höchst erfreut über den Abschluß der Präliminarien, deren Verzögerung in der Dummheit eines Berliner Telegraphisten seinen Grund hat, welcher Quaade's chiffrirte Depesche mit dem Dampfschiff über Lübeck statt per Telegraph durch Schleswig und über die Inseln beförderte, wodurch sie 36 Stunden zu spät nach Kopenhagen gelangte. — Über den sonstigen Inhalt der Präliminarien und weiteren Verhandlungen weiß ich noch nichts näheres, da ich es umso weniger für richtig halten konnte, gleich bei meinem ersten Zusammentreffen mit Roon diese Fragen in der Beziehung zu stellen, als er selbst nicht viel mehr als den Hauptpunkt zu

kennen schien. Die Details werden wohl erst durch Bismarck überbracht werden.

Auf der Durchreise durch München habe ich Graf Baudissin die in Betracht kommenden Gesichtspunkte klar zu machen gesucht [1]).

Sollten Sie mir einmal etwas besonderes wichtiges und geheimes mitzutheilen haben, so couvertiren Sie Ihren Brief an meinen Hauswirth, den Pfarrer Wassiken.

Ich freue mich zu hören, daß Sammer, den ich zu grüßen bitte, wohl ist.

Sorgen Sie nur dafür, daß die Denkschrift zur Begründung der Ansprüche Sr. Hoheit möglichst kurz, positiv und categorisch gefaßt wird, unter Verweisung auf Beilagen.

Francke bitte ich mit freundlichem Gruß diese Zeilen mittheilen zu wollen, dem Herzog meine ehrfurchtsvolle Ergebenheit auszusprechen. Mit bestem Gruß Ihr Schleiden.

83. Geffcken an Lorentzen. 1864, 4. August, Berlin. Rücksendung des Entwurfes. Kritik desselben. Die Verschiebung der Mission des Prinzen Christian. Friedenspräliminarien noch nicht bekannt; selbst Balan weiß noch nichts.

Verehrtester Herr Doktor. Mit meinem besten Danke sende ich Ihnen anliegend den Entwurf zurück. Derselbe ist sehr correkt und präcis gearbeitet, aber da Sie ein unumwundenes Urteil haben wollen, muß ich Ihnen sagen, daß er mir zu sehr auf dem Standpunkt der alten Deduktionen steht. Ich meine damit, daß die Spitze des Ganzen gegen Dänemark gerichtet ist, während durch die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien die Ansprüche desselben beseitigt sind. Meiner Ansicht nach müßte die Spitze vielmehr wesentlich gegen den Gegner gerichtet sein, welcher noch im Felde steht, nämlich Gottorp. Ich kann daher dem nicht zustimmen, wenn in der Einleitung gesagt wird, eine besondere Widerlegung der von dem Rechte der Russischen Linie abgeleiteten Ansprüche könne nicht versucht werden, denn da Oldenburg sie jetzt erhebt, wird dasselbe, falls dies nicht versucht

[1]) s. Quellensammlung der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte Bd. VII, S. 134.

wird, sagen, Euer Raisonnement trifft mich nicht, ich bringe ganz andere Dinge vor. Das aber wäre der schlimmste und doch wahrscheinliche Weg zum contradiktorischen Verfahren. Meiner Ansicht nach muß man vielmehr aus den Schriften von Pernice[1]), Zimmermann[2]) etc. alles heraussuchen, was möglicherweise als Argument von Oldenburg gebraucht werden kann und das bündig widerlegen. Ich habe die Artikel der Oldenburger Zeitung noch nicht gelesen, aber so weit ich die Sache übersehen kann, kann der Großherzog einen Anspruch auf ganz Schleswig-Holstein nur aus dem sogenannten condominium der älteren Königlichen und der Gottorpschen Linie ableiten, wie es behauptet wird. Dies wird recht schlagend zu widerlegen sein und deshalb der Pinneberger Punkt noch ausführlicher behandelt werden müssen, weil derselbe meiner Ansicht nach so conclusiv gegen die Abtheilungstheorie spricht, daß sich höchstens dagegen einwenden läßt, Reichshofraths-dekreten steht nicht vis legis zu. Von diesem Gesichtspunkte aus würde ich auch auf das Warschauer Protokoll näher eingehen, in demselben ist nur von dem Großfürstlichen Anteil die Rede, also nur darauf bezügliche Rechte konnte eventuell der Kaiser Alexander an die jüngere Linie cediren, die eben deshalb keine Ansprüche auf das Ganze erheben kann, so lange noch Mitglieder der jüngeren Königlichen Linie da sind. Wie das im Einzelnen auszuführen, wird Sammers Sachkenntniß besser wissen, als ich es sagen könnte. Mir kam es nur darauf an, allen Nachdruck auf den politischen Gesichtspunkt zu legen, daß nothwendig die Ansprüche des einzigen Gegners von Bedeutung in dem Pro memoria widerlegt werden müssen, wenn man nicht in Repliken und Dupliken kramen will.

Die Mittheilungen Ihres heutigen Briefes waren mir sehr interessant. Ich kann Sie versichern, daß mir von der Annahme der Punkte seitens des Königs nichts bekannt war, ich freue mich aber sehr über das erreichte Einverständniß, nach welchem ich auch ganz Ihrer Meinung bin, daß es mit der Mission nicht

---

1) Ludwig Wilhelm Anton Pernice s. Allg. deutsche Biogr. Bd. XXV, S. 387.

2) Zimmermann s. Nr. 23, Anm. 4.

eilt, und jedenfalls die Begründung erst eingereicht werden muß. Auch aus dem merkwürdigen Gespräch Bismarcks mit Baudissin[1]) ist ja klar ersichtlich, daß er den Herzog acceptirt und sich nur noch die Parteisatisfaktion reservirt, eine Demonstration gegen den Liberalismus zu machen, wobei ihm Österreich schwerlich hinderlich sein wird.

Über die Präliminarien weiß man hier noch gar nichts näheres; denn Bismarck hat Balan nur die Unterzeichnung telegraphirt, so daß letzterer, der hier Auswärtiger Minister spielen soll, ganz ohne Information ist, was ihn natürlich sehr verstimmt.

Morgen Abreise. Nachrichten nach Thun zu senden.

Bestens grüßend Geffcken.

84. Lorentzen an Schleiden. 1864, 5. August, Kiel. Dürftige Nachrichten aus Wien. Die Anerkennungsfrage. Gefahren des Interims. Bismarcks Ideen durch die holsteinische Ritterschaft unterstützt. Ritterschaftliche Versammlung einberufen. Schwur des Herzogs auf das Staatsgrundgesetz war voreilig. Hintergedanken in Kopenhagen wegen der Personalunion. Motivierung der Erbansprüche. Wertlosigkeit der oldenburgischen Denkschrift. Auerswald aus Gastein fort; keine Fühlung mit Berlin. An Wydenbrugk ohne Deckadresse schreiben.

Lieber Schleiden.

Die Trennung der Herzogthümer von Dänemark wäre also nun wohl durchgesetzt. Es bleibt uns der zweite Theil der Aufgabe: die Anerkennung des Herzogs und die Konstituirung der Herzogthümer als selbständiger Staat unter ihrem eigenen Fürsten. Unsere Nachrichten aus Wien sind leider nur dürftig. Man scheint dort die Dinge sehr geheim zu halten, und bis jetzt hat Wydenbrugk nicht viel mehr erfahren, als was die Zeitungen auch melden. Soweit wir wissen, enthalten die Präliminarien nichts weiter als die Abtretung der drei Herzogthümer sammt den Enclaven (mit Ausnahme von Arrö und Ripen) an Österreich und Preußen. Wir wissen nicht einmal, ob der selbstverständliche Vorbehalt, daß Österreich und Preußen die Herzogthümer demnächst an den erbberechtigten Fürsten übergeben

---

[1]) Adalbert Friedrich Heinrich, Rat am Obergericht in Glückstadt. Über das Gespräch s. Jansen-Sammer S. 372, Gebauer a. a. O. S. 122.

sollen, ausdrücklich gemacht ist. Indeß über die Dinge in Wien werden Sie früher unterrichtet sein als wir, hoffentlich durch Wydenbrugk direkt.

Worauf für uns jetzt das Meiste ankommt, ist 1. daß die Anerkennung nicht durch ein neues Interim verschleppt werde, und 2. daß im demnächstigen Frieden die finanziellen Fragen, wie Kriegskosten, Auseinandersetzung über die Aktiva und Passiva usw. nicht ohne unsere Mitwirkung entschieden werden. In Beziehung auf den letzteren Punkt fürchte ich sehr, daß in Wien sowohl wie in Berlin die Neigung besteht, uns für die Erlangung der Unabhängigkeit möglichst stark zu belasten. Die Hauptsache aber bleibt das Interim. Dabei ist es von preußischer Seite abgesehen 1. auf die sogenannten Concessionen 2. auf die Beseitigung des Staatsgrundgesetzes, mehr noch auf Letzteres als auf Ersteres. Bismarck hat vor Kurzem in Karlsbad mit Graf Adalbert Baudissin (Mitglied der Landesregierung, Sohn des Borsteler Baudissin) eine Unterredung gehabt und sich dabei sehr aufgeknöpft gezeigt. Ein Vertrag über Concessionen sei sehr überflüssig; er lege gar keinen Werth darauf; Preußen stehe im Lande und könne sich ja nehmen, was es wolle. Aber der Herzog müsse von seiner koburgischen Umgebung befreit werden; mit Francke und Samwer werde Preußen nie unterhandeln; der Herzog dürfe nicht mit dem demokratischen Programm durchdringen, und deshalb müßte das Staatsgrundgesetz erst beseitigt werden, ehe er anerkannt werden könne. „Preußen habe das Ei ausgebrütet und könne also dem Küken doch wohl den Hals umdrehen." Zu alledem soll nun das Interim dienen. Unter großmächtiger Verwaltung soll mit den Ständen eine konservative Verfassung vereinbart werden; in den Besitz der Concessionen setzt sich Preußen thatsächlich; während dessen spekuliert man, ob nicht doch noch eine Annexion möglich; wenn das nicht geht, so wird dem Herzog ein preußischer Vasallenstaat, belastet mit Schulden und mit konservativen Garantien übergeben. Dies ungefähr scheint der Bismarck'sche Gedanke zu sein. Österreichs Widerspruch gegen die Concessionen scheint man durch die Aussicht auf einige Nachgiebigkeit in der handelspolitischen Frage beschwichtigen zu wollen. Während des Interims wird

man wohl suchen, den Herzog zum Lande hinaus zu complimentiren. Das Schlimme ist, daß bei allen reaktionären Intriguen Bismarck durch unsere Ritterschaft unterstützt wird, die das Staatsgrundgesetz fast noch mehr haßt als die Verbindung mit Dänemark. Zum 8. d. M. hat Reventlow-Farve nach Kiel eine Ritterschaftliche Versammlung berufen, welche sich wahrscheinlich gegen das Interim aussprechen wird mit dem Hintergedanken, dadurch das Staatsgrundgesetz zu beseitigen. Jetzt rächt sich der voreilige Schwur auf das Staatsgrundgesetz, den ich von Anfang an für einen Fehler gehalten habe.

Inzwischen scheint in Kopenhagen bei Bluhme[1]) und Consorten noch der Hintergedanke zu bestehen, auf dem Wege der Erbfolgefrage die Personalunion, die eben in den Präliminarien aufgegeben ist, wieder herzustellen.

Unsere für den Bund bestimmte Motivirung der Erbansprüche ist im Entwurf fertig und soll möglichst bald eingereicht werden. Von allen Seiten hören wir, daß man in Oldenburg gar keine neuen Thatsachen und Urkunden hat; nur Rechtsdeduktionen, zu deren Ausführung Pernice[2]) (nomen et omen) und der dänische Etatsrath Schultze[3]) berufen sind. Wenn die neulich in der Oldenburger Zeitung veröffentlichte Denkschrift wirklich der Kern der Oldenburgischen Beweisführung ist, so ist sie von der staatsrechtlichen Seite ganz ungefährlich.

Es ist schlimm, daß Auerswald Gastein verlassen hat. Sie werden dadurch den besten Kanal an den König verloren haben. Auch bedaure ich sehr, daß Geffcken in diesen Tagen auf 6 Wochen auf Urlaub geht. Wir haben jetzt eigentlich gar keine Fühlung in Berlin, was fast unverantwortlich ist.

Wenn Sie an Wydenbrugk schreiben, so benutzen Sie nicht die Deckadresse von Laube, weil Laube verreist ist.

Ich hoffe, bald ein Lebenszeichen von Ihnen aus Gastein zu erhalten. Mit besten Grüßen Ihr Lorentzen.

---

[1]) Geheimer Conferenzrat Christian Albrecht Bluhme.

[2]) Professor Viktor Anton Herbert Pernice s. Allg. deutsche Biogr. Bd. XXV, S. 388.

[3]) Theodor Schultze, Etatsrat bei der holsteinischen Regierung.

85. Schleiden an Lorentzen. 1864, 9. August, Gastein. Nach vergeblichem Warten Besuch von Abeken. Besprechung über alle in Betracht kommenden Punkte. Besuch bei Bismarck erwünscht. Übereinkunft zwischen Österreich und Preußen wegen Rastadt und Rendsburg. Verbleiben Württembergs beim Zollverein. Geffckens Gesundheitszustand. Zusammentreffen mit ihm in der Schweiz wahrscheinlich. Bessere Vertretung des Herzogs in Berlin ist nötig. Verkehr mit Balan in Aussicht genommen.

Lieber Lorentzen. Bis jetzt ist es mir noch nicht gelungen, den Preußen nahe zu kommen. Von meiner Meldung beim Könige ist bisher keine Notiz genommen. Roon habe ich nicht wiedergesehen — wir haben nur Karten gewechselt, — Bismarck habe ich noch nicht einmal gesehen, da ich, als ich um endlich das Eis zu brechen, heute auf gut Glück zu ihm ging, die Thür verschlossen fand, weil ein Courier abgefertigt werden sollte. Abeken[1]) hat noch nicht einmal meine Karte erwidert und sich mit überhäuften Geschäften entschuldigt. Buchanan sehe ich zwar täglich, Er weiß aber nichts. Der kleine Hof kommt mit der dortigen Badegesellschaft in gar keine Berührung, zieht nicht einmal die sonstigen Preußen, obwohl darunter ein paar Regierungspräsidenten sind, und den englischen Botschafter in seine Kreise. Durch alle meine Bemühungen bin ich bis jetzt nur in meiner freien Bewegung genirt, habe aber nichts dadurch erreicht. Alles das verdrießt und verstimmt mich um so mehr, als ich Ihre Ansicht über den Bismarckschen Plan und Gedanken völlig theile. — Die Fassung der Präliminarien läßt noch jede Lösung, selbst die Personalunion zu. Ich habe Herrn Wydenbrugk, der mir Abschriften seiner am 1. und 3. d. M. nach Kiel gerichteten Mittheilungen sandte, darauf aufmerksam gemacht, noch ehe die Wiener Zeitungen gestern den vollständigen Text brachten. Der einzige Punkt, rücksichtlich dessen ich diesen Text vervollständigen kann, ist, daß cr. 4 Quadratmeilen südlich und östlich von Kolding und nördlich von Christiansfeld an Dänemark abzutreten sind.

Alle Österreicher, mit denen ich verkehre, unter denen aber außer Graf Paar (Feldmarschall und wirklicher Geheimer Rat)

[1]) Heinrich Abeken, Wirklicher Geheimer Legationsrat s. Allg. deutsche Biogr. Bd. I, S. 9.

kaum Jemand Einfluß hat, sind ganz entschieden für beschleunigte Anerkennung des Herzogs. Das Staatsgrundgesetz ist aber auch ihnen ein Dorn im Auge, obwohl sie sehr unklare Vorstellungen von dessen Inhalt haben. Man muß auf den gesunden Sinn unseres Volkes vertrauen, daß bei der Revision der Verfassung das vernünftige Maß nicht überschritten wird.

So weit hatte ich geschrieben, als erst Buchanan und, so wie er fort war, Abeken kam und mir lange Besuche machten. Ich habe die Gelegenheit bestens benutzt und namentlich letzteren, der eine große Lobrede auf den Charakter von Bismarck hielt, auf alle in Betracht kommenden Gesichtspunkte in einer Weise aufmerksam gemacht, daß ich überzeugt bin, er wird dieselben seinem Chef nicht vorenthalten, und daß er mich aufforderte, doch ja Herrn von Bismarck zu besuchen und ihm selbst alles zu sagen, da es ihn sehr interessiren werde. Als ich mich dazu bereit erklärte, fügte er hinzu, „aber ja nicht morgen, da Bismarck auf die Gemsjagd gehen will; übermorgen werden Sie ihn dagegen gewiß treffen." Neues habe ich von Abeken allerdings nicht gehört, aber die Art, wie er meine Bemerkungen über die Nothwendigkeit der Revision des Staatsgrundgesetzes unter Aufrechterhaltung des suffrage universel, aber gleichzeitige Erweiterung der Vertretung des Grundbesitzes, Beseitigung des Suspension-Vetos, bewies mir, daß Sie ganz den Bismark'schen Gedanken richtig aufgefaßt haben. Der Rath, Preußen möge den Herzog schnell anerkennen und dadurch Majorisierung durch den Bund zuvorkommen, hatte Abekens vollsten Beifall.

Dem kann ich heute nur noch hinzufügen, daß man hier wissen will, Österreich und Preußen seien überein gekommen, daß Rastadt ausschließlich von Österreich, die bisherige Bundesfestung Rendsburg ausschließlich von Preußen besetzt werden solle. — Der König von Württemberg hat dem nach Dresden versetzten bisherigen Preußischen Gesandten Schulenburg[1]) beim Abschied gesagt, Württemberg werde im Zollverein bleiben. Dadurch würde Württembergs Stimme auch in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit bei Preußen an Gewicht gewinnen.

[1]) Gustav v. d. Schulenburg-Priemern.

Geffcken ist seit längerer Zeit so elend, daß ihm ein längerer Urlaub absolut nothwendig war. Ich hoffe, Ende des Monats ein paar Tage mit ihm in der Schweiz zusammen zu sein, da ich jedenfalls zum 24. d. zur silbernen Hochzeit meiner jüngsten Schwester[1]) zu dieser nach Schloß Wildenstedt bei Basel zu gehen gedenke.

Es ist schlimm, daß der Herzog in Berlin keine andere Vertretung hat, zumal wenn Balan, der der Sache wohl will, zu den Friedensverhandlungen nach Wien gehen sollte. Bis jetzt hat es mir an Stoff gefehlt, mit Balan in Correspondenz zu treten. Sollte das erwartete Gespräch mit Bismarck Anlaß dazu bieten, so werde ich ihm wie Ihnen schreiben.

Mit besten Grüßen Ihr Schleiden.

86. Holtzendorff an Lorentzen. 1864, 9. August, Gotha. Der Herzog und die Verfassung von 1848. Möglichkeit, daß der Herzog das Land verlassen muß. Freytags Stimmung. Resignation des Herzogs von Coburg. Stände und Ritterschaft. Kann der Herzog sie nicht selbst im äußersten Fall berufen? Holtzendorffs Brief an den Kronprinzen. Interessante Berichte aus Kiel erwünscht. Weg zum Kronprinzen durch Stockmar. Um Diskretion gebeten. Abschrift steht zur Verfügung.

Lieber Freund. Ihr Schreiben vom 5.[2]) d. M. hat mich in eine sehr unbehagliche Stimmung versetzt. Nicht daß Auerswald von Gastein fort und somit mein Brief sicher erfolglos ist, verstimmt mich, denn Sie wissen, daß ich die Erfolglosigkeit auch ohne diesen entscheidenden Zwischenfall für sehr wahrscheinlich hielt. Es sind vielmehr zwei Äußerungen, die mich beunruhigen, zuerst die Bemerkung, daß der Herzog sich im November mit der Verfassung wohl etwas übereilt hat. Ich begreife das nicht und habe immer angenommen, daß der Schritt des Herzogs absolut geboten war, weil die Verfassung das einzige gemeinschaftliche Banner für Schleswig und Holstein war, und weil diese lieb gewonnene Reminiscenz von 1848 der sicherste Begleiter der Herzogs in sein Land war. Ich dächte auch, daß in beiden Richtungen der Calcül ein richtiger gewesen

[1]) war verheiratet mit dem Professor Franz von Voringen.
[2]) Nicht bekannt.

ist, denn die Leute bei euch, die sich zu Anfang so wacker gerührt haben und noch jetzt die Einzigen sind, die etwas riskiren würden, haben gerade die Annahme der Verfassung dem Herzog sehr hoch angerechnet. Außerdem machte dieser Schritt den Herzog in Deutschland populär, und diese Popularität hat ihre Schuldigkeit gethan. Ich kann dies sagen, weil ich nie zu den Fantasten gehört habe, die in dieser Bewegung ein Material zur Kriegführung erblickt haben. Möglich erscheint es mir freilich, daß die Verfassung ihrer Zeit als leere Flasche fortgeworfen werden kann, wenn der Inhalt ganz ausgetrunken ist — aber ich würde sie doch erst genau untersuchen, um auch nicht einen Tropfen zu verschütten. Mag Bismarck die Beseitigung derselben immerhin als eine Principienfrage auffassen, er hat schon manches Princip fallen lassen müssen. Was er dem Baudissin gesagt hat, klingt wie eine brutale Redensart, die euch graulich machen soll, und der ich einen entscheidenden Werth nicht beilege. Die Frage wird die sein, ob ihr mehr gewinnt, wenn ihr der brutalen Laune Bismarcks nachgebt, oder mehr verliert,. wenn ihr mit der rührigen Partei in Schleswig-Holstein und in Deutschland brecht. Freilich kann auch die vis major durch einen Gewaltakt ohne euer Zuthun und gegen euren Willen die Sache machen. — Aber auch dann würde ich nur mit Cautelen acceptiren. Ich kann mir aber nicht denken, daß der Bismarcksche Übermuth so siegreich der Vernunft und der Besonnenheit trotzen wird, und halte einen guten Abschluß noch nicht für unwahrscheinlich.

Das Zweite ist die Möglichkeit, die Sie aufstellen, daß der Herzog das Land vorübergehend verlassen könnte. Ich halte diesen Schritt für so ungeheuerlich, daß ich ihn für unmöglich ansehe. Ich mag gar nicht darüber sprechen und kann mir nicht denken, daß es ohne Blutvergießen abgehen könnte und dürfte. Nimmt der Herzog eine entschlossene zum Äußersten bereite Stellung ein, so bin ich überzeugt, daß man vor ihm zurückweicht. Aber eine direkte Erinnerung an das Versprechen des Königs vom 18. November, und „ich werde nichts gegen Sie thun" würde am Platze sein und zwar praevenierend, denn bei dem Könige muß man den entstehenden Entschluß bekämpfen;

nachher ist es zu spät. Dies ist wieder ein Fall, in welchem das Anstandsgefühl des gentlemen angerufen werden muß mehr als der Rechtssinn, der doch schon defekt genug ist.

Freytag[1]) hat mir Sammers Brief und Beilagen mitgetheilt. Wenn es die Absicht war, die Presse durch Freytag in Bewegung zu setzen, so bezweifle ich den Erfolg. Freytag geht meiner Meinung nicht mehr bei, es sei denn, daß es zur offenen Gewalt kommt. Er ist politisch tief verstimmt, resignirt und beutet düstere Pläne für den Fall — eines Thronwechsels in Preußen. Ich fürchte, daß die bitteren Erfahrungen der letzten neun Monate spurlos an ihm vorübergegangen sind. Er ist immer noch der Meinung, daß die in „einexercirte Mannschaft" übersetzten Freischaren den Krieg hätten führen können und sollen, und nennt das „der Herzog müßte sich auf die Nation stützen". Ich sehe ihn mit aufrichtigem Schmerze einer Verbitterung verfallen, die zuweilen hervorbricht, sonst ihm so fremd war.

Über die Ansicht meines Herzogs weiß ich nichts, als daß er neulich in resignirter Haltung geäußert hat „ja, wir haben nichts mehr zu sagen, nichts mehr mitzusprechen". Es bezog sich dies auf das Auftreten der Großmächte gegen den Bund.

Ich bin sehr gespannt auf den Beschluß der Ritterschaft und begreife nicht, warum die Stände in beiden Landen sich nicht rühren. Könnte, wenn es zum Äußersten kommt, nicht der Herzog selbst sie berufen, um sie über sein Recht stimmen, sich wählen zu lassen? Ich glaube, daß dem Äußersten das Äußerste entgegengesetzt werden muß. Gott befohlen!

Ihr ergebener v. Holtzendorff.

Nur für Sie. Ich wollte helfen, soweit ich kann, und glaubte in Ihrem Einverständnisse zu handeln, wenn ich dem Kronprinzen schriebe. Ich habe es gethan, den an Freytag gerichteten Bericht, den Baudissinschen zur Grundlage gewählt und mich über Bismarck in unzweideutiger Weise geäußert. Das Kapitel der persönlichen Politik Bismarcks, der Verschleppung, der Ausweisung Franckes und Sammers, endlich die Entfernung des Herzogs besprochen. Die Galle ist mir

---

[1]) Gustav Freytag s. Allg. deutsche Biogr. Bd. XLVIII, S. 749 ff.

dabei übergelaufen, aber das schadet nichts. Der Kronprinz ist, wie ich weiß, gerade jetzt in gereizter Stimmung, weil man ihn mißhandelt — den Waffenstillstand hat er z. B. durch die Zeitungen erfahren — und da schlägt er doch vielleicht einmal mit der Keule drein. Wenn Sie interessante Berichte haben, schicken Sie sie mir, falls nicht Sammer direkten Zutritt zum Kronprinzen hat. Ihnen sage ich es allein, daß Stockmar mir einen Weg zu Berichten an den Kronprinzen eröffnet hat. Vielleicht kann ich auch helfen. Aber ich verlange Ihre strikte Diskretion. Wollen Sie wissen, wie ich ihm schreibe, so steht eine Abschrift meines heutigen umständlichen Berichtes, den meine Frau während des Schreibens genommen hat, zur Disposition auf einige Tage. Ihr v. H.

87. Lorentzen an Schleiden. 1864, 10. August, Kiel. Dank für Brief aus Gastein. Weitere Nachrichten gewünscht. Die augustenburgische Denkschrift. Die tatsächliche Entscheidungsstelle. Das Interim. Der Beschluß der Ritterschaft. Die finanziellen Fragen beim Friedensschluß. Absendung schleswiger Mitglieder dazu.

Lieber Schleiden. Vielen Dank für Ihren Brief vom 2.[1]) d. M., der uns Alle sehr erfreut hat. Nach der guten Einleitung mit Roon wird es Ihnen wohl gelungen sein, weiter in Zug zu kommen, und wir sind sehr gespannt auf die weiteren Nachrichten von Ihnen, namentlich wie weit es Ihnen gelungen ist, mit dem König und mit Bismarck in Berührung zu kommen.

Von hier ist nur wenig Neues zu melden, und das Wichtigste werden Sie immer früher wissen als wir. Das Hauptinteresse für uns liegt fortwährend darin, daß, soweit möglich, jede Verschleppung der definitiven Entscheidung vermieden werde; daß also namentlich nach Einreichung der beiden Motivirungen die Erbfolgefrage rasch erledigt werde. Vor allen Dingen kein kontradictorisches Verfahren und Präclusivtermin für den Großherzog von Oldenburg, falls er zögern sollte. Die diesseitige Denkschrift ist schon seit 8 Tagen im Entwurf fertig; nachdem von einigen der gründlichsten Kenner der staatsrechtlichen Seite wie Warnstedt u. A. die gewünschten kritischen Bemerkungen

[1]) Nr. 82.

eingezogen sind, wird die Denkschrift nun abgeschlossen und so bald als möglich hoffentlich schon in nächster Woche eingereicht werden. Wenn es wahr ist, was jetzt in den Zeitungen verlautet, daß der Großherzog von Oldenburg auch schon am 18. d. M. seine Motivirung überreichen lassen wird, so kann dann ja die Entscheidung erfolgen. Ich denke mir in der Weise, daß der Herzog als der Bestlegitimirte anerkannt und dem Oldenburger überlassen wird, falls er sich nicht beruhigen will, seine Ansprüche auf austrägalgerichtlichem Wege zu verfolgen.

Indeß wir täuschen uns nicht darüber, daß in Frankfurt nur die formelle Entscheidung erfolgt; die materielle liegt in Berlin und in Wien. Die Hauptsache ist noch immer, ob ein Interimistikum vermieden werden kann oder nicht. Das hängt fast ausschließlich von Preußen und Österreich ab. Auffallend ist, daß nach Abschluß der Präliminarien schon so lange Zeit verflossen ist, ohne daß etwas geschehen ist, das Interim ins Werk zu setzen, und ohne daß auch nur ein Antrag darauf in Frankfurt angekündigt ist. Es scheint fast, als ob jetzt die Absicht sei, den Friedensschluß möglichst zu beschleunigen und erst nachher das Interim eintreten zu lassen. Es kommt mir zuweilen vor, als ob Österreich, welches sich principiell dem Interim nicht widersetzt hat, doch die Ausführung so lange zu verzögern sucht, daß die Erbfolgefrage vorher erledigt ist, um auf diesem Wege dennoch das Interim zu beseitigen.

Ich bleibe dabei, daß wir, wenn es irgend möglich ist, versuchen müssen, das Interim ganz zu vermeiden. Wenn es richtig ist, was heute die Spenersche Zeitung meldet, daß Hannover seine Truppen aus Holstein zurückziehen will, so befördern freilich die Mittelstaaten selbst das Interim, das dann wohl schwer zu vermeiden sein wird. Läßt es sich nicht vermeiden, so ist allerdings durch den Roggenbach'schen Vorschlag der größte Theil der Gefahr beseitigt, und in so fern ist der badische Plan allerdings zu unterstützen. Ich fürchte nur, daß die Großmächte, namentlich Preußen, nicht darauf eingehen. Denn, wenn sie durchaus das Interim wollen, werden sie sich die eigentlichen Zwecke desselben durch die Roggenbach'schen Cautelen nicht wieder unter den Händen wegziehen lassen. Ist

aber der Roggenbachsche Vorschlag durchzuführen, so würde eine wesentliche Verbesserung desselben noch darin liegen, daß die gemeinschaftliche interimistische Regierung aus dem Lande selbst hervorgehen, etwa von den Ständen erwählt werden müßte; die beiden Großmächte könnten der Regierung ja Commissäre zur Seite stellen mit gewissen Funktionen. Nur müßten die großmächtigen Commissäre nicht selbst regieren.

Die Ritterschaft hat vorgestern eine grau in grau gehaltene Eingabe[1]) an die Commissäre in Flensburg und in Altona beschlossen, die sich für das Interim ausspricht. Der Herzog wird nicht berührt, eben so wenig das Staatsgrundgesetz. Dagegen wird enger Anschluß an Preußen in militärischen, maritimen und diplomatischen Beziehungen verlangt. Der eigentliche Hintergedanke der Herren ist aber, daß das Interim unter Bismarck'scher Aegide sie von dem Staatsgrundgesetz befreien soll. Eine Minorität von nur fünf Stimmen (Ahlefeld-Olpenitz, Wilhelm Ahlefeld, Luckner, Baudissin-Knoop, Rantzau-Rohlsdorf) hat sich gegen die Eingabe erklärt.

Bei den Friedensunterhandlungen, die nun in Wien beginnen, werden die finanziellen Fragen im Vordergrund stehen. Wir hätten gewünscht, daß im Frieden nur das Prinzip der Auftheilung der Activa und Passiva aufgestellt, die Ausführung im Einzelnen aber einer späteren Liquidations-Commission überlassen werde. Indeß nach unseren letzten Nachrichten ist die Absicht, daß in Wien schon alle wesentlichen Fragen entschieden werden sollen. Namentlich soll schon im Friedensvertrag stehen, was gemeinschaftliche, was besondere Schuld sei, so daß die spätere Liquidationscommission nur die Berechnung zu besorgen haben wird. Unter diesen Umständen wird es sehr wichtig, durch Fachmänner von unserer Seite das Gleichgewicht zu halten. Die Absicht ist, daß die Flensburger Commissäre zwei Finanzmänner entsenden, die den deutschen Unterhändlern als Rathgeber zur Seite stehen. Wenn die Wahl gut ausfällt, so ist dabei der Vortheil, daß sie eine offizielle Stellung haben, während jemand, der vom Herzog geschickt wird, nur hinter den Kulissen mitspielen

[1]) s. darüber Jansen-Sammer S. 385.

könnte. Wir reflektiren zu diesem Zwecke auf Reincke[1]) und Georg Hanssen. Ein heut verbreitetes Gerücht, daß Karl Plessen zu dem Ende nach Wien berufen sei, scheint mir unglaublich.

Der Herzog läßt sich Ihnen bestens empfehlen und viele Grüße von Francke und Samwer. Lassen Sie bald von sich hören.

Ihr Lorentzen.

88. Lorentzen an Schleiden. 1864, 11. August, Kiel. Berufung Plessens nach Wien. Sendung von seiten der Commissäre unterbleibt. Ravit wahrscheinlich vom Herzog geschickt. Schleiden soll auf Plessens Gesinnung aufmerksam machen. Schlechter Ratgeber für Deutschland.

Lieber Schleiden!

Was ich gestern als ein kaum glaubliches Gerücht erwähnte, ist heute Thatsache. Karl Plessen ist nach Wien abgereist, um den deutschen Bevollmächtigten als Rathgeber in finanziellen Fragen zur Seite zu stehen. Wie es aber scheint, ist die Sache einseitig in Berlin abgemacht, wenigstens hat in Flensburg nur der preußische Commissär eine Nachricht darüber erhalten; der österreichische wußte noch gestern nichts davon. Unter diesen Umständen unterbleibt die Absendung eines Finanzmannes von seiten der Commissäre, und was ich gestern Ihnen über Reincke und Georg Hanssen schrieb, ist damit wegfällig geworden. Es wird nun wohl jemand von seiten des Herzogs abgeschickt werden müssen, um Wydenbrugk in Finanzfragen zur Seite zu stehen und um Plessen das Gegengewicht zu halten. Über die Person ist noch nichts entschieden; Reincke und Hanssen werden sich hierauf wohl nicht einlassen. Ich weiß für den Augenblick keinen besseren als Ravit, der es hoffentlich thun wird.

Sie werden die Hauptsache, nämlich die Reise Plessens nach Wien, wohl schon durch Wydenbrugk erfahren haben, der von hier telegraphisch ersucht ist. Sie werden ja sehen, wie Sie die Sache benutzen können. Auf jeden Fall werden Sie in der Umgebung des Königs keinen Zweifel über die politische Stellung Plessens lassen: 48 bis 50 auf der dänischen Seite, stets

---

[1]) Kaufmann Theodor Reincke, Mitglied des Kommerz-Collegiums in Altona.

gesammtstaatlich, seit dem Tode Friedrichs VII. entschiedener Gegner der Trennung von Dänemark und also auch Gegner der preußischen Politik. Ferner: großer Grundbesitzer in Dänemark, in den Herzogthümern nicht possessionirt; also auch materiell mehr dabei interessirt, daß Dänemark weniger belastet werde, und also bei der finanziellen Auseinandersetzung zwischen Dänemark und den Herzogthümern durch seine eigenen Interessen mehr auf die dänische als auf die deutsche Seite gezogen; also ein schlechter Rathgeber für die deutschen Unterhändler. Endlich, was seine Stellung in den Herzogthümern betrifft, so wäre es kaum möglich gewesen, im ganzen Lande Jemanden aufzufinden, den man mit mehr Mißtrauen betrachtet als Plessen.

Sonst weiß ich seit gestern nichts Neues zu melden. Mit besten Grüßen

Ihr Lorentzen.

89. Lorentzen an Schleiden. 1864, 15. August, Kiel. Dank für seine Bemühungen. Der Bericht über die Unterredung mit Bismarck mit Spannung erwartet. Gefahren des Interims. Gerüchte über Hinzuziehung eines Vertreters des Bundes zur Verwaltung. Prinz Friedrich Karl als Statthalter ausersehen. Landrath v. Ahlefeldt in den Rat des Herzogs aufgenommen, dessen Persönlichkeit, seine konservative Gesinnung. Notwendigkeit der Revision des Staatsgrundgesetzes anerkannt. Entgegnung auf die Frage des suspensiven Veto. Die Gebietsabtretung bei Kolding. Die Motivirung der Erbansprüche am Bund. Die oldenburgische Denkschrift.

Lieber Schleiden. Ihren Brief vom 9.[1]) d. M. habe ich vorgestern erhalten und danke Ihnen bestens. Ich hatte allerdings gehofft, Ihr Champagner würde auf Roon bessere Wirkung äußern. Um so dankenswerther ist der Eifer, mit dem Sie unter so ungünstigen Verhältnissen fortfahren, unserer Sache nach Kräften zu nutzen. Wir sind jetzt sehr gespannt auf den Bericht über Ihre Unterredung mit Bismarck, den wir jetzt täglich erwarten, da Sie ja am 11ten Bismarck zu sehen dachten. Ich hoffe, daß Sie dabei Gelegenheit gehabt haben werden, Manches zu sagen und zu hören. Denn aufgeknöpft wenigstens pflegt Bismarck bei solchen Gelegenheiten zu sein.

[1]) Nr. 85.

Von hier ist wenig Neues zu melden, da wir jetzt ganz an der Peripherie der Ereignisse liegen. Das Hauptinteresse für uns liegt augenblicklich in der Frage des Interims. Kann das Interim vermieden werden, so können wir nur gewinnen. Wir würden eine Fortdauer des jetzigen status quo, so unbefriedigend er ist, jedem Interim selbst in der Form des badischen Vorschlages vorziehen. Denn unsere größte Gefahr liegt in der Verschleppung, und diese wird durch das Interim befördert. So viel ist klar, daß der preußische Plan auf irgend eine Schwierigkeit gestoßen ist, und daß die Sache nicht so glatt vorwärts geht, wie man wohl in Berlin gehofft hatte. Das Einzelne wird sehr geheim gehalten. Wir hören, daß es sich hauptsächlich um die Theilnahme eines Commissärs des Bundes an der preußisch-österreichischen Verwaltung handelt; Österreich verlangt dieselbe, Preußen will sie nicht zugeben. Ein anderes Gerücht will wissen, Preußen habe nun hierin nachgegeben, verlange, daß Plessen als Commissär des Bundes an der Regierung Theil nehme. Hier wird von preußischen Offizieren das Gerücht verbreitet, Prinz Friedrich Karl werde spätestens in vier Wochen das Kieler Schloß beziehen und Statthalter der Herzogtümer werden. Diese letztere Notiz werden Sie gewiß bei den dortigen Österreichern gut verwerthen können. Wichtiger aber wäre es, wenn Sie im preußischen Hauptquartier noch etwas über die augenblickliche Lage des Interim erfahren könnten. Zwar reist der König schon heute ab. Aber nach den Zeitungen bleibt Bismarck noch bis zum 20. d. M. in Gastein, und so haben Sie vielleicht noch Gelegenheit, ihn selbst oder Abeken zu sehen. Eine Notiz, die Sie bei dieser Gelegenheit gut verwerthen können, ist folgende: Der Herzog hat in diesen Tagen sich mit dem Landrath von Ahlefeldt-Olpenitz dahin verständigt, daß derselbe in seine nähere Umgebung eintritt und von nun an zu seinen Räthen gehören wird. Sie kennen den Landrath von Ahlefeldt, der ein höchst patriotischer Mann ist und in der letzten ritterschaftlichen Versammlung zu der Minorität der fünf gehörte. Sein Eintritt hat das Gute, daß das ritterschaftliche Element im Rath des Herzogs vertreten ist, daß der Herzog nun nicht bloß von Emigranten umgeben ist, und daß in dem

spezifisch feudalen Lager der Haß gegen die „koburgische" Umgebung des Herzogs dadurch etwas gemildert wird. Denn an Ahlefeldts konservativer Richtung kann ja nicht gezweifelt werden, und namentlich bei Bismarck selbst ist Ahlefeldt persona grata. Auch die Angst wegen des Staatsgrundgesetzes wird sich wohl etwas mäßigen, wenn man sieht, daß ein so konservativer Mann wie Ahlefeldt damit fertig zu werden hofft.

Eine Revision des Staatsgrundgesetzes ist natürlich nothwendig; sie ist mit einfacher Stimmenmehrheit vorbehalten, und sie wird um so leichter durchzuführen sein, je freier von Außen der Herzog ist oder wenigstens dem Lande erscheint. Die einzelnen Punkte, die zu revidiren sind, lassen wir für jetzt wohl am besten dahin gestellt; nur daß man im Allgemeinen die Nothwendigkeit einer konservativen Gestaltung des Wahlgesetzes zugiebt. Aber wie sind Sie dazu gekommen, eine Beseitigung des suspensiven Vetos für nothwendig zu erklären? Das Staatsgrundgesetz hat ja das suspensive Veto nur unter der Voraussetzung der Personalunion; also jetzt, nach der Trennung von Dänemark, besteht auch nach dem Staatsgrundgesetz ein absolutes Veto.

Ihre Nachricht, daß cr. 4 Quadratmeilen südlich und östlich von Kolding und nördlich von Christiansfelde an Dänemark abgetreten sind, halte ich nicht für richtig. Das ist wohl nur ein pium desiderium der Dänen. Ich hoffe, sie werden ihre 4 Quadratmeilen in der Gegend von Ripen und bei Kolding nur eine kleine Grenzrektification erhalten.

Unsere Motivirung der Erbansprüche wird wohl im Laufe dieser Woche beim Bunde eingereicht werden. Ob auch die oldenburgische Denkschrift schon am 18. d. M., wie die Zeitungen melden, eingereicht werden soll, wissen wir nicht. Noch vor zwei Tagen hat Eisendecher[1]) an Mohl gesagt, er wisse nichts davon und könne die Zeitungsnachricht vom 18. d. M. weder bestätigen noch ihr widersprechen. Auf jeden Fall ist das Wichtigste, daß hierauf nicht ein weitläufiger Schriftwechsel folge, sondern daß auf Grundlage dieser beiden Denkschriften berichtet

[1]) Oldenburgs Gesandter beim Bund.

und abgestimmt werde. Wie lange denken Sie in Gastein zu bleiben? Der Herzog hat mir Empfehlungen an Sie aufgetragen, und Francke und Sammer lassen bestens grüßen.

Ihr Lorentzen.

90. Schleiden an Lorentzen. 1864, 17. August, Gastein. Bericht über seine lange Unterredung mit Bismarck; Erbberechtigung. Bedeutung des Bundes, Staatsgrundgesetz. Die Ratgeber des Herzogs. Finanzielle Auseinandersetzung mit Dänemark. Preußisches Budget. Berufung Plessens nach Wien. Nennung des Geheimrats Hanssen. Beusts Auftreten in London. Unhöflicher Ton der preußischen Noten. Bismarcks Grobheit gegen den Landtag. Sein Wunsch, sich einmal tyrannisieren zu lassen. Mitteilung an Wydenbrugk und Baron Werner. Empfehlung an den Herzog.

Lieber Lorentzen. Erst heute sage ich Ihnen für Ihre werthvollen Zuschriften vom 10. und 11.[1]) d. M. meinen Dank, weil ich erst heute in der Lage bin, Ihnen einiges von Bedeutung mitzutheilen, obwohl Sie das nach meinem Schreiben vom 9.[2]) schon früher erwartet haben werden.

Vorgestern Morgen ist der König abgereist, ohne daß von meiner Meldung Notiz genommen war, so daß ich ihn also nicht gesprochen habe. Ich finde den Schlüssel dazu in einer Bemerkung von Roon, daß Bismarck ihm gesagt habe, ich sei 1848 Mitglied der provisorischen Regierung gewesen. Er war ganz erstaunt, als ich ihn darüber aufklärte. Roon, der gestern Mittag gereist ist, und Bismarck, der heute Vormittag über Ischl nach Wien abreist, wo er Sonnabend morgen eintreffen will, waren durch die Abreise des Königs an unseren Mittagstisch gewiesen. Ersterer war vorgestern, Letzterer gestern mein Tischnachbar, und so fand sich denn, nachdem ich mich sofort durch Roon seinem Collegen, welcher wegen Unterlassung seines Besuchs Entschuldigungen machte, hatte vorstellen lassen, endlich Gelegenheit zu eingehender Besprechung. $3^1/_2$ Stunden blieb ich gestern in lebhafter Diskussion mit Bismarck sitzen, dessen Räte (Abeken und Keudell[3]) und Landsleute dabei

---

[1]) Nr. 87 und 88.

[2]) Nr. 85.

[3]) Robert Felix Max Leopold von Keudell s. A. Bettelheim, Biographisches Jahrbuch Bd. X, S. 306.

einen stummen Zuhörerkreis bildeten und sich weidlich an den theilweise sehr scharfen Bemerkungen zu erbauen schienen. Es ist nicht möglich, das ganze Gespräch zu wiederholen, da es nicht nur die Schleswig-Holsteinische Frage, sondern auch die inneren Angelegenheiten Preußens und manche allgemeinen Principfragen umfaßte. Ich hebe deshalb nur das hervor, was für Sie von unmittelbarem Interesse ist, und ich bedaure, nicht die überaus geistreiche Manier des selbstbewußten Mannes gleichfalls wiedergeben zu können.

Nach meiner auf 13 jährigem angestrengten Studium beruhenden Rechtsansicht, sagte Bismarck, gehören ganz Schleswig, Lauenburg, die Grafschaft Rantzau und die Schauenburgischen Antheile Holsteins (nicht aber die Plönschen Lande) unzweifelhaft zu Dänemark, der Rest von Holstein aber müßte von Rechtswegen unter neun Augustenburgische und Glücksburgische Prinzen vertheilt werden, da das sogenannte Primogeniturstatut des Sonderburger Hauses überall kein Erbrecht des Erstgeborenen für diese Theile anerkennt. Hätte ich als Mitglied des Kammergerichtes die Frage zu entscheiden, so würde ich sie so entscheiden. Daß es mir nicht gelang, diese auf „13 jährigen Studien" beruhende Auffassung zu erschüttern, werden Sie begreiflich finden; ich mußte zufrieden sein, Bismarck durch meine Gegenductionen stutzig zu machen. Von Rechtswegen haben nun nach Bismarcks Ansicht lediglich die beiden deutschen Großmächte über die 3 Herzogthümer zu disponiren. Von Vertheilung Holsteins unter 9 Prinzen kann natürlich nicht die Rede sein. Das Recht des Bundes, einen Anspruch über die Erbfolge in Holstein und Lauenburg zu thun, bestritt Bismarck entschieden und wollte nicht einmal zugeben, daß der Bund durch Anerkennung des seiner Überzeugung nach legitimen Herzogs Zulassung eines Gesandten desselben und Verweisung der Ansprüche anderer Prätendenten auf den Weg des Austrägalverfahrens entscheidend eingreifen könne. Daß der Ausspruch des Bundes nicht die Bedeutung einer gerichtlichen Entscheidung habe, räume natürlich auch ich ein. Der Bund hat, so sagte Bismarck, nur das Recht, einen Gesandten zuzulassen; das giebt aber dem Vollmachtgeber desselben kein Fürstenrecht; jedem einzelnen Bundesstaat steht

es natürlich zu, irgend einen Fürsten anzuerkennen oder nicht, der Bund sei überhaupt nicht für solche Verhältnisse berechnet, sondern lediglich ein durchlöchertes Sieb. Als ich darauf aufmerksam machte, daß Preußen es doch vielleicht in seinem Interesse finden könne, den Herzog Friedrich sofort anzuerkennen, um dadurch der Möglichkeit, vom Bunde majorisirt zu werden, zu entgehen, erwiderte er, ihm würde nichts lieber sein, als wenn der Bund einmal in einem recht eklatanten Fall den Versuch machte, Preußen zu majorisiren. Der Bund sei eben gar nichts, wenn die beiden Großmächte nicht mit ihm gingen, selbst eine Großmacht vermöge, wie das Jahr 1848 bewiesen, nichts mit dem Bunde, wenn die andere nicht mitgehen wolle. Über das, was er denn eigentlich wolle, und über das Intermistikum sprach sich Bismarck nicht näher aus. Er darf ja der Politik der freien Hand nichts vergeben.

Ich brachte das Gespräch auf das Staatsgrundgesetz und diejenigen Punkte, welche einer Revision bedürften. Es bedarf gar keiner Revision sagte er, sondern muß völlig beseitigt werden. Der „Erbprinz von Augustenburg" wird nie Herzog von Schleswig-Holstein mit dem Staatsgrundgesetz von 1848 und seiner Coburgischen Wirthschaft. Der künftige Landesherr mag, wenn er erst Landesherr ist, mit seinem Lande eine Verfassung vereinbaren, wie Beide es für gut halten. Damit erklärte ich mich gern einverstanden, kam aber auf die Anklage der Coburgischen Wirthschaft zurück, sowie auf Francke und Samwer, die er speziell genannt hatte, und die ich besser kenne als er. Ich kenne Francke gar nicht, sagte Bismarck, aber er ist ein Coburger, und das ist genug. Friedrich der Große würde sich nicht lange besonnen haben, den Herzog von Coburg sofort auf eine preußische Festung abzuführen, damit er zur Raison komme. „Damit machen Excellenz dem Herzog von Coburg ein großes Compliment, erwiderte ich, geben aber zugleich zu erkennen, daß wir nicht in den Zeiten Friedrichs des Großen leben."

Wir kamen auf die finanzielle Auseinandersetzung mit Dänemark. Er teilte mir als eine ihm eben zugegangene Übersicht des Finanzzustandes Preußens mit, daß die Einnahmen (wenn ich recht verstand im letzten halben Jahr) $16^1/_2$ Millionen,

und wenn man die außerordentlichen Einnahmen mitrechnet, sogar 20 Millionen mehr als der Voranschlag betragen hätte. Wir verdanken das wesentlich dem Umstande, fügte er hinzu, daß wir keinen Landtag hatten, Preußen hatte bis 1848 immer große Überschüsse und einen Staatsschatz von 40 Millionen angesammelt. Das mußte mit der unglücklichen Verfassung aufhören, denn wenn ein Minister sich für unnöthige Ausgaben auf den Beschluß einer Majorität des Landtages berufen kann, so kümmert es ihn natürlich nicht, daß die Ausgaben unnütz sind, und dazu kommt, daß eine Regierung, die mit einem Landtag zu thun hat, um der sogenannten öffentlichen Meinung willen bisweilen verkehrte Demonstrationen machen muß, die sonst unterbleiben würden. Auch die Finanzen der Herzogthümer würden ohne Stände in bessere Lage kommen als mit solchen. — Ich sprach mein Bedauern darüber aus, daß den Zeitungen zufolge Plessen als Rathgeber nach Wien berufen sei und charakterisirte ihn kurz. Ohne zuzugestehen, daß er diese Berufung veranlaßt habe, sagte er, aber wen sollen wir dann nehmen? Man hat uns einen gewissen Reincke empfohlen, aber das soll ein Ultra sein, und man kann doch nicht verlangen, daß wir uns von dem Erbprinzen einen Coburger senden lassen; die Commissäre haben eben keinen Schleswiger empfehlen können; nur von einem vormaligen dänischen Regierungsrath Schultz sei die Rede gewesen. Ich bezweifelte, daß die Commissäre keine passende Persönlichkeit zu nennen wüßten, da ich aus den Zeitungen ersehen, daß Lesser in die Finanzverwaltung eingetreten, und dieser jedenfalls eine ganz geeignete Persönlichkeit sei, wolle man aber keinen Schleswig-Holsteiner, so möge man einen Preußen, den Geheim-Rath Georg Hanssen nehmen, der als geborener Schleswig-Holsteiner die Verhältnisse gründlich kenne. Er hörte den Namen offenbar zum ersten Mal, wurde aber sehr aufmerksam.

Dies ist die Quintessenz unserer Unterredung, so weit sie sich auf die Herzogthümer bezog. Daß ich ab und zu die Gelegenheit benutzte, Ihre und Franckes Bemerkungen und Winke über die verschiedenen in Betracht kommenden sonstigen Fragen einzuflechten, versteht sich von selbst. Positive

Zusicherungen irgend einer Art zu ertheilen, vermied Bismarck, aber ich muß im Übrigen seine Offenheit anerkennen. Von dem sonstigen Inhalt unseres Gespräches will ich nur ein paar Punkte hervorheben. Er behauptete, Beust habe in London nur geschadet, weil er die ihm von Österreich und Preußen gebotene Gelegenheit, durch weitgehende Anträge die gute Sache zu fördern, nicht benutzt habe, sein Antrag auf Abstimmung vom Norden her zu spät gekommen und an sich unsinnig sei. Volksgunst habe ihn verdorben, und während er (Bismarck) früher wirklich Elemente eines Staatsmannes in Beust zu entdecken geglaubt habe, sei er jetzt ganz von der Ansicht zurückgekommen und könne ihn jetzt nur noch mit groben Noten behandeln. Es ist nicht nöthig zu erwähnen, was ich darauf erwiderte. Ich benutzte aber zugleich den Anlaß, einige Bemerkungen darüber zu machen, wie es meines Erachtens immer nothwendig sei, das fortiter in re mit dem suaviter in modo zu verbinden, und es mir erscheinen wolle, daß man das in Berlin ebenso wenig verstehe wie Lord Russell. Er räumte das ein und bemerkte, daß er (was Abeken und Keudel bestätigten) häufig schön mundirte Noten wieder umschreiben lasse, weil sie ihm nicht höflich genug seien. Es liegt nun aber einmal im norddeutschen und namentlich preußischen Charakter, eckig und grob zu sein, und dabei lasse sich nichts machen. „naturum furca expellas, tamen etc.“ Nur dem Landtag gegenüber sei er principiell grob, wenn auch lange nicht in dem Maße wie dieser gegen ihn. Sehr amüsant war auch noch seine Entgegnung auf meine Bemerkungen über die Nothwendigkeit persönlicher Selbständigkeit, das traurige preußische Schablonenwesen in Schule und Staat, und die Bedeutung einer ausgeprägten Individualität für eine große Wirksamkeit, wie das sein eigenes Beispiel beweise. Er meinte, er möchte nichts lieber als sich einmal tüchtig tyrannisiren lassen (aber von wem? Darauf blieb er die Antwort schuldig) und hielt eine sehr hübsche Lobrede auf das chinesische Sprichwort: gehorche und zittere.

Ich werde noch heute den Hauptinhalt meiner höchst interessanten Unterredung mit Bismarck an v. Wydenbrugk mittheilen. Ihm wird die Hauptaufgabe obliegen, die Österreicher zu raschem

und energischem Vorgehen am Bunde zu bringen. Von einem contradiktorischen Verfahren in Frankfurt will auch Bismarck nichts wissen. Hier habe ich den früheren österreichischen Unterstaatssekretär und jetzigen Gesandten in Dresden Baron Werner, der seit 8 Tagen hier ist, in Bewegung zu setzen gesucht, und ich habe Grund anzunehmen, daß er in Folge meiner eingehenden Mittheilungen nach Wien geschrieben hat. Dem Herzog bitte ich meine ehrfurchtsvolle Empfehlung darzubringen, die Freunde zu grüßen. Gehaben Sie sich wohl! Ihr Schleiden.

91. Graf Luckner an Lorentzen. 1864, 28. August, Schulenburg. Dank für seine Mitteilungen über holsteinische Oberbeamte. Verhandlung mit Warnstedt. Scharfes Urteil über Warnstedt. Luckners Stellung in dieser Frage. Die bevorstehende Versammlung der Besitzer adeliger Güter in Kiel. Sendung von 200 Thaler.

Lieber Lorentzen. Für Deine Mittheilung betreffs der Besetzung der vakanten holsteinischen Oberbeamtenstellen in specie der Pinneberger, sage ich Dir meinen verbindlichsten Dank, denn sichere Gewißheit ist mir lieber als ungewisse Hoffnung [1]).

Was die Verhandlungen mit Warnstedt betrifft, so steht mir natürlich nur darüber ein Urtheil zu, was Henrici mir gesagt hat, und das war, daß er (Henrici) in Gegenwart Sr. Hoheit detaillirt mit Warnstedt über dessen Engagement für diese Stelle gesprochen habe und Warnstedts endliche Antwort seit Wochen erwarte. Er fügte noch hinzu, Warnstedt habe sich deßhalb Bedenkzeit erbeten, weil er erst nach Preußen zurück müsse, um das ihm nöthige Geld flüssig zu machen; eine Pedanterie, über welche ich mich noch lustig machte. Ich hoffe nun, daß Deine Annahme, daß Warnstedt die Stelle nicht erhalte, richtig sein möge, denn mag er im Übrigen sein, was er will, für einen bis ins Unglaubliche unpraktischen Beamten hat er erst im Schleswigschen Obergericht und dann in der Schleswig-Holsteinischen Regierung bei Allen stets gegolten. Später hat er sich als Polizeimeister in Altona besseren Rufs erfreut, und wird er sich in diesem Fach in Preußen ausgebildet

---

[1]) Vergl. darüber: Henrici, Lebenserinnerungen eines Schleswig-Holsteiners, S. 108 ff.

haben, indessen, alles in allem betrachtet, ist die Polizei in Pinneberg Nebensache. Daß es fürs Land wünschenswerth sein sollte, ihn in einem solchen Posten zu sehen, ist mir mit Rücksicht auf sein Kreuzritterthum und seine Bigotterie nicht zweifelhaft. Indessen wenn es sich nicht um ein specifisch preußisches Interregnum handelt, kann auf eine solche Persönlichkeit mehr oder weniger nichts ankommen.

Für mich war diese ganze Angelegenheit ein gänzlich durch zufälliges Zusammentreffen äußerer Umstände plötzlich in den Weg gerücktes Traumgebilde; da es mir einmal erschienen war, leugne ich indessen keineswegs, daß es zu den wenigen lieblichen gehört hat, an welchen Leute meiner Art seit 1851 hier im Lande nicht gerade Überfluß gehabt haben. Abgesehen davon bedaure ich bei der Sache nur, daß ich mir unverschuldeterweise Könneritz gegenüber den Schein zugezogen haben könnte, ihn aus persönlichem Interesse mit Unwahrheit bedient zu haben, indem ich auf sein Befragen äußerte, Se. Hoheit wiße um meine Bewerbung und sei damit einverstanden. Ich werde indessen wohl Gelegenheit haben, diesen Schein zu tilgen, und wenn nicht, nun so hält noch ein Mensch mehr einen ehrlichen Mann für das Gegentheil. Ich bin alt genug geworden, um auch darüber hinweg zukommen.

Vor Empfang dieser Zeilen wirst Du wohl bereits erfahren haben, daß die Versammlung Besitzer adelicher Güter von deren Deputirten (Hirschfeld-Groß Nordsee, Martens und Behnke) zum 3. September nach Kiel convocirt worden ist. Die denselben zu machende Vorlage wird zweifelsohne unsern Besprechungen analog sein. Aus Holstein werden etwa 36 Herren der Ritterschaft Opposition machen, wenigstens war das die Zahl, auf die Bokelmann-Müssen und ich bei Durchbesprechung der Sache mit ziemlicher Sicherheit rechnen zu können glaubten. Dieser schrieb mir vorgestern sehr treffend, er hoffe, der „zähe Stoff", mit dem wir zu thun hätten, sei nunmehr gehörig in Fluß gebracht. Nach unserm Wunsch sollte übrigens die betreffende Eingabe in möglichst vielen Exemplaren bei den Gutsbesitzern circuliren, weil Manche namentlich jetzt in der Ernte zu immobil sein dürften, sich einer Reise nach Kiel zu unterwerfen. Doch wir

treiben, so viel in unsern Kräften steht. Bisher ist die Sache möglichst still gehalten, weil deren Besprechung wegen der Möglichkeit des Mißlingens vermieden werden soll. Der von den 21 Rittern vertretene Grundbesitz wird nach oberflächlicher Schätzung allerdings immer wohl größer sein als der von den bürgerlichen Besitzern vertretene, sowohl der Zahl der Steuertonnen wie der Größe des Steuerwerthes nach.

Zum Schluße darf ich Dich mit Übersendung von 200 Thalern Preußisch behelligen; es ist dies der Rest der mir durch Dr. Ahlmann nach Dresden übersandten 500 Thaler, die ich schon zweimal mit in Kiel hatte, aber beide Male an Samwer abzugeben vergaß. Gelegentlich bitte ich um eine Ablieferungsbescheinigung.

Mit freundschaftlichem Gruß Dein Luckner.

92. Holtzendorff an Lorentzen. 1864, 28. August, Gotha. Sein Brief an den Kronprinzen und die Notwendigkeit, strengste Diskretion zu üben, Schreiben an Samwer. Bitte um Lorentzens Urteil über seinen Bericht an den Kronprinzen.

Mein lieber Freund. Meine Voraussetzung war also richtig, daß Sie durch die Übersendung meines Schreibens an den Kronprinzen in eine unangenehme Lage versetzt sein würden, falls ich die Bedingung der Diskretion daran knüpfte. Ich habe es aus diesem Grunde unterlassen, Ihnen das Ding sofort mitzuschicken und finde Ihre Handlungsweise durchaus gerechtfertigt. Die Gründe aber, die mich zur Diskretion bestimmen, sind folgende. Wenn ich durch meine Mittheilungen einigen Nutzen stifte, so ist dies wesentlich mit eine Folge des vollkommenen Geheimnisses, in welches dieselben gehüllt werden. Die Stellung des Adressaten sowohl als meine eigene würde den Mittheilungen den Charakter der Unbefangenheit und vollkommener Wahrhaftigkeit rauben, sobald das Geheimnis aufhörte. Uns beiden würde geradezu Schade und Nachtheil drohen. Daß ich Ihnen eine absolute Schweigsamkeit zutraue, habe ich Ihnen im Herbst und jetzt bewiesen. Dieselbe traue ich dem Herzog zu, aber nicht ganz unserem Freunde Samwer, wenigstens nicht für alle Zukunft, wo unsere Ansichten und Bestrebungen vielleicht einmal auseinander gehen, und sein vertrautes Verhältniß zu Stockmar

z. B. oder zu Anderen ihn verleiten könnte, sich als Mitwisser zu geriren. Ja, ich könnte mir den Fall denken, daß er diese Mittheilungen in einer launischen Auseinandersetzung einmal für schädlich hielte, und mag mich also nicht in seine Hand geben. So wie jetzt die Sache geht — Sie dürfen dieselbe als eine im ganzen harmlose betrachten — ist sie nicht ohne Nutzen, wie Stockmar denkt, und verläuft in geräuschloser Stille. Meine Absicht ist, den Herrn, der beispiellos vernachlässigt wird, mit einzelnen ganz zuverlässigen Nachrichten zu versehen, ihm Selbstvertrauen einzuflößen und natürlich indirekt ihn zu spornen und härter zu machen. Ich weiß, daß man mir vertraut, und bin bemüht, dies Vertrauen mit redlichem Eifer mir fernerhin zu verdienen. Von eurer Politik habe ich nie ein Wort geschrieben, schon um nicht in die Lage zu kommen, meine abweichende Ansicht dabei aussprechen zu müssen. Ich referire diese Thatsachen und nehme dieselben auf meine Kappe, ohne die Quelle zu nennen. Selbstverständlich ist daher von Ihren Mittheilungen keine Sylbe untergelaufen, und was ich zu diesem Zwecke an Notizen erbat, sollte nichts sein, was mit Ihrer amtlichen Stellung collidiren könnte, nicht Ihre Pläne und Absichten, sondern von den Berichten, die Sie über Bismarck und andere liebe Leute erhalten, wollte ich das Wissenswerthe gern haben. Ich dachte, Sie könnten mir dergleichen so gut zukommen lassen wie Freytag, sobald Sie wissen, daß ich davon einen im Allgemeinen und speziell für eure Sache guten Gebrauch mache. Meine Unbefangenheit und Unabhängigkeit würde aber geradezu leiden, wenn ich durch Einweihung unseres Freundes Sammer in die Lage käme, gefärbte oder zu dem speziellen Zweck präparirte Nachrichten zu erhalten. Ich bin bei Ihnen sicher, einer Mißdeutung nicht unterzogen zu werden, da Sie Sammer, mich und unser beiderseitiges Verhältniß genau kennen.

Gestern habe ich an Sammer geschrieben und mich darauf beschränkt, ihm Muth zuzusprechen, da ich durch verschiedene Indizien zu der Annahme gelangt bin, daß er sich wieder in überarbeiteter und nervöser Stimmung befindet.

Mir liegt nun aber daran, Ihr Urtheil über meinen oft erwähnten Brief zu hören, — ich stehe hier gar einsam —

und Ihnen zu zeigen, daß die Sache für mich ganz unverfänglich ist. Daher sende ich Ihnen die Abschrift mit der Bedingung, daß Sie über meine fortgesetzten Berichte schweigen. Zwei ostensible Zeilen lege ich bei. Sollten Sie obige Bedingung auch nicht erfüllen können, dann senden Sie mir die Beilage ungelesen zurück. Gelesen natürlich bitte ich sie auch zurück. Gott befohlen!

Ihr Holtzendorff.

93. Holtzendorff an Lorentzen. 1864, 28. August, Gotha. Bismarck drängte den König nach Wien, um Rechberg zu halten. Furcht Bismarcks vor Schmerling. Endgültige Regelung der Souveränitätsfrage verschoben. Bismarcks Wut auf die liberale Partei. Notwendigkeit, einen direkten Weg vom Herzog zum Könige zu finden. Bedauern, daß der König in Baden nicht allein ist. Prinz Waldemar. Warnung vor dem preußischen Landtag.

Lieber Freund! Besten Dank für Ihren Brief vom 26.[1]) und Beilage, die wieder zurückerfolgt und von mir mit Genauigkeit studirt ist, um sie in einer die Quelle verhüllenden Weise zu verwerthen. Zur Ergänzung der erbaulichen Mittel Bismarcks kann ich Ihnen mittheilen, daß die militärische Umgebung des Königs in Gastein auf Bismarcks Ordre Himmel und Erde in Bewegung gesetzt haben, um den Herrn nach Wien zu schleppen, während er nach Baden drängte. Sie haben also ihren Willen durchgesetzt, weil Bismarck die Stellung Rechbergs für ernstlich gefährdet und in seinem eigenen Interesse die Conservierung des conservativen Grafen für dringend geboten hält. Bismarck soll Schmerlings[2]) Einfluß ebenso bekämpfen wie fürchten, und der österreichische Minister, der in dem preußischen Könige seine Stütze findet, soll offenbar sich dankbar und lenksam zeigen. Welch weitreichende Konsequenzen eröffnen sich bei dieser neuen Aera? Die ausgespochene Absicht der königlichen Umgebung geht dahin, daß, wenn auch der Friede geschlossen wird, die definitive Regelung der Sache mindestens auf ein Jahr hinausgeschoben werde. Wer dann nach dem Wunsche dieser Herren Herzog werden soll, habe ich noch nicht erfahren. Ich hoffe auf baldige Aufklärung. Wie

---

[1]) Nicht bekannt.

[2]) Anton Ritter v. Schmerling s. Allg. deutsche Biogr. Bd. LIV, S. 56ff.

weit die Idee des Königs oder auch nur die Absicht Bismarcks bei obigem Plane concurrirt, weiß ich nicht. Im Zusammenhalt aber mit dem Schleidenschen Berichte aus Gastein ergiebt sich m. E. einige Wahrscheinlichkeit, daß der König das persönliche Geheimniß vor Bismarck bewahrt hat, und bei dieser Hypothese die Möglichkeit, daß der alte Herr, sobald Österreich sich natural noch mehr engagirt hat, doch der Sache nach mit einem Schlage ein Ende machen wolle. Ich gebe zu, daß die Richtigkeit dieser Annahme starke Zweifel gegen ihre Nachhaltigkeit erregen muß, aber die Thaten Bismarcks gegen die Coburgische Wirthschaft rc. läßt der Vermuthung Raum, daß er ein Geheimniß beim Könige wittert und um sich schlägt, um vielleicht den richtigen Punkt doch einmal zu treffen. Freilich ist dies rüde Toben eins von jenen Indizien, das auch gerade umgekehrt gedeutet werden kann. Nimmt man an, daß Bismarck ganz eingeweiht ist, — wie seine Erklärung gegen Baudissin in Betreff des Herzogs anzudeuten scheint — dann ließe sich die Wuth gegen das liberal nationale Princip auch dahin erklären, daß er wenigstens Alles versuchen will, um für sich und seine Partei gegen den verhaßten Herzog und das verhaßtere nationale Princip soviel wie möglich zu retten. Daß er aber im Kreise seiner Tafelrunde gegen Schleiden in so solenner Weise gegen die coburgische Wirtschaft gewüthet hat, spricht wieder für meine frühere Annahme, daß er, des Ausganges unsicher, euch einschüchtern will, euch zur Nachgiebigkeit oder Zorn reizen und dann den König bearbeiten will, wenn er wüßte, daß sowohl Baudissin als Schleiden nach Kiel berichten würden. Wäre doch ein direkter Weg vom Herzog zum Könige möglich! Ich meine, es müßte alles daran gesetzt werden, denselben zu erreichen, und ich halte ihn für den einzigen sicheren Weg.

Die gehoffte Isolirung des Königs in Baden ist leider auch wieder zu Wasser geworden; sein Mentor verläßt ihn nicht. Prinz Waldemar, der zwei Tage hier war, hatte zwar die Absicht, den König in Baden zu sprechen, aber einestheils ist er nicht orientirt genug, anderntheils in seiner Stellung zu unfrei. Ich habe ihn übrigens in seinem Vorhaben, den König wegen der Kreuz-Zeitung und Genossen zu stellen, bestärkt.

Er soll nur als Prinz und General einmal darüber ein entschlossenes Wort sprechen; ich glaube, daß es helfen kann. Der Prinz war übrigens ziemlich gut im Zuge, nur schien mir seine geistige Elasticität abgenommen zu haben. Gegen euch, namentlich Sammer, war er sehr aufgebracht, weil er seit 6 Wochen keine Nachrichten erhalten hätte; er sprach vom Mohren, der seine Schuldigkeit gethan rc., ich habe ihn zu beschwichtigen gesucht. — Auf eine Gefahr möchte ich Sie aufmerksam machen, die ist der preußische Landtag. Wenn ich mich nicht täusche, wird der Spektakel sofort wieder ausbrechen, und das ist dann identisch mit der Verbitterung des Königs gegen eure Sache und das liberale Princip. Stürzen wird man Bismarck sicher nicht, aber euch verderben. Also Eile ist auch in dieser Richtung geboten. Dem Herzog meine ehrerbietigste Empfehlung.

Ihr ergebener v. Holtzendorff.

94. Lorentzen an Schleiden. 1864, 2. September, Kiel. Dank für den Brief vom 17. August. Nicht viel Neues. Dank für das Anerbieten, nach Frankfurt zu gehen. Denkschrift beim Bunde überreicht. Scheitern des Interims. Anerkennung des Herzogs muß bis zum Friedensschlusse durchgeführt sein. Wie ist die Stimmung des Königs von Preußen? Gruß an Graf Baudissin. Besuch Schleidens in Kiel erwartet.

Lieber Schleiden. Ich habe Ihnen noch für Ihren sehr interessanten Brief aus Gastein vom 17.[1]) v. M. zu danken. Ich unterließ es Ihnen zu schreiben, weil ich nie sicher wußte, wo mein Brief Sie treffen würde. Sie werden inzwischen wohl Geffcken gesehen und werden von ihm erfahren haben, was ich ihm am 21.[2]) v. M. nach Thun, poste restante geschrieben. Viel Neues freilich wird für Sie in diesem Briefe nicht gewesen sein. Auch heute habe ich Ihnen kaum etwas Neues zu melden, und ich schreibe Ihnen nur, um Sie auf Ihren Brief aus Basel vom 26.[3]) v. M. nicht ohne Antwort zu lassen. Vielen Dank

[1]) Nr. 90.

[2]) Nicht bekannt.

[3]) Hat Roggenbach nicht getroffen, freut sich über die Berufung Ahlefeldts, ist bereit, wenn nötig, für längere Zeit nach Frankfurt zu gehen. (Das Original unter den Lorentzenschen Papieren.)

für Ihr Anerbieten, nach Frankfurt zu gehen; allein für den Augenblick liegt nichts besonderes vor, was Sie für uns dort ausrichten könnten, und ich möchte Sie also nicht von der direkten Reise nach Nettehammer abhalten. Unsere Begründung ist jetzt am Bunde eingereicht; aber nun stockt in Frankfurt Alles, so lange der Oldenburger mit seiner Denkschrift zurückhält. Eisendecher sagt, es werde noch mehrere Wochen dauern. Es wäre also wohl gethan, ihm ein Monitorium mit Präclusivtermin zukommen zu lassen. Aber dafür in Frankfurt zu wirken, kann wohl nicht viel nützen. Wie die Dinge jetzt liegen, werden ja alle Bundesbeschlüsse in Wien und Berlin gefaßt.

Das Wichtigste und Erfreulichste für uns ist, daß in Wien das Interim gescheitert ist. Bis zum Frieden behalten wir jetzt den status quo, und unser Streben muß jetzt dahin gerichtet sein, die Anerkennung des Herzogs und das Eintreten des Definitivums bis zum Friedensschluß durchzusetzen.

Wenn mit dem Frieden erst wieder ein neues Provisorium eintreten sollte, so verschwimmt die Sache ins Ungewisse, und der Ausgang entzieht sich völlig unserer Einwirkung. Damit wir dieses Ziel erreichen, ist nothwendig 1. daß in Frankfurt keine Verzögerung eintritt, also Drängen des Oldenburgers und sodann sofortige Abstimmung auf Grundlage der beiden Eingaben, ohne weiteres contradiktorisches Verfahren. — und 2. daß in Preußen die Verschleppungspolitik Bismarcks überwunden wird. Letzteres ist wohl die schwierigere Aufgabe. Aber ich vertraue dabei auf die im Ganzen guten Intentionen des Königs, sowie darauf, daß das europäische Drängen zum Abschluß immer stärker werden wird. Haben Sie dort etwas über die jetzige Stimmung des Königs gehört? Vielleicht durch Roggenbach? Für Alles, was Sie uns darüber mittheilen können, sind wir Ihnen natürlich sehr dankbar. Jedenfalls werden Sie jetzt ja Roggenbach sehen und mit ihm Ihre Ansichten über die Situation austauschen. — Sie werden dort auch wohl Graf Hermann Baudissin sehen, dem ich mich bestens zu empfehlen und den Wunsch auszusprechen bitte, daß es mit seiner Gesundheit wieder besser gehen möge.

Wenn Sie Mitte September in Bremen sein werden, so dürfen wir ja wohl bald auf Ihren Besuch hier in Kiel hoffen.

Wie steht es denn mit den Londoner Plänen? Der Herzog läßt sich Ihnen bestens empfehlen, und die Freunde grüßen herzlichst.

Ihr Lorentzen.

95. Schleiden an Lorentzen. 1864, 7. September, Nette-Hammer. Dank für Brief. Ungewißheit in Frankfurt. Bundesferien. Antrag Mohls, dem Großherzog von Oldenburg einen Schlußtermin zu setzen. Zutrauen, daß in den Friedensverhandlungen das Recht des Herzogs gewahrt werden wird. Die Wiener Verhandlungen zwischen den Souverainen und ihren Ministern. Plessens Auftreten. v. Schrenks Unterredung mit Bismarck. Graf Hermann Baudissin. Die liberale Umgebung des Königs Ludwig. Dessen Verhältnis zur Großfürstin von Rußland. Napoleons Politik. Schleidens Reisepläne.

Lieber Lorentzen.

Bei meiner Rückkehr aus der Schweiz fand ich am 4. d. Ihre freundliche Zuschrift vom 2.[1]) d. vor. Besten Dank dafür. Ein gleichzeitiger Brief aus Bremen und eine längere Unterredung mit Roggenbach, den ich gestern auf der Durchreise besuchte, bestätigten mir, daß augenblicklich nichts in Frankfurt zu machen ist, und man dort völlig im Dunklen tappt. Da Mohl soeben berichtet hatte, daß Herr von Kübek morgen beantragen werde, die nächsten beiden Bundestagssitzungen ausfallen zu lassen, weil er selbst auf 14 Tagen zu verreisen wünscht, auch andere Gesandte urlaubsbedürftig sind[2]) und sich doch nichts thun

---

[1]) Nr. 94.

[2]) Im Briefe vom 8. September an Sammer entwirft Mohl ein trübes Bild vom Bundestage: Es ist hier nicht bloß eine vollständige Stille, sondern geradezu ein Marasmus eingetreten, und von dem, was etwa in Wien vorgeht, transpirirt gar nichts. Das Gefühl der Unmacht und der Mißachtung, in welche der Bund und die Bundesversammlung gefallen sind, hat allmählich, ich glaube fast ausnahmsweise alle Mitglieder der letzteren ergriffen, und man hört einstimmig bittere Klagen darüber; man schämt sich seiner Stellung und seines Daseins hier. Die nackte Wahrheit ist eben allmählich jedem klar geworden, daß der Bund lediglich ein Schein und eine Lüge ist, sobald die beiden Großmächte zusammen halten, und daß die Maschine wenigstens vollkommen stockt, wenn Österreich und Preußen verschiedener Ansicht sind. Herrn von Bismarcks brutales Auftreten hat selbst die Möglichkeit einer Illusion hierüber zerstört. Und selbst noch schlimmer vielleicht, als selbst dieser betrübte Zustand ist es, daß kein Mensch die Möglichkeit einer Abhilfe sieht. Auf organischem und legalem Wege ist nicht daran zu denken; den

läßt, ehe die Oldenburgsche Deduktion eintrifft, so habe ich Roggenbach leicht beredet, Mohl sofort dahin zu instruiren, daß er in der morgigen Sitzung einen nach Ablauf dieser kurzen Bundesferien einzubringenden Antrag, dem Großherzog von Oldenburg einen Schlußtermin zu setzen, mit dem Ersuchen ankündigen soll, die Ferienzeit zur Einholung der nöthigen Instruktionen zu benutzen, damit dann sofort über den Antrag abgestimmt werden könne. Dadurch wird sich am Besten der von Bismarck gewünschten und geförderten weiteren Verschleppung der Sache vorbeugen lassen. — Über den Stand der Verhandlungen in Wien wußte Roggenbach nichts näheres, doch hatte er gutes Vertrauen, daß das Recht des Herzos keine Gefahr laufe, und die Pression der auswärtigen Mächte und der deutschen Finanzwelt den Frieden rascher zu Stande bringen und schließlich besser machen werde, als es einstweilen den Anschein hat, und als Bismarck es wünscht.

Die baldige Anerkennung des Herzogs durch den Bund ist aber das einzige Mittel, einem mit dem Friedensschluß von neuem drohenden Interim vorzubeugen. In Wien scheint bei der Anwesenheit des Königs von Preußen außer der glücklichen Beseitigung der Bismarckschen Interims Pläne nichts positives erreicht zu sein. Bismarck hat Rechberg und der Kaiser hat den König für seine respektiven Ansichten zu gewinnen gesucht und vielleicht auch theilweise gewonnen. Da aber der König und Bismarck eben so wenig einig sind wie der Kaiser und Rechberg, so läßt sich noch nicht absehen, wie es wird. — Inzwischen hat Plessen nicht geringen Anstoß dadurch gegeben, daß er, obwohl Rathgeber der Deutschen, bei den Hoffesten in

---

Weg der Revolution wird kein Vernünftiger und Gewissenhafter einschlagen wollen, davon abgesehen, daß er nicht die mindeste Aussicht auf Erfolg hätte. Und doch kann es unmöglich so bleiben und fortgehen.

Es ist offenbar nicht bloß das Bewußtsein des Mangels an jeder Beschäftigung und das Bedürfnis einer physischen Erholung, welche gegenwärtig die Aussetzung der Sitzungen auf einige Wochen zu einem so dringenden Wunsche hier macht, sondern mehr noch das drückende Gefühl der ganzen Lage, welcher man, wenn auch nur auf kurze Zeit und der äußeren Umgebung nach, entlaufen möchte. Freilich wird man sie wieder bei der Rückkehr vollständig vorfinden.

Schönbrunn (jedenfalls bei der Vorstellung des diplomatischen Corps) das Kommandeur-Kreuz des Danebrog getragen hat!! Ich habe Edelheims Bericht, worin er das meldet, selbst gelesen. — Bismarck hat jede Berührung mit dem diplomatischen Corps gemieden, vermuthlich weil er fürchtete, zu viel zu sagen und sich zu verrathen. — Herr v. Schrenck[1]) hat sich über seine Unterredung mit Bismarck in München sehr zufrieden ausgesprochen, doch weiß ich nicht, ob die Schleswig-Holsteinische Frage dabei zur Sprache gekommen ist. Graf Hermann Baudissin[2]), der Ihre Grüße erwidert und wahrscheinlich in den nächsten Tagen einen Ausflug mit seiner Familie nach dem Bodensee machen wird, wo er ja München wieder nahe kommen würde, wußte Nichts neues von dort. Ich höre aber aus guter Quelle, daß der junge König von Bayern sich in den Händen einer liberalen Cotterie befindet, an deren Spitze Herr von Meurer (von Lola-Montez Andenken) steht und viel Selbständigkeit zeigt. Sein Reskript wegen Abkürzung der Finanzperiode hat alle seine Minister überrascht. Daß er ernstlich in die junge Großfürstin von Rußland verschossen ist, scheint gewiß zu sein, doch weiß ich nicht, wie weit die Sache gediehen ist.

Napoleon scheint es nach gerade einzusehen, daß seine Politik in der Schleswig-Holsteinischen Sache nicht glücklich war. Er hat sich, indem er auf die Uneinigkeit Deutschlands und namentlich auf eine Annäherung der Mittel- und Kleinstaaten an Frankreich rechnete, verrechnet, kann aber jetzt nicht mehr zurück, und ich fürchte daher auch nicht, daß er die Dänen stützen wird, so lange Österreich und Preußen einig bleiben, und das übrige Deutschland die meines Erachtens in diesem Augenblick gebotene Politik verfolgt, Österreich in der Sache der Herzogthümer gegen Preußen zu unterstützen. Mit dieser Politik ist auch Roggenbach einverstanden. — Das ist Alles, was ich Ihnen heute vom politischen Interesse zu melden vermag. Ich gedenke

---

[1]) Karl Freiherr von Schrenck auf Notzing, bayrischer Minister, s. Allgem. deutsche Biogr. XXXII, S. 485.

[2]) Früher Besitzer des Gutes Sophienhof (Kreis Plön), dann in Freiburg. Über seine Tätigkeit im Dienste des Herzogs Friedrich. s. Quellensammlung zur schlesw.-holstein. Geschichte, Bd. VII.

nur bis Sonntag hierzubleiben, dann unterwegs noch mit meinen preußischen Collegen aus Washington und Anderen ein rendez-vous gebend, nach Bremen abzureisen, wo ich am nächsten Dienstag den 13. d. Morgens eintreffen werde. Wie lange ich dort aufgehalten werde, vermag ich nicht vorher zu sagen. Von dort gehe ich vermuthlich über Hannover und Lüneburg nach Lübeck und dann nach Hamburg, um zunächst in den drei Hansastädten über meine Zukunft, den Zeitpunkt meiner Rückkehr nach Amerika oder meine Übersiedelung nach London Rücksprache zu nehmen. Ich behalte mir vor, Ihnen oder Francke, den ich ebenso wie Sammer freundlichst zu grüßen bitte, demnächst mitzutheilen, wann ich von Hamburg aus in Kiel eintreffen werde. Finde ich schon vorher Stoff zu anderweitigen Sie interessirenden Mittheilungen, so hören Sie von mir. Wollen Sie mich nach Bremen hin mit Nachrichten erfreuen, so werde ich Ihnen sehr dankbar dafür sein.

Gehaben Sie sich inzwischen wohl und sagen Sie, bitte, Sr. Hoheit meine ehrfurchtsvolle Empfehlung. Mit freundschaftlichem Gruß Ihr Schleiden.

96. Lorentzen an Sammer. 1864, 23. September, Berlin. Gespräch mit Balan über die augenblickliche Lage. Bismarcks Frau krank. Er ist in Varzin. Balan wird wahrscheinlich nach Wien zu den Friedensverhandlungen gehen. Verschleppungstheorie bei Dänemark und Österreich. Die Successionsfrage. Verlängerung der Kündigungsfrist des Waffenstillstandes ausgeschlossen. Unterredung mit Stern.

Lieber Freund! Ich bin heute früh hier eingetroffen. Ahlefeldt kommt erst heute Nachmittag. Ich habe mich heute darauf beschränkt, einen Besuch bei Balan zu machen. Da ich ohne bestimmten politischen Zweck zu ihm kam, nur weil ich bei einer zufälligen Anwesenheit in Berlin nicht unterlassen wollte, ihn aufzusuchen, so hatte die Unterredung einen leichteren Charakter. Ich erzählte ihm, daß ich meine Familie auf einige Tage besuchen wolle. Dann fragte er mich, ob ich seit unserer Londoner gemeinschaftlich erlebten Zeit immer in Kiel gewesen sei. Als ich ihm dies bejahte, fragte er, was man denn in Kiel mache, und wie man da gesinnt sei. Ich sagte ihm, es gehe Alles ja gut, aber man würde doch nachgerade ungeduldig.

„Ja" sagte er „ich hätte auch gewünscht, daß die Sache „properer" abgegangen wäre; aber ich bin nicht eingeweiht; ich weiß nicht, was man daraus hat, die Sache so hinzuschleppen." Er sprach dann länger von seiner persönlichen Stellung. Morgen kommt Thiele[1]) zurück, und dann wird Balan ihm die Geschäfte sofort übergeben. Bismarck ist noch in Pommern, wo seine Frau ernstlich krank ist; es ist deßhalb ziemlich ungewiß, wann er zurückkommt; Balan meinte, wenn die Krankheit eine Wendung zum Schlimmeren nähme, so könne Bismarcks Abwesenheit vielleicht noch etwas währen. Dann machte er eine Andeutung, die ich für sehr wichtig und erfreulich halte. Als er davon sprach, daß er morgen die Geschäfte an Thiele abgeben werde, drückte ich die Hoffnung aus, daß er doch noch ferner mit der Leitung und Behandlung unserer Frage betraut sein werde. Darauf gab er mir zu verstehen, daß davon die Rede sei, ihn nach Wien zu schicken, um neben Werther an den Friedensverhandlungen Theil zu nehmen. Ich begrüßte diesen Gedanken natürlich mit großer Freude. Er fügte hinzu, Werther habe nicht die nötige Energie für eine solche Aufgabe und sei nicht genug geneigt, die Zähne zu zeigen. Als ich dann meinte, daß dies allerdings gegen die Verschleppungsversuche der Dänen sehr erforderlich sei, antwortete Balan: „Ach, die Verschleppung liegt nicht allein an den Dänen, sondern auch an unsern Alliierten." Er sprach dann davon, daß sehr häufig über die Behandlung einzelner Fragen erst eine Verständigung zwischen Preußen und Österreich herbeigeführt werden müsse, wodurch oft mehr Zeit verloren gehe als durch die Verhandlung mit den Dänen. Als ich dann das große Interesse hervorhob, das Preußen an der raschen Erledigung haben müsse, weil es sonst Gefahr laufe, die jetzt sicher erreichten Erfolge wieder zu verlieren, antwortete Balan „das ist es, was ich täglich predige, schon jetzt drängen die fremden Kabinette und dies wird sich steigern, je länger der Frieden sich verzögert." Man würde immer mißtrauischer und glaubte immer mehr an Hintergedanken, die doch in Wahrheit keinen Sinn haben könnten. Auffallend war nur, daß er entschiedenen Zweifel daran

[1]) Carl Hermann von Thiele, wirkl. Legationsrat und Kammerherr, Unterstaatssekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

äußerte, ob Österreich wirklich ernstlich die Beschleunigung der Erbfolgefrage wünsche. Als ich davon sprach, daß dies doch unbedingt im Interesse Österreichs liege, antwortete er, „das sollte man meinen, aber es scheint doch nicht, daß man es in Wien so auffaßt." Was er hiermit meinte, konnte ich nicht recht ermitteln. Auf genauere Nachfrage sprach er zuerst von kontradiktorischem Verfahren. Ich sagte, daß, wenn der Großherzog von Oldenburg eingereicht haben werde, dann doch unmöglich noch ein weiterer Schriftwechsel eintreten könne, sondern daß dann auf Grundlage der beiden Eingaben entschieden werden müße. Das gab er zu, aber vom wem entschieden werden solle? Ich sagte, die Entscheidung sei eine politische, die wohl auf Grundlage des Rechtes erfolgen müsse; aber sie sei an sich nicht eine rechtliche, und deshalb müsse sie auch von der Bundesversammlung als einer politischen Behörde, nicht von einem Gericht erfolgen. Darauf antwortete mir Balan, dies werde aber eben von Preußen und auch von Österreich nicht anerkannt. Auf den Gedanken, den ich andeutete, daß die Successionsfrage vielleicht noch vor dem Frieden, falls dieser sich in die Länge ziehen sollte, erledigt werden könne, wollte Herr v. Balan nicht recht eingehen. Dagegen sprach er wiederholt für die möglichste Beschleunigung des Friedens. Statt die Truppen aus Jütland zurückzuziehen, müße man dort den Druck verstärken und nöthigenfalls selbst die Kündigung des Waffenstillstandes nicht scheuen. Den Gedanken an eine Verlängerung der sechswöchentlichen Kündigungsfrist, etwa gar auf drei Monate, erklärte er in den stärksten Ausdrücken für eine Absurdität, an die gar nicht gedacht werden könne. Diese Gefahr ist also wohl beseitigt. Weiter kam von politischem Interesse nichts vor.

Außerdem darf ich das folgende nicht unerwähnt lassen. Es giebt hier einen Juden, Namens Stern, der eine lithographische Correspondenz herausgiebt, und der die eigenthümlich jüdische kleberige Zudringlichkeit in höchstem Maße besitzt. Obgleich ich ihn seit fünf Jahren, wo er mir vorgekommen ist, immer mit ausgesuchter Grobheit behandelt habe, benimmt er sich gegen mich stets wie ein Ohrwurm. Er begegnete mir heute und war unendlich erfreut mich zu sehen, zumal da er mir melden könne,

daß unsere Sache außerordentlich gut stehe. Rußland habe den Oldenburger schon ganz aufgegeben. Dann fragte er mich noch, ob es wahr sei, daß hier zwei officiöse Unterhändler von Seiten des Herzogs angekündigt seien, die über die Concessionsfrage unterhandeln sollten, und daß ich einer dieser Unterhändler sei. Ich fragte lachend, wer ihm das aufgebunden habe. Er wollte nicht recht damit heraus, gab aber zu verstehen, daß die Nachricht aus der russischen Gesandtschaft stamme, und fragte mich, ob er sie in seiner Correspondenz mittheilen solle. Ich antwortete ihm in dem gleichgültigsten Tone von der Welt, mir sei nichts daran gelegen; wenn er sich mit falschen Nachrichten kompromittiren wolle, so möge er meinetwegen gerne diese Ente auf den Markt bringen. Ich hoffe, er wird es nun darauf hin unterlassen. Auffallend ist seine Wissenschaft immerhin. Aber es ist nicht unmöglich, daß er die ganze Geschichte aus der Luft gegriffen hat, nur um zu sehen, ob mir nicht etwas abzulauschen sei.

Morgen werde ich versuchen, wie es mir mit Keudell geht.

Lorentzen.

97. Samwer an Lorentzen. 1864, 24. September, Kiel. Vorwurf an Österreich wegen Verschleppung. Interesse Preußens an der Entscheidung der Erbfolgefrage. Nachricht über Entsendung von Bevollmächtigten nach Berlin. Ungewiß, von wem die Nachricht stammt. Eventuelle Abreise Ahlefelds. Ankunft Schleidens für Montag bestimmt.

Lieber Freund. Dein Brief von gestern hat uns sehr interessirt. Wenn den Österreichern Verschleppung vorgeworfen wird, so hat das doch wohl nur ihren Wunsch nach längerer Waffenstillstandsfrist zum Grunde, und hierbei handelt es sich ja doch wohl nur um die Überwinterung der Flotte.

Welches Interesse Preußen daran hat, die Entscheidung der Erbfolgefrage dem Bundestage oder für Schleswig der eigenen Mitbestimmung zu entziehen und einem Tribunal zuzuweisen, ist nicht klar. Sollte es ernst damit sein?

Der sehr gutgesinnte ♯ Correspondent der Hamburger Nachrichten brachte gestern die Sternsche Nachricht: Zwei Bevollmächtigte nach Berlin, um die Vereinbarungen zu unterhandeln. Du wirst heute das Dementi in der National-Zeitung gefunden haben. Woher die Nachricht kommt, ist uns unbegreiflich.

Steindorff hat nur L. Morier gesagt, daß Herr v. Ahlefeld kommen würde. Vielleicht der Wirth vom British Hotel? Thue dort durch die Presse, was Du für erforderlich hälst. Der Herzog trägt mir auf zu schreiben, daß, wenn, wie die Kreuz-Zeitung annehmen lasse, in Folge der Krankheit der Frau von Bismarck noch voraussichtlich etwa 8 Tage über Bismarcks Rückkehr hingehen sollten, es doch wohl besser sei, wenn Herr von Ahlefeld vorläufig Berlin verlasse und etwa nach Lüneburg ginge, Du aber hierher zurückkämest. Die Anwesenheit des Herrn v. Ahlefeld und Deiner werde in Anlaß jener sonderbaren Nachricht sonst ohne alle Noth zu einem Preßlärm Anlaß geben und Aufsehen erregen.

Hier ist nichts neues. Schleiden kommt Montag.

Beste Grüße! Dein Sammer.

Kiel, 24. September 1864.

98. Lorentzen an Sammer. 1864, 25. September, Berlin. Rückkehr Bismarcks in den nächsten Tagen wahrscheinlich. — Ausweichen desselben vor den russischen Herrschaften. Ahlefeld hat sich bei Balan gemeldet. Der Artikel in den Hamburger Nachrichten. Keudell verfehlt. Gruß an Schleiden. Bitte, die Flensburger Friedensartikel zu senden.

Lieber Freund. Deinen Brief von gestern habe ich erhalten. Herr v. Ahlefeld, mit dem ich über die eventuell gewünschte Abreise sprechen wollte, habe ich leider verfehlt. Ich weiß nicht, ob ich ihn heute noch sehen werde, da man in seiner Wohnung (Hotel Windsor) nichts von ihm wußte. Indeß glaube ich nicht, daß Bismarck noch 8 Tage in Pommern bleiben wird. Die Krankheit der Frau v. Bismarck wird jedenfalls sehr amplificirt, und ich glaube, daß mit der Abreise der russischen Herrschaften sich sehr bald eine erhebliche Besserung einstellen wird, so daß es dann dem Ministerpräsidenten möglich sein wird, sich von dem Krankenlager seiner Gemahlin loszureißen. Dies wird dann von der ministeriellen Presse noch zu einer Glorifikation des Herrn v. Bismarck benutzt werden, der die Pflicht gegen das Vaterland selbst noch über den Zug seines Herzens stelle. Jedenfalls glaube ich, daß Bismarck morgen oder übermorgen wieder hier sein wird. Bis wir hierüber Gewißheit haben, wird es jedenfalls

gerathen sein, den Entschluß über Ahlefeld's und meine interimistische Abreise auszusetzen. — Was Bismarck für Gründe hat, der russischen Gesellschaft aus dem Wege zu gehen, ist mir nicht klar. Ich habe mir gedacht, daß er vielleicht früher für die Vorschiebung des Oldenburgers mitgewirkt hat und sich jetzt nicht gern daran erinnern laßen will. Aber ich wage selbst kaum an diese Conjunktur zu glauben. — Herr v. Ahlefeld, der sich gestern ohne Weiteres bei Balan gemeldet und diesen von dem Zweck seiner Anwesenheit in Kenntniß gesetzt hat, kann auch aus diesem Grunde nicht wohl sofort wieder abreisen. Über seine Unterredung mit Balan wird Herr v. Ahlefeld wohl direkt berichtet haben. Das Meiste hatte Balan mir schon gesagt. Das einzige Neue von Erheblichkeit war, daß Balan versichert hat, Bismarck halte an der Theilung des Sundzollfonds fest. — Ich meinerseits möchte wenigstens gern die Rückkehr Geffckens abwarten, der, wie ich heute in seiner Wohnung hörte, morgen aus Hamburg erwartet wird.

Der Korrespondent der Hamburger Nachrichten ist, so viel ich weiß, Bardeleben. Ich möchte aus seinen Verbindungen muthmaßen, daß R. Meyer nicht ganz diskret gewesen ist. Offenbar ist ein ursprünglich wichtiger Kern auf verschiedenen Umwegen entstellt. Dadurch ist die Dementirung erleichtert, sowie durch die damit in Verbindung gebrachte Fabel von der Inkognitoreise des Herzogs. Das Dementi in der National-Zeitung ist sehr gut, und wie mir scheint, ausreichend. Neues weiß ich heute nicht. Keudell habe ich gestern verfehlt. Ich bitte, Schleiden bestens zu grüßen und mich zu entschuldigen, daß ich ihm nicht nach Hamburg geschrieben habe. Ich habe es absichtlich unterlassen, um nicht gezwungen zu sein, die Berliner Krise zu erwähnen. — Die drei aus Flensburg geschickten Friedensartikel, die ich mitnehmen sollte, müssen in Kiel liegen geblieben sein. Ich bitte, sie entweder an mich oder an Herrn v. Ahlefeld zu senden. Lorentzen.

99. Sammer an Lorentzen. 1864, 26. September, Kiel. Ahlefeld soll in Berlin bleiben, ev. kurzen Ausflug machen. Hänels Bericht aus Wien. Auszug aus einem Schreiben Mohls. Lorentzen soll für jetzt nicht nach Kiel. Einwirken auf Ahlefeld. Geffckens Rückkehr.

Lieber Freund. Da Balan von dem Zwecke der Anwesenheit des Herrn von Ahlefeld in Kenntniß gesetzt ist, so soll ich Dir schreiben, daß von der beabsichtigten Entfernung von Berlin nicht wohl mehr die Rede sein könne. Indessen bleibe es Herrn von Ahlefeld ganz anheimgestellt, wenn sich die Ankunft Bismarcks noch verzögern sollte, um die Aufmerksamkeit des Publikums abzulenken, etwa einen Ausflug zu machen.

Hier nichts neues. Hänel schreibt von Wien, daß dort allerdings noch kein Übergehen zu Oldenburg stattgefunden habe, daß aber die Staatskanzlei, alle mit Ausnahme Rechbergs, im höchsten Maße gegen jede Convention mit Preußen seien, und wenn sie den Glauben gewönnen, daß eine solche möglich sei, Rechberg zwingen würden zu Oldenburg überzugehen.

Hierbei zugleich ein Auszug[1]) aus dem Mohlschen Bericht.

[1]) Herr von Bismarck hat zu Freiherrn von der Pfordten gesagt, es bestehe allerdings in Preußen eine Parthei, welche die Annexion verlange; er aber halte ihr entgegen, eine solche Maßregel gehe, wider den Willen Europas unternommen, über die Kräfte Preußens. Es wäre aber nicht klug, auch nur zu weitgehende Einräumungen von Seiner Hoheit zu erpressen. Solche harte Bedingungen würden einerseits Höchstdenselben zum Feinde machen und den beständigen Reiz hinterlassen, die Unterwürfigkeit bei erster Gelegenheit wieder abzuschütteln, andererseits die übrigen deutschen Mittelstaaten sehr mißtrauisch machen und sie gegen Preußen verbinden. Über seine Absichten befragt, hat Herr von Bismarck mit allem Anschein von Offenheit erklärt, daß er nichts verlange als einen Bundeshafen, welcher aber wahrscheinlich nicht Kiel sondern Eckernförde sein müßte, Rendsburg als Bundesfestung; endlich auf dem Kanale (auch nach Eckernförde gezogen) eine Art von Polizei, so daß die beliebige Benutzung Preußens nicht verschlossen werden könnte. — Lauenburg behalten zu wollen, scheint allerdings Herrn von Bismarcks Absicht.

Bei der ganzen langen Unterredung hat Herr von Bismarck sich über alles Erwarten ruhig und verständigen Gründen zugänglich gezeigt; nur werde allerdings noch auf manche Verzögerung und auf manchen krummen Weg gerechnet werden müssen. Über die oldenburgischen Ansprüche hat er sich sehr geringschätzig ausgesprochen, allein geradezu eingestanden, er müsse auf Rußland Rücksicht nehmen und suchen, die Verantwortlichkeit für die Anerkennung Sr. Hoheit von sich möglichst abzuwenden. Er hat unter Anderem den abenteuerlichen Plan durchblicken lassen, durch die Bundesversammlung eine Art von Collegium berühmter Rechtsgelehrter einzuberufen, welche ein Gutachten über die Rechtsfrage zu geben hätten

Was Dich anbetrifft, so bleibt es bei der Verabredung, daß Du möglichst bald zurückkommst. Für den Augenblick paßt es noch nicht.

Du solltest den Leuten der Presse doch den Unsinn der Conventionstheorie predigen.

Kiel, 26. September 1864. Dein Samwer.

Privatim.

Warum in aller Welt geht denn Ahlefeld zu Balan? Soll Dein „ohne Weiteres" heißen, „ohne Dich gefragt zu haben", so ist das doppelt schlimm. Ist das Überzeugtheit von der Wichtigkeit seiner Aufgabe! Dieselbe ist ja doch principaliter nur an Bismarck gerichtet. Ich soll Dich dringend bitten, doch Ahlefeld eine vernünftige Auffassung von einer vertraulichen und persönlichen Mission beizubringen, namentlich wenn der Mittant nicht anerkannter Souverain ist. Und dann ja immer einzuschärfen, daß Convention und Concessionen nicht von Ahlefeld zur Sprache gebracht werden. Wir müssen uns wirklich wegen seiner in Acht nehmen.

Geffcken kommt Mittwoch zurück. Entschuldige den Schlußsatz des ostensiblen Briefes. Ich vergaß, als ich ihn anfing, daß die Verabredung vertraulich war. Die Meinung ist, daß Du Geffcken erst vollständig orientirst.

100. Lorentzen an Samwer. 1864, 28. September, Berlin. Bismarcks Rückkehr. Ahlefeld zur Unterredung mit ihm aufgefordert. Die Sendung von chiffrierten Depeschen. Vorschlag für die Chiffren. Die Briefsendungen an seine Schwägerin. Droysen und Dunker gesprochen. Vorschlag von Römer an Zabel, preußenfreundliche Artikel in die National-Zeitung zu senden, abgelehnt.

Lieber Freund. Bismarck ist, wie ich vermuthet hatte, gestern wieder hier eingetroffen. Gestern hatte auch Herr v. Ahlefeldt ihm seine Ankunft angezeigt und um eine Unterredung gebeten.

(wie es scheine, sei man auch in Wien einem Verfahren solcher Art geneigt). Auf die naheliegenden Einwendungen, daß nicht nur eine solche Maßregel etwas ganz Abnormes wäre, nach den bereits vorliegenden Gutachten auch völlig überflüssig, sondern daß namentlich ein Gutachten doch weder ein Richterspruch noch irgend für eine Regierung bindend wäre, ist etwas Triftiges nicht entgegnet worden. (Vgl. dazu Gebauer, Herzog Friedrich, S. 125.)

Das Billet war gestern Mittag im auswärtigen Amt abgegeben, so daß Bismarck es bei seiner Ankunft vorfand. Bereits heute hat Herr v. Ahlefeldt eine Antwort erhalten, durch welche er zu heute Abend 9 Uhr zu einer Unterredung eingeladen wird. Ich hatte eine so schnelle Antwort kaum erwartet, weil der König heute Abend nach Baden abreist, und weil also Bismarck, der erst gestern Abend aus Pommern zurückgekehrt ist, heute nothwendig sehr okkupirt sein muß. Neues habe ich heute nicht zu melden, und Reflexionen scheinen mir vor der heut Abend stattfindenden Unterredung voreilig. Nur deren schnelle Bewilligung möchte ich als ein günstiges Omen betrachten.

Da voraussichtlich in nächster Zeit Veranlassung zum Telegraphiren sein wird, so erlaube ich mir folgenden Vorschlag zu machen. Ich würde rathen, nie in Chiffren an Miß Westwood zu telegraphiren. Soll etwas telegraphirt werden, was nur in Chiffren sich ausdrücken läßt, so würde es wohl das Beste sein, die Depesche geradezu an Herrn v. Ahlefeldt oder an mich zu adressiren. Denn daß Miß Westwood nicht für sich selbst chiffrirte Depeschen empfängt, wäre ja auch dem Blindesten klar, und man würde sich dadurch also nur die Unverdächtigkeit der Adresse zerstören. Um aber es uns zu erleichtern, daß wir uns durch Telegramme zwischen Miß Westwood und Frau Rendtorff Nachrichten mittheilen, schlage ich folgenden einfachen Schlüssel vor:

Ahlefeldt = August, Bismarck = Luise, Herzog = Werner, Sammer = Julius, Francke = Mathilde, König v. Preußen = Müller, Kronprinz = Schulze, Lorentzen = Moritz, Geffcken = Rudolph, Balan = Emilie, Österreich = Spiegelberg, Dänemark = Levy, Bund = Polonius, Preußen = Gustav, Prälimination = Verlobung, Frieden = Ehe, Concessionen = Mitgift, Beust = William, Anerkennung = Etablirung, Wydenbrugk = Thomsen, Wien = Naumburg, Kiel = Ostende, Großherzog v. Oldenburg = Kunigunde, Bamberg = Wurm, der alte Herzog von Augustenburg = Krause, Stockmar = Eveline.

Hiermit läßt sich schon ein kleiner Familienroman abspinnen. Das Verzeichniß läßt sich je nach Bedürfnis erweitern. Frau Rendtorff muß nur orientirt werden, was sie mit Telegrammen von Emma Westwood anzufangen hat.

Beiläufig will ich noch bitten, zu veranlaßen, Briefe für mich nicht an Mrs. Westwood, die hier gar nicht existirt, sondern an Miß Westwood zu adressiren, die einigermaßen das Aussehen von Privatbriefen haben. Wenn eine junge Dame täglich Briefe erhält, denen man ansieht, daß sie aus einer Kanzlei stammen, so erweckt das ganz natürlich Verdacht.

Ich habe gestern Duncker[1]) und Droysen[2]) gesprochen. Duncker war ganz verständig. Droysen wüthete Anfangs etwas, aber allmählich kam er zur Raison. Ich hoffe, daß er für einige Zeit ruhiger werden wird. Von Geffcken habe ich noch nichts gehört. Zabel erzählte mir heute, daß vor einiger Zeit Römer und Consorten sich an ihn gewendet haben mit dem Vorschlag, solche Artikel gegen die „Kieler Politik", welche sie wegen der Stimmung in den Herzogthümern nicht in die Flensburger Zeitung aufnehmen können, durch die National-Zeitung zu veröffentlichen. Zabel hat den Brief in den Papierkorb geworfen.

Lorentzen.

101. Lorentzen an Samwer. 1864, 28. September, Berlin. Privatim. Ahlefelds Grund für den Besuch bei Balan. Verständigung mit Ahlefeld über ähnliche Schritte. Seine Anwesenheit hier durchaus nötig.

Lieber Freund! Ahlefeldt ist allerdings zu Balan gegangen, nicht allein ohne mich vorher gefragt zu haben, sondern selbst ehe er mich noch gesehen hatte, und ohne also zu wissen, daß ich schon bei Balan gewesen war. Er hat das nur aus übertriebenem Pflichteifer gethan. Da er bei seiner Ankunft hörte, daß Bismarck nicht hier sei, so glaubte er sich am besten bei Balan, der ja wohlgesinnt sei, nach der Rückkehr des Ministers erkundigen zu können. Er war ganz erschreckt, als ich ihm andeutete, daß er das besser unterlassen hätte. Für mich persönlich ist die Sache besonders unangenehm, weil ich Balan nichts von Ahlefeldts Ankunft gesagt hatte, und Balan nun aus Ahlefeldts Äußerungen entnommen hat, daß ich von seiner Sendung wußte. Indeß ich will mich schon wieder herausreden.

---

[1]) Max Duncker s. Allg. deutsche Biogr. XLVIII, S. 171 ff.

[2]) Johann Gustav Droysen s. Allg. deutsche Biogr. XLVIII, S. 82 ff.

Um für die Zukunft Ähnliches zu verhüten, habe ich mit Ahlefeldt verabredet, daß wir gegenseitig über jeden Schritt, den wir etwa beabsichtigen, uns vorher unterrichten. Übrigens habe ich hieraus wieder gesehen, daß Ahlefeldt nicht gut hier alleine gelaßen werden kann. Er hat den vortrefflichsten Willen, eine fast übermäßige Bescheidenheit; aber er übersieht die Situation nicht vollständig und läuft immer Gefahr, aus zu großem Pflichteifer einen falschen Schrit̓t zu thun. Lorentzen.

102. Lorentzen an Sammer. 1864, 30. September, Berlin. Ahlefeld für heut Abend nochmals zu Bismarck berufen. Fernstehen des Herzogs von dem Gerede der Zeitungen und den Beschlüssen der Vereine. Die eventuellen Abreisen Lorentzens und Ahlefelds. Resumé über die vorgestrige Unterredung. Geffckens Gespräch mit Abeken und Thiéle. Eisendecher hier, Unterredung mit Bismarck.

Lieber Freund. Herr v. Ahlefeldt hat über seine vorgestrige Unterredung mit Bismarck gestern ausführlich berichtet. Aus seinen mündlichen Mittheilungen habe ich nur nachzutragen, daß Herr v. Bismarck beiläufig geäußert hat, auf eine diplomatische Convention lege er kein Gewicht, und er denke nicht im entferntesten daran, dem Herzog das Recht, Gesandte zu halten, zu beschränken. Herr v. Ahlefeldt war gestern der Meinung, daß er Bismarck vor seiner Rückkehr von Baden nicht wiedersehen werde. Heute aber wurde er dadurch überrascht, daß Bismarck ihn nochmals zu einer zweiten Unterredung zu heute Abend 9 Uhr einladen ließ. Ob Bismarck etwa in Betreff einzelner Punkte in der ihm überreichten finanziellen Denkschrift weitere Aufklärungen wünscht, oder was sonst ihn veranlaßt hat, Herrn v. Ahlefeldt nochmals einzuladen, steht dahin. Ich habe mit Ahlefeldt verabredet, daß er die Gelegenheit benutzen soll, Bismarck bemerklich zu machen, daß doch die Albernheiten der Kieler Zeitung und die Beschlüsse der Vereine dem Herzog nicht zur Last gelegt werden dürfen, der dabei ganz unbetheiligt sei. Ob nun die heutige Unterredung mit Bismarck uns Veranlassung geben wird, unsere Absicht zu ändern, muß sich zeigen.

Sonst waren wir der Meinung, daß, da Bismarck dem König nachreisen und muthmaßlich erst am 20. Oktober zurückkehren wird, für uns in der nächsten Zeit nichts zu thun ist,

und daß wir also demnächst nach Kiel zurückkehren können. Herr v. Ahlefeldt dachte morgen noch den Kronprinzen zu sehen, womit ja Bismarck ganz einverstanden war. Dann würde er am Sonntag abreisen, und ich würde gleichfalls am Sonntag Abend abreisen und Montag in Kiel eintreffen, falls ich nicht mit umgehender Post noch besondere Aufträge erhalten sollte.

Im Allgemeinen scheint mir das Resultat dieser vorläufigen Anknüpfung nicht ungünstig. Durch die ganze Unterredung läuft die stillschweigende Voraussetzung, daß die Anerkennung des Herzogs eine selbstverständliche Sache sei, und es kann sich also nur noch darum handeln, über die Schwierigkeiten, welche die Sache verzögern könnten, möglichst rasch hinwegzukommen. In den sogenannten Concessionen wird, wie es scheint, keine große Schwierigkeit liegen; Bismarck denkt offenbar nicht daran, durch extravagante Forderungen über das Ziel hinauszuschießen. In dem, was er verlangt, wird er weder bei Österreich noch bei den Mittelstaaten Widerstand finden. Österreich wird jetzt, nach der französisch-italienischen Convention noch mehr als vorher geneigt sein, auf die Wünsche Preußens Rücksicht zu nehmen. Der jetzt vollständig entschiedene Sieg Preußens in der Sache des Handelsvertrages wird darin nichts ändern. Ich halte es noch für ein Glück, daß ein Schwächling wie Rechberg in Österreich an der Spitze steht, und nicht die Coterie Biegeleben, welche uns ohne Bedenken ihrem Haß gegen Preußen opfern würden. Das größte Geheimnis über das Detail ist natürlich fortwährend nothwendig. Aber ich halte es nicht für ein Unglück, daß es ganz im Allgemeinen bekannt geworden ist, daß mit Preußen eine Verständigung angebahnt wird.

Geffcken ist seit gestern früh wieder hier, und ich habe gestern ausführlich mit ihm gesprochen. Ich habe ihn über alles, was geschehen ist, au fait gesetzt. Neues wußte er nicht, außer daß er gestern auf dem auswärtigen Amt im Gespräche mit Abeken und Thiele den Eindruck empfangen hatte, daß die Anerkennung des Herzogs nur noch eine Frage der Zeit sei. Außerdem sprach Geffcken mit Ahlefeldt und mir davon, daß er es für sehr wünschenswerth halte, wenn der Herzog noch vor der Anerkennung ihm unter der Hand die doppelte Zusicherung

gebe, daß er 1. den von den Bundeskommissären mit den Hansastädten abgeschloßenen Telegraphenvertrag anerkennen, und daß er 2. in die Aufhebung der dänischen Postämter in Hamburg und Lübeck willigen werde, wogegen die beiden Städte bereit sein würden, einen vortheilhaften Postvertrag mit den Herzogthümern abzuschließen. Das Genauere über diese Punkte wollte er mir noch morgen auseinandersetzen, und ich werde also hierüber spezieller mündlich berichten können.

Eisendecher ist hier und hat gestern eine lange Unterredung mit Bismarck gehabt. Offenbar ist er hergeschickt, weil Geffcken es abgelehnt hat, die Oldenburgischen Ansprüche zu vertreten. Es ist deshalb auch zweifelhaft, ob Eisendecher irgend etwas an Geffcken mittheilen wird. Indeß ich will sehen, was sich über Eisendecher's Auftrag ermitteln läßt. Lorentzen.

103. Steindorff an Lorentzen. 1864. 30. September, Kiel. Lorentzens Rückkehr erwünscht. Sammer krank. Geffcken soll instruiert werden. Diskretion geboten namentlich über Bismarks Stellung zu Ahlefeld. Ahlefeld soll Schweigen bewahren über Absicht oder Erfolg seines Aufenthaltes in Berlin.

Lieber Herr Doktor. Im Auftrage Sr. Hoheit des Herzogs habe ich Sie zu ersuchen, morgen Abend aus Berlin abzureisen. Herr Geheimrath Sammer ist an einem Fieber erkrankt und wird sich wohl für mehrere Tage von den Geschäften fernhalten müssen. Überdies liegt in Berlin wohl augenblicklich nichts mehr vor.

Es ist sodann der Wunsch des Herzogs, daß Sie vor Ihrer Abreise den Ministerresidenten Geffcken über den Stand der Sache vollkommen instruiren, ihm aber dabei das Ehrenwort abnehmen, gegen Niemanden und in keiner Richtung Etwas von dem Erfahrenen verlauten zu lassen, dies schon als wirksam erprobte Mittel sei bei Geffcken anzuwenden, weil man sonst nicht ganz sicher sei.

Ganz besonders liegt dem Herzog daran, daß nichts über die im Ganzen wohlwollende Haltung des Ministerpräsidenten gegen Herrn v. Ahlefeld und hinsichtlich des Herzogs selbst verlaute, weil daraus im Publikum sofort Schlüsse auf Abmachungen gezogen würden.

Ganz vertraulich habe ich Sie noch zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß Herr von Ahlefeld sich möglichst wenig über Absicht oder Erfolg seines Aufenthaltes in Berlin namentlich Mitgliedern des diplomatischen Corps gegenüber äußere. Der Herzog kann in dieser Beziehung eine gewiße Besorgniß nicht unterdrücken.

Ihr ergebenster Steindorff.

Kiel, 30. September 1864.

104. Sammer an Lorentzen. 1864, 16. Oktober, Gotha. Watzdorff nicht anwesend. Besuch bei Stockmar, dann nach Karlsruhe. Nachrichten an Mohl oder Prinz Woldemar erbeten. Die Entlassungsfrage. Der Großherzog von Oldenburg und Professor Albrecht.

Lieber Freund! Watzdorff[1]) ist leider nicht in Weimar, sondern in Sachsen; ich habe ihn daher nicht sehen können. Ich gehe heut zu Stockmar und werde am Dienstag in Karlsruhe sein bei Roggenbach, ohne Frankfurt zu berühren, der Zeitungen wegen. Indeß am Mittwoch werde ich jedenfalls da sein.

Es würde mir lieb sein, wenn Du mir Adresse Mohl oder Prinz W(oldemar) nach Frankfurt die neuesten Nachrichten zugehen ließest, namentlich in Betreff der Auffassung Bismarcks in D.[2]). Läßt es sich mit wenigen Worten abmachen, so telegraphire das Nöthige an Roggenbach in Chiffren. Denn da Roggenbach viel und lange mit Bismarck gesprochen zu haben scheint, wäre es doch gut, schon in Karlsruhe zu wissen, wie Dein Freund die Sachen ansieht. Die Entlassungsfrage ist dann von der Kieler Zeitung in ganz verkehrtem und sogar halboffiziellem Ton behandelt. Daß die Bauerntage sich der Sache annehmen, ist nicht gut. Wenn ich Roggenbach gesprochen habe[3]), werde ich sofort schreiben, was die allgemeinen Andeutungen seines Briefes bedeuten.

---

[1]) Christian Bernhard v. Watzdorff, großh. sächs. Staatsminister s. Allg. deutsche Biogr. XLI, S. 258 ff.

[2]) Die Unterredung Bismarcks mit Roggenbach vom 6. September s. Jansen-Sammer S. 389.

[3]) Die Verhandlungen Sammers mit Roggenbach fanden am 19. und 20. Oktober statt s. Jansen-Sammer S. 396.

Wir müssen Alles darauf stellen, daß, wenn der Friedensschluß und die Oldenburger Motivirung vorliegen, die Sache rasch vorwärts gehe. Es ist dann der Augenblick da, um das Eisen zu schmieden. Dagegen, daß wir zurücktreten, wenn die Einsetzung erfolgt, aber wenn irgend möglich nicht früher, scheint mir wenig einzuwenden. Nachher macht sich alles von selbst, und der Herzog bedarf nicht mehr der Meinung der großen Menge; daß diese in unserem Rücktritte eine Beugung vor Bismarck und einen System Wechsel sehen würde, darüber kann ich nach demjenigen, was mir Seebach und Freytag sagen, nicht zweifelhaft sein.

Von Karlsruhe aus Näheres. Empfiehl mich Sr. Hoheit dem Herzoge ehrerbietigst.

D. Samwer.

Gotha, 16. Oktober 1864.

N. S. Der Hergang zwischen Großherzog von Oldenburg und Professor Albrecht[1]) ist so: Oldenburg kommt im Dezember zu Albrecht ins Haus, trägt ihm einige Stunden lang seine Rechtsansicht vor in Gegenwart eines Adjutanten. Albrecht äußert mündlich Zweifel, setzt sich dann am andern Morgen hin und schreibt eine mehrere Bogen lange Widerlegung und schickt sie dem Großherzog. Dieser hat nicht darauf geantwortet. Der Adjutant sagte Albrecht „Nicht wahr, der gnädigste Herr kann über dieß Thema recht lang sein? Wir müssen seit nunmehr zwei Jahren das fast täglich anhören.“ So Albrecht an Freytag.

105. Geffcken an Lorentzen. 1864, 18. Oktober, Berlin. Nach dem Friedensschluß Aufforderung der Großmächte an den Bund, Holstein zu räumen. Unterredungen mit Baron Scheel-Plessen. Dessen Animosität gegen die Augustenburgsche Sache. Unterstützung Ahlefelds durch ihn ausgeschlossen. Versuch, ihn glauben zu machen, daß der Herzog die beste Lösung sei. Die Auffassung des Königs. Nötiger Versuch, den König zur separaten Anerkennung des Herzogs zu bringen. Die Konzessionen. Die Kriegskosten. Scheel-Plessen bleibt noch. Reise des Kronprinzen nach der Schweiz für Ahlefelds Sendung schädlich. Österreich ganz in preußischem Fahrwasser.

---

[1]) Wilhelm Eduard Albrecht, Professor des Staatsrechtes s. Allg. deutsche Biogr. XLV, S. 743 ff.

Meinen besten Dank, verehrtester Herr Doktor, für Ihren Brief vom 18. nebst Anlagen, womit gleichzeitig mir ein ähnlich lautendes Schreiben von Sammer aus Gotha zuging; die Verhältnisse mit Hamburg[1]) werden sich gewiß befriedigend ordnen lassen. — Ich kann Ihnen heute zum ersten Mal wieder etwas von Interesse mitteilen. Der Friede wird demnächst zum Abschluß kommen, gleich darauf werden Österreich und Preußen den Bund auffordern, Holstein, welches ihnen nunmehr von Dänemark cedirt sei, zu räumen. Wird dem nachgegeben, wie dies bei der Ohnmacht der Mittelstaaten vorauszusehen ist, so kommt das auf die Einsetzung eines österreichisch preußischen Interims hinaus. Wie ich höre, will dies der König, damit in Holstein mit der Demokratie aufgeräumt werde, und dem Herzog das Land wie Schleswig in geordnetem Zustande übergeben werden könne, jedenfalls kommt Bismarck dadurch in den Herzogthümern noch fester in den Sattel.

Sie werden aus den Zeitungen die Anwesenheit von Scheel-Plessen gesehen haben. Da ich weiß, wie viel man hier auf ihn giebt, und zu wissen wünschte, was er hier wolle, da ich ihn andererseits von früher kenne, und er nichts von meinem Verhältniß zum Herzog ahnt, so machte es sich ganz ungezwungen, daß ich mehrfach längere Unterredungen mit ihm hatte. Die Animosität gegen die Augustenburgsche Sache ist nun allerdings noch zu groß bei ihm, als daß irgend eine Annäherung an den Herzog möglich wäre, seine Äußerungen in dieser Hinsicht waren so markant, daß ich selbst der nothwendigen Vorsicht zuwider gehandelt hätte, wenn ich etwas von dem Gedanken erwähnt hätte, der mir zuerst als vielleicht möglich vorschwebte, daß nämlich Scheel-Plessen indirekt Ahlefeldt hier unterstützen könnte, wozu ihn seine eminenten Kenntnisse und das Gewicht, das er bei Bismarck genießt, gewiß in hohem Maße befähigen würden. Ich mußte mich vielmehr, nach allem, was ich von ihm hörte, lediglich auf die Negation beschränken d. h. ihm den Glauben nehmen, daß Bismarck noch immer auf die Annexion hinarbeite, und ihm den Glauben geben, daß, er möge dies nun gerne sehen

[1]) Die Telegraphenfrage.

oder nicht, der Herzog die einzig mögliche Lösung sei. Und dies ist mir ziemlich gelungen. Ich will hier nicht die Argumente aufzählen, deren ich mich hierfür bediente; das Hauptargument, daß der König die Annexion nicht wolle, und Bismarck sich dem fügen müsse, gab er mir gestern nach einer Audienz beim König zu, indem er sagte, er habe das allerdings deutlich gesehen, daß der König, so ärgerlich er auch über die Wirthschaft in Holstein sei, doch durchaus in der Augustenburgischen Parteiauffassung befangen sei, er sehe offenbar in dem Programm seines Bruders vom März 1849 das, was er verwirklichen müsse, und so werde es denn auch wohl so kommen, daß der Augustenburger das Land kriege.

Ich glaube, nicht zu irren, wenn ich annehme, daß er mit dieser Ansicht von hier abgereist ist, und es ist immerhin ein Vortheil, wenn er und Leute seines Schlages die Überzeugung gewinnen, daß es unnütz ist, gegen den Strom länger zu kämpfen. Die Resignation und die Passivität sind in dieser Beziehung der nothwendige Übergang dazu, sich mit der neuen Ordnung der Dinge zu stellen. Er will, wie er mir sagt, sich zunächst ganz ruhig in Altona hinsetzen und das Weitere abwarten.

Ich habe mir vielfach überlegt, welche Stellung man am besten Bismarck gegenüber in der demnächstigen Unterhandlung einzunehmen hat, und meine, versucht müßte es doch werden, den König zu einer separaten Anerkennung des Herzogs zu bringen. Es hat das für ihn wie für Bismarck das lockende, daß Preußen dabei frei vom Bunde als europäische Macht verführe und Österreich das Prävenire spielen könnte. Vorausgesetzt wäre dabei natürlich eine materielle Einigung im Punkte der Concessionen, wenn diese soweit erzielt ist, daß darüber eine Punktation formulirt werden kann, so böte die Anerkennung dem König doch jedenfalls den Vorteil, daß aus der Punktation sofort ein Staatsvertrag würde.

Hinsichtlich der Concessionen scheinen mir zwei Gesichtspunkte maßgebend sein zu müssen. Einmal die inneren Angelegenheiten vor jeder Einmischung zu bewahren und zweitens darauf zu bestehen, daß, wenn man hinsichtlich der bekannten Punkte largement auf Preußens Wunsch eingeht, dann auch keine Rede

von Kriegskosten sein kann; der König muß einsehen, daß es unmöglich ist, vor die Stände mit den Concessionen zu treten, wenn zugleich die Finanzen mit einer unerschwinglichen Last beschwert werden; wenn der von Dänemark zu übernehmende Theil der Passiva sich, wie ich höre, nach den neuesten Copenhagener Zugeständnissen auf 22½ Millionen stellen würde, so wäre, wenn man noch eine Schuld von 8—10 Millionen, welche zu Anfang wird contrahirt werden müssen, hinzunimmt, es wohl möglich, finanziell gut vorwärts zu kommen, mit 20 Millionen Kriegskosten als plus aber gewiß nicht. Mir scheint, man kann im Punkt der Abtretungen für Marinezwecke lieber sich nachgiebiger zeigen, als sich irgendwie zur Zahlung von Kriegskosten verstehen, außerdem ist ja Lauenburg da, von dem es jetzt freilich wieder ganz stille ist.

Ich weiß noch nicht, wann ich nach Hamburg gerufen werde, schreiben Sie aber bitte hierher, bis ich Ihnen meine Abreise anzeige. Mit der Bitte, mich dem Herzog bestens zu empfehlen

Ihr Geffcken.

P. S. Scheel-Plessen bleibt auf den Wunsch der Regierung noch hier, um seine Ansicht über den morgen erwarteten Entwurf des Friedensvertrages abzugeben. Leider will der Kronprinz doch Ende dieses Monats in die Schweiz. Sehr wichtig für den Erfolg von Ahlefelds Sendung ist, daß der Kronprinz hier bleibt, er muß die indirekte Verbindung mit dem König vermitteln, der gegen Bismarck die einzig zuverlässige Stütze ist; alles, was ich aus Wien höre, geht dahin, daß Österreich sich an die Preußische Allianz klammert und selbst die neuesten handelspolitischen Niederlagen hinnehmen wird, um sich Preußens gegen Italien zu sichern ist.

106. Lorentzen an Samwer. 1864, 2. November, Berlin. Ahlefeld bei Bismarck abbestellt. Besuch bei Geffcken wegen der Absicht Rußlands, Oldenburg zum Nachgeben zu bewegen. Die Oldenburgische Begründung soll übergeben sein.

Lieber Freund. Ich habe heut kaum etwas zu berichten, außer daß Herr v. Ahlefeldt, der am Montag Nachmittag hier angekommen ist und seine Ankunft sofort Herrn v. Bismarck

anzeigte, schon am Dienstag Vormittag eine Antwort erhielt, die ihn auf gestern (Dienstag) Abend bestellte. Indeß im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde er wieder abbestellt wegen einer auf gestern Abend angesetzten Ministerialsitzung. Heute ist nun bis etwa 3 Uhr Nachmittag noch keine neue Einladung erfolgt, und da heute Nachmittag der Kaiser von Rußland erwartet wird, so wird Bismarck heute auch wohl keine Zeit mehr haben. Jedenfalls ist die gestrige prompte Antwort ein günstiges Zeichen, daß die Geneigtheit zur Verständigung fortbesteht.

Ich war heute bei Geffcken und wünschte namentlich zu erfahren, ob er etwas näheres wisse über die von der Allgemeinen Zeitung aus Wien gemeldete Absicht Rußlands, unter gewissen Bedingungen den Großherzog von Oldenburg zum Nachgeben zu veranlassen. Aber er wußte darüber nichts weiter, als was die Zeitungen enthielten. — Die Nachricht der Kreuzzeitung, daß die oldenburgische Begründung gestern von Oldenburg abgegangen ist und also morgen wahrscheinlich in Frankfurt übergeben wird, ist hoffentlich richtig. Geffcken wußte auch darüber nichts.

Lorentzen.

107. Sammer an Lorentzen. 1864, 3. November, Kiel. Die Vertretung der Ritterschaft im Staatsgrundgesetz. Rußland und Oldenburg. Einlagebrief von Frau Lorentzen.

Lieber Freund. Bismarck erwähnte gegen Roggenbach nur der fehlenden Vertretung der Ritterschaft als eines Fehlers des Staatsgrundgesetzes und bemerkte dabei, daß es in 5 bis 6 Punkten sich vortheilhaft vor der preußischen Verfassung auszeichne. Wir wissen nun nicht, wie die Äußerungen der vom Herzog geschriebenen, Ahlefeld mitgegebenen Instruktion lauten. Ich soll indeß für alle Fälle darauf aufmerksam machen, daß Ahlefeld das dort über den materiellen Werth des Staatsgrundgesetzes Gesagte im Wesentlichen nur auf diesen Punkt der Vertretung der Ritterschaft oder die Zusammensetzung der Volksvertretung überhaupt beziehen möge, damit nicht Bismarck aus einem weitergehenden Zugeständnisse Nahrung zum Nachtheil der Sache schöpfen möge.

Über die Nachricht, daß Rußland Oldenburg zum Rücktritt bewegen wolle, wissen wir hier nichts.

Wydenbrugk hält sie für unrichtig, fügt aber hinzu, daß man (wer?) in Wien sie glaube. Nihil novi.

Beiliegend ein Brief Deiner Frau, die ich bestens zu grüßen bitte.

Kiel, 3. November 1864. Sammer.

108. Lorentzen an Sammer. 1864, 5. November, Berlin. Die Ansicht Österreichs über die Entfernung der Bundestruppen aus Holstein. Proteste aus Schleswig-Holstein sind nötig. Die augustenburgische Politik. Die Ohnmacht der Mittelstaaten. Unterredung Ahlefelds mit Bismarck aufgeschoben. Brief an Ahlefeld besorgt. Busch bei ihm zu Besuch.

Lieber Freund! Ich war heute Vormittag bei Geffcken. Das Wichtigste, was er mir zu erzählen wußte, war dieses, daß nach Äußerungen des hiesigen österreichischen Geschäftsträgers und des sächsischen Gesandten Österreich bereits in Dresden vertraulich hat erklären laßen, daß das Wiener Kabinet nicht daran denke, die Entfernung der Bundestruppen aus Holstein und die Beseitigung der Bundesverwaltung zu betreiben. Was also in dieser Beziehung offiziös verbreitet wird, ist lediglich ein Fehler. Es würde gut sein, wenn hierauf das Land mit lebhaften Protestationen gegen jede Art von Interim und bei dankbarer Anerkennung des Friedens mit lautem Verlangen nach Anerkennung des Herzogs antwortete. Für uns scheint die richtige Politik unter diesen Umständen sehr einfach zu sein. Jede Schwierigkeit, welche Österreich und die Mittelstaaten gegen die preußischen Pläne in Betreff des Interimistikum erheben, muß uns erwünscht sein und zwar deshalb erwünscht, weil dadurch Preußen mehr geneigt wird, auf ein definitives Arrangement einzugehen. Dieses definitive Arrangement aber müssen wir gerade jetzt zu erreichen suchen, ohne dabei besondere Rücksicht auf die Mittelstaaten zu nehmen, welche jedenfalls ohnmächtig sind zu nützen, wahrscheinlich auch ohnmächtig zu schaden. Letzteres wenigstens geben die hiesigen mittelstaatlichen Gesandten ziemlich unverholen zu erkennen, obwohl sie über die Ahlefeldtsche Mission einigermaßen allarmirt sind. Über die hiesige Situation ist auch heute weiter nichts zu

sagen, da alle maßgebenden Personen heute noch abwesend sind. Heute Abend kommt der Hof von Letzlingen zurück, und heute Abend reist auch der Kaiser von Rußland ab. Daß bisher Ahlefeldt nicht zu einer Unterredung mit Bismarck eingeladen ist, hat nichts Auffallendes. Von morgen an können wir erst eine solche Unterredung erwarten. Der früheste denkbare Termin scheint mir morgen Abend zu sein.

Deinen heute früh unter Deckadresse meiner Frau angekommenen Brief an Ahlefeldt habe ich sofort besorgt. Ich möchte mir aber, um die Behandlung der Personenfrage nicht zu erschweren, für die Zukunft den Rath erlauben, daß an Ahlefeldt direkt nur seine Hoheit der Herzog schreibt. Ich habe mit Ahlefeldt verabredet, daß er in Zukunft selbst über Nebenpunkte nur direkt an Seine Hoheit berichtet. Wo es nicht nothwendig ist, daß er selbst schreibt, kann er es mir ja überlassen, an Dich zu schreiben.

So eben war Busch auf der Rückreise von Eisenach und Leipzig bei mir. Er wird morgen früh von hier weiter reisen und morgen Abend in Kiel eintreffen. Lorentzen.

109. Lorentzen an Samwer. 1864, 7. November, Berlin. Besorgnis Ahlefelds, Bismarck werde ihn nicht empfangen. Der Wiener Artikel in der Leipziger Zeitung. Brief Steindorffs. Bismarcks Idee der Einberufung der „alten Stände“. Bismarcks Bemerkungen in Paris über die Annexion.

Lieber Freund! Noch immer hat Bismarck nichts von sich hören lassen, und Herr v. Ahlefeldt wird deshalb etwas unruhig. Aber ich glaube, es ist noch kein Grund zur Besorgniß. Erst vorgestern Abend ist Bismarck von Letzlingen zurückgekehrt, und gestern (noch dazu am Sonntag) sind wohl noch dringendere Geschäfte gewesen. Aber Ahlefeldt macht sich Sorge, daß Bismarck vielleicht wegen der in Kiel bewiesenen Unnachgiebigkeit in der Personenfrage anderen Sinnes geworden sei. Ganz besonders aber beunruhigt ihn eine Wiener Correspondenz der Leipziger Zeitung, welche in der gestrigen National Zeitung abgedruckt ist. Er fürchtet sehr, daß dadurch seine hiesige Stellung erschwert werden könne, zumal wenn jene Correspondenz für ein Erzeugniß

des Kieler Preßbüro gehalten werden sollte. Ich habe mich bemüht, ihm deutlich zu machen, daß eine solche Vermuthung, falls sie auftauchen sollte, sehr leicht widerlegt werden könne, er müsse jede Betheiligung unsererseits an jener Correspondenz in Abrede stellen. Übrigens glaube ich allerdings, daß jene Correspondenz von Wydenbrugk veranlaßt oder inspirirt ist, und daß es wohl besser wäre, wenn er sich auf die Wiener Blätter beschränkte.

Den Brief von Steindorff vom 5.[1]) d. M. habe ich erhalten und das von Jpsen habe ich mir heute vom Steueramt holen lassen. Ich habe das Thema wegen der „alten-Stände" schon ausführlich mit Ahlefeldt durchgesprochen. Ich bin überzeugt, daß es Ahlefeldt leicht gelingen wird, Herrn v. Bismarck zu bekehren, falls dieser wirklich daran denken sollte, den alten Landtag des 17. Jahrhunderts zu berufen. Die Idee ist zu absurd. Eben so gut könnte ein italienischer Minister auf den Einfall kommen, die comitia curiata zu berufen. Ich glaube auch, daß hier mehr eine Begriffsverwirrung obwaltet, und daß Bismarck eigentlich nur die „alten Stände" im Gegensatz zur Landesversammlung von 1848 verlangt, aber nicht ganz klar ist über den Unterschied der Stände von 1834 und des alten Landtages.

Die Naivität, mit der Bismark in Paris über die Annexion gesprochen hat, scheint mir ein Beweis, daß er nicht mehr auf die Ausführung dieses Planes hofft.

Lorentzen.

110. Sammer an Lorentzen. 1864, 8. November, Kiel. Demonstrationen vorbereitet. Die Übertragung der Rechte Christians IX. Ahlefelds ev. Empfang bei Bismarck. Glückwunsch des Herzogs an den König nach dem Friedensschluß. Die Oldenburgische Frage und Rußland.

Lieber Freund. Trotz alles Abmahnens wollten jetzt die Vereine mit einer großartigen Demonstration vorgehen. Es wird das hoffentlich verhindert werden. Wie es scheint, werden da-

[1]) Er spricht darin über eine Äußerung Bismarcks an Goltz, es sei wünschenswert, die alten Stände der Herzogtümer zu berufen. Um ihn und Ahlefeld zu instruieren, sendet er das Buch von A. Jpsen: Die alten Landtage der Herzogtümer Schleswig-Holstein von 1588—1675.

gegen Corporationen vorgehen. Die Theorie von der Übertragung der Rechte Christians IX. wird ernst — der Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ist doch stark. Man will offenbar auf Österreich Druck ausüben. Ob Mensdorff[1]) die Probe ganz besteht? Ob er sich auf einen mezzo termino einläßt?

Daß Herr v. Ahlefeldt noch nicht von Bismarck empfangen ist, scheint mir natürlich.

Der Herzog hat vorgestern in Anlaß des Friedens einen Glückwunschbrief an den König gesandt. Derselbe enthält außerdem nur die Bitte, daß der König der zersetzenden Ungewißheit ein Ende machen möge als Wunsch der Bevölkerung ausgedrückt, und die Verweisung auf die letzten Schreiben, welche seine Gesinnung für Preußen und den König ausgesprochen haben.

Wohl telegraphirt soeben, daß, soweit er gesehen habe und höre, weder von Kaiser Alexander noch den Brüdern desselben noch dem Prinzen Wasa Cessions- oder Verzichtsakten vom Oldenburgischen Gesandten weder in Aussicht gestellt noch übergeben seien. Es ist unzweifelhaft, daß der Großherzog keine besseren Cessionsakten vom Kaiser bekommen konnte, als er hat. Dann liegt ja aber geradezu Betrügerei vor. Sachlich steht es dann so, daß die Aktivlegitimation des Herzogs nicht vorhanden ist, die Bundesversammlung sofort den Anspruch bis zu beigebrachter Legitimation rectius pure verwerfen sollte.

Kiel, 8. Nov. 1864. Samwer.

111. Lorentzen an Samwer. 1864, 9. November, Berlin. Die Besetzungsfrage in Holstein und der neue Minister in Österreich. Ahlefeld über den Artikel in der Leipziger Zeitung beruhigt. Nachteil der Demonstrationen. Ahlefeld noch nicht empfangen. Exemplar der oldenburgischen Begründung erwartet. England für den Herzog. Hoffnung auf Benedetti.

Lieber Freund! An der Frage wegen der Besetzungsverhältnisse in Holstein wird sich, wie mir scheint, zunächst zeigen, was der österreichische Ministerwechsel zu bedeuten hat. Graf Mensdorff hat hier seine erste Probe zu bestehen. Läßt er sich von Preußen ins Schlepptau nehmen, so bleibt er ja noch hinter

[1]) Der Nachfolger Rechbergs.

Rechberg zurück, der doch das vorige Mal das Interim verhindert hat. Man würde dann fragen, wozu ein neuer Name nützen soll, wenn doch die Sache dieselbe bleibt. Grade weil es die erste Probe ist, wird Graf Mensdorff sie bestehen. Man spricht jetzt hier davon, daß es zu einem Compromiß kommen werde, wonach zwar die Exekution für erledigt erklärt werden würde, aber doch die Bundestruppen, wenn auch erheblich reduciert, neben Preußen und Österreichern in Holstein bleiben würden. So etwas hat Geffcken von seinen mittelstaatlichen Collegen gehört, und auch der österreichische Oberst von Schönfeld, der nach Schleswig zur Grenzregulirung geht, hat sich hier in diesem Sinne ausgesprochen. Bemerkenswerth ist auch die offenbare Schwenkung, welche die Kreuzzeitung von gestern Abend in Betreff dieser Frage macht. — Indeß ist die Sache wohl noch in der Schwebe und noch weniger als die Besetzungsfrage wird die Frage der Fortdauer der Bundesverwaltung jetzt schon entschieden sein. Die Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung sind offenbar nur Fühler in der hier beliebten sehr eindringlichen Manier. Es freut mich, daß ich Ahlefeldt wegen des Artikels der Leipziger Zeitung habe beruhigen können. Ich selbst habe natürlich nie daran gedacht, daß derselbe von Kiel aus veranlaßt sein könnte. Wir haben jetzt verabredet, daß, wenn der Artikel zur Sprache kommen sollte, Ahlefeldt bestimmt jeden Zusammenhang mit Kiel ableugnet, dagegen einen Wiener offiziösen Ursprung vermuthet und zugleich andeutet, daß solche Correspondenzen ja nicht unangenehm seien, weil dadurch die Wahrheit am Besten verschleiert werde.

Demonstrationen der Vereine würden hier jetzt sehr nachtheilig wirken. Sie reizen und erbittern, ohne zu imponiren, weil man sie für impotent hält. Dagegen kann es vielleicht nützlich sein, wenn Corporationen, Städte- und Bauerntage sich aussprechen.

Bismarck hat noch immer nichts von sich hören laßen. Herr v. Thiele hat gestern gegen mittelstaatliche Gesandte die Anwesenheit Ahlefeldt's überhaupt abgeleugnet.

Geffcken erwartet bis morgen ein Exemplar der oldenburgischen Begründung aus Oldenburg. Aber demnächst wird

Wohl es wohl auch schicken können. Morier habe ich bereits gesehen. Aber er wußte nicht viel Neues. Er bestätigte, daß England jetzt ganz für den Herzog ist; aber es habe sich in eine so schiefe Lage gesetzt, daß es nicht sehr viel mitsprechen könne. Doch meint er, daß, wenn nur erst Lord Napier hier ist, doch etwas zum Abschluß gedrängt werden wird. Mit mehr Nachdruck wird hoffentlich Benedetti in dieser Richtung wirken.

Lorentzen.

112. Samwer an Lorentzen. 1864. 10. November, Kiel. Ahlefeld soll wegen Audienz nicht mahnen. Die oldenburgische Schrift erbeten.

Lieber Freund. Wir theilen ganz die Ansichten Deiner Briefe. Daß Herr v. Ahlefeld noch Bismarck nicht gesehen hat, scheint uns nicht schlimm, und ich soll Dir schreiben, daß nach der Ansicht Sr. Hoheit es nicht nothwendig sei, daß Herr v. Ahlefeld wegen einer Audienz mahne. Gemahnt werden ist immer lästig, und für uns liegt zur Zeit kein dringender Grund vor, die Audienz zu wünschen. Die Gesinnungen des Herzogs kennen König und Minister.

Bitte um die Oldenburgische Denkschrift. Von Frankfurt bekommen wir erst den Bundesdruck, und derselbe erfolgt nicht rasch. Den Oldenburger Druck rasch zu erhalten, dürfen wir nicht hoffen.

Ein Bericht von Wydenbrugk[1]) geht Dir gleichzeitig oder morgen zu.

Kiel, 10. Nov. 1864. Samwer.

113. Lorentzen an Samwer. 1864, 10. November, Berlin. Geffcken hat die oldenburgische Schrift nur zur eigenen Kenntnisnahme erhalten. Schwerpunkt derselben liegt in der politischen Seite. Gespräch des Königs mit Balan über die Herzogtümer. Brief an Ahlefeld besorgt. Ahlefeld will im Ministerium des Auswärtigen seine Karte abgeben. Drucksachen erwünscht.

Lieber Freund! Heut Morgen hat Geffcken die dickleibige Oldenburgische Begründungsschrift in einem lithographirten

---

[1]) Vom 8. November. Über seine erste Unterredung mit dem Grafen Mensdorff betreffend die Sendung des Herrn v. Ahlefeld nach Berlin, die Einberufung eines Juristenkollegiums, die Befragung der Stände.

Exemplar erhalten, aber nur zur eigenen Kenntnißnahme, ausdrücklich nicht zur weiteren Mittheilung, weil, wie es in dem Begleitschreiben von Rössing heißt, die Schrift erst zugleich mit der Urkunde bekannt werden soll. Soweit bei einer vorläufigen Durchsicht sich ermitteln ließ, ist es allerdings richtig, daß die russischen Cessionsakte nicht mitgetheilt, sondern nur im Allgemeinen auf die russische Cession Bezug genommen ist. Von einer Cession des Prinzen Wasa[1]) ist, soweit wir ermitteln konnten, nirgends die Rede. Also könnte der Bundestag den Großherzog als nicht zur Sache legitimirt abweisen. Aber mir scheint nur, daß der Schwerpunkt der oldenburgischen Ansprüche nicht in ihrer juristischen, sondern in ihrer politischen Seite liegt. Über das angebliche Recht des Oldenburgers findet man hier selbst bei den Gegnern des Herzogs nur ein mitleidiges Lächeln. Aber selbst wenn die oldenburgischen Ansprüche noch schlechter begründet wären, als sie es wirklich sind, würden sie immer eine willkommene Waffe gegen das Recht des Herzogs bieten, so lange man hier einer solchen Waffe überhaupt noch zu bedürfen glaubt.

Vorgestern war Balan zur Tafel beim König. Nach dem Diner kam der König, der Balan seit seiner Rückkehr aus Wien noch nicht gesehen hatte, auf diesen zu und sagte etwa Folgendes: „Nun, diesmal haben Sie doch etwas zu stande gebracht, und es ist besser gegangen als in London. Aber den armen Herzogthümern haben Sie doch sehr viele Lasten aufgebürdet, und dann haben Sie ihnen noch da oben die zwei häßlichen Thränenbeutel angehängt. Aber was mir am meisten Leid thut, ist, daß die Herzogthümer am Kampf nicht haben theilnehmen können. Aber das ließ sich einmal durchaus nicht machen."

Den heute früh eingetroffenen Brief Seiner Hoheit an Herrn v. Ahlefeldt habe ich sofort abgegeben. Von Bismarck ist noch immer keine Einladung erfolgt, d. h. bis heute Mittag nicht. Ich habe nun mit Ahlefeldt verabredet, daß er heute einmal im auswärtigen Ministerium eine Karte abgiebt. Nachdem

[1]) Prinz Adolf v. Schweden, Sohn des Königs Gustav IV. führt den Titel eines Prinzen von Wasa.

er so lange gewartet, scheint es doch passend, daß er sich einmal wieder in Erinnerung bringt. Auch sind wir nach der gestern erwähnten Äußerung Thiele's auf den Gedanken gekommen, Bismarck könne vielleicht gar glauben, daß Ahlefeldt wieder abgereist sei; obgleich es allerdings unbegreiflich ist, wie eine solche Meinung sollte entstehen können.

Wegen der gewünschten Nummer des Staatsanzeigers für Württemberg habe ich an Zabel geschrieben. Ich hoffe, sie noch heute schicken zu können. Unsere beiden nachträglichen Eingaben an den Bund werden jetzt wohl gedruckt. Ich möchte bitten, mir sobald als möglich einige Exemplare zu schicken. Besonders dringend ist eins für Geffcken, der es bei seiner Widerlegung der Oldenburgischen Begründung benutzen möchte. Auch bitte ich um einige Exemplare unserer Nachweisung samt Urkunden, sowie der Landesverhandlungen von 1616, und um ein Exemplar des Warnstedt'schen Staats- und Erbrechtes. Lorentzen.

114. Sammer an Lorentzen. 1864, 12. November, Kiel. Die eventuelle Reise zu Beust. Instruktion für Prinz Woldemar. Stimmung in Wien.

Lieber Freund. Nach näherer Rücksprache in aller Eile:

1. ich soll Dir anheimgeben, ob die Reise zu Beust nicht, nachdem die Kreuzzeitung Dich gefaßt hat, wegen des Bekanntwerdens bedenklich werde. Du mußt selbst entscheiden, eventuell das Erforderliche schreiben. Sächsische Offiziere sprachen davon, daß ihr König nicht wünsche, daß die Truppen länger hier bleiben.

2. in Betreff Prinz Woldemar: Es komme an zu sprechen gegen Verschleppung: Die vollständige Nichtigkeit und Ridikulität der Oldenburgischen Ansprüche macht jedes weitere Verfahren unnöthig, die Mängel der Cession es unmöglich. Prinz Friedrich von Hessen wird, so meint man, nicht gerne zusehen. (Der König will wirklich unparteiisch sein). Der wieder spukende Kongreß kann um alle Vortheile bringen.

Bitte, Prinz Woldemar zu grüßen. Es gibt für ihn kein Geheimniß. Ich werde ihm schreiben.

3. In Wien hat man sich wegen der Rede beruhigt und setzt das alte Programm fort. So telegraphirt heute Wydenbrugk.

Kiel, 12. Nov. 1864. Sammer.

115. Lorentzen an Sammer. 1864, 12. November, Berlin. Die oldenburgische Schrift. Frankfurter Correspondenz. Besuch beim englischen Gesandten in Aussicht genommen. Beselers Gesinnung. Nachricht von Busch über Capitain Wraa und eine annexionistische Deputation aus Nordschleswig.

Lieber Freund! Geffcken hat mir versprochen, mir morgen die oldenburgische Begründungsschrift auf einige Stunden in's Haus zu schicken. Bis dahin habe ich nur bei ihm darin blättern können. Ich will mich dann morgen bemühen, so gut als möglich den Gedankengang des dickleibigen opus zu skizziren, und werde dabei namentlich die Auffaßung der Vorgänge von 1616 berücksichtigen.

Die durch Griebel gewünschte Frankfurter Correspondenz des Staatsanzeigers für Württemberg enthält über die oldenburgische Begründung wörtlich dasselbe, was in Nr. 521 der National Zeitung im ersten Beiblatt steht. Ich schicke das Blatt deshalb nicht.

Da Lord Napier jetzt hier ist, so werde ich in diesen Tagen einmal mit Morier sprechen und sehen, was sich durch ihn machen läßt.

Aus guter Quelle höre ich, daß Wilhelm Beseler stark annexionistisch gesinnt ist. Vielleicht erklärt sich daraus die Äußerung Bismarcks an Roggenbach. Meine Nachricht stammt von einer sehr patriotischen Dame, die mit großer Entrüstung mir erzählte, wie Beseler sich gegen sie selbst ausgesprochen hat.

Busch wird wohl berichtet haben, daß der bekannte „Capitain" Wraa[1]) jetzt als commis voyageur für den Oldenburger

[1]) Über ihn schreibt Lorentzen am 29. April 1865 an seine Frau: Zu den schlechten Agenten Bismarcks gehört auch der sogenannte Capitain Wraa. Ich wußte längst, daß dieser Herr zu dem Ungeziefer gehört, welches sich gern an eine schmutzige Sache hängt. Seiner Natur nach ist er eigentlich, was ihr einen rowdy meint, im wahren Sinne des Wortes. Vor einigen Jahren, während der Flottenagitation schien er wegen seines großen Bartes zum Flottenagitator geeignet. Aber er ist längst von anständigen Leuten aufgegeben, und er paßt auch viel besser für das schmutzige Geschäft, das er jetzt betreibt, nämlich für die niedrige Demagogie mit Bier und Brantwein. Er nützt uns auch so, denn er gewinnt keinen Anhänger für Bismarck; aber da er doch seine Verdienste gern möglichst hoch anschlagen will, so

agirt, der alles Ungeziefer an sich zu ziehen scheint; auch daß hier vor 8 Tagen ganz im Geheimen eine annexionistische Deputation aus Nordschleswig gewesen sein soll. Lorentzen.

116. Lorentzen an Sammer. 1864, 12. November, Berlin. Bericht Ahlefelds über seine Unterredung mit Bismarck. Die Folgen hieraus. Verschleppung von seiten Bismarcks. Juristenkolleg und Entfernung der Bundestruppen. Das stärkere Hervortreten des Annexionsgedankens. Bismarcks Politik gegen den Herzog. Soll Ahlefeld zum König? Brief des Herzogs an den König zur Klarlegung oder die Vermittlung von Schleinitz. Bedenken gegen einen Besuch des Herzogs in Berlin. Ahlefelds Verweilen hier nötig.

Lieber Freund. Herr v. Ahlefeldt hat gestern ausführlich über seine vorgestrige Unterredung mit Bismarck berichtet. Vor der Absendung hat er seinen Bericht auch Geffcken vorgelesen, und wir drei (Ahlefeldt, Geffcken und ich) haben heute Vormittag unsere Ansichten über die Sachlage ausgetauscht. Es war Anfangs die Meinung, daß in einem Bericht unsere gemeinsame Ansicht dargelegt werde. Indeß, obgleich wir in allem Wesentlichen übereinstimmten, so fanden sich in Einzelheiten doch manche Nuancen der Ansicht. Deshalb hielten wir es schließlich für das Richtigste, daß jeder für sich seine Auffassung nach Kiel berichte.

Das Ergebniß der vorgestrigen Unterredung springt ohne langen Commentar sofort in die Augen. Bismarck will nicht ernsthaft zu einer Verständigung mit dem Herzog und zu einem Abschluß der ganzen Frage gelangen. Er will zwar den Faden, der einmal angeknüpft ist, nicht geradezu abreißen, sondern sich die Möglichkeit offenhalten, ihn künftig, wenn es ihn paßt, einmal wieder aufzunehmen. Unterdessen will er fortfahren, die Sache zu verschleppen und zu verwirren. Ernsthaft betreibt er in diesem Augenblick nur zwei Dinge, nämlich das Juristenkollegium zur Begutachtung der Successionsfrage und die Entfernung der Bundestruppen aus Holstein. Für das Juristenkollegium ist die diplomatische Rücksicht auf Rußland offenbar

---

schreibt er lügenhafte Berichte nach Berlin und trägt so dazu bei, daß man sich dort über die hiesigen Zustände vollkommen täuscht und sich einbildet, hier eine Volksvertretung zusammen bringen zu können, die für die preußischen Pläne wäre.

ein bloßer Vorwand; denn Rußland hat ja keinen Zweifel darüber gelassen, daß es sich aus der Sache herausziehen will, und was Bismarck über die angeblichen Absichten des Kaisers Alexander, seine Ansprüche eventuell selbst wieder aufnehmen zu wollen, gesagt hat, ist offenbar nicht richtig. Ebenso unwahr ist, daß von Österreich kaum Antwort auf den Vorschlag des Richterkollegiums zu erlangen sei; denn wir wissen ja, daß Österreich schon längst mit dem Gegenvorschlag eines Schiedsgerichtes, der aber wieder von Preußen abgelehnt ist, geantwortet hat. In Wahrheit hat er natürlich mit dem Richterkollegium keine andere Absicht, als durch Leute, wie Daniels und Uhden nach Jahren die tiefe Weisheit entdecken zu lassen, daß niemand Successionsansprüche auf die Herzogthümer hat; wenigstens niemand auf alle Theile derselben. — Die Absicht mit der Entfernung der Bundestruppen liegt ja noch klarer auf der Hand. Sind erst die Bundestruppen fort, so würde er dann nach einem Grund suchen, auch die Österreicher zu entfernen. Wenn dann das Land in den alleinigen Händen von Preußen ist, so könnte er der Zeit das Übrige überlaßen und nur gelegentlich etwas nachhelfen, um das Aufgehen in Preußen in möglichst günstigem Lichte erscheinen zu lassen. Ich habe noch die Zuversicht, daß Graf Mensdorff in Betreff der Entfernung der Bundestruppen nicht nachgeben wird. Aber von hier aus wird noch fest darauf bestanden, und daß man, um in der schleswig-holsteinischen Frage Concessionen von Österreich zu erlangen, auf anderen Gebieten selbst große und principielle Opfer nicht scheut, beweist der Umstand, daß vorgestern von hier die Note nach Wien abgegangen ist, welche das Zugeständniß enthält, daß das Versprechen einer künftigen Zolleinigung in dem mit Österreich abzuschließenden Vertrag aufgenommen werden soll. Man muß erhebliche Gegenconcessionen von Österreich erwarten, wenn man so die handelspolitische Autonomie Preußens im Prinzip zum Opfer bringt.

Es mag dahingestellt bleiben, ob Bismarck seine Annexionsgedanken je ganz aufgegeben hat, oder ob sie nur eine Zeitlang etwas zurückgedrängt waren. Auf jeden Fall ist klar, daß die Absicht der Annexion in diesem Augenblick wieder stärker in den

Vordergrund getreten ist. Daraus erkläre ich es mir auch, daß Bismarck diesmal die Verfassungs- sowie die Personenfrage ganz unerwähnt gelassen hat. Diese Punkte sind ihm jetzt gleichgültig, weil er über sie hinwegzuschreiten und sie durch einfache Annexion zu beseitigen hofft.

Woraus das stärkere Hervortreten des Annexionsgedankens gerade jetzt zu erklären ist, wage ich nicht zu entscheiden. Nur das scheint gewiß, daß die Schwierigkeiten, die der Annexion in der persönlichen Gesinnung des Königs entgegenstanden, noch nicht überwunden sind. Denn vom König werden noch aus neuester Zeit sehr günstige Äußerungen berichtet. Dagegen ist es möglich, daß Bismarck bei seiner jüngsten Anwesenheit in Paris sich davon überzeugt hat, daß die europäischen Schwierigkeiten der Annexion geringer seien, als er früher gedacht haben mochte. Doch bin ich der Meinung, daß dies nur auf einem allgemeinen Eindruck beruhen kann, und daß nichts bestimmtes in Paris stipulirt ist. Auch mag es sein, daß die Ministerwechsel in Österreich und Baiern, die einen Anderen vielleicht mehr zur Nachgiebigkeit geneigt gemacht haben würden, gerade den Trotz des Herrn v. Bismarck herausgefordert haben.

Dem mag nun sein, wie ihm wolle, jedenfalls liegt die Thatsache der mehr in den Vordergrund tretenden Annexionslust vor. Es fragt sich, was für uns die praktischen Consequenzen sein müssen. Ich gehe dabei von der Voraussetzung aus, daß wir uns durch diese Tendenzen des Herrn v. Bismarck nicht in unserer Politik irre machen lassen, daß wir nur im Anschluß an Preußen in der oft besprochenen Weise zum Ziele zu kommen hoffen, und daß wir uns auf Österreich und die Mittelstaaten nur in soweit stützen, als wir durch sie eine Beschleunigung des Verfahrens und eine Abwehr Bismarck'scher Übergriffe erwarten dürfen. Es ist möglich, daß Bismarck im Stillen hofft, durch sein widerborstiges Verhalten den Herzog mehr auf die österreichische und würzburgische Seite zu treiben und ihn dadurch in's Verderben zu locken. Indeß daß dies in Wirklichkeit geschehen könne, fürchte ich, wie gesagt, nicht. Dagegen liegt eine andere Gefahr sehr nahe, nämlich, daß es Bismarck gelänge, nochmals den Herzog in einem falschen Lichte erscheinen zu laßen.

Und zwar ist dies in einer doppelten Richtung möglich. Einmal kann er die Wendung in München und Wien benutzen, um den Herzog dem König als mit Österreich und den Mittelstaaten gegen Preußen intriguirend darzustellen; andererseits kann er wieder die officiöse Meute loslassen, um den Herzog als Particularisten anzuschwärzen gegenüber der öffentlichen Meinung und den gesunden nationalen Bestrebungen. Die letztere Gefahr fürchte ich in diesem Augenblicke weniger. Es ist ein unter diesen Umständen sehr günstiger Fall, daß Seine Hoheit gerade gestern Gelegenheit gehabt hat, sich gegen die Kieler städtischen Collegien in einem Sinne auszusprechen, der jede particularistische Verdächtigung zu Boden schlagen muß. Die Antwort des Herzogs ist aus Hamburg nach dem Bericht der Hamburger Nachrichten hierher telegraphirt und wird hier, ausgenommen bei den rohen Annexionisten, den besten Eindruck machen. Der officiösen Meute ist dadurch im Voraus ihr Gekläffe sehr erschwert.

Größer ist die Gefahr der Verleumdung beim König, weil diese sich unserer Kontrolle entzieht. Hier scheint es nothwendig, daß irgend etwas geschehe, um etwaige Entstellungen der Wahrheit zu pariren und um den König über die wirklichen Hergänge au fait zu halten. Leider ist der Kronprinz, durch den dies am besten geschehen könnte, gerade jetzt nicht hier. Der natürlichste Weg würde demnächst durch Herrn v. Ahlefeldt sein. Es ist durch die Umstände angezeigt, daß er eine Audienz beim König nachsucht. Herr v. Bismarck selbst hat nichts dagegen und verlangt nur, daß die Vorstellung nicht durch ihn, sondern durch den Hofmarschall erfolge und die Gründe, welche er dafür anführt, sind eigentlich ganz in der Ordnung. Demnach würde ich rathen, daß Herr v. Ahlefeldt demnächst durch den Hofmarschall eine Audienz bei Seiner Majestät erbittet. Vielleicht findet er dabei Gelegenheit, das zur Aufklärung des Königs über den thatsächlichen Hergang Erforderliche vorzutragen. Aber da er die Leitung des Gesprächs nicht in der Hand hat, so ist das doch nicht sicher. Es wäre also zu wünschen, daß außerdem noch etwas geschehe, damit der König sicher unterrichtet werde. In dieser Hinsicht ist möglich entweder ein Brief des Herzogs

an den König. Hierauf legt besonders Geffcken sehr großes Gewicht, und er hat bereits den Entwurf eines betreffenden Gedankenganges aufgesetzt, den er wohl heute direkt an Seine Hoheit einsenden wird. Ich muß dahingestellt sein laßen, ob es wohl thunlich ist, daß der Herzog, nachdem er erst vor wenigen Tagen an den König aus Anlaß des Friedensschlusses geschrieben hat, sich jetzt schon wieder direkt an Seine Majestät wendet. Abgesehen von diesem Bedenken würde ich ein solches Schreiben sehr judicirt halten. Wird dasselbe beliebt, so wird die Hauptaufgabe und zugleich die Hauptschwierigkeit in der Abfassung darin liegen, daß der thatsächliche Hergang möglichst klar und korrekt dargestellt werde, ohne daß doch die Darstellung als eine Anklage gegen den Ministerpräsidenten erscheine. Außerdem würde ich Gewicht legen auf die Andeutung, daß der Herzog sich durch keine Wandlungen der politischen Lage in dem Festhalten an seine einmal gegebene Zusage habe irre machen lassen.

2. wenn sich die geeignete Persönlichkeit dazu finden ließe, so wäre vielleicht eine mündliche Darstellung durch Jemanden, der das Ohr und das Vertrauen des Königs hat, noch vorzuziehen. Ob aber der geeignete Mann vorhanden ist, weiß ich nicht. Etwa Schleinitz? Ich weiß aber nicht einmal, ob er hier ist.

3. endlich wäre auch möglich ein Besuch des Herzogs in Berlin und eine Unterredung mit dem Könige. Natürlich wäre dies nicht rathsam ohne vorherige Einwilligung des Königs. Dagegen spricht die Gefahr einer Zusammenkunft des Herzogs mit Bismarck, die sich aber vielleicht wohl vermeiden ließe. Jedenfalls würde es vielleicht möglich sein, daß der Herzog Bismarck nur in Gegenwart des Königs sieht. Außerdem aber ist gegen einen Besuch des Herzogs in Berlin zu bedenken, daß der König bei einer solchen Gelegenheit manchen unbequemen Rath geben kann, dem dann schwer auszuweichen ist. Endlich aber ist dagegen zu erwägen, daß man eine hohe Karte nicht unnütz und nicht ohne Aussicht auf einen raschen durchschlagenden Erfolg, der jetzt doch wohl nicht zu erwarten ist, ausspielen soll. Käme der Herzog jetzt, ohne einen großen Erfolg zu erzielen, nach Berlin, so hätte er sich vielleicht für einen künftigen Moment

das dann richtige Mittel nutzlos vorweggenommen. Aus diesen Gründen möchte ich eine Reise des Herzogs nach Berlin für jetzt eher widerrathen als anrathen.

Ich muß dahingestellt sein lassen, welchen Weg man in Kiel als den richtigsten erkennen wird. Als wichtig erscheint mir unter allen Umständen, daß, wenn auch zunächst keine formelle Punktation zu Stande kommt, doch der einmal angeknüpfte Faden nicht abgerißen wird. Eine formelle Punktation ist immer von großer Wichtigkeit, weil Preußen sich dadurch wenigstens moralisch gegen den Herzog bindet. Aber selbst wenn die Aussicht hierauf vorläufig zurücktreten sollte, würde ich doch unbedingt rathen, daß Herr v. Ahlefeldt hier in Berlin bleibt, auch wenn dabei zunächst nicht viel herauskommen sollte. Die Welt gewöhnt sich dann daran, eine officiöse Vertretung des Herzogs in Berlin nicht mit so argwöhnischen Augen anzusehen, und wir können dann trotz der Anwesenheit des Herrn v. Ahlefeldt überall der Wahrheit gemäß jede Verhandlung über Concessionen ableugnen. Wenn dann später ein Abschluß möglich ist, kann derselbe um so leichter unbemerkt geschehen. Lorentzen.

117. Samwer an Lorentzen. 1864, 13. November, Kiel. Einverständnis mit Lorentzens Ansichten. Brief an den König nutzlos. Bismarcks Plan. Telegramm und Brief Wydenbrugks. Beratung der Berliner Vorschläge. Bismarcks Absicht mit der Abtretung Nordschleswigs. Stimmung in der Presse gegen Annexion.

Lieber Freund. Mit Deinen Ideen ganz einverstanden, aber nur keinen Brief an den König. Das nützt Nichts. Ich glaube wirklich, diese Beziehungen besser zu kennen.

Wir hatten übrigens bei dem Drängen auf Räumung seitens der Bundestruppen und dem Nichtsehen Ahlefeldts sofort auf Annexionspläne geschlossen.

Heute Telegramm und Brief von Wydenbrugk: ersteres, daß die Rede[1]) des Herzogs nach dem Wolff'schen Telegramm in der Staatskanzlei Befremden erregte, letzterer, daß Karolyi nach Berlin mit dem Auftrage geht, alsbald gemeinschaftlich den Herzog dem Bunde vorzuschlagen.

---

[1]) An das Kieler Stadtkollegium.

Euere Vorschläge sollen hier berathen werden. Geffcken ist gar nicht zu gebrauchen. Ahlefelds Antwort in puncto Stände scheint mir ganz richtig[1]).

Bismarcks Absicht ist offenbar, Frankreich und England durch Abtretung Nordschleswigs zu gewinnen. Mach Morier darauf aufmerksam, aber mit großer Vorsicht. Ich schreibe Dir morgen noch Näheres darüber.

Ich dächte, wir machten jetzt in der Presse Feldzug gegen Annexion. Quid sentis?

Kiel, 13. Nov. 1864. Samwer.

118. Samwer an Lorentzen. 1864, 14. November, Kiel. Schreiben des Herzogs an Ahlefeld. Brief des Herzogs ohne Nutzen. Persönliche Einwirkung auf den König durch Prinz Woldemar. Morier und Oetker sollen eingeweiht werden. Ahlefeld bleibt in Berlin. Prinz Friedrich von Hessen hat Heffter um Ausarbeitung einer Denkschrift gebeten.

Lieber Freund. Das Schreiben des Herzogs an Ahlefeldt wird Dir die Resultate zeigen, zu denen wir gekommen sind.

Es traf sich gut, daß wir zugleich von Geffcken eigenhändige Notizen des Königs von Preußen erhielten, in denen er bestimmt sagt, daß er keine Präcisirung wolle, ehe die Anerkennung da sei. Die Notizen sind von Mitte September.

Ferner geht daraus hervor, daß der König mit der Nothwendigkeit einer „gründlichen Prüfung“ gefüttert wird; endlich daß der Grund, weshalb er auf das Schreiben vom 20.[2]) Juni nicht antwortete, die „ähnlichen Anerbietungen“ des Gegners

---

1) Lorentzen hatte am 12. November privatim an Samwer geschrieben: Ich habe Herrn v. Ahlefeld schon klar gemacht, daß er sich über Bismarcks Vorschlag, eventuell die Stände zu berufen, wohl klüger hätte aussprechen können, und daß er diesen Gedanken nicht hätte bekämpfen, sondern utiliter acceptiren sollen. S. Hoheit wird ja ohne Zweifel in seiner Antwort an Ahlefeld diesen Punkt berühren und ihn darüber aufklären. Ich wollte deshalb nur bemerken, daß S. Hoheit nicht allzu weitläufig darüber zu werden braucht, weil Herr v. Ahlefeld schon vollkommen aufgeklärt ist und seinen Irrthum sich sehr zu Gemüthe nimmt.

Übrigens bitte ich Dich, diese Zeilen nicht zu den Akten zu nehmen; auch nicht zu den geheimen, sondern sie zu vernichten. Lorentzen.

2) s. Gebauer, Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein S. 115 u. Jansen-Samwer, Beilage Nr. 38.

sind. Diese giebt er selbst als Grund an. Überdieß ist er überzeugt, daß ihm jeder dasselbe gewähren muß. Unter diesen Umständen hilft natürlich Schreiben nichts, kann nur schaden.

Persönliche Einwirkung wird möglich sein. Am 18. geht Prinz Woldemar nach Berlin, er ist angewiesen, mit Dir zu sprechen. Die Hauptpunkte, die er machen kann, sind 1. Beschleunigung und 2. gegen die Annexion predigen.

Der Faden der Unterhaltung muß da liegen bleiben, wo er liegt. Tritt der Annexionsplan einmal zurück, so wird er von Bismarck wieder aufgenommen werden. Wir können nur darauf dringen, daß die Annexion aufgegeben werde. Da liegt der Schlüssel.

Erzähle Morier von Allem. Nur laß Nordschleswig vorläufig aus dem Spiele, oder sage ihm zugleich, daß Bismarck auch hier nur düpiren will, und daß er bei der Stimmung Deutschlands gar nicht im Stande ist, Volksabstimmung über Theilung jetzt noch zu organisiren, Du weißst, daß hier die Achillesferse der Engländer ist.

Beiliegenden Brief erhalte ich von Oetker[1]). Ich bitte Dich, zu ihm zu gehen und ihm offen alles zu sagen. Der Herzog wünscht indeß, daß Du ihm bei den Mittheilungen das Versprechen abnehmest, daß er nichts davon an seine Freunde sage und natürlich auch Bismarck nichts merken lasse. Du wirst ihn gebrauchen können. Er ist persona grata bei Bismarck. Neugierig bin ich auf die Verbindung der hessischen mit unserer Angelegenheit.

---

[1]) Berlin, d. 12. Nov. 1864.

Verehrter Freund. Ich war 5 Wochen in Ems krank und bin jetzt nachleidend hier — incognito vel quasi — natürlich um einen Arzt zu befragen und zu anderen Zwecken. Ich habe dabei gefunden, daß unsere kurhessische Sache, die augenblicklich wieder lebhafter auftaucht, mit der Ihrigen in näherer Beziehung steht, als ich dachte. Bitte, sagen Sie mir doch vertraulich oder vertraulichst, wenn es sein muß, wie weit Sie gediehen sind, oder noch besser: veranlassen Sie Ihren Unterhändler, wenn es irgend angeht, zu mir zu kommen, Zimmer 6, Hotel Bellevue, da ich vor der Hand nicht ausgehen kann. Wenn er mir die Zeit zuvor anzeigt, sorge ich, daß keinerlei Störung eintritt. Mit herzlichem Gruß Ihr ergebenster

Fr. Oetker.

Über Friedrich Oetker s. Allg. deutsche Biogr. XXIV, S. 541.

Ahlefeldt muß natürlich in Berlin bleiben. Die Audienz beim König ist reine Formsache. Materiell kann nicht viel dabei herauskommen. Er muß zum Hofmarschall gehen. Der Herzog wird ihm noch schreiben, wie er es dort zu machen hat.

In Betreff Oetkers noch Folgendes: Der Prinz Friedrich von Hessen hat Heffter beauftragt, seine Ansprüche an Schleswig und an Pinneberg-Rantzau auszuführen. Dieser soll indeß zögern. Kann er an diesem Schurkenstreiche nicht verhindert werden? Du mußst indeß mit dieser Nachricht sehr vorsichtig sein. Sie darf nicht in die Öffentlichkeit kommen.

Am 16.[1]) werden hier viele Deputationen kommen. Alle Vereine werden den Tag festlich feiern.

Kiel, den 14. November 1864. Sammer.

119. Sammer an Lorentzen. 1864, 16. November, Kiel. Briefe an Mohl und Wydenbrugk über Nachrichten aus Petersburg. Österreich und die preußische Forderung betr. die Bundestruppen. Reise zu Beust wird nötig sein. Geffcken darf nichts davon erfahren. Dessen Ansicht über Verhandlungen bei mangelndem guten Willen.

Lieber Freund. Der Petersburger Brief zeigt nun das, was Bismarck vor hat, ziemlich klar. Unsere Ansicht darüber enthält das Beiliegende[2]), welches in dieser Form an Mohl

---

[1]) der Geburtstag des Herzogs.

[2]) Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Herr v. Bismarck jetzt entschieden auf den Annexionsplan zurückgekommen ist, den er vielleicht nie ganz verlassen hatte. Diesen Plan gedenkt er auf Kosten des so eben für Deutschland erlangten Gewinns zu verfolgen. Der Kaiser von Rußland hat verlangt, daß Bismarck Schleswig an Dänemark zurückgebe; wenn er Holstein und Lauenburg für Preußen behalten wolle, so wolle er (der Kaiser) sich verpflichten, Preußen mit den Waffen (énergiquement) in der Durchführung dieses Planes zu unterstützen.

Der König scheint diese Idee zurückgewiesen zu haben; Herr v. Bismarck verfolgt sie mit einer Modification, von der nicht klar ist, ob sie mit Rußland concentrirt ist. Diese Modifikation besteht darin, daß nicht Schleswig, sondern nur Nordschleswig an Dänemark zurückfällt und zwar auf dem Wege einer Volksabstimmung, welche nachträglich in den nördlichen Distrikten unter preußischer Leitung vorgenommen werden soll, und wodurch er hofft, eine Majorität für Dänemark zu gewinnen. Daß dies bei parteiischer Leitung und Fragstellung, namentlich da jetzt so viel Enclaven mitzählen, nicht ganz unmöglich wäre, muß wohl zugegeben werden.

gegangen ist; auch Wydenbrugk wird davon in Kenntniß gesetzt werden, beide natürlich zu vorsichtiger Benutzung.

Es handelt sich darum zu verhindern, daß in betreff der Räumung Holsteins und des Juristenkollegiums nachgegeben werde. Die Karolyi'sche Instruktion ersiehst Du aus der Beilage[1]). Wird aber Mensdorff standhaft sein, namentlich wenn Bismarck droht?

Es scheint zweckmäßig, vorausgesetzt daß Mensdorff Deine Abwesenheit nicht erfahren, daß Du ein mal zu (Beust) gehst und ihm sowohl die Sachlage mit Vorsicht auseinandersetzest, als auch suchst, dahin zu wirken, daß er in Wien die Leute zu kräftigen sucht, was er früher namentlich in betreff des Juristentags nicht that. Endlich käme in Betracht, ob er nicht

---

In der Haltung der übrigen Großmächte, Österreich ausgenommen, wird Herr v. Bismarck schwerlich ein Hinderniß finden. Der Kaiser Napoleon hat demselben gesagt, daß ihm die Annexion der beste Plan zu sein scheine, worauf Herr v. Bismarck erwiderte, daß dann auch die Abtretung Nordschleswigs möglich sein würde. England minirt schon seit längerer Zeit dahin, daß Nordschleswig an Dänemark zurückgegeben werde.

Bei der so modificirten Annexion wird also Herr von Bismarck auf die Hülfe Rußlands, wohl auch Frankreichs und auf die Geneigtheit Englands rechnen dürfen.

Verfolgt er diesen Plan weiter, so wird er indeß auf den Widerstand des Königs stoßen, nur daß es ihm vielleicht gelingen möchte, denselben bei den ersten Schritten mit sich zu ziehen, indem das Ziel verborgen bleibt. Österreich, die Mittelstaaten und die deutsche Nation wird er bei seinem Unternehmen wahrscheinlich gering anschlagen. Hierin möchte er sich aber täuschen, zumal auch in Preußen eine allgemeine Bewegung gegen diesen Plan der Auslieferung eben sicher gestellten deutschen Landes ausbrechen würde. Die erste Staffel für die Annexion ist die Teilnahme Preußens an der Verwaltung Holsteins. Herr v. Bismarck würde mit der bloßen Theilnahme eines preußischen neben einem österreichischen und mittelstaatlichen Commissar wohl zufrieden sein, daher principiis obsta.

[1]) Wien, 14. November 1864 . . . Bei der Feststellung der Instruktion für Graf Karolyi war, wie ich hörte, angenommen, er solle eine Reducirung der Bundestruppen befürworten, die Forderung, dieselben bezüglich die Civil-Commissäre des Bundes zurückzuziehen, aber nicht zugestehen. Richtiger gesagt, sollte er jede Spezialverhandlung über diesen Punkt dadurch zu beseitigen suchen, daß er die Nothwendigkeit zeigte, die Verständigung über die Hauptfrage und die Lösung derselben im Ganzen in den Vordergrund zu stellen. v. W.[ydenbrugk].

gute Gedanken in Betreff des gegen die Annexionspläne einzuschlagenden Systems geben kann. Vielleicht sondirst Du dabei auch, was er für den Fall rathsam hält, wenn Preußen ohne Bundesbeschluß hier via facti durch Einsetzung eines Commissars vorgehen sollte, eine Idee, die freilich ziemlich phantastisch ist, die aber doch von Bismarck gegen Ahlefeldt ausgesprochen wurde. In solchem Falle müßte meines Erachtens der Herzog die Zügel der Regierung ergreifen. — Daß die Österreicher ohne Preußen am Bunde vorzugehen geneigt sein sollten, glaube ich nicht recht, obwohl es Wydenbrugk andeutet; indeß ist diese Möglichkeit doch auch ins Auge zu fassen, und da die Bevölkerung, wenn nur einmal die legale Anerkennung erfolgt ist, unbedingt folgen würde, so wäre die Sache damit durch. Der König von Preußen schwankt in betreff der Bundescompetenz; von November bis April war der Bund alles und hatte zu entscheiden, im September war er nichts und hatte nur zu begutachten.

Meiner Auffassung nach wird man jeder gezeigten Festigkeit gegenüber bald nachgeben. Giebt aber Österreich und der Bund die Räumung zu, so steht alles auf dem Spiele.

Was nun die Reise zu Beust betrifft, so ist Voraussetzung, daß Geffcken sie nicht erfahre. In Betreff Ahlefeldts mußt Du thun, was Du für gut hälst. Am 18. mußt Du zurück sein, weil Prinz Woldemar kommt. Es wäre der 18. Abends noch Zeit genug.

Wie kann Geffcken doch nur glauben, daß Verhandlungen bei mangelndem guten Willen etwas helfen werden! Erst guter Wille, dann Verhandlungen.

Kiel, 16. Nov. 1864. Samwer.

120. Lorentzen an Samwer. 1864, 16. November, Berlin. Einverständnis mit der Denkschrift. Ahlefelds Meldung beim Könige bleibt bis zum Eintreffen des Prinzen Woldemar. Der König und Bismarck. Prinz Friedrich von Hessen und Bismarck. Ankunft Karolyis und Lord Napiers. Grund der Anwesenheit Oetkers. Ahlefelds Antwort in der Frage der Berufung der Stände. Preßnachricht nach Süddeutschland. Lorentzens eventuelle Reise nach Dresden.

Lieber Freund! Nachdem heute Morgen der Schluß der Denkschrift[1]), von der wir gestern den Anfang erhielten, hier

[1]) s. Gebauer, a. a. O. S. 132.

eingetroffen ist, haben Ahlefeldt, Geffcken und ich heute nochmals die Sachlage berathen. Es versteht sich, daß wir mit dem Gedankengang und mit den Ergebnißen der Denkschrift ganz einverstanden sind. Da die Hauptgründe gegen einen Brief des Herzogs an den König, nämlich die von Aegidy berichteten Äußerungen des Königs ein novum sind, von dem wir hier noch nichts gewußt hatten, so hat sich auch Geffcken beruhigt, der sonst auf die Idee eines Briefes des Herzogs großes Gewicht legte und eigentlich, wenn wir uns dem nicht opponirt hätten, auf eine Reise des Herzogs hierher gedrungen haben würde. Da Prinz Woldemar kommt, so werden wir ja sehen, was sich durch persönliche Einwirkung auf den König erreichen läßt. Heute haben wir vorläufig verabredet, daß Ahlefeldt seine Meldung beim Hofmarschall unterläßt, bis Prinz Woldemar den König gesehen haben wird. Dann wird Ahlefeldt, dessen Audienz ja gar keine Eile hat, doch wenigstens einen sicheren Anhalt in Betreff der augenblicklichen Stimmung des Königs haben. Dieser scheint ja noch immer in Betreff des Zieles gut gesinnt, in Betreff der Mittel und Wege aber ganz abhängig von Bismarck zu sein, der in diesem Augenblick offenbar in der höchsten Gunst steht. Denn er hat gestern, bei Gelegenheit der Ratifikation des Friedens, den schwarzen Adlerorden erhalten. Bezeichnend für seine gegenwärtige Stimmung ist eine Äußerung, die er vor einigen Tagen gemacht haben soll: „Die Annexion würde wohl ausführbar sein, wenn es uns möglich wäre, den König von den augustenburgischen Parteiansichten zu befreien." Inzwischen fährt er in den Bemühungen für dieses Ziel in der Weise fort, welche er selbst einmal gegen Zabel in der bekannten drastischen Weise geschildert hat, und man muß einräumen, daß er hierin höchst erfindungsreich ist. So hat er in Baden, während er gegen Roggenbach sich ganz verständig äußerte, gleichzeitig dem Prinzen Friedrich von Hessen seine guten Dienste zur Durchsetzung seiner Ansprüche auf Lauenburg, Pinneberg, Rantzau usw. angeboten, und in Folge davon hat er sich jetzt, nach seiner Rückkehr, durch den hiesigen kurhessischen Gesandten alle Papiere, (Verzicht usw.) übergeben lassen, auf welche Prinz Friedrich seine Ansprüche gründet. Dieses hat Geffcken von seinem kurhessischen Kollegen

selbst gehört. Natürlich hat er hierbei keinen anderen Zweck, als die Sache noch mehr zu verwirren. Je mehr Prätendenten, desto leichter wird es ja seinem Juristenkollegium, die Sache als unklar darzustellen.

Graf Karolyi ist vorgestern hier angekommen und hat heute eine Unterredung mit Bismarck. Wahrscheinlich übergiebt er heute diejenigen Vorschläge, über welche Wydenbrugk nach einer Unterredung mit Mensdorff berichtet [1]) hat.

Lord Napier ist erst heute früh hier eingetroffen. Die frühere Zeitungsnachricht war falsch.

In Folge Deines gestrigen Briefes [2]) habe ich Oetker aufgesucht. Er ist hier, um zu versuchen, ob sich nicht wieder eine heilsame preußische Pression auf den Kurfürsten erwirken läßt, oder ob sich nicht wenigstens eine gewiße Sicherheit gewinnen läßt, daß man einer etwaigen nachdrücklicheren inneren Pression von hier aus nicht entgegentreten würde. Hierbei will er die Bemerkung gemacht haben, daß der schwebende Zustand der schleswig-holsteinischen Frage seinen Bemühungen hinderlich ist. Denn bei den bevorstehenden Abstimmungen am Bunde über Zurückziehung der Bundestruppen u. s. w. braucht Bismarck die Stimme des Kurfürsten und will ihn also nicht gegen sich erbittern, und in diesem Verhältniß findet Oetker den Grund, weshalb er mit seinen Bemühungen hier nicht aus der Stelle kommt, und deßhalb wünschte er zu wissen, wie weit wir hier gediehen sind. Ich habe ihn im Allgemeinen über den Stand der Sache informirt, doch immer mit einiger Reserve, die mir wohl motivirt erscheint. Denn bei allem Vertrauen zu Oetker muß ich mir doch sagen, daß er hier eigentlich für einen anderen Zweck arbeitet, und bei dem immerhin möglichen Fall, daß die kurhessischen Interessen mit den schleswig-holsteinischen collidiren, bin ich doch sehr zweifelhaft, ob er nicht die letzteren gegen die ersteren hintenansetzen würde, wenn auch vielleicht ganz unabsichtlich. Ich möchte fast glauben, daß er nicht ganz frei von dem gewöhnlichen Fehler der theoretischen Liberalen ist, welche für einen Satz ihrer Doktrin die

---

1) Nr. 112, Anmerkung 1.

2) Nr. 118.

größten sachlichen Interessen opfern. Wie weit er hier einflußreiche Verbindungen hat, weiß ich nicht.

Ich wurde etwas bedenklich, als er mir besonders von Max Duncker sprach. Mit Bismarck verkehrt er, wie er mir sagt, nicht direkt, sondern durch eine Mittelsperson. Die liberale Partei in Kurhessen scheint auf eine Regentschaft loszusteuern und sich dabei in dem angenehmen Glauben zu bewegen, daß ihren Interessen mit dem Prinzen Friedrich besser gedient sei, als mit dem Kurfürsten. Wenn dies eine Täuschung sein sollte, so sehe ich doch keinen Grund, warum wir uns besonders zu bemühen hätten, dies aufzuklären. Denn sobald der Prinz Friedrich auf den Kurhessischen Thron kommt, so sind seine Prätensionen in Holstein beseitigt.

Die früher gewünschten Drucksachen habe ich sämmtlich erhalten.

In Beziehung auf Ahlefeldts Antwort in puncto der Berufung der Stände meinte ich, daß er hätte weniger ablehnend sein sollen. Denn die Berufung ist für die Souveränitätsfrage unter allen Umständen nützlich, und für die Theilungsfrage, falls sie wieder auftauchen sollte, kann sie nicht schädlich sein, weil keine Ständeversammlung sich jetzt für die Theilung aussprechen würde. In der Presse würde ich jetzt in Süddeutschland das Gerücht auftauchen lassen, Bismarck wolle die Zustimmung der Großmächte zur Annexion durch Abtretung Nordschleswigs gewinnen. Das Geschrei hiergegen aber würde ich Andern überlassen.

Ich bitte auch zu überlegen und eventuell mir zu schreiben, worauf ich besonders Prinz Woldemar aufmerksam machen soll.

Aus dem heutigen Brief[1]) von Steindorff sehe ich, daß ich vielleicht einen Ausflug südwärts werde zu machen haben. Jedenfalls werde ich doch Prinz Woldemar vorher hier abwarten müßen. Da Geffcken in nächster Woche wahrscheinlich nach Hamburg geht, and da dann auch Ahlefeldt vielleicht zu einer kleinen Reise Veranlaßung findet, so könnte dann mein Ausflug am leichtesten ganz unbemerkt bleiben. Lorentzen.

[1]) vom 15. November. Es wäre nicht unmöglich, daß er übermorgen früh ein Schreiben erhielte mit dem Auftrag, auf einen Tag nach Dresden zu reisen, um mit Beust zu verhandeln.

121. Lorentzen an Sammer. 1864, 17. November, Berlin. Reise nach Dresden aufgeschoben. Dementi für die Kreuzzeitung.

Lieber Freund! Heute habe ich doch lieber den Ausflug zu Beust nicht unternehmen wollen. Deinen Brief [1]) erhielt ich heute Morgen; ich könnte heute Abend frühestens abreisen und in der Nacht um 12 in Dresden eintreffen. Wenn ich wegen des Prinzen Woldemar morgen Abend wieder hier sein muß, so hätte ich dort nur morgen Vormittag, und da Beust doch nicht unbedingt auf dem Präsentirteller steht, so könnte die Reise vielleicht ganz unnütz sein. Außerdem aber sehe ich nicht ein, wie die Sache heute vor Ahlefeldt und Geffcken verborgen werden könnte. Denn wenn Geffcken nichts davon wißen soll, so darf Ahlefeldt auch nichts erfahren, weil dieser ein solches Geheimniß für unmoralisch halten und sicherlich nicht bewahren würde. Dazu kommt, daß die Kreuz-Zeitung mich nun schließlich doch entdeckt hat. Ich wundere mich nur, daß ich so lange verborgen geblieben bin. Ich habe heute sofort eine kleine berichtigende Notiz [2]) in die Kreuz-Zeitung geschickt, die hoffentlich Aufnahme findet. In nächster Woche, wenn Geffcken in Hamburg sein, und Ahlefeldt vielleicht auf einige Tage verreisen wird, läßt sich mein Ausflug zu Beust ohne Aufsehen bewerkstelligen. Und bis dahin ist es ja wohl nicht zu spät? Neues weiß ich heute nicht. Lorentzen.

122. Sammer an Lorentzen. 1864, 21. November, Kiel. Bambergs Vorschlag, Bismarck ein Geschenk zu machen.

Lieber Freund. Aus Bambergs Mittheilungen wirst Du entnehmen, daß ich gegen seinen Vorschlag sehr ernste Bedenken habe, die er darin zusammenfaßte, daß ich die ethische Grundlage

[1]) Nr. 119.

[2]) Die neue Preußische Zeitung hat in ihrer gestrigen Nummer die Nachricht gebracht, daß ich dem Herrn v. Ahlefeldt, der mit der officiösen Vertretung der Interessen des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein beauftragt ist, zur Unterstützung beigegeben sei. Die geehrte Redaktion würde mich zu großem Dank verpflichten, wenn sie hierzu die nachträgliche Berichtigung aufnehmen möchte, daß ich nicht zur Unterstützung des Herrn v. Ahlefeldt hierher gekommen bin, sondern nur, um meine sich hier aufhaltende Familie auf kurze Zeit zu besuchen. 17. November 1864.

der Sache nicht zerstören wolle. Es treffen diese Bedenken nicht bloß die Nützlichkeitsgründe, sondern den moralischen Kern der Sache selbst. Wenn wir uns auch in der Lage befinden, uns gegen einen Gurgelabschneider wehren zu müssen, wenn wir auch für das gute Recht des armen Landes kämpfen, so darf doch zu diesem Zwecke kein Mittel angewandt werden, welches, ich spreche nicht von dem Gesetze, auch nur von der Moral nicht gestattet wird. Wir zerstören damit nicht allein das Ethische in der Sache, sondern auch in uns selbst und werden dadurch weniger kampffähig.

Ich habe Bamberg gesagt, wenn er eine anständige Form finde, müsse er sich an Dich wenden, ich bitte Dich indeß, auf keinen Vorschlag von ihm einzugehen. Denn es giebt, davon überzeugt mich längeres Nachdenken, keine Form, welche anständig wäre. Wird ein Vortheil in irgend einer Weise ausgenommen mit Erlaubniß seines Dienstherren dem Betreffenden in Aussicht gestellt, so mag das vor dem Gesetz immerhin erlaubt sein, es mag sogar, da wir dadurch nur zu erreichen suchen würden, daß er den Willen seiner Vorgesetzten wirklich zur Ausführung bringe, eine moralische Seite diesem Verfahren abzugewinnen sein, indeß es ist doch nicht zweifelhaft, daß das Mittel an sich den moralischen Forderungen nicht entspricht. Ich würde an Deiner Stelle dem Bamberg daher sagen, daß Du nicht auf seine Vorschläge, welche es auch sein mögen, eingehen könntest; Du wirst das, da man einem Manne wie Bamberg doch nicht die ihm unverständlichen moralischen Gründe gut sagen kann, ohne ihn zu verletzen, schon in die nöthige Form einkleiden können. Ich zweifle kaum, daß der Betreffende schon seit dem Juni auf eine Offerte wartet, indeß habe ich geglaubt, daß Bamberg im Auftrage des Betreffenden komme, und daß er den durchaus legalen und allein erlaubten Weg durch seinen Vorgesetzten vorschlagen werde.

Leidet die Sache durch unser Unterlassen, so ist das schlimm, indeß es ist das besser, als wenn sie nicht mit guten Mitteln durchgeführt wird.

Willst Du Dich dafür, daß Du Dich auf keinen Vorschlag einläßst, auf mich berufen, so habe ich Nichts dagegen.

Du wirst natürlich es so einrichten, daß Bamberg nicht verletzt wird, und daß, wenn wie wohl möglich der Betreffende hinter der Reise Bambergs steht, jener nicht die Meinung gewinnt, daß Du Dich mit Bamberg auf ein Pourparler nur eingelassen hast, um den Betreffenden zu compromittiren. Wir wollen auch gegen ihn loyal verfahren, und er braucht nicht die falsche Ansicht vom Gegentheil zu erhalten. Wie sind nur gegen Bismarcks Mittel. Wenn Du nichts besonderes hast, brauchst Du natürlich nicht zu kommen, obwohl dort wohl jetzt Nichts zu thun ist. Schreibe mir mit dem Courier zurück.

Kiel, 21. November 1864. Samwer.

123. Lorentzen an Samwer. 1864, 22. November, Berlin. Unterredung mit Bamberg. Entscheidung über dessen Vorschlag offen gelassen. Einlenken in Beziehung auf die Entfernung der Bundestruppen wahrscheinlich. Gerücht von der Ernennung Wydenbrugks zum Minister in Bayern. Prinz Woldemar noch nicht eingetroffen. Ahlefeld will Besuch beim König machen.

Lieber Freund. Steindorff wird berichtet haben, daß Bamberg gestern gleichfalls hier war und gestern Abend zu mir kam, aber abgewiesen wurde, weil ich ihn nicht mit Steindorff zusammenkommen laßen durfte. Später gegen 11 Uhr Abends kam er wieder und blieb bis nach 1 Uhr in der Nacht. Er referirte mir über seine Unterredungen in Kiel im wesentlichen dasselbe, was ich bereits durch Steindorff wußte. Bamberg hatte, ehe er zu mir kam, vorher seinen hiesigen Geschäftsfreund aufgesucht und dessen Ansicht eingeholt. Derselbe hatte gemeint, die Sache laße sich auch wohl durch ein Gut machen; aber es sei nothwendig, daß er, ehe er überhaupt das Geschäft beginnen könne, vorher die früher bezeichnete Abschlagssumme in Händen haben müße; denn da er dem Betreffenden gegenüber die persönliche Garantie übernehmen müße, so müße er eine materielle Sicherheit in Händen haben, daß es von unserer Seite ernst gemeint sei. Ich habe mich Bamberg gegenüber sehr vorsichtig gehalten, und es sogar zweifelhaft gelaßen, ob ich mich überhaupt darauf einlaßen wolle, die Sache bei dem alten Herzog von Augustenburg in Anregung zu bringen. Wenn wir uns über die moralischen Bedenken hinwegsetzen und nur uns durch die Zweckmäßigkeit

des Verfahrens bestimmen lassen wollen, so ist offenbar die Hauptfrage, ob die Person, welche Bamberg zur Vermittlung mit dem Betreffenden benutzen will, richtig gewählt ist.

Aber über diesen Punkt wollte Bamberg keine Auskunft geben, wenigstens jetzt noch nicht. Er meinte, später, wenn die Sache in Gang komme, werde es ja wohl nothwendig werden, daß ich unmittelbar mit seinem Geschäftsfreund verhandle. Aber dieser habe es zur conditio sine qua non gemacht, daß er nicht eher genannt werde, als bis durch Zahlung der genannten Abschlagssumme die Sicherheit vorhanden sei, daß das Geschäft wirklich gemacht werde. Bamberg reist heute wieder nach Paris ab. Ich habe ihm gegenüber Alles vorläufig unentschieden gelaßen. Ich habe ihm gesagt, daß ich mir die Sache erst ruhig und sorgfältig überlegen müße, und daß ich außerdem, auch wenn ich in der Sache entschieden wäre, doch nicht sofort nach Kiel würde abreisen können, weil ich in den nächsten Tagen aus anderen Gründen hier bleiben müße. Da er nun pressirt ist und möglichst bald wieder in Paris sein muß, so kann er den Verlauf hier nicht abwarten. Ich habe ihm gesagt, daß, falls der alte Herzog sich geneigt zeigen sollte, auf die Sache einzugehen, er (Bamberg) ja immer wieder hercitirt werden könne. Damit war er schließlich einverstanden und wird also heute Abend abreisen. Ich glaube, recht gehandelt zu haben, daß ich mich nicht überrumpeln und mich nicht in ein Geschäft forciren ließ, welches vielleicht nützlich, vielleicht aber auch tödtlich sein kann, daß ich mir aber doch auch ein etwaiges Eingehen auf die Sache vollkommen offen ließ. Wir haben jetzt vollkommen acht Tage Zeit, ehe ich Bamberg wieder etwas brauche wissen zu laßen.

So weit hatte ich geschrieben, als ich Deinen Brief[1]) vom gestrigen Tage erhielt, den mir Sievekry brachte, der, durch Truppenzüge aufgehalten, erst heute Nachmittag hier eingetroffen ist. Damit ist die Sache also abgeschlossen. Ich würde nun vielleicht Bamberg noch vor seiner Abreise orientiren können, obgleich ich natürlich unter keiner Bedingung mit ihm gesehen werden darf. Indeß ich fürchte, dann bleibt er hier, um einen

---

[1]) Nr. 122.

neuen Sturm auf mich zu versuchen. Abgesehen davon halte ich es doch für besser, daß er in der Ungewißheit abreist. Die Natur der Sache bringt es mit sich, daß die spätere schriftliche Ablehnung sich ganz im Allgemeinen halten muß und sich neben der Anerkennung der guten Absicht darauf beschränken kann, ihm anzuzeigen, daß seine Rückkehr hierher in dieser Angelegenheit nicht erforderlich sei. Du läßt mich Deine Ansicht hierüber wohl wissen.

In der hiesigen Situation hat sich nichts geändert. Ein sehr bemerkenswerthes Symptom ist das offizielle Dementi, welches der gestrige Staats-Anzeiger der offiziösen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung in Betreff der Entfernung der Bundestruppen aus Holstein hat zu Theil werden laßen. Es scheint mir das ein Zeichen, daß man in diesem Punkt hier einlenkt und dem Wiener Kabinet nachzugeben im Begriff ist oder schon nachgegeben hat. Es ist zwar bekannt, daß Braß oft auf eigene Faust bramarbasirt, und daß man auf seine Redensarten nicht immer Häuser bauen kann. Aber darum wird er doch nicht immer gleich offiziell dementirt, und wenn man sich dazu entschließt, so ist dies ein Zeichen, daß Braß sich diesmal doch gar zu weit verhauen hat. Weil die Bamberg'sche Affaire heute meine Zeit sehr in Anspruch genommen hat, habe ich über diese Frage heute keine Erkundigungen einziehen können, will es aber morgen nachholen.

Soll denn Wydenbrugk nun doch noch Minister des Auswärtigen in Baiern werden, wie heute die Zeitungen melden? Von Morier höre ich, daß Stocker zum 1. Dezember hierher kommt und hier vorläufig bleiben wird, doch nicht im Dienst, sondern privatim; doch soll dies nicht bekannt sein. — Prinz Woldemar hat noch immer kein Lebenszeichen von sich gegeben, und auch in den Zeitungen ist noch keine Spur von ihm. Ich denke, Ahlefeldt könnte sich demnach jetzt wohl zur Audienz melden. In diesen Tagen, während der Truppendurchzüge, wird er doch nicht empfangen, und unterdessen wird Prinz Woldemar ja wohl eintreffen. Ahlefeldt wollte darüber heute selbst an Seine Hoheit schreiben.

Über alles Andere wird Steindorff mündlich berichtet haben.

Lorentzen.

124. Lorentzen an Samwer. 1864, 23. November, Berlin. Bambergs Vorschlag abgelehnt. Bamberg damit einverstanden. Hoffnung Simons, schlesw.-holst. Konsul in Paris zu werden. Prinz Woldemar noch nicht eingetroffen.

Lieber Freund. Die flüchtigen Zeilen, welche ich meinem gestrigen Briefe beilegte, habe ich geschrieben, während der Courier schon in meinem Zimmer auf Abfertigung wartete. Sie enthalten den ersten Eindruck, den mir die im Augenblick vorher erhaltene Anzeige [Bamberg's] gemacht hatte, daß er nicht, wie am Tage vorher verabredet war, nach Paris abreisen, sondern in Kiel das Resultat meiner eventuellen Reise nach Dresden abwarten wolle. Nach reiflicher Überlegung war ich der Ansicht, daß, da das Geschäft doch nicht gemacht werden solle, es richtiger sei, Bamberg nicht länger im Ungewissen zu lassen, sondern die Sache gleich heute definitiv abzulehnen. Ich bin daher heute Vormittag zu ihm gegangen und habe ihm gesagt, daß nach meiner Überzeugung sein Vorschlag nicht acceptabel sei, und daß ich wenigstens denselben weder bei dem alten Herzog von Augustenburg noch sonst irgendwo empfehlen könne. Ich habe ihm die Ablehnung in einer Form mitgetheilt, die ihn nicht verletzen konnte, und meine Motive waren ihm auch soweit einleuchtend, daß wir als die besten Freunde geschieden sind. Die Sache ist also für jetzt definitiv beseitigt, und Bamberg reist heute Abend nach Paris ab.

Er gab mir heute zu verstehen, daß unser anderer Pariser Geschäftsfreund E. S[imon] darauf speculire, schleswig-holsteinischer Consul in Paris zu werden. Er (B[amberg]) wolle zwar seinem Freunde hierin nicht in den Weg treten und wünsche dies ausdrücklich zu erklären. Aber er wolle nur rathen, daß man sich in Kiel nicht voreilig binden, und falls also E. S[imon] eines schönen Tags mit einem solchen Ansuchen in Kiel erscheinen solle, so möge man doch nicht im Voraus ein Versprechen geben. Ich habe geantwortet, daß dies wohl nicht zu besorgen sei, da in Kiel der unbedingte Grundsatz gelte, jetzt keine solche erst nach der Anerkennung einzulösende Versprechungen zu geben. Ich habe dabei angedeutet, daß dies in diesem Falle wohl um so weniger geschehen werde, weil, wie mir scheine, auf die fragliche

Stelle bereits begründetere Ansprüche als die des S[imon] bestehen. Aber man muß das Fell des Bären nicht verkaufen, bevor derselbe erlegt sei. Zu dem, was Geffcken gestern über die letzten österreichischen Vorschläge und über die Aufnahme, welche dieselben hier gefunden haben, berichtet hat, weiß ich heute nichts hinzuzufügen.

Vom Prinzen Woldemar ist noch immer keine Spur zu entdecken.

Lorentzen.

125. Lorentzen an Sammer. 1864, 24. November, Berlin. Unterredung zwischen Geffcken und Benedetti. Goltz gegen die Annexion. Karolyi bestreitet das Provisorium unter Prinz Friedrich Karl. Prinz Woldemar angekommen. Brief des Herzogs übergeben. Hannover für Oldenburg. Geffcken nächste Woche nach Hamburg. Zeit für die Reise nach Dresden.

Lieber Freund. Geffcken hat gestern eine ausführliche Unterredung mit Benedetti gehabt, deren Quintessenz sich jedoch sehr kurz wiedergeben läßt. Benedetti hatte gleich zu Anfang erklärt, er sei über die Frage der Herzogthümer noch nicht vollständig orientirt, und mit Bismarck habe er erst eine flüchtige und rein formelle Unterredung gehabt; er hatte sich dann erkundigt, wie hier die Sache stehe. Nachdem Geffcken geantwortet, daß hier der Gedanke der Annexion wieder mehr in den Vordergrund zu treten scheine, äußerte Benedetti, daß ihn dies sehr verwundere, denn von Goltz habe er das Gegentheil gehört; vor seiner Abreise von Paris habe er sich an Goltz gewandt und ihn gebeten, ihm einen Überblick über diese Frage zu geben; Goltz habe nun aber den Gedanken der Annexion weit abgewiesen, und er (Benedetti) glaube nicht, daß Goltz ihn habe auf falsche Fährte leiten wollen. Darauf hat Geffcken geantwortet, daß Graf Goltz sich immer als entschiedener Gegner der Annexion zu erkennen gegeben habe, woraus es sich wohl erklären lasse, daß Bismarck ihn nicht in seine letzten Gedanken einweihe. Geffcken hat darauf weiter die Momente entwickelt, aus denen sich ergiebt, daß Bismarck auf die Annexion hinarbeitet. Benedetti hat aufmerksam zugehört, doch in seinen eigenen Äußerungen sich sehr reservirt gehalten.

Heute hat Geffcken eine Unterredung mit Graf Karolyi gehabt, über die aber nicht sehr viel zu melden ist. Karolyi äußerte sich zwar sehr entschieden Augustenburgisch und betonte, daß seit Erscheinen der Oldenburgischen Denkschrift in Wien die Ansprüche des Großherzogs nicht mehr ernsthaft genommen würden; aber es war über die schwebenden Unterhandlungen nichts aus ihm herauszubringen; er sagte nur, man sei sich in Wien vollkommen bewußt, daß dort der Schwerpunkt der Frage ruhe, und an ein Provisorium unter Prinz Friedrich Karl sei nicht zu denken.

Prinz Woldemar ist heute hier angekommen. Ich habe ihm den schon seit einigen Tagen hier liegenden Brief Seiner Hoheit übergeben, aber ihn nur sehr flüchtig sprechen können, da er heute sehr in Anspruch genommen war. Da der König heut Abend nach Minden fährt und erst übermorgen früh zurückkommt, so werde ich morgen wohl Gelegenheit haben, den Prinzen ausführlicher zu sprechen. Heute habe ich von ihm nur gehört, daß Graf Platen dem Prinzen Isenburg gesagt hat, seit der Einreichung der oldenburgischen Denkschrift sei es doch klar, daß, wenn überhaupt von Erbansprüchen an die Herzogthümer die Rede sein könne, doch jedenfalls der Augustenburger keine Ansprüche habe. Daß Hannover für Oldenburg sei, wußten wir ja schon lange. Neu wäre in dieser Äußerung nur die offenbare Schwenkung zur Annexion.

Geffcken sagte mir heute, er werde in nächster Woche, wahrscheinlich Montag, nach Hamburg reisen und dort wohl den größten Theil des Dezembers bleiben. Bis dahin wird auch Prinz Woldemar wohl wieder abreisen. Ich könnte also in nächster Woche den Besuch bei Beust machen, falls dies noch für richtig gehalten wird. Lorentzen.

126. Sammer an Lorentzen. 1864, 26. November, Kiel. Bericht Wydenbrugks. Benedettis Forderungen an Bismarck. Einwirkung auf die Nationalzeitung. Lorentzen hier erwünscht; vorher ist Ahlefeld zu instruieren. Brief an den König ausgeschlossen.

Lieber Freund. Die heutige Beilage [1]) des Wydenbrugk'schen Berichts zeigt eine große Gefahr. Ich bitte zu überlegen, was

[1]) Wydenbrugk berichtet über eine Unterredung, die er am 23. November mit Herrn v. Biegeleben gehabt hat. Welche Kriegslist Herr

geschehen kann, damit Bismarck verhindert werde, weiter und detaillirter hinauszugehen.

Ich erfuhr sicher, daß Benedetti doch allerdings die schleswig-holsteinische Angelegenheit schon mit Bismarck besprochen hat. Er forderte Beschleunigung und Handeln nach den Wünschen des Landes. Der für die Franzosen durchschlagende Gesichtspunkt ist: Bleibt Preußen mit Österreich und Bund hier in einem neuen Provisorium, so hat Österreich stets ein Mittel, im gegebenen Falle einer italienischen Verwicklung sich das Kriegsbündniß Preußens, zu dem der König doch neigt, durch das Preisgeben der Herzogthümer zu sichern. Benedetti ist Italianissimo.

Recht schlimm ist es, daß die National-Zeitung jetzt wieder anfängt, auf uns als nicht genug concedirend loszuschlagen. Setze die Leute doch auf den richtigen Standpunkt. Sie sind ja guten Willens, und es handelt sich jetzt ja gar nicht darum, was die Herzogthümer concediren wollen, sondern ob sie existiren sollen.

Ich soll Dir noch schreiben:

1. Du mögest, so bald als Prinz Woldemar weg ist, oder er den König gesehen hat, und nichts dringliches sonst vorliegt, auf einen oder zwei Tage herüber kommen, vorher aber Ahlefeldt für die Audienz mit dem König instruiren, wobei davon auszugehen ist, daß Ahlefeldt nicht im Stande sein wird, etwas Positives beim König durchzusetzen oder einen dauernden Eindruck zu hinterlassen, es also nur darauf ankommt, ihn abzuhalten, Verkehrtes zu sagen.

---

v. Bismarck unter Anderm anwendet, um Österreich abzuhalten, sich bestimmt für S. Hoheit zu engagiren, zeigt folgendes: Auf einige Bemerkungen von meiner Seite, die auf ein entschiedenes Vorgehen Österreichs auf dem betretenen Wege gerichtet waren, ging v. Biegeleben aus sich heraus und sagte, Herr v. Bismarck giebt uns zu verstehen, daß, wenn Preußen sich bestimmt für den Herzog aussprechen und seine sofortige Anerkennung betreiben wollte, dieser ihm Gott weiß welche Zugeständnisse machen würde. Dabei sah er mich prüfend und fragend an. Ich erwiderte im Ton größter Entschiedenheit und tiefsten Überzeugung: Ich glaube es nicht, daß der Herzog so etwas thun würde. Die Art, wie ich antwortete, schien Eindruck auf von Biegeleben zu machen.

2. Wenn Geffcken bei der Berathung auf den Einfall kommen sollte, daß der Herzog einen Brief an den König schreiben solle, um Bismarcks Spiel aufzudecken, so bitte, bewahre uns nur vor solchem Unsinn.

Kiel, 26. Nov. 1864. Dein Samwer.

127. Lorentzen an Samwer. 1864, 27. November, Berlin. Die gegenwärtige Sachlage. Das Verhältnis der Großmächte zu einander und zur schleswig-holsteinischen Frage. Entfernung der Bundestruppen scheint gewiß. Neutralität des Herzogs. Preußisch-österreichische Verwaltung in den Herzogtümern wahrscheinlich. Die Aufgabe der herzoglichen Landesregierung: Die Frage, ob die Stände für den Herzog eintreten werden. Die Konzessionen. Bismarcks ungünstige Meinung über Lorentzen. Wäre seine Rückkehr nach Kiel nicht besser? Prinz Woldemar noch nicht mit dem König gesprochen.

Lieber Freund. Herr v. Ahlefeldt hat seinem Bericht über die Unterredung[1]), die er vorgestern Abend mit Herrn v. Bismarck gehabt hat, bereits diejenigen praktischen Schlußfolgerungen hinzugefügt, zu welchen ihm jenes Gespräch Veranlaßung gab. Obwohl ich mich in allen Punkten den von Herrn v. Ahlefeldt entwickelten Ansichten anschließen muß, so habe ich doch nicht unterlassen wollen, auch meinerseits die Resultate meines Nachdenkens über die gegenwärtige Sachlage vorzutragen. Das Verhältniß der beiden deutschen Großmächte zu unserer Frage scheint mir in diesem Augenblicke folgendes zu sein. Österreich will vor allen Dingen die baldige definitive Erledigung der ganzen Sache, am liebsten durch Einsetzung des Herzogs, aber eventuell, falls der Großherzog von Oldenburg leichter durchzusetzen sein sollte, auch durch Einsetzung des Oldenburgers. Österreich wünscht nur, sich aus der Affaire herausziehen zu können; aber es kann dies nicht, so lange die Annexion noch eine Möglichkeit ist. Also muß es dringend wünschen, daß bald durch Erledigung der Erbfolgefrage die Annexion außer Frage komme. Auf den Weg, auf dem dies erreicht wird, wird es Österreich erst in zweiter Linie ankommen. Man wird in Wien vorziehen, mit dem Bunde Hand in Hand zu gehen. Aber wenn ohne den Bund ein schnellerer Erfolg in Aussicht steht, so wird

[1]) s. Gebauer, S. 134.

man dort ohne großes Bedenken auch ohne den Bund zu Ende zu kommen suchen. Denn auch nach dem Ministerwechsel legt man offenbar in Wien größeres Gewicht auf die Erhaltung der preußischen Allianz, als auf das Zusammengehen mit dem Bunde. Man will dort offenbar Preußen nicht um des Bundes willen brüskiren, sondern man will höchstens den etwaigen Bismarck'schen Extravaganzen die Spitze abzubiegen versuchen. Während Österreich das größte Gewicht auf die baldige definitive Erledigung legt, hat Preußen augenblicklich nur die seinen Wünschen entsprechende Gestaltung des Interimistikums im Auge. Also will es vor allen Dingen und unbedingt die Entfernung der Bundestruppen und der Bundeskommissäre aus Holstein. Und dieses Ziel wird Preußen erreichen, daran kann kein Zweifel bestehen. Der Exekutionsbeschluß war von Anfang an eine Schwäche und Dummheit des Bundes, und dies rächt sich jetzt. Aber selbst wenn die Frage über die fernere Berechtigung der Bundestruppen in Holstein weniger verworren wäre, würden sie doch hinausgeschafft werden, sei es mit Güte, sei es mit Gewalt. Preußen hat sich jetzt militärisch schon so weit engagirt, daß an ein Zurückweichen nicht mehr zu denken ist.

Aber man will auch hier nicht gerne mit Österreich brechen. Dies beweist unter Anderem auch die Sendung des Fürsten Hohenzollern nach Wien, der offenbar die Antwort des Königs auf das vom Grafen Karolyi übergebene Schreiben des Kaisers überbracht hat. Was liegt unter diesen Umständen näher als ein Compromiß? Österreich concedirt die Entfernung der Bundestruppen aus Holstein, und Preußen verspricht dafür, zu einer beschleunigten Erledigung der Erbfolgefrage seinerseits mitzuwirken. Es ist klar, daß bei einer solchen Einigung Preußen sehr im Vortheil ist. Denn es gewinnt einen unmittelbaren Erfolg, während Österreich nur eine Aussicht auf Berücksichtigung seiner Wünsche erhält. Aber dennoch scheint mir diese Wendung die wahrscheinlichste zu sein.

Betrachten wir die verschiedenen Möglichkeiten, die sich aus dem Vorgehen Preußens ergeben können. Des gutwilligen Zurückgehens der Hannoveraner scheint man hier ziemlich sicher zu sein. Das Verhalten der Sachsen wird wohl in der Hauptsache

von den Beschlüssen abhängen, die in Wien gefaßt werden. Diese können dreifacher Natur sein. Man kann in Wien entweder 1. sich dem preußischen Andrängen auf Entfernung der Bundestruppen anschließen, wenigstens in so weit, daß man in Dresden zur Nachgiebigkeit räth, oder man kann 2. beschließen, bei dem Conflikt zwischen Preußen und Sachsen rein passiver Zuschauer zu bleiben, oder endlich man kann 3. sich dem Vorgehen Preußens gegen den Bund aktiv widersetzen. Die dritte Eventualität würde, wenn beide Theile hartnäckig bleiben, zum Bürgerkriege führen. Aber ich glaube nicht daran, daß es zu solchen Extremen kommt. Weder hier noch in Wien wünscht man den Bruch der bisherigen Allianz. Ehe in Wien ein solcher Beschluß gefaßt werden könnte, müßte ein anderes Verhältniß zu Frankreich gewonnen sein. Die zweite Alternative ist mir ebenso unwahrscheinlich; es scheint mir der militärischen Ehre nicht zu entsprechen, daß die Österreicher in Holstein sich auf's Zusehen beschränken, während die Sachsen von den Preußen herausgeworfen werden. Vielleicht hätte dem Grafen Rechberg ein solches Auskunftsmittel annehmbar erschienen. Von Graf Mensdorff glaube ich es nicht.

Also bleibt nur die erste Alternative, daß nämlich auch Österreich in Dresden auf Zurückziehen der Bundestruppen dringt. Was in den beiden ersten Fällen Sachsen gethan haben würde, mag dahin gestellt bleiben. Aber zum Widerstand gegen die beiden Deutschen Großmächte zu rathen, die Verantwortlichkeit wird Herr v. Beust nicht übernehmen wollen. Also scheint mir als die wahrscheinlichste Wendung die, daß binnen acht Tagen die Sachsen und Hannoveraner gutwillig abziehen, und daß gleichzeitig auch Könneritz und Nieper verschwinden, ohne daß es dazu einer Schwadron Dragoner bedarf.

Was unsere Stellung zu diesem ganzen Vorgang betrifft, so weiß ich keinen anderen Rath zu geben, als daß der Herzog absolut neutral bleiben muß und in keiner Weise andeuten darf, daß er mit der einen oder anderen der agirenden Parteien mehr oder weniger sympathisirt. Dieses Drama liegt ganz außerhalb unseres Einflusses, und jeder Versuch, auf den Verlauf desselben einzuwirken, könnte der Sache des Herzogs nur schaden. Dieses

Ungewitter muß sich erst verzogen haben, ehe wir wieder agiren. Ich weiß nicht, aus welchem Grunde Herr v. Bismarck gegen Herrn v. Ahlefeldt angedeutet hat, der Herzog möge suchen, auf die Entfernung der Sachsen hinzuwirken. Sonst wird uns hier jede Beziehung zu den mittelstaatlichen Höfen zum Vorwurf gemacht. Da ist es doch eine sonderbare Zumuthung, daß der Herzog gerade jetzt seinen Einfluß in Dresden in einer Richtung geltend machen solle, die ihm die Feindschaft des Herrn v. Beust und der übrigen mittelstaatlichen Regierungen zuziehen müßte; — und noch dazu ohne Nutzen; denn das ist doch wohl klar, daß der Beschluß in Dresden nicht mit Rücksicht auf den Rath des Herzogs gefaßt, sondern durch ganz andere Erwägungen bestimmt wird.

Noch viel weniger aber als eine Einwirkung zur Entfernung der Bundestruppen würde ich irgend eine Thätigkeit oder Äußerung anrathen können, aus der gefolgert werden könnte, daß wir die Bundestruppen dort zu halten wünschen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Da es unzweifelhaft ist, daß die Bundestruppen auf die eine oder andere Art hinauskommen, so hätten wir uns für eine verlorene Sache engagirt und hätten denen, die das Heft in Händen behalten werden, einen erwünschten Vorwand gegeben, uns anzuschuldigen.

Die nächste Sorge nach der Entfernung des Bundes aus Holstein wird die Einrichtung der Verwaltung sein. Da ich überzeugt bin, daß Preußen und Österreich gegen die Bundestruppen cooperiren werden, so glaube ich auch, daß die Competenz der beiden Schleswig'schen Commissäre einfach auf Holstein und Lauenburg übertragen werden wird. Die andere Möglichkeit, daß die herzogliche Landesregierung aufgefordert werden könne, die Verwaltung Holsteins selbstständig fortzuführen, hat Herr v. Bismarck nur für den Fall erwähnt, daß Österreich mit Preußen nicht cooperiren und also auch nicht geneigt sein würde, die preußisch-österreichische Verwaltung auf Holstein auszudehnen. Sollte aber dieser Fall wirklich eintreten, so würde ich allerdings glauben, daß es unbedingt gerathen ist, daß die bisherige herzogliche Landesregierung die Verwaltung fortführt und sich dabei nicht durch etwaige Skrupel wegen der den Bundesorganen

angethanen Gewalt irre machen läßt. Ich gehe noch einen Schritt weiter und meine, daß, wenn die beiden Schleswigschen Commissäre die oberste Zivilgewalt auch für Holstein und Lauenburg übernehmen, auch dann die herzogliche Landesregierung suchen sollte, für Holstein in Funktion zu bleiben, und zu Zedlitz und Lederer in dasselbe Verhältniß zu treten, in welchem sie bisher zu Könneritz und Nieper stand. Es bleibt immer von der größten Wichtigkeit, daß die Verwaltung in befreundeten Händen bleibt. Vielleicht ließe sich schon jetzt auf dieses Ziel hinwirken, natürlich in Wien.

Wenn nun der Bund aus Holstein beseitigt, und die neue Verwaltung eingerichtet sein wird, so wird der Augenblick gekommen sein, wo Preußen sein Versprechen einlösen und mit Österreich zur schleunigen Erledigung der Erbfolgefrage cooperiren muß. Indeß, wer den bisherigen Verlauf der Sache sorgfältig beobachtet hat, der wird es nicht für unwahrscheinlich halten, daß dann wieder neue Schwierigkeiten auftauchen, welche das Ende verzögern. Namentlich ist die juristische Prodecur, welche mit Rücksicht auf den Kaiser von Rußland erforderlich sein soll, noch immer nicht aufgegeben, und kann je nach den Umständen sehr weitläufig werden. Dann kommt es darauf an, welche Festigkeit Österreich beweisen wird. Noch mehr aber, glaube ich, wird dann die Sache in der Hand des Landes selbst liegen. Man wird dann endlich nicht länger umhin können, die Stände zu berufen, und die Frage wird dann sein, ob diese mit Festigkeit und Einmüthigkeit die Einsetzung des Herzogs verlangen und sich weigern werden, mit einer anderen Regierung als der des legitimen Landesherrn für die Begründung auf die Dauer berechneter Zustände zusammen zu wirken. Hier wird, wie mir scheint, der Kern der Frage liegen, und auf diesen Punkt sollte man schon jetzt sein Augenmerk richten.

Inzwischen wird Bismarck für den Fall, daß die Annexion sich nicht erreichen läßt, die Frage der Concessionen weiter verfolgen. Aber diese Frage liegt jetzt, wie mir scheint, weniger zwischen dem Herzog und Preußen als zwischen Preußen und Österreich. Da Österreich die Hand in der Sache behält, so muß Preußen sich mit ihm über die Punkte, die zugestanden

werden sollen, verständigen. Da nicht zu besorgen ist, daß Österreich in seinen Zugeständnissen über die vom Herzog bereits concedirten Punkte hinausgeht, so liegt der Schwerpunkt der hierüber bevorstehenden Verhandlungen eigentlich zwischen Preußen und Österreich.

Dies ist, was ich über die allgemeine Lage denke. Es bleibt mir noch übrig, in der Kürze meine Ansicht über die Bemerkungen auszusprechen, zu denen Herr von Bismarck sich in Beziehung auf mich persönlich veranlaßt gesehen hat. Es ist möglich, daß Herr von Bismarck über mich ungünstige Berichte gehört hat, die sich entweder auf meine frühere Betheiligung an liberalen Zeitungen oder auf meine Beziehungen zu Herrn v. Beust stützen können. Es ist aber auch möglich, daß er nur mich fortzuschaffen und Herrn von Ahlefeldt zu isoliren wünscht. Im ersteren Falle könnte man den Versuch machen, ihn umzustimmen; im letzteren wäre jeder solcher Versuch überflüssig, vielleicht schädlich.

Nehmen wir den ersten Fall an, so könnte Herr v. Ahlefeldt an Bismarck ein Billet schreiben und ihm sagen, er (Ahlefeldt) habe die Äußerungen Bismarcks über mich nochmals erwogen, er bleibe aber bei der Ansicht, daß Bismarck über mich falsch berichtet sei und würde es sehr dankbar anerkennen, wenn Bismarck mir Gelegenheit geben möchte, ihm gegenüber persönlich mich über diejenigen Punkte, die er mir zum Vorwurf mache, auszusprechen. Möglich ist es, daß er mich dann empfängt, wahrscheinlich aber nicht. Eben so ist es möglich, aber nicht wahrscheinlich, daß es mir gelingt, ihn umzustimmen. Bleibt aber diese ungünstige Meinung über mich bei Bismarck bestehen, so entsteht die Frage, ob ich nicht besser thue, Berlin zu verlaßen, weil ich durch meine bloße Anwesenheit die Stellung des Herrn von Ahlefeldt verschlechtern könnte. Ich bitte über alle diese Punkte um Instruktion. Herr von Ahlefeldt würde eventuell gern bereit sein, in der angegebenen Weise an Bismarck zu schreiben.

Ich habe diesen Brief Herrn v. Ahlefeldt vorgelesen, welcher sich ganz mit demselben einverstanden erklärt hat.

Prinz Woldemar hat bis jetzt noch keine Gelegenheit gehabt, eingehender mit dem König zu sprechen. Er hoffte, es heute zu können, wo er bei dem König zur Tafel ist. Aber da ich den Prinzen erst heute Abend 9 Uhr sehen kann, so muß ich den Bericht hierüber bis morgen verschieben.

Lorentzen.

128. Sammer an Lorentzen. 1864, 28. November, Kiel. Brief des Herzogs an Ahlefeld angekündigt. Nachricht aus Wien über Preußens Flottenwünsche. Die Stimmung in Österreich. Die Stellung des Königs. Lorentzens Kommen erwünscht. Ansicht von Prinz Woldemar erbeten. Einwirken auf Sachsen oder den Bund unmöglich.

Der Herzog wird morgen an Ahlefeldt schreiben. Wir stimmen im Wesentlichen mit Dir überein. Wir können nur neutral bleiben, müssen überhaupt als ehrliche Leute durch die Welt zu kommen suchen. Indessen erfordert die Form der Antwort doch nähere Überlegung.

Ein Telegramm aus Wien sagt, daß die Flottenwünsche Preußens nicht bis zur Conskriptionsbefugniß gehen, auch diplomatische Vertretung nicht gewünscht wird. Ferner, daß man sich einig sei, eine schleswig-holsteinische Flagge einzuführen.

Den Österreichern scheint es sehr ernst zu sein. Ich zweifle auch, daß sie in ein Provisorium von nicht genau bestimmter Dauer willigen, kurz daß sie irgend eine Thür offen laßen. Zu Deinen Eventualitäten kommt noch eine vierte, die daß Österreich seine bons offices zur Räumung anwendet und gleichzeitig den Antrag auf Anerkennung beim Bunde stellt. Daß es irgendwie zum Äußersten komme, ist nicht anzunehmen. Wie Bismarck, nur etwas gemäßigter in der Form, spricht auch Mensdorf. Indeß man wird sich beiderseits wohl verständigen. Nur scheint es fast, daß diesmal das nöthige Maß von Festigkeit in Wien vorhanden ist. Wydenbrugk wenigstens scheint zufrieden zu sein, und er hat auch in schlechten Zeiten nichts verschwiegen.

Sehr wichtig ist, daß der König nicht zu allem bereit ist, was man von ihm verlangt. Dieß Element ist nie außer Acht zu lassen. Doch genug dieser Aphorismen. Du hast mir nicht

über Dein Kommen[1]) geschrieben. Der Herzog wünscht sehr, daß Du auf ganz kurze Zeit, wenn auch nur für einen Tag herüberkommst. Es läßt sich manches nicht schriftlich behandeln.

Über das weitere persönliche morgen.

Laß uns auch die Ansichten des Prinzen Woldemar wissen. Du weißst, wie viel Werth wir auf dieselben legen.

Um den ersten Satz dieses Briefes nicht einem Mißverständniß auszusetzen, bemerke ich, daß es nicht möglich ist, daß wir auf Sachsen oder die Landesregierung einwirken. Die letztere würde Preußen allein nur gehorchen. Dazu kommt, daß wir es nicht wollen können.

Kiel, 28. November 1864. Samwer.

129. Lorentzen an Samwer. 1864, 28. November, Berlin. Die verschiedenen Gerüchte über die Stellung Österreichs zur Frage der Entfernung der Bundestruppen. Prinz Woldemar abgereist, ohne etwas vom Könige erfahren zu haben. Wohin soll der Brief an ihn geschickt werden? Stimmung in Berlin. Bismarcks Gedanken bei der Forderung, der Herzog soll zur Entfernung der Bundestruppen mitwirken. Die brandenburgischen Ansprüche. Prinz Christian. Bismarcks Hetzen in Österreich. Benedetti über Bismarcks Annexionsgedanken. Besuch bei Zabel.

Lieber Freund. So lange die jetzige Krisis dauert, schwirrt es hier von Gerüchten. Prinz Woldemar wollte gestern Abend wissen, Österreich habe schon so weit nachgegeben, daß es — gegen Preußens Zusicherung, die Erbfolgefrage zu beschleunigen und nur im Einklang mit Österreich zu lösen — in die Entfernung der Bundestruppen gewilligt habe. Nur verlange Österreich, daß die Sache durch den Bund gemacht werde; deshalb wolle Österreich einen betreffenden Antrag, nämlich die Exekution für erledigt zu erklären und die Bundestruppen zurückzurufen, am Donnerstag in Frankfurt einbringen. Preußen dagegen würde für den Abmarsch der Bundestruppen einen Termin setzen, welcher für die obige Erledigung durch den Bund

[1]) Darüber spricht Lorentzen an Samwer im Privatbrief vom 28. November. Er glaube, daß es gut sei, den Verlauf der jetzigen Krisis hier abzuwarten, wenigstens das akute Stadium. Auch müßte er jedenfalls vorher noch eine Antwort auf seinen Brief vom 27. November haben.

Zeit laßen würde. Der Brief des Königs, den Fürst Hohenzollern nach Wien überbracht hat, soll die Zusicherung erhalten haben, daß Preußen nur mit Zustimmung des Kaisers von Österreich über das Schicksal der Herzogthümer entscheiden werde. Im ganzen wird dies wohl die Lage sein; für das Einzelne aber läßt sich nicht einstehen, da es ein Resumé dessen ist, was Prinz Woldemar gestern in Hofkreisen gehört hat. Andererseits dagegen hat Graf Chotek gestern noch in diplomatischen Kreisen versichert, Österreich werde die Entfernung der Bundestruppen nicht zugeben; Benedetti hat die Überzeugung vom Gegentheil ausgesprochen, und Graf Hohenthal ist, nachdem er eine Unterredung mit Bismarck gehabt, nach Dresden abgereist, um mit Beust zu konferiren.

Prinz Woldemar ist gestern Abend nach seinem Gut[1]) in Posen abgereist. Ich war noch bis 10 Uhr Abends bei ihm. Er hat gestern den König gesehen, der sehr guter Laune und gegen ihn (den Prinzen) sehr liebenswürdig gewesen war, aber jedes Gespräch über ernsthafte Gegenstände vermieden hatte. Der Prinz will die Rückreise nach Mainz nicht über Berlin, sondern über Dresden machen. Es fragt sich, was ich unter diesen Umständen mit dem heute Morgen aus Kiel mir zugegangenen Briefe an den Prinzen anfangen soll. Da ich seine Posener Adresse nicht kenne und auch hier nicht zu erkunden weiß, so weiß ich nicht, wohin ich den Brief nachschicken soll. Soll ich ihn nach Mainz schicken? oder wohin sonst?

Die allgemeine Stimmung hier, von den höchsten Kreisen bis tief unten läßt sich mit zwei Worten charaktirisiren: man ist berauscht vom Kriegsruhm und man bramarbasirt jetzt gegen die „Sächser". Außerdem ist es gelungen, in weiten Kreisen die schlummernde Raubgier zu wecken. Doch besteht daneben noch immer der Zweifel, ob die Sache wohl möglich ist, d. h. wegen der Machtverhältnisse ausführbar. Auf sittlichen Skrupel stößt man sehr selten.

Ich habe lange darüber nachgedacht, weshalb wohl Bismarck die ganze Eröffnung am Freitag an Ahlefeldt gemacht

[1]) Woinowicz bei Storchnest.

hat. Denn natürlich ist es ihm doch nicht darum zu thun gewesen, die Mitwirkung des Herzogs zur Entfernung der Sachsen und zur Bildung einer neuen Regierung zu gewinnen. Das kann doch nur Vorwand sein. Ich denke mir, er sieht die Möglichkeit voraus, daß er die Anerkennung des Herzogs wird zugeben *müßen, und* für diesen Fall will er sich im Voraus decken und *will nachher* sagen können, daß er die Sache gewollt und gemacht und vorhergesagt habe. Gleichzeitig aber wird er fortfahren, die Annexion zu betreiben, so lange sich dafür irgend eine Chance bietet. Ein neuer Beweis dafür ist, daß jetzt plötzlich der alte Helwing'sche[1]) Kohl wieder aufgewärmt und als eine neue große Entdeckung ausposaunt wird. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß dies in Folge einer officiell ausgegebenen Parole geschieht. Da über dieses Sachverhältniß nur sehr wenige Leute genügend aufgeklärt sind, so möchte ich empfehlen, daß dieses Thema demnächst in der Presse behandelt werde. Es würde hauptsächlich nachzuweisen sein, daß es sich nicht um eine *neue* wissenschaftliche Entdeckung, sondern um einen längst widerlegten Unsinn handelt.

Ich höre, daß Prinz Christian seit gestern hier ist. Da ich aber aus einer Äußerung des Prinzen Woldemar abgenommen habe, daß Prinz Christian mich zu ignoriren wünscht, so habe ich denselben auch nicht aufgesucht.

Ich habe heute Morgen Deinen Brief vom 26.[2]) d. M. nebst einem Auszug aus einem Wydenbrugk'schen Bericht erhalten. Die Gefahr, daß Bismarck uns gegen Österreich verräth, besteht seit April, und es giebt dagegen keine Garantie als sein eigenes Interesse. Was den von Wydenbrugk berichteten Vorfall betrifft, so wäre es ja auch möglich, daß Biegeleben, ohne etwas Bestimmtes zu wißen, nur Wydenbrugk hat ausholen wollen. Das halte ich fast für das Wahrscheinlichste. — Benedetti hat Geffcken später wieder gesprochen und hat ihm erzählt, er habe nun ausführlicher mit Bismarck gesprochen, und dieser habe sich enschieden nicht annexionistisch geäußert; er habe speziell hierauf

---

[1]) Dr. E. Helwing, Die Erbansprüche des Königl. Preußischen Hauses an die Herzogthümer Schleswig-Holstein 1846.

[2]) Nr. 126.

sondirt. — Ich will sehen, daß ich Zabel einmal unbemerkt sprechen kann; aber auf die Redaktion der National-Zeitung darf ich nicht gehen; sonst steht morgen in den officiösen Blättern, daß die Agenten des Herzogs mit der Opposition konspiriren.

Lorentzen.

130. Sammer an Lorentzen. 1864, 30. November, Kiel. Fehlen des Telegramms, daher keine Antwort an Ahlefeld. Nachricht für eine eventuelle Unterredung Ahlefelds mit Bismarck. Bericht aus Wien. Verhalten der Nationalzeitung. Leitartikel der Kieler Zeitung.

Lieber Freund! Bis jetzt ist noch kein Telegramm von Dir angekommen. Daher auch noch keine Antwort des Herzogs an Ahlefeld.

Für den Fall, daß Bismarck ihn inzwischen zu sich rufen sollte, soll ich Dir für Ahlefeld schreiben, derselbe möge sagen, daß er nicht um eine Antwort gebeten habe und daher auch keine erwarte, zumal die Dinge sich ja jetzt friedlicher gestaltet, der supponirte Fall also gewiß nicht eintreten werde. Die rasche Einladung Ahlefelds bestätigt Deine Vermuthung über die eigentlichen Zwecke der Entrevenüe mit Bismarck.

Das Neueste aus Wien liegt bei[1]). Offenbar ist manches Beabsichtigte nicht geschehen. Indeß zeigt sich doch noch Widerstand in Österreich.

Die National-Zeitung wird recht schlimm. Ich soll dich bitten, doch dahin zu wirken, daß sie vernünftiger wird.

Die Kieler Zeitung enthält heute einen gut geschriebenen Leitartikel, der entschieden gegen Preußen Partei nimmt. Wir stehen mit demselben in keiner Verbindung.

Kiel, 30. Nov. 1864. Sammer.

---

[1]) Wydenbrugk an Sammer. 29. November. Vorgestern Anfrage von Berlin, ob Österreich dem Antrag auf Zurückziehen der Bundestruppen zustimme, sonst werde Preußen allein vorgehen. Gestern telegraphische Antwort, Pflicht und Ehre verbiete, Bundesgenossen wie Feind zu behandeln. Schon zugegeben, daß Grund der Exekution aufgehört. Man werde dem Antrag zustimmen, wenn zugleich Herzog anerkannt und eingesetzt werde. Heute zeigt Sachsen an: es werde morgen (Dienstag) vom Bund Rückzug der Truppen vorschlagen, wenn Großmächte Erbfolgefrage erledigen. Österreich wird dementsprechend sich für Herzog am Bund erklären.

131. Lorentzen an Schleiden. 1864, 1. Dezember, Berlin. Bevorstehende Ernennung Schleidens zum hanseatischen Ministerresidenten. Hoffnung auf Wiedersehen. Lorentzen bleibt zunächst in Berlin. Auseinandersetzung über Politik auf eine persönliche Zusammenkunft verschoben. Lorentzens Ansicht von Preußens Beruf.

Lieber Schleiden. Nach dem, was ich von Geffcken höre, scheint mir Ihre demnächstige Ernennung zum hanseatischen Ministerresidenten in London nicht mehr zweifelhaft. Nachdem die Regierungen einig sind, werden die Bürgerschaften wohl beistimmen. Ich freue mich aufrichtig, daß Sie in Europa bleiben. Ich hoffe, daß wir uns bei Ihrer bevorstehenden Reise nach dem Norden nicht wieder verfehlen, wie bei Ihrem letzten Besuch in Kiel. Hoffentlich werden wir uns entweder hier in Berlin oder in Hamburg begegnen. Ich gehe heute auf einige Tage nach Kiel, komme aber bald hierher zurück und werde dann vermuthlich noch einige Zeit hierbleiben. Wenn Sie hier durchkommen, werden Sie bei Geffcken ja erfahren, ob ich hier bin.

Ich schreibe Ihnen heute eigentlich nur, um Sie über die Ursache meines bisherigen Schweigens aufzuklären[1]). Die Erörterung der politischen Fragen verspare ich lieber auf eine hoffentlich baldige mündliche Unterhaltung. Mit der Art, wie Sie die deutschen Dinge und das Verhältniß zu Preußen ansehen, kann ich mich nicht vollkommen einverstanden erklären. Aber die Auseinandersetzung hierüber müßte viel gründlicher und ausführlicher sein, als es mir heute in diesem flüchtigen und unter der Vorbereitung zur Reise geschriebenen Brief möglich wäre. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß ich nicht für das jetzige preußische System schwärme. Aber von dem Beruf des Staates Preußen habe ich stets eine hohe Vorstellung gehabt, die durch den Verlauf der schleswig-holsteinischen Frage während des letzten Jahres nur noch erhöht ist. Sie dürfen aber deshalb nicht glauben, daß ich zum preußischen Vasallenthum geneigt wäre. Es giebt hier eine sehr scharfe Grenze, über die wir uns,

---

[1]) Schleidens Brief vom 8. November hatte man Lorentzen nicht nachgeschickt; erst am 29. November hatte er ihn erhalten.

glaube ich, mündlich leicht verständigen würden und hoffentlich bald verständigen werden.

Also auf hoffentlich baldiges Wiedersehen.

Ihr Lorentzen.

132. Sammer an Lorentzen. 1864, 7. Dezember, Kiel. Die Universität gegen die Unterordnung unter die Regierungsänderung. Uneinigkeit in der Landesregierung. Verbitterte Stimmung. Stellung der offiziösen Presse in Wien. Ahlefeld soll mit Bismarck sprechen. Die Frage, ob der Herzog das Land verlassen soll. Roggenbachs Bemerkung über die zurückhaltende Stellung des Herzogs. Die neue Regierungsform. Klage des Herrn v. Zedlitz über die Doppelregierung in Holstein.

Lieber Freund. Die Geschichte der letzten Woche, soweit sie nicht aus den Zeitungen zu ersehen ist, ist folgende.

Montag Abend forderte ein Adjudant des Prinzen Friedrich Karl die Bekanntmachung der bekannten Proklamation über die Regierungsänderung von der herzoglichen Landesregierung. Diese erklärte sich hierzu bereit und publicirte noch in der Nacht, ohne erst die Landescommissäre zu fragen.

Die Civilcommissäre Österreichs und Preußens haben nun von der Landesregierung und einzelnen Behörden Erklärungen gefordert, wodurch völlige Unterordnung und bereite Unterstützung verlangt wird. Dieses Versprechen würde nicht leicht von Jemand verweigert werden, leider aber haben die Commissäre in der Aufforderung zu dieser Erklärung Bezug genommen auf ihre Bekanntmachung, in der sie davon sprechen, daß der Zukunft des Landes nicht präjudicirt werden dürfe. Davon ist nun die Folge gewesen, daß die Universität sofort am selben Tage, an welchem sie die Aufforderung erhielt, die beiliegende Erklärung[1])

[1]) Sie trage Bedenken, die Zusicherung in der verlangten Fassung abzugeben, weil der Ausdruck „daß der Entscheidung über die Zukunft der Herzogthümer in keiner Weise vorgegriffen werde“ zu unbestimmt sei. Es könnte darunter möglicherweise nur das dem Vernehmen nach von einer Partei im Königreich Preußen verfolgte Bestreben, die Herzogthümer jenem Königreich zu incorporiren oder die Anerkennung der vermuthlichen Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg eingeschlossen sein, Bestrebungen, gegenüber denen völlig unthätig zu sein wir uns nicht verpflichten können.“ Dagegen sind sie völlig bereit, der faktischen Besitzergreifung Österreichs

abgegeben hat, während die Gerichte ohne Weiteres einfach willige Unterordnung und bereite Unterstützung versprochen haben. Die Universität ist, ohne mit einem von uns zu sprechen, vorgegangen. Beide Wege waren möglich, und ich glaube nicht, daß der der Universität, welche die Meinung der Commissäre offenbar, was die Fassung betrifft, nicht richtig gefaßt, große Nachtheile bringen wird. Die Geistlichkeit wird wohl ähnlich verfahren.

Die Landesregierung ist bis jetzt noch nicht einig über das, was sie thun soll. Muthmaßlich indeß wird die Mehrzahl, wenn nicht alle, unter dem Titel des Systemwechsels (Demonstrationen usw.) ihre Entlassung nehmen, sich indessen bereit erklären, einstweilen die Verwaltung fortzuführen. Das Alles in anständiger Form und so, daß die Einzelnen als Lokalbeamte bleiben können. Diesen Weg hat Zedlitz, so scheint es, als den besten selbst gewünscht. Wir haben natürlich alles gethan, um die Landesregierung zum Bleiben zu bewegen; wenn sich dieselbe indeß bereit erklärt, die Verwaltung fortzuführen, so kommt es schließlich auf dasselbe hinaus, als wenn sie bliebe.

Ob noch eine starke Bewegung folgen wird, hängt namentlich davon ab, ob die Commissäre Conflikte herbeiführen werden. Die Stimmung ist sehr verbittert und sehr fest. Die Rede Seydel's[1]) hat sehr gereizt.

Von Wien haben wir keine Nachricht, als daß die offiziöse Presse den Befehl hat, die Rechte des Herzogs energisch zu vertheidigen, und daß man fest sei. Über den Stand der Verhandlungen, worauf doch jetzt viel ankommt, gar Nichts. Auch deshalb, denke ich, wird es recht gut sein, wenn Herr v. Ahlefeldt Bismarck spricht, weil aus seinen Äußerungen doch etwas über den Stand der Dinge zu entnehmen sein wird.

Nicht unmöglich wäre es, daß bei einem solchen Gespräche Herr v. Bismarck sagte, die einfachste Art, Conflikte zu vermeiden,

---

und Preußens sich unterzuordnen, wenn damit der Zweck verfolgt wird, der Erklärung vom 28. Mai „der Vereinigung der Herzogthümer in einem Staate unter der Souveränität des Erbprinzen von Augustenburg“ Geltung zu verschaffen.

[1]) Regierungspräsident a. D., Ober-Bürgermeister von Berlin.

würde sein, wenn der Herzog das Land verlasse. Dann könnte Herr v. Ahlefeldt offen sagen, die Lage des Herzogs, wenn er im Lande bleibe, sei schon seit fast einem Jahre nichts weniger als angenehm, und sie sei nur durch das Gefühl des Herzogs von seinen Pflichten für das Land motivirt. Diese Pflichten dauerten so lange, bis Preußen sich für den Herzog ausgesprochen habe; es würde schon genügen, daß Herr v. Bismarck ihm (Herrn v. Ahlefeldt) erkläre, daß er wirklich das Recht des Herzogs anerkenne d. h. die verpflichtende Zusicherung gäbe, daß der Herzog das Land erhalte. Dann wolle er (Ahlefeldt) dem Herzog rathen zu gehen.

Sollte Herr v. Bismarck darauf eingehen und eine Erklärung abgeben, so würde Herr v. Ahlefeldt am Besten thun, dieselbe zur Mittheilung an den Herzog und um in dieser sicher zu gehen, in seine Schreibtafel zu fassen, vorzulesen und die Fassung, wenn auch nur mündlich, genehmigen zu lassen. Später könnte dann nach Genehmigung durch den Herzog die verpflichtende Form erfolgen. Es versteht sich von selbst, daß, wenn Herr v. Bismarck nicht in sehr bestimmter Weise die Forderung stellt, daß der Herzog das Land verlasse, Herr v. Ahlefeldt jenes Ansinnen nicht stellen darf, und daß es überhaupt besser ist, daß dieser Punkt nicht erörtert wird. Meines Erachtens kann der Herzog nur das Land verlassen, wenn er demselben die Versicherung geben kann, daß das Recht desselben und das eigene anerkannt ist.

Bismarck giebt natürlich jene Zusicherung nicht ab.

Nicht ohne Einfluß ist bei Bismarck eine Bemerkung Roggenbach's gewesen. „Sie werden zugeben, daß Ihnen der Herzog und die Seinigen wenig Anlaß zu irgend einer Beschwerde geben. Denken Sie sich in ihre Lage. Sie wollen sie annektiren, und sie thun nichts weiter als sich zu wehren und doch sehr gemäßigt." Bismarck lachte und gab die Richtigkeit der Bemerkung ausdrücklich zu.

Die Commissäre wollen keine gemeinsame Regierung bilden, sondern auch für Holstein das bürokratische System der vortragenden Räthe einführen, wodurch feindliche Notabilitäten Gottlob auszuschließen sind. Kiel Sitz der Regierung, was sehr

gut, wenn auch etwas unbequem ist. Zedlitz jammert über das bisherige doppelte Regiment in Holstein. Du weißst, daß der Herzog sich nie in die Regierung eingemischt hat.

Kiel, 7. Dezember 1864. Sammer.

133. Lorentzen an Sammer. 1864, 12. Dezember, Berlin. In Folge der Briefe aus Kiel hat Ahlefeld um Audienz bei Bismarck ersucht. Lorentzens Stellung zur Erklärung der Kieler Universität. Die Landesregierung solle ähnlich vorgehen. Verwahrung gegen die Besitztheorie schädlich. Der König hat das Entlassungsgesuch Geffckens gebilligt. Stellung zur Annexionsfrage. Österreichischer Ministerrat in Sachen der Concessionen.

Lieber Freund! Der Brief Seiner Hoheit an Herrn v. Ahlefeldt, sowie Dein Brief[1]) an mich sind heute Morgen in unsere Hände gelangt. Ich habe alles sorgfältig mit Ahlefeldt durchgesprochen, und derselbe hat dann sogleich heute an Herrn v. Bismarck das schriftliche Ersuchen um eine Unterredung gerichtet. Er wird sich natürlich in allen Punkten streng nach den erhaltenen Instruktionen richten; namentlich haben wir uns noch darüber besonders verständigt, daß Herr v. Ahlefeldt die Frage wegen der Entfernung des Herzogs aus Holstein unter keinen Umständen von sich selbst aus zur Sprache zu bringen hat, daß er auch besser thun wird, eine etwaige leichte Andeutung Bismarcks zu überhören, und daß er nur dann, wenn Bismarck in sehr bestimmter Weise die Forderung der Entfernung stellt, in der von Dir angegebenen Weise antworten soll. Was das Verhalten des Landes gegenüber der jetzigen Wendung betrifft, so scheint mir das Richtigste dieses zu sein, daß man den jetzt eingetretenen Zustand als einen faktischen ohne Widerspruch anerkennt, daß man die Diskussion über die Rechtsbasis desselben (Besitztheorie aus Artikel III) möglichst vermeidet, dagegen aber die praktischen Ziele des ganzen Kampfes sich nicht um ein Haar breit verrücken läßt. Aus diesem Grunde scheint mir die Erklärung der Universität nicht nur nicht schädlich, sondern geradezu nützlich. Ich finde sie in jeder Hinsicht vortrefflich, und ich sehe nicht ein, warum die Landesregierung sich

[1]) Nr. 132.

nicht mit einer ähnlichen Erklärung aus jeder Verlegenheit retten will. Das Bleiben der Regierung ist ein so großer praktischer Nutzen, daß dagegen kleine Bedenklichkeiten zurücktreten müssen. Eine einstweilige Fortführung der Geschäfte ist doch sehr weit von dem wirklichen Bleiben entfernt. Die Hauptsache ferner ist folgende. Wenn die Regierung jetzt ihre Entlassung nimmt und nur einstweilen die Geschäfte fortführen will, so ist das ein Schritt, der außerhalb Holsteins ziemlich unverständlich sein würde. Es würde das als eine Parteinahme für den Bund, oder vielmehr nur für die Mittelstaaten erscheinen, und in den Augen der großen Majorität der Nation hätte die Regierung sich damit in's Unrecht gesetzt. Eine Erklärung dagegen, wie die der Universität, erkennt die neue Ordnung der Dinge bereitwillig an und verwahrt sich nur gegen ein leicht mögliches Mißverständniß. Wenn die preußisch-österreichischen Kommissaire hingegen einschreiten wollen, so setzen sie sich in's Unrecht. Kurz, die Erklärung der Universität wird überall einen guten Eindruck machen. Wenn die Regierung ihre Entlassung nimmt, so werden die Freunde unserer Sache dies nicht verstehen, vielleicht sogar mißbilligen; den Feinden aber öffnet man dadurch die Bahn für ihre Operationen in Holstein. Aber ich wiederhole, daß ich jede Verwahrung gegen die Besitztheorie aus Artikel III widerrathe. Das kann praktisch nichts mehr nützen und dient nur dazu, hier die Stimmung zu verbittern, nicht nur bei Bismarck, sondern auch beim König selbst. Es ist keine Frage, daß die akute Wendung gegen die Bundesexekution hier durch Beust's Erörterungen gegen Artikel III veranlaßt ist. Es versteht sich ferner von selbst, daß alle etwaigen Erklärungen im Sinne der Universität durchaus aus eigener Initiative hervorgehen müssen und in keiner Weise vom Herzog oder von dessen Umgebung veranlaßt sein oder auch nur scheinen dürfen.

Geffcken, der seine Entlassung von Oldenburg erhalten hat, hat heute sein Abberufungsschreiben dem König überreicht. Er wollte heute selbst darüber an den Herzog schreiben, und ich kann also darüber hinweggehen. Das einzig Wichtige, was in der Audienz vorgekommen ist, war, daß der König sein Ver-

halten gebilligt hat, sowie eine Äußerung Bismarcks über den Kanal. Zum oldenburgischen Gesandten hier soll der bisherige Kabinettssekretär des Großherzogs, Herr v. Beaulieu-Marconnay bestimmt sein. Über den Stand der Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich weiß ich nichts neues. Aber es scheint, daß eine gewisse Verschnupfung im Anzuge ist. Hier besteht in der politischen Welt eine doppelte Strömung. Vom Ministerium aus wird noch immer der annexionistische Gedanke vertreten. Dagegen versichern die großen Gesandten (Benedetti, Karolyi, Nothomb), die Annexion sei ein überwundener Standpunkt. Morier habe ich heute verfehlt. Ich will sehen, von ihm morgen etwas über den europäischen Stand der Sache zu erfahren. Schleiden hat kürzlich an Geffcken geschrieben, er habe bei Roggenbach einen Bericht, vermuthlich von Edelsheim, gelesen, wonach Graf Mensdorff die Räthe seines Ministeriums zu einer Berathung über die Concessionsfrage versammelt haben soll; über das Resultat meldet er nur, daß man sich gegen eine diplomatische Convention, sowie gegen jede Militärconvention, die über die Gleichheit der Organisation hinausgehe, erklärt habe. Lorentzen.

134. Lorentzen an Samwer. 1864, 12. Dezember, Berlin. Besuch in Primkenau. Reise des Herzogs und der Herzogin nach Berlin aufgegeben. Antipreußische Gesinnung des Herzogs. Das eventuelle Geschenk an Bismarck.

Über meinen Besuch in Primkenau wird der Herzog von Augustenburg wohl bei erster Gelegenheit ausführlicher an Seine Hoheit schreiben. Das Wichtigste ist, daß die alte Frau Herzogin nicht mehr daran denkt, in diesem Jahre nach Berlin zu kommen, und daß also der Herzog, der nur in Begleitung seiner Gemahlin hatte hierher kommen wollen, jetzt auch diese Reise aufgegeben hat. Dagegen wird die alte Frau Herzogin wahrscheinlich im Anfang des nächsten Jahres auf einige Zeit hierher kommen; auch werden die Prinzessinnen sie wohl begleiten; dagegen glaube ich nicht, daß der Herzog mitkommen wird. Ich meinerseits möchte bei der entschiedenen und stark prononcirten antipreußischen Richtung des Herzogs nicht dazu

rathen. Der jungen Frau Herzogin habe ich klar zu machen gesucht, weshalb Seine Hoheit in diesem Augenblick das Land unbedingt nicht verlassen dürfe. Ich hoffe, daß mir dies einigermaßen gelungen ist. Die übrige herzogliche Familie denkt über diesen Punkt ganz correkt. Ich habe in diesen Tagen auch Gelegenheit gehabt, mit dem alten Herzog wegen des Geschenks für Bismarck zu sprechen. Der Herzog war auch der Meinung, daß es gut sei, Bismarck vorher wissen zu laßen, daß ihm ein gutes Geschenk zugedacht sei. Aber er hielt es nicht für gerathen, über diesen Gegenstand vorher mit dem König von Preußen zu sprechen; denn der König sei sehr eifersüchtig auf Bismarck, und wenn man ihm vorher etwas davon sage, so könne Alles verraten werden. Jedenfalls könne er (der Herzog) darüber nicht mit dem König sprechen. Dagegen hielt er es für gut, falls sich eine geeignete Person dazu finden laße, Bismarck direkt wissen zu laßen, daß einige Freunde sich vereinigt haben, ihm sofort nach des Herzog Friedrichs Etablirung ein angemessenes Geschenk zukommen zu laßen. Die Bamberg'sche Affaire, die ich dem Herzog erzählt habe, hielt er mit uns für Schwindel. Lorentzen.

135. Sammer an Lorentzen. 1864, 13. Dezember, Kiel. Die Unterordnung der Landesregierung und des Obergerichtes. Die Gesandten der Großmächte und die Annexionsfrage.

Lieber Freund. Das Verhältniß mit der Landesregierung ist, daß sie erklärt hat, sich auf Grund ihrer Instruktionen unterzuordnen, und zugleich darauf aufmerksam gemacht hat, daß sie erwarte, nicht Befehle zu bekommen, welche mit ihrer Vergangenheit im Widerspruch stehen, widrigenfalls sie die Entlassung nehmen müßten.

So ungefähr. Hiernach bleibt die Landesregierung, und Herr v. Ahlefeldt kann, wenn er Bismarck sieht, nur sagen, er sei gekommen, um dies zu referiren, und daß dies Bleiben der Landesregierung in seinen Wünschen liege.

Es hat sich vorgestern noch im letzten Augenblick der Entschluß zu bleiben herausgestellt. Wir haben nur auf das Handeln der Landesregierung eingewirkt und enthalten uns sonst jedes Einwirkens.

Das Ober-Gericht hat einfach erklärt, „es ordne sich unter“.

Wie ist es zu verstehen, daß die großen Gesandten die Annexion als überwundenen Standpunkt ansehen. Wie ist das möglich?

Kiel, 13. Dezember 1864. Dein Samwer.

136. Lorentzen an Samwer. 1864, 14. Dezember. Ahlefeld noch keine Einladung zu Bismarck. Unterredung mit Morier über Gegenkonzessionen an Österreich; er hält die Einsetzung des Herzogs für sicher. Annexion ausgeschlossen. Bismarcks Ansicht über die Stellung des zukünftigen Herzogs. Die öffentliche Meinung in Berlin. Veröffentlichung des Wortlautes der Kieler Erklärung.

Lieber Freund. Bis heute Mittag hatte Herr v. Ahlefeldt infolge seines vorgestrigen Schreibens noch keine Einladung zu Herrn v. Bismarck erhalten. Inzwischen habe ich Deinen gestrigen Brief[1]) erhalten und an Ahlefeldt mitgetheilt, und das Nöthige mit ihm durchgesprochen. Der Brief Seiner Hoheit an Ahlefeldt, wegen dessen Steindorff gestern telegraphirt hat, ist gestern früh richtig eingetroffen.

Neues weiß ich heute kaum zu melden. Ich habe gestern mit Morier gesprochen. Über den jetzigen Stand der Unterhandlungen zwischen Preußen und Österreich wußte er nichts. Aber er versicherte, daß Österreich für die Einwilligung in die Entfernung der Bundestruppen eine Gegenconcession von Preußen in Bezug auf das Definitivum erhalten habe, obgleich er nicht genaues angeben könne, worin diese Gegenconcession bestehe. Auf meine Frage, wie die Sache sich jetzt aus europäischem Gesichtspunkt ausnehme, antwortete er, er sei der Überzeugung, daß der Herzog das Land bekommen werde. Annexionen seien nur möglich mit Zustimmung der betreffenden Bevölkerung; ihm scheine keine Aussicht vorhanden, daß Bismarck diese erlange. Wenn aber die Zustimmung der Bevölkerung zu erlangen sei, so würden die europäischen Schwierigkeiten der Annexion — von Österreich abgesehen, das aber leicht durch irgend eine Verwicklung engagirt werden könne — nicht groß sein. England sei zwar jetzt für den Herzog und würde ihn, sobald er die

[1]) Nr. 135.

Regierung antrete, ohne Zweifel sogleich anerkennen; aber es werde sich möglichst wenig in die Sache mengen; denn es habe sich einmal die Finger verbrannt und wünsche das nicht zum zweitenmal zu thun. Ferner sagte mir Morier, Bismarck stelle die Sache — wahrscheinlich gegen Napier — jetzt so dar: Niemand habe ein Erbrecht auf das Ganze; auf einen Theil habe Christian IX. Erbansprüche gehabt, in welche jetzt Preußen und Österreich eingetreten seien; auf einen anderen Theil habe der Herzog Ansprüche, auf einen dritten der Großherzog von Oldenburg. Da nun aber fest stehe, daß das Land nicht getheilt werden solle, so könne die Entscheidung nicht auf bloß rechtlichem Wege erfolgen, sondern das Successionsrecht müsse aus politischen Rücksichten ergänzt, eventuell korrigirt werden. Der künftige Landesherr der Herzogthümer werde also auf keinen Fall ausschließlich kraft seines eigenen Rechtes eintreten, sondern er werde in der Hauptsache ein aus politischen Gründen zur Macht gelangter Fürst sein, wie Viktor Emanuel in Italien. Dieses Raisonnement stimmt ja freilich mit der längst bekannten Absicht überein, zunächst soweit als möglich die Rechtsfrage zu verwirren und als dunkel darzustellen.

Die öffentliche Meinung hier ist gänzlich roh und verwildert. Man trifft nur selten auf Jemanden, der ein Bewußtsein davon hat, daß es sich bei der ganzen Sache auch noch um ein Recht handelt. Meistens hält man hier die Sache damit erledigt, daß Preußen das Land in Besitz hat, und daß Niemand zu erblicken ist, der den Besitz streitig machen könne. Aber die hiesige Stimmung ist ein schwankendes Rohr, und sie wird eben so leicht wieder umschlagen, wenn das Land selbst nur fest bleibt. Der entscheidende Wendepunkt wird nach meiner Überzeugung in der Haltung der Stände liegen, sobald diese, was doch auf die Dauer nicht unterbleiben kann, offiziell einberufen werden.

Ich sehe, daß die Schleswig-Holsteinische Zeitung bereits eine ziemlich genaue Inhaltsangabe von der Erklärung der Universität enthält. Ich würde es für das Richtigste halten, daß nunmehr bald der Wortlaut der Erklärung auf irgend eine Weise an die Öffentlichkeit gelangt. Lorentzen.

137. Sammer an Lorentzen. 1864, 15. Dezember, Kiel. Anfrage, ob Stockmar dort ist. Mohls Bericht über die Pläne Pfordtens. Gegenkonzessionen Österreichs bezweifelt. Entscheidung bei den Ständen. Telegramm wegen Stockmar erbeten.

Lieber Freund! Ich habe Morier vor 2 Tagen gebeten, mir mitzutheilen, ob Stockmar dort ist, indeß keine Antwort erhalten. Ich bitte Dich, zu ihm zu gehen und Dich zu erkundigen, eventuell wann er kommt. Es liegt sehr viel daran.

Ferner: lies Morier den letzten Mohl'schen Bericht[1]) über die Pläne Pfordten's vor. Denn was Mohl schreibt, beruht

[1]) Das Schreiben, im Mohl'schen Nachlaß im Concept aufbewahrt, ist datiert vom 12. Dezember. . . . Ich kann nicht umhin, den von dem bayrischen Ministerpräsidenten beabsichtigten Schritt (Einladung der Mittelstaaten zu einer Conferenz nach München) für höchst bedeutend zu erachten und zwar sowohl für die deutschen Angelegenheiten im Allgemeinen als für die Sache Sr. Hoheit insbesonders. Leider muß ich beifügen, daß ich den Schritt auch für höchst gefährlich ansehe. Herr v. d. Pfordten beabsichtigt, darüber kann keine Spur von einem Zweifel sein, die Bildung neuer Trias mit einer gegen Preußen gerichteten Spitze und unter bayrischer Leitung. Daß es dabei nicht bloß auf Phrasen und auf einen Schein abgesehen ist, verbürgt der ganze Charakter des Mannes, sein fanatischer Haß gegen Preußen und seine abergläubische Meinung von der Macht und Zukunft Bayerns. Und nicht verhehlen darf man sich, daß er bei einer gegen preußische Suprematie gerichteten Unternehmung nicht nur Bayern unbedingt für sich hat, sondern daß ihm auch das von Preußen so muthwillig verletzte Sachsen sowie die Furcht vor Preußen bei der großh. hessischen und bei der nassauischen Regierung zur Seite stehen wird. Auch bei Württemberg ist solches wahrscheinlich, doch ist bei den noch unklaren Verhältnissen daselbst nicht mit solcher Bestimmtheit zu sprechen.

Hieraus ist wohl vor Allem der Schluß zu ziehen, daß die Einladung zu einer Conferenz jedenfalls einen Erfolg haben wird. Wenn auch die norddeutschen Staaten mit Einschluß von Kurhessen, sodann, wie ich annehme, Baden sich nicht betheiligen werden, so wird doch immerhin eine Anzahl erscheinen und auch Beschlüsse fassen. Damit ist dann freilich an sich nicht gesagt, daß diese Beschlüsse nothwendig auch eine bedeutende Folge haben müssen; schon wiederholt sind die Verabredungen der Mittelstaaten schließlich in den Sand verlaufen. Allein nachstehende Gründe scheinen dafür zu sprechen, daß diesmal die Dinge anders stehen. Freilich wird zunächst der Verlauf davon abhängen, wie sich Österreich zu dem bayrischen Unternehmen verhält. Findet es in einer organisirten Mittelstaatpartei einen sichereren Alliirten für seine auswärtige und seine deutsche Politik, als ihm die Fortsetzung der preußischen Allianz gewährt, unterstützt es also nachdrücklich

auf der genauesten Kenntniß der Persönlichkeit und wahrscheinlich in allen Theilen auf den eigenen Worten Pfordten's. Es könnte doch Moriers Landsleuten und Vorgesetzten bei dieser Perspective eines neuen bellum Germanicum etwas ängstlich werden, und

und aufrichtig die Bildung eines Trias; so ist an einem Zusammenschließen Süddeutschlands und an entschiedenem Vorgehen gegen Preußen am Bunde nicht zu zweifeln. Hält sich Österreich dagegen ferne, so wird freilich wohl das Zutrauen in das materielle Gelingen und vielleicht schon die formelle Theilnahme eine kleinere sein. Allein daß selbst in diesem Falle Herr v. d. Pfordten sein Projekt ganz aufgäbe, glaube ich nimmermehr. Meine Überzeugung ist vielmehr, daß er, von Österreich verlassen, eine Art von Rheinbund zu stiften versuchen und zu dem Ende selbst vor einem Bündnisse mit Frankreich nicht zurücktreten wird, und ich habe sehr bestimmte Gründe, dieses letztere anzunehmen. Verläuft nun aber die Sache auf die eine oder die andere Weise, so steht Deutschland vor einer verhängnißvollen Krise. Preußen wird ein solches Vorgehen Bayerns und seiner Verbündeten, gehöre nun Österreich dazu oder nicht, ruhig nicht hinnehmen. Es mag sein, daß der Streit noch eine Zeitlang am Bunde und in den Bundesformen geführt wird; allein es scheint eine innere Nothwendigkeit in diesem bitteren Antagonismus zu liegen, daß der eine oder der andere Theil sich im Laufe der Sache für ausgeschieden aus dem Bunde erklärt; und ich wenigstens glaube, daß zu einem solchen Schritte sowohl der preußische als der bayrische Ministerpräsident ohne große Anstrengung sich entschließen könnte; vom Letzteren glaube ich es sagen zu müssen.

Dann ist natürlich zum Kriege nur noch ein kleiner Schritt, wenn er nicht sogar gleichzeitig eintritt. Welcher menschliche Verstand kann dann aber auch nur ahnen, wie der Verlauf, die Dauer und das Ende sein würden? Je länger man den Stand der Dinge betrachtet, desto größer wird die Ähnlichkeit der Sachlage mit der vor dem 30jährigen Kriege, und ich gestehe, daß eine geringe Hoffnung für Deutschland einem ähnlichen Schicksal zu entgehen, vorhanden zu sein scheint. Da sich nichts in der Welt ganz auf die nämliche Art wiederholt, so sind die Faktoren zum Theil allerdings andere; allein in der Mehrzahl der Beziehungen scheint mir eine schreckliche Analogie stattzufinden. Wenn nun aber unglücklicher Weise die Dinge im großen Ganzen so liegen, welchen Einfluß wird dies auf die Durchführung der Rechte Sr. Hoheit haben? Ich kann mich auch hier trüben Anschauungen nicht entschlagen. Die verhängnißvolle Thatsache ist ja, daß die in Aussicht genommene Trias ihre erste Thätigkeit gegen Preußen in betreff der Erbschaftsfrage zeigen wird. Wenn dieß nun auch voraussichtlich die Beschleunigung eines formellen Beschlusses der Bundesversammlung zur Folge haben kann und wird, so ist auf der anderen Seite zu fürchten, daß eben dadurch ein gewaltsamer Entschluß Preußens ebenfalls beschleunigt wird, da nun den eigenen Annexionsgelüsten auch noch der Haß gegen die

sie in der guten Richtung etwas mehr Energie entwickeln. — Daß Österreich eine Gegenconcession in Betreff des Definitivum erhalten hat, bezweifle ich durchaus. Wir würden das von Wien aus wissen. — Ich glaube nicht, daß der Wendepunkt in der Berufung der Stände liegen wird, denn ich nehme an, daß man sich wohl hüten wird, die Stände zu berufen, ehe und bevor die Sache entschieden ist. Gegen die Bismarck'sche Theilungstheorie ist doch immer die Erklärung vom 28. Mai das sicherste Mittel.

Der Grund, weshalb die Stände nicht freiwillig zusammentreten, ist, weil man sicher annehme, daß über den sogenannten Anschluß an Preußen ein heftiger Streit und vielleicht eine entscheidende Mehrheit dagegen herauskommen würde.

Der Herzog wünsche wegen Stockmar bald benachrichtigt zu werden. Bitte, telegraphire daher, wenn er da ist: „Eveline befindet sich besser", wenn er nicht da ist: „Eveline befindet sich nicht besser", wenn er erwartet wird: „Eveline wird am ...ten verreisen."

Bitte zu telegraphiren[1]) mit Unterschrift eines weiblichen Namens an Fräulein F. Hülsen, Kiel, Friedrichstr. 16.

Kiel, 15. Dezember 1864. Dein Sammer.

---

eine Anerkennung Beschließenden zugefügt wird, und nun gar keine Rücksichten mehr nöthig scheinen werden. Und sollte dieß auch nicht die unmittelbare Folge sein, so wird doch gewiß die Lust zu einer definitiven Abmachung nicht gesteigert, schon aus Trotz. Selbst günstige Absichten der Verbündeten — ich wollte, diese Absichten wären auch ganz reine zu nennen — können unter diesen Voraussetzungen zum Übel werden. Sie werden vielleicht finden, daß ich zu schwarz sehe, und daß mein Kassandraspruch nicht durch eine höhere Erleuchtung berechtigt sei. Gott gebe es. Gern will ich gegenüber von Thatsachen als ein ängstlicher alter Mann erscheinen und mich belehren lassen, daß die Welt doch besser ist, als ich sie dafür hielte. Ein Bedürfniß aber war es mir, meine Anschauungen über die Sachlage aufrichtig und unverweilt mitzutheilen, denn unter keinen Umständen halte ich es für das richtige Verfahren, die Augen absichtlich zu schließen, um Unwillkommenes und Gefährliches nicht zu sehen. Damit wohl vereinbar ist der Entschluß, auszuharren beim Rechte bis zum letzten Augenblicke; und daß ich den habe, darf ich wohl nicht erst versichern.

[1]) Darunter von Lorentzens Hand: Am 16. Abends telegraphirt: „Eveline befindet sich nicht besser" Mathilde.

138. Lorentzen an Sammer. 1864, 15. Dezember, Berlin. Ahlefeld bei Bismarck gewesen. Lorentzens Ansicht über Bismarcks Äußerungen. Bericht Mohls. Projekte des Herrn v. d. Pfordten. Erklärung der Landesregierung.

Lieber Freund. Das gestrige Gespräch[1]) mit Herrn v. Bismarck, über welches Herr v. Ahlefeldt direkt an Seine Hoheit berichtet hat, liefert zwar keine große Ausbeute; aber es ist doch in so fern wichtig, als alles, was Bismarck geäußert hat, auf der stillschweigenden Voraussetzung beruht, daß die Anerkennung des Herzogs demnächst bevorsteht. Die Situation, die sich aus Bismarcks Äußerungen ergiebt, stimmt der Hauptsache nach mit demjenigen überein, was Graf Mensdorff an Wydenbrugk nach dessen Bericht vom 11.[2]) d. M. geäußert hat. In Wien wartet man auf die Antwort Preußens, und hier werden, wie Bismarck sagt, jetzt im Kriegs- und im Handelsministerium die Vorschläge in Betreff der Concessionen ausge-

[1]) s. Gebauer, S. 135.

[2]) Ich komme eben von einer langen Besprechung mit Graf Mensdorff auf der Staatskanzlei. Derselbe sagte 1. wir haben in Berlin den Standpunkt eingenommen, der schon unserer Erklärung vom 28. Mai auf der Londoner Conferenz zu Grunde lag, nämlich den Erbprinz von Augustenburg als den bestlegitimirten zu erklären.

2. Wir erwarten jetzt von Preußen noch immer eine Antwort und haben sie erinnert. Ich habe auch mit Baron Werther vor seiner Abreise in einer ganz bestimmten Weise gesprochen. Derselbe ist aber eine conciliante Natur, und es ist ihm nicht angenehm, die Sachen so darzustellen, daß er sich dabei in Conflikt befindet.

3. Die ferneren Folgen einer Annexion Schleswig-Holsteins in Deutschland anerkennend, sagte Graf Mensdorff, gerade deshalb, weil auch Herr v. Bismarck dies weiß, ist es so schwer, zu einem Abschluß zu kommen. Wir können natürlich die Hand dazu (d. h. zur Annexion) nicht bieten. Wir werden eben sehen, ob es möglich ist, unter Beibehaltung unseres guten Einvernehmens mit Preußen es zu verhindern, und werden uns bemühen, daß es nicht zum Äußersten kommt. Und nachdem er von den unberechenbaren Tendenzen Napoleons, selbst von der Möglichkeit eines frühen Todes desselben und dem Werth, sich für solche Fälle mit Preußen geeinigt zu wissen, gesprochen hatte, kam er auf den Punkt, von dem er ausgegangen war, zurück und sagte, es liegt uns also viel daran, daß Preußen von der Einverleibung der Herzogthümer abgehalten wird, ohne daß es zum Äußersten kommt. Freilich, setzte er zögernd hinzu, wenn es gar nicht anders geht, so würde es dann doch zu diesem Äußersten kommen müssen.

arbeitet, für welche man zunächst die Zustimmung Österreichs verlangt. Mir scheint diese Situation nicht ungünstig; namentlich deshalb, weil der Herzog auf diesem Wege der Gefahr entgeht, die immer in einer heimlichen Verständigung mit Preußen liegt, welche zu gleicher Zeit leicht den Anschein einer Hintergehung Österreichs und der Mittelstaaten gewinnt. So wie jetzt die Sachen gehen, übernimmt Österreich gewißermaßen die Deckung des Herzogs gegen den Bund und gegen die Mittelstaaten. Was Österreich an Concessionen für Preußen zugesteht, das kann der Herzog nicht verweigern — so viel wird selbst der verstockteste Particularist zugestehen. Andererseits entsteht durch die jetzigen Verhandlungen für Preußen gegenüber Österreich die — vielleicht formelle, jedenfalls moralische — Verbindlichkeit, nicht mehr vom Herzog zu verlangen als was Österreich zugestanden hat. Ich denke, diese Verbindlichkeit wird formell festgestellt werden. Denn ich kann die österreichischen Staatsmänner nicht für so kurzsichtig halten, daß sie die Möglichkeit eines Separatabkommens zwischen dem Herzog und Preußen nicht voraussehen und deshalb im Voraus ausschließen sollten. Ferner dürfen wir nicht übersehen, daß man hier eben so wenig mit Österreich zu brechen wünscht, wie man in Wien mit Preußen zu brechen wünscht, und daß die Sache also wahrscheinlich auf ein Kompromiß hinauslaufen wird. Aus diesem Grunde bin ich auch der Meinung, daß Mohl in seinem Berichte vom 12.[1]) d. M. Gespenster sieht. Ich hoffe, daß man in Wien die Allianz mit Preußen für wichtiger halten wird, als die mit den Mittelstaaten; ohne Österreich aber werden die Triasprojekte des Herrn v. d. Pfordten auf ein ohnmächtiges Frondiren hinauslaufen. Eine wirkliche Rheinbundpolitik ist jetzt unmöglich. Dazu ist die Nation politisch zu feinfühlig. Wer eine solche Politik in der That versuchen wollte, dem würde sie den Hals kosten.

Die Erklärung[2]) der Landesregierung an die oberste Civilbehörde scheint mir nicht sehr glücklich gefaßt. Abgesehen

---

[1]) Nr. 137 Anmerkung 1.

[2]) Mit Beziehung auf das Schreiben der obersten Civilbehörde hätten sie alle Beamten aufgefordert, ihre Erklärung einzusenden. Auch sie selbst

davon, daß sie sehr gewunden ist und nicht den Eindruck einer klaren und festen Überzeugung macht, so scheint mir das Schlimmste, daß den preußisch-österreichischen Commissären Absichten suggerirt werden, die bis jetzt nicht konstatirt sind, und die man viel klüger thäte nicht zu suggeriren. Denn eine noch verschämte böse Absicht wird um so leichter die Scheu vor dem offenen Tageslicht verlieren, je mehr sie als bekannt vorausgesetzt wird. Lorentzen.

139. Lorentzen an Samwer. 1864, 17. Dezember, Berlin. Antwort betreffend Stockmar. Ahlefeld hat dem Kronprinzen seine Abreise angezeigt. Der Mohl'sche Bericht. Einzug der Garden. Stimmung in Berlin.

Lieber Freund. Deinen Brief vom 15.[1]) d. M. erhielt ich erst gestern Abend 7 Uhr. Ich habe darauf sofort telegraphirt, daß Stockmar nicht hier ist. Dies hatte mir Morier schon vor einigen Tagen gesagt. Wie er mir sagte, befindet sich Stockmar wieder weniger gut und hat deshalb nicht, wie früher beabsichtigt war, hierher kommen können. Ich vermuthe, daß Deine Anfrage

ordnen sich ihr als der höchsten Regierungsgewalt unter und werden ihren Anordnungen folgen. Sie erlauben sich aber einige Bedenken auszusprechen, die sich ihrem Bleiben in ihrer jetzigen Stellung entgegenstellen möchten.

„Die sich darbietenden Schwierigkeiten beruhen in der Stellung, die wir in unserer Eigenschaft als obere Verwaltungsbehörde des Herzogthums Holstein unter anderen Verhältnissen zur Landessache eingenommen haben. Wir können uns nämlich nicht verhehlen, daß mit der Übernahme der Regierung von seiten der hohen obersten Civilbehörde eine Änderung eingetreten ist, und es läßt sich auch wohl schwerlich verkennen, wie wir uns dabei in einer wesentlich anderen Lage befinden, als die übrigen Beamten des Landes. Je mehr wir das Gefühl in uns tragen, nach bester Überzeugung gehandelt zu haben, desto unerläßlicher scheint es uns, nicht mit unserer Vergangenheit in Widerspruch zu treten.

Uns liegt die Absicht fern, unnöthige Schwierigkeiten zu machen. Wir glauben aber, für den Fall, daß wir bis weiter noch in Funktion bleiben sollen, mit den obigen Bemerkungen die ebenso dringende als ehrerbietige Bitte verbinden zu dürfen, daß in dieser Zeit nicht von uns die Ausführung von Maßregeln verlangt werde, die mit unserem bisherigen Verhalten im Widerspruch stehen.

Kiel, den 11. Dezember 1864. (Aus den Mohl'schen Papieren.)

[1]) Nr. 137.

mit der gestrigen Ankunft des Kronprinzen zusammenhängt. Aber da ich nichts weiter über den Zweck weiß, so kann ich auch nichts weiter dabei thun.

Ahlefeldt hat gestern dem Kronprinzen seine Anwesenheit und seine bevorstehende Abreise angezeigt, ohne jedoch um eine Audienz zu bitten. Dies schien durch die Verhältnisse geboten. Sollte der Kronprinz ihn in Folge davon noch rufen lassen, so würde Ahlefeldt, falls er nicht noch einen besonderen Auftrag erhält, nur im Allgemeinen die Lage der Sache berichten, ohne daran irgend einen Antrag zu knüpfen.

Ich wollte Morier heute den Mohl'schen Bericht über die Projekte Pfordten's mittheilen; aber ich habe ihn leider verfehlt. Indeß glaube ich nicht, daß die Sache auf ihn einen sehr tiefen Eindruck machen wird. Er wird darüber urtheilen, was hier alle vernünftigen Leute meinen, nämlich daß die Würzburger, so lange Österreich sich ihnen nicht anschließt, sich darauf beschränken werden, die Faust in der Tasche zu machen.

Übrigens ist heute Einzug der Garden. Deshalb ist alles berauscht von Kriegsruhm und für verständige Erörterungen unzugänglich. Aus Kiel habe ich heute nichts erhalten.

Lorentzen.

140. Sammer an Lorentzen. 1864, 17. Dezember, Kiel. Lorentzens Anwesenheit in Kiel nicht nötig. Grund für dieses Herkommen. Brief des Herzogs an den Kronprinzen. Bitte, nach Weihnachten zu kommen. Ahlefelds Abreise genehmigt.

Lieber Freund! Der letzte Brief Ahlefelds, der die Lage einigermaßen günstig erscheinen läßt, macht Dein Kommen überflüssig. Es war die Absicht des Herzogs gewesen, vorzüglich Dich zu instruiren, um entweder mit Stockmar oder in dessen Abwesenheit direkt mit dem Kronprinzen über eine vorzunehmende Garantie zu sprechen. Jetzt wird der Herzog an den Kronprinzen schreiben.

Daß Du Weihnachten dort bleibst, war ja schon unter uns abgemacht, und habe ich jetzt mit dem Herzog darüber gesprochen und soll Dich bitten, am Morgen des 3. Weihnachtstages, 27. hier zu sein.

Der Herzog läßt Ahlefeld sagen, daß er einen Brief nicht mehr zu erwarten habe und gern abreisen kann.

Kiel, 17. Dezember 1864. Dein Sammer.

141. Sammer an Lorentzen. 1864, 18. Dezember, Kiel. Die Verträge mit den Korrespondenten in Paris. Pläne v. d. Pfordtens. Berlin und Wien. Stellung der Kammer zu der schleswig-holsteinischen Frage zu wissen gewünscht. Die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Plessens Berufung nach Flensburg.

Lieber Freund! Bitte, die neuen Verträge mit den französischen Correspondenten abzuschließen.

Es ist allerdings sehr unwahrscheinlich, daß Pfordten wirklich zur Ausführung seiner Pläne kommt; worum es sich nur handelt, ist, daß er sie überhaupt hat. Dies unterliegt keinem Zweifel und ebensowenig, daß die Baiern, indeß auch wohl sie allein, ganz bereit sind, auf eine solche Politik einzugehen. Was aber ihn betrifft, so schwankt seine Politik zwischen dem Staatsmann und dem Aventurier.

Der Stand der Dinge zwischen Wien und Berlin läßt sich günstig auffassen, wenn die Vorschläge bona fide gemacht werden; wenn nicht, so würde Wien ablehnen, und die Sache würde insofern recht schlecht stehen, als die Partei der Annexion Oberwasser erhalten würde.

Da bis zum 14. Januar die Verhandlungen schwerlich beendet sein werden, so ist es von Interesse zu wissen, wie die Parteien der Kammern sich zu der schleswig-holsteinischen Frage stellen werden. Bitte schreibe hierüber. Was die Commissäre in Betreff der Bildung einer gemeinsamen Regierung vorhaben, wissen wir nicht. Verdächtig ist Plessens Berufung nach Flensburg.

Kiel, 18. Dezember 1864. Sammer.

142. Lorentzen an Sammer. 1864, 20. Dezember, Berlin. Brief Sammers an Morier anscheinend geöffnet. Moriers Ansicht über den Bericht Mohls stimmt überein mit der Lorentzens. Entscheidung bei Berlin und Wien. Der neue Handelsvertrag und Österreichs Stellung zu demselben. Lorentzens Verhältnis zu Bismarck. Tag seiner Abreise. Die Abmachung mit den Correspondenten in Paris. Über die Stellung der Parteien in der Kammer noch kein Urteil möglich. Ohnmacht derselben.

Lieber Freund. Herr von Ahlefeldt, der gestern Abend abgereist ist, wird Dir einen Brief von Morier mitgebracht haben, den dieser mir gestern Morgen zur sicheren Weiterbeförderung zuschickte. Er schrieb mir dabei, daß ein Brief von Dir an ihn deutliche Spuren, daß er geöffnet sei, an sich getragen habe. Ich habe seitdem eine lange Unterredung mit Morier gehabt; ich brachte das Gespräch auf die mittelstaatliche Politik und las ihm bei der Gelegenheit den Mohl'schen Bericht über die Pfordten'schen Projekte vor. Ich habe mich dabei bemüht, möglichst wenig selbst eine Ansicht zu äußern und nur Morier's Ansichten zu erfahren. Was er mir sagte, war die vollständige Bestätigung dessen, was ich Dir vor wenigen Tagen geschrieben habe. Morier meinte, der Mohl'sche Bericht liefere einen Beweis dafür, wie sehr durch die Bundestagsluft selbst der Geist eines gescheuten und wohlmeinenden Mannes umnebelt werden könne. Die Mittelstaaten seien vollständig ohnmächtig, so lange ihre preußenfeindliche Politik nicht durch Österreich getragen werde, und zwar durch ein kraftvolles Österreich mit einem Manne wie Schwarzenberg an der Spitze. Daran aber sei für jetzt gar nicht zu denken. Österreich halte fest an der preußischen Allianz und werde sicherlich dieselbe nicht mit einer mittelstaatlichen Politik vertauschen. Auch habe der Herzog am wenigsten Ursache, dies zu wünschen.

Denn was auch immer die Folgen einer neuen Bregenzer Coalition[1]) sein möchten, sicher werde Preußen den Kampf gegen dieselbe mit der Annexion der Herzogthümer beginnen. Indeß für jetzt stehe diese Eventualität nicht in Aussicht, und die Mittelstaaten (d. h. Baiern und die wenigen, die Pfordten für sich gewinnt) würden wohl allein bleiben. Dann seien sie ohnmächtig und könnten nichts nützen, höchstens reizen und dadurch schaden. Glücklicherweise aber habe Bismarck gegen Pfordten und Genossen die nöthige Verachtung und werde sich durch sie nicht in Aufregung setzen laßen. Der einzige Weg,

[1]) Am 11. Oktober 1850 fand in Bregenz eine Zusammenkunft des Kaisers von Österreich mit den Königen von Bayern und Württemberg statt, worauf die Demonstration gegen Preußen erfolgte, die zum Vertrag von Olmütz führte. s. v. Sybel I, S. 426.

auf dem die Mittelstaaten möglicherweise eine Bedeutung erlangen könnten, sei der einer Allianz mit Frankreich. Aber dazu würden die betreffenden Staatsmänner vielleicht die Gewißenlosigkeit, sicher nicht den Muth haben; hauptsächlich deshalb nicht, weil sie dann den Boden im eigenen Lande verlieren würden. Denn wie stark auch der Preußenhaß in einzelnen Mittelstaaten sein möge, so weit gehe er nirgends, selbst in Baiern nicht, daß dort eine neue Auflage des Rheinbundes gebilligt würde. Das Wünschenswertheste sei, daß die Mittelstaaten ganz still sitzen; denn durch jede Aktion könnten sie uns schaden. Sollte jedoch das mittelstaatliche Lager sich irgend wie regen, so sei für den Herzog dringend geboten, daß er sich ganz neutral verhalte; denn jeder Anschein von Hinneigung zu den Mittelstaaten könne für ihn tödtlich werden. Sobald die Mittelstaaten aggressiv würden, habe Preußen Recht, wenn es sich wehre, selbst durch etwaige Annektirungen.

Dies ist möglichst getreu der Inhalt seiner Expektorationen. Ich kann nur hinzufügen, daß ich in allen Grundanschauungen mit ihm übereinstimme.

Morier war der Meinung, daß die Entscheidung der Frage jetzt nur zwischen Berlin und Wien liegt. In dieser Hinsicht machte er mich darauf aufmerksam, daß der jüngste Abschluß zwischen Preußen und Frankreich in der Handelspolitischen Frage für uns vielleicht eine günstige Wendung befördern kann. Bekanntlich ist von den von Österreich gewünschten Modificationen des Handelsvertrages durchaus nichts erreicht; namentlich ist der Artikel 31 ganz unverändert geblieben. Nicht nur ist keine principielle Abänderung desselben zugestanden, sondern auch keine Ausnahme von dem Princip desselben. Bekanntlich hatte Bismarck früher solche Ausnahmen an Österreich in Aussicht gestellt. Aber er scheint dabei Komödie gespielt zu haben, weil er vorher wußte, daß Frankreich keine solche Ausnahme zugestehen werde. Nach dem jetzigen Abschluß mit Frankreich wird Österreich zum Zollverein höchstens immer nur in die Stellung einer meist begünstigten Nation kommen können, aber jede exceptionelle Stellung ist ausgeschlossen. Österreich wird also in einem Punkte, in welchem von hier aus eine Erwartung

erregt war, bitter enttäuscht. Da man nun aber hier doch auch die österreichische Allianz zu erhalten wünscht, so wird man suchen, die Pille zu versüßen und wird vielleicht in der schleswig-holsteinischen Frage etwas nachgiebiger gegen Österreich sein.

Ahlefeldt wird über seine Unterredung mit Bismarck mündlich berichtet haben. Ich halte es für besser, mich um Bismarck gar nicht zu bekümmern, falls ich ihm nicht etwas ganz Besonderes sagen soll. Ich werde übrigens, Deinem Brief vom 17.[1]) gemäß, am 26. d. M. Abends hier abreisen und am 27. Morgens in Kiel eintreffen.

An Simon und Schöler[2]) will ich gerne schreiben, muß mir aber dazu ihre Adresse ausbitten. Da keine Zeit zu verlieren ist, so bitte ich, mir dieselbe umgehend zu schicken. An Bamberg sind wir wenigstens bis Ende Februar verpflichtet, monatlich 3500 Frcs. zu bezahlen. Also kommen für jetzt nur Simon und Schöler in Betracht. Ich würde vorschlagen, Simon vorläufig 3000 Frcs. monatlich anzubieten und die Verbindung mit Schöler entweder ganz abzubrechen oder ihn mit etwa 500 Frcs. monatlich abzufinden.

Wie die Parteien der Kammern sich zu der schleswig-holsteinischen Frage stellen, ist für jetzt noch sehr schwer zu sagen. Das hängt vor allen Dingen davon ab, ob eine Einigung über den inneren Streit zu Stande kommt.oder wenigstens in ernsthafte Aussicht genommen wird. Dies ist zwar nicht wahrscheinlich, aber nicht unmöglich. Ich weiß nur, daß man sich auf verschiedenen Seiten mit dem Gedanken trägt, ein Compromiß auf der Grundlage zu schließen, daß die Kammer in der Militärfrage nachgiebt, und dagegen die Regierung das Budgetrecht der Kammer anerkennt. Wenn in dieser oder ähnlicher Weise ein Compromiß zu Stande kommt, so ist zu besorgen, daß die Kammer leichter geneigt sein wird, das Geschenk der Herzogthümer aus den Händen Bismarcks anzunehmen. Denn es ist leider wahr, daß Manche nur deshalb gegen die Annexion sind, weil sie einen solchen Machtzuwachs für Preußen nicht einem

1) Nr. 140.

2) Die Correspondenten in Paris.

Bismarck'schen Ministerium zu verdanken haben wollen. Indeß, wie gesagt, dies ist der unwahrscheinlichere Fall. Wahrscheinlicher ist, daß Regierung und Kammer sich nicht einigen, daß der Kammer zwar ein Budget vorgelegt wird, aber daß schon vor der Berathung desselben ein principieller Streit über das Budgetrecht entbrennt, der die Schließung der Kammer herbeiführt. In diesem Falle wird es kaum dazu kommen, daß die Kammer sich über die schleswig-holsteinische Frage ausspricht, auch aus dem Grunde nicht, weil sowohl in der Fortschrittspartei als auch im linken Centrum, welche die entschiedene Mehrheit bilden, die Meinungen für und gegen Annexion gespalten sind. Wegen einer auswärtigen Frage wird man die so nöthige Einigkeit in den inneren Fragen nicht stören wollen. Für uns ist es jedenfalls das Wünschenswertheste, daß die Kammer die schleswig-holsteinische Frage entweder gar nicht oder möglichst indifferent berührt. Denn wenn sie, was aber nicht zu besorgen ist, sich für den Herzog ausspricht, so würde es heißen „da seht ihr den Kandidaten der Demokratie", und es wäre zu besorgen, daß die Parole „nun erst recht nicht" bis in die höchsten Spitzen Anklang fände. Spräche aber die Kammer sich für Annexion aus, so würde man ein solches Votum utiliter acceptiren. Der Kammer geht es wie den Mittelstaaten. Sie ist absolut ohnmächtig und kann uns höchstens noch durch Stillsitzen nützen. Jede Aktion würde schädlich sein. Lorentzen.

143. Lorentzen an Samwer. 1864, 21. Dezember, Berlin. Gespräch mit Bismarck über die Pensionierungsfrage. Zuziehung eines schleswig-holsteinischen Fachmannes zu der internationalen Kommission wäre nötig.

Hochgeehrter Herr Geheimrath. Ew. Hochwohlgeboren haben mir das an Herrn von Wydenbrugk erlassene Schreiben vom 17. d. M. abschriftlich mitgetheilt und mich zu gleicher Zeit aufgefordert, auch meinerseits in Erfahrung zu bringen zu suchen, wie es sich mit dem fraglichen Gegenstand verhält. Ich habe Gelegenheit gefunden, über das Thema mit Herrn v. Bismarck zu sprechen, aus dessen Äußerungen sich etwa folgendes ergiebt.

Es existire über die Frage der Pensionirung keine andere Bestimmung als der bekannte Artikel 15 des Friedensvertrages. Nach den dort aufgestellten Grundsätzen (die bisher in den besonderen Budgets des Königreiches oder der Herzogthümer aufgeführten Pensionen werden auch ferner von dem betreffenden Theil für sich getragen; die bisher gesammtstaatlichen Pensionen werden nach der Bevölkerungszahl repartirt) werde die Frage durch eine in Kopenhagen zusammentretende internationale Commission im Einzelnen zu regeln sein. Diese Commission werde sowohl die Pensionsberechtigung der Einzelnen zu prüfen, als auch die Vertheilung der Pensionslast zwischen Dänemark und den Herzogthümern zu bestimmen haben. Was die Frage der Pensionirung der entlassenen schleswig'schen Beamten betreffe, so habe durch die von Christian IX. vollzogene Entlassung der Entscheidung der internationalen Commission nicht vorgegriffen werden können. Durch diesen Akt Christians IX. werde also die Sachlage für die Herzogthümer nicht geändert. Die Commission werde zu prüfen haben, in wie weit die betreffenden Beamten pensionsberechtigt seien, und soweit dies in Betreff der entlassenen schleswigschen Beamten anerkannt werde, werde die bezügliche Pensionslast allerdings von den Herzogthümern getragen werden müssen.

Aus dieser Sachlage ergiebt sich die Wichtigkeit der bevorstehenden internationalen Commission, und ich möchte deshalb zur Erwägung anheim geben, ob nicht darauf hinzuwirken wäre, daß dieser Commission von Seiten der Herzogthümer ein Fachmann als technischer Rathgeber der deutschen Bevollmächtigten beigegeben werde. Die Motivirung eines solchen Wunsches würde bei der Menge der in Betracht kommenden Detailfragen sehr einfach sein. Man müßte aber darauf bestehen, daß der betreffende Fachmann officiell zugezogen werde. Ein bloß officiös zugelaßener Rathgeber könnte nichts nützen, vielleicht selbst schaden. Die Delegirung würde wohl am besten durch die oberste Civilbehörde geschehen können. Lorentzen.

144. Lorentzen an Sammer. 1864, 22. Dezember, Berlin. Die Lage in Kurhessen. Oetkers Partei wünscht Annexion oder wenigstens bundes-

staatliches Abhängigkeitsverhältnis von Preußen. Schleswig-Holstein würde Präzedenzfall sein. Vorsicht gegen Oetker. Sein Vorschlag, die Anerbietungen Preußens zu veröffentlichen. Pfordtens Zirkularnote. Die schwierige Stellung des Herzogs. Gerücht, Oldenburg will seine Ansprüche an Preußen abtreten. Der Artikel 31 des Handelsvertrages. Der Besuch des Prinzen von Hohenlohe beim Herzog. Gutachten der Kronsyndici.

Lieber Freund. Die Nachrichten, welche neuerdings über die Wendung der kurhessischen Dinge verlauten, haben mich veranlaßt, gestern nochmals Oetker aufzusuchen, der noch immer hier ist, aber in diesen Tagen nach Basel zurückkehren wird. Ich habe ihm mit der nöthigen Vorsicht über den Stand der Dinge einiges gesagt. Was ich dagegen erfahren habe, ist im Wesentlichen Folgendes. In Kurhessen ist durch die lange Mißregierung die Sache dahin gediehen, daß man den Kurfürsten auf die eine oder andere Weise unschädlich zu machen wünscht. Eine Partei wünscht die Braunschweiger Procedur zu wiederholen, den Kurfürsten durch den Bundestag für regierungsunfähig erklären zu laßen und auf diesem Wege zu einer Regentschaft zu gelangen. Eine andere Partei, zu der Oetker gehört, setzt auch hierauf kein großes Vertrauen und wäre geneigt, zu einem noch radikaleren Mittel zu greifen. Am liebsten wäre diesen wohl die einfache Annexion an Preußen, und es wäre ihnen ganz erwünscht, wenn durch einige mittelstaatliche Spektakel eine gewisse Verlockung für Preußen gegeben würde. Wenn dies nicht zu erreichen ist, dann wünschen sie ein bundesstaatliches Abhängigkeitsverhältniß von Preußen und hoffen für ein solches Verhältniß ein Präcedenz in der Lösung der Herzogthümerfrage zu gewinnen, dessen Anwendung auf Kurhessen dann durch die vereinte Aktion kurhessischer Liberalen und Bismarckscher Feldjäger durchzusetzen wäre. Dies ist der Grund, warum Oetker so sehr die Förderung unserer Sache wünscht. Einmal wünscht er das Präcedenz in seinem Sinne und zweitens scheint ihm, daß man hier in die kurhessische Sache nicht ernsthaft hineingehen wird, so lange man noch mit der schleswig-holsteinischen zu thun hat. Dies sind in der Hauptsache die Pläne, die er hier verfolgt, und die er mir mit Andeutungen, die hinlänglich verständlich waren, bezeichnet hat. Ich glaube, danach Recht gehabt

zu haben, wenn ich, wie ich schon am 16. November berichtete, vorsichtig gewesen und auch jetzt geblieben bin. Um die Sache rascher vorwärts zu treiben, meinte Oetker, wir sollten die Anerbietungen, die der Herzog an Preußen gemacht hat, veröffentlichen und damit die öffentliche Meinung in Deutschland wieder für uns gewinnen. Ich habe die Bedenken, die dagegen sprechen, angedeutet, übrigens gesagt, ich würde es überlegen und eventuell in Kiel anregen. Ich brauche aber wohl nicht hinzuzufügen, daß ich den Gedanken in dieser Weise für absolut unausführbar halte.

Andererseits aber glaube ich allerdings, daß wir bald auf den Punkt kommen werden, wo wir überlegen müßen, wie die wirkliche Stellung des Herzogs zu den preußischen Interessen ohne Schaden bekannt werden kann. Nichts schadet der Sache des Herzogs in Deutschland so sehr und hat ihr so sehr geschadet, als daß man sein Interesse mit dem mittelstaatlichen identificirt. Ich höre heute, daß Pfordten wirklich ein Cirkular an die Mittelstaaten erlaßen hat, in welchem arge Dinge vorkommen sollen, namentlich von einer „ehrenvollen Anlehnung an's Ausland". Je wirkungsloser dies in den Sand verrinnt, desto besser. Durch ihr Ankämpfen gegen die Concessionen befördern die Mittelstaaten nur die Annexion; denn je mehr Hindernisse sich der Befriedigung der wirklichen preußischen Interessen entgegenstellen, desto mehr wächst hier der Appetit auf das Ganze.

Was hat das Gerücht zu bedeuten, daß Oldenburg eventuell seine Ansprüche an Preußen cediren will? Sollte der Großherzog seine eigene Aussichtslosigkeit eingesehen haben und zu diesem Verzweiflungsweg fähig sein? Von Rußland würde dieser Plan vielleicht befördert werden.

In Beziehung auf die letzten Verhandlungen über den Handelvertrag kann ich noch folgendes nachtragen. Artikel 31 bestimmt bekanntlich, daß der Vertrag auf jeden deutschen Staat Anwendung findet, welcher später dem Zollverein beitritt. Hierzu hatte Österreich beantragt, das Wort „deutschen" zu streichen, offenbar um sich den Eintritt Gesammtösterreichs in den Zollverein offen zu halten. Preußen hatte sich dazu verstanden,

diesen Wunsch an Frankreich zu befördern, weil es vorauswußte, daß er abgelehnt würde. Dies ist denn auch in der allerbestimmtesten Weise geschehen. Aber dabei hat Frankreich hier erklären laßen, daß, wenn vielleicht später die Herzogthümer dem Zollverein beitreten sollten, es gegen die Ausdehnung des Vertrages auf Schleswig nichts einzuwenden haben würde.

Was hat denn der Prinz Hohenlohe beim Herzog gewollt? Mich hat dieser Besuch etwas beunruhigt. Oder ist das ein gutes Zeichen? Lorentzen.

Ich sehe so eben, daß nun doch die Kronsyndici ein Gutachten ausarbeiten sollen. Damit wird dann allerdings die Sache unabsehbar.

145. Sammer an Lorentzen. 1864, 23. Dezember, Kiel. Der geöffnete Brief. Pfordtens Politik. Sammer gegen dieselbe. Morier soll England auf die Schädlichkeit dieser Bestrebungen aufmerksam machen. Befragung der Kronsyndici. Die Schwierigkeit für den Herzog, sich offen für Preußen zu erklären. Oldenburgs Cession. Hohenlohes Besuch. Sammers Reise nach Gotha. Des Königs Gesinnung. Bitte um die Namen der Kronsyndici.

Lieber Freund. Wenn Morier meint, daß der letzte Brief von mir geöffnet sei, so sähe ich gern das Couvert.

In Betreff des Mohl'schen Berichtes und Moriers muß ein Mißverständnis obwalten. Über die Schädlichkeit der mittelstaatlichen Regungen sind wir ja vollständig einverstanden, und schon vor 3 Wochen habe ich in Voraussicht derselben an Wydenbrugk geschrieben, man werde doch wohl von Wien aus verhindern, daß Pfordten Preußen reize. Wie weit die Bestrebungen Pfordtens in die Wirklichkeit treten werden, wieviel Muth er hat, wie weit er sein Baiern auf seiner Seite hat — das sind Sachen, über die Morier bei mangelnder Kenntniß der Person und des Landes wohl am Wenigsten Urtheil hat. Daß wir neutral bleiben müssen, ist das Minimum; meine persönliche Ansicht geht dahin, wenn möglich, uns gegen diese Politik zu erklären. Morier sollte, das war unsere Meinung, seine Regierung auf die Gefahr dieser Bestrebungen aufmerksam machen, weil dieselben allerdings wenigstens die Möglichkeit einer europäischen Ruhestörung enthalten, und seine Regierung nichts mehr als diese

fürchtet. Dein heutiger Brief d. 20.[1]) zeigt nun schon den Anfang der „ehrenvollen Anlehnung an das Ausland". Will man jene Gefahren vermeiden, so muß man auf Abschluß dringen.

Die Befragung der Kronsyndici zeigt, was Bismarck will, oder es müßte, was ich indeß nicht glaube, ein Schreckschuß für Österreich sein, um es in Betreff der Concessionen geneigter zu machen. Merkwürdig ist, daß Benedetti fest an Erledigung der Sache glaubt.

Gewiß ist es ein großes Unglück, daß der Herzog mit der mittelstaatlichen Politik identificirt wird. Auch ich denke schon lange daran, wie es möglich ist, den Preußen die Augen zu öffnen. Die Nationalzeitung und wenige sonst haben sie ja offen, aber die Masse bleibt in jenem Irrthum. Die ganze Frage reducirt sich darauf, ob es unvortheilhaft ist, daß wir die öffentliche Meinung in jenem Irrthum laßen, oder daß wir Österreich zu verlieren Gefahr laufen. Indeß jedenfalls kann man doch den Leuten der Presse den schon von den Offiziösen klar gestellten Punkt injungiren, daß Preußen alle Versuche des Herzogs, zu einem Abschluß durch Verhandlungen zu kommen, mit der Thesis abweist, es müsse erst mit Österreich fertig sein. Ich soll Dich bitten, doch den dortigen und namentlich Frensdorff und Bardeleben das klar zu machen. Frensdorff ist z. B. in seiner heutigen Correspondenz ganz verwildert.

Daran, daß Oldenburg Preußen seine Ansprüche je cediren wird, glaube ich nicht. Der Großherzog hat doch das fürstliche Hausgefühl nie verläugnet.

Prinz Hohenlohe hat nur einen vetterlichen Besuch gemacht oder hat vielleicht zum Verlassen des Landes rathen sollen. Er that dieß wenigstens, indeß gab es sogleich wieder auf.

Der Herzog treibt mich, schon heute nach Gotha zu gehen. Hast Du etwas, was von Interesse sein könnte, so schreibe an mich dahin, Adresse Holtzendorff. Ich werde von Gotha aus auch Matzdorff und Stockmar besuchen. Der Kronprinz schreibt, daß der König noch durchaus festhalte.

---

[1]) Nr. 142.

Bitte hierher an Steindorff sofort die Namen der Kronsyndici zu schicken.

Kiel, 23. Dezember 1864. Samwer.

146. Geffcken an Lorentzen. 1864, 30. Dezember, Berlin. Der Inhalt des Heffterschen Gutachtens. Die Fragen an die Kronsyndici. Preußen und Österreich. Bismarcks Note nach Hamburg in der Telegraphenfrage. Ankunft Schleidens. Englands Stellung zu Augustenburg. Abraten, auf der Reise nach Hamburg Kiel zu berühren.

Werthester Herr Doktor. Das Heffter'sche Gutachten ist nicht 1846, sondern 1851 zugleich mit dem Pernice'schen ausgearbeitet, aber nicht einmal eingereicht, weil es zu Conclusionen kam, welche Manteuffel nicht erwünscht waren. Über den Inhalt variiren die Angaben von Droysen und Gruner, die es beide gelesen zu haben angaben. Ersterer meint, es habe die Herzogthümer dem Augustenburgischen Hause zugesprochen mit Ausnahme des Gottorpschen Antheils an Schleswig, der Dänemark, und Pinneberg-Ranzau, das Dänemark und Gottorp gemeinsam zuerkannt sei. Gruner dagegen sagt, das Gutachten betreffe nur Holstein, wo er Pinneberg-Ranzau Dänemark, den Rest Augustenburg zugesprochen. Er hofft, mir aber in einigen Tagen das Gutachten in einer Abschrift mitteilen zu können unter der Bedingung, daß ich keine Copie davon nehme.

Die Fragen an die Kronsyndici sind folgendermaßen gestellt

1. welchen Werth haben die Ansprüche der verschiedenen Prätendenten auf die im Frieden vom 30. Oktober abgetretenen drei Herzogthümer?

2. welchen Werth haben die preußischen Erbansprüche?

3. welche Rechte resultiren für Preußen aus dem Frieden vom 30. Oktober?

Lassen Sie dies aber, bitte, nicht bekannt werden. Es scheint sich zu bestätigen, daß der Kaiser von Österreich die Annahme der Adresse verweigert; in gewisser Beziehung bin ich jetzt Pessimist und wünsche, daß Bismarck es so grob macht, daß Mensdorffs Geduld bald am Ende ist. Er hat in der Telegrafensache eine brutale Note an Hamburg gerichtet, in der er droht, er werde die Ausführung nicht dulden. Mensdorff

hat aber Halbhuber instruirt, die materielle Ausführung der Verträge nicht zu hindern. Österreich gegenüber entschuldigt er seine Verschleppung damit, daß durch die Bundesverwaltung alles so außer Rand und Band gekommen, daß erst wieder eine heilsame Zucht eingeführt werden müsse, doch ist man schwerlich in Wien dadurch düpirt.

Schleiden ist doch gekommen und war vorgestern und gestern hier. Der englische Gesandte hat sich gegen ihn durchaus augustenburgisch ausgesprochen und nur gesagt, Englands Interesse sei auch nicht gegen Annexion. Schleiden sowohl wie andere haben mir dringend gerathen, bei meiner Rückkehr nach Hamburg nicht nach Kiel zu gehen, weil dort alles ausspionirt und hierher berichtet werde. Grüßend Ihr Geffcken.

147. Twesten an Lorentzen. 1864, 30. Dezember, Berlin. Die Kronsyndici. Ihr wahrscheinlicher Ausspruch. Die Widerstandskraft der Herzogtümer. Erklärung im Abgeordnetenhause über Schleswig-Holstein nicht ratsam. Artikel in der Nationalzeitung. Gruß an Tempelty. Brief an Francke.

Geehrter Herr. Die Namen der sämmtlichen Kronsyndici werden Sie inzwischen aus der Nationalzeitung entnommen haben, es sind nicht Viele darunter, die einen öffentlichen Charakter zu verlieren hätten, trotzdem wird das Gutachten dem Herzog gewiß nicht jedes Recht absprechen. Aber die ganze Procedur, das dadurch bedingte Hinausschieben, das Zusammentreffen mit der Scheel-Plessenschen Adresse bestätigt die direkten Andeutungen, daß man den Ausspruch erwartet: Niemand ist berechtigt auf das Ganze. Man denkt hauptsächlich an den ehemals Gottorpschen Theil von Holstein, und ich fürchte, man kann nach der alten Lehre von der Cession an den König und Erbprinzen auf den Erfolg rechnen, daß der Gottorpsche Antheil dem Großherzog von Oldenburg, das Übrige dem Herzog zugesprochen wird. Dann hat man Recht gegen Recht, Untheilbarkeit und Landesrecht gegen widersprechendes Fürstenrecht und damit einen Conflikt, wo in Ermangelung des Rechtes die Macht entscheidet.

An dem Aushalten der Herzogthümer würde ich an sich nicht zweifeln, aber wenn eine unsinnige Theilung mit Überverschuldung und unerträglichen Bedingungen der Annexion

gegenüber gestellt wird, könnte die Widerstandskraft doch vielleicht gebrochen werden, vorausgesetzt, daß die allgemeine Lage die Annexion ohne auswärtigen Krieg gestattet.

Wenn ich eine Erklärung des hiesigen Abgeordnetenhauses über die Schleswig-Holsteinische Frage zu vermeiden wünsche, so ist es nicht aus Besorgnis vor annexionistischen Gelüsten Einzelner, sondern weil ich fürchte, ein Auftreten des Hauses gegen die Bismarksche Politik könnte dieser gerade zum Siege beim Könige verhelfen.

Die Artikel der Nationalzeitung gegen die Oldenburger Ansprüche etc. habe ich geschrieben. Ich wünsche hier wenigstens Vorwände des Rechts nach Möglichkeit abzuschneiden. Im übrigen sind wir ja zur Zeit vollkommen machtlos.

Bitte, grüßen Sie Tempelty von mir. Einen Brief an Francke erlaube ich mir wieder einzulegen, weil ich es für sicherer halte, nicht direkt an Francke zu adressiren.

Leben Sie wohl und lassen Sie mich gelegentlich einmal wieder von Ihnen hören. Ihr sehr ergebener

Berlin, 30. Dezember 1864. Twesten.

148. Lorentzen an Schleiden. 1865, 12. Februar, Kiel. Lorentzen ist bestimmt, die Korrespondenz mit Schleiden zu führen. Bitte, ihm nach Berlin hin zu antworten. Gespräch Schleidens mit Goltz über die preußischen Forderungen. Lorentzens Befürchtungen. Die Verschleppung der Erbfolgefrage. Stimmung im Lande. Einwirken auf Frankreich und England. Verbindung mit englischen Parlamentsmitgliedern.

Lieber Schleiden. Lorentzen teilt ihm zunächst mit, daß man ihm die ihm sehr erfreuliche Aufgabe zugedacht hat, die Correspondenz mit ihm zu unterhalten und bittet, die Antworten nach Berlin zu adressieren.

Ihre letzten Mitteilungen waren uns außerordentlich interessant, ganz besonders Ihr Gespräch mit Graf Goltz. Nur fürchte ich, daß Goltz die Dinge etwas optimistisch ansieht. Er ist von jeher ein Gegner der Annexion gewesen, und ich glaube deshalb kaum, daß Bismarck ihn in seine letzten Absichten eingeweiht hat. Verlangt Preußen wirklich nicht mehr, als was Graf Goltz Ihnen als die preußischen Forderungen bezeichnet hat, so wird nur das Recht der Matrosenaushebung in Schleswig-Holstein

auf einige Schwierigkeiten stoßen. In Wien wird man wahrscheinlich nur die Matrosenwerbung zugestehen wollen. Die übrigen Bedingungen würde man in Wien wohl annehmen, und hier würde sowohl der Herzog als auch das Land zu einem solchen Maaß von Concessionen gern bereit sein. Aber, wie gesagt, ich fürchte, daß Graf Goltz die Dinge zu günstig ansieht. Wie mir scheint, spielt Bismarck gleichzeitig auf zwei Karten. In letzter Instanz will er noch immer die Annexion und hat sie sicherlich nicht aufgegeben. Aber er sieht die Möglichkeit, daß dies vielleicht nicht auszuführen ist, und er hält sich deshalb noch immer die andere Möglichkeit offen, auf einen Staat Schleswig-Holstein von mehr oder minder beschränkter Selbstständigkeit und mit mehr oder minder ausgedehnten preußischen Hoheitsrechten einzugehen. Ostensibel bezeichnet er das letztere Programm als sein Ziel. Aber die Verhandlung darüber läßt er nicht aus der Stelle kommen, um so die Sache ins Unendliche zu verschleppen. Während dessen hofft er, das Land, das bis jetzt noch ganz tapfer ist, (cf. die 50000 Unterschriften der Kieler Erklärung) mürbe zu machen. Dann findet sich vielleicht einmal eine Gelegenheit, wo Österreich anderweitig engagirt ist, und wo Preußen zuschnappen kann. In diesem Augenblicke ist also die Lage die, daß hier die Regierung in den Händen von zwei Mitbesitzern ist, von welchen Österreich den Herzog einsetzen, Preußen in letzter Instanz annektiren möchte. Keine der beiden Mächte ist stark genug, der andern ihr Programm aufzuzwingen; aber keine kann auch ohne die Zustimmung der anderen Macht ihr eigenes Programm durchführen. So halten sie sich gegenseitig in der Schwebe, und ein Ende ist eigentlich garnicht abzusehen, wenn nicht von außen irgend ein Moment hinzukommt, wodurch die eine Seite das Übergewicht erhält.

Für die nächsten Tage ist ja nun endlich die Mittheilung der formulirten preußischen Forderungen nach Wien in Aussicht gestellt, nachdem man mit der Formulirung dieser Forderungen in Berlin mehrere Monate vertrödelt hat. Wir werden also bald sehen, wie die Forderungen lauten, und ob Goltz richtig vorhergesagt hat. Ich erwarte, daß die Forderungen unannehmbar sein werden, und daß die Frage in Wien nur sein wird, ob

man sie als principiell unannehmbar sofort zurückweisen oder sie als wenigstens zur Verhandlungsbasis geeignet betrachten soll. In letzterem Falle stehen wir wieder vor einer langwierigen Unterhandlung. Neben dieser Concessionsfrage geht nun noch die Erbfolgefrage her, welche wo möglich noch mehr verschleppt wird. Vorläufig haben die Kronsyndici die Aufgabe, das Gewissen des Königs, der noch immer einige Skrupel gegen die Annexion haben soll, dadurch zu beruhigen, daß sie das Erbfolgerecht in absolute Verwirrung bringen.

Dies ist meine Auffassung der Sachlage. Wie Sie sehen, ist dieselbe nicht allzu rosig. Dennoch habe ich immer guten Muth, so lange nur das Land sich selber treu bleibt. Denn man annektirt nicht gegen den Willen der Betreffenden. Aber ich sehe noch einen sehr langen Kampf vor uns. Sehr zu Hilfe kommen würde es uns, wenn die europäischen Mächte anfingen, etwas auf Abschluß zu drängen. Dabei können auch Sie uns sehr helfen, wenn Sie hier und da ein gutes Wort fallen lassen. Für Frankreich, scheint mir, wäre der Gesichtspunkt geltend zu machen, daß die Annexion auch möglich ist, ohne daß die beiden deutschen Großmächte sich entzweien, indem nämlich Preußen an Österreich Zusicherungen in Italien macht, und daß dann die Annexion die Allianz von Preußen und Österreich fester kittet, vielleicht zur Herstellung der heiligen Allianz führt. Für England müßte man zeigen, daß die Annexion dazu führt, daß Frankreich Compensationen verlangt, und daß also darin die Gefahr des europäischen Krieges liegt. Eventuell würde auch in England wohl das Gespenst der heiligen Allianz wirken. Sollte es nicht möglich zu machen sein, daß die Frage in antiannexionistischem Sinne im Parlament zur Sprache gebracht wird. Sie kennen ja Kinglake und Sir Henry Verney. Aber der Beste dazu wäre Osborne. Er ist der Talentvollste unter unseren Freunden und hat am meisten das Ohr des Hauses. Nur müssen Sie, wenn Sie mit ihm sprechen, nicht außer Acht lassen, daß er weniger aus Interesse für die Herzogthümer als aus Feindschaft gegen Palmerston agirt.

Kennen Sie Mr. Oliphant? Sonst will ich Sie mit ihm in Verbindung bringen. Sie werden in ihm einen außerordentlich

liebenswürdigen, geistreichen und unserer Sache ganz ergebenen Mann kennen lernen, der sowohl in diplomatischen als auch in publicistischen Kreisen sehr gute Verbindungen hat und sehr nützlich wirken kann.

Der Herzog hat mir aufgetragen, Ihnen seine Empfehlungen zu bestellen; eben so Francke und Sammer. Leben Sie wohl und lassen Sie mich bald von sich hören.

Mit besten Grüßen Ihr Lorentzen.

149. Sammer an Lorentzen. 1865, 18. Februar Kiel. Die Geschichte der Konzessionen durch Gruner an Goltz berichten. Brief Schleidens an Francke. Introduktionsbrief an Osborne ist ihm zu senden. Vermeidung politischer Gespräche durch den König.

Lieber Freund. Es ist nach den Zeitungen zu erwarten, daß Graf Goltz in diesen Tagen nach Berlin kommt. Guter Freund von ihm ist Gruner[1]), und ich soll Dich daher auffordern, diesem, damit er klar sehe, die ganze Geschichte wegen der Concessionen zu erzählen. Er muß Dir aber vorher das Wort geben, Nichts davon an irgend Jemand zu erzählen. Auch nicht an Goltz. Wenn Gruner den Hergang weiß, wird er sich gegen Goltz schon in dem richtigen Sinne äußern.

Hierbei die Abschrift eines an Francke gerrichteten Briefs[2]) Schleidens. Schicke ihm doch den Introduktionsbrief für Osborne, möglicher Weise kommt derselbe doch vor Ostern nach London.

---

[1]) Justus Karl von Gruner s. Allgem. deutsche Biogr. Bd. XLIX, S. 598 ff.

[2]) Der Brief ist datirt vom 14. Februar. Schleiden berichtet in diesem u. A. auch, daß Latour auch heute noch der Ansicht sei, daß Bismarck vollständig maître de la situation sei. Seinen Nachrichten zufolge soll Bismarck sogar den König mehr und mehr auf seine Seite hinziehen, während anderseits der Kronprinz damit gedroht haben soll, Berlin zu verlassen, falls die Annexion durchgesetzt werde. Latour behauptet ferner, daß Österreich es nicht wagen könne, es auf einen Bruch mit Preußen ankommen zu laßen, weil es dann Italien zu fürchten habe, das ohne Geld eher Krieg führen, als seine Armee von 200000 Mann länger in Frieden erhalten könne, auch wohl wisse „que les alliances se fermeront, aussitôt que la guerre aura éclaté.“ — Frankreich halte inzwischen an seiner bisherigen Politik fest, wünsche die consultation des voeux des populations

Bitte Herrn v. Ahlefeldt zu sagen, daß der König sehr oft selbst die Gesandten der Großmächte auf einem Balle nicht anredet, politische Gespräche aber von den Mitgliedern der königlichen Familie selten bei dieser Gelegenheit geführt werden.

Kiel, 18. Februar 1865. Dein Samwer.

150. Lorentzen an Samwer. 1865, 21. Februar, Berlin. Gespräch mit Geffcken und Aegidi. Kauf des Hamburger Korrespondenten. Zahlung an die Hamburger Nachrichten. Lord Russells Depesche. Annexionsstimmung in Berlin. Die preußischen Bedingungen. Brief des Herzogs an den Kronprinzen. Über die Ankunft von Goltz nichts erfahren. Bitte um Instruktion wegen der Mitteilungen an Gruner. Ahlefeld eingeladen. Einführungsschreiben für Schleiden an Osborne.

Lieber Freund. Da ich am Freitag Abend sowohl Geffcken als Aegidi[1]) in Hamburg verfehlte, so war ich gezwungen, den Sonnabend in Hamburg zu bleiben und bin deshalb erst am Sonntag hier angekommen.

In Hamburg habe ich am Sonnabend mit Aegidi, Rekhoff und Geffcken gesprochen. Mit ersteren beiden sprach ich über den Hamburger Correspondenten. Die Sache geht vorwärts und hat gute Aussichten. Am Freitag Abend war eine Versammlung gewesen, über welche Aegidi direkt nach Kiel schreiben wollte. Das Zustandekommen der Sache scheint gesichert. Ich habe mit Aegidi und Rekhoff verabredet, daß Sienesen zunächst 20 Aktien (à 1000 Mark Banco) nimmt. Eventuell, falls das Zustandekommen der Sache davon abhängig sein sollte, habe ich Aegidi ermächtigt, auf irgend einen andern Namen noch 4 Aktien = 5000 per Condt zu nehmen. Doch waren sowohl Aegidi als auch Rekhoff der Ansicht, daß dies nicht nothwendig, und daß es nicht einmal erforderlich sei, bis zur Summe von 20000 per Banco = 25000

---

und vor Allem, daß dieselbe zur Retrocession des nördlichen Schleswig an Dänemark führen möge.

Schleiden spricht dann davon, daß Graf Bernstorff mit einer gewissen Ängstlichkeit vermeidet, sich mit ihm über die schleswig-holsteinische Frage zu unterhalten. Lorentzen bittet er, ihm eine Empfehlung an Osborne einzusenden.

[1]) Ludwig Karl James Aegidi s. Bettelheim Biographisches Jahrbuch, Bd. VI, S. 264.

per Condt zu gehen. Alle Zusicherungen gelten aber natürlich nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Sache bis zum 1. April d. J. zu Stande kommt und wirklich ins Leben tritt.

Was den Herrn bei den Hamburger Nachrichten betrifft, so habe ich über ihn ausführlich mit Aegidi gesprochen. Demnach erscheint es mir, daß seine Wirksamkeit mehr nur darin bestehen kann, Böses zu verhindern, als positiv Gutes zu bewirken. Indeß bei der Wichtigkeit der Hamburger Nachrichten kann selbst diese negative Thätigkeit von Bedeutung werden, und mir scheint deshalb, daß eine kleine Aufmunterung seiner guten Gesinnung nicht unzweckmäßig sein würde. Aber ich würde nicht rathen, die ganze ihm etwa zugedachte Summe ihm auf einmal zukommen zu lassen. Richtiger scheint mir, daß ihm vorläufig etwa 200 Thlr. Preuß. Courant = 500 per Condt gegeben werden mit der Aussicht auf Wiederholung, falls sich eine Besserung in der Haltung der Zeitung zeigt. Das Geld müßte an Aegidi geschickt werden. Jede Spur einer direkten Beziehung zwischen Kiel und dem Betreffenden müßte ausgeschloßen bleiben. Aegidi ist mit diesen Vorschlägen ganz einverstanden. Übrigens hat die Ausführung gar keine Eile und Aegidi hat jedenfalls nicht so unmittelbar eine Antwort erwartet.

Geffcken, der bis Anfang März noch in Hamburg bleiben wird, wußte nichts Neues. Die Depesche Russell's[1]) nach Wien hielt er nach seinen Informationen für entschieden apokryph. Dasselbe meint hier Morier, den ich heute ausführlich gesprochen habe. Aber er leidet noch immer an Podagra, kann deshalb

---

[1]) Si l'Autriche, pour maintenir son alliance avec la Prusse concédait à cette puissance le droit de disposer à son gré du sort des duchés de l'Elbe, elle amenerait en Europe des complications de la plus haute gravité et dont le responsabilité lui incomberait tant naturellement . . .

Le sort des duchés ne peut être réglé légalement que par la conféderation Germanique, tante puissance qui s'arrogerait le droit de disposer de ces pays sans l'aveu de la diète, commetterait un arte arbitraire contre le quel il y aurait toujours, tôt ou tard à revenir . . . 27. Januar 1865. (Aus den Mohl'schen Papieren.)

nicht ausgehen und ist in Folge davon nur mangelhaft unterrichtet. Er meinte, Russell scheue das Feuer wie ein gebranntes Kind und werde deshalb nicht gerne die Hand wieder hineinstecken. Aber er wollte sich erkundigen und mich wissen laßen, was er erfährt. Er meinte, wenn überhaupt eine solche Depesche existire, so sei es immerhin wahrscheinlicher, daß sie nach Wien gerichtet sei, als nach Berlin. Aber er war mehr geneigt, die ganze Existenz der Depesche zu bezweifeln. Dann wäre die Frage, ob von französischer Seite die Absicht besteht, uns zu düpiren, damit wir uns weiter avanciren als richtig wäre.

Hier herrscht allgemeiner Annexionsschwindel im höchsten Grade des Paroxysmus. Thatsächlich neues habe ich noch nicht viel erfahren können, außer daß Prinz Christian gestern wissen wollte, daß die preußischen Bedingungen jetzt endlich formulirt nach Wien abgegangen sind. Derselben Meinung sind Morier und Stockmar, doch wußten beide nichts über den Inhalt. Morier sprach davon, daß die Abtretung von Kiel und Flensburg verlangt sei; er wußte aber nicht, ob das heißen sollte die Abtretung der beiden Städte oder der Häfen ganz oder theilweise, oder der Häfen nebst den Städten. Stockmar hattte etwas davon gehört, daß die Abtretung von Rendsburg verlangt sei. Aber alles dieses ist nur loses on dit und beruht auf keinen sicheren Quellen. Darüber waren Beide einverstanden, daß die Forderungen in Wien als unannehmbar erscheinen würden, und daß nur die Frage sein werde, ob Österreich dieselben als principiell unannehmbar sofort ohne Unterhandlung zurückweisen oder sich wenigstens dazu verstehen werde, einige Male darüber hin und her zu schreiben.

Der Brief an den Kronprinzen, den ich mitgebracht habe, hat, wie ich heute von Stockmar höre, einen sehr guten Eindruck gemacht, und der Kronprinz hatte die Absicht, denselben seinem Vater vollständig mitzutheilen. Er versprach sich davon einen günstigen Erfolg.

Dein Brief vom 18.[1]) ist am Sonntag hier gleichzeitig mit mir eingetroffen. Ich höre hier nirgends etwas davon, daß Goltz

[1]) Nr. 149.

hier erwartet werde. Ich bitte um Instruktion, ob ich Gruner die ganze Geschichte wegen der Concessionen selbst für den Fall erzählen soll, daß Goltz nicht kommt. Mir scheint das nicht ganz unbedenklich. Wichtig wäre es andererseits wegen Schleinitz[1]), der neuerdings etwas unsicher werden soll. Gruner könnte die bessere Kenntniß der Thatsachen vielleicht benutzen, um Schleinitz festzuhalten.

Von Ahlefeldt weiß ich nichts neues, als daß er heute den Finanzminister zu sehen hoffte, und daß er zu morgen zu einem Ball bei Karolyi eingeladen ist.

An Schleiden will ich gleich morgen den Introduktionsbrief für Osborne schicken. Nützen wird es ihm freilich wenig. Es kommt alles darauf an, daß Schleiden sich selbst in das richtige Verhältniß zu Osborne zu setzen weiß. Denn Osborne hat nicht das mindeste Interesse für die Herzogthümer. Sein treibendes Motiv ist Feindschaft gegen Palmerston, und wer ihm Waffen gegen Palmerston liefert, der ist sein Mann. Lorentzen.

151. Lorentzen an Sammer. 1865, 22. Februar, Berlin. Brief an Stockmar besorgt. Die Mitteilungen an Gruner. Zusammenkunft mit Zabel. Ahlefeld morgen zum Hofball geladen.

Lieber Freund. Der Brief an Stockmar, der heute früh bei mir eintraf, ist sofort sicher an seine Adresse besorgt. Stockmar sagte mir, so weit er wisse, seien die Forderungen nach Wien abgegangen, und in so fern komme also der Inhalt des Briefes post festum. Allein da die Sache ohne Zweifel nochmals zwischen Berlin und Wien hin und her gehen werde, so werde sich noch immer Gelegenheit bieten, den Brief zu benutzen.

Gruner habe ich zweimal verfehlt. Da es ausdrücklich dementirt ist, daß Goltz demnächst hierher kommen werde, so werde ich die Geschichte wegen der Concessionen nicht an Gruner erzählen, falls ich nicht den ausdrücklichen Auftrag erhalte, selbst ohne Rücksicht auf die Reise von Goltz Herrn v. Gruner in's Geheimniß zu ziehen. Zu heut Abend habe ich eine Zusammenkunft mit Zabel verabredet.

---

[1]) Freiherr v. Schleinitz, Staatsminister und Minister des Königl. Hauses.

Herr v. Ahlefeldt hat den Steckbrief, den Dr. Steindorff hinter mir erlassen hat, heute richtig erhalten. Neues wußte er nicht, außer daß er eine Einladung zu einem Hofball zu morgen Abend erhalten hat.

In dem diplomatischen Kasino äußerte neulich Graf Blome-Salzau, er sei in Verlegenheit, durch wen er seine Gemahlin solle bei Hofe vorstellen laßen, durch den dänischen Gesandten gehe es doch nicht mehr, und durch den hannover'schen gehe es auch nicht, ich weiß nicht aus welchem Grunde. Der sächsische Gesandte meinte darauf, es sei nichts einfacher als das. Graf Blome müsse sich an Herrn von Ahlefeldt wenden. Blome war wüthend, aber Graf Hohenthal hatte die Lacher auf seiner Seite.

Lorentzen.

152. Sammer an Lorentzen. 1865, 23. Februar, Kiel. Die Mitteilungen an Gruner. Besuch bei Herrn v. Tettau wegen der Kronsyndici. Aufforderungen an Frensdorff. Hoffnung auf Annahme der Kieler Vorschläge in der Delegiertenversammlung. Buschs Nachrichten. Die Erklärung der Kreuzzeitung.

Lieber Freund. Ich habe Dir eine Menge Einzelheiten zu schreiben:

1. Du mögest Gruner einiges über die Concessionen mittheilen. Die Gränze wird da liegen, wo aus dem Verschweigen ein Mißtrauen entstehen würde, und diese Gränze würdest Du in dem Gespräche mit ihm selbst am Besten finden können. Hast Du aber besondere Gründe zu vermuthen, daß Gruner gegenüber den Österreichern und Mittelstaaten es mißbrauchen würde, so mögest Du dieselben angeben.

2. Du mögest Herrn v. Tettau[1]) aufsuchen und ihm ein bischen von hier erzählen und ihn gebrauchen, um wegen der Kronjuristen in der Gesellschaft etwas zu erfahren. Wo er wohnt, weiß ich nicht, denn die Adresse des beifolgenden Briefes[2]) ist schwerlich die der Wohnung. Aber jedenfalls ist er dort zu erfragen. Tettau weiß von Nichts; ist als geborener Sachse ein Bischen österreichisch gefärbt. Aus dem beiliegenden Auszug

[1]) Generalleutnant Hans Bernhard v. Tettau.

[2]) Nicht vorhanden.

seines letzten Briefes[1]) kannst Du speziell Anlaß nehmen, wegen der Kronjuristen zu fragen.

3. Du mögest Frensdorff bessern, der mit voller Bestimmtheit schreibt, daß dem Herzog von den Kronjuristen nur ein Drittel des Landes zugesprochen werden werde, und ihn fragen, wer der unabhängige vornehme Mann sei, von dem er schreibt, daß er versichert habe, man werde das Recht des Herzogs unbedingt anerkennen. Auch möge er doch Ahlefelds Hoffahrten mit obligater Phrase in die Zeitungen bringen.

ad 2 noch nachträglich, ob das wegen Uhden[2]) genau sei. Tettau kann nur Spürhund sein.

Sonst nichts neues. Es scheint doch zu hoffen, daß die Delegirtenversammlung am Sonntag die Kieler Anträge annimmt. Sicher ist es nicht. Busch[3]) hat nach Bremen geschrieben, wir wollten keine Verständigung mit Preußen. Muthmaßlich wird er Ähnliches an die Nationalzeitung schreiben. Die heutige Erklärung der Kreuzzeitung, daß keine Differenzpunkte zwischen Preußen und Herzog existirt hätten, ließe sich doch wohl ausbeuten, um den blinden Nationalen die Augen zu öffnen.

Mit besten Grüßen an Herrn v. Ahlefeld

Kiel, 23. Februar 1865. Dein Sammer.

---

[1]) Datirt Berlin, 20. Februar 1865. Es ist nicht einen Augenblick zweifelhaft, daß das Gutachten der Kron-Syndici entscheidend auf die Königliche Entschließung einwirken wird. Staatsminister a. D. Uhden, einer der Kron-Syndici, äußerte sich neulich, daß nach seiner Ansicht das geforderte Gutachten nur günstig für Ew. Hoheit ausfallen, die Abgabe desselben sich indeß „nach Umständen" noch sehr verzögern könne. Ohne in diesen Umständen etwas anderes als die Masse des zu prüfenden Materials finden zu wollen, glaube ich doch, daß nach Umständen ebenso gut jenes Gutachten beschleunigt werden könnte, worauf namentlich die Haltung des Wiener Cabinets von Einfluß sein dürfte. Mehr als einen offenen Krieg fürchtet man hier den Bruch der bisherigen Beziehungen mit Österreich, der eine völlige Isolirung Preußens zur Folge haben würde.

[2]) Karl Albrecht Alexander v. Uhden s. Allg. deutsche Biographie, Bd. XXXIX, S. 765.

[3]) Julius Hermann Moritz Busch s. Bettelheim, Bibliogr. Jahrbuch Bd. 4, S. 20.

153. Lorentzen an Samwer. 1865, 24. Februar, Berlin. Standpunkt Preußens in der Konzessionsfrage. Österreichs wünschenswerte Stellung dazu. Forderungen noch nicht nach Wien abgegangen. Busch getroffen, seine Äußerung über die Politik in Kiel. Gespräch mit Zabel über die Haltung seiner Zeitung. Einladung für ihn und Matthäi. Samwers Aufträge sollen ausgeführt werden. Zusammenkunft mit Benningsen verabredet. Einfluß desselben auf die Schleswig-Holsteinische Zeitung.

Lieber Freund. Aus der Provinzial-Correspondenz ergiebt sich nun ja mit vollkommener Deutlichkeit der Standpunkt der preußischen Regierung hinsichtlich der Concessionsfrage. Man will hier ein möglichst großes Maaß von Concessionen vor jeder Festsetzung über die Successionsfrage unbedingt von Österreich zugestanden erhalten. Dies wäre dann ein sicherer Gewinn und das Streben nach Annexion liefe noch immer nebenhin. Ich meine, die Haltung Österreichs, welche wir dagegen zu wünschen haben, wäre folgende: möglichste Nachgiebigkeit in dem Materiellen der Concessionen, möglichst liberale Interpretation dessen, was man dort unter bundesmäßiger Lösung versteht, aber unbedingtes Festhalten an dem Grundsatz, daß die Concessionsfrage nur gleichzeitig mit der Successionsfrage erledigt werden kann, also unbedingte Weigerung, irgendwelche besondere Concessionen an Preußen definitiv zuzugestehen, so lange nicht zu gleicher Zeit ein fest bindendes Übereinkommen über die Person des künftigen Souveräns der Herzogthümer getroffen werden kann. — Übrigens ergiebt sich aus der Prov.-Correspondenz auch, daß die Forderungen noch nicht nach Wien abgegangen sind, sondern erst in nächster Woche abgehen sollen. Also war Stockmar falsch unterrichtet.

Busch ist seit vorgestern hier. Zufällig begegnete ich ihm unmittelbar nach seiner Ankunft auf der Straße. Er war noch sehr aufgeregt und erzählte mir, in Kiel segele man jetzt unbedingt im österreichischen Fahrwasser. Ich sagte ihm, er sehe Gespenster. Aber er blieb dabei und behauptete, ich würde auch hintergangen; weil Du meine nationale Gesinnung kennst, werde hinter meinem Rücken österreichische Politik getrieben. Ich sagte ihm, er sei total verrückt. Indeß ist hiernach wohl anzunehmen, daß er hier erheblich wühlen wird. Vorläufig habe

ich ihm bei Zabel einen Riegel vorgeschoben, der für einige Zeit vorhalten wird. Ich habe Zabel über die Sachlage soviel erzählt, als nothwendig war, um ihn wieder ganz auf unsere Seite zu bringen. Aber er erklärte mir dabei allerdings, daß eine Zeitung immer einige Rücksicht auf die öffentliche Meinung nehmen müße, und daß er nicht allzu scharf gegen die Annexion, die nun hier einmal die unbedingt herrschende Strömung ist, werde angehen können. Aber jedenfalls wird er sie nicht befürworten. Da aber für die Haltung der National-Zeitung Matthäi mindestens ebenso wichtig ist wie Zäbel, so habe ich beide zu Sonntag zu mir eingeladen und will dann sehen, wie weit ich mit Matthäi komme, der aber freilich ein ziemlich harter Kopf ist.

Die in Deinem gestrigen Briefe enthaltenen Aufträge betreffend Gruner, Tettau und Frensdorff werde ich schleunigst ausführen. Zu heute Abend habe ich eine Zusammenkunft mit Benningsen[1]) verabredet, der gerade hier ist. Vielleicht läßt sich durch ihn ein moderirender Einfluß auf die Thorheiten unserer Flensburger Doktrinären vermitteln, — wenn nur auch andererseits die Particularisten à la Neergaard[2]) nicht gar zu stupiden Unsinn vorbringen. Denn durch nichts wird das Annexionsfieber in Deutschland mehr gesteigert, als durch die Pöbelhaftigkeiten der Schleswig-Holsteinischen Zeitung. Mit besten Grüßen

Lorentzen.

154. Sammer an Lorentzen. 1865, 25. Februar, Kiel. Abschrift eines Briefes von Wydenbrugk. Busch's veränderte Stellung zu Augustenburg. Ansicht, daß der Herzog im österreichischen Fahrwasser sich befände. Einfluß auf die Weserzeitung nötig. Österreich soll Gegenvorschäge machen. Herzog als Vermittler.

Lieber Freund. Hierbei eine Abschrift eines Stücks eines Wydenbrugk'schen Briefes.[3]) Ich habe dieselbe auch an Stockmar direkt geschickt.

---

[1]) Rudolf von Benningsen s. Bettelheim, Biogr. Jahrbuch VII, S. 267.

[2]) Advokat in Kiel.

[3]) Wydenbrugk berichtet, man gebe sich in Österreich Mühe, den Kaiser für eine andere Politik zu gewinnen. Österreich — so insinuirt

Busch ist wirklich toll und wohl nicht bloß moralisch verrückt. Er soll in letzter Zeit stark getrunken haben. Auch uns Fernstehende beobachteten die Veränderung. Nach Bremen hat

---

man — ist auf eine falsche Fährte gerathen, indem es für die Augustenburgische Lösung eintritt. Dieselbe, wenn realisirt, werde nicht zu dem Grad von Selbständigkeit führen, den man überhaupt bei einem kleineren oder mittleren deutschen Staate voraussetzen dürfe. Der Erbprinz von Augustenburg lavire jetzt, zwischen verschiedenartige Einflüsse gestellt, so gut es gehen wolle. Er werde, wenn er zur Regierung komme, es aus naheliegenden Gründen zu vermeiden suchen, sich den extremen preußischen Einflüssen in die Arme zu werfen. Aber seine schwankende Stellung als bisher noch nicht regierender Fürst, die Mittel ferner, auf die er als Prätendent fortwährend verwiesen sei, um die tonangebenden Leute im Lande und damit das Land selbst an seinen „allerdings gewichtigen Rechtsansprüchen" fest zu halten, werde zu demselben Ziele führen, nur etwas später. Er werde, als Herzog eingesetzt, dem combinirten Einfluß Preußens und derjenigen Partei folgen müssen, welche sich nur dem Grade nach etwas von jener extremen unterscheide. Den Politikern dieser Richtung sei es um zweierlei zu thun. Einmal um die Form der Einwilligung des Herzogs und des Landes. Sodann darum, daß die Abtretung von Regierungsrechten an Preußen nicht zu weit gehe. Sie möchten dabei im guten Glauben sein, daß das erhalten werde, was sie Selbständigkeit des Landes nennen. Aber sie vergäßen, daß in dieser Gemeinschaft Schleswig-Holstein von Anfang an thatsächlich so abhängig von Preußen würde, daß der Herzog z. B. in allen gemeinsamen deutschen Fragen kaum in der Lage sein würde, in jedem einzelnen Falle seine Entschlüsse nach seiner wirklichen Überzeugung und nach dem Interesse seines Hauses und seines Landes zu fassen. Sie vergäßen überdies, daß ein solches ganz einseitiges Verhältniß bei dem Temperament und der Tendenz Preußens im Verlaufe der Zeit nothwendig weiter und zuletzt zur Annexion oder zu einem allgemeineren Kriege führen müsse.

Dem gegenüber sei es viel richtiger, sich auf die Seite Oldenburgs zu stellen, durch vertrauliche Mittheilung der Nation eine Bundesmajorität für Oldenburg zu schaffen, und die in Schleswig-Holstein auf Grund des Friedensvertrages eingenommene Stellung absolut festzuhalten, bis ein wirklich selbständiges Schleswig-Holstein — ein anderes wolle der Großherzog von Oldenburg nicht — gesichert sei.

Wolle dies aber Österreich nicht, dann sei es in der That noch politischer, sich mit Preußen auf Grund der Annexion abzufinden, als alle Kräfte auf die Augustenburg'sche Lösung zu verschwenden. Dieselbe könne Schlimmeres bedeuten als die Annexion selbst. Eine Vermengung der Regierungsbefugnisse, die wenigstens in allen gemeinsamen deutschen Fragen so viel bedeute, wie die Annexion selbst, werde von Anfang an nicht ausbleiben. Diese Halbheit könne aber unter gewissen Umständen eher über

er geschrieben, wir wollten keine Verständigung, und uns überhaupt noch, wie er konnte, geschadet. Dabei habe ich auch Äußerungen erfahren, daß er nicht ohne Ähnlichkeit mit der das Schiff verlassenden Ratte ist. Schließlich bin ich zur Einsicht gekommen, daß wir am Ende wirklich im österreichischen Fahrwasser sind. Nicht bloß Busch, sondern auch vernünftige weise Leute hier sind im Ernst der Ansicht. Da Preußen die Nation, Bismarck aber Preußen repräsentirt, müßen die Herzogthümer jede Bedingung, welche Bismarck fordert, jede auch die nach ihrer Ansicht verkehrteste erfüllen.

Dieser Doktrinärismus wird dann freilich bald hier ein Ende nehmen, wenn nur erst die preußischen Forderungen bekannt werden.

Neben Zabel und Matthäi müßte auch Benningsen bearbeitet werden, um die Weser-Zeitung vernünftig zu machen.

Wydenbrugk ist geschrieben worden: wenn Österreich die Vorschläge nicht annehmen könne, so möge es doch jedenfalls Gegenvorschläge im geneigten Sinne machen. Wenn dies geschähe, könnte der Herzog dann eine Art Vermittlerrolle einnehmen? Es wäre das ja wohl möglich, vorausgesetzt, daß man in Preußen das Concessionssystem ernstlich wollte.

Gruß an Ahlefeld. Samwer will morgen an ihn schreiben.

Kiel, 25. Februar 1865. Dein Samwer.

155. Lorentzen an Samwer. 1865, 25. Februar, Berlin. Die Fortschrittspartei ist Bismarcks wegen gegen Annexion. Stellungnahme im Abgeordnetenhause zweifelhaft. Ohnmacht des Abgeordnetenhauses. Bedauern Benningsens über die particularistischen Strömungen in den Herzogtümern. Gute Gesinnung des Herzogs. Äußerung des

---

Schleswig-Holstein hinausgreifen und anstecken als die Annexion, welche mehr abschrecke. Endlich bleibe schließlich die Annexion doch nicht aus, und bis dahin entstände aus dem ganzen Arrangement nur Stoff für bedenkliche deutsche Wirren. Die Hauptsache aber sei, daß Preußen, wenn es unter gewissen Voraussetzungen die Augustenburg'sche Lösung auf das Andringen Österreichs zugebe, sich letzterem nicht verpflichtet, sondern unbillig behandelt fühle, während es sich für die Gestaltung der Annexion verpflichtet erachten und solches in internationalen Beziehungen nicht nur tatsächlich bethätigen, sondern auch manches ausdrückliche Zugeständniß machen werde.

Kronprinzen über die Stellung des Königs zum Herzog. Versuch, über das Gutachten der Kronsyndici etwas zu erfahren. Verweisung auf Ahlefelds Bericht. Tettau kommt erst nächste Woche.

Lieber Freund. Aus einer durchaus zuverlässigen Quelle erfahre ich folgendes, was mir auch noch von einer anderen Seite bestätigt wird. Vor einigen Tagen haben einige der leitenden Mitglieder der Fortschrittspartei eine Zusammenkunft gehalten, um sich darüber zu berathen, welche Stellung das Abgeordnetenhaus zur schleswig-holsteinischen Frage und namentlich zur Annexion einzunehmen habe. Es sind etwa 12 Abgeordnete anwesend gewesen, darunter Unruh[1]), Virchow[2]), Schulze-Delitzsch[3]), Mommsen[4]), Franz Duncker[5]), Jacoby[6]), Hoverbeck[7]), Forckenbeck[8]) u. s. w. Ich höre, daß Twesten[9]) nicht dabei war. Mit Ausnahme von Mommsen haben sich alle Anwesenden gegen die Annexion ausgesprochen. Mommsen, der eigentlich für die Annexion war, ließ seine Ansicht fallen, weil er sah, daß er damit keinen Anklang fand. Allein der Grund, weshalb die Andern gegen die Annexion waren, ist nicht sehr tröstlich. Sie wollen nicht dazu beitragen, daß Bismarck einen Erfolg erreiche, durch welchen sein System mehr als durch irgend etwas sonst würde befestigt werden. Was nun ferner die Frage betrifft, ob das Abgeordnetenhaus sich überhaupt mit der Sache beschäftigen solle, so sind bei jener Berathung die Stimmen sehr getheilt gewesen. Man hat sich die auf der Hand liegenden Bedenken nicht verhehlt; namentlich, daß es mißlich sei, in einem Augenblicke, wo die Einigkeit der liberalen Parteien so nöthig ist, eine Frage anzugreifen, in welcher die Liberalen unter sich

---

[1]) Hans Viktor v. Unruh s. Allg. deutsche Biogr., Bd. XXXIX, S. 312.

[2]) Rudolf Ludwig v. Virchow s. Bettelheim, Biograph. Jahrb. VII, S. 352.

[3]) Franz Hermann Schulze s. Allg. deutsche Biogr. XXXIII, S. 18.

[4]) Theodor Mommsen s. Bettelheim Biogr. Jahrbuch IX, S. 441.

[5]) Franz Duncker, 1822—1888. Besitzer der Volkszeitung.

[6]) Johann Jacoby s. Allg. deutsche Biogr. XIII, S. 620.

[7]) Leopold Freiherr v. Hovenbeck s. Allg. deutsche Biogr. L, S. 483.

[8]) Max v. Forckenbeck s. Allg. deutsche Biogr. XLIII, S. 630.

[9]) Karl Twesten s. Allg. deutsche Biogr. XXXIX, S. 34.

gespalten sind. Andererseits ist wieder geltend gemacht, daß doch das Abgeordnetenhaus eine so vitale Frage, wie die schleswig-holsteinische, nicht ganz unerwähnt lassen könne, ohne sich in seinem Ansehen herabzusetzen. Den meisten Anklang hat schließlich die Ansicht Virchow's gefunden, daß man eine Debatte über die schleswig-holsteinische Frage zwar nicht vom Zaune brechen, aber daß das Haus die nächste Gelegenheit benutzen solle, wo sich die Sache ungezwungen zur Sprache bringen läßt, also z. B. bei der Verhandlung über die zur Bestreitung der Kriegskosten aus dem Staatsschatz genommenen Summe von fünf Millionen oder bei dem bald zu erwartenden Bekanntwerden der jetzt formulirten Forderungen. Ein eigentlicher Beschluß ist nicht gefaßt, und wenn es überhaupt zu einer Debatte im Hause kommt, so werden darüber doch noch einige Wochen hingehen. Unterdessen will man suchen, die liberalen Parteien im anti-annexionistischen Sinne zu einigen. Wenn in der Fortschrittspartei zwölf der angesehensten Führer gegen die Annexion einig sind, so werden sie wohl die Masse mit sich ziehen; obgleich es immer möglich ist, daß bei dieser Gelegenheit Waldeck[1]) nebst seinen näheren Freunden sich von dem Gros der Fortschrittspartei absondert. Die Altliberalen, bei denen namentlich Graf Schwerin[2]) maßgebend ist, sind gegen die Annexion, und im linken Centrum soll bis jetzt die Stimmung verhältnißmäßig noch etwas mehr als in der Fortschrittspartei gegen die Annexion sein. Also ist hiermit die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß, wenn die Sache im Hause zur Verhandlung kommt, die Majorität sich gegen die Annexion, wenn auch nicht direkt für den Herzog, aussprechen wird. Eine andere Frage aber ist, ob wir dies wünschen sollen. Ich habe darüber die größten Bedenken, über die ich bereits in einem früheren Bericht geschrieben habe. Das Abgeordnetenhaus wird wohl einmal wieder zur Bedeutung kommen, vielleicht früher, als man denkt. Aber gegenwärtig ist es ohnmächtig. Seine Beschlüsse haben thatsächlich keine andere Bedeutung als die Resolutionen eines politischen Club. Ein Votum des Hauses

---

1) Benedikt Franz Leo Waldeck s. Allg. deutsche Biogr. XL, S. 668.

2) Graf Maximilian Heinrich Karl Anton Kurt v. Schwerin-Putzar s. Allg. deutsche Biogr. XXXIII, S. 429.

gegen die Annexion würde dieselbe nicht verhindern, nicht einmal erschweren, sondern eher erleichtern. Man würde dasselbe benutzen, um dem König einzureden, wie sehr man Recht hatte, den Herzog als Candidaten der Demokratie zu bezeichnen. Auch würde es natürlich nicht an der Insinuation fehlen, daß die Abgeordneten der Fortschrittspartei von Kiel aus inspirirt seien, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Endlich hege ich keine großen Erwartungen von einer Debatte, in welcher die Gegner der Annexion ohne genaue Kenntniß der Sache und ohne Interesse für den Herzog nur von ihrer Feindschaft gegen Bismarck geleitet werden. — Ich stelle diese Fragen zur Erwägung anheim. Vorläufig werde ich darüber hier überhaupt keine Ansicht äußern. Viel kann von unserer Seite überall nicht geschehen, um eine Debatte zu befördern oder zu verhindern. Aber wenn es in Kiel für passend gehalten wird, so könnte ich, natürlich mit der größten Vorsicht, hier und da wohl eine Einwirkung versuchen.

Gestern Abend habe ich eine lange Unterredung mit Benningsen gehabt. Er ist sehr verständig und sehr gut gesinnt, bedauert aber die partikularistischen Strömungen, die jetzt in den Herzogthümern die Oberhand zu gewinnen scheinen, weil sie die Annexion gewissermaßen rechtfertigen würden. Ich habe ihn darüber zu beruhigen und ihm klar zu machen gesucht, daß Preußen durch sein Verhalten den Particularismus hervorruft, daß aber dieser augenblicklich verschwinden würde, sobald Preußen sich ernstlich mit dem Herzog verständigen wollte. Außerdem habe ich ihm von der Geschichte der Concessionen so viel angedeutet, als gefahrlos geschehen konnte. Er war dadurch sehr befriedigt und ist sicherlich in seiner guten Gesinnung dadurch befestigt.

Mit Frensdorff habe ich gesprochen. Der unabhängige vornehme Mann, von dem er schreibt, ist der Kronprinz, der vor kurzem bei einer Hoffestlichkeit zu einigen Officieren getreten ist, die sich eben über Politik und über die Schleswig-Holsteinische Frage unterhielten und auf Befragen äußerten, die Annexion sei doch wohl die beste Lösung. Darauf soll der Kronprinz gesagt haben, sein Vater werde die Rechte des Herzogs nicht verletzen. Diese Äußerung sei Bismarck zu Ohren gekommen, der dann gesagt haben soll, das sei ganz richtig; und er habe

dies dann in der Weise erläutert, wie dies in jener Correspondenz ausgeführt ist. Auch die Äußerung über ein Drittel des Landes, das durch die Kronjuristen dem Herzog werde zugesprochen werden, soll dabei gefallen sein. So will Frensdorff gehört haben. Die Sache wird sich wohl so verhalten; aber natürlich ist dies nur in der gewöhnlichen frivolen Weise in den Wind gesprochen.

Mit Müllenhof[1]) habe ich gesprochen. Er will sehen, ob er von Homeyer[2]) etwas erfahren kann; wenn es möglich ist, auch von Heffter[3]), zu dem er kein großes Zutrauen hat; es sei gut, daß derselbe durch sein früheres Votum etwas gebunden ist. Homeyer, der jetzt eifrig mit der lauenburgischen Erbfolge beschäftigt ist, hatte neulich zu Müllenhoff gesagt, die Frage sei furchtbar verworren, man komme dabei auf sehr interessante wissenschaftliche Probleme, aber das schließliche Ergebniß werde wohl sein, daß Niemand begründete Ansprüche auf Lauenburg habe. Über Schleswig-Holstein hatte er sich nicht geäußert.

Herr v. Ahlefeld wollte über seine Hoffestlichkeiten, welche Frensdorff in der Kölnischen Zeitung schon erwähnt hat, selbst berichten.

Herr v. Tettau ist in Dresden und kommt erst in nächster Woche zurück. Ich habe den Brief an ihn nebst meiner Karte in der Wilhelmstraße 38 abgegeben, wo er aber nicht wohnt. Man sagte mir, daß er gar keine feste Wohnung in Berlin hat.

Mit den besten Grüßen Lorentzen.

156. Sammer an Lorentzen. 1865, 27. Februar, Kiel. Schweigen der Kammern über die schlesw.-holst. Frage erwünscht. Die preußischen Forderungen. Die Delegierten-Versammlung in Rendsburg. Artikel für die Nationalzeitung erwünscht. Ahlefelds Bleiben in Berlin notwendig. Wie soll sich der Herzog jetzt zum Lande und zu den Großmächten stellen?

Lieber Freund. Was Du über die Beschlüsse der Fortschrittspartei schreibst, ist sehr interessant und in gewisser Weise

[1]) Karl Viktor Müllenhof s. Allg. deutsche Biogr. XXII, S. 494.

[2]) Karl Gustav Homeyer s. Allg. deutsche Biogr. XIII, S. 44.

[3]) August Wilhelm Heffter, s. Allg. deutsche Biogr. XI, S. 250.

erfreulich. Wir sind ganz darüber einverstanden, daß, wenn es irgend zu erreichen sein wird, es das Beste ist, daß die Kammer über die schleswig-holsteinische Frage schweige. Wirke dahin, so weit Du kannst.

Eine Stelle Deines Briefes ist uns aufgefallen. Du meinst, die Kammer werde vielleicht früher als man denkt, wieder zur Bedeutung kommen. Ich soll Dich fragen, ob anzunehmen ist, daß dies bald etwa in diesem Jahre noch der Fall sein könne.

Beiliegend die preußischen Forderungen [1]), wie sie mir von Gotha, also ohne Zweifel von Berlin stammend zugehen. Ich möchte sie für im Wesentlichen richtig halten, bitte sie aber mit großer Vorsicht zu gebrauchen, damit, wenn sie falsch sind, wir nicht verantwortlich gemacht werden. Das amüsanteste an denselben ist, daß Nichts von Bundesstaatlichem darin ist, außer dem wegen der Aushebung. Es wäre gut, wenn Frensdorf darauf aufmerksam würde.

Die gestrigen Beschlüsse in Rendsburg werden eine weitere Verwirrung zur Folge haben. Es wäre gut, wenn die geschlagene Mittelpartei zu einem Compromiß mit den Anschließlern übergehen könnte. Mit besten Grüßen

Kiel, 27. Februar 1865. Dein Sammer.

Ich bitte Dich dringend, den Leuten von der National-Zeitung das richtige Verständniß der Dinge, die hier im Volke vorgehen, zu geben; daß wir doch nicht mit den Particularisten gehen, sondern eben unsre Freunde versucht haben, sie allmählich herüberzuziehen. Mache doch einen kleinen Artikel aus der beiliegenden Schilderung [2]).

---

[1]) 1. Kiel und Eckernförde, Hafen und Befestigungen nicht nur zur See. 2. Militär-Convention wie Gotha (Minimum). 3. Marineaushebung von Preußischen Behörden. 4. Canal mit alleiniger Oberhoheit. Besatzungen an einigen Stellen. 5. Preußisches Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesen mit Beamten nur an Preußen verpflichtet. Die Forderungen wurden am 22. Februar an Werther abgesandt. Sie sind abgedruckt bei Jansen-Sammer S. 442—443.

[2]) In der Hauptversammlung am Sonntage waren etwa 200 Delegirte anwesend, die Mehrzahl Holsteiner, in Vertretung von cr. 130 Vereinen. Advokat Wiggers präsidirte. Die sogen. Römersche Partei verhielt sich lediglich beobachtend, weder an den Anträgen noch an der Debatte nahmen

Ahlefeld schreibt, er werde wohl bald überflüßig sein. Mach ihm doch klar, daß er ganz auf die Dauer dort bleiben muß, daß er in der Rolle eines regelmäßigen Gesandten ist, dessen Abreise als ein Zeichen der Erkaltung der guten Beziehungen aufgefaßt wird.

Dann soll ich Dich noch auffordern, über die Frage Dein Gutachten zu geben: wie sich der Herzog von dem Augenblicke an stellen soll, wo die preußischen Forderungen bekannt werden, und zwar sowohl dem Lande gegenüber als in seinen Beziehungen zu Preußen und Österreich (Wydenbrugk).

Ich schreibe Dir dieß vertraulich, weil die Berichtserforderung eigentlich an Herrn v. Ahlefeld gehen müßte, das aber Verzögerung zur Folge haben würde. Du kannst proprio motu Herrn v. Ahlefeld eine solche Begutachtung vorschlagen und auch seine Meinung hineinziehen. Als preußische Forderungen müssen die vorliegenden gedacht werden.

---

sie Antheil. Eine Resolution des Dr. Andresen aus Reinbek, welche in naiver Weise den Standpunct Römers adoptirte, wurde auf die Tagesordnung gesetzt, aber im Verlaufe der Debatte gegenüber der allgemeinen Indignation zurückgezogen. Nachdem die einzelnen Anträge motivirt waren, zogen die Altonaer ihre Anträge zu Gunsten eines mit den Kielern geschlossenen Compromisses zurück. Dasselbe bestand in dem Kieler Antrage mit einer Protestation gegen die Annexion, gegen die Personal-Union mit Preußen, gegen die bedingungslose Unterordnung unter Preußen. Bei der Abstimmung ging wie gebräuchlich der allgemeine Antrag dem speciellen voran, also der Vorschlag von Stemann dem Compromisantrag der Altonaer und Kieler. (Stemann hatte beantragt: Wir stellen es dem Herzoge und der Landesvertretung auch anheim, die im Interesse Deutschlands mit Preußen einzugehenden Staatsverträge abzuschließen.)

Bei namentlicher Abstimmung ergab sich für jenen eine Mehrheit von 120 gegen 80, darunter die Ausschußmitglieder, die Kieler Delegirten, die Führer der Altonaer, die meisten Schleswiger. Damit war alles Übrige beseitigt. Sämmtliche Mitglieder des bisherigen Ausschusses Dr. Ahlmann u. Professor Hänel incl. erklärten eine Wiederwahl nicht annehmen zu wollen. In den neuen Ausschuß wurden gewählt: Jessen-Altona, v. Neergaard-Kiel, Hansen-Grumbye, Raben-Apenrade, Ed. Baudissin-Friedrichshof, Bokelmann-Müssen, Witt-Büsum, Kallsen-Flensburg, May-Altona, Schlichting-Kiel. Der Sitz des Ausschusses wird wahrscheinlich nach Altona verlegt werden, s. auch Jansen-Sammer S. 435—447 u. Hedemann-Heespen. Aus meinem Leben. Von Althufner Baasch. Zeitschr. f. Schl.-Holst. Gesch., Bd. XLI, S. 125. Irrtümlich ist hier die Versammlung auf den 8. Mai verlegt.

157. Steindorff[1]) an Lorentzen. 1865, 28. Februar, Kiel. Die Abstimmung in Rendsburg. Die Ansicht von Steindorffs Vater. Austritt desselben aus dem Verein. Gründung eines nationalen Klubs in Kiel.

Lieber Herr Doktor. In dem Referate über die Delegirten-Versammlung, welche Ihnen gestern zugeschickt wurde, ist ein Versehen passirt. Es fehlt darin das Ergebniß der Gesammtabstimmung, welche vorgenommen wurde, nachdem der Vorschlag des Herrn Stemann[2]) die berichteten 120 Stimmen erhalten hatte. Es wurde nämlich schließlich die sogenannte 40er Erklärung mit diesem Stemannschen Zusatze fast einstimmig (203 gegen 5) angenommen. In der Minorität befanden sich u. A. mein Vater[3]) und Kaufmann H. D. Lange[4]). Mein Vater sieht die Sachlage jetzt so an: der Compromiß, den er und seine näheren Freunde mit den hiesigen Demokraten versucht haben, hat sich als unausführbar erwiesen und ist daher hinfällig. Die jetzige Resolution der Delegirtenversammlung entspricht in keiner Weise dem nationalen Standpunkt, den er (mein Vater) stets eingenommen hat, und für den er die öffentliche Meinung des Landes zu gewinnen wünscht. Der Schleswig-Holsteinische Particularismus beherrscht jetzt unzweifelhaft das Vereinswesen; es ist jetzt constatirt, daß die Vereine in ihrer Majorität Organe der particularistischen Partei sind. Somit wird es für alle diejenigen, welche eine Ausgleichung erstreben zwischen dem Rechte des Landes und dem Interesse der Nation, eine gebieterische Pflicht, sich von dieser Gesellschaft zum mindesten loszusagen. Ob und wie die Bildung einer nationalgesinnten Mittelpartei zu erreichen ist, würde eine weitere Frage sein.

Das ist die Ansicht, welche mein Vater aus Rendsburg mitgebracht hat. Da ich glaubte, daß dieselbe Ihnen von Interesse sein würde, so habe ich sie Ihnen nicht vorenthalten wollen. Natürlich wird der Conflikt, den die „Einstimmigkeit“ wohl nur dem oberflächlichsten Blick vertuscht, zunächst in den Lokalvereinen zum Austrag kommen. Schwerlich werden sich

---

[1]) Über ihn Allgem. deutsche Biogr., Bd. LIV, S. 464 ff.

[2]) Johann Peter Stemann, Untergerichtsadvokat in Segeberg.

[3]) Magnus Friedrich, Allgem. deutsche Biogr., Bd. XXXV, S. 697 ff.

[4]) Kaufmann in Kiel.

Hänel, Ahlmann, Lange, mein Vater und viele Andere noch länger dazu verstehen, einem Verein anzugehören, in dem Herr von Nergaard dominirt.

In der vorigen Woche ist von den genannten Herren versucht worden, einen Club zu bilden, der die nationalgesinnten Elemente des gebildeten intelligenten Theils der hiesigen Bürgerschaft vereinigen soll, in einem bestimmten Gegensatze zu dem Schleswig-Holsteinischen Vereine und dem sogenannten Montagskränzchen, wo alles durcheinander gerührt ist. Der Bürgermeister, mehrere Senatoren und Stadtverordnete, einige Professoren, Kaufleute und Ärzte cr. 20 Personen waren auf eine Einladung erschienen. Ein loses Statut wurde angenommen. Senator Reiche, der unter den Anwesenden der Römerschen Richtung am nächsten stand, regte die Frage an: welche Stellung der Landesvertretung bei der Festsetzung des Verhältnisses zu Preußen zukomme. Er selbst wollte das Recht der Stände als ein wesentlich formales aufgefaßt sehen und vertrat den Standpunkt einer Oktroyirung im Falle ständischen Widerstandes. Nachdem ihm aber entgegen gehalten war 1. daß diese Frage zur Zeit nicht praktisch sei, 2. daß es eben die Aufgabe dieses Clubs sein werde, dahin zu wirken, daß in einer künftigen Ständeversammlung der nationale Standpunkt zur Geltung komme, erklärte er sich damit völlig einverstanden, und sah kein Hinderniß mehr, dem Club beizutreten. Ich hoffe, daß damit der Anfang gemacht ist, aus dem gerade unter den jetzigen Umständen etwas gedeihliches herauskommen kann. E. Steindorff.

158. Sammer an Lorentzen. 1865, 1. März, Kiel. Aufträge vom Herzog. Sprengung der Partei Römer. Neue Parteibildungen zu erwarten. Gruß an Ahlefeld.

Lieber Freund. Der Herzog trägt mir auf, Dir zu schreiben

1. Wolff scheine noch nicht der Verabredung gemäß instruirt zu sein.

2. Ob die beiden Privataufträge erledigt seien.

3. Die Personen, die Du sehen solltest, (Beseler wurde namhaft gemacht) möchtest Du doch bald sehen, da die Uhr abzulaufen beginne.

Von hier ist Nichts zu schreiben. Die Partei Römer ist ganz zersprengt, und Römer [1]) steht mit Johannsen[2]) und Apotheker Lehmann[3]) ganz allein. Rave[4]), Wiggers[5]) und die übrigen haben sich zurückgezogen. Es will mir fast scheinen, als ob sich neue Parteibildungen vorbereiten, doch wird daüber noch einige Zeit vergehen.

Mit besten Grüßen für Herrn v. Ahlefeld, dem ich morgen das an Wydenbrugk abgehende Dementirungsschreiben schicken werde, ganz

Kiel, 1. März 1865. Dein Samwer.

159. Lorentzen an Samwer. 1865, 1. März, Berlin. Die preußischen Forderungen. Stellung des Herzogs ihnen gegenüber ist jetzt schwer zu entscheiden. Einzelne Vorschläge hierüber. Erklärung des Herzogs, daß er zu den Vorgängen in Rendsburg keine Verbindung gehabt habe, ist nötig. Bitte um Übersendung von Flugschriften gegen den Herzog. Unterbrechung durch Stemann und Twesten. Ahlefeld auf dem Hofball.

Lieber Freund! Über den Inhalt des letzten nach Wien gerichteten Briefes weiß König Wilhelm nichts. So versichert v. Stockmar, der also auch nichts weiß. Ich bin also auf die aus Kiel erhaltene Mitteilung, sowie auf die Zeitungen angewiesen. Ich halte die Angaben der Neuen freien Presse für richtiger, als was ihr aus Gotha erfahren habt. Auf jeden Fall wäre die Gothaer Version sehr unvollständig und lückenhaft; es sind darin manche Dinge, die unbedingt gefordert sein werden, ganz unerwähnt gelaßen z. B. Rendsburg und Zollverein. Unter solchen Umständen ist es sehr schwer, schon jetzt sich eine klare Vorstellung über die Stellung zu bilden, welche der Herzog den preußischen Forderungen gegenüber, sobald dieselben bekannt geworden sein werden, am richtigsten einnehmen wird. Die

---

[1]) August Peter Christian Römer, Untergerichtsadvokat in Elmshorn, s. a. Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten I, S. 248 u. Preuß. Jahrbücher 1865, S. 430.

[2]) Joseph Christian Gustav Franz Johannsen, Untergerichtsadvokat in Neumünster.

[3]) Johann Carl Heinrich Lehmann, Apotheker in Rendsburg.

[4]) Christian Theodor Rave, Untergerichtsadvokat in Itzehoe.

[5]) Paul Gerhard Friedrich Wiggers, Untergerichtsadvokat in Kiel.

vollständige Beantwortung dieser Frage ist offenbar von der Kenntniß der Forderungen abhängig. Für jetzt, so lange uns diese Kenntniß abgeht, ist es nur möglich, sich über einige Principien in Betreff des künftigen Verhaltens zu verständigen. Als solche würde ich folgende vorschlagen:

1. bis die Forderungen bekannt sind, verhält sich der Herzog durchaus schweigsam.

3. was früher, im April und Juni vorigen Jahres zwischen König Wilhelm und dem Herzog vorgegangen ist, wird jetzt als durchaus antiquirt betrachtet; durch die Art und Weise, wie Preußen die Sache seitdem behandelt hat, hat es selbst es unmöglich gemacht, auf jene früheren Vorgänge zurückzukommen.

3. ich würde aber dennoch rathen, an den Principien, welche jenen Vorgängen zu Grunde liegen, unbedingt festzuhalten, weil sie an und für sich richtig sind. Ich würde weiter gehen und mich zu diesen Principien, auch dem Kaiser v. Österreich gegenüber, offen bekennen, und ich würde also demgemäß sowohl Wydenbrugk als auch v. Ahlefeld gleichmäßig instruiren. Eine weitere Fortführung der Komödie gegenüber dem Kaiser von Österreich und den Mittelstaaten ist kaum möglich; wenn sie versucht wird, so bringt sie uns in den Ruf der Doppelzüngigkeit und entfremdet uns unsere einzigen wirklichen Freunde, nämlich die nationalliberale Partei, welche schon jetzt zweifelhaft wird, weil sie glaubt, Dich mit Beust und v. d. Pfordten in einen Topf werfen zu müssen.

4. dem Lande gegenüber würde ich rathen, daß der Herzog über seine wirklichen Meinungen keinen Zweifel läßt, daß aber übrigens sowohl er selbst als auch Du und Francke — sich in den Streit der Parteien nicht einmischen — nicht bloß scheinbar, sondern wirklich nicht.

5. als Maaßstab für die Beurtheilung der preußischen Forderungen würde ich aufstellen: was zur Sicherung der Machtstellung gegen außen gefordert wird, würde ich unbedingt zugestehen, wie schwer es auch erscheinen mag. Was dagegen darüber hinausgehend als unnütze Einmischung in die innere Verwaltung erscheint, wie die preußische Übernahme des Post- und Telegraphenwesens, würde ich ebenso bestimmt zurückweisen.

6. alles dieses aber würde ich rathen, nur in Instruktionen an Ahlefeld und Wydenbrugk, von denen aber jede Einiges verlauten könnte, auszusprechen, aber nicht in feierlichen öffentlichen Erklärungen, durch welche man sich unbedingt bindet.

Nach dem Ausgang der letzten Rendsburger Versammlung lege ich besonderen Werth darauf, daß der Herzog nicht in den Streit der Parteien hineingezogen werde. Dazu ist aber nothwendig, daß sowohl er als auch seine Freunde sich nicht selbst hineinmischen. Den Blödsinn, der in Rendsburg[1]) aufgeführt ist, kann natürlich hier Niemand vertreten. Das Einzige, was möglich ist, ist die Erklärung, daß der Herzog ganz außenvor steht und die partikularistische Strömung beklagt, aber sie nicht hindern kann, so lange sie durch das zweideutige Verhalten Preußens geflissentlich hervorgerufen und genährt wird. In diesem Sinne habe ich mich hier nach verschiedenen Seiten auch gegen die Leute von der National-Zeitung ausgesprochen.

Es würde mir lieb sein, noch eine Anzahl von Traktätchen, wie sie jetzt im Lande verbreitet werden, zu erhalten. Ich kann sie hier gut verwerthen. Solche, die möglichst viel Schmutz auf den Herzog werfen, würde ich am besten benutzen können.

Ich wurde während des Schreibens durch Stemann und dann durch Twesten unterbrochen und muß den Brief jetzt abschicken. Ich behalte mir vor, morgen über einige Punkte zu schreiben. Ahlefeld ist gestern wieder auf einem Hofball gewesen.

Mit besten Grüßen. Lorentzen.

160. Sammer an Lorentzen. 1865, 2. März, Kiel. Der Herzog wird wahrscheinlich bei den Mittelstaaten bleiben. Französische Artikel. Frankreich gegen Abtretung von Nordschleswig für die Annexion. Artikel in der Nationalzeitung dagegen erwünscht. Zedlitz und die renitenten Pastoren in Nordschleswig. Aufmerksamkeit der Nationalzeitung auf diese Frage zu lenken.

Lieber Freund. In Betreff Deines heut erhaltenen interessanten Briefes bin ich doch darüber sehr zweifelhaft, ob, wenn die Wahl zwischen Österreich und unsern alten Freunden gestellt wird, wir uns offen für letztere aussprechen sollen. Ich

---

[1]) s. Jansen-Sammer, S. 436.

habe den Herzog darüber noch nicht gesprochen, aber zweifle nicht, daß er eine nähere Begründung sehr wünschen wird.

Indessen wäre es ja wohl möglich, daß diese alten Freunde etwas zur Vernunft kommen.

Der Constitutionel bringt einen Artikel aus Hamburg, dessen Genesis Du aus der Beilage ersehen wirst[1]). Die France kennt schon einen geheimen Tractat hierüber. Die französische Depesche vom 30. Dezember ist klar genug. Auch dem Blöden muß es klar sein, daß Frankreich bereit ist, für die Abtretung des nördlichen Schleswig die Annexion zu gewähren, und daß andererseits Bismarck mit diesem Plane wenigstens in Verbindung steht. Es ist schwerlich möglich, daß dieser Gegenstand von andern Blättern besser besprochen werde, als von der National-Zeitung, welche ganz außerhalb des Verdachtes steht, mit uns in Verbindung zu stehen, und welche andererseits im vorigen Jahre am Stärksten gegen die Theilung war. In welcher Weise sie es besprechen will, darüber werden diese Leute sich selbst am Klarsten sein; sie haben ja wesentlich auch noch ein anderes Parteiinteresse im Spiel. Ich muß es Dir überlassen, ob Du ihnen mittheilen willst, was ich soeben von Schleswig erfahre, daß Zedlitz (anders Halbhuber) seit längerer Zeit nicht zu bewegen ist, in Nordschleswig Absetzungen vorzunehmen. Bekannt ist es, daß er die renitenten Pastoren in Anlaß der verweigerten Friedenspredigt im November nicht absetzte.

Für uns am Günstigsten wäre es, wenn die Leute darauf hinwiesen, was denn doch die Wahrheit ist, 1. daß diese Frage gar nicht auftauchen konnte, wenn man den Herzog seit Juli bis jetzt einsetzte, 2. daß der Grund der Forderung Frankreichs

[1]) Simon schreibt aus Paris vom 27. Februar, macht Sammer auf den Artikel aufmerksam: er kommt von oben, und man legt großen Werth darauf. Ich bin der Ansicht, daß Sie in der deutschen Presse dieses preußisch-eiderdänische Project gebührend denunziren. In Berlin hat man die Mittelstaaten verdächtigt, sich an das Ausland anzulehnen. Herr v. Bismarck scheint das Mittel nicht zu verschmähen. Frankreichs Zugeständniß ist aber immer nicht ernst; denn man glaubt hier zu wissen, daß der König von Preußen in die Abtretung Nordschleswigs nicht willigen wird.

darauf basirt: ihr erhaltet die Herzogthümer ohne allen Rechtsgrund, also könnt ihr auch was abgeben, 3. der Herzog, indem er aus Erbrechtstitel Nordschleswig erhält, steht außerhalb dieser Forderung.

Ich bitte Dich, auf diesen Gegenstand die Leute von der National-Zeitung aufmerksam zu machen und einige Artikel zu veranlaßen.

Kiel, 2. März 1865. Dein Samwer.

161. Lorentzen an Samwer. 1865, 2. März, Berlin. Debatte im Abgeordnetenhause nicht wahrscheinlich. Schaden der Rendsburger Versammlung. Die Kammern und die Regierung. Tettau weiß nichts neues. Die angebliche Depesche Lord Russells. Gespräch mit Dunker; er ist versteckter Anhänger Bismarcks. Droysen im Stillen Anhänger des Herzogs. Die Kronsyndici. Stemann auf der Durchreise gesprochen.

Lieber Freund. Ich hoffe, daß es für's erste nicht zu einer Debatte im Abgeordnetenhaus kommen wird. Ich habe nach verschiedenen Seiten mich bemüht, der Ansicht Geltung zu verschaffen, daß eine solche Debatte eher schaden als nützen würde. Übrigens bestätigt mir auch Twesten, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses bis jetzt noch gegen die Annexion ist. Aber er verhehlte mir dabei nicht, daß solche Vorgänge, wie die letzte Rendsburger Versammlung, das Lager der Annexionisten in unglaublichem Maaße verstärken. Denn den Gedanken, daß erst ein souverainer Mittelstaat konstituirt und mit diesem über die Concessionen verhandelt werden solle, halten hier selbst unsere besten Freunde für Blödsinn. Damit darf man gar nicht kommen, wenn man hier überhaupt noch gehört werden will. Wenn das Land sich in dieses Programm fest verrennt, so werden alle unsere bisherigen Freunde in Deutschland sagen, es sei besser, die Schleswig-Holsteiner zu annektiren, da man mit solcher Bornirtheit sich doch nicht verständigen könne. Ich bemühe mich hier, den Leuten klar zu machen, daß das ganze Vereinswesen eine oberflächliche Hautkrankheit ist, und daß alle verständigen Leute einen Ekel dagegen empfinden, aber daß diese erst zum Vorschein kommen, wenn es sich nicht blos um theoretische Streitigkeiten, sondern um praktische Fragen handelt.

Was ich neulich beiläufig geäußert habe, daß das Abgeordnetenhaus vielleicht früher, als man denkt, wieder zur Bedeutung kommen werde, beruht auf einer allgemeinen Erwägung der Sachlage. Aber ich möchte nicht eine bestimmte Ansicht darüber aussprechen, ob das in diesem oder im nächsten Jahre oder vielleicht erst nach einigen Jahren der Fall sein wird. Wenn die Abgeordneten so kurzathmig sind, daß ihnen darauf viel ankommt, so sind sie natürlich verloren. Aber das glaube ich nicht. Der Verlauf dieser Session liegt ja klar vor. An eine Einigung über die Militärvorlage ist nicht zu denken; also kommt auch kein Budget zu Stande. Die Folge davon ist, daß auch alle Finanzvorlagen der Regierung, namentlich die Anleihen und Staatsgarantien für Eisenbahnen usw. abgelehnt werden. Dies wird unbedingt und ohne Ausnahmen geschehen. Also wenn auch noch Vorlagen über Erweiterung der Marine, über Canal und Hafenbauten u. dergl. kommen sollten, so wird dafür kein Pfennig bewilligt. Nun hat zwar die Regierung noch so viele disponible Mittel, daß sie noch einen zweiten dänischen Krieg ohne außerordentliche Bewilligungen führen könnte. Indeß es sind doch immer außerordentliche Bedürfnisse da, die jetzt aus den laufenden Einnahmen befriedigt werden müssen. Je länger also dieß Verhältnis dauert, desto mehr nähert man sich österreichischen Finanzzuständen. Zuletzt wird der Conflikt sich in die Frage zuspitzen, ob eine Anleihe ohne Genehmigung der Kammer möglich ist. Die eigentlichen Feudalen wünschen diese Consequenz, um die Verfassung vollends zu zerbrechen. Aber die Regierung sieht dem doch mit einiger Sorge entgegen, und es fehlt nicht an Zeichen, daß der Regierung eine Verständigung erwünscht wäre, während die Feudalen eine Erweiterung des Conflikt wünschen. Indeß da die Regierung nicht die mindeste Concession bietet, so ist natürlich für die nächste Zukunft an keine Verständigung zu denken, und ebenso wenig an einen Sieg des liberalen Princips. Wenn keine außerordentlichen Zwischenfälle eintreten, so wird es eben darauf ankommen, wer den längsten Athem hat. Herrn v. Tettau habe ich gesprochen. Er ist aber sogleich wieder nach Dresden gereist, wo sein Vater krank ist, und wo er deshalb vorläufig bleiben wird. Unter

solchen Umständen konnte er von hier nichts neues wissen. Indeß bestätigte er mir die früher von ihm gemeldete Äußerung Uhdens als genau und zuverläßig; er wollte sie von einem Herrn gehört haben, dem Uhden selbst es gesagt.

Aus der Antwort Lagard's im englischen Unterhaus ergiebt sich nun also doch mit Bestimmtheit, daß die angebliche Depesche Russell's nach Wien apokryph war. Ich komme auf die Frage zurück. Welchen Zweck kann der Agent Frankreichs dabei haben, wenn er uns mit falschen Aktenstücken düpirt, da er doch nicht selbst düpirt sein kann.

Ich habe Duncker[1]) gesehen, auch seine Frau[2]). Ich habe mit ihnen darüber gesprochen, daß in Folge des jetzigen Thauwetters die Straßen sehr schmutzig sind. Ich versuchte wohl, andere Themata anzuschlagen, aber er war verstockt und hinterhaltig. Im Grunde seines Herzens ist er sicher ein Anhänger des Bismarckkultus, aber aus Rücksicht auf den Kronprinzen tritt er nicht offen damit heraus. Auch den anderen befreundeten Historiker — wir wollen ihn Plutarch[3]) nennen — habe ich gesprochen. Der ist naiver und liebenswürdiger und raisonnirt gerne. Wir sind ausführlich auf das Thema der Annexion gekommen. Er ist verschämter Anhänger derselben. Gegen Andere, wo er sich weniger genirt fühlt, soll er noch bestimmter mit der Sprache herausgehen. Ich suchte von ihm etwas über die Ansichten der Kronsyndici zu erfahren. Er meinte, der Eine[4]), der für Schleswig-Holstein den Bericht schreiben soll, werde wohl im Ganzen auf seine frühere Ansicht zurückkommen; der Andere[5]), der mit Lauenburg zu thun hat, habe ihm dasselbe gesagt, was ich schon früher berichtet habe.

Stemann war gestern auf der Durchreise von Stettin nach Schleswig bei mir. Er äußerte sich sehr verständig und wohlgesinnt.

Mit besten Grüßen Dein Lorentzen.

---

1) s. Allg. deutsche Biogr. Bd. XLVIII, S. 171.

2) Charlotte geb. Gulike.

3) Droysen.

4) Heffter.

5) Homeyer.

162. Sammer an Lorentzen. 1865, 4. März, Kiel. Die Vereine und der Herzog. Die Quellen der Russell'schen Depesche. Brief an Stockmar. Bitte, den Inhalt mit ihm und Ahlefeld zu besprechen.

Lieber Freund. Ich habe Deinen Brief erhalten und füge zu dem Brief an Herrn von Ahlefeld nur noch hinzu, daß Du mit vollem Grund versichern kannst, daß die Vereine lediglich durch die Annexionsbestrebungen in ihren Particularismus getrieben sind, und daß sie jedem Rufe des Herzogs alsbald folgen würden. Daß das erstere so kommen werde, hat ja Busch in der National-Zeitung und der Norddeutschen Zeitung immer voraus gesagt. Die National-Zeitung hätte ja vollen Stoff, lediglich den ungeschickten Manövern der Officiösen die Schuld in die Schuhe zu gießen. Die Stellen aus der Russell'schen falschen Depesche vom 27. Januar stammen aus Wien; die beiden andern Analysen aus London. Es existirt irgendwo offenbar eine Fälschungsfabrik.

Bitte beiliegenden Brief sicher an Stockmar zu besorgen. Er behandelt die Fragen der nunmehr gegenüber der eintretenden neuen Sachlage einzuhaltenden Politik. Es wird gut sein, wenn Du dieselbe mit ihm besprichst sowie mit Herrn v. Ahlefeld.

Kiel, 4. März 1865. Dein Sammer.

163. Lorentzen an Sammer. 1865, 5. März, Berlin. Unterredung mit Beseler. Seine Ansichten. Klage über den Partikularismus in den Herzogtümern. Andere Ratgeber beim Herzog. Die Kronsyndici Heffter, Homeyer, v. Bernuth, Daniels. Russische Erklärung über den Londoner Traktat. Die Konzessionsverhandlungen an Gruner mitgeteilt. Vollständisches Überraschtsein desselben. Dank für das Vertrauen des Herzogs.

Lieber Freund. Nach einigen mißglückten Versuchen, Georg Beseler[1]) zu treffen, habe ich jetzt eine lange Unterredung mit ihm gehabt. Er ist sehr wohlgesinnt, in der Erbfolgefrage durchaus korrekt, übrigens für Concessionen an Preußen in ganz verständiger Weise. Er verlangt durchaus keine übermäßigen Concessionen. Zugleich klagte er sehr über die particularistische Strömung in den Herzogthümern, gab aber bereitwillig zu, daß durch das Verhalten Preußens der Particularismus

[1]) s. Allgem. deutsche Biogr. XLVI. S. 445.

geflissentlich hervorgerufen werde. Dabei meinte er indeß, es sei doch schlimm, daß der Herzog das Land nicht fester in der Hand habe, und setzte mir dann auseinander, daß es gut sein würde, wenn der Herzog sich andere Rathgeber wählen möchte. Da er, wie er mir sagte, seine Ansichten über diesen Punkt bereits im vorigen Herbst Sr. Hoheit persönlich vorgetragen hat, so brauche ich dieselben nicht zu wiederholen. Als ich ihm unter anderm auch die Schwierigkeit entgegenhielt, andere geeignete Personen zu finden, meinte er, man solle es einmal mit Ahlefeld-Uetersen versuchen. — Specieller ging ich mit Beseler auf das Thema der Kronsyndici ein. Was ich von ihm erfahren konnte, ist im Wesentlichen folgendes. Beseler sagte mir, er sehe Heffter zwar täglich, aber er vermeide es grundsätzlich, mit ihm über die schleswig-holsteinische Frage zu sprechen, wenn Heffter nicht davon anfange. Heffter habe kürzlich erklärt, er werde noch in diesem Monat (März) mit dem Referat fertig sein, und das sei auch wohl möglich, da Heffter ziemlich rasch arbeite. Zu welchen Conclusionen Heffter wohl kommen werde, darüber wußte Beseler nichts bestimmtes, er meinte aber, Heffter sei ziemlich biegsam und werde sich wohl accommodiren; er werde zwar nicht solches Zeug wie Pernice vorbringen, weil er seine wissenschaftliche Reputation nicht werde verlieren wollen; deshalb werde er die brandenburgischen Ansprüche, die Jedermann hier für lächerlich halte, gewiß wohl nicht urgiren; dagegen sei es wohl möglich, daß er für den großfürstlichen Antheil von Holstein die oldenburgischen Ansprüche nebst der Aequivalenttheorie und für Schleswig die Ansprüche Christian's IX., also jetzt Preußens und Österreichs anerkennen werde, so daß, wenn daneben die Ansprüche der sonderburgischen Linie auf den königlichen Antheil von Holstein anerkannt würden, damit die eigentliche Aufgabe der Kronsyndici, die möglichste Verwirrung der Rechtsfrage, erfüllt wäre.

Homeyer habe nur mit Lauenburg zu thun; da dieses doch ohne Zweifel an Preußen fallen werde, so sei hier die Erörterung der Erbfolgefrage von geringerem Interesse; ursprünglich sei Homeyer das Referat über Schleswig-Holstein zugedacht gewesen; aber er habe sich darum gedrückt, und so sei es an Heffter

gekommen. Von großem Interesse ist, daß Homeyer neulich geäußert hat, er halte die Planck'sche Schrift[1]) über die oldenburgischen Ansprüche für unwiderleglich. — Der uns günstigste unter den Kronsyndicis scheint der frühere Justizminister v. Bernuth zu sein. Dieser hat, wie Beseler versichert, und wie mir auch Gruner bestätigt, sich sehr sorgfältig in die Sache hineingearbeitet und ist in seinen Ansichten durchaus korrekt. Er würde, falls dies sich später als zweckmäßig erweisen sollte, ganz der geeignete Mann sein, ein Separatvotum abzugeben, und er würde sich dazu auch wohl geneigt finden laßen. Eventuell würden sich ihm wohl Jähnigen[2]) und Blömer[3]) anschließen. Ich habe einen Augenblick daran gedacht, ob ich suchen sollte, mit Bernuth direkt in Berührung zu kommen. Aber ich fürchte, er könne dadurch stutzig werden, und jedenfalls scheint es mir unnöthig, da Bernuth sich selbst mit Beseler in Beziehung gesetzt hat, und dieser in der Rechtsfrage vollkommen korrekt und sicherlich eine viel bessere Autorität ist, als ich. — Schließlich will ich noch erwähnen, daß Daniels[4]) neulich gesagt haben soll, die brandenburgischen Ansprüche seien nicht besser als die oldenburgischen, und die oldenburgischen seien gar nichts werth. Daniels ist bekanntlich ein verrückter Querkopf. Ich habe die Ansicht äußern hören, er sei verdrießlich darüber, daß nicht ihm, sondern dem jüngsten Kronsyndikus das Referat übertragen sei, und werde nun vielleicht, indem er sich für die augustenburgischen Ansprüche erkläre, der Regierung einen Schabernak spielen.

Was ich oben über Bernuth, Blömer und Jähnigen berichtet habe, hat mir Gruner bestätigt, der aber außerdem nichts über die Kronsyndici[5]) wußte. Doch wollte er in diesen Tagen Heffter besuchen und sehen, ob er etwas erfahren könne. Gruner wollte außerdem aus einer angeblich guten Quelle von einer neuerdings abgegebenen russischen Erklärung wissen, etwa

---

1) Zur Würdigung der Oldenburger Denkschrift. Kiel 1865.

2) Wirkl. Geh. Ober-Justizrat, Vize-Präsident des Obertribunals.

3) Ober-Tribunalsrat.

4) Professor, Ober-Tribunalsrat.

5) Über das Gutachten der Kronsyndici s. den Abschnitt bei Jansen-Samwer, S. 478ff.

dahin gehend: Der Londoner Traktat sei zwar thatsächlich hinfällig, aber nicht in seinen rechtlichen Folgen. Christian IX. sei in Folge des Londoner Traktats rechtmäßiger Inhaber der Regierungsgewalt in den Herzogthümern gewesen und habe dieselben also auch mit voller Rechtskraft weiter cediren können. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß eine solche Erklärung nicht allein mit dem Vorbehalt des Warschauer Protokolls, sondern auch mit der Cession an Oldenburg, wie dieselbe auch clausulirt sein möge, in Widerspruch stehen würde; daß also Rußland dadurch sich in Widerspruch mit sich selbst setzen und einen Unsinn erklären würde; daß ferner kein politischer Grund zu ersehen sei, warum Rußland so geradezu der preußischen Annexionspolitik in die Hände arbeiten sollte. Gruner gab dies alles zu, blieb aber dabei, daß seine Quelle sehr gut sei und jedenfalls die Wahrheit wissen könne. Schließlich meinte er doch, er wolle sich näher erkundigen und werde eventuell mich wissen lassen, was er in Erfahrung bringe. — Übrigens habe ich, der mir ertheilten Ermächtigung gemäß, die Geschichte der Beziehungen zwischen dem Herzog und Preußen in Betreff der Concessionen ziemlich vollständig an Gruner erzählt, natürlich nachdem er mir vorher die vollständigste Diskretion zugesichert hatte. Ich habe mich dabei von neuem überzeugt, wie wenig selbst gut orientirte Politiker eine Ahnung von dem wahren Sachverhalt haben. Gruner war vollständig überrascht und wie aus den Wolken gefallen. Ich habe ihm geradezu gesagt, daß ich ihm dies Alles in Folge einer ausdrücklichen Ermächtigung Sr. Hoheit mittheile. Er hat mich beauftragt, seinen Dank für das ihm geschenkte Vertrauen auszusprechen, und er war sehr erfreut, daß er nun in Stand gesetzt sei, die Überzeugung, welche er schon bisher mehr instinktiv vertheidigt habe, jetzt mit voller Sachkenntniß zu vertreten.

Über einige andere Punkte behalte ich mir vor, morgen zu schreiben.

Mit besten Grüßen Lorentzen.

164. Lorentzen an Sammer. 1865, 6. März, Berlin. Die Regelung des Gehalts an Bamberg.

Hochgeehrtester Herr Geheimrath.

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 3.[1]) d. M. betreffend die finanziellen Beziehungen zu Herrn Bamberg, beeile ich mich, Ihnen folgendes zu erwidern. Herr Bamberg war unzweifelhaft nicht berechtigt, für März dieses Jahres irgend eine Summe auf Herrn Ahlmann zu ziehen. Denn die ihm gegebene Zusicherung reicht nur bis Ende Februar dieses Jahres. Dennoch würde ich empfehlen, die 3500 Frcs. für März noch zu bezahlen. Man kann ein solches Verhältniß nicht gut von heute auf morgen abbrechen. Man muß wenigstens einige Wochen vorher dem Betreffenden angezeigt haben, daß man das Verhältniß aufzulösen oder zu modificiren wünscht. Läßt man einen Monat beginnen, ohne daß vorher eine solche Anzeige erfolgt ist, so berechtigt man den anderen Theil zu der Annahme, daß das Verhältniß fortbestehen soll. Ich bin also der Meinung, daß wir zwar nicht rechtlich, aber gewissermassen moralisch verbunden sind, die 3500 Frcs. pro März noch zu zahlen.

Auch kommt es doch darauf an, das Verhältniß nicht auf unfreundliche Weise zu lösen, und eine Zurückweisung eines von ihm schon ausgestellten Wechsels würde Bamberg natürlich gegen uns erbittern.

Für die Zukunft bin ich dagegen ganz damit einverstanden, daß, wenn nicht ein gänzlicher Abbruch, so doch eine sehr erhebliche Reduktion den Verhältnissen durchaus angemessen. Denn

---

[1]) Bamberg hätte in Paris die Summe von 3500 Frcs. für den Monat März auf Banquier Ahlmann gezogen. Das laufende Gehalt sei Herrn Bamberg bis Ende Februar zugestanden gewesen; für den Fall, daß bis zu diesem Termin die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage in der gemeinsam gewünschten Weise erreicht sei, sollte der Contrakt auf weitere 6 Monate verlängert werden, im andern Falle eine neue Vereinbarung getroffen werden.

Einen gänzlichen Abbruch des Verhältnisses hält Samwer nicht für rathsam, wohl aber eine Einschränkung der Summe. Die Mitteilungen Bambergs seien seit einiger Zeit von ganz geringer Wichtigkeit; er sei vergeblich bemüht, den Mangel an Inhalt durch piquante Form zu ersetzen. Samwer sieht den Vorschlägen Lorentzens entgegen, da dieser bis jetzt die Beziehungen zu Bamberg geregelt habe.

Kiel, 3. März 1865.

die Dienste, welche Herr Bamberg leistet, stehen nicht entfernt in einem Verhältniß zu den dadurch verursachten Kosten. Die Frage würde also nur sein, ob man das Verhältniß ganz abbrechen oder nur die Zahlungen beschränken will. Im ersteren Falle würde ich rathen, ihm noch für zwei Monate, also für März und April die bisherigen Summen also je 3500 Frcs. zu zahlen, aber ihm dabei gleich jetzt zu eröffnen, daß mit Ende April das Verhältniß aufhören werde. Im letzteren Falle würde ich rathen, ihm für März noch die 3500 Frcs. zu geben, von Anfang April an aber ihm monatlich etwa 1000 Frcs. anzubieten bis auf Weiteres. Der letztere Weg ist vielleicht vorzuziehen, weil man ihn dadurch doch noch immer in guter Laune erhält. Aber auch in diesem Falle müßte ihm die betreffende Eröffnung gleich jetzt gemacht werden, wenigstens vor der Mitte des laufenden Monats. Daß es unter allen Umständen gerathen ist, den bitteren Kern der Pille durch einige freundliche und anerkennende Worte zu versüßen, versteht sich wohl von selbst. Auch wäre es wohl gut, eine Andeutung einfließen zu lassen, daß man sich vorbehalte, nach der Anerkennung seine ganz besondere Dankbarkeit zu beweisen. Lorentzen.

165. Lorentzen an Sammer. 1865, 6. März, Berlin. Äußerung des Königs über sein Verhältnis zu Österreich. Gespräch mit Dunker über Anträge der Mittelstaaten beim Bund. Bericht Wydenbrugks über seine Unterhaltung mit Gramont. Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark unmöglich. Frage, was bei Enthüllungen der Kreuzzeitung über die Beziehungen der Augustenburger zur franz. Presse zu tun ist, kann nicht beantwortet werden. Ahlefeld amtsmüde, wird über sein Gespräch mit Karolyi selbst berichten. Schleswig-holsteinische Frage wird im Abgeordnetenhaus nicht angeschnitten. Ankunft Rantzaus mit Briefen

Lieber Freund. Von Dr. Wolff[1]) hörte ich Folgendes: ihm habe am Sonnabend Jemand, der im unmittelbarsten Vertrauen des Königs sei und diesem näher stehe als alle Minister, gesagt „Laßen Sie sich nicht irre machen durch einige Reibungen, die noch zwischen dem hiesigen und dem Wiener Kabinet eintreten werden; die Sache wird wohl noch ein Paar mal zwischen Wien und Berlin hin und hergehen; aber die beiden Monarchen

---

[1]) Bernhard Wolff s. Allg. deutsche Biogr. LV, S. 661.

sind über die Minister hinweg einig, und es wird auf der preußischen Grundlage zum Abschluß kommen. Wolff wollte mir nicht sagen, wer der Mann sei; ich habe nur aus anderen Andeutungen entnommen, daß er zur Militärpartei gehört. Wolff, der seine Leute sehr gut zu taxiren weiß, sagte mir außerdem, daß dieser Mann ihn seit 15 Jahren noch nie getäuscht habe und auch jetzt ihn gewiß nicht habe täuschen wollen.

Ich habe vorgestern nochmals mit Duncker gesprochen, welcher meinen Besuch erwiderte. Das Gespräch war schon eingehender und wandte sich vom Wetter auf die zweckmäßigste Richtung des Kanals zwischen Ost- und Nordsee. Außerdem wollte Duncker gerne wissen, ob wohl die Mittelstaaten einen Schritt beim Bund beabsichtigten; er kam wiederholt auf diese Frage zurück. Aber ich wußte darüber natürlich nichts und konnte mich auf das notorische Faktum berufen, daß seit langem gar keine Beziehungen zwischen Kiel und den Mittelstaaten bestehen, wobei ich übrigens meine Überzeugung nicht verhehlt habe, daß, so lange Österreich nicht mitgeht, die Mittelstaaten nichts weiter können, als ihre eigene Ohnmacht noch deutlicher dokumentiren.

Wolff ist der Verabredung gemäß in Betreff der künftigen Beschränkung seiner Depeschen genau instruirt. Über die Erledigung der beiden Privataufträge schreibe ich an Herrn v. Rumohr [1]).

Den Bericht Wydenbrugks [2]) über seine Unterredung mit dem Herzog von Gramont habe ich, der erhaltenen Instruktion gemäß, ganz für mich behalten und Ahlefeld nichts davon mitgetheilt. Was den hierauf zu fassenden Beschluß betrifft, so ist es für mich unzweifelhaft, daß es sich nur darum handeln kann, dieser Verlockung in einer möglichst höflichen Weise aus dem Wege zu gehen. — Alle Insinuationen, daß hier ernsthaft daran gedacht werde, durch Rückgabe Nordschleswigs die Zustimmung Europas zur Annexion zu erkaufen, halte ich meinerseits für

---

1) Der Privatsekretär des Herzogs.

2) Vom 25. Februar 1865. Ist in Abschrift vorhanden: Der Herzog solle sich Frankreich gegenüber zur Abgabe eines Teils von Schleswig verpflichten, ohne etwas davon nach Berlin oder Wien zu melden.

Verleumdung. Selbst wenn Bismarck vielleicht fähig sein sollte, so weiß er doch recht gut, daß der König niemals darin einwilligt. Deshalb glaube ich auch das nicht, was am Schluß des Wydenbrugk'schen Berichts über Werther[1]) erzählt wird. Auf die Frage, was wir thun sollen, falls in der Kreuzzeitung Enthüllungen über unsere Beziehungen zur französischen Presse erfolgen sollten, weiß ich wirklich im Voraus nicht zu antworten. Wir stehen in so fern gut, als wir zu keiner Zeitung direkte Beziehungen haben, und wenn also behauptet würde, daß gewisse Blätter von uns gekauft seien, so könnten wir dies einfach in Abrede stellen. Im übrigen ist zu hoffen, daß E. Simon vorsichtig gewesen ist. Sollte er etwa angegriffen werden, so müßte ihm auch die Antwort überlassen werden.

Herrn v. Ahlefeld habe ich meine Briefe Nr. 5 und 6 (vom 1. und 2. März)[2]) vorgelesen, und er hat mich ermächtigt, ausdrücklich zu berichten, daß er mit den dort entwickelten Ansichten namentlich über die künftig vom Herzog einzunehmende Stellung einverstanden sei. Übrigens war Herr v. Ahlefeld gestern sehr mißmuthig und meinte, länger als bis Ende dieses Monats werde er hier nicht aushalten. Ich stellte ihm vor, daß sein Weggehen als ein Bruch des Herzogs mit Preußen werde aufgefaßt werden, und daß die bloße Thatsache seiner Anwesenheit in Berlin schon von Nutzen sei. Dies gab er zu, aber meinte, der Herzog könne ja einen Anderen schicken. — Er wollte über ein Gespräch, das er vorgestern mit Graf Karolyi gehabt hat, selbst berichten, und wird bei der Gelegenheit wahrscheinlich etwas von seinem Wunsch einfließen lassen. Ich hoffe, daß dies nur eine vorübergehende Verstimmung ist, habe es aber doch nicht unerwähnt lassen wollen.

In Abgeordnetenkreisen befestigt sich die Ansicht, daß eine Debatte über die schleswig-holsteinische Frage jetzt nicht opportun wäre. Es wird also wohl nicht dazu kommen.

---

[1]) Baron Werther habe ihm (Gramont) ausdrücklich gesagt, Preußen werde, wenn es seine Zwecke im Übrigen vollständig erreichen könne, wegen Rückgabe eines guten Theils von Schleswig keine Schwierigkeiten machen.

[2]) Nr. 159 und 161.

So eben kommt Graf Rantzau und bringt Deinen Brief vom 4.[1]) d. M. nebst der Einlage an Stockmar. Ich werde diese zunächst abgeben und, falls ich Stockmar treffen sollte, auch gleich über seine Ansichten berichten können.

Mit besten Grüßen Lorentzen.

166. Schleiden an Lorentzen. 1865, 12. März, London. Vorschlag, die Fragen der Herzogtümer zu trennen und einzeln zu behandeln. Vorteile und Nachteile dieses Vorschlags.

Eine Unterredung, die ich gestern Abend über die Schleswig-Holsteinische Frage hatte, veranlaßt mich, wieder einige Zeilen an Sie zu richten, obwohl ich Ihnen erst am 7.[2]) schrieb. Man machte mich darauf aufmerksam, daß es vielleicht das geeignetste Mittel sein würde, den Preußischen Annexionsgelüsten ein paroli zu bieten, wenn man die Frage Holsteins und Schleswigs getrennt behandle, Österreich alle aus seinem Mitbesitz entspringenden Rechte an Holstein sofort an den deutschen Bund cedirte, und dieser dann den Erbprinzen von Augustenburg sofort als Herzog von Holstein anerkenne, wodurch dieser in den Stand gesetzt würde, dann als Bundesfürst auch die Hilfe des Bundes anzurufen, um in seine Rechte in Schleswig und eventuell in Lauenburg eingesetzt zu werden. Der Vorzug dieser Behandlung der Sache besteht darin, daß das Ausland gegen eine solche

[1]) Nr. 162.

[2]) Er spricht in diesem Briefe u. A. auch von den preußischen Forderungen. Wir werden jedenfalls abwarten müssen, ob Graf Goltz Recht hatte, wenn er meinte, Bismarck würde nur deshalb viel fordern, um etwas ablassen zu können. Mein Vertrauen zu Österreichs Festigkeit ist leider sehr gering, und ich glaube auch nicht, daß es so leichtes Spiel haben würde, wie Sie anzunehmen scheinen, wenn es sich entschlösse, den Antrag auf Anerkennung des Herzogs am Bunde zu stellen. Preußen ist zu weit gegangen, um vor den äußersten Consequenzen zurückweichen zu können. Dem Muthigen gehört die Welt. Bismarck ist energisch, und der König hat Ehrgefühl und ist schwach und impressionabel, wenn man ihn zu behandeln weiß, wie Bismarck es versteht. Die Zähigkeit der Herzogtümer ist in meinen Augen die beste, wenn nicht die einzige Garantie für einen leidlichen Ausgang. Daß die preußische Begehrlichkeit dort den Particularismus so stark geweckt hat und wecken mußte, ist zu beklagen, aber ich freue mich doch Ihrer Versicherung, daß das Volk ausharren würde.

Verfügung über das Bundesland Holstein keinerlei Einwendung erheben könnte, und Preußen genöthigt würde, entweder offen mit dem Bunde zu brechen und es auf Bundesexekution also auf einen Krieg mit dem übrigen Deutschland ankommen zu lassen oder nachzugeben. Der Besitz von Schleswig allein ohne Holstein ist ersichtlich für Preußen ohne Werth. Andererseits läßt sich nicht verkennen, daß eine, wenn auch nur temporäre Trennung Schleswigs von Holstein (denn an eine Retrocession auch nur eines Fußes breit Schleswiger Landes an Dänemark wird natürlich nicht gedacht) große Schattenseiten hat . . .

Schleiden.

167. Lorentzen an Samwer. 1865, 14. März, Kiel. Ahlefelds Bericht über seine Unterredung mit Bismarck. Mohls Ansicht über Kübecks Reise nach Wien.

Lieber Freund. In Berlin ist es mit dem bekannten Auftrag an Ahlefeld[1]) viel schneller gegangen, als wir dachten. Gestern Morgen erhielt Ahlefeld die betreffende Instruktion, meldete sich sofort bei Bismarck und wurde schon zu gestern Abend angesagt, hat auch nach der Unterredung noch gestern Abend Zeit gehabt zu berichten. Die Unterhaltung ist sehr kurz gewesen. Bismarck hat erklärt, daß, wenn gleich bisher eine Mittheilung der preußischen Forderungen, so lange dieselben als Gegenstand schwebender Unterhandlungen zu betrachten gewesen seien, nicht zulässig erschienen, doch dieser Grund jetzt wegfalle, da Österreich abgelehnt hätte. Er für seine Person habe daher nichts gegen die gewünschte Mittheilung und sehe auch kaum ein Bedenken gegen eine Veröffentlichung. Er könne indeß die Mittheilung nicht ohne Weiteres zusagen, sondern müßte darüber erst beim Könige anfragen. Er werde darüber baldigst eine Benachrichtigung an Ahlefeld gelangen lassen. Wir können also wahrscheinlich bald das Aktenstück erwarten. Sobald ich darüber Gewißheit habe, erhälst Du telegraphische Nachricht.

Mohl schreibt, aber lediglich als seine persönliche Vermuthung, daß Kübecks Reise nach Wien mit einem Minister-

[1]) s. Jansen-Samwer S. 451.

wechsel in Zusammenhang stehen könne; die Mehrzahl der Bundesgesandten aber glauben, die Reise beziehe sich auf die mittelstaatlichen Pläne.

Hier nichts neues. Mit besten Grüßen Lorentzen.

168. Sammer an Lorentzen. 1865, 15. März, Gotha. Das Unternehmen in Hamburg. Äußerungen des Kronprinzen gegen die Annexion. Besuch bei Warnstedt. Seine Arbeit. Hannover fürchtet Preußen. Benningsens Ansicht über die Konzessionen. Verständigung zwischen dem Herzog und dem Großherzog von Oldenburg angeregt.

Lieber Freund. In Hamburg habe ich mich nur kurz aufgehalten, indessen von unserm jungen Freunde doch erfahren, daß das bewußte Unternehmen festgestellt und am 1. April in Wirksamkeit treten wird. Für den Fall, daß noch etwas fehlen sollte, habe ich ihn ermächtigt noch zuzutreten, aber er wird davon nur im äußersten Falle Gebrauch machen.

Derselbe erzählte mir übrigens nach dem Referate eines kurhessischen Ministers, daß der Kronprinz von Preußen auf seiner neulich in jene Gegenden unternommenen Reise alle Welt durch ein ganz rücksichtsloses und herausforderndes Sprechen gegen Annexion und für den Herzog verblüfft hat.

In Hannover sah ich Warnstedt[1]). Derselbe hat noch seine Arbeit[2]) nicht abgeschlossen, sondern will auch noch die brandenburgischen Ansprüche zugleich untersuchen. Er hat in dieser Hinsicht wahrhaft Überraschendes zu Tage gefördert und wird den Nachweis liefern, daß diese Ansprüche vorzubringen lediglich möglich war, indem man das Wesentlichste verschwieg. In dieser Hinsicht wird die Arbeit allerdings vollkommen entscheidend werden, so daß die Kronsyndici nicht im Stande sein werden, irgend etwas, und sei es auch nur Nebelhaftes, zu behaupten.

In Hannover ist man, so sagen übereinstimmend Warnstedt und Benningsen, nur von der Furcht vor Preußen beherrscht und wird so ziemlich alles, was es wünscht, thun. Dieser Gedanke der Furcht hat sich namentlich des hannoverschen

---

1) s. Allgem. deutsche Biogr. Bd. XLI, S. 179.

2) Erschienen 1865 in Hannover unter dem Titel: Die Oldenburger und Brandenburger Erbansprüche auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein.

Bürgermeisters[1]) bemächtigt, der fürchtet, daß ihm Preußen sein ganzes Vermögen wegnehmen will und daher sich auch gegen die Annexion der Herzogthümer durchaus nicht sträubt.

Benningsen war außerordentlich verständig. Seine Meinung ging dahin, daß die verständigen Leute in Berlin mit den schon in Aussicht gestellten Concessionen vollkommen zufrieden sein würden, wenn sie davon erführen, daß das Pronunciamento ebensowenig rathsam sei, als ein allmäliges Durchsickern, sondern daß man bis zum Frühjahre jedenfalls in dem bisherigen Verfahren beharren könne. Es komme doch sehr auf Österreichs Meinung an, und man solle dieselbe nicht wegen der Meinung der Gesellschaft „Germania" auf's Spiel setzen, zumal die letztere in ihrer Mehrzahl und besseren Elementen die Verhältnisse nicht unrichtig beurtheilen. Nachmittag werde ich Stockmar sehen, der dann freilich wohl eine andere Meinung haben wird . . .

Schließlich noch, daß unserm Hamburger Freunde ich den alten Plan hinsichtlich einer Vereinigung mit dem Großherzog von Oldenburg vorgelegt habe. Er meint, dieser Plan könne sehr wohl auf Erfolg rechnen; er müsse ihm aber vom Herzog direkt gebracht werden. Denn des Großherzogs ungemeiner Hochmuth werde ihn denselben verwerfen lassen, wenn Andere damit kämen. Ich habe natürlich diesen Weg verworfen. Unser Freund wollte es sich näher überlegen, wie es etwa in anderer Weise zu machen sei.

Gotha, 15. März 1865. Dein Sammer.

169. Sammer an Lorentzen. 1865, 20. März, Gotha. Der sächsische Antrag beim Bunde. Reise nach Karlsruhe. Ausbleiben von Lorentzens Telegramm. Beitrag für Warnstedts Schrift.

Lieber Freund. Hierbei ein gestern eingegangener Bericht[2]) von Löwenfels, der einiges Licht über den beabsichtigten Antrag

---

[1]) H. Rasch.

[2]) Ew. Excellenz! Herr Staatsminister v. Beust haben mich heut in den Stand gesetzt, Ew. Excellenz mittheilen zu können, daß demnächst an den Königl. Sächsischen Gesandten Herrn v. Karlowitz zur Beförderung an die Großherzogliche und die Herzoglich Sächsischen Regierungen der Antrag gelangen wird, welchen Bayern, nachdem sich Herr v. d. Pfordten zu dem früher vereinbarten alleinigen Vorgehen seiner Regierung nicht entschließen konnte,

am Bunde giebt. Indessen ist noch nicht klar, ob Österreich zustimmen wird.

Ich gehe heute Nachmittag nach Karlsruhe und hoffe, Roggenbach zu bestimmen, sich nicht auszuschließen . . .

Neues weiß man hier nicht. Das Ausbleiben Deines Telegramms[1]) ist mir nicht ganz verständlich. Will Bismarck das Gewünschte[2]) nicht hergeben, so würde sich der in meinem letzten Briefe vorgeschlagene Plan nicht ändern.

Möglicherweise wird noch vor meiner Rückkehr ein Brief von Warnstedt eingehen, der, um die beabsichtigte Schrift wohlfeiler zu machen, für die Verlagshandlung einen Beitrag von 200 Thalern wünscht. Ich habe ihm denselben bestimmt in Aussicht gestellt.

Gotha, 20. März 1865. Samwer.

---

nunmehr in Gemeinschaft mit Sachsen am Bunde einbringen wird. Dieser seit Monaten vorbereitete Antrag, gegen welchen Österreich eine Einwendung nicht erhebt, ist auf die nunmehrige Einsetzung des Herzogs Friedrich von Augustenburg in die Regierung der Elbherzogthümer gerichtet und wird von den preußischen Forderungen gänzlich absehen.

Se. Excellenz qualificirten denselben als eine Recognoscirung, hauptsächlich dienlich, um die beiden deutschen Großmächte zu einer definitiven und deutlichen Präcisirung ihrer Stellung und Absichten gegenüber der Schleswig-Holsteinischen Souveränitätsfrage zu veranlassen.

Obwohl der Herr Staatsminister behaupteten, dem Resultate der Abstimmung mit großer Gemüthsruhe entgegen zu sehen und nur dann demselben die Majorität für gesichert halten, wenn Österreich sich für denselben erklärt, so verfehlen Sie doch nicht, auf die große Bedeutung hinzuweisen, welche für den Fortbestand der deutschen Bundesverhältnisse in der Verwerfung jenes Antrages liege, indem in diesem Falle die bereits unhaltbar gewordene Bundesverfassung ganz zerfallen, und jeder Staat sich genöthigt sehen werde, die Sicherheit seiner Existenz irgend wie und irgend wo zu suchen. Einer sogenannten Agitation für den Antrag ist Herr v. Beust ganz abgeneigt, glaubt aber der 6 Stimmen, welche in dem letzten Bundesbeschluß zusammengingen, gewiß seyn zu können. Die Erreichung der Majorität liege aber, wie gesagt, in der Hand Österreichs . . .

Dresden, den 18. März 1865.

[1]) s. Nr. 167.

[2]) Den Aufschluß über die Februarbedingungen.

170. Hänel an Lorentzen. 1865, 23. März, Kiel. Die Versammlung des 36er Ausschusses. Lorentzen soll in gewissen Punkten Einfluß auf die Vertreter auszuüben suchen. Sammers Rückkehr erwartet. Lorentzen nach Kiel.

Verehrter Herr Doctor. Im Auftrage Seiner Hoheit theile ich Ihnen folgendes mit. Die Zusammenkunft[1]) des 36er Ausschusses mit dem Ausschusse der schleswig-holsteinischen Vereine mag vielleicht nicht ganz ohne günstige Wirkung auf gewisse Kreise des Abgeordnetenhauses sein. Aber sicherlich ist das Moment nicht ohne Bedenken. Die Versammlung wird zweifelsohne leicht zu einem gewissen Compromiß führen, dessen Inhalt wesentlich mit dem Standpunkt übereinstimmen würde, der eintretenden Falles von hier aus eingenommen werden müßte. Es liegt auf der Hand, daß dann den späteren Schritten der Eindruck des Nachhinkens des Beeinflußtseins von dieser Seite ankleben würde.

Unter diesem Gesichtspunkte erscheint es unter allen Umständen als das vortheilhafteste, wenn die Zusammenkunft sich mit einem Meinungsaustausche ohne größere Resultate, also ohne bestimmte Resolutionen und Beschlüsse abwickelte. Gestaltete sich die Sache anders, so wäre es wenigstens wünschenswerth, daß die betreffenden Beschlüsse nicht präjudicierlich erscheinen. Sie dürften nicht auf das Einzelne (Militär-Marineconvention, Zollverein) eingehen, sondern sich mit einer allgemeinen Formulirung begnügen, die etwa das Princip des Selbstbestimmungsrechtes verbunden mit einer Anerkennung die Nothwendigkeit und Nützlichkeit des Anschlusses an Preußen combinirte. Insbesondere wäre es wichtig, die unklaren und verwirrenden Bezeichnungen des Bundesstaates zu vermeiden. Es käme also darauf an, die Besonderheit der vorliegenden Verhältnisse anzuerkennen und etwa für die Zukunft die bundesstaatliche Unterordnung Schleswig-Holsteins unter die deutsche Centralgewalt als eine Forderung

[1]) Die Versammlung tagte am 25.—27. März. Sie verwarf die Ableistung des Fahneneides an den König von Preußen, die Aushebung der Mannschaften und einseitige Übertragung der Preußischen Armeeorganisation und die Verwaltung des Zoll-, Post- und Telegraphenwesens durch andere als die eigene Landesbehörde, s. Jansen-Samwer S. 448.

hinzustellen. In dieser Richtung würde es wünschenswerth sein, Ihren Einfluß zu verwenden, wobei natürlich jedes persönliche Hervortreten ängstlich zu vermeiden wäre.

Geheimrat Sammer wird Sonnabend früh zurückkehren, und Seine Hoheit läßt Sie bitten, sich für Sonntag Abend reisefertig zu machen. Mit den besten Grüßen

Ihr Hänel.

171. Sammer an Lorentzen. 1865, 6. April, Kiel. Reisepläne für Lorentzen. Ahlefelds Bleiben in Berlin nötig. Stimmung des Königs zu erforschen. Anfrage an Stockmar, ob ein Besuch des Herzogs zweckmäßig wäre.

Lieber Freund. Nachricht, daß er morgen Abend nach Kiel kommen solle; er werde von dort wohl weiter nach Wien müssen.

An Ahlefeld soll er sagen, daß grade die Procedur des Bundestages es nothwendig mache, daß der Herzog ihn bitten müsse, in der nächsten Zeit auf eine Reise in die Heimath zu verzichten. Eine solche Reise würde schlimm aufgefaßt werden und großen Schaden thun.

Sieh doch zu, ob Du nicht morgen im Laufe des Tages erfahren kannst, was der König über die Ansichten des Herzogs denkt. Es wäre das sehr wichtig zu wissen. Auch bitte, mit Stockmar zu sprechen, was er nun meint, daß nach einem günstigen Decrete des Bundestags geschehen könnte. Ob ein persönliches Hinkommen des Herzogs noch immer bedenklich wäre.

Kiel, 5. April 1865. Dein Sammer.

172. Sammer an Lorentzen. 1865, 11. April, Kiel. Reise nach München zu v. d. Pfordten. Bismarck beim König gegen den Herzog. Schritte auf Anerkennung sollen in München nicht getan werden. Einführungsschreiben an v. d. Pfordten. Der Großherzog von Oldenburg Kandidat Preußens. Besprechung mit Wydenbrugk über die Frage der Entfernung des Herzogs aus Holstein und des Großherzogs von Oldenburg. Reise nach München muß möglichst rasch angetreten werden. Die Entstehung des Bundesbeschlusses. Vertrauliche Behandlung der Instruktion vom 31. März.

Lieber Freund. Ich soll Dir schreiben, daß Du baldmöglichst nach München gehen mögest, um Pfordten zu sprechen.

Deine Aufgabe wird ihm gegenüber nur sein, das Schreiben vom 31.[1]) d. Monats an Ahlefeld ihm zu übergeben und zu erläutern.

Etwas weiteres wird bei Pfordten wohl kaum nöthig sein, ich meine, auf Anerkennung zu dringen dürfte nicht ohne einige Gefahr sein. Bismarck ist jetzt eifrig beschäftigt, den König gegen den Herzog einzunehmen; er benutzt dazu, wie wir ja wissen, die alten abgestandenen Geschichten. Er würde ohne Zweifel eine Anerkennung seitens der Münchener in jeder Weise so ausbeuten, daß diese Renitenz und bedrohende Haltung derselben wie der Mittelstaaten überhaupt nunmehr Preußen zwingen müsse, und es ihm zur Selbsterhaltungspflicht mache, sich gegen den Herzog zu erklären.

Daß Bismarck so handeln wird, ist ja wohl sicher, ob er damit durchdringt, ist ja freilich unsicher, indeß die Gefahr ist größer als am Ende der zu erlangende Vortheil. Denn darüber kann ja kein Zweifel sein, daß nicht bloß Pfordten, sondern auch sein Herrscher so weit gebunden ist, als dieß überhaupt der Fall sein kann, daß daher die Festmachung durch Anerkennung kaum noch der schon bestehenden etwas hinzufügen würde. Von denselben Gesichtspunkten ausgehend sollen auch an dem dritten in Frage gestandenen Orte keine Schritte auf Anerkennung geschehen, obgleich die Verhältnisse daselbst kaum so günstig wie in München liegen.

Die Ansicht also, welche Deiner Instruktion an Beust zu Grunde lag, existirt gegenwärtig hier nicht mehr. Was Beust betrifft, so hat er ja auch schon eigentlich die Anerkennung übernommen.

Was nun Pfordten anbetrifft, so wird der beiliegende Brief, den Du mit der erforderlichen Adresse versehen kannst, Dir die Einführung gewähren. Das Schreiben vom 31. d. M. ist demselben eingeschlossen. Neues ist nicht passirt. Nur die Bestätigung, daß der Großherzog von Oldenburg jetzt ins Auge gefaßt wird, der sich ganz mit den preußischen Vorschlägen einverstanden erklärt habe.

Beste Grüße an Wydenbrugk.

Kiel, 11. April 1865. Dein Samwer.

---

[1]) Abgedruckt bei Jansen-Samwer, Beilage Nr. 48.

P. S. Die Abschrift des Schreibens an Pfordten liegt bei.

Sprich mit Wydenbrugk darüber 1. wie man in Wien die Nachricht aufnehmen werde, daß die Absicht Preußens dahin gehe, den Herzog aus den Herzogthümern zu entfernen, und 2. was man etwa dagegen zu thun geneigt sein möchte.

Wydenbrugk soll vorläufig noch keine Schritte deshalb thun, dieselben müßten hier erst gebilligt werden.

Die Art der Entfernung aus den Herzogthümern würde wohl die sein, daß der König an den Herzog schreiben würde, und wenn das nichts hilft, daß mit Umgehung der Civilbehörde und speciell Halbhubers gewaltsam vorgegangen würde.

Die Vorwände würden der schlechten Gesinnung der Schleswig-Holsteiner entnommen werden, welche dem Herzog zugeschrieben wird. Herzog Christian wurde vorgestern vom König gesagt, daß der Herzog oder seine Leute dahin streben müßten, diese schlechte Gesinnung zu verbessern, sonst müßte er andere Maßregeln ergreifen.

Sehr wichtig wird denn noch, daß Du mit Wydenbrugk wegen des Großherzogs von Oldenburg sprichst. Der Plan dürfte sein: Österreich zu sagen, wir sind mit dir über die Concessionen einig, wenn du uns den Großherzog von Oldenburg giebst. Die Versuchung wäre für Österreich sehr stark, aber wir sind ja darüber klar, daß, wenn es sie nicht besteht, es sein Spiel entschieden verliert.

Du mußt sobald möglich nach München reisen. Am Besten sogleich, dann kannst Du ja, wenn Wydenbrugk Mensdorff erst später sprechen sollte, über Wien zurückreisen.

Frag doch einmal Wydenbrugk, ob Roggenbachs Ansicht begründet ist, daß derselbe mit Beust und Pfordten den Bundesbeschluß hervorgerufen habe. Schließe anliegenden Brief mit einem irrelevanten Siegel und bitte Pfordten, durchaus das Schreiben vom 31. v. Monats als vertraulich zu behandeln.

173. Schleiden an Lorentzen. 1865, 3. Mai, London. Freude über die Absicht, die Stände zu berufen. Meinung Latours, daß Bismarck offiziell diesen Antrag noch nicht ausgesprochen hat. England wird Bismarck nicht unterstützen. Bedauern, daß er von Kiel aus nicht besser unterrichtet worden ist.

Lieber Lorentzen. Sie sind, wie ich höre, von München[1]) und Wien nach Kiel zurückgekehrt, und so will ich einen neuen Versuch machen, unsere Correspondenz wieder in Gang zu bringen, obwohl Sie meine Briefe vom 7. u. 12.[2]) März unbeantwortet gelassen haben.

Der neuen wichtigen Wendung in der Angelegenheit der Herzogthümer freue ich mich natürlich aufrichtig und gebe mich der Hoffnung hin, daß doch noch ein leidlicher Ausgang erreicht wird, wenn Österreich sich mit der Berufung der Stände nach dem Wahlgesetz von 1848 mit oder ohne Modificationen, ohne zu langes Zögern einverstanden erklärt. Latour behauptet allerdings noch gestern, daß Preußen einen formellen Antrag wegen Berufung der Stände bis jetzt in Wien nicht gestellt, sondern nur in allgemeiner Weise den Gegenstand zur Berathung gebracht hat. In der Sache ändert dies m. E. nichts, obwohl der Gedanke nahe liegt, daß Herr von Bismarck sich bei seiner neuen mehr kühnen als einsichtigen Wendung ebenso verrechnet haben könnte, wie er das unzweifelhaft bei seinen Frankreich gemachten Avancen gethan hat. Die Gefahr eines Krieges, in dem Preußen allein stehen würde, hat er dadurch allerdings abgewendet, aber wenn die Herzogthümer, sobald sie zu Worte kommen, ihre Pflicht thun, wird er jedenfalls viel an seinen ursprünglichen Forderungen nachlassen, und sich vielleicht und hoffentlich mit noch wenigerem begnügen müssen, als das Programm der Vertreter Schleswig-Holsteinischer Vereine und des 36er Ausschusses als Verhandlungsbasis bezeichnete. Von hier hat er keinerlei Unterstützung zu erwarten. Lord Russell ist entschlossen, England nicht von neuem in dieser Sache zu engagiren. Er hat in Wien zu einer Verständigung mit Preußen rathen lassen und Lord Napier instruirt, sich völlig passiv zu verhalten, selbst die Berufung der Stände, die man unzweifelhaft gern sieht, weder zu billigen noch zu mißbilligen . . .

Er (Schleiden) hätte hier mehr thun können, „wenn ich einigermaßen über die eigentliche Stimmung der Herzogthümer,

---

1) s. darüber Jansen-Sammer, S. 456.

2) Nr. 166.

die ich natürlich als preußenfeindlich schildere, und über die Politik des Herzogs unterrichtet gewesen wäre". Aber über die Verhandlungen zwischen dem Herzoge und Preußen habe er nur durch die Zeitungen erfahren, und Francke, der ihm am 31. März geschrieben habe, habe sich wohl nicht für berechtigt gehalten, ihm Mittheilungen zu machen. Er bittet, ihn im Interesse der guten Sache au fait zu halten.

Mit freundlichem Gruße. Schleiden.

174. Lorentzen an Samwer. 1865, 9. Mai, Berlin. Die Stimmung bei den Abgeordneten. Mistrauen gegen die Kieler Politik. Entfremdung der öffentlichen Meinung. Die Instruktion an Ahlefeld macht großen Eindruck. Veröffentlichung derselben unbedingt nötig. Gründe dafür. Schneller Entschluß muß gefaßt werden. Geffcken und Stockmar für Veröffentlichung.

Lieber Freund. Ich habe diese Tage benutzt, um mit verschiedenen Abgeordneten zu sprechen und ihnen, so weit als zulässig, die Thatsachen mitzutheilen. Ich will nur beiläufig bemerken, daß dies ein sehr zeitraubendes Geschäft ist, da man oft viele vergebliche Wege machen muß, ehe man Jemanden trifft. Denn die Herren sind fast den ganzen Tag entweder in der Plenarsitzung oder in Commissionen oder des Abends in Fraktionen.

Bei Allen, die ich gesprochen habe, mache ich dieselbe Erfahrung. Sie sind keine Freunde Bismarcks und möchten nicht gerade zur Vergewaltigung der Herzogthümer mitwirken. Aber noch größer ist ihr Mißtrauen gegen die Kieler Politik, welche durchaus in dem Ruf des Partikularismus steht und für österreichisch-würzburgisch gilt. Alle Versicherungen helfen dagegen nicht viel. Dieser Glauben ist so fest geworden, weil von hier die Verläumdung unablässig thätig gewesen ist und den ganzen Markt beherrscht, während in Kiel die Rücksicht auf Österreich und die Mittelstaaten das Hervortreten mit dem wahren Sachverhalt nicht als zulässig erscheinen ließ. So ist die öffentliche Meinung uns mehr und mehr entfremdet worden. Dem gegenüber kann man nur mit Thatsachen, nicht mit Phrasen, etwas ausrichten. Aber das Aktenstück vom 31. März wirkt geradezu

Wunder. Jeder, dem ich es vorlese, hat die Empfindung, wie wenn ihm der Staar gestochen wird. Ich begegne überall der vollsten Billigung der Instruktion, sowohl nach Form als nach Inhalt. Die erste Frage, welche dann immer erfolgt, ist die, weshalb das Aktenstück nicht veröffentlicht werde; die Folge davon, versichert man, werde die völlige Umstimmung der öffentlichen Meinung in Preußen sein. Ich wende dagegen die schwebende Natur der Frage und dergleichen ein. Aber nach wiederholter Erwägung muß ich doch sagen, daß mir die Gründe für die Veröffentlichung weit stärker zu sein scheinen als die gegen dieselbe. Als Gründe gegen dieselbe werden angeführt die Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Österreich und die Rücksicht auf Bismarck, den man jetzt, bei seiner günstigeren Disposition, nicht reizen möchte. Für den ersteren Grund habe ich nun einmal kein Verständniß. Die öffentliche Meinung in Österreich hat für die Herzogthümer nicht mehr zu bedeuten, als die öffentliche Meinung in Holstein für die Wallachei. Für Österreich ist unsere Sache lediglich ein Gegenstand der Ministerialpolitik, aber nicht, wie in Preußen, ein Gegenstand der populären Wünsche. Was zweitens die Rücksicht auf Bismarck betrifft, so muß man erwägen, daß er nicht aus Liebe zu uns, sondern aus Noth seine Schwenkung gemacht hat. Daraus folgt, daß man ihm zwar für den Rückzug goldene Brücken bauen, aber zugleich ihm ein Wiedereinlenken auf den früheren Weg möglichst versperren muß. Sobald es ihm möglich ist, wird er auf den Weg der Annexion zurückkehren, mögen wir ihn gereizt haben oder nicht. Durch die Veröffentlichung aber wird offenbar die Rückkehr zur Annexionspolitik erschwert, weil jeder Vorwand dafür ihm entzogen wird. Man kann sogar fragen, ob er durch die Veröffentlichung wirklich gereizt werden würde. Wenn es mit der jetzigen Wendung wirklich Ernst ist, so muß ihm die Veröffentlichung vielmehr erwünscht sein, weil der Herzog dadurch fester an dies Programm gebunden wird, und weil ihm selbst es erleichtert wird, das Aufgeben der Annexionspolitik nicht als einen Rückzug erscheinen zu lassen. — Ferner ist zu erwägen, daß die Abgeordneten ihre Kenntniß dieses Aktenstückes nur sehr schwer und sehr unvollkommen verwerthen können, falls sie uns

nicht schaden wollen. Denn wenn sie mehr als die allgemeine Kenntniß, die man aus den Zeitungen haben kann, durchblicken laßen, so würde es heißen, daß wir mit der Opposition konspiriren, und dann hätten wir Bismarck sicher gereizt. Wenn aber das Aktenstück in den Zeitungen steht, so kann Jeder sich darauf berufen. — Endlich würde es auch für die Partheiführer seine Schwierigkeiten haben, das Gros der Fraktion umzustimmen, so lange sie nicht das Hauptdokument, worauf sie selbst ihre Ansicht stützen, vorlegen können. Wichtiger aber noch als alle diese einzelnen Gründe ist für mich die allgemeine Betrachtung der Lage. Die Sache des Herzogs ist in die Höhe gekommen, weil sie nicht allein identisch mit dem nationalen Interesse war, sondern auch dafür gehalten wurde. Sie ist dann wieder gesunken, weil es gelungen war, sie in der öffentlichen Meinung von dem nationalen Interesse zu trennen. Keine Waffe Bismarck's ist gefährlicher gewesen als diese, und je ängstlicher wir mit unserer wahren Meinung zurückhalten, desto bereitwilliger wird jede Verleumdung geglaubt. Durch dies eine Aktenstück kann die Verleumdung todtgeschlagen werden, und der Herzog erscheint wieder als der Träger der nationalen Idee, während man ihn jetzt für ihren Gegner hält.

Ich bitte also, die Frage der Veröffentlichung nochmals zu erwägen. Aber der Entschluß muß schnell gefaßt werden. Denn wenn das Aktenstück noch auf die bevorstehende Marine-Debatte einwirken soll, so muß es einige Zeit vorher bekannt sein. Und die Marine-Debatte kann nicht wohl später sein als Ende der kommenden Woche oder Anfang der nächstfolgenden. — Ich brauche kaum zu erwähnen, daß Geffcken noch immer sehr entschieden auf Publikation drängt; aber auch v. Stockmar, mit dem ich soeben gesprochen habe, billigt meine Gründe und ist mit der Veröffentlichung jetzt einverstanden; er wollte selbst in diesem Sinne schreiben.

Mit besten Grüßen L.

175. Sammer an Lorentzen. 1865, 10. Mai, Kiel. Antwort auf seinen Vorschlag nach Rückkehr des Herzogs. Seine Bedenken. Die preußische öffentliche Meinung. Seine persönliche Ansicht. Bitte, mit Ahlefeld zu sprechen. Reise nach Hamburg.

Lieber Freund. Dein Vorschlag wegen Veröffentlichung soll ernsthaft erwogen werden. Ich kann Dir aber keine Antwort vor Sonntag versprechen. Denn der Herzog ist heute zu seinem Vater gereist und wird übermorgen Abend erst zurück sein. Er wird sich den Gegenstand indeß auch überlegen. Du weißst, mein einziges Bedenken ist Österreich in Verbindung mit dem Umstande, daß die Stände im Allgemeinen ihre Pflicht thun werden. Ich habe an Stockmar darüber geschrieben, bitte, mit ihm zu sprechen. Würde sich die ganze öffentliche Meinung Preußens auf den Kopf kehren, so wäre es etwas Anderes. Du irrst übrigens wohl in einem Punkte. Das Aufsteigen fand statt Dank der Einstimmigkeit der ganzen Nation, das Niedersteigen wegen ihres Haders. Die preußische öffentliche Meinung hat zum Aufsteigen am wenigsten genützt. Was Du jetzt national nennst, ist es freilich ohne Zweifel; aber nur ein Parteibegriff, giltig nördlich der Mainlinie.

Übrigens bin ich persönlich recht geneigt zum Hervortreten. Bitte auch mit Ahlefeld über den Gegenstand zu sprechen.

Hier nichts Neues; auch nichts von außen.

Freytag werde ich in Hamburg sein.

Kiel, 10. Mai 1865. Dein Sammer.

176. Steindorff an Lorentzen. 1865, 10. Mai, Kiel. Die Stellung der Abgeordneten zu den Februar-Bedingungen soll erkundet werden. Diskussion über den Brief vom 22. Februar ist zu vermeiden. Bitte um baldige Antwort und um die Denkschrift über die Kriegskosten.

Lieber Herr Doctor. Im Auftrage Sammers soll ich Sie fragen, ob zu besorgen wäre, daß die Stände Preußens sich für die Wünsche engagirten, welche Bismarck in dem bekannten und jetzt den Abgeordneten vorgelegten Briefe aus dem Februar ausgesprochen hat. Steht ein derartiges Votum zu erwarten, so kann es wohl nur vermieden werden, wenn nun auch unser Brief veröffentlicht wird.

Ich habe Sammer auf diesen Punkt aufmerksam gemacht, weil ich sonst in der That nicht einsehe, wie die Stände es vermeiden können, sich in irgend einer Weise für die Wünsche Bismarcks auszusprechen, da sie die Annexion nicht unterstützen

wollen, aber schon ihrer Hintermänner wegen sich auf die reine Negative nicht beschränken können. Haben sie aber des Herzogs Brief, so können sie die Wünsche Bismarcks auf sich beruhen lassen, was für alle Theile wünschenswerth ist. Ich würde eine Diskussion auf Grund des Briefes vom 22. Februar[1]) für ein großes Unglück halten, weil mir die Annexion immerhin leichter durchführbar erscheint als dieses unnatürliche System.

Sammer bittet um baldige Antwort; ich selbst um ein Exemplar der Denkschrift und der Vorlage über die Kriegskosten.

Bestens grüßend Ihr Steindorff.

177. Lorentzen an Sammer. 1865, 10. Mai, Berlin. Die Gründe zur Veröffentlichung der Instruktion an Ahlefeld auch durch Twesten bestärkt. Die Veröffentlichung würde Roggenbach oder er übernehmen. Denkschrift wird geschickt werden. Die Besprechung der schleswig-holst. Frage im Abgeordnetenhaus sicher, im Herrenhaus zweifelhaft. Das Hefster'sche Gutachten. Gespräch mit Tempelty. Abrechnung mit ihm jetzt nicht günstig. Besuch bei Keudell scheint nicht nötig. Ein Aufsatz in den Preußischen Jahrbüchern.

Lieber Freund! Die Gründe, die ich gestern für die Veröffentlichung der Instruktion vom 31. März angeführt habe, werden jetzt noch durch die Kriegskostenvorlage verstärkt. Nachdem jetzt Preußen seine Depesche vom 22. Februar und die nach Wien gerichteten Forderungen officiell veröffentlicht hat, kann um so weniger ein Bedenken dagegen vorliegen, daß nunmehr auch die Stellung, welche der Herzog zu diesen Forderungen einnimmt, in authentischer Form bekannt werde. Ich bin in dieser Ansicht noch mehr bestärkt nach einer langen Unterredung, die ich heute mit Twesten gehabt habe, der sehr gut gesinnt ist und auch für den Verlauf der Debatte im Abgeordnetenhause die besten Hoffnungen hat, aber noch zugleich die beste Garantie für ein günstiges Votum des Hauses in der Veröffentlichung des Schreibens vom 31. März findet. — Wenn die Veröffentlichung beschlossen wird, so könnte sie wohl durch Roggenbach besorgt werden. Eventuell wäre auch ich im Stande, die Sache etwa im Schwäbischen Merkur so zu besorgen, daß die Fäden unbedingt vor ihm abreißen.

[1]) s. Jansen-Sammer S. 442.

Die Kriegskostenvorlage werde ich einschicken, sobald sie gedruckt ist. Auch wird Twesten ein Exemplar an Francke schicken.

Wahrscheinlich wird nun die schleswig-holsteinische Frage zweimal im Hause zur Sprache kommen, einmal bei der Marinevorlage und dann bei den Kriegskosten. Doch steht die geschäftliche Behandlung der letzteren Vorlage noch nicht fest und wird erst nach dem Druck entschieden werden. Die Marinekommission hat bis jetzt absichtlich gezögert, um erst die Kriegskostenvorlage abzuwarten. Jetzt wird sie wohl rasch zum Schluß kommen. Um so dringlicher ist die Entscheidung über die Frage der Veröffentlichung.

Ob die schleswig-holsteinische Frage im Herrenhaus überhaupt zur Sprache kommt, hält Gruner heute noch für ungewiß. Die Marinevorlage wird wahrscheinlich gar nicht an's Herrenhaus kommen, weil sie im Abgeordnetenhause abgelehnt wird. Wie es mit der Kriegskostenvorlage gehen wird, kann man noch nicht mit einiger Bestimmtheit sagen. Aus eigener Initiative wird das Herrenhaus die Sache wohl nicht anfassen. Über das Heffter'sche Gutachten wußte Gruner heute noch nichts bestimmtes, hoffte aber, bald etwas zu erfahren. Er wollte nur gehört haben, daß Heffter in Beziehung auf einige Theile von Holstein das Erbrecht des Herzogs anerkannt, im Übrigen alles in suspenso gelaßen habe, so daß allein die politische Zweckmäßigkeit entscheiden müsse.

Über mein Gespräch mit Tempelty[1]) wegen der Instruktion werde ich morgen schreiben. Ich möchte aber doch rathen, nicht gerade diesen Punkt zur Abrechnung mit ihm zu benutzen, zumal wenn die Instruktion veröffentlicht werden soll. Auch wäre gerade jetzt ein Bruch mit ihm nicht opportum, da er dann im Abgeordnetenhause allerlei Verhetzungen anstiften könnte.

Daß ich zu Keudell[2]) gehe, halte ich nicht für richtig, erstlich, weil er willenloses Instrument ist, und zweitens, weil ich gerade jetzt mehr der Abgeordneten wegen hier bin und

[1]) Kabinetsrat des Herzogs von Coburg und ehemaliger Sekretär des Berliner Fortschrittsvereins.

[2]) Robert v. Keudell s. Bettelheim, Biogr. Jahrbuch, Bd. X, S. 306ff.

mich also von den ministeriellen Kreisen besser ganz fern halte. — Den Aufsatz in den neuesten Preußischen Jahrbüchern[1]) habe ich gelesen. Das ist wohl von Ungern-Sternberg[2]) und Busch zusammen gebraut; als spiritus rector wird dabei Duncker fungirt haben. Ich hoffe, morgen Stockmar zu sehen, und werde dann mit ihm darüber sprechen. Die beste Widerlegung wäre meines Erachtens die Veröffentlichung der Instruktion vom 31. März. Wenn ich Simson[3]) sehe, will ich bei ihm den Gedanken anregen, ob nicht die Häupter der Alt-Liberalen die Preußischen Jahrbücher, welche ja jetzt Bismarck'sche Politik machen und in den Ton von Gödsche verfallen, geradezu als ihr Organ desavouiren können.

Ganz Dein Lorentzen.

178. Lorentzen an Samwer. 1865, 12. Mai, Berlin. Gespräch mit Stockmar über die Veröffentlichung der Instruktion. Briefe von Steindorff. Beantwortung derselben. Die Denkschrift über die Kriegskostenvorlage. Die Krongutachten. Olshausen hier. Leitung der Jahrbücher. Zusammenkunft mit Simson verabredet.

Lieber Freund! Ich habe Deinen gestern erhaltenen Brief an Stockmar gegeben, der darauf schon gestern Abend durch Bunsen[4]) geantwortet haben wird. Du kennst also bereits das Ergebnis unserer Unterredung. Wir sind bei der Meinung geblieben, daß die Gründe für die Veröffentlichung überwiegen. Jedenfalls sind die Vortheile des Bekanntwerdens sicher und unzweifelhaft. Die Gefahren sind, wenn auch ihre Möglichkeit nicht bestritten werden soll, nur hypothetisch. Nachdem Österreich das Schreiben selbst einigermaßen verdaut hat, wird es wohl auch das Bekanntwerden herunterwürgen.

Heut früh erhielt ich gleichzeitig zwei Briefe von St[eindorff], einen vom 10.[5]) und einen vom 11.[6]). Die in dem ersteren

---

[1]) Band XV, Seite 542—569 „Die Zukunft Schleswig-Holsteins".

[2]) Eduard Freiherr v. Ungern-Sternberg, Publizist und Politiker.

[3]) Martin Eduard Sigismund v. Simson s. Allg. deutsche Biogr. LV, S. 348ff.

[4]) Georg v. Bunsen s. Bettelheim Biogr. Jahrbuch I, S. 34 ff.

[5]) Nr. 176.

[6]) Bitte an Lorentzen, sich Olshausen's anzunehmen, da es nicht bedeutungslos sei, ob dieser sich für die Freiheit oder für Bismarck ausspräche.

angeregte Frage ist im Grunde schon durch meine früheren Schreiben erledigt. Man kann darauf immer ja nur hypothetisch antworten. Aber so viel ist doch unbedingt klar, daß die Abgeordneten geradezu dahin gedrängt werden, sich für die preußischen Februarforderungen auszusprechen, wenn nicht ein annehmbares Anerbieten von unserer Seite in authentischer Form vorliegt. — Zum Theil wird die Entscheidung über die Veröffentlichung auch von dem Inhalt der Kriegskostenvorlage abhängen. Diese ist noch nicht fertig gedruckt. Es liegen erst einige Aushängebogen vor. Wie ich höre, ist in der beigefügten Denkschrift besonderes Gewicht auf die Ansprüche Christian's IX. gelegt, dessen Recht nicht auf dem Londoner Traktat, sondern auf dem Thronfolgegesetz von 1853 beruhe. Es soll auch behauptet sein, die schleswig'schen Stände hätten dies Gesetz anerkannt. Diese Theorie, die im Januar schon einmal aufgestellt wurde, wurde damals im Altonaer Merkur widerlegt. Ich möchte bitten, mir von den betreffenden Nummern des Altonaer Merkurs mehrere Exemplare zu schicken.

Von Gruner höre ich heute, daß, nachdem das Homeyer'sche Gutachten über Lauenburg schon vor längerer Zeit ausgegeben ist, nunmehr auch das Heffter'sche über Schleswig-Holstein unter die Kronsyndici vertheilt ist. Über den Inhalt wußte er noch immer nichts, als daß es in seinen Resultaten sehr unbestimmt sei, Alles in's Ungewisse stellen soll. Die Kronsyndici sollen nun die beiden Vota studiren, dann soll am 7. Juni eine Art von gemeinsamer Berathung stattfinden.

Theodor Olshausen[1]) ist seit einigen Tagen hier. Ich habe ihn gestern, aber nur flüchtig, gesprochen. Er wird bis Ende dieses Monats hier bleiben, dann Anfang Juni auf wenige Tage nach Holstein gehen, dann für den Sommer nach der Schweiz, später nach Amerika zurück. Auf Politik bin ich mit ihm noch nicht gekommen. Es macht mir den Eindruck, daß er nicht die Neigung hat, sich jetzt in unsere Sache einzumischen.

Duncker hat eine gewisse allgemeine Oberleitung bei den Preußischen Jahrbüchern, die jetzt wohl noch direkter ist, da

---

[1]) Theodor Olshausen s. Allgem. deutsche Biogr. XXIV, S. 330.

Wehrenpfennig[1]) verreist ist. Sonst kenne ich keine speciellen Data, aus denen sich seine Betheiligung bei dem betreffenden Aufsatz ergäbe.

Simson ist jetzt wieder hier. Ich habe auf morgen eine Zusammenkunft mit ihm verabredet. Lorentzen.

179. Lorentzen an Sammer. 1865, 15. Mai, Berlin. Erklärung betreffend Tempeltey. Gespräch mit Simson; auch er für Annexion. Wenig Vertrauen zu Sammer und Francke. Unterredung mit Mommsen, Eindruck der Instruktion. Seine Bedingungen, unter denen er wieder zum Herzog halten wolle. Scharfe Verurteilung der Kieler Politik. Die preußischen Jahrbücher. Nochmals die Veröffentlichung der Instruktion.

Lieber Freund. Meine Erklärung wegen Tempeltey folgt hierbei[2]). Ich wiederhole aber, daß ich wegen solcher Geschichten ihn nicht hinterher verstimmen möchte. Entweder rechne gründlich mit ihm ab und schaffe ihn fort oder laß ihn wegen Kleinigkeiten ungeschoren. Mit Simson habe ich sehr lange und eingehend gesprochen und habe ihm alles Wesentliche mitgetheilt, auch die Vorgänge vom vorigen April und Juni. Er ist in der Hauptsache durchaus korrekt d. h. in der Rechtsfrage und in dem entscheidenden Widerstand gegen jede Vergewaltigung. Aber auch er hält die Annexion für die wünschenswertheste Lösung, giebt aber zu, daß Preußen selbst durch seine widerspruchsvolle Politik die Annexion unmöglich gemacht und die Herzogthümer

---

[1]) Dr. phil. und Dr. ing. Wilhelm Wehrenpfennig, Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrat, Leiter des literarischen Büros 1829—1903.

[2]) Herr Kabinetsrath Tempeltey besuchte mich in Kiel am 28. April d. J. am Tage vor seiner Abreise nach Berlin und Gotha. Wir sprachen über die Instruktion an Herrn v. Ahlefeldt vom 31. März, und Herr Tempeltey fragte mich, ob ich meine, daß er dieselbe in Berlin dem Abgeordneten Franz Duncker ohne Gefahr vorlesen könne. Ich antwortete mit der Gegenfrage, ob er denn ein Exemplar der Instruktion besäße. Nachdem er dies bejaht hatte, antwortete ich ihm, daß mir nicht gerade ein großes Bedenken dagegen zu bestehen scheine, daß Franz Duncker die Instruktion kennen lerne; nur müße diesem dabei die strengste Diskretion zur Pflicht gemacht werden, und namentlich dürfe er seine Kenntniß in keiner Weise in der Volkszeitung erwähnen.

Berlin, 15. Mai 1865. Lorentzen.

in eine Lage gedrängt hat, in welcher ein Eingehen auf die preußischen Pläne ehrlos und gewissenlos wäre. Außerdem sagte er mir, daß er und seine Partei wenig Vertrauen zu Sammer und Francke hätten. Das Mißtrauen gegen letzteren stamme noch aus der Frankfurter Zeit, wo die schleswig-holsteinischen Abgeordneten selbst es geweckt hätten. Sammer scheine ihnen zu sehr zu finessiren und könne keinen Entschluß fassen; er komme ihn vor etwa wie Radowitz.

Auch mit Th. Mommsen habe ich eingehend gesprochen. Sein Standpunkt ist ja bekannt. Ich gab ihm das Schreiben vom 31. März zu lesen. Dasselbe machte doch einen bedeutenden Eindruck auf ihn. Er sagte mir, er habe schon davon gehört, aber habe sich doch nicht gedacht, daß es so weit gehe. Zwar müße er in einzelnen Punkten, namentlich in der Militärfrage mehr verlangen. Aber immerhin sei es ein sehr wichtiger Schritt, und eine Verständigung auf dieser Grundlage sei wohl möglich. Er seinerseits werde wieder vollkommen herzoglich werden, vorausgesetzt, daß zwei Bedingungen erfüllt würden; nämlich 1. müsse das Schreiben veröffentlicht werden, bis dahin könne Niemand sich darauf berufen, auch sei es bis dahin nichts als eine abgelehnte Proposition, welche eben dadurch jede Bedeutung verloren habe, und an welche der Herzog nicht länger gebunden sei; durch die Veröffentlichung werde es ein politisches Programm, für welches der Herzog sich für die Zukunft engagire; — ferner 2. sei nothwendig, daß Wydenbrugk und Sammer entlassen werden; Wydenbrugk, weil er die Inkarnation des großdeutschen Gedankens sei und also mit dem System dieses Schreibens nicht Hand in Hand gehen könne, und Sammer, weil, so lange dieser an seinem jetzigen Posten sei, Jedermann glaube, daß man bei erster Gelegenheit wieder durch eine Hinterthür entschlüpfen werde. Nach langen Erörterungen gab er zu, daß diese Ansicht über Sammer vielleicht nicht richtig sei; aber sie bestehe einmal, und das sei im Erfolg dasselbe. Auf meine Bemerkung, daß wir doch nicht alle Brücken hinter uns abbrechen können, so lange Preußen sich durchaus abstoßend erhalte, antwortete er, das eben sei die kleinliche Politik, durch die wir uns unsere besten Freunde entfremden.

Über den Ton der Preußischen Jahrbücher äußern die anständigen Altliberalen sich durchaus indignirt. Simson sprach mit großer Entrüstung darüber, daß so elender Klatsch in einem Blatte stehe, das als Organ der Altliberalen gelte. Eine öffentliche Desavouirung schien ihm ganz angebracht; sollte es nicht dazu kommen, so wird er persönlich es wohl in der Kammer thun bei der Debatte über die Kriegskostenvorlage. Diese Debatte wird nun freilich die Bismarck'sche Politik streng verurtheilen; aber der Kieler Politik werden noch weniger Lorbeeren geflochten werden, zumal da unsern Freunden die beste Waffe zu unserer Verteidigung vorenthalten bleiben soll. Wenn in der Veröffentlichung irgend eine Gefahr für den Herzog läge, so hätte Bismarck das Schreiben schon längst veröffentlicht. Aber er läßt im Gegentheil die Existenz desselben officiös dementiren. Mit besten Grüßen Dein Lorentzen.

180. Sammer an Lorentzen. 1865, 17. Mai, Kiel. Bitte, Twesten völlig einzuweihen. Seine Ansicht über den Inhalt des Referats für die Kammer. Wünsche um Erhaltung von Einzelheiten werden sofort erfüllt werden. Nordschleswig nicht vergessen. Zedlitz's Verhalten gegen die Dänen. Über die Kriegskostenfrage spätere Mitteilungen. Die Veröffentlichung der Instruktion.

Lieber Freund. Da Twesten Referent ist, dürfen wir wohl hoffen, daß es möglich wird, die Gesichtspunkte, von denen wir von Anfang an ausgegangen sind, zur Anerkennung und richtiger Würdigung zu bringen. Es wird freilich zu dem Ende nothwendig sein, ihm vollkommen genau alles Wesentliche der ganzen Geschichte offenzulegen, und Du kannst dieses thun, vorausgesetzt, daß Du die Überzeugung hast, daß Twesten die Verhandlungen mit dem Könige und Kronprinzen nicht auf die Tribüne bringen oder an Andere mittheilen wird. Diese Persönlichkeit hat mir immer den Eindruck gemacht, als könnte man in dieser Beziehung sicher sein.

Hast Du diese Überzeugung, so wird es richtig sein, ihn rückhaltslos das ganze Gewebe von Nichtswürdigkeit durchschauen zu lassen, mit welcher der Herzog und das Land behandelt sind. Wir haben keine Ursache, vor einem Mann wie Twesten, wenn er die nöthige Diskretion beobachtet, ein Geheimniß zu haben.

Du wirst ihm dann zugleich die von uns verfolgte Politik, welche durch den jeweiligen Stand der öffentlichen Meinung und der Macht Preußens bedingt gewesen ist, klar machen müssen, die Ohnmacht der öffentlichen Meinung der Majorität in Preußen und der Kammer, welche ja nicht einmal in den eigenen Lebensfragen irgend etwas durchzusetzen vermag, die Nothwendigkeit, auf Österreich so lange Rücksicht zu nehmen, als Preußen die Annexion will, die früher bestandene, jetzt Gottlob ziemlich beseitigte Gefahr aus der Mitbewerbung des Großherzogs, die Schwenkungen in der Meinung des Landes über die Concessionen.

Nach meiner Ansicht muß das Referat auf ein Tadelsvotum antragen, eine Rechtfertigung des früheren Kammerbeschlusses enthalten und die richtige Politik empfehlen, rectius dieses Alles müßte der Antrag der Commission und später der Beschluß der Kammer enthalten. Die Momente eines solchen, ohne die Resolutionsform, enthält die Beilage[1]), und ich bitte Dich, diesen

[1]) Die Ereignisse haben gelehrt, daß nur dadurch die preuß.-östreichische Politik nicht zur abermaligen Überlieferung der Herzogthümer an Dänemark geführt hat, daß die Regierung später diese Politik aufgab und die von dem Hause der Abgeordneten empfohlene Politik zu der ihrigen zu machen wenigstens angefangen hat.

Die Ursache der gegenwärtigen unbefriedigenden Lage der schlesw.-holst. Angelegenheit liegt aber darin, daß diese Politik nur zu einem Theile befolgt worden ist. Die gegenwärtige Politik der Königlichen Regierung ist zu tadeln wegen ihrer Ziele, Mittel, Erfolge.

Als Ziel erscheint die Einverleibung eines deutschen Landes gegen seinen Willen oder die Schöpfung eines Vasallenstaats, welche eben so sehr den deutschen als preußischen Interessen widerspricht. Als Mittel die Berufung auf die von der deutschen Nation und Preußen selbst verworfenen Rechte des gegenwärtigen Königs von Dänemark.

Die bisherigen Erfolge dieser Politik sind gewesen eine tiefgehende Erbitterung der Herzogthümer gegen Preußen und das Mißtrauen der Bevölkerung von Deutschland.

Dagegen ist bisher kein einziger von denjenigen Vortheilen erreicht, welche, wie sich unzweifelhaft herausstellt, schon sehr frühzeitig erreicht werden konnten, wenn die gegenwärtig von der Regierung beabsichtigte Berufung der schleswig-holsteinischen Stände nach dem Wahlgesetz von 1848 schon vor einem Jahre erfolgt wäre. Vielmehr wird durch die Politik der Regierung die Erreichung aller Vortheile, und selbst die Loyalität der Regierung in Aufrechterhaltung der Integrität der Herzogthümer in Frage gestellt.

Gedanken geltend zu machen. Nur am Schluß wird das Mißtrauen wohl noch ein Weiteres verlangen als die pure Einsetzung des Herzogs.

Was aber, wie weit man darin gehen zu müssen glaubt, dieß vermag man von hier aus nicht zu beurtheilen, und ich möchte durch einen etwas über das Bedürfniß hinausgehenden Vorschlag nicht dazu beitragen, die Einsetzung des Herzogs hinauszuschieben. Sieh zu, wie weit Du kommst.

Sehr viele Dinge werden, obwohl sie in den Zeitungen gewesen sind, Twesten unbekannt sein. Ich bitte Dich nöthigenfalls, von uns das Erforderliche zu requiriren. Wir können ja die betreffenden Blätter oder Darstellungen schicken.

Nordschleswig wird nicht zu vergessen sein. Ich spreche soeben Stemann, der mir von Zedlitz's Verhalten zu den Dänen viel erzählt hat. Die Berlingsche Zeitung soll über die Audienz der dänischen Deputation bei den Commissairen sehr interessantes Detail enthalten.

Über die Kriegskostenfrage werde ich Dir noch ausführlicher schreiben; nur jetzt, daß es m. E. sehr wohl gethan wäre, wenn die Kammer oder wenigstens die Häupter etwas von Gerechtigkeitssinn und Edelmuth zeigten und nicht das Ausplünderungssystem der Regierung begünstigten. M. E. haben nach Recht und Billigkeit die Herzogthümer nur ihren Matrikularbeitrag zu bezahlen, und alles Weitergehende ist eben Prellerei.

Was die Veröffentlichung anbetrifft, so begreife ich ja sehr wohl, daß Du gerade auf jenem Boden das Wünschenswerthe derselben empfindest. Auch hätten wir keine Bedenken dagegen, wenn nicht an drei Stellen die Fassung etwas weiter, als nach Süden hin wünschenswerth ist, ginge. Aus diesem Grunde halten wir eine voraufgehende Analyse für nöthig. Das Ganze kann

---

Die der Regierung zu empfehlende Politik würde sein: baldige Beendigung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit durch Einsetzung des vom Volke anerkannten Herzogs Friedrich VIII. unter der Voraussetzung, daß derselbe bereit sein würde, mit Preußen auf Grund seiner Instruktion vom 31. März einen Vertrag abzuschließen.

dann nachfolgen, wenn dieselbe vorauf gewirkt hat. Diese Nachfolge wird, wie die Sachen jetzt stehen, noch vor der Verhandlung erfolgen.

Kiel, 17. Mai 1865. Dein Samwer.

181. Lorentzen an Samwer. 1865, 18. Mai, Berlin. Einverständnis mit Twesten. Zuverlässigkeit seines Charakters. Die Veröffentlichung der Instruktion ist zur Kenntnis der Abgeordneten nötig. Rasche Entscheidung verlangt, sonst wird es zu spät. Ablehnung der Marinevorlage. Virchow Berichterstatter. Einwendungen gegen die Kriegskosten unmöglich. Steindorffs Wunsch ist besorgt.

Lieber Freund. Mit Twesten[1]) habe ich bereits gestern in der gewünschten Richtung ausführlich gesprochen und das beste Entgegenkommen gefunden. Nach der heute früh erhaltenen Ermächtigung werden ich ihm die Thatsachen nun noch vollständiger mittheilen, also namentlich auch die Vorgänge zwischen König Wilhelm und dem Herzog. Ich habe in der Hinsicht nicht das mindeste Bedenken. Denn Twesten ist durchaus zuverläßig und diskret und wird keinen Mißbrauch mit seiner Kenntniß treiben, und weder öffentlich noch privatim weiter mittheilen, was er unter der Bedingung der Diskretion erfährt. Was nun speziell die mir mitgetheilten Gedanken, die einer Resolution des Hauses zu Grunde zu legen sein möchten, betrifft, so glaube ich wohl, daß ein Tadel der Bismarck'schen Politik aus den angedeuteten Gründen von der Kommission empfohlen und vom Hause angenommen werden kann. Wenn aber zugleich gewünscht wird, daß das Haus die Einsetzung des Herzogs auf Basis des Schreibens vom 31. März verlangen soll, so setzt das doch unbedingt die Publicität dieses Schreibens voraus. Denn auf eine unbekannte Basis hin kann Niemand etwas beschließen. Auch muß das Schreiben schon einige Zeit vor der Verhandlung bekannt sein; denn solche Resolutionen kommen nicht von heute

[1]) Twesten war in der Budgetkommission zum Referenten über die Kriegskostenvorlage gewählt worden, was Lorentzen als sehr günstig hielt. Da er persönlich mit ihm gut stand, hatte er am 16. Mai Samwer angefragt, ob er etwa dessen Aufmerksamkeit auf besondere Punkte richten solle.

auf morgen zu Stande; sie reifen langsam in Kommissionen und Fraktionen, und wenn die Geschichte erst einmal verfahren ist, so ist sie schwer wieder in das richtige Gleis zu bringen. Ich sehe mit großer Befriedigung aus Deinem heut erhaltenen Brief, daß die Veröffentlichung nun doch noch erfolgen soll. Aber ich warne dringend vor dem zu spät. Wenn man die Kammer erst in die Irre gehen läßt, so kann eine nachträgliche Veröffentlichung nichts mehr nützen. Ich mache dabei auch auf folgendes aufmerksam. Die schleswig-holsteinische Frage wird nicht allein bei der Kriegskostenvorlage, sondern auch bei der Marinevorlage zur Sprache kommen. Die Marinekommission hat gestern ihre Berathungen beendigt; sie hat beschlossen, die Ablehnung der Vorlage zu beantragen, ohne irgend eine Resolution zur Annahme zu empfehlen. Alle vorgeschlagenen Resolutionen, die wenigstens eine theilweise Billigung der Ziele der Regierung aussprechen, sind in der Minderheit geblieben. Im Plenum des Hauses ist die Ablehnung der Vorlage natürlich unzweifelhaft; aber über die Frage, ob nicht eine Resolution hinzuzufügen sei, wird sich eine lebhafte Debatte erheben. Es kommen hierbei zwei große Principienfragen zur Sprache. Die innere wegen des Budgetsrechtes und die äußere wegen des Besitztitels auf den Kieler Hafen. Wegen dieser zweiten Sache kommt unsere ganze Frage in die Debatte hinein, und es ist möglich, daß das Haus sich hier schon in einer Weise engagirt, welche später für die Kriegskostenvorlage präjudicirlich ist. Man kann noch nicht einmal sagen, welche der beiden Debatten wichtiger werden wird. In der Marinesache ist Virchow Berichterstatter, und ich baue natürlich auch bei ihm vor. Aber ich rathe dringend, bei dem Zeitpunkt der Veröffentlichung darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Marinedebatte jetzt sehr nahe bevorsteht.

In Betreff der zu erstattenden Kriegskosten scheint mir die Denkschrift in Kiel falsch verstanden zu sein. Die hier aufgeführten Summen sind nicht identisch mit dem Betrage, dessen Erstattung von den Herzogthümern beansprucht wird. Also sind Einwendungen gegen die einzelnen Summen von unserer Seite noch gar nicht zulässig; höchstens können wir einige Principien in Betreff der Abrechnung anregen. Was mir Steindorff gestern

in Betreff einer von Francke gewünschten Veröffentlichung schrieb, ist schon besorgt und wird demnächst in einigen Zeitungen erscheinen[1]). Lorentzen.

182. Sammer an Lorentzen. 1865, 19. Mai, Kiel. Vertrauen zu Twesten. Abschriften der Hauptschriftstücke stehen zur Verfügung. Der Artikel der Kreuzzeitung über den Vertrag vom 16. Januar. Brief an Ahlefeld. Analyse über die Instruktion. Stellung der Presse dazu. Freese und Matthäi sollen ihre Ansichten aussprechen. Die Kriegskosten. Simson und Mommsen. Die Abgeordneten und die Annexionsfrage. Die preußischen Offiziere in Kiel. Rückschritt des Preußentums in den Herzogtümern.

Lieber Freund. Wir sind nach Deinen Äußerungen über Twesten vollkommen damit einverstanden, daß Du ihm alles mittheilst. Nur muß ich zwei Bemerkungen beifügen. 1. Du mußst, soweit der Kronprinz implicirt ist, zuvor Stockmar fragen, dem ich gleichzeitig darüber schreibe. 2. In diesen Dingen hilft nach unserer langen Erfahrung halbes Vertrauen nicht viel, mitunter Nichts; ja sogar Mündliches nicht viel. Sollte es nicht wünschenswerth sein, daß Du Twesten Abschriften der hauptsächlichen Schriftstücke mittheilst? ich meine derjenigen, welche zwischen Herzog und König gewechselt sind. Eine Indiskretion liegt nach dem Bruch von Treu und Glauben, der von der anderen Seite begangen ist, nicht darin, wenn wir uns gegen die Entstellung der Thatsachen wehren, welche man gegen uns begeht.

Es wird uns sehr lieb sein zu erfahren, wie ein verständiger Mann, wie Twesten über die vor dem September liegenden Vorgänge urtheilt, und ob er an unseren Handlungen Ausstellungen zu machen hat.

Du wirst gesehen haben, daß die Kreuzzeitung jetzt den Vertrag vom 16. Januar und natürlich in lügenhafter Weise

[1]) Man wünschte, Lorentzen solle durch Freese einer Zeitung schreiben lassen: Preußen hat nach Wien erklärt, 1. daß von den konkurrierenden Verfassungen keine an sich und ohne Sanktion des zukünftigen Landesherrn eine unanfechtbare Rechtsbeständigkeit hat;. 2. daß die gegenwärtig vorhandenen Abgeordneten nach dem inzwischen erfolgten Wechsel der Landesherrschaft nicht mehr als wirklich zur Vertretung des Landes berufen gelten können.

zur Sprache bringt. Ich bitte Twesten zu rathen, die Vorlesung dieses Vertrages zu fordern, oder wenigstens die Vorlegung des Artikels 5[1]). Derselbe soll jetzt auch schon das Los von Dänemark enthalten!! Es ist aber für ihn wesentlich, daß das Haus denjenigen Artikel kenne, welcher die bestehenden Verhältnisse zwischen Preußen und Österreich regelt. Laß Freese auch in der Presse davon sprechen.

Über die Veröffentlichung der Instruktion habe ich auch Ahlefeld geschrieben. Es war natürlich die Voraussetzung bei meinem Schreiben vom 17.[2]), daß dieselbe vorher veröffentlicht werde. Der Zeitpunkt, nicht das Ob der Veröffentlichung ist überhaupt ja nur in Frage gewesen. Die Analyse wirst Du wohl morgen lesen. Ich möchte glauben, daß es gut sei, wenn dann Freese hervorhebe, wie ausreichend diese Concessionen seien. Kannst Du nicht verhindern, daß die National-Zeitung sie als nicht genügend bezeichne. Wenn bei diesen Leuten noch Vernunft etwas Werth ist, so müßen sie begreifen, daß besser als die besten Zugeständnisse, die man erzwingt, solche sind, die man freiwillig gewährt erhält. Die einen sind gefährdet, die andern sicher.

Ich bitte, überhaupt alles anzuwenden, damit der Moment der Veröffentlichung benutzt werde, um einen Umschlag der Meinung hervorzurufen. Freese wird in dieser Hinsicht von großem Nutzen sein können. Vergiß aber nicht Matthäi.

Die Kriegskosten — dieß gegen Deine Bemerkung — lassen sich von uns in der Summe noch nicht angreifen, weil die Denkschrift die von uns zu fordernden noch nicht ausscheidet. Wohl aber läßt sich schon jetzt sagen, daß es sowohl gegen das Recht als die Billigkeit als die Ehre ist, wenn man die armen Herzogthümer überhaupt mit Kriegskosten belegen will. Ich werde Dir noch Bemerkungen darüber schicken.

Also Simson im Grunde des Herzens auch Annexionist und nur nicht eigentlicher Spitzbube! Mommsens Äußerung von der Entfremdung der „besten Freunde" erinnert mich lebhaft

---

1) Die beiden Mächte werden das künftige Verhältniß der Herzogthümer in gemeinsamen Einverständniß ordnen und jedenfalls die Erbfolgefrage in gemeinsamen Einvernehmen entscheiden.

2) Nr. 180.

an die von Busch und L. Reventlow oft gehörte Äußerung, daß die Flensburger unsere besten Freunde seien.

Es ist überhaupt bei der Kammer festzuhalten, daß mit einzelnen Ausnahmen ihnen allen die Annexion das Liebste wäre, und daß sie nur, sei es durch Haß gegen Bismarck sei es durch Furcht vor den liberalen Consequenzen davon abgehalten werden. Moralische und deutsch-politische Gründe existiren für sie ja wohl nicht. Wir werden von diesen Gesichtspunkten aus auch mit den Leuten zu rechnen haben.

Kiel, 19. Mai 1865. Dein Sammer.

P. S. Das Verhältniß der preußischen Offiziere tritt immer mehr in das altbekannte dänische Stadium ein. Sie erscheinen schon nicht mehr in der Harmonie.

Herwarth[1]) beklagt die furchtbaren Rückschritte, die Preußen in den letzten Momenten gemacht habe, meint aber: in 10 Jahren würde das Land schon mürbe werden.

183. Lorentzen an Sammer. 1865, 20. Mai, Berlin. Twesten in alle Einzelheiten eingeweiht. Das Mitgeben der Abschriften nicht ratsam; vorlesen würde genügen. Analyse genügt nicht; für Veröffentlichung höchste Zeit. Die Kriegskostenvorlage. Annexionswunsch ganz allgemein. Olshausen.

Lieber Freund. Ich hatte gestern wieder Gelegenheit, ausführlich mit Twesten, der bei mir zu Mittag aß, zu sprechen, und ich habe mich in Folge Deines Briefes vom 17.[2]) autorisirt gehalten, gegen ihn ganz offen zu sein. Ich habe ihm daher schon gestern auch die Vorgänge zwischen König Wilhelm und dem Herzog von April und Juni in den Hauptzügen erzählt. Die Sache machte einen großen Eindruck auf ihn, und er war höchst indignirt über die von der preußischen Seite bewiesene Perfidie. Von dem Kronprinzen von Preußen habe ich ihm gestern noch nichts gesagt, außer daß der Brief[3]) König Wilhelms vom April vorigen Jahres an den Kronprinzen gerichtet gewesen

[1]) Karl Eberhard v. Herwarth von Bittenfeld, s. Allg. deutsche Biogr. L, S. 261.

[2]) Nr. 180.

[3]) Abgedruckt bei Jansen-Sammer, S. 714 f.

sei. Indeß da dieser Brief ausdrücklich zur Mittheilung an den Herzog bestimmt war, so ist dies ja ganz unbedenklich und läßt noch keine näheren Beziehungen zwischen dem Kronprinzen und dem Herzog erkennen. Nach Deinem heut erhaltenen Briefe werde ich nun vorläufig über den Kronprinzen nichts weiter gegen Twesten erwähnen, sondern darüber erst mit Stockmar sprechen. Meinerseits halte ich freilich die vollste Offenheit Twesten gegenüber für unbedenklich, aber immerhin ist es wohl besser, den Kronprinzen nicht weiter zu erwähnen, als zum Verständniß des Zusammenhanges unbedingt nöthig ist, und mir scheint, daß er mit dieser Kautel fast ganz außenvor bleiben kann.

Auf Deine Frage wegen Mittheilung von Abschriften der wichtigsten Stücke an Twesten meine ich folgendes. Ich würde doch nicht dazu rathen, Abschriften der hauptsächlichsten zwischen König Wilhelm und dem Herzog gewechselten Schriftstücke aus den Händen zu geben. Nicht als ob ich irgend befürchtete, daß Twesten damit wissentlich einen Mißbrauch treiben werde. Aber vor irgend einem unglücklichen Zufall oder auch vor einer Unvorsichtigkeit ist man doch nie sicher. Und wenn irgend etwas davon verlautete, daß solche Papiere sich in den Händen eines Mitgliedes der Fortschrittspartei befinden, so wäre das vollkommen tödtlich. Aber etwas anderes ist es, wenn ich ihm die betreffenden Schriftstücke vorlese. Dann lernt er sie in ihrer authentischen Faßung kennen, das Vertrauen gegen ihn ist also voll und ganz. Daß wir aber solche Papiere nicht aus den Händen geben wollen, wird ihm als einem verständigen Mann ganz einleuchtend sein. Dies ist also mein Vorschlag, und wenn derselbe genehmigt wird, so bitte ich mir die betreffenden Schriftstücke baldthunlichst mit einer sicheren Gelegenheit zuzustellen.

Hinsichtlich der Veröffentlichung kann ich nur dem beistimmen, was Geffcken in dem anliegenden Briefe [1]) schreibt. Die Analyse ist freilich recht ausführlich; aber die Wirkung des Textes wird

[1]) Anbei ein Brief an Samwer, den Sie gefälligst befördern wollen, nachdem Sie ihn gelesen. Wenn doch endlich die Unentschlossenheit in Kiel aufhören wollte. Samwer rettet sich von einem Scheingrund in den andern, bloß um den Entschluß zu vermeiden. Mit bestem Gruß

12. Mai 1865. Ihr Geffcken.

dadurch abgeschwächt, was indeß von euch wohl gewünscht sein mag. Auf jeden Fall laß es jetzt rasch vom Stapel laufen. Der richtige Moment ist fast schon verpaßt. Wenn selbst Leute wie Hohenthal[1]) die Veröffentlichung anrathen, so kann doch keine Gefahr darin sein. Auch Twesten fragt mich täglich, warum denn noch immer die Publikation nicht erfolge. Die Officiösen aber mokiren sich und können nicht einmal ihre Schadenfreude darüber verbergen, daß man in Kiel sich vor seinem eigenen Schatten fürchtet.

In Betreff der gegen die Herzogthümer künftig aufzustellenden Kriegskostenrechnung ist die gegenwärtige Vorlage ganz unpräjudicirlich. Dies steht ausdrücklich in der Denkschrift, und auch Twesten sagt mir, daß darüber gar kein Zweifel sein könne. Ferner kann man schon jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit vorhersagen, daß der Schlußantrag der Regierung — die stattgefundene Verwendung der respektiven Summen aus den Überschüssen und aus dem Staatsschatz zu genehmigen und die Verausgabung der noch zu verrechnenden Summen zu bewilligen — von dem Landtage pure abgelehnt werden wird. Die ganze Vorlage wird nur der Anlaß einer großen politischen Debatte werden, bei welcher die Gegensätze stark gegen einander platzen werden. Aber auf das Einzelne der Rechnung wird man schon deshalb nicht genau eingehen, weil man die ganze Forderung principiell zurückweist. Noch viel weniger wird man geneigt sein, sich mit der gegen die Herzogthümer noch nicht einmal aufgestellten Rechnung zu beschäftigen. Ich meine also, daß man unseren Freunden für jetzt nicht mehr zumuthen soll, als gewisse allgemeine Grundsätze der Billigkeit auszusprechen. Es scheint mir besser, daß sie den Hauptaccent auf die politische Seite der Sache legen und den Nachweis führen, wie die wahren Interessen Preußens leicht hätten gesichert werden können, wenn die Regierung eine ehrliche Politik hätte führen wollen, daß aber durch die herrschende Perfidie die preußischen Interessen mehr gefährdet als gewahrt werden.

---

[2]) Karl Adolf Graf von Hohenthal-Knauthain, sächsischer Geschäftsträger s. Allg. deutsche Biogr. XII, S. 696.

Wenn Du Simson nach dem, was ich berichtet habe, auch zu den Annexionisten rechnest, so giebt es in Preußen gar keine Antiannexionisten. Denn für wünschenswerth halten Alle die Einverleibung der Herzogthümer. Nur geben viele zu, daß sie nicht möglich sei, ohne ehrlos und gewißenlos zu werden.

Th. Olshausen ist hier schon viel verständiger und gemäßigter geworden. Lorentzen.

184. Lorentzen[1]) an Samwer. 1865, 22. Mai, Berlin. Bericht über die Sitzung der Budgetkommission.

Lieber Samwer. Da Bismarck nicht persänlich in der Kommission erschien, war die heutige Sitzung nicht von besonderem Interesse.

Abeken erklärte, man erwarte vom Herzog eine bestimmte Äußerung über die Forderungen vom 22. Februar; Preußen habe ihm keine Anträge zu machen, werde sich auf kein Markten und Feilschen einlassen, im Briefe vom 31. März seien nur vage Bemerkungen enthalten. Auf weitere Frage gab er zu, daß die veröffentlichte Analyse des Briefes wohl ziemlich richtig sei, und auf Vorhalt, daß die Erklärung doch recht eingehend sei, erklärte er, die Regierung sei nicht in der Lage, mit dem Erbprinzen von Augustenburg zu verhandeln, da er noch nicht legitimirt, noch nicht anerkannt sei. Die Stände wolle Preußen berufen, um bindende sichernde Erklärungen über das künftige Verhältniß der Herzogthümer zu Preußen zu erhalten. Dabei gab er zu, Modificationen der Forderungen vom 22. Februar in einzelnen Punkten seien nicht ausgeschlossen, im wesentlichen halte die Regierung daran fest.

Über das Wahlgesetz von 48 oder 54 habe die Regierung in dem ersten Antrag nach Wien keine Entscheidung getroffen, jetzt halte sie der Rechtscontinuität wegen an dem Wahlgesetz von 54 fest, obwohl Österreich davon zurückgetreten. Die darnach berufenen Stände sollten nur das Wahlgesetz von 48 sanktioniren, damit die danach zu berufende Versammlung sowohl mit unzweifelhafter Autorität bekleidet als wirklicher Ausdruck des Landes sei.

---

[1]) Aus einer Abschrift in den Mohl'schen Papieren.

Nebenbei stellte er die Behauptung auf, das Thronfolgegesetz sei in den Herzogthümern publicirt, es sei zwar fraglich, ob dasselbe ohne Zustimmung der Stände rechtsgültig sei, aber als Besitzer auf Grund desselben sei Christian IX. und nach dessen Cession Preußen und Österreich bestberechtigt, bis ein besseres Recht nachgewiesen sei. Lorentzen.

185. Sammer an Lorentzen. 1865, 22. Mai, Kiel. Die Abschriften und deren Vorlesung für Twesten. Seine Ansichten über die Grundsätze bei der Kriegskostenvorlage im Interesse Preußens. Die Exekutionskosten. Das Heffter'sche Gutachten. Separatnote erwünscht. Die Okkupationskosten.

Lieber Freund. 1. Daß die Abschriften, welche in den nächsten Tagen an Dich abgehen werden, von Dir nicht aus den Händen gegeben werden dürfen, daß Du sie Twesten höchstens bei Dir zu lesen geben darfst, versteht sich ganz von selbst. Er darf sich auch nicht einmal Notizen daraus machen. 2. Die Grundsätze, welche ich, wenn ich Referent in der Kriegskostenfrage wäre, im Interesse Preußens und meiner persönlichen Ehre aussprechen würde, sind folgende: Allerdings darf Preußen nicht die Kriegskosten tragen, außer soweit ein besonderer Verpflichtungsgrund dafür vorliegt, aber ebenso wenig dürfen dieselben den Herzogthümern aufgebürdet werden, außer insofern für sie ein besonderer Verpflichtungsgrund vorliegt, denn, wenn eine große Nation zu ihr gehörige Länder von einer widerrechtlichen Occupation des Auslandes befreiet, so ist es gegen die Ehre derselben und ohne Beispiel, daß sie die Kosten eines deshalb geführten Krieges den zurückgewonnenen Ländern auflegt, sondern sie trägt diese Kosten selbst und läßt sie die zurückgewonnenen Länder nur nach Verhältniß tragen.

Dieser Grundsatz ist für den Fall eines Bundeskrieges von der Wiener Schlußakte anerkannt; daß es nicht zu einem förmlichen Bundeskrieg wegen Schleswigs kam, war nur die Schuld des von der österreichisch-preußischen Politik im Widerspruche mit der Mehrheit des Bundes, der Nation und des preußischen Abgeordnetenhauses eingeschlagenen antinationalen Politik, welche nicht auf Befreiung, sondern auf Personalunion

Schleswig-Holsteins gerichtet war. Ohne den Rechtsbruch vom 14. Januar 1864 würde der Receß wegen der Kosten nur gegen den Bund gerichtet werden können, aber es kann dies auch jetzt allein mit rechtlicher Basis geschehen, denn Preußen und Österreich haben in der Bundessitzung vom 14. Januar 1864 als Zweck des Krieges „die Geltendmachung der Rechte des deutschen Bundes auf Schleswig[1])“ bezeichnet. Wenn, wie nicht zu bezweifeln, damals eine Art negotiorum gestio stattgefunden hat, so hat sie stattgefunden für den deutschen Bund, nicht für Schleswig-Hostein. Wenn man nicht Lust hat, diese nach meiner Ansicht vollkommen richtige Deduktion im Interesse der Herzogthümer anzuerkennen, so wird man vielleicht geneigt sein zu finden, daß sie ganz genügend ist, als Angriffswaffe gegen Bismarck zu dienen. Der Friedensvertrag verpflichtet als res inter alios acta die Herzogthümer natürlich zu Nichts.

Ich bitte Dich Seitens des Referenten eine Äußerung hervorzurufen, welche dem Plan, die Herzogthümer mit Schulden zu überbürden, entgegentritt.

In Betreff der Exekutionskosten, welche nach der Denkschrift auch den Herzogthümern, wenigstens Holstein aufgebürdet werden, bitte ich zu beachten, daß der Beschluß vom 7. Dezember 1863[2]) gegen Christian IX. als Herzog von Holstein gerichtet, zugleich den Vorbehalt der Erbfolge enthielt, eine contradictio in adjecto, welche den Charakter der Exekution aufhebt, jedenfalls insofern es sich um privatrechtliche Verpflichtungen Holsteins handelt. Die Beschlüsse vom 25. Februar[3]) und 2. Juni 1864[4]) haben anerkannt, daß der Bund, wenn er sein Vorgehen Exekution nannte, doch nur dem Herzog von Holstein, und zwar nicht Christian IX. eine Hülfeleistung gewährte, die dieser zu fordern und daher nicht zu bezahlen hatte. Der Rechtsgrund zur Tragung der Exekutionskosten ist das Delict, welches die Exekution verschuldet hat.

---

[1]) s. Aktenstücke zur deutsch-dänischen Frage, Nr. 1449, S. 579.

[2]) s. über den Verlauf der Sitzung Jansen-Sammer S. 147 f.

[3]) s. Jansen-Sammer, S. 259.

[4]) s. ebendort S. 317.

Der Herzog wünscht, daß Du Dich nach dem Inhalt des Heffter'schen Gutachten erkundigst und darauf hinwirkst, daß die Gutgesinnten unter den Kronsyndici Separatvota sich vorbehalten. Es hat das auch das Gute, daß der Abschluß der Arbeit verzögert wird; wenn Bismarck erst wirklich einlenkt, so ist dieselbe doch überflüßig.

Für die Kostenfrage kommen auch noch die Occupationskosten in Betracht. Es würde gut sein, wenn Twesten darauf hinwiese, daß die Erstattung derselben, da die Occupation weder im Interesse des Landes noch dem des Bundes stattfinde, sondern nur im Interesse der Annexion, mehr als zweifelhaft sei.

Kiel, 22. Mai 1865. Dein Sammer.

186. Sammer an Lorentzen. 1865, 24. Mai, Kiel. Ansicht Stockmars über eine Äußerung v. d. Pfordtens erbeten.

Nachstehendes [1]) sagte Pfordten kürzlich zum Erbprinzen von Reuß! Bitte, sprich doch einmal mit Stockmar über diese ganze Frage (aber nur gegen Stockmar erwähne dieser Pfordten'schen Schwäche) und schreibe Deine Ansicht darüber.

Kiel, 24. Mai 1865. Dein Sammer.

187. Sammer an Lorentzen. 1865, 24. Mai, Kiel. Die Vermittlung des Königs von Sachsen. Lorentzen soll darüber mit Beust verhandeln. Die Einsetzung des Herzogs ohne Befragen der Stände. Anfragen über die Kammer und Äußerung Abekens. Das Verfügungsrecht Preußens über die schleswig-holsteinischen Truppen. Nachrichten über den Gang der Verhandlungen erwünscht. Geffckens Gedanken über die Instruktion als Verhandlungsbasis. Publicistik Freeses. Einführungsbrief an Stavenhagen steht zur Verfügung.

---

[1]) „Da die Stände der Herzogthümer bald einberufen werden würden, so hielte er es für gut, wenn der Herzog es in Überlegung zöge, ob es nicht für ihn gerathen sei, während der Wahlen, und solange die Versammlung tage, das Land zu verlassen; materiellen Schaden würde eine zeitweilige Entfernung des Herzogs der Sache desselben nicht bringen; dagegen würde es moralischen Nutzen bringen, wenn jeder Schein einer Beeinflußung der Wahlen und der Versammlung Seitens des Herzogs wegfiele, und dadurch den Gegnern der Vorwand genommen würde, über unberechtigte Einflüsse zu klagen; wenn es zu erwarten stehe, daß von Berlin aus dem Herzog der Wunsch zu erkennen gegeben werde, er möge das Land verlassen, so sei es vielleicht gut, das praevenire zu spielen.

Lieber Freund. Halbhuber[1]) dringt sehr darauf, daß der König Johann von Sachsen veranlaßt werde, sich vermittelnd zwischen den König von Preußen und den Kaiser von Österreich zu stellen, bevor noch dieselben im nächsten Monate zusammenkommen. Er wünscht namentlich, daß der König Johann den Kaiser fest mache, damit er die rasche Erledigung der Erbfolgefrage ohne Stände durch Einsetzung des Herzogs fordere und durchsetze.

Es versteht sich von selbst, daß der Herzog sich nicht mit einem solchen Ansinnen nach Dresden wenden kann. Dagegen ist der Gedanke auch nicht von der Hand zu weisen. Deshalb soll ich Dir schreiben, Dich zu einer Reise nach Dresden bereit zu machen. Du würdest Beust sprechen und gelegentlich, als nicht von hier, sondern von Dir kommend die Idee einer solchen Einwirkung des Königs auf's Tapet bringen. Es wird sich dann zeigen, wie weit sie ausführbar ist.

Ich schreibe Dir heute darüber, weil sich die Gelegenheit darbietet. Du brauchst Dich mit der Sache nicht zu übereilen, denn die Reise des Königs von Preußen steht noch nicht nahe bevor. Für den Augenblick ist es wichtiger, daß Du dort die Abgeordneten vernünftig machst. Wenn Du reisen kannst, wirst Du es ja wohl einige Tage vorher anzeigen können, damit ich Dir noch etwaiges Weitere schreibe.

Wenn ich übrigens oben der Idee Halbhubers, die Einsetzung des Herzogs auch ohne Befragung der Stände zu fordern, erwähnte, so versteht es sich von selbst, daß die Befragung der Stände von uns nicht aufgegeben wird. Läßt sie sich ohne Befragung derselben erreichen, desto besser.

Ich habe soeben Deinen Brief[2]) von gestern erhalten. Die Beilage stellt die Sache klarer, als es die Zeitungen thun. Warum ist aber der Vertrag vom 16. Januar 1864 nicht zur Sprache gekommen? Mir scheint, für die Kammer muß dies der wichtigste Punkt sein.

---

[1]) Baron Halbhuber, österreichischer Zivilkommissar. Vgl. über seine Tätigkeit v. Tiedemann a. a. O. I, 432 ff.

[2]) Nr. 184.

Und wagt denn Niemand, einfach zu erklären, daß die preußischen Forderungen absurd, kränkend und frech sind!

Ein Punkt bedarf der speciellen Aufklärung. Nach den Hamburger Nachrichten sprach Abeken von einer „Verschiedenheit der preußischen Forderungen in der Vorlage und in der Depesche vom 22. Februar“. Was ist da für eine Vorlage gemeint?

Nach den Zeitungen hat Twesten gesagt, daß es darauf ankomme, die Truppen der Herzogthümer unbedingt zur Verfügung Preußens zu erhalten. Du weißt, daß gegen Oberbefehl im Kriege und Dislokationsrecht im Frieden, wenn auch ein beschränktes, der Brief[1]) an den Kronprinzen sich nicht erklärt. Bei solchen Plänen ist nur die Gefahr vorhanden, daß die schleswig-holsteinische Sache dadurch zum Spielball der deutschen Uneinigkeit noch mehr als schon bisher wird. Das Verfügungsrecht über die Truppen kann nicht ohne den Bund eingeräumt, wenigstens so weit Holstein in Betracht kommt. Ob der Bund solches gewährt, ist zweifelhaft. Also würde sich die Sache nutzlos bis dahin aufschieben, daß der Bund consentirt.

Will Twesten zum Ende kommen, so darf er also entweder solche Forderungen nicht stellen, oder er muß verlangen, daß der Herzog seine Einwilligung dazu gäbe unter Vorbehalt der Zustimmung des Bundes und damit die Einsetzung erfolge, nicht aber die Zustimmung abgewartet werde.

Die National-Zeitung freilich scheint das Provisorium so lange hinausschieben zu wollen, bis irgendwo ein Loch in die Bundesverfassung gemacht ist.

Wir sind über den ferneren Gang der Verhandlungen in der Commission und im Hause sowohl was Formen und Zeit, als auch was den Inhalt betrifft, gänzlich im Dunkeln. Bitte, uns doch eine Idee darüber zu geben.

Die Idee Geffckens, daß das Abgeordnetenhaus als Verhandlungsbasis die Instruktion vom 31. März bezeichne, ist gewiß das Beste. Ist das zu erreichen? Bitte zu beachten, daß man den Bund nicht einmische und dadurch Bismarck Anlaß zu neuen Verzögerungen gebe.

---

[1]) Vom 29. März 1865. Abgedruckt bei Jansen-Sammer, Beilage Nr. 47.

Kann Freese nicht auch noch für andere Zeitungen als die Elberfelder schreiben? etwa für den Hamburger Correspondenten? Ich gebe Dir für ihn anheim: Wie kann von Rechtscontinuität der Stände von 1854 die Rede sein, wenn Bismarck in der Depesche vom 17. April[1]) sagt, die Verfassung von 1854 sei erloschen und ebenso das Mandat der Ständeabgeordneten.

Nach den Zeitungen scheint der alte Stavenhagen[2]) ja in der Commission sehr unvernünftig gewesen zu sein. Bunsen sagte mir, er sei vernünftig. Du wirst ihn ja wohl von Gotha her kennen. Sonst kann ich Dir einen Introductionsbrief schreiben.

Kiel, den 24. Mai 1865. Dein Samwer.

188. Hänel an Lorentzen. 1865, 26. Mai, Kiel. Samwer mit Geschäften überhäuft. Neergard ohne Lorentzens Bericht eingetroffen. Nachrichten über Eindruck der Instruktion erwartet. Aufzählung verschiedener Gesichtspunkte für Twesten.

Geehrter Herr Doktor. Samwer ist mit Geschäften überhäuft und beauftragt mich zu schreiben.

v. N[eergaard] traf gestern hier ein, allein ohne Bericht, auf welchen hinsichtlich Ihres Briefes vom 23. gehofft wurde.

Hier ist man gänzlich unorientirt, aber sehr gespannt, welchen Eindruck die Instruction vom 31. März auf die Abgeordnetenkreise gemacht hat. Lediglich um ihretwillen geschah die Veröffentlichung, und von ihnen hängt es ab, wie und wo man etwa in der Presse den gemachten Eindruck verbessern und verstärken kann, worauf man sich überhaupt gefaßt machen muß. Bismarck pausirt, so scheint es; über die Rückantwort nach Wien ist Nichts bekannt; er bereitet offenbar eine neue Combination vor. Dabei ist die Haltung des Abgeordnetenhauses für ihn von höchster Bedeutung. Werden die Concessionen vom 22. von dort selbst gefordert und protegirt, so wird das ein werthvolles Material sein, um die Annexion schärfer in's Auge fassen zu können. Wo nicht, nicht.

---

1) s. Jansen-Samwer S. 463.

2) Friedrich Karl Leopold Stavenhagen s. Allgem. deutsche Biogr. XXXVI, S. 533.

Daraus erklärt sich, denke ich, zur Genüge die hiesige Spannung. Auch die an Twesten mitgetheilten Aktenstücke müssen ja ihre Wirkung gethan haben.

Für Twesten werden ja die einschlagenden Gesichtspunkte von Ihnen genügend entwickelt sein. Das Folgende wiederhole ich, aber füge ich hinzu, damit sich die entscheidenden Gesichtspunkte in der Diskussion womöglich vollständig herausstellen.

1. Interpellation über den Vertrag vom 16. Januar 1864; Benutzung dessen, was man weiß, um nachzuweisen, daß, wenn Unbilliges verlangt wird, entweder an Österreich weitgehende Conpensationen bewilligt werden müssen, oder die Frage der Herzogthümer nur durch ihre Erhebung zu einer europäischen gelöst werden kann.

2. Interpellation über die Enthüllungen der Weser Zeitung hinsichtlich eines Bündnisses mit Frankreich im Zusammenhang gebracht mit den geräuschvollen Bemühungen Preußens für das Nordende Schleswigs. Die Gefahr, in welcher dieses Nordende fortwährend schwebt, wird mit Schärfe zu betonen sein und vor der Annahme von Zeitungsübertreibung zu warnen sein.

3. Die Richtigkeit der Bemerkung der National=Zeitung von gestern ist in das richtige Licht zu stellen. Die Frage müßte für jeden Abgeordneten nahe liegen, ob denn der Herzog gegenüber dem jetzigen Regiment irgend mehr thun konnte, als er that. In doppelter Beziehung. Einmal gegenüber der zugeknöpften Haltung Preußens, welche für keinen Menschen einen anderen Hintergedanken haben konnte als den der Annexion, wie das Gewissen jedes Abgeordneten zugestehen wird. Sodann aber gegenüber der Thatsache, daß sich mit einem ehrlichen und liberalen Regimente Verträge der weitgehendsten Art schließen lassen, in dem Vertrauen, daß Mängel und Unbestimmtheiten nicht zu unerträglichen Übergriffen und zu den Operationen einer in ihren inneren und äußeren Beziehungen genügend gekennzeichneten Tendenzpolitik gemißbraucht werden. In Verhältnissen, wie die fraglichen, welche diesem Mißbrauche im höchsten Grade und bis in das kleine Detail der Verwaltung ausgesetzt sind, war eine weitere Hinausrückung der Grenzlinie gegenüber dem

Einfluße Bismarcks mit den Pflichten nicht nur gegen das Land sondern auch gegen eine andere politische Grundanschauung nicht zu vereinigen. Der Herzog hat zugestanden, was er gewissenhafterweise als im Lande durchsetzbar ansah. Sollte in diesem Sinne nicht die Nationalzeitung, soweit es ihr Standpunkt zuläßt, weiter agiren können?

Die Stellung Bismarcks zur Ständefrage müßte in die Diskussion gezogen werden. Der Nachweis der Unzulänglichkeiten beziehentlich Widerrechtlichkeiten der 54er Stände wird für Twesten leicht sein. Die Rechtscontinuität für eine ad hoc berufene Versammlung ist nichtssagende Phrase. Sie zu begründen, ist einfach eine innere Verfassungsfrage für den künftigen Souverän.

Ihr sehr ergebener Hänel.

189. Lorentzen an Sammer. 1865, 26. Mai, Berlin. Verhandlung mit einzelnen Abgeordneten. Aufsuchen derselben in ihren Wohnungen. Der fernere Gang der Verhandlungen in den Kommissionen und im Abgeordnetenhaus. Kriegskostenvorlage. Marinefrage. Kieler Hafen. Bitte um drei Denkschriften über das dänische Thronfolgegesetz, die preußische Politik und das Entgegenkommen des Herzogs. Vorschläge der Bearbeiter. Das Heffter'sche Gutachten. Der Beginn der Beratungen der Kronsyndici. Stockmar einverstanden mit den Verhandlungen mit Twesten. Bei Zabel Gespräch mit dem Oberbürgermeister Seydel. Prinz Christian gesprochen. Antworten auf die Fragen in Sammers Brief. Olshausen. Bamberg.

Lieber Freund. Ich bin während der letzten Tage ununterbrochen beschäftigt gewesen, mit solchen Abgeordneten, die muthmaßlich auf den Gang der Debatte einigen Einfluß haben werden, zu verhandeln und sie günstig zu stimmen. Da ich, um die Aufmerksamkeit nicht allzu sehr auf mich zu lenken, nicht gerne zu dem Ende in's Abgeordnetenhaus gehe, wo man ohnehin auch weder mit Muße noch ungestört sprechen kann, so muß ich die Herren in ihren Wohnungen aufsuchen, was sehr zeitraubend und mit vielen vergeblichen Wegen verknüpft ist. Ich habe deshalb in den letzten Tagen nicht geschrieben, auch hatte ich in der That wenig Veranlassung zu schreiben, da meine jetzige Aufgabe hier mehr darin besteht, Mittheilungen zu machen und Aufklärungen zu geben, als selbst etwas zu erfahren.

Da ich aus Deinem gestrigen Briefe[1]) sehe, daß Dir der fernere Gang der Verhandlungen in der Commission und im Haus nach Form, Zeit und Inhalt unklar ist, so will ich darüber gleich vorweg folgendes bemerken. Für das Haus liegt jetzt eine zwiefache Veranlassung vor, sich mit der Frage der Herzogthümer zu beschäftigen, nämlich 1. die Marinevorlage und 2. die Kriegskostenvorlage. Die Marinevorlage ist schon vor 8 Tagen im Ausschuß dadurch erledigt, daß der Ausschuß beschlossen hat, die Ablehnung der Vorlage und die Verwerfung aller von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen Amendements und Resolutionen dem Hause anzurathen; — also pure Ablehnung. Der Bericht ist vorgestern im Ausschuß festgestellt nnd wird wohl morgen ausgegeben werden. Ich werde sogleich ein Exemplar einschicken. Berichterstatter ist Virchow. Die Verhandlung im Plenum wird muthmaßlich Dienstag oder Mittwoch nächster Woche sein. Es ist ganz unzweifelhaft gewiß, daß die Vorlage der Regierung abgelehnt wird, weil man 1. dieser Regierung, so lange das Budgetrecht nicht hergestellt ist, überhaupt keine Anleihe bewilligen könne, und weil 2. nicht ersichtlich sei, wann und wie Preußen den Kieler Hafen erworben habe, das Haus aber nicht die Anlage von Befestigungen auf fremdem Territorium beschließen und ebenso wenig auf die Möglichkeit hin, daß der Hafen erworben werde, ein Gesetz votiren könne. Möglich ist, daß dabei noch irgend eine Resolution etwa in dem Sinne des dritten Abschnitts des beiliegenden[2]) Virchow'schen Antrages hinzugefügt wird. Auf jeden Fall ist klar, daß bei Gelegenheit der Kieler Hafenfrage die ganze schleswig-holsteinische Angelegenheit in die Debatte gezogen werden kann. Dies liegt um so näher, weil an die versuchte Besitzergreifung des Kieler Hafens im vorigen Monat sich der Umschwung der preußischen Politik knüpfte, und weil die Abgeordneten nicht leicht der Versuchung widerstehen werden, diesen ersten leicht vorüberstreifenden Schatten von Olmütz zu beleuchten. Die politische Frage wird also bei dieser Gelegenheit zur Sprache kommen; aber in welcher Ausdehnung, das ist schwer zu sagen. Die Abgeordneten selbst wissen noch nicht mit

---

1) Nr. 187.

2) Nicht vorhanden.

Bestimmtheit zu sagen, ob die Hauptdebatte der politischen Frage sich mehr an die Marine oder an die Kriegskostenvorlage anschließen wird. Wahrscheinlich ist jedoch, daß bei der Marinevorlage nur ein Vorgefecht, und daß die Hauptschlacht erst bei der Kriegskostenvorlage geliefert wird. — Was nun diese letztere Vorlage betrifft, so wird ihre Behandlung und Erledigung im Ausschuß absichtlich verzögert werden, bis die Marinevorlage im Plenum erledigt ist. Der Grund hierfür liegt auf der Hand. Berichterstatter bei den Kriegskosten ist bekanntlich Twesten. Wie es nun mit dieser Vorlage weiter gehen wird, ist noch nicht bestimmt zu sagen, weil die Erledigung der Marinevorlage dafür zum Theil präjudicirlich ist. Der Antrag der Regierung geht bekanntlich dahin, daß der Landtag die stattgehabte Verwendung der namhaft gemachten Summen als Kriegskosten nachträglich genehmige. Dieser Antrag wird ohne Zweifel abgelehnt. Fraglich ist auch hier nur, ob noch politische Resolutionen beigefügt werden sollen. Möglich ist, daß hier ein allgemeiner Tadel der ministeriellen Politik, namentlich der Allianz mit Österreich ausgesprochen wird; auch wird vielleicht hervorgehoben, daß das baldige Ende des Provisoriums dringend wünschenswerth ist und dabei auch die Frage der Landesvertretung — dann wo möglich mit Bezeichnung des Wahlgesetzes von 1848 — hingewiesen; auch wird vielleicht gesagt, daß Preußen gewisse Vortheile erreichen müße, und in diesem Zusammenhange wäre es vielleicht durchzusetzen, daß das Schreiben vom 31. März als eine angemessene Basis bezeichnet wird. Alles dies sind Möglichkeiten; aber bestimmt läßt sich hierüber um so weniger etwas vorhersagen, als alle diese Fragen noch gar nicht in den Fraktionen vorberathen sind. Ich kann deshalb auch immer nur nach der augenblicklichen Lage operiren. Sehr wahrscheinlich ist nur, daß die Majorität nicht für Annexion sein wird, weil die Trauben sauer sind, und weil sie Bismarck diesen Erfolg nicht gönnen. Aber die positive Aufstellung einer bestimmten Politik in präcisen Resolutionen hat deshalb ihre großen Schwierigkeiten, weil alle Fraktionen bei dieser Frage in sich gespalten sind, aber ihre Spaltung nicht gerne öffentlich dokumentiren wollen. In solcher Lage liegt es nahe, sich auf die bloße Negation, in der

man einig ist, d. h. auf die Ablehnung der Regierungsvorlage zu beschränken. Aber selbst in diesem Falle wird doch die ganze Politik in die Debatte hineingezogen werden. — Über die Zeit dieser Debatte kann man bis jetzt nur sagen, daß sie nicht vor Pfingsten sein wird. Denn wenn der Ausschuß sich auch sehr beeilt, so wird er doch nicht vor Ende der nächsten Woche fertig werden, und also kann die Debatte im Hause nicht früher sein als in der zweiten Hälfte der Pfingstwoche.

Falls nämlich das Haus bis dahin überhaupt noch beisammen ist. Denn alles vorher Gesagte gilt nur unter der Voraussetzung, daß nicht die Session geschlossen wird, ehe es überhaupt zu einer solchen Debatte kommt. Ein ganz plötzlicher Schluß der Session wäre aber nicht unwahrscheinlich, und seit einigen Tagen spuckt es davon vor. Bismarck hatte gehofft, wenigstens für seine auswärtige Politik eine gewisse Stütze im Abgeordnetenhause zu finden. Zu dem Ende wurden diese Vorlagen gemacht. Aber diese Hoffnung ist fehlgeschlagen. Die Ablehnung beider Vorlagen ist schon jetzt vollkommen sicher. An der Debatte kann Bismarck nicht viel gelegen sein. Das gewünschte Geld wird ihm ohnehin nicht bewilligt, und die formelle Beendigung der Budgetberathung im Abgeordnetenhause ist eben nur eine formelle Frage. Denn da das Budget, wie es aus dem Abgeordnetenhaus kommen wird, im Herrenhaus selbstverständlich abgelehnt wird, so muß das nicht mehr ungewohnte budgetlose Regiment für das nächste Jahr doch fortdauern. Und da man sich einmal an die Sünde gewöhnt hat, so scheut man auch nicht mehr den Schein derselben. Also, wenn es aus anderen Gründen bequem ist, so ließe sich wohl denken, daß die Session noch vor beendeter Budgetberathung eines schönen Tages geschlossen wird.

Indeß dieses ist sehr ungewiß, und bis jetzt müssen wir doch unsere Maßregeln auf den Fall einrichten, daß es wirklich zu einer großen politischen Debatte im Abgeordnetenhaus kommt. Um auf diesen Fall gerüstet zu sein, bitte ich mir so schnell als irgend möglich drei Exposé's oder Druckschriften zu schicken, welche folgende Themata behandeln müßten.

1. Nachweis, daß das dänische Thronfolge-Gesetz von 1853 für die Herzogthümer nicht rechtsbeständig geworden ist (cf. Kriegskostenvorlage pag. 5). Die Argumente sind ja bekannt. Fehlende Zustimmung der Stände, der Agnaten und des Bundes. Hauptgewicht auf die Stände zu legen, denen das Gesetz nicht vorgelegt ist. Nachweis, daß die schleswigschen Stände (1853/54) und ebenso die holsteinischen Stände nicht nur nicht zugestimmt, sondern später ausdrücklich protestirt haben, die schleswigschen 1860, die holsteinischen mehrmals. Besonders hervorzuheben, ob das Gesetz von 1853 in den Herzogthümern in der gewöhnlichen Form officiell publicirt sei. Hierauf soll Heffter in seinem Gutachten an die Kronsyndici Gewicht gelegt haben. Jedenfalls kann man ein Erbfolgegesetz nicht durch beiläufige Erwähnung einschmuggeln.

2. Nachweis, daß die preußische Politik seit November 1863 nicht konsequent gewesen ist, sondern voll von Widersprüchen (zur Widerlegung der Kriegskostenvorlage pag. 4). Also vor dem Tode Friedrichs VIII. Eiderprogramm. (Verhandlungen mit Blixen, Fincke. Depesche von Paget bei Aegidi Nr. 1169); dann Gesamtstaat auf der Basis von 1851/52 mit Gültigkeit des Londoner Traktats; dann Personalunion, dann Trennung der Herzogthümer von Dänemark und Ungültigkeit des Londoner Traktats sowie Nichtberechtigung Christians IX. (Erklärung Bernstorffs vom 12. Mai 1864, wiederholt 30. Juni bei Aegidi Nr. 1662); dann Herzog von Augustenburg (23. Mai, in Frankfurt genehmigt 2. Juni); dann plötzlich hat der Herzog kein Recht; dann Schwanken zwischen Annexion durch Erschleichung, brandenburgische Ansprüche und Großherzog von Oldenburg; schließlich ist die dänische Theorie adoptirt, wonach also Christian IX. alles Recht hatte und also cediren konnte.

3. Nachweis, daß der Herzog es nie an Entgegenkommen hat fehlen laßen, und daß hier in Berlin an den betreffenden Orten kein Zweifel darüber hat sein können. Hier wären, nachdem das Aktenstück vom 31. März veröffentlicht ist, nur diejenigen zum großen Theil schon dort erwähnten Thatsachen zusammenzustellen, welche in der Debatte berührt werden dürfen. Also alles, was persönlich zwischen dem Herzog, Kronprinzen und

König von Preußen vorgegangen ist, wäre wegzulaßen. Das kann ich, wo es zulässig ist, mündlich ergänzen. Dagegen könnte, was im März 1864 zwischen v. Ahlefeldt und Bismarck vorgegangen ist, wohl schon erwähnt werden. Dann vom September 1864 an Alles ziemlich vollständig in chronologischer Folge.

Ich würde diese drei Exposé's gerne selbst machen, wenn ich das vollständige Material hier hättte, und wenn nicht die nothwendigen persönlichen Beziehungen zu den Abgeordneten mich in unaufhörlicher Bewegung hielten, die mir jede zusammenhängende Arbeit unmöglich macht. — Ich erlaube mir, über die wünschenswertheste Faßung noch folgende Bemerkungen hinzuzufügen. Vor allen Dingen müßten alle drei Denkschriften möglichst schnell, spätestens etwa Mitte der nächsten Woche fertig und in meinen Händen sein. Je kürzer sie sind, desto besser; in scharfen, kurzen Sätzen, mit Anführung der authentischen Beweisstellen. Bei der Abfassung ist immer zu beachten, daß sie bestimmt sind für gescheute und sehr beschäftigte Leute, die keine Zeit haben, lange Denkschriften zu lesen.

Wenn ich mir noch einen Vorschlag hinsichtlich des Verfassers erlauben darf, so würde ich für Nr. 1 Planck vorschlagen, für Nr. 2 Dich oder Hänel, Nr. 3 könnte wohl Steindorff nach Anweisung machen; es kommt bei Nr. 3 nur darauf an, wie viel an thatsächlichem Material befreundeten Abgeordneten in die Hand gegeben werden darf. Ich denke mir jedes Exposé etwa vier Seiten lang, abgesehen natürlich von den Beweisstücken, nicht mehr, denn sonst läuft man Gefahr, daß die Herren es nicht lesen.

Allerdings läuft man Gefahr, eine überflüssige Arbeit zu machen, falls die Session plötzlich geschlossen wird, und die Sache also garnicht zur Verhandlung kommt. Doch darauf muß man es wagen. Auch gilt dies nur für Nr. 2 und 3. Denn das Exposé Nr. 1 dachte ich mir auch nützlich für die Kronsyndici. Wie ich von Gruner höre, hat Heffter alles Übrige ziemlich in's Ungewisse gestellt, aber das Hauptgewicht auf das Gesetz von 1853 gelegt, welches auf formal gültige Weise zu Stande gekommen sei. Also würde ich vorschlagen, das Exposé Nr. 1 auch mit Rücksicht hierauf so abzufaßen, daß es einigen gutgesinnten

Kronsyndici in die Hände gespielt werden kann. Ich würde deshalb auch um einige Exemplare mehr bitten. Da die Beratung der Kronsyndici am 8. Juni beginnt, so wäre auch aus diesem Grunde Eile nothwendig.

Stockmar ist mit dem, was ich am 20. dieses Monats über die bei Mittheilungen an Twesten zu beobachtende Schranke geschrieben habe, ganz einverstanden; ich werde es also danach verhalten. Gestern früh habe ich die betreffenden Abschriften erhalten, habe aber Twesten seitdem noch nicht gesehen.

Gestern ist mir nach vielen Versuchen endlich gelungen, Zabel einmal in seiner Wohnung anzutreffen. Während ich mit ihm im besten Zuge war, kam der Oberbürgermeister Seydel[1]), der wohl in kommunalen Dingen dasselbe wollte, was ich in schleswig-holsteinischen. Die Folge war, daß wir uns gegenseitig hinderten. Mir war das Zusammentreffen nur in so fern interessant, als Seydel, der jetzt ganz ein Mundstück Bismarck's ist, mit großem Behagen auseinandersetzte, daß die Annexion noch lange nicht aufgegeben, und daß es bei der Berufung der Stände darauf abgesehen sei, eine Stimmung für die Annexion aus dem Lande selbst hervorgehen zu laßen. Ich sagte ihm, daß Bismarck, bei aller sonstigen Anerkennung seiner Verdienste, doch offenbar im eigenen Lande mit der Volksvertretung kein Glück gehabt habe, und daß ich fürchten müße, mit der schleswig-holsteinischen Landesvertretung werde es ihm nicht besser gehen als mit den preußischen Abgeordneten.

Ich habe gestern die Ehre gehabt, den Prinzen Christian, der auf der Durchreise hier war, kurze Zeit zu sehen.

In Betreff meiner Reise nach Dresden erwarte ich noch nähere Anweisung. Für jetzt muß ich wohl hier bleiben, so lange die Abgeordneten noch hier beisammen sind. Auch ist ja keine Eile, da der König von Preußen und der Kaiser von Österreich sich ja nicht vor Mitte nächsten Monats sehen werden. Wenn ich die Sache als ganz von mir ausgehend bei v. Beust in Anregung bringen soll, so müßte ich auf eine Erholungsreise

---

1) Regierungspräsident a. D., Oberbürgermeister von Berlin.

nach Dresden zu kommen scheinen. Vorläufig gebe ich anheim, daß der Herzog nicht versäumen sollte, dem König von Sachsen einen Gratulationsbrief zur Geburt des ersten Enkels zu schreiben. Das würde ihn für das Spätere vielleicht geneigter machen.

Über den Vertrag vom 16. Januar wie überhaupt über alle Beziehungen zu Österreich hat Abeken sich ausgeschwiegen. So lange nicht Bismarck selbst zum Vorschein kommt, fragt Niemand ordentlich, weil man im Voraus weiß, daß man keine ordentliche Antwort bekommt. Wenn Du Dich darüber wunderst, daß kein preußischer Abgeordneter die preußischen Forderungen für „absurd, kränkend und frech" erklärt, so kennst Du das hiesige Terrain nicht. Mit einer solchen Erklärung würde sich jeder preußische Abgeordnete für alle Zukunft unmöglich machen. Alle Zeitungen über Commissionssitzungen sind sehr ungenau und unzuverlässig. Wenn Abeken wirklich von einer Verschiedenheit der preußischen Forderungen in der Vorlage und in der Depesche vom 22. Februar gesprochen hat, so kann nicht die Kriegskostenvorlage gemeint sein, welcher ja die Depesche vom 22. Februar beigefügt ist, sondern nur etwa die Marinevorlage, welche nur einen speciellen Punkt betrifft.

Die Erklärung des Grafen Bernstorff vom 12. Mai 1864 habe ich schon oft benutzt; sie ist mit Balan zusammen wiederholt am 30. Juni. Freese wird gewiß gern für den Hamburger Courier schreiben; er muß nur von Dir aufgefordert werden; am besten direkt, allenfalls durch mich.

Stavenhagen kenne ich recht gut und hatte mir ihn schon unter denen, die vernünftig zu machen sind, notirt. — Bunsen habe ich mehrmals vergeblich aufgesucht. Er hat noch nichts von sich hören laßen. — Theodor Olshausen wird wahrscheinlich am nächsten Freitag nach Hamburg und von dort zu einem kurzen Besuch nach Kiel gehen, aber, wie ich glaube, sich aller Einmischung in die vorliegenden Fragen enthalten. — Die früher gewünschte Nummer des Altonaer Merkur habe ich in fünf Exemplaren erhalten. Dieselben sind sofort durch Gruner verwerthet.

Unser Pariser Blutsauger Bamberg ist nun glücklich hier eingetroffen. Gestern hat er mich verfehlt. Ich habe ihn mir zu heute Abend bestellt. Ich hatte immer gehofft, diesem Vampyr noch irgendwie auszuweichen.

Mit besten Grüßen Lorentzen.

190. Hänel an Lorentzen. 1865, 27. Mai, Kiel. Eintreffen des Berichtes. Wunsch über Nachrichten über den Standpunkt der einzelnen Abgeordneten. Die Denkschriften. Modifikation des Artikels 3 des Virchow'schen Antrages: Begriff der norddeutschen Flotte. Die Stellung zur Kriegskostenvorlage. Gerücht von der Schließung des Hauses. Anfrage wegen eines Berichtes Lorentzens nach Berlin aus der Londoner Zeit.

Verehrter Herr Doktor. Soeben ist Ihr Bericht[1]) eingetroffen. Derselbe giebt über den gegenwärtigen Stand der Commissionsverhandlungen und über die noch wenig durchsichtige Entwicklung in den dazu erwartenden Kammerverhandlungen Auskunft. Sehr wünschenswerth wäre es für hier zu wissen, welche Gesichtspunkte die einzelnen Abgeordneten geltend machen, um ihren Standpunkt zu begründen, und welchen Eindruck denselben die von Ihnen entwickelten Gesichtspunkte und Thatsachen machen. Die gewünschten Denkschriften sollen, sobald irgend thunlich, in Ihre Hände gelangen. Natürlich wird Nr. 3 (Beweis des Entgegenkommens des Herzogs) noch einer näheren Erwägung und Feststellung bedürfen.

Sollte bei der Marinevorlage noch eine Resolution wie die Virchow'sche in Aussicht stehen; bestimmter gesagt, wie der 3. Absatz des Virchow'schen Antrages, so wäre es doch gewiß von großer Bedeutung, wenn eine Modification im Sinne einer größeren deutschen Auffassung bewirkt würde. Es liegt dies in der Tendenz der deutschen Fortschrittspartei, in ihrem augenfälligen Interesse und könnte auch uns nur erwünscht sein. Die Modification würde die Betheiligung der Elbherzogthümer an den Kosten und der Bemannung der preußischen Flotte als ein Durchgangsstadium zu charakterisiren haben. Motiv und Zweck bleibe die Anbahnung einer norddeutschen Flotte. Preußen

---

1) Nr. 189.

beginnt sich im Interesse Deutschlands die Führerschaft der Flotte zu erwerben, aber es muß dies in Formen und auch materiell in solcher Weise thun, daß sich eine Erweiterung der Marineconvention auf die übrigen Staaten vernünftigerweise erwarten läßt. Dies wird nicht der Fall sein, wenn man das Verhältniß lediglich als ein Tributverhältniß zur specifisch preußischen Flotte und zwar in definitiver Weise characterisirt. Eine solche Fassung sollte sich ohne Gefährdung des nächsten praktischen Zweckes leicht finden lassen.

Bei dem Durcheinander der Ansichten bezüglich der Kriegskostenvorlage ist es wohl das Wünschenswertheste, eine rein negative Resolution aus den Verhandlungen der Kommission hervorgehen zu sehen. Eine positive Formulirung würde wahrscheinlich nur den stärkeren Widerspruch hervorrufen, die Zerrissenheit und damit zugleich die Ohnmacht des Hauses in dieser Frage blos legen, um schließlich wahrscheinlich doch mit einer Negation zu endigen. Würden sich freilich die Ansichten mehr und mehr in dem uns günstigen Sinne klären und konzentriren, so könnte man zunächst an eine Resolution gegen die Fortdauer der Provisorien und auf Einberufung der Stände von 48 denken. Erst in letzter Instanz würde es wohl richtig sein, an eine Anknüpfung an das Schreiben vom 31. März zu denken. Denn offenbar ist dieser Versuch durch den zur Zeit noch im stärksten Grade zu erwartenden Widerspruch der gefährlichste. Oder sollte doch der Eindruck des Abgeordnetenhauses für das Aktenstück günstiger sein, als ich voraussetze?

Das Gerücht der Schließung des Hauses beruht wohl mehr auf dem Heimweh der einzelnen Abgeordneten, als auf thatsächlicher Voraussetzung. Die Kommödie mit dem Herrenhause wird man wohl als Ruhekissen für das Gewissen des Finanzministers wieder aufführen. Schließlich noch eine Anfrage: Dr. Ahlmann sprach neulich mit Amtmann Jürgensen. Derselbe wollte von einer Note oder Depesche von Ihnen aus den Zeiten der Londoner Versammlung wissen, welche im Auftrage des Herzogs nach Berlin gerichtet, sich für die Theilung Schleswigs sehr entschieden ausgesprochen haben soll. An wen dieselbe gerichtet sei, war unbekannt. Sicher ist, daß diese Erzählung

gebraucht wird, um den Herzog zu diskreditiren. Der ganze Zusammenhang des Gesprächs ergab, daß Zedlitz diese Geschichte bei Jürgensen angebracht hatte. Ist Ihnen nun bekannt, ob Sie irgend etwas geschrieben haben, was für diese Erzählung irgend welchen thatsächlichen Anhalt abgeben kann?

Ihr sehr ergebener Hänel.

191. Lorentzen an Sammer. 1865, 28. Mai, Berlin. Die Forderung Bambergs. Die zukünftige Haltung der preußischen Jahrbücher. Brief Hänels. Die Erwerbung des Kieler Hafens. Die Anfrage von Zedlitz über Lorentzens angeblichen Brief nach Berlin. Lorentzens Ansicht von der Aussage Pfordtens über den eventuellen Fortgang des Herzogs aus Kiel. Lorentzen unter Anklage des Preßvergehens.

Lorentzen gibt Nachricht über eine Unterredung, die er mit Bamberg gehabt habe. Dieser hatte im Interesse der augustenburgischen Bestrebungen über 5000 Francs ausgegeben und bat jetzt um Rückerstattung dieser Summe. Lorentzen fragt an, wie man sich in Kiel zu dieser Forderung stelle.

Ich höre von Gruner und anderen Altliberalen, daß Maßregeln getroffen sind, um die Preußischen Jahrbücher zu einer anständigen Haltung zu nöthigen; so etwas wie im April- und Maiheft, werde nicht wieder vorkommen. Ich habe heute früh einen Brief von Professor Hänel vom gestrigen Datum[1]) erhalten. Ich werde die gegebenen Winke bestens benutzen. Der Hauptpunkt in dem dritten Absatz des Virchow'schen Antrages scheint mir, daß betont ist, der Kieler Hafen müsse durch Vertrag mit den Herzogthümern erworben werden. Hiergegen werden die Annexionisten sich mit aller Kraft wehren, und wenn der Satz in dieser Fassung durchgeht, so hat die Politik der Regierung eine vollkommene Niederlage erlitten. Alles andere, namentlich die stärkere Betonung einer preußischen oder deutschen Flotte scheint mir cura posterior. Denn das ist ja doch nur Theorie, und wenn man nachträglich solche Änderungen hineinbringen will, so weckt man nur die großpreußische Opposition. Mit den Bemerkungen über die Kriegskostenvorlage bin ich ganz einverstanden. Man muß nach den Umständen sehen, was sich machen läßt.

---

[1]) Nr. 190.

Was Amtmann Jürgensen an Dr. Ahlmann über mich gesagt hat, ist ganz leeres Gerede. Es existirt dafür kein thatsächlicher Anhalt. Ich habe während der ganzen Zeit der Londoner Conferenz über die Frage der Theilung Schleswigs nie eine Silbe geschrieben, außer an Dich nach Kiel. Nach Berlin habe ich während der ganzen Zeit keine Briefe geschrieben mit Ausnahme von Familienbriefen. Daß ich nun gar im Auftrage des Herzogs eine Note oder Depesche nach Berlin gerichtet haben sollte, ist ja purer Blödsinn. Dagegen habe ich in London häufig sowohl mit Beust als auch mit den beiden Agenten Preußens über die Theilung Schleswigs gesprochen und zwar im ähnlichen Sinne wie in meinen Briefen nach Kiel. Aber ich habe alles immer nur als meine persönliche Meinung, nicht im Auftrage des Herzogs gesagt. Wenn also Zedlitz wirklich von solchen Dingen spricht, so kann dies höchstens den Anhalt haben, daß in den Berichten der preußischen Agenten irgend etwas der Art erwähnt ist. Aber ich bin auch mündlich immer sehr vorsichtig gewesen und habe nie mehr zugestanden, als eine Theilung, in so fern die Betreffenden zustimmen.

Mit besten Grüßen Lorentzen.

Privatim. Ich habe Stockmar in diesen Tagen nicht gesehen und habe also mit ihm noch nicht über das sprechen können, was v. d. Pfordten kürzlich über das Wünschenswerthe einer Reise des Herzogs gesagt hat. Ich kann heute nur meine persönliche Meinung sagen. Als der Herzog in dem Manifeste an die Conferenz vom 16. April vorigen Jahres[1]) erklärte, für den Fall einer Befragung der Bevölkerung das Land verlassen zu wollen, um jeden Schein einer Pression zu vermeiden, stand die Frage zwischen Christian IX. und dem Herzog. Christian IX. war außer Landes, und wenn der Herzog gleichfalls fortging, so stellte er nur die Gleichheit her. Jetzt liegt die Frage zwischen dem Herzog und der Annexion von Preußen. Ohne Zweifel aber hat Preußen sich viel breiter in den Herzogthümern etablirt als der Herzog. Wenn man also verlangt, daß der Herzog, um keine Pression auszuüben, sein bescheidenes Plätzchen verlaßen

[1]) Abgedruckt Jansen-Sammer S. 711—714.

soll, so liegt es doch nahe, daß dann auch sein mächtiger Gegenprätendent mit seinem ganzen Apparat an Militär und Civil für so lange das Land verlaßen muß, um auch seinerseits jeden Schein der Pression zu vermeiden. Das scheint mir für jeden Unbefangenen einleuchtend, und das würde ich rathen auf jede Zumuthung zu antworten.

Du wirst Dich erinnern, daß meine Schrift über den Londoner Traktat im Dezember 1863 konfiscirt wurde. Seitdem hatte ich nie wieder davon gehört und hielt die Geschichte für vergessen. Zu gestern wurde ich nun ganz unvermuthet auf's Stadtgericht geladen und erfuhr hier, daß ich mich auf pag. 32 und 46 des Verbrechens der Beleidigung des Ministers v. Manteuffel in Beziehung auf seinen Beruf schuldig gemacht haben soll. Ich erklärte, ich hätte nur eine objektive Beurtheilung der damaligen Politik, welche jetzt ja auch Herr v. Bismarck thatsächlich verurtheilt habe, ausgesprochen. Übrigens habe ich auch Verjährung eingewendet, weil Preßvergehen innerhalb sechs Monaten verjähren. Die gestrige Vernehmung war nur, um zu konstatiren, daß ich der Verfasser sei. Jetzt geht die Sache vor den Staatsanwalt, welcher zu entscheiden hat, ob er eine Anklage erheben oder die Sache auf sich beruhen laßen will. Dies muß man nun abwarten. Sollte es wirklich zu einer Anklage kommen, so halte ich es für das Richtigste, die Sache nicht tragisch, sondern möglichst kühl, geräuschlos und geschäftsmäßig zu behandeln. Ich würde die Sache dann einem Rechtsanwalt übergeben und mich nicht weiter darum bekümmern. Das Schlimmste, was dabei herauskommen kann, ist eine kleine Geldstrafe.

192. Sammer an Lorentzen. 1865, 30. Mai, Kiel. Die weitere Korrespondenz wird Hänel führen, da er Urlaub nehmen muß. Lorentzens Untersuchung über den Londoner Traktat. Freude über den Marine-Kommissionsbericht.

Lieber Freund. Da ich die ausgedehnte Correspondenz nicht mehr zu bewältigen vermag, wird künftig Professor Hänel an Dich schreiben, und ich bitte Dich, ihm zu antworten. Die 1½jährige angestrengte Arbeit hat mein Nervensystem ziemlich zu Grunde gerichtet, und ich muß wohl schon sehr bald den

Rath befolgen, den Du mir schon diesen Winter gabst, mich einmal auf 4 Wochen von aller Arbeit und allem politischen Treiben zu dispensiren und Natur und Familie genießen. Mein Wunsch geht dahin, möglichst bald nach Pfingsten das zu thun. Ich denke, die Kammer wird wohl nicht lange nach Pfingsten aus sein.

Deine Untersuchung wegen des Londoner Traktats charakterisirt die Gesellschaft dort. Es ist ja wohl bloß darauf abgesehen, den Herzog zu chikaniren. Deiner Ansicht in betreff der Entfernung des Herzogs wird vollkommen beigetreten. Ich habe in diesem Sinne an Ahlefeld geschrieben.

Doch wird Hänel Dir über alles Geschäftliche schreiben. Ich will nur noch meine Freude über den Marine-Commissionsbericht aussprechen. Das ist alles, was sich nur erwarten ließ.

Kiel, den 30. Mai 1865. Dein Samwer.

193. Hänel an Lorentzen. 1865, 30. Mai, Kiel. Bericht über die Marinevorlage. Des Herzogs Bereitwilligkeit zu Concessionen. Schwierigkeit, die Vorgänge am 1. Juni zu verwerten.

Verehrter Herr Doktor. Der Commissionsbericht über die Marinevorlage ist seit gestern in unsern Händen. Er ist unerwartet günstig. Wer ist aber die eine dissentirende Stimme?

Wenn Ihnen gegenüber von fehlenden Garantien für etwaige Abmachungen mit dem Herzog gesprochen wird, so sind deren von Ihnen leicht aufzuzählen. Die Bereitwilligkeit zu ihrer Gewährung ist ja am 31. März ausgesprochen. Auf ein Reaktionsrecht Preußens im Falle der Nichteinhaltung der Concessionen dürfte insbesondere hinzuweisen sein.

Bei der Erörterung der species facti im Streit zwischen dem Herzog und Preußen sind die Vorgänge am 1. Juni die schwierigsten. Sie sind am besten ganz außen vor zu laßen. Denn jede Erwähnung im Abgeordnetenhause würde Bismarck leicht benutzen können, um daran lügenhafte Behauptungen zu knüpfen, auf die vom Herzog nach Lage der Sache nicht geantwortet werden kann. Bismarck würde gezwungen, seinen

Bericht an den König bis auf's äußerste zu vertheidigen, und unsere Angriffsmittel sind ohne starke Indiskretionen gar nicht zu brauchen.

Hier wird erzählt, daß die äußerste Linke beschlossen habe, die ganze Frage bereits bei Gelegenheit des ersten Berichtes in die Debatte zu bringen, um die Kräfte nicht zu zersplittern. In diesem Fall ist es durchaus nothwendig, daß Twesten seine Vertheidigungsrede bereits am ersten Termine halte.

Mit besten Grüßen Ihr Hänel.

194. Lorentzen an Hänel. 1865, 31. Mai, Berlin. Debatte über die Marinefrage in Aussicht. Sollte Debatte eintreten, wird Twesten sich beteiligen, Virchow die Hauptrolle übernehmen. Eventuelle Resolutionen. Aussprache mit Bamberg. Stavenhagen ohne Einfluß. Freese bereit, für die Augsburger Allgemeine zu schreiben. Olshausen reist nach Kiel. Bitte, ihn nicht zu beeinflussen.

Geehrter Herr Professor. Vielleicht wird morgen im Abgeordnetenhause die Debatte über die Marinevorlage sein. Wenigstens glaubte man dieses gestern. Doch konnten weder Virchow noch Freese, die ich gestern Vormittag, noch Twesten, den ich gestern Abend sah, mir darüber vollkommen sichere Auskunft geben. Das hängt noch von Verständigungen der beiden betreffenden Kommissionen unter einander und mit dem Präsidenten ab und wird nicht vor dem Schluß der heutigen Plenarsitzung entschieden werden. Wenn die Marinevorlage morgen auf die Tagesordnung kommt, so ist es wahrscheinlich, daß die politische Seite der Frage ziemlich stark hineingezogen wird. Es wäre selbst möglich, daß diese Debatte wichtiger wird, als die nach Pfingsten zu erwartende über die Kriegskostenvorlage. Indeß hatte Virchow gestern noch nicht die Absicht, die Sache, soweit an ihm liegt, in diese Richtung zu lenken. Indeß den Lauf einer parlamentarischen Debatte hat kein Einzelner in der Hand. Wenn die Debatte morgen einen großen politischen Charakter annimmt, so wird auch Twesten sich daran betheiligen. Das hat er mir gestern bestimmt gesagt. Die Hauptrolle würde aber morgen Virchow zufallen, und dieser ist in unserem Sinne eigentlich noch korrekter d. h. weniger spezifisch preußisch als

Twesten. Ich werde während der Debatte im Hause sein und Virchow will mir einen Platz verschaffen, an welchem es Beiden möglich ist, einander Mittheilungen zukommen zu laßen. Wird die ganze Frage morgen in die Debatte gebracht, so werden vielleicht auch schon Anträge auf Resolutionen, die sich nicht auf die Marine beschränken, gestellt. Ich habe bereits mehrere solche embryonische Entwürfe gesehen. Die Gedanken der Majorität laufen auf baldige Beendigung des Provisoriums durch Constituirung des schleswig-holsteinischen Staates, nebst gewissen mehr oder weniger präcisirten Concessionen an Preußen. Wenn man nicht vorzieht, sich ganz in der Negation zu halten, so wird wohl eine Resolution von ähnlicher Tendenz angenommen werden. Sie sehen, wie sehr Alles, was die Taktik betrifft, schwankend ist. Solche Dinge verschieben sich von einem Tage zum andern, und man kann daher immer nur nach der augenblicklichen Lage operiren. Den heutigen Abend werde ich noch bestens benutzen.

Mit Bamberg, den ich wahrscheinlich noch heute sehe, werde ich in dem bezeichneten Sinne sprechen.

Der eine Unvernünftige in der Marine-Commission ist Stavenhagen, der aber keinen Einfluß hat.

Wiederholung seiner Bitte um möglichst kurze Exposé's.

In dem Sinne des mir mitgetheilten Artikels über die allgemeine Wehrpflicht habe ich auch Freese veranlaßt zu schreiben. Könnte außer dem Hamburger Correspondenten nicht auch die Augsburger Allgemeine Zeitung veranlaßt werden, Freese zum Correspondiren aufzufordern? Dieser wäre dazu gern bereit.

Theodor Olshausen wird morgen nach Hamburg abreisen und wird wohl in wenigen Tagen in Kiel sein. In Beziehung auf ihn rathe ich dringend eine sehr vorsichtige Haltung an, d. h. vor allen Dingen die Vermeidung jedes Scheins, als ob man ihn beeinflußen wolle. Ich glaube, es wäre besser gewesen, Neergaard neulich nicht hierher zu schicken. Olshausen ist viel zu gescheut, als daß er die Absicht nicht merken sollte. Ihm seine Ansichten ausreden zu wollen, ist Thorheit. Ich hoffe noch immer, daß er sich in die schleswig-holsteinische Politik nicht hineinmischen und der Öffentlichkeit gegenüber sich neutral

verhalten wird. Aber jeder Versuch, ihn zu beeinflußen oder ihm andere Ansichten unterzuschieben, als er wirklich hat, würde nur die entgegengesetzte Folge haben und würde ihn provociren, sich öffentlich für Annexion zu erklären. Lorentzen.

195. Hänel an Lorentzen. 1865, 1. Juni, Kiel. Skizze über das Thronfolgegesetz. Virchow soll die beschämende Forderung, der Herzog soll das Land verlassen, zur Sprache bringen. Freeses Anerbieten betr. die Augsburger Zeitung. Vorsicht in der Verbindung mit Virchow.

Verehrter Herr Doktor. Die Ansetzung der Marinedebatte auf heut war uns überraschend, weil wir die bezügliche Notiz in der National-Zeitung übersehen hatten. Damit werden die gewünschten Exposés etwas verspätet sein. Ich schicke Ihnen auf jeden Fall noch heute die kurze Skizze über das Thronfolgegesetz. Sie ist allerdings rechtlich deducirend, aber anders war die Sache nicht zu fassen. Die Daten über das Verhältniß des Thronfolgegesetzes zum Bunde, der betreffenden Abstimmungen der beiden Provinzialstände und der preußischen offiziellen Äußerungen über die Ungültigkeit des Gesetzes folgen in selbständigen Abschnitten nach. Es wäre freilich besser gewesen, wenn Planck die Zeit zur Übernahme gehabt hätte.

Daß jetzt die Abreise des Herzogs aus den Herzogthümern für die Entscheidung des Friedens von höchster Wichtigkeit ist, bedarf keiner Bemerkung. Sollte nicht Virchow, den auch ich für den besten Advokaten halte, auf die beschämende Kleinlichkeit solcher Schritte, beschämend für die ganze Familie des Königs von Preußen und gegenüber den nobleren Intentionen des Hauses Österreich aufmerksam machen können.

Hinsichtlich etwaiger Correspondenzen Freeses an die Augsburger Allgemeine Zeitung wüßte ich nur die Vermittlung Wydenbrugks und werde dieselbe angehen.

Mit den besten Grüßen Ihr Hänel.

P. S. Ich gewinne noch Zeit, einige Notizen zu meinem heutigen Briefe hinzuzufügen.

Der Herzog läßt Sie bitten, bei Ihrer Anwesenheit im Abgeordnetenhause die Verbindung mit Virchow nur in sehr

vorsichtiger Weise zu unterhalten. Die preußischen Freunde würden den Fall gehörig auszubeuten wissen.

Hinsichtlich der Abreise des Herzogs aus den Herzogthümern sind Ihre Ansichten vollkommen die Unsrigen. Bei einer Einwirkung auf Virchow in dem oben angegebenen Sinne muß man sich von Anfang an dagegen rüsten, daß Bismarck dem Herzog das Eindrängen in die Mitverwaltung der Herzogthümer vorhält. Ich meine, daß gerade gegen diese Anschuldigung sich sehr wirksame und drastische Widerlegungen finden lassen, die Sie Virchow für alle Fälle besonders suppeditiren würden.

196. Steindorff an Lorentzen. 1865, 2. Juni, Kiel. Anfrage des Berliner Stadtgerichts, ob Lorentzen schon einmal in Untersuchungshaft gewesen wäre. Antworten darauf.

Lieber Herr Doktor. Wie Sammer heute sicher erfahren hat, ist vom Berliner Stadtgericht sowohl an das Glückstädter Obergericht als an den hiesigen Magistrat die Anfrage gerichtet worden, ob Sie sich bereits einmal in Criminal-Untersuchung befunden haben. Zugleich ist um Zusendung der betreffenden Akten gebeten worden. Das Glückstädter Ober-Gericht hat geantwortet, daß Sie allerdings in einer Zeit, als die Herzogthümer ihre Selbständigkeit damals gegen Dänemark hätten vertheidigen müssen, wegen Betheiligung an dieser Bewegung vier Mal in Criminaluntersuchung gezogen, diese Untersuchungen aber durch den König abolirt worden seien. Akten[1]) sind nicht beigelegt. Sollte das Stadtgericht in Betreff derselben sein Ersuchen wiederholen, so wird das Obergericht auf den Rath von Sammer die Sache in die Länge ziehen und erst nach einiger Zeit antworten. Dasselbe hat er dem hiesigen Magistrat gerathen. Hoffentlich sind Sie damit einverstanden.

Mit bestem Gruß Steindorff.

---

[1]) Die Akten befinden sich im Königl. Staatsarchiv zu Schleswig A. III. 90, betr. die wider den Obergerichtsadvokaten Wilhelm Beseler aus Schleswig wegen seines Verhaltens in einer am 20. Juni 1846 stattgefundenen öffentlichen Versammlung zu Neumünster und wider den Dr. phil. Carl Lorentzen aus Kiel als Verfasser einer in dieser Versammlung beschlossenen Adresse an die holsteinische Provinzialständeversammlung verhängte Untersuchung. 1846—1866.

197. Hänel an Lorentzen. 1865, 10. Juni, Kiel. Termin der Verhandlung über den Commissionsbericht zu wissen gewünscht. Vertrag vom 16. Januar 1864 soll erwähnt werden. Umstimmigkeit zwischen Bismarck und Manteuffel.

Lieber Herr Doktor. Sie sollen an die Frau Gräfin Luckner telegraphiren, an welchem Tage die Verhandlungen vor dem Abgeordnetenhaus über den Bericht der Commission beginnen. Es bezieht sich dies auf Ihre projectirte Reise nach Dresden zu Herrn v. Beust.

Der Bericht für das Abgeordnetenhaus erwähnt mit keiner Silbe den Vertrag zwischen Österreich und Preußen vom 16. Januar 1864. Es wird das größte Gewicht darauf gelegt, daß einer der Abgeordneten hierüber an Bismarck eine förmliche Anfrage stelle, womöglich einen Antrag auf Verlegung des Vertrages einbringe.

In Gotha ist erzählt worden durch Schack[1]), daß sich jetzt der ganze Streit zwischen Bismarck und Manteuffel bewege. Stockmar könnte vielleicht darüber Auskunft geben.

Ihr Hänel.

198. Lorentzen an Hänel. 1865, 10. Juni, Berlin. Bericht über die Kriegskostenvorlage. Baldige Debatte darüber. Morgen Zusammenkunft mit Twesten. Brief des Herzogs an Stockmar gegeben. Das Schreiben des Königs an Stockmar wegen des Abschiedsgesuches des Herzogs. Unterredung mit Prinz Christian, dem er über Alles Mitteilung gemacht hat.

Geehrter Herr Professor. Den Bericht über die Kriegskostenvorlage, welcher erst heut Abend ausgegeben wird, werden Sie bereits heute früh erhalten haben. Es gelang mir gestern Abend spät, durch Fr[eese] ein Exemplar aufzutreiben, welches hoffentlich noch rechtzeitig auf den Hamburger Bahnhof gelangt ist. Die Debatte im Hause wird am Dienstag sein. Ich bitte also, was in Beziehung darauf etwa noch gewünscht wird, mir umgehend zukommen zu laßen, weil sonst keine Zeit mehr ist, es zu verwerthen. Ich glaube, daß das Haus, wie die Kommission, sich auf die reine Negation (Ablehnung des Regierungsantrages)

---

[1]) Hans Wilhelm v. Schack s. Allg. deutsche Biogr. XXX, S. 489.

beschränken wird. Möglich, aber nicht wahrscheinlich ist, daß noch eine Resolution hinzugefügt wird, welche auf baldige Herbeiführung des Definitivum, mit bestimmten, mehr oder weniger präcisirten Vortheilen für Preußen dringt. Ich habe heute im Abgeordnetenhause flüchtig mit Twesten gesprochen. Man kommt dort in dem Conflux nie zu einem ungestörten Gespräch. Aber zu morgen haben wir eine Zusammenkunft verabredet, wo wir einige Stunden ungestört sein werden, und wo ich die ganze Sache nochmals gründlich mit ihm durchsprechen kann. Auch Simson hoffe ich morgen zu sehen. Nach allem, was ich höre, fürchte ich jedenfalls nicht, daß eine uns unerwünschte Resolution im Hause durchgeht. Ich bitte, dem Herzog zu sagen, daß ich den für den Kronprinzen bestimmten Brief heute früh an Stockmar gegeben habe, welcher ihn weiter besorgen will. Über einzelne von König Wilhelm an Stockmar gerichtete Zeilen wird Letzterer bereits direkt an Sammer geschrieben haben. Der König erklärt darin, daß er Stockmars Brief an den Herzog durch seinen gleichzeitigen Brief[1]) als antiquirt betrachte, daß er aber mit der Antwort wegen der Frage über das Abschiedsgesuch warten werde, bis er den in Aussicht gestellten Brief des Herzogs erhalte. Letzterer ist nun, wie sich aus Obigem ergiebt, bereits an den König unterwegs.

Prinz Christian ist heute früh hier angekommen. Ich habe ihn bereits gesehen und lange mit ihm gesprochen. Ich habe ihn über das, was König Wilhelm und der Kronprinz geschrieben haben, ganz au fait gesetzt mit den erforderlichen Kautelen in betreff der Diskretion. Da Prinz Christian nicht wohl vermeiden kann, bei König Wilhelm eine Visite zu machen, sobald dieser (muthmaßlich am Montag) zurückgekehrt sein wird, so schien es uns das Richtigste, daß er ganz unbefangen sei und nichts davon wisse, was König Wilhelm geschrieben hat, und noch weniger, was der Herzog zu antworten beabsichtige.

Ganz Ihr ergebener Lorentzen.

199. Lorentzen an Hänel. 1865, 12. Juni, Berlin. Gespräch mit Twesten. Ablehnung der Regierungsvorlage wahrscheinlich. Simson verreist. Die Beratungen der Kronsyndici. Eventuelle Reise Freeses nach Kiel.

---

[1]) Vom 1. Juni. Abgedruckt Jansen-Sammer, Beilage Nr. 49.

Geehrter Herr Professor. Ich habe gestern sehr eingehend mit Twesten gesprochen. Ich denke, daß er bei der Debatte sich ganz korrekt zeigen wird. Nach allem was ich höre, ist das Wahrscheinlichste die reine Ablehnung der Regierungsvorlage, ohne hinzugefügte Resolution. Es werden wohl einige Resolutionen eingebracht werden, aber keine hat Aussicht auf die Majorität. Als sicher betrachte ich, daß keine uns ungünstige Resolution durchgeht. Die Verhandlung wird aber sicher wohl zwei Tage währen. Twesten wird den Vertrag vom 16. Januar vorigen Jahres zur Sprache bringen. Er durchschaut jetzt vollständig die Perfidie Bismarcks, und seine preußischen Neigungen sind dadurch ziemlich paralysirt.

Simson ist seit Pfingsten verreist und wird wohl auch morgen noch nicht hier sein. Das ist ganz im Charakter der Altliberalen.

Ich sprach gestern auch lange mit Beseler. Die Kronsyndici halten täglich Beratungen; doch werden sie wohl erst in 14 Tagen zu einem Schluß kommen. Heffter ist, wie es heißt, zu gar keinem Resultat gekommen, er stellt nur die Erwägungsgründe, meist in dem Sinne, wie Bismarck es wünscht, zusammen und giebt die Entscheidung den Übrigen anheim. — Ein Minoritätsvotum ist wahrscheinlich, Beseler versichert, daß Bismarck ganz dazu gerüstet ist. Homeyer hat sich neulich über die Frage der Gesammtbelehnung ganz korrekt ausgesprochen; auch hat er gesagt, es sei eine Thorheit, an der Geltung der Primogenitur im sonderburgischen Hause zu zweifeln.

Freese würde wohl geneigt sein, nach Kiel zu gehen, sobald die Stadtgerichtsferien beginnen werden, was sehr bald ist. Ich denke, dies wäre unter der Firma einer Badereise recht nützlich. Ich bitte um Instruktion, auch ob ich eventuell ihm Ersatz der Reisekosten anbieten soll. Lorentzen.

200. Hänel an Lorentzen. 1865, 12. Juni, Kiel. Der Brief des Königs von Preußen an Geffcken. Die Kriegskostenvorlage. Reise nach Dresden zu Beust jetzt nötig. Besprechung der Situation. Österreichs Schwäche. Die Folgen einer eventuellen Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser von Österreich. Einwirken des Königs von Sachsen auf den Kaiser. Brief des Königs von Preußen an den

Herzog. Die eventuelle Entfernung des Herzogs aus den Herzogtümern und Österreichs Stellung dazu. Die Frage der Kriegskosten. Nach Dresden Bericht in Kiel. Anfertigung des Rechtsgutachtens über die Untertanenschaft.

Geehrter Herr Doktor. Die Mittheilung des Briefes des Königs von Preußen an Geffcken läßt sich nach Ihren Bemerkungen nicht umgehen. Sie wollen also dieselbe machen, jedoch die Einschärfung unbedingter Diskretion in den feierlichen Formen veranstalten.

Der Bericht über die Kriegskostenvorlage ist wiederum günstig. Ich meine, daß einfache Ablehnung ohne Resolution das unbedenklichste ist. Für die Diskussion weiß ich zu dem Besprochenen Nichts hinzuzufügen. Wegen des Vertrages vom 16. Januar 1864 werden Sie ja das Mögliche noch veranlassen. Sobald als es irgend der Stand der Diskussionen über die Kriegskostenvorlage gestattet, läßt der Herzog Sie ersuchen, sich zu Beust nach Dresden zu begeben. Sie werden bei Beust die ganze Sachlage durchzusprechen haben, um zu sehen, wieweit man unterrichtet ist. Ein besonderes Gewicht wird auf die Vorgänge vom 21.[1]) v. M. in Berlin gelegt werden müssen, und die Mittheilungen in den Grenzen erfolgen dürfen, wie sie Ihnen bekannt sind. Die Tendenz scheint im Lager Österreichs und der Mittelstaaten zu herrschen, diese Vorgänge ziemlich leicht zu nehmen und sie den gewöhnlichen Aufwallungen Preußens beizuzählen. Um des besonderen Verhältnisses willen, in dem aber jetzt für diese Frage der König zu Bismarck steht, ist das gewiß wenig gerechtfertigt. Ihre wahre Bedeutung allerdings erhält die Situation erst durch die fortdauernde Schwäche Österreichs. Der Gedanke, daß es bisher doch immer nur im Einzelnen nachgegeben habe, die Entscheidung der Hauptsache aber nicht präjudicirt habe, ist in seinen Erfolgen bisher so schädlich gewesen, daß es leicht ist, seine Verderblichkeit nachzuweisen. Das Festhalten an dieser Methode ist tödtlich. Unter diesem Gesichtspunkte wird die noch keineswegs aufgegebene Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser von Österreich in

[1]) An diesem Tage fand eine Sitzung des Staatsrats statt. Siehe darüber Jansen-Sammer, S. 469.

das rechte Licht zu setzen sein. Die Sympathien des Kaisers sind noch immer für die Verbindung mit Preußen. Mensdorff ist unsicher, jedem stärkeren Einflusse zugänglich und offenbar an Energie und selbständigem politischen Denken Bismarck weit untergeordnet. Wie bedeutsam unter diesen Umständen eine persönliche Einwirkung des Königs von Sachsen auf den Kaiser sein würde, wird Beust selbst leicht in die Augen springen. Es wird darauf ankommen, ihn selbst auf diesen Plan hinzuleiten. Denn natürlich läßt sich in dieser Richtung ein bestimmter Antrag nicht gut stellen. Vielmehr werden im Allgemeinen die Mittel zu untersuchen sein, welche gegen die schädlichen Wirkungen der Zusammenkunft als wirksam gelten können. Unter ihnen wird die von uns angeregte sich im Verlauf des Gespräches natürlich ergeben.

Von dem Brief des Königs von Preußen an den Herzog darf natürlich Beust Nichts erfahren. Aber er wird aufmerksam gemacht werden können, daß man sich täglich auf einen solchen Brief gefaßt mache. Die Instruktion für Wydenbrugk werden Sie hierbei mittheilen. Ich lasse zu dem Ende eine Abschrift nehmen und besonders abgehen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht werden müssen, wie gerade dieser Punkt, die Entfernung aus den Herzogthümern, auf der Zusammenkunft wird berührt werden. Der Kaiser müßte sich hierbei mit Entschiedenheit benehmen. Thue er es nicht, so werde in der Meinung aller Welt mit gutem Grunde der Punkt als erreicht angesehen werden, von dem ab die volle Niederlage Österreichs eine Nothwendigkeit sei schon darum, weil Niemand mehr an den Ernst der Vertheidigung und den Wunsch des Sieges glauben werde. Halte umgekehrt Österreich jetzt endlich den Zeitpunkt für erreicht, wo es mit rücksichtsloser Entschiedenheit den Plänen Preußens entgegentritt, so werde sich mit aller Wahrscheinlichkeit eine große Krisis vermeiden lassen. Je weiter sich Preußen für seine Pläne engagirt, je mehr es sich Täuschungen über die allgemeine Lage und über die Disposition Österreichs hingebe, desto unvermeidlicher wird diese Krisis, mag man den schließlichen Erfolg da oder dort vermuthen.

Die Frage der Kriegskosten wird einen besonderen, nicht weniger wichtigen Gegenstand des Gespräches bilden. Die Gesichtspunkte hierfür sind kürzlich folgende. Die Kriegskosten dürfen nicht als Quantum für jedes Bundesmitglied, sondern als Quote bestimmt werden. Jedes Bundesmitglied hat so viel zu tragen, als seine Quote betragen würde, falls die Kriegskosten die Kosten für einen vom Bunde geführten Streit wären. Außerdem aber müßte noch nach dem gewöhnlichen Maaßstabe der Vertheilung diejenige Quote der Kriegskosten, welche Preußen und Österreich eigentlich zu tragen hätten, über den Bund vertheilt werden.

Ein förmlicher Beschluß des Bundes wird über die Kriegskostenfrage nicht herbeigeführt werden können. Es handelt sich um solche Lasten hierbei, die außerhalb der Kompetenz des Bundes liegen, also um jura singulorum. Bei solchem bedarf es der Zustimmung jedes Betroffenen, und kein Beschluß bindet. Ist das richtig, dann wird es sich fragen, ob überhaupt die ganze Sache bei dem Bunde angeregt werden soll. Weit unbedenklicher und sachgemäßer wäre freie Vereinigung der Betreffenden.

Wenn Sie Ihren Zweck in Dresden erreicht haben, dann werden Sie gebeten, sofort über Wittenberge nach Kiel zu gehen. Das Rechtsgutachten über die Unterthanenschaft ist aber so schnell als möglich zu bewerkstelligen, und Sie würden dafür sorgen müssen, daß es auch in Ihrer Abwesenheit, falls dies nicht vorher schon geschehen, beendigt und an die gehörige Adresse abgefertiget würde.

Ihr sehr ergebener Hänel.

201. Lorentzen an Hänel. 1865, 14. Juni, Berlin. Ablehnung der Regierungsvorlage. Äußerung Bismarcks über die Unterredung mit dem Herzog. Öffentliche Entgegnung unvorteilhaft. Geffckens Ansicht über das Abschiedsgesuch des Herzogs. Tettau fragt nach Verbleib eines Briefes und gibt den Rat, der Herzog solle dem Könige einen Besuch machen.

Lieber Herr Professor. Die Sitzung dauerte gestern Abend bis 10 Uhr. Der allgemeine Eindruck ist der einer großen Niederlage der Regierung, die für diese um so unangenehmer

sein muß, weil Bismarck sich zuletzt noch die äußerste Mühe gegeben hatte, wenigstens irgend eine positive Resolution vom Hause zu erlangen. Für den Wagener'schen[1]) Antrag stimmten zwischen 30 und 40 Mitglieder, nicht mehr. Das Abgeordnetenhaus hat also die Annexion absolut verdammt. Der Michaelis'sche[2]) Antrag hatte von Anfang an keine Aussicht auf Majorität; aber er würde wohl eine ziemlich anständige Minorität erlangt haben, wenn nicht Bismarck ihn für annehmbar erklärt hätte. Dieser eine Umstand genügte, um viele Stimmen, die sonst für den Antrag gewesen wären, diesem abwendig zu machen. Das Resultat war, daß für den Antrag der Regierung nur die Feudalen und einige Katholiken stimmten, im ganzen 30–40 Stimmen, und daß alle sonstigen Anträge mit fast derselben Majorität abgelehnt wurden. — Unter diesen Umständen bin ich der Meinung, daß die gestrige Äußerung Bismarck's über die Unterredung vom 1. Juni vor. Jahres unbeachtet bleiben kann. Was ich gestern darüber geschrieben[3]) habe, war das flüchtige Resultat des ersten Eindrucks, geschrieben während einer Unterbrechung der Sitzung. Was unter den obwaltenden Umständen darauf geantwortet werden konnte, ist durch Löwe[4]) und Twesten gesagt worden. Die Replik Bismarck's ist meiner Ansicht nach jetzt, wo der Schwerpunkt wieder mehr nach Wien fällt, uns eher günstig.

---

[1]) Wagener, Geh. Regierungs-Rat in Berlin.

[2]) Mitredakteur der National-Zeitung in Berlin.

[3]) Bismarck hat heute (13. Juni) öffentlich auf der Tribüne wiederholt, was damals die officiösen Blätter behaupteten, nämlich der Herzog habe am 1. Juni alle Concessionen abgelehnt, und als er (Bismarck) in allgemeinen Zügen ein Bild der preußischen Forderungen entwickelt habe, habe der Herzog geäußert, dann sei es besser, wenn Preußen sich gar nicht in die Sache gemischt hätte; Niemand habe ja die Preußen gerufen, und die Herzogthümer hätten allein die Sache besser durchgeführt. Er sagte dies in diesem Zusammenhange, daß er meinte, das Drohen mit der Annexion sei doch unter allen Umständen zu etwas gut gewesen; denn vor einem Jahre (am 1. Juni) sei der Herzog noch von jedem Zugeständnis so weit entfernt gewesen; jetzt sei er schon räsonabler (31. März), aber doch noch nicht weit genug. Die Erklärung hat einen großen, uns ungünstigen Eindruck gemacht. Den Wenigen, welche die Wahrheit wissen, ist der Mund verschloßen. Höchstens können sie in allgemeinen Andeutungen antworten. —

[4]) Dr. med. Löwe in Berlin.

Ich würde also heute rathen, die Sache lieber auf sich beruhen zu laßen. Denn eine Antwort, die doch Bismarck eine bewußte Unwahrheit vorwerfen müßte, würde hier reizen und in Wien nichts nützen. Was aber die öffentliche Meinung in Preußen betrifft, so habe ich mich überzeugt, daß man hier mit Allem zufrieden ist, was Bismarck schaden kann, und daß man das höchste Interesse des Staates darin sieht, das gegenwärtige Ministerium keine Erfolge erlangen zu laßen.

Ich habe heute Geffcken über den Brief von König Wilhelm erzählt, natürlich nach vorheriger Zusicherung der strengsten Diskretion. Auch sprach ich mit ihm über die Antwort und äußerte mich im Sinne meines Entwurfs. Er war im ganzen einverstanden, nur meinte er, das Abschiedsgesuch solle lieber nur eventuell gefaßt werden, nämlich nur für den Fall, daß König Wilhelm darauf beharre, zwischen den fraglichen beiden Verhältnissen einen Conflikt der Pflichten zu erkennen.

Herr v. Tettau fragt nach dem Verbleib eines im April aus Dresden an Samwer gerichteten Briefes. Er sucht Lorentzen einzureden, der Herzog solle, um einen Gegencoup gegen den Großherzog von Oldenburg zu führen, unerwartet den König von Preußen mit einem Besuch überraschen.

Ihr sehr ergebener Lorentzen.

202. Hänel an Lorentzen. 1865, 14. Juni, Kiel. Bitte um Übersendung eines stenographischen Berichtes über Bismarcks Äußerung. Eine ausführliche Antwort ist nötig. Vortheile und Nachtheile einer solchen. Die einzelnen Formen für die Antwort. Rücksicht darf nicht mehr genommen werden.

Verehrter Herr Doktor. Das jetzt eben abgesandte Telegramm ersucht Sie, Ihre Reise nach Dresden auf so lange zu verschieben, als unumgänglich ist, um das durch Bismarcks Äußerung Erforderliche zu thun.

Es ist höchst wünschenswerth, daß Sie durch irgend einen der Abgeordneten sich sofort Abschrift sei es des Mutterprotokolls oder, falls dieses schon festgestellt ist, des stenographischen Berichtes über die fragliche Äußerung Bismarcks verschaffen. Die

Abschrift bitte ich sofort hierher gelangen zu lassen. Vielleicht können Sie einem der befreundeten Abgeordneten eine hiesige Adresse angeben, falls die Abschrift sich doch verzögerte.

Sodann werden Sie ersucht, mit Stockmar die ganze Sache gründlich durchzusprechen und hiernach erst abzureisen.

Ich bin vollkommen Ihrer Ansicht, daß der preußischen Äußerung Bismarcks gegenüber, die wohl zugleich die stärkste ist, die in dieser Richtung gethan, ein Stillschweigen unmöglich ist, daß anonym-öffiziöse Zeitungsartikel nicht genügen, sondern daß eine Widerlegung in hoch offizieller Form erfolgen muß.

Der Inhalt einer solchen Erklärung läßt sich nach dem bis jetzt Vorliegenden natürlich nur im Allgemeinen bestimmen. Sie kann weiter oder enger gefaßt werden. Bei weiterer Fassung müßte auf die Vorgänge vor dem 1. Juni zurückgegangen, und mithin in den Grundzügen das Verhältniß und die Correspondenz zwischen dem Herzog und dem König offen gelegt werden. In diesem Zusammenhange würde offenbar die behauptete Äußerung schon in sich als unglaubwürdig erscheinen und die Deduktion, daß der Herzog erst durch Drohen mit Annexion erweicht sei, hinfällig werden.

Von dem bekannten Gespräche zwischen dem Herzog und Bismarck würde das Grundmotiv, welche jede Einigung scheitern ließ, die Theilung Schleswigs, darzulegen sein. Eine solche weite Erklärung würde die begonnene Klarlegung vollenden. Ihre Bedenken sind einmal, daß sich daran leichter eine weitergehende Polemik und das Hervorsuchen aller möglichen abgethanen Dinge knüpfen kann; und sodann, daß im gegenwärtigen Augenblick, wo die Feindschaft mit Preußen unvermeidlich ist, weder Österreich noch die Mitglieder des Bundes vor den Kopf gestoßen werden dürfen. Faßt man die Entgegnung enger, genau auf das Gesagte sich beschränkend, so glaube ich, daß dieselbe nothwendig an Schärfe ersetzen müßte, was ihr an Breite und historischer Erklärung abginge. Die Sachlage ist in dieser Beziehung so günstig, daß man immerhin erwarten darf, die Majorität würde die Lüge da finden, wo sie liegt. Die enge Fassung vermeidet die angeführten Nachtheile der Breite, sie konzentrirt den Streit-

punkt und läßt weitere Diskussionen nicht zu. Wenn die Fassung aber nicht eine sehr glückliche ist, wird sie für Preußen eher schmerzlich sein als die andern. Übrigens wird die Form einer eben so eingehenden Erwägung bedürfen, als der Inhalt. Es läßt sich denken:

1. Brief des Herzogs an den König, um Bismarck zum Widerruf zu vermögen. Ist offenbar nicht praktikabel.

2. Brief des Herzogs an Bismarck. Er macht die Sache zu persönlich und erschwert die rasche Veröffentlichung.

3. Brief des Herzogs an Ahlefeld mit der Instruktion, zu Bismarck zu gehen, ihm die betreffenden Erläuterungen zu geben. Die Publikation wäre hier nicht ausgeschlossen, es würde aber immer ein persönliches Gespräch in den Mittelpunkt gestellt, was seine Gefahren hat. Die Verzögerung läge in Bismarcks Hand, selbst die Vereitelung.

4. Eine Rede des Herzogs. Sie ließe sich gewiß leicht machen. Sie hat immerhin den Charakter des Zufälligen, empfiehlt sich aber dadurch, daß Gleiches mit Gleichem vergolten wird. Person gegen Person steht sich auch hier gegenüber.

5. Eine Erklärung sämmtlicher Beamten des Herzogs oder Francke's allein. Ich habe die meiste Neigung zu Nr. 5; ich bemerke aber, daß die Durchsprechung noch nicht stattgefunden, und besonders ist die Ansicht des Herzogs gänzlich unbekannnt.

Ich zweifle nicht, daß sich sowohl rücksichtlich des Inhaltes als hinsichtlich der Form noch mancherlei Gesichtspunkte finden lassen werden, die Sie, der allein den vollen Eindruck empfangen hat, mit Stockmar erörtern werden. Das Resultat der Besprechung wäre natürlich so ausführlich als möglich mitzutheilen.

Ich selbst habe den Eindruck, daß, wenn es gelingt, die Sache geschickt anzufangen, der ganze Vortheil nach Kiel fallen wird. Auf keinen Fall, so scheint mir, darf Rücksicht auf Preußen, den König oder Bismarck davon abhalten, den Kampf mit Nachdruck aufzunehmen. Die Zurückhaltung hat ihre Unverschämtheit groß gezogen.

Mit besten Grüßen Ihr Hänel.

203. Lorentzen an Hänel. 1865, 16. Juni, Berlin. Äußerung Bismarcks soll unbeantwortet bleiben. Die Gründe dafür. Twesten hat das Nötige gleich gesagt. Die Entschlüsse der Kronsyndici. Gerücht, daß Manteuffel in die Herzogtümer gehen wird. Bewilligung der Februarforderungen durch das Herrenhaus. Abreise nach Dresden.

Lieber Herr Professor. Ich habe gestern nur noch Zeit gefunden, kurz zu melden, daß Stockmar mit mir dahin übereinstimmt, man solle die Äußerung Bismarcks unbeachtet laßen. Ich trage heute unsere Gründe nach. Der Inhalt einer Gegenerklärung des Herzogs kann weiter oder enger gefaßt werden, wie Sie ganz richtig bemerken. Wählt man eine weitere Faßung, welche auf die Vorgänge vor dem 1. Juni zurückgreift und die Correspondenz zwischen dem Herzog und König Wilhelm in ihren wesentlichen Momenten offen darlegt, so hat man den Vortheil, die bewußte Wahrheitswidrigkeit Bismarcks ganz bestimmt beweisen zu können. Denn das leuchtet dem blödesten Verstande ein, daß der Herzog nicht am 1. Juni etwas hat ablehnen können, was er schon im April zugestanden hatte. Daß man durch einen solchen Nachweis Bismarck und den König reizt, schlage ich unter den obwaltenden Umständen nicht hoch an. Aber viel größer als jeder mögliche Vortheil einer solchen Erklärung ist der unbedingt damit verbundene Nachtheil, daß wir Österreich und die Mittelstaaten vor den Kopf stoßen in einem Augenblick, wo gerade auf ihren guten Willen und ihre Festigkeit alles ankommt. Den Schritt vom 31. März haben sie entweder gebilligt oder wenigstens sich gefallen laßen als eine durch den Drang der Umstände gebotene äußerste Concession. Ein Bekanntwerden der Vorgänge vom April v. J. würde sowohl Österreich als auch die Mittelstaaten im höchsten Grade verstimmen, weil sich daraus ergiebt, 1. daß man hinter ihrem Rücken sich mit Preußen zu verständigen gesucht und also sie während der ganzen Zeit getäuscht hat und 2. daß der Herzog, wenn er schon damals solche Zugeständnisse machte, nicht der Noth gehorchte, sondern dem eigenen Trieb. Und dies würden sie nicht verzeihen. Die Vorgänge jener Zeit sollen später der Geschichte nicht vorenthalten werden, aber jetzt dürfen sie noch nicht bekannt werden. Mit einer Publikation jener Vorgänge würde man

im jetzigen Augenblick den Plänen Bismarck's geradezu Vorschub leisten.

Also bleibt nur die enger gefaßte Erklärung, welche sich speziell auf das Gesagte beschränkt. Nun aber weiß ich nicht, ob eine solche Erklärung überhaupt möglich ist, d. h. ob es möglich ist, einfach zu leugnen, daß eine solche oder ähnliche Äußerung überhaupt vorgekommen sei. Stockmar meinte, der Herzog hätte wirklich etwas der Art gesagt, nur in einem ganz anderen Zusammenhange; wenigstens wollte Stockmar selbst gehört haben, daß der Herzog etwas Ähnliches zum Kronprinzen gesagt habe. Und ich selbst meine mich zu erinnern, daß der Herzog mir einmal gesagt hat, bei Gelegenheit der Erörterung über die Theilung Schleswigs und über die Kriegskosten sei wohl eine Äußerung gefallen, welche übertrieben und entstellt zu einer solchen Behauptung, wie sie jetzt Bismarck aufgestellt hat, vielleicht Anlaß geben könnte. Wenn dies so ist, so könnte eine Gegenerklärung, auch wenn man sie gerne in engen Grenzen halten will, doch nicht ganz einfach gefaßt werden. Sie müßte nach verschiedenen Richtungen hin verklausulirt sein, und dann nützt sie eben nur wenig oder nichts.

Was unter den obwaltenden Umständen geantwortet werden konnte, hat Twesten, der sich inzwischen mit mir verständigt hatte, sogleich gesagt, und hat dadurch eine Replik Bismarck's hervorgerufen, die nach meiner Ansicht uns geradezu günstig ist. Denn sie giebt zu, daß die Differenz sich damals wohl mehr auf die Theilung Schleswigs bezogen habe, und wenn Bismarck zugleich behauptet, daß der Herzog in seinen Anerbietungen noch hinter Österreich zurückgeblieben sei, so haben wir — meiner Ansicht nach — jetzt gar keine Ursache, dem entgegenzutreten.

Alles kurz zusammengefaßt: Die Erklärung Bismarck's schadet uns nur bei solchen, die ohnehin schlecht gesinnt sind, und die auch durch eine Gegenerklärung nicht umgestimmt werden. Dagegen kann eine Gegenerklärung sehr leicht uns bei solchen, die noch gut gesinnt sind, schaden. Also unterbleibt sie besser.

Sollte dennoch etwas geschehen, so würde es sich um die Form handeln. Hier sind wir der Meinung, daß die von Ihnen

unter 1. 2. und 5. bezeichneten Formen unbedingt wegfallen müßen. Bei 1 und 2 haben Sie selbst schon die Gegengründe angegeben. Gegen 5 spricht, daß die Betreffenden nicht zugegen gewesen sind, und also nur im Auftrage des Herzogs würden erklären können, was dieser ihnen gesagt hat. Da scheint es doch besser, daß der Herzog selbst das Nöthige erklärt, falls er eine Entgegnung für erforderlich hält. Also bleiben nur die unter 3 und 4 angedeuteten Wege. Wird der Weg 3 gewählt, so wird Bismarck gegen Ahlefeldt bei seiner Behauptung bleiben, und Ahlefeldt ist bei einem solchen Gespräch unbedingt im Nachtheil. Bei dem Wege 4 ist sicher vorauszusehen, daß Bismarck bei erster Gelegenheit öffentlich widersprechen wird; dann kann der Herzog wieder nicht schweigen, und die Folge würde sein, daß Bismarck und der Herzog sich gegenseitig öffentlich Lügen vorwerfen und am Ende sich noch würden schießen müssen.

Also für jetzt lieber nichts. Auch v. Ahlefeldt und Geffcken, mit denen ich heute sprach, sind derselben Ansicht.

Die Kronsyndici haben mit 17 gegen 1 Stimme (Daniels) die brandenburgischen Erbansprüche für unbegründet erklärt. Dagegen haben sie mit 11 gegen 7 Stimmen das Recht Christian's IX. aus dem Thronfolgegesetz von 1853 anerkannt. Jetzt sind sie mit den oldenburgischen Ansprüchen beschäftigt; ob sie darüber schon zu einem Entschluß gekommen sind, habe ich nicht erfahren können. Prinz Christian erzählte mir heute, er habe von Rintelen[1]) gehört, daß Manteuffel nun doch nach den Herzogthümern komme, Herwarth werde das IV. Armeekorps erhalten und Schack werde Chef des Militärkabinets. Geffcken, dem ich dies wiedererzählte, meinte, das sei Alles reine Erfindung; denn Manteuffel werde bestimmt das vierte Armeecorps erhalten.

Heute kommt ganz unvermuthet unsere Frage im Herrenhaus vor und zwar durch ein Amendement, welches gestern Abend erst Arnim-Boytzenburg und Below zum Budget eingebracht haben, und worin die preußischen Forderungen vom 22. Februar gebilligt werden. Es soll ein Gegencoup gegen

---

[1]) Appellations-Gerichts-Präsident in Münster.

das Abgeordnetenhaus damit geführt werden. Die Annahme ist natürlich unzweifelhaft. Ich war heut früh deshalb bei Gruner, um ihn womöglich zu veranlaßen, das Wort dagegen zu ergreifen. Leider traf ich ihn auf dem Sofa liegend an Kolik leidend und unfähig auszugehen. Vielleicht wird Bernuth sprechen, aber natürlich ohne Erfolg. Ein Votum des Herrenhauses gegen uns hat wenigstens das Gute, daß dann die öffentliche Meinung sich wieder mehr für uns wenden wird. — Ich reise heute Abend nach Dresden ab.

Mit den besten Grüßen Ihr Lorentzen.

204. Samwer an Lorentzen. 1865, 14. Juli, Kiel. Abschrift eines Schreibens an Wydenbrugk soll Herrn v. Beust übermittelt werden mit der Bitte, die darin ausgesprochenen Gedanken auch seinerseits nach Wien zu melden. Festhalten der herzoglichen Regierung an ihren Grundsätzen. Lorentzens Rückkehr nach Kiel gewünscht.

Lieber Freund. Beiliegend erhälst Du ein soeben an Wydenbrugk abgegangenes Schreiben[1]) in Abklatsch, und ich soll Dich bitten, sofort nach Empfang dieses an Herrn von Beust nach Dresden zu schreiben und zwar ihn von der neuesten Wendung zu unterrichten und ihn aufzufordern, soweit er es vermag, seinen Einfluß aufzubieten, um Wien zu stärken. Du kannst dabei ja auf die Argumente des Schreibens an Wydenbrugk Bezug nehmen. Vergiß nicht hinzuzufügen, daß wir selbst auf die Gefahr hin, von aller Welt für unvernünftig gehalten zu werden, in keinem Punkt nachgeben werden.

Es erregt die Frage, ob Du nicht hinübergehen solltest, indeß schien es dem Herzog besser, daß Du bloß schriebest, um früher wieder hier zu sein, und soll ich Dich bitten, hierher übermorgen Sonntag Morgen zu kommen, d. h. dann hier zu sein.

Gruß an Geffcken, kann er etwas nach Wien thun, im selben Sinne, wie Wydenbrugk angewiesen ist zu handeln, so wird das sehr dankenswerth sein. Sonst giebt es Nichts Neues.

---

[1]) Betreffend die am 12. Juli geschickte „Sommation“ Preußens an Österreich.

Gleichzeitig geht ein Dementi von mir an die Kreuz-Zeitung in puncto Nordschleswigs. Solch ein Lügen ist doch maßlos! Meine besten Empfehlungen an Deine Frau.

Kiel, 14. Juli 1865. Dein Sammer.

205. Lorentzen an Hänel. 1865, 19. Juni, Dresden. Gespräch mit Beust über die Entfernung des Herzogs. Beusts günstiges Wirken in Wien. Brief an Wydenbrugk vorgelesen. Morgen nochmalige Zusammenkunft. In der Kriegskostenvorlage gemeinsames Vorgehen mit Pfordten.

Lieber Herr Professor.

Erst heute ist es mir gelungen, Beust zu sehen, der am Sonnabend nicht anzutreffen war und gestern nicht in der Stadt war. Heute habe ich lange mit ihm gesprochen, und er war sehr liebenswürdig. Wir erörterten die Sachlage im Allgemeinen, verweilten aber namentlich lange bei der Frage der Entfernung des Herzogs aus den Herzogthümern. Beust sagte mir, er habe selbst zwar nicht in Berlin, wie behauptet worden ist, aber doch in Wien im günstigen Sinne gewirkt und glaube, dort zu größerer Festigkeit etwas beigetragen zu haben. Ich meinte, es sei doch gut, wenn der Kaiser noch mehr gekräftigt würde, namentlich falls er nächstens mit dem König von Preußen zusammen kommen sollte. Diese Zusammenkunft hielt indeß Beust, wenigstens für jetzt für unwahrscheinlich. Er fragte mich dann, wie der Herzog über die Sache denke. Ich gab ihm darauf den Brief an Wydenbrugk. Er laß ihn aufmerksam durch und drückte während des Lesens wiederholt seine volle Zustimmung aus. Dann sagte er mir, er möchte diesen Brief gern seinem Herrn zeigen und mich darnach noch einmal sehen; auch wolle er mir einen Brief an den Herzog mitgeben. Dies konnte ich doch nicht ablehnen und habe also versprochen, morgen Nachmittag noch einmal wieder zu kommen. Ich werde also nicht vor übermorgen früh von hier abreisen können. Über die Kriegskosten habe ich mit Beust gesprochen; er ist im Allgemeinen gut gesinnt und zu allem Billigen bereit; aber er will in dieser Sache gerne gemeinsam mit v. d. Pfordten handeln, den er im Laufe des Sommers zu sehen hofft. — Näheres mündlich. —

Mit besten Grüßen Ihr ergebener Lorentzen.

206. Geffcken[1]) an Lorentzen. 1865, 28. Juli, Schlangenbad. Dank für die Mitteilungen aus Wien. Das Ignorieren der Drohungen scheint Schwäche zu sein. Bismarcks Vorgehen. Napoleons Politik und seine Stellung zu Preußen. Der Wunsch nach der Rheingrenze. Die Antwort Österreichs auf die preußische Depesche. Das Regensburger Ministerkonseil. Bismarck und Pfordten.

Vielen Dank, lieber Herr Doktor, für Ihre Mittheilungen aus Wien. Daß mit dem Nachgeben für das Definitivum und sofort im Provisorium etwas zu erreichen, nur ein neuer Winkelzug von Bismarck beabsichtigt wird, darüber kann kein Zweifel sein, und ich glaube kaum, daß man sich in diesem Punkte auf der Staatskanzlei täuscht. Dagegen fürchte ich, daß hinter dem von Biegeleben empfohlenen vornehmen Ignoriren der Gewaltdrohungen doch ein gut Theil Schwäche steckt oder wenigstens Unentschlossenheit. Es wird sich ja nun zeigen, was man zu dem Mey'schen[2]) Fall sagt, welcher doch wohl den Wienern beweist, daß Bismarck sich nicht scheut, faktisch anzugehen, sondern wenn man sich mit bloßen Protesten begnügt, nächstens seine Hand nach höheren Häuptern ausstrecken wird. An sich ist jener Coup wieder ein so plumper Mißgriff wie nur möglich, der die Erbitterung im Volke nur schürt und den kleinen Israeliten zum Märtyrer macht. Was unter solchen Umständen Bismarck von Pfordten[3]) gewollt hat, ist ziemlich räthselhaft; von dem Antrag am Bunde erwarte ich nichts, so lange Österreich sich nicht zur Initiative entschließt.

---

[1]) Einen ganz ähnlichen Brief erhielt Sammer und gibt von seinem Inhalt am 4. August Lorentzen Nachricht. Er fügt dem hinzu: daß Busch nun sogar Freytag Correkturen angedeihen läßt, ist mir amusant. Freytag, der sich vergebens bemüht hat, einen andern Redakteur zu bekommen, hat Busch jetzt hierher kommen lassen, um sich mit ihm auseinanderzusetzen, und will, wenn Busch sich nicht fügt, selbst die Redaktion übernehmen.

Se. Hoheit der Herzog wollte ihm die Incognito-Adresse des Prinzen Christian schicken lassen. Dann will er über Karlsruhe, wo er Roggenbach sprechen will, nach Kissingen zur Kur.

[2]) Die Verhaftung des Dr. Mey, des Herausgebers der „Schleswig-Holsteinische Zeitung" in Altona. s. Jansen-Sammer, S. 501.

[3]) Über die Zusammenkunft Bismarcks mit Pfordten in Salzburg s. Jansen-Sammer, S. 500ff. 512.

Es war doch wieder eine von den Bismarckschen Unbegreiflichkeiten, durch Eulenburg[1]) von einer Krisis und Sommation zu sprechen, während nichts dergleichen im Werke.

Im ganzen scheinen mir die krampfhaften Gewaltstreiche (Abgeordnetenfest, Mey, Freese[2])) doch ein Zeichen innerer Schwäche.

Von hier kann ich Ihnen natürlich nichts erzählen, nur das Eine war mir von Interesse, daß Cousin (der bekannte Philosoph, mit dem ich meine Pariser Beziehungen erneuert) welcher allein von den Orleanisten den Kaiser häufiger sieht und von ihm über Politik gehört wird, mich versichert hat, Napoleon werde sich nie mit Bismarck einlassen, er lasse ihn gewähren, weil er sicher sei, daß Bismarck nie gegen Frankreich sein werde, aber er sei sich vollkommen klar darüber, daß Bismarcks Unternehmen gegen den Willen der Nation mit der Gewalt zu agiren, über kurz oder lang scheitern müsse. Cousin machte kein Hehl daraus, daß Napoleon wie jeder Franzose die Rheingrenze wünsche, aber er werde nie auf derartige Anerbietungen Bismarcks eingehen, selbst wenn sie die Sanktion des Königs hätten, denn er wisse, daß ein solcher Handel eine Erregung in Deutschland hervorrufen werde, welche das Gelingen unmöglich machen, vielmehr doch zu einem Kriege führen müsse, den er (Napoleon) durchaus vermeiden wolle. Die Phrase von der bekannten Drouynschen Depesche (24. Februar), une guerre avec l'Allemagne serait la guerre la plus eclamiteuse, que la France pouvrait entreprendre, sei vom Kaiser selbst diktirt.

Soeben erhalte ich von meinem Vertreter in Berlin folgendes: die österreichische Antwort auf die letzte preußische Depesche läßt die aufs neue angeregte Entfernung des Herzogs sowie aber auch andererseits die Einsetzung desselben durchaus unerwähnt, stimmt dagegen der preußischen Depesche bei, daß der jetzige

[1]) Graf zu Eulenburg, Minister des Innern.

[2]) Dr. Freese, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, der sich in Kiel aufhielt und von hier aus in der Presse tätig war, erhielt am 25. Juli von Zedlitz den Befehl, binnen 24 Stunden das Land zu verlassen, widrigenfalls er mit Militär an die preußische Grenze geschafft und bei seiner Rückkehr verhaftet würde. s. Jansen-Samwer S. 502.

Zustand in den Herzogthümern nicht dauern könne und ein Auskunftsmittel nöthig sei. Als solches schlägt sie vor, daß man die österreichisch-preußischen Rechte den Herzogthümern gegenüber, sowie die der beiden Mitsouveräne unter einander durch ein zu treffendes Abkommen genau fixiren, sodann aber die Regierung der Herzogthümer von nun an ganz in der Weise führen, wie dieselbe von einem definitiven Souverän zu führen sein würde, mithin auch z. B. Soldaten aushöbe und eine schleswig-holsteinische Armee formirte (damit will man wohl die Besetzung des Landes durch öster.-preußische Truppen überflüßig machen), auf diese Weise werde, sobald genau festgestellt worden, welche Kategorien von Maßregeln der Zustimmung beider Souveräne bedürfte, ein großer Theil der bisherigen Übelstände zu beseitigen sein.

Diese Depesche ist der Anlaß des Regensburger Ministerconseils geworden, welches ein den österreichischen Propositionen günstiges Resultat ergeben haben soll.

Was die Conferenz mit Pfordten betrifft, so liegt ihrer Veranlassung der Irrtum Bismarcks zu Grunde, als ob Pfordten im Grunde den preußischen Ansprüchen nicht ungünstig sei. Die Besprechung wird ihn wohl aufgeklärt haben.

Mit besten Grüßen Ihr Geffcken.

206a. Lorentzen an v. d. Pfordten. 1865, 31. Juli, Kiel. Dank für seine Benachrichtigung über die Eröffnungen des Herrn v. Bismarck. Des Herzogs Entgegenkommen gegen Preußen. Die Aufforderung an den Herzog, das Land zu verlassen. Bitte, ihm eine Unterredung zu gewähren.

Hochgeehrtester Herr Staatsminister. Ew. Excellenz geehrtes Schreiben vom 24. d. M. ist, da Geheimrath Sammer eine Erholungsreise macht und seit acht Tagen von hier abwesend ist, an mich gelangt. Ich habe mich beeilt, dasselbe zur Kenntniß Sr. Hoheit des Herzogs zu bringen, und ich gebe mir die Ehre, Ew. Excellenz zunächst folgende vorläufige Mittheilung zu machen.

Mit dem lebhaftesten Dank haben wir hier von dem Antrag Kenntniß genommen, welcher am Donnerstag in Frankfurt

gestellt worden ist, und welchen Sie die Güte hatten, uns mitzutheilen. Dieser erneute Beweis der Theilnahme, welche Ew. Excellenz den Herzogthümern und ihrem bedrohten Rechte schenken, wird uns in dem nie erschütterten Vertrauen auf den endlichen Sieg der gerechten Sache noch mehr bestärken.

Ew. Excellenz haben sodann die Güte gehabt, uns von den Eröffnungen, welche Herr v. Bismarck Ihnen in Salzburg in Betreff unserer Haltung gegen Preußen gemacht hat, Kenntniß zu geben. Es war uns nicht neu, von jener Seite Vorwürfe wegen einer angeblich schroffen Haltung gegen Preußen zu vernehmen, während wir im Gegentheil überzeugt sind, in nachgiebigem Entgegenkommen gegen Preußen soweit als irgend zulässig und mit den Interessen der Herzogthümer und Deutschlands vereinbar ist, gegangen zu sein. Herr v. Bismarck hat Ew. Excellenz gesagt, der Herzog solle, statt auf sein angebliches Recht zu pochen, sich an das Gemüth Sr. Majestät des Königs wenden. Nun aber hat der Herzog von Anfang an gerade dieses, was Herr von Bismarck vermißt, unabläßlich gethan. Aber er hat es zugleich zu beklagen, daß, so oft er glaubte, auf den König einen günstigen Eindruck gemacht zu haben, es den fortgesetzten Bemühungen des Herrn v. Bismarck gelungen ist, das Gemüth seines Herrn wieder von dem Herzog abzuwenden. Ich erinnere nur an die kürzlich im Staatsanzeiger veröffentlichte Relation über die Unterredung vom 1. Juni vor. Jahres. Das richtige Maaß von subjektiver Färbung, welches hier der Erzählung beigemischt ist, ist offenbar nur darauf berechnet, das Gemüth des Königs zu verbittern, während der Herzog gerade damals geglaubt hatte, auf den König einen günstigen Eindruck gemacht zu haben.

Gewiß wäre es nicht klug, wenn der Herzog Preußen gegenüber nur auf sein Recht pochen wollte. Aber noch viel weniger kann er doch zugeben, daß er kein eigenes Recht besitze, und daß Preußen und Österreich durch den Wiener Frieden die rechtmäßigen Souveräne der Herzogthümer seien. Der Herzog würde damit das Recht Christians IX. anerkennen, er würde seine eigene Vergangenheit Lügen strafen, er würde sich selbst allen Boden unter den Füßen fortziehen.

Der Herzog hat es stets als eine seiner vornehmsten Aufgaben betrachtet, dahin zu wirken, daß die schleswig-holsteinische Frage, in welcher früher für ganz Deutschland ein Einigungspunkt zu liegen schien, jetzt nicht der Anlaß eines gefährlichen Zwiespaltes in Deutschland werde. Er konnte sich nicht verhehlen, daß diese Frage friedlich nur durch ein gütliches Einvernehmen und also durch gegenseitige Nachgiebigkeit beider Großmächte gelöst werden kann. Er hat sich deshalb bemüht, einen vermittelnden Einfluß in der Differenz zwischen Preußen und Österreich zu gewinnen. Auf diesem Gedanken beruhte das Schreiben an Herrn v. Ahlefeld vom 31. März dieses Jahres, welches ich die Ehre hatte, im April Ihnen mitzutheilen. Ich darf Ew. Excellenz daran erinnern, daß Sie damals zwar im Ganzen mit der Politik, welche jenem Schreiben zu Grunde lag, einverstanden waren, aber doch meinten, in einzelnen Punkten sei der Herzog in seinen Anerbietungen wohl etwas zu weit gegangen; während dagegen in Berlin diese Anerbietungen als völlig ungenügend die schroffste Zurückweisung fanden.

Ähnlich verhält es sich mit allen übrigen Beziehungen zu Preußen. Was Herr von Bismarck jetzt vorzugsweise mit aller Energie betreibt, ist die Entfernung des Herzogs aus dem Lande. Außer seinem Recht hat der Herzog keine andere Kraft, als in der Treue und Anhänglichkeit der Herzogthümer. Von dieser Wurzel seiner Kraft will Herr v. Bismarck ihn losreißen, und daß der Herzog sich dazu nicht freiwillig versteht, das wird ihm jetzt als trotzige Haltung gegen Preußen zum Vorwurf gemacht. Ich kann mich in Betreff der Gründe, welche den Herzog zum unerschütterlichen Festhalten gerade in diesem Punkt veranlaßen, auf ein früheres Schreiben von Geheimrath Sammer beziehen, und Ew. Excellenz selbst haben ja durch den Ausdruck Ihrer vollen Übereinstimmung noch mehr die Überzeugung gekräftigt, daß der Herzog freiwillig das Land nicht verlassen dürfe.

Herr v. Bismarck hat Ihnen auch über die völlig „ungeeignete Art" gesprochen, in welcher der Herzog den letzten Brief[1]) Sr. Majestät des Königs beantwortet habe. Das Ungeeignete

[1]) Vom 1. Juni. s. Gebauer S. 150.

wird wohl nur darin bestanden haben, daß der Herzog sich einer Aufforderung, das Land zu verlaßen, nicht gefügt, daß er die Zumuthung, die Schleswig-Holsteiner von allen ihm freiwillig geleisteten Gelöbnissen zu entbinden, eben so höflich wie entschieden abgelehnt, und daß er einen Vorwurf des Königs, welcher zwischen der jetzigen Haltung des Herzogs und seiner Stellung als preußischer Officier einen Widerspruch der Pflichten finden wollte, mit einem eventuellen Abschiedsgesuch beantwortet hat.

Ich bedaure, daß die gegenwärtige briefliche Mittheilung nicht wohl dazu geeignet ist, näher in das Einzelne dieser Beziehungen, die doch sehr diskret behandelt sein wollen, einzugehen. Aber ich hoffe, daß sich binnen Kurzem eine Gelegenheit finden wird, Ew. Excellenz eine mündliche Mittheilung zu machen, denn die Andeutungen, mit welchem Ew. Excellenz Ihr geehrtes Schreiben vom 24. d. M. schließen, und der Rath, welchen Sie uns ertheilen, läßt eine mündliche Besprechung als sehr wünschenswerth erscheinen. Gewiß sind wir mit Ew. Excellenz vollkommen davon überzeugt, daß man kein Mittel der Verständigung unversucht lassen soll, um, wenn dennoch eine unheilbare Krisis ausbricht, ein ruhiges Gewissen zu haben. Andererseits aber darf man sich die Gefahr nicht verhehlen, daß, wenn der Herzog nach Berlin kommt, bevor die Grundlagen einer Verständigung zwischen Preußen und Österreich gewonnen sind, dies leicht mißbraucht werden könnte, um die Sache noch mehr zu verwirren und das Gemüth des Königs noch mehr dem Herzog zu entfremden. Ew. Excellenz werden es natürlich finden, daß in einer Frage, bei welcher so mannigfache Rücksichten in Betracht kommen, noch kein fester Entschluß hat gefaßt werden können. Auf jeden Fall würden, wenn die von Herrn v. Bismarck vorgeschlagene Reise nach Berlin unternommen werden sollte, vorher gewisse Cautelen getroffen werden müssen. Neben der bereits Ew. Excellenz gemachten Zusicherung, daß die persönliche Freiheit des Herzogs auf preußischem Gebiet nicht werde beeinträchtigt werden, würden noch einige andere Vorfragen zu erledigen sein. Der Herzog giebt sich der Hoffnung hin, daß Ew. Excellenz eventuell Ihre gütige Vermittlung in Beziehung auf diese Punkte nicht versagen werden. Die beste Gelegenheit dazu

würde sich ja bei Ihrer nach Beendigung der Gasteiner Badekur bevorstehenden Zusammenkunft mit Herrn v. Bismarck bieten.

Vorher aber würde mir eine Besprechung mit Ew. Excellenz sehr wünschenswerth sein, und Sie würden durch eine kurze Benachrichtigung, wann und wo ich in der nächsten Zeit Sie sicher antreffe, mich zu Dank verpflichten. Vielleicht würde es dann auch für Ew. Excellenz von Interesse sein, Sich durch eine Einsicht in die oben erwähnten Aktenstücke davon zu überzeugen, ob dem Herzog mit irgend einem Schein von Recht der Vorwurf gemacht werden kann, daß er es an Entgegenkommen gegen Preußen habe fehlen laßen.

Ich bitte die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung zu genehmigen, mit welcher ich zeichne Ew. Excellenz ergebenster

Lorentzen.

207. Geffcken an Lorentzen. 1865, 5. August, Schlangenbad. Dank für den Brief vom 2. August. Österreich und die Pläne Bismarcks. Englands Politik. Gespräch mit Thiers über die auswärtge Politik Napoleons. Verlängerter Aufenthalt in Schlangenbad.

Herzlichen Dank, lieber Herr Doktor, für die interessanten Nachrichten Ihres Schreibens vom 2ten, das mir gestern Abend zuging; sie sind mir um so werthvoller, als ich hier augenblicklich ziemlich auf Zeitungen und die Nachrichten meines Vertreters reducirt bin, der wenig Quellen hat. Es ist unbegreiflich, daß Österreich die Krisis so passiv hat herankommen lassen, die Bismarckschen Pläne waren so transparent, und wäre ihnen Mensdorff im Winter gleich scharf durch einen Antrag auf Anerkennung des Herzogs entgegen getreten, so bin ich überzeugt, der König wäre stutzig geworden und hätte eingelenkt. Realisirt sich Mensdorffs Hoffnung durch die Entlassung Bismarcks, so ist allerdings mehr gewonnen, als je auf anderm Wege hätte geschehen können, soweit ist man ja unzweifelhaft in Wien, daß man keine Verschleppungen, mezzo termino und verhüllte Annexion will, und die Versicherung Biegelebens, die Oldenburgische Candidatur sei nur Fallstrick, ist besonders beruhigend, denn das Nachgeben in dieser dynastischen Frage wäre das verderblichste von allem gewesen, und die Sache ist jetzt

auf dem Punkt, den Chotek mir früher so bezeichnete, daß, je höher die Spannung steige, desto bessere Chancen für die Augustenburgische Sache seien.

Es ist mir noch nicht klar, was unter dem „entschiedenen und solidarischen Eintreten mit Baiern und andern befreundeten Staaten", auf das Blome[1]) nach Biegelebens Äußerungen hinarbeiten soll, verstanden ist. Ich bleibe in dieser Beziehung bei meinem ceterum censeo, Österreich muß dem offenen Bruch des Condominats Preußens gegenüber, seine Truppen dem preußischen Oberbefehl entziehen und sich von allen Verbindlichkeiten lossagen. Darauf mit Baiern 2c. die Übertragung der holsteinischen Stimme auf den Herzog beantragen; ich bin sicher, daß dann sofort die Anerkennung Napoleons und Englands folgt, und dann ist Bismarck schwerlich in der Lage, den König zum Bruch zu treiben. Palmerston namentlich, der nach seinem Wahlsiege nicht mehr daran denkt, zurückzutreten, wird sehr geneigt sein, durch einen derartigen gemeinsamen Akt zu zeigen, daß England nicht auf alle auswärtige Politik verzichtet hat, und wird sich dabei in Übereinstimmung mit der Königin finden. Halten Sie diesen Punkt im Auge und suchen Sie dahin einzuwirken. Wie die Dinge sich stellen, wenn es zum Kriege kommt, ist schwer zu sagen, bliebe der Kampf auf die beiden Großmächte beschränkt, so bin ich überzeugt, wird Preußen geschlagen. Aber wäre eine solche Beschränkung wahrscheinlich?

Ich hatte darüber gestern ein eingehendes Gespräch mit Thiers, der ganz auf österreichischer Seite steht. Er meinte, letzteres dürfe sich nicht sehr auf die günstigen Versicherungen Napoleons verlassen; es sei vollkommen richtig, daß Goltz bisher keinerlei Erfolg gehabt, komme es aber wirklich zum Kriege, so könne sich die Sache doch anders stellen. Italien sei die Lieblingsschöpfung des Kaisers, er arbeite unablässig an der Consolidirung des neuen Staates, und da die Verhandlungen mit Rom schlechterdings nicht vorwärts wollten, so sei es sehr möglich, daß sich der Wunsch des Kaisers darauf richte, etwas

[1]) Der österreichische Gesandte in München, Graf Adolf Blome-Salzau. s. Jansen-Sammer S. 504.

in der venetianischen Frage zu thun, und er Italien in eine Allianz mit Preußen gegen Österreich gehen lasse.

Mir will dies nicht recht einleuchten; einmal kommt dieses faire quelque chose du côté de la Vénétie immer darauf hinaus, das Festungsviereck zu nehmen und die Provinz zu erobern. Dies aber wird die italienische Armee nicht fertig bringen, und Napoleon kann sich neben Mexiko auf keine zweite italienische Campagne einlassen. Andererseits würde ein Eintreten für die Bismarcksche Art zu annektiren der ganzen bisherigen Politik Napoleons in der Frage widersprechen, da ja noch gestern der Moniteur an die Entscheidung durch die Bevölkerung appellirte.

Die Sache ist mir also nicht glaublich, und ich glaube, daß Thiers sich durch seinen Haß gegen den Kaiser, dessen Blick in auswärtiger Politik er zu gering anschlägt, beeinflußen läßt.

Da mein hiesiger Arzt auf Verlängerung der Kur bis zum 23. besteht, so kann ich hernach nicht mehr wohl nach Sylt gehen, sondern werde Blankenberghe gebrauchen.

Mich weiterer Fütterung empfehlend

Ihr Geffcken.

208. Lorentzen an Samwer. 1865, 8. August, Kiel. Brief vom 4. August erhalten. Wenig Nachrichten über das Verhältnis zwischen Preußen und Österreich. Wydenbrugks Briefe. Abschrift einer Korrespondenz mit Pfordten. Lorentzens Reise nach München. Zusammentreffen mit Samwer in Eisenach erwünscht. Geffckens Brief. Busch. Denkschrift über Nordschleswig. Die Inkognito-Adresse des Prinzen Christian. Erklärung der Kreuzzeitung.

Lieber Freund. Deinen Brief vom 4.[1]) d. M. habe ich vorgestern erhalten. Ich antworte Dir so, daß Du bei Deiner Rückkehr von Karlsruhe diesen Brief vorfindest.

Über den Verlauf der großen Krisis zwischen Preußen und Österreich wissen wir hier wenig mehr, als was sich aus den Zeitungen ergiebt. Wydenbrugk schickt aus Vorsicht seine Briefe immer auf Umwegen, wovon die Folge ist, daß wir durch ihn selten neue Nachrichten, meistens nur Ansichten und Reflexionen erfahren. Doch ist der Grundton aller seiner Berichte und der

[1]) s. Nr. 206, Anmerkung 1.

von ihm deferirten Unterredungen, daß Österreich sich hinter die in seinen letzten Anerbietungen eingenommene Stellung nicht zurückdrängen lassen wird. Und dem scheint ja auch der im letzten Conseil zu Wien gefaßte Entschluß zu entsprechen. Wenn Österreich hierbei beharrt, so stehen wir in sehr kurzer Zeit vor der Alternative eines offenen Bruches zwischen Preußen und Österreich oder der Entlassung Bismarcks. In Wien hält man letzteres für wahrscheinlicher.

Das Wichtigste, was abgesehen von dieser großen Krise uns hier beschäftigt hat, ersiehst Du aus der abschriftlich anliegenden Correspondenz mit Pfordten[1]) und dem betreffenden Schreiben an Wydenbrugk. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß wir es mit einer Finte von Bismarck zu thun haben, den Herzog nach Berlin zu locken, um ihn dort vollends zu verderben. Allein die von Pfordten angebotene Vermittlung konnte doch nicht wohl geradezu abgelehnt werden. Also wurde diese Form gewählt, zumal da eine Unterredung mit Pfordten auch aus anderen Gründen wünschenswerth schien. Pfordten hat nun geantwortet, daß er den ganzen Monat in München sei und mich sehr gern sehen werde. Wydenbrugk antwortet heute, daß er und Biegeleben ganz mit unserer Auffassung einverstanden seien: nach der Verständigung Preußens und Österreichs könne eine Reise des Herzogs nach Berlin nützlich sein; vorher sei sie schädlich. Ich werde nun also in den nächsten Tagen nach München fahren müssen. Sehr gut wäre es, wenn wir uns unterwegs treffen könnten. Vielleicht richtest Du Deine Kissinger Tour so ein, daß wir von Eisenach an eine Strecke zusammenfahren. Dann kannst Du mir Deine Karlsruher Nachrichten mittheilen, und wir können die ganze Sachlage durchsprechen. Ich werde zu dem Ende, sobald die Zeit meiner Reise fest steht, an Frau Ministerialräthin Braun telegraphiren: Die Trauung wird am . . . . Vormittag (oder Nachmittag) sein. Mathilde. Das Datum bezeichnet den Tag, wo ich durch Eisenach komme. „Vormittags" heißt, daß ich mit dem früh 7 Uhr 55 Min. dort

[1]) Liegt nicht bei. Vergl. darüber: Gebauer, Herzog Friedrich VIII., S. 156. 157. s. auch die Beilage Nr. 54, 55 in Jansen-Sammer.

abgehenden Zuge fahre. — „Nachmittag" heißt, daß ich um 3 Uhr 16 Min. Nachmittags von Eisenach weiterfahre.

Was Geffcken Dir geschrieben hat, hat er wörtlich übereinstimmend auch an mich gelangen lassen.

Busch scheint noch nicht zu Raison gebracht zu sein. Wenigstens ist die Nummer vom 4. August noch sehr heiter über „Peter Forchhammer". Die Denkschrift über Nordschleswig liegt bei; ebenso die Depesche über den Oldenburger.

Die Inkognito-Adresse des Prinzen Christian erhälst Du aus Nienstädten, wo der Herzog gegenwärtig ist.

Auf die wiederholte Erklärung der heutigen Kreuzzeitung über den Agenten des Herzogs, der die Rückgabe Nordschleswigs angeboten haben soll, mußt Du, meine ich, persönlich antworten. Denn sie straft Dich persönlich Lügen. Wir können uns hier nicht gut hineinmischen. Ich meine, Du müßtest etwa so schreiben: „Ich wiederhole, daß mir von einer solchen Erklärung eines von hier Beauftragten nichts bekannt ist. Ich ersuche also die Kreuzzeitung, entweder ihre Quelle oder den betreffenden Agenten zu nennen oder ihre Behauptung zurückzunehmen".

Mit herzlichen Grüßen Dein Lorentzen.

209. Geffcken an Lorentzen. 1865, 18. August, Schlangenbad. Dank für den Brief vom 9. August. Die Konvention von Gastein. Das neue Regiment in den Herzogtümern. Bismarcks Hoffnung auf Frankreich. Napoleon soll durch Cousin gegen Bismarck eingenommen werden. Klage von Beust über seine Stellung zu Berlin und Wien. Baldige Abreise Geffckens.

Besten Dank, lieber Herr Doktor, für Ihre interessanten Nachrichten vom 9. d. M., die nun freilich hinter dem Gasteiner Abkommen zurücktreten. Ich kann von hier aus natürlich nicht mit Sicherheit auf die Motive schließen, welche Österreich bewogen, einem solchen Arrangement zuzustimmen, durch das die Krisis doch nur verschoben wird; sieht man dies ein und will man, wie die Zeitungen meinen, nur erst über die augenblicklich nothwendigen Finanzoperationen hinaus sein? Daß Mensdorff gegen die zweite Sendung Blomes war, spricht dafür. Was das neue Regiment in den Herzogthümern betrifft, so wird es

abzuwarten sein; würde Halbhuber durch Blome ersetzt, so wäre das jedenfalls schlimm. Übrigens ist Bismarcks Sieg auch keinesfalls sehr groß, denn es scheint sicher, daß, während er den Bruch entschieden wollte, der König davon zurückgetreten ist, und mit einigen Maßregelungen von Presse und Vereinen kommt er nicht sehr viel weiter, wogegen er sich nach der Übereinkunft jeder einseitigen Maßnahmen zu enthalten hat. Das wird er natürlich doch nicht thun, und sehr bald müssen sich Streitigkeiten über die Anwendbarkeit der Landesgesetze erheben. Mensdorff kann sich dies unmöglich verhehlen und muß wohl nur auf die günstigere Gestaltung der Dinge im Innern Österreichs rechnen, denn wenn er überhaupt nachgeben wollte, so konnte er es jetzt einfacher thun. Bismarck rechnet offenbar nur auf irgend ein europäisches Ereigniß und hat trotz alledem wohl noch nicht die Hoffnung auf Frankreich aufgegeben. Ich habe deßhalb mit Cousin noch vor dessen Abreise eine eingehende Unterhaltung gehabt und ihm gerathen, den Kaiser zu warnen, sich mit Bismarck einzulassen. Napoleon brauche denselben nicht, wenn er nicht einen großen venetianischen Krieg anfangen wolle. Dagegen bedürfe er Österreichs unbedingt, wenn er die Venetianische Frage anders als mit den Waffen anfassen wolle, bedürfe es, wenn etwas nach den Verhandlungen zwischen Italien und Rom kommen sollte und könne es für den Orient nicht entbehren. Cousin ging ganz auf diese Gesichtspunkte ein und nahm mit den Worten Abschied: je verrai l'imperateur avant son depart pour Biaritz et je lui dirai tout cela, du reste ce n'est pas son habitude de se mettre avec les impopulaires.

Beust hat gegen einen meiner Freunde geklagt, man wolle in Wien nicht verstehen, daß nur durch die Verbindung mit den Mittelstaaten Österreich siegreich aus dem Kampfe hervorgehen könne. Er sei fast so schlecht in Wien wie in Berlin angeschrieben. Der Kaiser wiege sich in dem Irrtum, allein Preußen die Spitze bieten zu können.

Am 22. verlasse ich Schlangenbad und gehe nach Blankenberghe (Belgien). Adr. Pension Verhargen.

Yours Geffcken.

210. Stemann an Lorentzen. 1865, 31. August, Schleswig. Kiel Sitz der österreichischen Regierung. Gedrückte Simmung in Schleswig. Zoll-, Post- und Telegraphenwesen in Holstein den Österreichern übertragen. Zusammengehen der beiden Regierungen. Räumung von Gottorff.

Verehrter Freund.

In der Voraussetzung, daß Sie noch in Kiel weilen, beeile ich mich, Ihnen mitzutheilen, daß Herr von Halbhuber gestern aus Wien die Nachricht erhalten hat, Kiel werde Sitz des Gouverneurs von Gabelentz und der holsteinischen Landesregierung werden. Ich glaube, daß die Wahl dieses Ortes, so wie die Dinge einmal liegen, eine glückliche zu nennen ist, und daß Kiel jedenfalls vor Altona den Vorzug verdient. Die beiden Lesser[1]), Wennecker und ich werden wohl mitgehen, Rumohr bleibt hier bei Zedlitz und Christenssen beabsichtigt nach Flensburg zurückzukehren. In Klagen über die traurigen Zustände will ich mich nicht ergehen. Sie werden besser wie ich wissen, ob und welche Hoffnungen wir noch hegen dürfen. Hier ist die Stimmung eine ungemein gedrückte. Halbhuber, der sich mit Zedlitz über die Auseinandersetzung gar nicht einigen konnte, hat gestern noch Herrn v. Manteuffel nach langen Kämpfen doch endlich das Zoll-, Post- und Telegraphenwesen in Holstein abgerungen, welches die Preußen auf Grund des Besitzstandes festhalten wollten. Für das Bestehen gemeinschaftlicher Angelegenheiten zeigt auch Halbhuber wenig Sinn, die Regierung ist jedoch nach Kräften angewandt, ihn von der Nothwendigkeit der Gemeinschaft in allen denjenigen Angelegenheiten zu überzeugen, welche vormals von beiden Ministerien collegialisch behandelt wurden. Bis zum 14. Abends soll Gottorff geräumt sein, bei den vielen dazu erforderlichen Vorbereitungen eine nicht ganz leichte Aufgabe. Am nämlichen Tage, nicht früher, wird Gabelentz in Kiel eintreffen.

Mit den besten Grüßen Ihr treu ergebener

Stemann.

211. Lorentzen an Hänel. 1866, 1. Februar, Berlin. Schlechtes Verhältnis zwischen Preußen und Österreich. In Wien wird Einsetzung des Herzogs als einzige Lösung betrachtet. Verstimmung der Minister

[1]) Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

der Mittelstaaten. Das Abgeordnetenhaus. Die Entscheidung des Obertribunals.

Lieber Herr Professor.

Die neueste Äußerung der Provinzial-Correspondenz, welche bei Gelegenheit der neulichen Altonaer Versammlung es als fraglich bezeichnet, ob Österreich die seiner Wahrung in Holstein anvertrauten Rechte der beiden Condominii wirklich ernstlich wahrnehmen wolle und offenbar wieder auf eine schärfere Zuspitzung der Verhältnisse zu Österreich hindeutet, gab Geffcken Veranlassung, die Sachlage mit Karolyi zu besprechen. Dieser hat sich fester und entschiedener ausgelassen, als es sonst seine Gewohnheit ist. Er bestätigte, daß das Verhältniß wieder eben so schlecht sei wie kurz vor Gastein, wenn auch ein Conflikt wohl noch nicht unmittelbar in Aussicht stehe. Aber Bismarck könne die Stagnation und Erfolglosigkeit seiner äußeren Politik auf die Dauer nicht ertragen. Auf keinen Fall werde er es ruhig abwarten können, daß er bei den in diesem Jahre bevorstehenden Neuwahlen wieder in der absolutesten Minorität bleibe. Er werde vorher einen großen Coup versuchen und sein (Bismarcks) Wunsch sei wohl, denselben gegen Österreich zu richten. Aber Österreich werde sich nicht einschüchtern lassen. Es werde solange in Holstein bleiben, als Preußen in Schleswig bleibe, bis Preußen sich zu annehmbaren Bedingungen über die künftige Constituirung des Landes verstehe. Auch sehe man in Wien vollkommen klar, daß der Herzog die einzige mögliche Lösung außer der Annexion sei, daß also der Herzog der einzige Schutz gegen die Annexion sei, und daß nur hierin der Grund der preußischen Erbitterung gegen den Herzog liege. Also könne man in Wien den Herzog nicht fallen laßen; aber man wünsche allerdings für jetzt nicht Preußen zum Conflikt zu reizen. Wenn aber Preußen jetzt einen Krieg gegen Österreich versuche, so werde das nur dazu beitragen, die Lösung der ungarischen Frage zu erleichtern und Österreichs Stellung nach außen zu verstärken. — So etwa hat Karolyi sich ausgesprochen, der bekanntlich erst kürzlich in Carlsruhe gewesen ist. Geffcken hat daraus den Eindruck empfangen, daß die Idee der Compensation in Wien als unausführbar aufgegeben sei.

Über die hiesigen Stimmungen höre ich theils von Geffcken, theils von Ahlefeld und anderen Folgendes. Die kleinen Minister sind verstimmt, verdrießlich, eher etwas kleinmüthig, weil sie weder ein noch aus sehen. v. Platen hat neulich bei einem Diner gegen Vertraute geäußert: „Dem Ministerium gehe der Hintere mit Grundeis“. v. Mohl ist auch übler Laune, aber mehr zornig, wüthend und wünscht den König von Preußen zum Bruch mit Österreich zu treiben.

Im Abgeordnetenhause steht übermorgen die Debatte über Lauenburg bevor. Sonst beschäftigen sich die Abgeordneten in diesen Tagen nur mit der neuesten Entscheidung[1]) des Obertribunals über die gerichtliche Verantwortlichkeit der Abgeordneten und haben für nichts Anderes Sinn.

Ganz Ihr ergebenster Lorentzen.

212. Steindorff an Lorentzen. 1866, 6. Februar, Kiel. Verzögerung der Abreise Sammers. Der Artikel im Altonaer Merkur vom 5. Februar und die Bekanntmachung Manteuffels wegen der Bestätigung der Concessionen. Folgen dieser Maßregel. Die Denkschrift am Bunde. Mohls Briefwechsel mit den Gesandten von Preußen und Mecklenburg.

Lieber Herr Doktor. . . . Sammer konnte auch am Freitage nicht abreisen, da des Herzogs Bruder ihn vorher noch ein Mal zu sprechen wünschte. Da ich nicht weiß, ob Sie eine inländische Zeitung zu Gesichte bekommen, so schicke ich Ihnen als Anlage Abschrift des Merkur Artikels[2]) vom gestrigen Tage, den wir für einen Fühler halten, und dessen Inhalt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung laut telegraphischer Mittheilung für eine „Augustenburgische Erfindung“ erklärt; sodann auch Abschrift der Manteuffelschen Bekanntmachung[3]) betreffend die Einsendung von Concessionen, Privilegien, Donationen ꝛc. zur Confirmation.

---

[1]) Vom 29. Januar. s. Jansen-Sammer S. 563.

[2]) Die Proklamation des Königs von Preußen an die schl.-holst. Behörden zunächst gerichtet mit der Aufforderung zur Personal-Union. Nach Eingehen auf die Verhältnisse in den Herzogtümern, die ihre Selbstständigkeit mit allen Mitteln wehren wollen, kommt der Verfasser zum Schluß zur Meinung, wenn das Land wirklich annektiert werden soll, dann muß es eine Real-Union, keine Personal-Union werden.

[3]) Datiert vom 1. Februar 1866. s. Jansen-Sammer S. 563.

Durch diese flagrante Verletzung der Gasteiner Convention will man offenbar Österreich provociren, gleichzeitig aber von wichtigen Elementen der Schleswigschen Bevölkerung eine thatsächliche Anerkennung König Wilhelms als Landesherrn erschleichen, schlechtgesinnte chikaniren und für die Conservirung des Feudalismus ein günstiges Präjudiz schaffen. Wie ich höre, werden sämmtliche sogenannten Krüger auf dem Lande, Mühlenbesitzer, Buchdrucker, Herausgeber von Zeitungen, namentlich aber auch die Landschaft Eiderstädt, deren Communalverfassung auf einem Privileg beruht, davon betroffen. Die Sache ist also in jeder Beziehung von großer Wichtigkeit und kann unter Anderm den preußischen Liberalen deutlich machen, weßhalb die Regierung sich so lebhaft für die Personal-Union interessirt. Herr von Kübek hat in der letzten Bundestagssitzung eine Mittheilung auch eine vertrauliche über die eingegangene Denkschrift nicht gemacht, sondern dieselbe sogleich bei den Mitgliedern des Ausschusses in Umlauf gesetzt, von denen keine Anstände erhoben worden sind. Er hat daher dem Herzoge den Empfang der Denkschrift bestätigt. Dagegen ist Herr von Mohl durch die Mittheilung des an ihn gerichteten Schreibens vom 3. Januar, die Titulatur betreffend, an seine Collegen mit dem preußischen und dem mecklenburgischen Gesandten in eine eigenthümliche Correspondenz verwickelt worden. Beide schickten das betreffende Schriftstück zurück; Herr von Savigny in höflicher Form mit dem Bemerken, daß dasselbe weder nach Form noch Inhalt zur Übermittlung an einen preußischen Gesandten geeignet sein könnte: Herr von Wickede mit der Erklärung, „daß er sich außer Stande sehe, dieser injuriösen Skriptur durch Einsendung an seine Allerhöchste Regierungen eine weitere Verbreitung zu geben". Herr von Mohl hat beiden treffend erwidert, und namentlich dem Mecklenburgischen Junker die „injuriöse Skriptur" gehörig eingetränkt.

Mit den besten Grüßen Ihr ergebenster E. Steindorff.

213. Lorentzen an Hänel. 1866, 6. Februar, Berlin. Geringes Interesse der Abgeordneten. Versuche Lorentzens, für günstige Stimmung zu wirken. Die Auffassung über die Stände. Die Aussichten der Personalunion.

Lieber Herr Professor. Ich habe die letzten Tage benutzt, um mit vielen der mir bekannten oder befreundeten Abgeordneten zu sprechen. Im Allgemeinen ist jetzt geringes Interesse für unsere Sache. Der Beschluß des Obertribunals beherrscht jetzt die Gemüther. Erst wenn die Debatte hierüber, die am Freitag sein wird, vorüber ist, wird man auch wieder mit anderen Dingen sich eingehender beschäftigen. Für jetzt kann ich über die Stimmung in unserer Sache nur so viel sagen:

1. jede Anleihe oder sonstige Geldforderung wird unbedingt abgelehnt;

2. ob dabei die positive Meinung des Abgeordnetenhauses in irgend einer Resolution oder sonst wie ausgedrückt wird, ist sehr fraglich, weil die Meinungen innerhalb jeder einzelnen Fraktion zu sehr auseinander gehen.

3. Ich habe versucht, darauf hinzuwirken, daß, wenn man sich auch nicht über ein bestimmtes Programm in Beziehung auf die Constituirung der Herzogthümer und deren künftiges Verhältniß zu Preußen aussprechen wolle, man doch wenigstens das Präjudiz der Befragung des Landes an die Spitze stellen und auf Berufung der Stände dringen könne. Darauf erhalte ich meistens die Antwort: die Stände seien doch absolute Particularisten, und wenn die Kammer auch das System der Regierung für abscheulich halte und nicht unterstützen wolle, so könne sie doch auch dem Particularismus nicht in die Hände arbeiten. Es wird also besonders darauf ankommen, diese Auffassung zu bekämpfen und womöglich eine Erklärung für die Berufung der Stände doch noch durchzusetzen.

4. Da Bismarck bei der Lauenburgischen Debatte vorzugsweise die Personalunion auch in Bezug auf Schleswig-Holstein betont hat, ein Gedanke, der in der Kammer auf den stärksten Widerstand stoßen wird, so bemühe ich mich, überall klar zu machen, daß in den Herzogthümern nur die Junker der Siebzehner-Adresse für die Personalunion sein würden, weil sie davon im Innern Erhaltung ihrer ständischen Vorrechte und sonstigen Rumpelkrams, außerdem für sich diplomatische Carrieren und hohe Staatsämter in Preußen erwarten, daß aber die große

Majorität des Landes die Personalunion noch viel entschiedener zurückweisen würde als die vollständige Incorporation.

Alle diese Fragen werden sicher nicht früher zur Sprache kommen als bei der Verhandlung über die Marinevorlage, für die aber noch nicht einmal die Kommission gewählt ist. Bis jetzt ist nur beschlossen, daß dafür eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern gewählt werden soll.

Ihr Lorentzen.

214. Steindorff an Lorentzen. 1866, 14. Februar, Kiel. Bericht von Wydenbrugk über den preußisch-österreichischen Depeschenwechsel. Notiz von der Instruktion Karolyis. Samwer in Gotha. Hänel krank. Lorentzen nach Kiel verlangt.

Lieber Herr Doktor. In dem anliegenden Bericht[1]) von Herrn von Wydenbrugk vom 11. d. M. sind die ersten Angaben über den positiven Inhalt des letzten preußisch-österreichischen Depeschenwechsels enthalten. Bisher war alles nur Vermuthung oder vage Allgemeinheiten. Von der Instruktion Karolyis vom 10. Januar, auf die von Wydenbrugk Bezug nimmt, giebt die gleichfalls anliegende Notiz eine zuverlässige Analyse. Wie ich höre, steht dieselbe bereits in der „Neuen Frankfurter Zeitung" und hat nur noch ein Interesse als Bestätigung der Zeitungsnachricht.

Samwer wird jetzt wohl in Gotha sein und Ende der Woche zurückkehren. Hänel ist seit vorgestern unwohl. Da er hierdurch verhindert ist zu arbeiten, könnte dies möglicherweise den Herzog veranlassen, Sie an einem der nächsten Tage telegraphisch zu bitten, nach Kiel zu kommen. Derselbe äußerte gestern, es sei ohnedies verabredet, daß Sie auf kurze Zeit nach Kiel zurückkehren, sobald Samwer wieder da sei.

Ihr ergebenster Steindorff.

---

[1]) Graf Mensdorff äußert sich über die an Baron Werther gerichtete Note, wovon dieser Graf Mensdorff Abschrift gegeben hat, sie sei im Corporalton geschrieben, und der bekannte Kreuzzeitungsartikel könne als eine Art Abklatsch derselben gelten. Denn es wird darin allerdings gesagt, durch Gestattung der Altonaer Versammlung und dergl. werde die Revolution von Österreich begünstigt, und seinem Verfahren wird gelegentlich das Prädikat „Lauheit" gegeben.

215. Lorentzen an Hänel. 1866, 14. Februar, Berlin. Österreichs ablehnende Antwort. Österreichs Festhalten an der augustenburgischen Kandidatur. Die voraussichtliche preußische Politik. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg wegen des Postregals in Hamburg. Die Marinevorlage. Über Schleswig-Holstein wird ein besonderer Antrag vorbereitet. Stimmung der Abgeordneten gegen Bismarck. Die Folgen der Entscheidung des Obertribunals. Sammer in Gotha.

Lieber Herr Professor.

Die ablehnende Antwort Österreichs auf die letzte preußische Depesche wird gestern hier eingetroffen sein. Wenigstens hat Karolyi noch vorgestern an Geffcken gesagt, die Antwort Österreichs sei noch nicht hier und werde erst am nächsten Tage erwartet. Doch kannte Karolyi schon den Inhalt und bestätigte, daß sie ablehnend, sogar recht scharf und bestimmt ablehnend sei. Österreich erklärt darin, daß es jede preußische Einmischung in die innere Verwaltung Holsteins ablehnen müsse, wie es selbst sich jeder Einmischung in die preußische Verwaltung Schleswigs enthalte, obgleich dieselbe offen das Ziel der Annexion verfolge. Die Gasteiner Convention regele das Provisorium, bis man sich über das Definitivum verständige und ohne demselben zu präjudiciren, und bis dahin sei Österreich in Holstein ebenso unabhängig, wie Preußen in Schleswig. Wie Karolyi erzählt, hat er dieser Auffassung entsprechend noch kürzlich dem Grafen Bismarck bemerklich gemacht, daß, wenn Österreich für das Definitivum an der augustenburgischen Candidatur festhalte, Preußen sich um so weniger darüber als über eine Verletzung des preußischen Condominiums beschweren könne, da ja er (Graf Bismarck) selbst im Abgeordnetenhause die Personalunion mit Preußen öffentlich als das Ziel der preußischen Politik bezeichnet habe; ein Ziel, welches doch mit der Aufrechterhaltung der österreichischen Condominatrechte nicht vereinbar sei. Auf Geffckens Frage, was nun Preußen wohl in Folge dieser Ablehnung thun werde, antwortete Karolyi, seiner Meinung nach nichts, es werde vorläufig wieder beim Alten bleiben. Es sei allerdings möglich, daß Bismarck bei dem täglich schroffer werdenden inneren Conflikt die Stagnation seiner auswärtigen Politik nicht ertragen können und deshalb den Versuch machen werde, Österreich einzuschüchtern oder den Bruch herbeizuführen. Aber dabei werde er sich doch

verrechnen: „Wir wissen sehr wohl“, sagte Karolyi, „daß wir Preußen nicht aus Schleswig herauswerfen können; aber ebenso wenig kann Preußen, ohne einen großen Krieg zu wagen, uns aus Holstein werfen. Und diesen zu wagen, wird es sich doch bedenken. Denn es würde dann ganz isolirt sein. Das übrige Deutschland, die Westmächte billigen unsere Auffassung der Frage, und was die Drohung mit einer preußisch-italienischen Allianz betrifft, so wissen wir, daß Frankreich für einen solchen Fall Italien nicht gestatten wird, uns anzugreifen“.

Auch in einer kürzlich an Karolyi erlassenen Instruktion, welche auch an Metternich und von diesem an Drouyn de Lhuys mitgetheilt ist, ist der rein provisorische und dem Definitivum in keiner Weise präjudicirende Charakter der Gasteiner Convention streng hervorgehoben. Dies hat Benedetti kürzlich gegen Bismarck erwähnt. Dieser hatte sich darauf mit großer Erbitterung gegen Österreich ausgelassen und unter Anderm behauptet, in Gastein habe Österreich eine ganz andere Sprache geführt; als er (Bismarck) damals Bedenken getragen, auf die Propositionen Österreichs einzugehen, habe Graf Blome[1]) ihm zugeredet, er solle doch nur vorläufig Lauenburg annehmen; dies sei nur der erste Schritt, und die Welt gewöhne sich dann allmählig an den Gedanken, daß auch die schleswig-holsteinische Frage durch eine Geldentschädigung an Österreich gelöst werde. Diese Sprache des österreichischen Unterhändlers, versichert Bismarck, sei für ihn das Motiv gewesen, auf die Gasteiner Convention einzugehen, sonst würde er schon damals es zum Bruch getrieben haben. — Dagegen versichert Karolyi, der österreichische Unterhändler habe keine solche Versprechungen gemacht, und meint, die Welt werde nun wohl bald einsehen, daß Österreich mit der Gasteiner Convention kein so schlechtes Geschäft gemacht habe, wie man anfangs glaubte.

Die Verhandlung zwischen Preußen und Dänemark wegen der Post in Hamburg ist trotz des österreichischen Protestes fortgeführt und jetzt so weit gediehen, daß ein Vertragsentwurf fertig vorliegt, aber noch nicht unterschrieben und paraphirt ist. Die Hauptbestimmungen sind folgende: Dänemark erhält von

---

[1]) Graf Adolf v. Blome-Salzau, Österreichs Gesandter in München. s. über ihn Jansen-Sammer S. 504

Preußen 300000 Thaler baar und in einer Zahlung; dafür verkauft es an Preußen sein angebliches Recht auf Beförderung der Post von Hamburg nach Dänemark und Schweden. Die Postbeförderung nach den Herzogthümern wird in dem Vertrage nicht erwähnt. Das Haus in Hamburg wünscht Preußen nicht zu erwerben, weil es selbst dort ein Haus besitzt, und die obige Summe ist also ausschließlich für das angebliche Postrecht. Der Fachmann, der von preußischer Seite unterhandelt, Philippsborn [1]), hat bei der ganzen Sache die größten Bedenken, hat wiederholt remonstrirt und handelt nur nach ausdrücklichen Befehlen aus dem Bismarckschen Cabinet, wo man die Sache natürlich mehr aus dem politischen als aus dem postalischen Interesse beurtheilt. Es fragt sich, ob man trotz des österreichischen und hamburgischen Widerspruchs abschließen wird. Wie ich höre, sucht man von Hamburgischer Seite darauf hinzuwirken, daß Österreich in Kopenhagen mit der Nichtratifikation der Abmachungen der Liquidationskommmission drohe, falls Dänemark über das angebliche Postrecht einen einseitigen Vertrag mit Preußen schließe.

Im Abgeordnetenhause wird die Marinevorlage vielleicht schneller und kürzer erledigt werden als erwartet wurde. Die betreffende Commission hat heute eine Sitzung. Virchow, der bekanntlich Referent ist, sagte mir vor einigen Tagen, er wolle vorschlagen, daß nicht schriftlich, sondern nur mündlich Bericht erstattet werde. Die Regierung habe gar keine neuen Gründe vorgebracht, alle Gründe gegen ihre vorjährige Vorlage seien noch in Kraft, die Sache sei so einfach und die Ablehnung so selbstverständlich, daß ein kurzer mündlicher Bericht genügen werde. Wenn diese Ansicht, wie wohl möglich ist, in der Commission Beifall findet, so kann die Verhandlung im Plenum schon sehr bald stattfinden. Die Ablehnung der geforderten Anleihe ist unter allen Umständen unzweifelhaft. Wenn das abgekürzte mündliche Verfahren beliebt wird, so wird das Haus sich wahrscheinlich darauf beschränken, die Forderung der Regierung mit einem einfachen Nein zu beantworten. Die politische Seite der schleswig-holsteinischen Frage wird dann wahrscheinlich bei dieser

[1]) General-Post-Direktor.

Gelegenheit nicht berührt werden, wenigstens nicht in einer Resolution Ausdruck finden. Aber wie es scheint, ist man nicht abgeneigt, die schleswig-holsteinische Frage in einem besonderen Antrag zur Sprache zu bringen. Ich habe darüber bereits mit mehreren der einflußreichsten Abgeordneten gesprochen, und die Sache ist vorläufig in Fluß gebracht. In diesen Tagen wird darüber bei Löwe eine private Vorbesprechung stattfinden. Ich suche darauf hinzuwirken, daß der Hauptaccent auf die Selbstbestimmung des Landes und also auf die Berufung der Stände gelegt werde, und ich halte es wohl für möglich, daß ein darauf gerichteter Antrag die Majorität des Hauses erhalte. Dies scheint mir die Hauptsache. Wenn außerdem noch etwas zu erreichen ist, so ist es vielleicht eine Erklärung gegen die Personalunion, die als eine Ausgeburt des Junkerthums sehr verdächtig und verhaßt ist; trotz der Thorheiten, welche gerade über diesen Punct die Volkszeitung vorbringt. Jedenfalls wird in der Debatte die Personalunion stark bekämpft werden, auch wenn es nicht gelingen sollte, eine sie verurtheilende Resolution durchzubringen. — Überhaupt finde ich die Stimmung im Hause merklich besser als im vorigen Jahre. Der täglich schroffer werdende innere Conflikt kommt uns sehr zu statten. Mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß ein Erfolg Bismarcks nach außen nicht dem Staat, sondern nur dem System zu Gute kommen würde, und daß es also vielmehr im Interesse des Staates liegt, auch die auswärtige Politik der Regierung zu bekämpfen. Der Beschluß des Obertribunals hat nun vollends dem Faß den Boden ausgeschlagen und hat zwischen der Regierung und allen Liberalen, auch den gemäßigsten, eine unübersteigliche Kluft gezogen. Es ist kaum zu sagen, wie stark und allgemein die Verurtheilung dieses Schrittes ist. Unter den Obertribunalräthen, die für den bekannten Beschluß gestimmt haben, ist Heffter wohl der Einzige, der eine gewisse Reputation zu verlieren hat, und dieser soll in Gefahr stehen verrückt zu werden, weil er die allgemeine Verachtung, der er begegnet, nicht ertragen kann.

Aus Gotha höre ich von Frau von Holtzendorff, daß Samwer dort heute oder morgen erwartet wird.

Mit bestem Gruß Ihr ergebener Lorentzen.

216. Lorentzen an Professor Hänel. 1866, 17. Februar, Berlin. Preßangriffe auf Geffcken. Adresse aus Itzehoe ist ihm wenig angenehm. Einwirken auf Schlichting und Neergaard. Anfrage, wer Strathmann sei. Schreiben der holsteinischen Ritterschaft an Bismarck.

Lieber Herr Professor.

Sie werden in den Zeitungen den Angriff der ministeriellen Blätter auf Dr. Geffcken und dessen Antwordt bemerkt haben. Es mußte unter den obwaltenden Umständen für Geffcken sehr wichtig sein, daß nun nicht dennoch Adressen aus den Herzogthümern an ihn kommen. Um so unangenehmer war er überrascht, heute eine Adresse aus Itzehoe zu erhalten. Dieselbe bezieht sich auf Beschlüsse der schleswig-holsteinischen Vereine von Itzehoe und Umgegend und ist nur mit dem einen Namen „H. J. Strathmann“ [1]) unterzeichnet. Mir ist dieser Herr nicht bekannt. Geffcken wird die Adresse noch mit heutiger Post an Herrn Strathmann zurücksenden und gleichzeitig sowohl die Adresse als auch seine ablehnenden Schreiben in der Kreuzzeitung und in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichen. Sie werden beide Schriftstücke in diesen Blättern finden. Die Adresse bezieht sich nur auf Geffcken's Rücktritt als oldenburgischer Gesandter und ist also ihrem Inhalte nach nicht unangenehm. Allein schon die bloße Thatsache einer solchen Adresse, ganz abgesehen von ihrem Inhalt, ist unerwünscht. Die Gründe liegen auf der Hand. Ich habe heute über den ganzen Fall mit Geffcken gesprochen. Wir waren beide der Meinung, daß es sehr dringlich sei, dahin zu wirken, daß nicht weitere ähnliche Adressen nachfolgen. Ich meine, dies müsse sich durch Neergaard [2]) oder Schlichting [3]) leicht bewirken lassen. Ferner wäre es erwünscht, zu wissen, wer H. J. Strathmann ist, und ob die mit seinem Namen gezeichnete Adresse wirklich auf einem Beschluß von schleswig-holsteinischen Vereinen beruht, oder ob sie vielleicht nur eine Falle für Geffcken hat sein sollen.

---

[1]) Lehrer in Itzehoe. „ein ordentlicher Mann und eifriger Patriot.“ nach Steindorffs Brief vom 20. Februar.

[2]) Richard Neergaard, Advokat in Kiel.

[3]) M. Schlichting, Lehrer in Kiel.

Das Schreiben[1]) der holsteinischen Junker an Bismarck wird hoffentlich einen ähnlichen Rückschlag hervorrufen, wie seiner Zeit die 17er Adresse die 40er Erklärung veranlaßte.

Mit bestem Gruß Lorentzen.

217. Geffcken an Lorentzen. 1866, 20. Februar, Berlin. Böse Folgen der Adreßsache. Befehl an ihn aus Hamburg, sich von der augustenburgischen Partei fernzuhalten. Bitte, Sammer von diesem Befehl Mitteilung zu machen. Aufhören des Briefwechsels. Stockmar Mittelsperson.

Mit bestem Dank die Einlage zurück. Die Adreßsache hat doch die Unannehmlichkeit für mich gehabt, daß man mir von Hamburg geschrieben, man setze bestimmt voraus, daß ich keinerlei direkte Beziehungen zur Augustenburgischen Partei habe. Ich bitte Sie daher, mir nicht mehr zu schreiben und auch Sammer ein gleiches zu sagen; was wir einander wissen lassen wollen, kann ja durch Stockmars Hände gehen. Sie wissen, daß meine Gesinnungen dieselben bleiben, indeß muß ich dem Verlangen des Senates Rechnung tragen, und hoffentlich wird diese Reserve nur kurze Zeit dauern. Bitte, schreiben Sie an Sammer dies gleich auf sicherem Wege.

Der Ihrige Geffcken.

218. Steindorff an Lorentzen. 1866, 20. Februar, Kiel. Anliegend Bericht von Wydenbrugk über den preußisch-österreichischen Depeschenwechsel. Diskretion nötig. Bedauern über die Nennung Geffckens bei der Versammlung in Itzehoe. Stellung Strathmanns. Ankunft Sammers. Auszüge aus Briefen von Wien und Berlin. Hänels Gesundheit. Tod von Leonore Hegewisch.

Lieber Herr Doktor. Wydenbrugk hat uns die beifolgende[2]) Analyse des preußisch-österreichischen Depeschenwechsels geschickt. Es liegt derselben, wie Wydenbrugk schreibt, ein im größten Vertrauen erfolgtes sehr langsames Vorlesen der betreffenden Noten zu Grunde, wobei er einzelne Notizen machen und dann das Ganze nach dem Gedächtnis ergänzen konnte. Er hat die Analyse nur noch nach Karlsruhe mitgetheilt und bittet um die diskreteste Behandlung . . .

Wie Karolyi telegraphisch nach Wien gemeldet hat, nahm Bismarck die Österreichische Antwort sehr ruhig auf.

[1]) Abgedruckt bei Jansen-Sammer S. 557.

[2]) Liegt nicht bei.

Schlichting sowohl als Neergaard[1]) bedauern die bekannte Taktlosigkeit sehr; beide erklären, erst aus der Zeitung von dem Schreiben Strathmanns Kunde erhalten zu haben, sonst würden sie es unterdrückt haben. Neergaard war in der Versammlung zu Itzehoe am 28. v. Monats, wo Landschreiber Fischer-Benzon aus Krempe die Lobrede auf Geffcken hielt und den Antrag stellte, der Vorsitzende möge diesem die Anerkennung der Versammlung schriftlich ausdrücken, zugegen gewesen, hatte es aber, wie er selbst einräumt, vergessen, den Vorsitzenden aufzufordern, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Der vorliegende Ausschnitt[2]) aus den Itzehoer Nachrichten vom 30. vor. Monats giebt eine im Wesentlichen richtige Darstellung des Vorganges. Der Herr Strathmann ist Lehrer in Itzehoe, ein ordentlicher Mann und eifriger Patriot. Geffcken hat natürlich Weiteres nicht zu befürchten.

Sammer ist heute Morgen eingetroffen. Gleichzeitig kam ein Brief von Ihnen an, der ihm sogleich zugestellt worden ist.

Der Vollständigkeit wegen schicke ich Ihnen noch die Auszüge eines Wiener Berichtes vom 8.[3]) und eines Berliner ohne

---

[1]) Als Mitglied des engeren Ausschusses der schlesw.-holst. Vereine.

[2]) Die in Frage kommende Stelle lautet: Herr v. Fischer-Benzon . . . kommt darnach, mit Hinweis auf die sprichwörtlich gewordene Holstentreue auf die Treue eines Nicht-Schleswig-Holsteiners, des Hamburger Gesandten in Berlin, Dr. Geffcken, der dem Großherzog von Oldenburg unter großen pecuniären Opfern im vorigen Jahre seine Dienste gekündigt habe, das Präsidium zu einer Dankesäußerung gegen Dr. Geffcken auffordernd.

[3]) Die betreffende Depesche, welche die preußischen Forderungen enthielt, soll am 2. d. M. daher eingetroffen sein und die sofortige Abreise des Grafen Mensdorff nach Pesth veranlaßt haben, nachdem durch Baron Biegeleben der Entwurf einer ablehnenden Antwort ausgearbeitet war, welcher der höchsten Genehmigung Sr. Maj. des Kaisers unterbreitet werden sollte. Das Resultat der ersten längeren Berathung in Pesth sei hierauf die telegraphische Weisung des Grafen Mensdorff an die Staatskanzlei gewesen, die von Baron Biegeleben ausgearbeitete Antwort unverändert an Graf Karolyi abgehen zu lassen. Durch ein nachfolgendes zweites Telegramm von Pesth wurde jedoch die Expedition der Depesche wieder sistirt und die Ertheilung einer Antwort nach Berlin bis zur Rückkehr des Grafen Mensdorff in suspenso gehalten. Dieselbe ist nun gestern früh erfolgt, und es wurde in Folge hiervon noch im Laufe des gestrigen Tages eine neuausgefertigte Depesche an Graf Karolyi expedirt, welche die preußischen

Datum, die uns Mohl kürzlich mitgetheilt hat. Beide kommen wohl über Karlsruhe.

In Hänels Befinden ist keine Änderung eingetreten: der Fieberzustand dauert fort.

Am Sonntag Vormittag ist Leonore Hegewisch ganz sanft entschlafen. Die Beerdigung findet am Donnerstag statt.

Ihr ergebenster Steindorff.

219. Steindorff an Lorentzen. 1866, 21. Februar, Kiel. Ankunft seines Briefs. Sammer wird antworten. Benningsen möchte das, was er erfährt, dem Herzog mitteilen. Nachricht aus Paris über die spätere Neutralität zwischen Frankreich und Österreich. Stellung des Herrn v. d. Goltz.

Lieber Herr Doktor. Ihr Brief vom gestrigen Datum[1]) ist angekommen.

Sammer wird Ihnen nächstens schreiben; für heut läßt er Sie durch mich bitten, dafür Sorge zu tragen, daß Benningsen, was er über den Stand der Dinge erfährt, an den Herzog gelangen lasse.

Aus Paris wird berichtet, daß nach Ansicht des österreichischen Gesandten Frankreich bei einem ausbrechenden Conflikte vorläufig eine Österreich günstige Neutralität beobachten, später aber, da der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein könne, offen auf Österreichs Seite treten werde. Drouyn de Lhuys glaube nicht, daß Bismarck losschlagen werde, da die Politik desselben sich täglich neue Verlegenheiten schaffe. Graf Goltz sei wenig beliebt, weil er mehrfach etwas hart aufgetreten sei, und es wäre keine Freundlichkeit, wenn die französischen Zeitungen von ihm erzählen, er sei zum Minister ausersehen.

Kiel, 21. Februar 1866. Ihr ergebenster Steindorff

220. Steindorff an Lorentzen. 1866, 23. Februar, Kiel. Unklarheit über die Bedeutung der Schließung des Landtages. Stimmung der

Forderungen zwar auch ablehnt, und sich im Wesentlichen an den ursprünglichen Entwurf Biegelebens anschließen soll, jedoch in der Form modificirt und äußerst rücksichtsvoll gehalten sein soll, sodaß jeder Vorwand, als ob österreichischer Seits die Sache brüsquirt und zum Bruche hingetrieben worden sei, beseitigt werde.

[1]) Nicht bekannt.

Österreicher in Kiel. Erbitterung gegen die Achtzehner. Antrag des Statthalters auf Einberufung von Notablen. Gegenströmungen. Sammer muß sich wieder orientieren. Hänel noch krank.

Lieber Herr Doktor. Sammer läßt Sie bitten, es zu machen wie Karolyi, d. h. Augen und Ohren offen zu machen aber mit besserem Erfolg als dieser; namentlich wäre es ihm erwünscht, zu erfahren, welche Bedeutung Sie und die anderen Freunde der Schließung des Landtages für die auswärtige Politik Bismarcks beilegen. Hier ist man gänzlich im Dunkeln über das, was er nunmehr vornehmen wird.

Die hiesigen Österreicher sind persönlich tief verletzt durch die Achtzehner[1]), tragen aber Bedenken, eine verantwortliche Vernehmung derselben durch das Ober-Gericht zu veranlassen. Vom politischen Standpunkt beklagen sie es aber nicht, daß jene Herren sich ins Unrecht gesetzt haben. Zunächst sind fünf derselben, die sich bereits auf der Liste der einzuberufenden Notablen befanden, gestrichen worden. Leider wird dieses Projekt jetzt mit Eifer betrieben. Der Statthalter hat den Antrag auf Einberufung von fünfzehn Notablen im Laufe des Sommers zu vorbereitenden Arbeiten für das Büdget nach Wien geschickt und erwartet im Anfang der nächsten Woche Antwort. Wir hoffen, daß man in Wien die Gefährlichkeit des Experimentes wegen der wahrscheinlichen Rückwirkung des Beispiels auf Herrn von Manteuffel erkennen und dasselbe fallen lassen wird. Die nicht ritterschaftlichen Großgrundbesitzer und das Comité der bekannten Umschlagserklärung[2]) werden sich rühren, und im wesentlichen wird man erklären, daß man auf dem alten Standpunkt stehe.

Daß Sammer noch nicht geschrieben, hat seinen Grund dahin, daß er sich hier erst etwas orientiren muß.

In Hänels Befinden ist Besserung eingetreten, doch wird seine völlige Genesung noch etwas auf sich warten lassen.

Hoffentlich steht bei Ihnen alles gut.

Ihr ergebenster Steindorff.

---

[1]) Scheel-Plessen und 18 adelige Herren. Die Namen bei Jansen-Sammer S. 557.

[2]) Jansen-Sammer S. 556. 557.

221. Lorentzen an Sammer. 1866, 10. März, Berlin. Unterredung mit Keudell. Die Verhandlung mit Löwenberger. Klarlegung der preußischen Politik durch Keudell. Vermeidung des Krieges mit Österreich nur durch Verzicht des Herzogs möglich. Die Stellung des Herzogs zum Lande. Keudell will Bismarck Mitteilung über das Gespräch machen.

Nach mehreren vergeblichen Versuchen habe ich heute Herrn v. Keudell getroffen und habe mit ihm eine lange Unterredung gehabt, über die ich mir vorbehalten muß, morgen ausführlicher zu berichten. Heute habe ich nur noch Zeit, das Wichtigste zu berühren.

Keudell empfing mich mit vieler Liebenswürdigkeit als alten Bekannten von Rom her. Nach einigen gegenseitigen Bemerkungen über alte Reminiscenzen kam ich auf die Affaire Löwenberger[1]) zu sprechen. Keudell war vollständig unterrichtet; Löwenberger hatte die schriftliche Antwort Francke's vorgelegt. Ich sagte, ich sei sonst ermächtigt, ihm dieselbe mitzutheilen, aber dies sei dann ja überflüssig, wir hätten außerdem besorgt, daß Löwenberger über seine erste Unterredung mit Francke nicht genau berichtet habe, und daß man deshalb durch seine schriftliche Antwort, vielleicht sich überrascht gefühlt habe. Hierauf sagte mir Keudell, Francke's Verhalten sei ganz correkt gewesen; er habe es nicht anders erwartet, obgleich er es bedauere. Überrascht habe ihn nur, aus dem Schreiben zu ersehen, daß Löwenberger das erste Mal hinausgeworfen sei. Ich motivierte dies damit, daß er Francke beleidigende Zumuthungen gemacht habe. Keudell machte dagegen keine Einwendungen, sprach überhaupt von Löwenberger ziemlich wegwerfend, und da wir dieses Thema bald erledigt hatten, so bemerkte ich, daß mein eigentlicher Auftrag hiermit erfüllt sei. — Wir kamen nun aber auf ganz ungezwungene Weise in ein allgemeineres Gespräch. Keudell meinte gleich zu Anfang, wir könnten als alte Bekannte uns ja ganz frei aussprechen; es verstehe sich, daß jeder nur seine persönliche Meinung sage. Ich beschränke mich heut auf das Wichtigste aus seinen Äußerungen: daß Preußen noch auf

[1]) Stadtältester aus Lauban. s. Jansen-Sammer S. 565 und Gebauer S. 164. 165.

Verhandlungen auf der Grundlage, wie der Herzog sie wünsche, eingehe, halte er für ganz unmöglich. Dem Herzog gehe es wie mit den sibyllinischen Büchern. Preußen könne jetzt doch nicht mehr zurück; das müßte jedes Kind sehen. Auch wenn der König heute stürbe, und der Kronprinz zur Regierung käme, werde es ihm nicht möglich sein, auf ein Verhältniß einzugehen, wie wir es wünschen. Wenn Preußen es auf einen großen Krieg mit Österreich ankommen lasse, so werde es auch wohl über die Rechte — oder vielmehr die Ansprüche — des Herzogs hinweggehen. Und der Krieg sei unvermeidlich, wenn Österreich nicht nachgebe. Nicht Bismarck sei es, der dränge, sondern der König; Bismarck halte vielmehr zurück. Der Krieg sei vielleicht noch dadurch zu vermeiden, daß der Herzog verzichte; dann verliere Österreich den Halt; und darum habe der Verzicht des Herzogs jetzt noch einen Werth für Preußen; nach einigen Monaten vielleicht nicht mehr, wenn erst Blut geflossen sei, und die Kanonen gesprochen hätten. Und warum könne der Herzog nicht verzichten? Es sei doch nicht gegen die fürstliche Ehre. Auch die Hohenzollern hätten verzichtet. Ich antwortete, die Hohenzollern hätten auf ein Recht verzichtet, in dessen unbestrittenem Besitz sie waren, dem Herzoge muthe man zu, auf ein Recht zu verzichten, welches man ihm gleichzeitig bestreite; bei den Hohenzollern war es ein freiwilliges, beim Herzog würde es ein gezwungenes Opfer sein. Wir kamen nun auf eine längere Erörterung der Rechtsfrage, die ich hier übergehen kann. Dann kam Keudell wiederum auf das Wünschenswerthe eines Verzichtes zurück. Ich sagte darauf, das Land habe sich dem Herzog verpflichtet, aber auch der Herzog dem Lande, und wie das Land sich gebunden fühle, so fühle sich auch der Herzog gebunden. Wenn man ihm zumuthe, das Land von seinen Versprechungen und Eiden zu entbinden, so müsse auch er gleichzeitig durch das Land entbunden werden. Keudell meinte, der Herzog könne sich auf vis major berufen, und daß deshalb seine Versprechungen an das Land unausführbar seien. Ich sagte, daß ich vis major nicht als vorhanden erkennen könne, und auch, wenn sie vorhanden wäre, könne der Herzog durch die Gewalt wohl zurückgedrängt, aber nicht zum Aufgeben seiner Rechte gezwungen

werden. Aber von dem Votum der Landesvertretung könne er die weitere Verfolgung seines Rechts abhängig machen. Darauf meinte Keudell, die Landesvertretung sei selbst nicht frei, die Majorität habe sich an den Herzog gebunden; darauf könne es Preußen nicht ankommen lassen; oder ob ich meine, daß der Herzog die Ständemitglieder, die ihm gehuldigt, wenn die Versammlung berufen würde, für diese Entscheidung von ihrem Eide entbinden würde, so daß sie sich frei nach dem Interesse des Landes entscheiden könnten. Ich erwiderte, daß nach meiner persönlichen Überzeugung dies nicht unmöglich sei. Dieser Gedanke schien ihn aufangs sehr zu interessiren, später aber meinte er wieder, auch dazu sei es jetzt zu spät; die Dinge würden sich rascher entwickeln, als daß so etwas noch ausführbar sei; in wenigen Wochen könnten wir den Krieg haben.

Schließlich fragte mich Keudell, ob ich etwas dagegen habe, daß er von unserer Unterredung dem Grafen Bismarck Mittheilung mache. Ich antwortete, daß ich keinen andern Auftrag gehabt habe, als ihm die Mittheilung über Löwenberger zu machen, alles andere sei persönlicher Meinungsaustausch zwischen alten Bekannten; aber er wisse, daß ich dem Herzog sehr nahe stehe und dessen Ansichten kenne, und in diesem Sinne könne er dem Grafen Bismarck gern über unser Gespräch erzählen.

Beim Abschied fragte er mich nach meiner Wohnung, und ob ich noch einige Zeit hier bleibe.

Der Ton der Unterhaltung blieb trotz der großen sachlichen Gegensätze durchaus freundlich.

Morgen werde ich noch manches nachtragen.

Lorentzen.

222. Lorentzen an Samwer. 1866, 11. März, Berlin. Nachträge zum Gespräch mit Keudell. Der Löwenbergersche Vermittlungsversuch. Für Unterhandlungen ist es jetzt zu spät. Die Verzichtleistung des Herzogs. Die einfache Annahme der Februarbedingungen wäre nötig gewesen. Nichteingehen auf das Gutachten der Kronsyndici. Das Recht des Herzogs. Der Ernst der Lage. Keudell stellt seinen Besuch bei Lorentzen in Aussicht. Österreich scheint fest bleiben zu wollen. Die Politik Frankreichs. Baldige neue Note nach Wien.

Über mein gestriges Gespräch mit Herrn von Keudell habe ich das Wesentliche bereits gestern berichtet. Ich kann heute nur einiges nachtragen. Über die Löwenberger'sche Affaire kamen wir schnell und leicht hinweg. Da Löwenberger die schriftliche Antwort Francke's hier vorgelegt hat, so war dieser Theil meines Auftrags damit erledigt. Ich bemerkte nur noch, wir hätten befürchtet, Löwenberger möge über sein erstes Gespräch mit Francke ungenau berichtet haben. Es ergab sich nun, daß Löwenberger die Sache allerdings so dargestellt hat, als ob Francke hauptsächlich nur daran Anstoß genommen habe, daß Löwenberger nicht legitimirt sei. An einem solchen Blatt Papier habe doch die Sache nicht scheitern dürfen; also sei ihm die Vollmacht gegeben. Aber er (Keudell) habe von Anfang an keinen Erfolg davon erwartet, und die Antwort Franckes habe ihn nicht überrascht; nur das Hinauswerfen habe er nicht erwartet. Nachdem ich dies Verfahren Francke's in der Kürze motivirt hatte, meinte Keudell „darauf kommt nichts an; so ein Jude denkt, er könne ein gutes Geschäft machen, wird er dabei herausgeworfen, so tröstet er sich damit, daß es vielleicht anderswo besser geht." Hiermit war dieses Thema erledigt.

Das ganze folgende Gespräch hatte den Charakter einer leichten Conversation, eines privaten Meinungsaustausches zwischen alten Bekannten. Keudell selbst leitete das Gespräch damit ein, daß wir als alte Bekannte ja frei mit einander sprechen könnten, die Unterhaltung sprang daher vielfach hin und her, und wir kamen auf die verschiedensten Seiten der Frage zu sprechen. Es ist daher schwer, den Gang des Gespräches genau zu reproduciren. Um so einfacher ist der Gedankengang Keudell's. Ich suchte darauf hinzulenken, daß der Ausgleich mit Österreich nicht hoffnungslos sei, wenn Preußen sich nur auf Unterhandlungen über die Modalitäten der Constituirung einlassen wolle, und daß der Herzog bereit sein werde, einen solchen Ausgleich für Preußen möglichst zu erleichtern. Hierauf antwortete mir Keudell sofort, es sei unmöglich, daß Preußen sich jetzt noch auf solche Unterhandlungen einlaße; es habe sich zu sehr engagirt, es könne nicht mehr zurück und müßte das Ziel der Annexion erreichen. Auf meine Einwendung, daß Preußen sich doch nicht in officiellen

Aktenstücken für die Annexion und gegen den Herzog engagirt habe, verwies Keudell auf die jüngst veröffentlichte Antwort[1]) Bismarcks an den Grafen Reventlow-Altenhoff, die doch deutlich genug sei. Er fuhr fort, Preußen werde selbst den Krieg mit Österreich nicht scheuen, und die Entwicklung der Krisis werde sehr rasch vor sich gehen; der König dränge noch mehr als Bismarck, der vielmehr zurückhalte; aber der Krieg könne vielleicht noch vermieden werden, wenn der Herzog jetzt gegen Entschädigung verzichte; dann verliere Österreich die Basis seines Widerstandes. Preußen scheue den Krieg nicht, und wenn es denselben mit raschen glücklichen Schlägen zu Ende führe, so sei es ein Glück für Deutschland; aber es sei doch möglich, daß der Krieg sich in die Länge ziehe, und daß dann doch Napoleon das Heft in die Hände bekomme; deshalb habe ein Verzicht des Herzogs für Preußen jetzt noch einen Werth, nach einigen Monaten wahrscheinlich nicht mehr; der Herzog solle sich hüten, daß es ihm nicht gehe, wie mit den sibyllinischen Büchern. Seine Ansprüche würden immer weniger werth. Bis Gastein sei noch auf Grund der Februarforderungen ein Abkommen möglich gewesen. Die Antwort, die ich im August vorigen Jahres an Pfordten nach München gebracht habe, sei ein großer Fehler gewesen. Hätte der Herzog (Keudell sagte gewöhnlich der „Fürst", zuweilen auch der „Herzog") damals die Februarforderungen einfach acceptirt und dem König eine kleine Entschuldigung wegen Anmaßung von Souveränitätsrechten geleistet, so wäre er schon damals eingesetzt. Ich erwiderte, ob er denn wisse, daß Österreich damals die Februarforderungen zugegeben haben würde, und ob er wirklich glaube, daß auf solcher Basis ein lebensfähiger Staat gegründet werden könne, ob nicht vielmehr auf solcher Grundlage nur ein Scheinstaat entstehen werde, der in unaufhörlichem Ringen entweder verschlungen werden, oder sich die Selbstständigkeit wiedergewinnen müße. Er gab dies zu, aber meinte, bei dem vom Herzog in der Instruktion an Ahlefeld vorgeschlagenen Verhältniß werde es nicht anders sein, nur daß die Herzogthümer etwas mehr Widerstandskraft haben, und das

---

[1]) Vom 2. März s. Jansen-Sammer S. 564.

Ringen also etwas länger dauern würde. — Bei einer Wendung sprach er von den „Rechten" des Herzogs, korrigirte sich dann aber selbst und meinte, es könne nur von „Ansprüchen" die Rede sein; denn das Kronsyndikatsgutachten sei doch maßgebend. Als ich nun auf das Kronsyndikatsgutachten eingehen wollte, sagte er mir: „Ich gehöre zu den wenigen Leuten, welche sich aus Grundsatz mit der Rechtsfrage nie beschäftigt haben, denn ich habe von Anfang an geglaubt, daß darauf nicht viel ankommt; ich habe deshalb auch das Kronsyndikatsgutachten nicht gelesen. Worauf beruht denn überhaupt das Recht des Herzogs?" Ich sagte, auf demselben Grunde, auf dem überhaupt alles fürstliche Recht in Deutschland beruht, auf agnatischer Abstammung vom ersten Erwerber. Er meinte, das seien Gründe aus der Reichsverfassung und dem Lehnsrecht; auf solche Dinge müsse sich Preußen gar nicht einlaßen; wo ein Thron erledigt sei in Deutschland, müßten die Preußen einrücken und abwarten, wer sie wieder hinaustreiben wolle. Ich sagte, nach dieser Theorie sei es allerdings überflüssig, vom Recht zu sprechen; danach komme es nur noch auf Macht an. Er sagte: „Ja, der Junge ist ausgewachsen, und die Jacke ist ihm zu eng geworden. Überhaupt sind Recht und Politik nicht kongruent." Ich meinte, die Aufgabe des Staatsmannes sei es eben, Wege ausfindig zu machen, auf denen die Forderungen der Politik mit denen des Rechtes in Einklang zu bringen seien. Er meinte, das sei nicht immer möglich, und dann müßten die Interessen entscheiden. — Was wir über die Berufung der Stände und über die Möglichkeit, daß der Herzog diesen die Freiheit der Entscheidung durch Entbindung von ihren Versprechungen wiedergebe, gesprochen haben, habe ich gestern schon vollständig berichtet.

Der allgemein Eindruck, den ich aus dem Gespräch habe, ist der, daß Keudell daran gelegen war, mir den Ernst der Situation aus dem festen Entschluß Preußens, eventuell es auf einen Krieg ankommen zu lassen, mit möglichst starken Farben zu schildern, daß er aber auch gleichzeitig nicht verhehlen wollte, wie sehr Preußen gerade jetzt einen Verzicht des Herzogs wünsche.

Auf seine schließliche Frage, ob ich noch etwas hier bleibe, antwortete ich, ich wolle einen Jungen taufen laßen und hätte

mich deshalb auf einige Zeit in Kiel frei gemacht. Ich erwarte nun, daß Keudell mich nächstens besuchen wird; vielleicht wird es ein bloßer Privatbesuch sein, vielleicht auch entspinnen sich daraus weitere Anknüpfungen. Jedenfalls scheint mir, daß ich dieses hier werde abwarten müssen.

Von Geffcken höre ich, daß Österreich fortfährt, in der entschiedensten Form sich dahin zu erklären, daß es nicht zurückweichen werde. Auch an Metternich und Apponyi ist von Wien aus eine Depesche ergangen, in welcher dieser Entschluß auf's bestimmteste ausgesprochen wird. Apponyi hat diese Depesche Lord Clarendon vorgelesen, und so ist eine Kenntniß davon an Lord Loftus gekommen. Wie man nun hier weiter vorgehen wird, ist noch ganz im Dunkeln. Anfangs nach dem Conseil vom 28.[1]) vorigen Monats hieß es, man wolle erst durch Goltz nochmals in Paris sondiren laßen. Jetzt soll von diesem eine Depesche eingegangen sein, die im Allgemeinen eine neutralité amicale in Aussicht stellt. Man meint jetzt, daß demnächst eine Note nach Wien abgehen wird, welche die Entfernung des Herzogs und die Eröffnung von Verhandlungen über ein Definitivum auf Basis der Annexion mit Geldentschädigung an Österreich verlangt. Was dann auf die voraussichtliche Ablehnung erfolgen wird, darüber gibt es nur Vermutungen.

Lorentzen.

223. Lorentzen an Samwer. 1866, 14. März, Berlin. Die Vereinigung der Mittelstaaten. Stellung zu Hannover und Hessen-Kassel. Taktlosigkeit in der Presse gegen den Kronprinzen. Lorentzens eventuelle Reisen nach Dresden und München.

Lieber Samwer. Geffcken, den ich gestern Abend sprach, wollte wissen, die Mittelstaaten haben sich nunmehr über ein gemeinsames Verhalten geeinigt und zwar sollen Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau gemeinschaftlich in Wien erklärt[2]) haben, sie würden sich vorläufig bei dem Streit zwischen Österreich und Preußen ganz ruhig verhalten, sobald aber Österreich sich an die Bundesdirektion wenden und

[1]) s. Jansen-Samwer S. 577.

[2]) Über diese Verhandlungen s. Jansen-Samwer S. 582.

mit Beziehung auf § 11 des Bundesstatuts ihren Beistand in Anspruch nehmen sollte, so würden sie mit vereinten Kräften Österreich beistehen. Hannover, dem man nicht traute, hat man gar nicht um seine Zustimmung befragt, dagegen scheint es, daß man einen Versuch gemacht hat, Hessen-Cassel mit heranzuziehen, und daß dieses gegen Preußen geplaudert hat. Wenigstens scheint man in Berlin etwas erfahren zu haben.

Unsere Freunde sind sehr allarmirt wegen einer sehr taktlosen Notiz über den Kronprinzen, die in der schleswig-holsteinischen Zeitung steht, noch dazu durch fetten Druck ausgezeichnet. Ich höre, daß der Kronprinz das Blatt selbst an den König geben will, damit er es nicht von anderer Seite erhält. Ich habe das Blatt selbst nicht gesehen, aber ich halte es wohl für möglich, daß dies von Freese herrührt, welcher, zuweilen im Stande ist, durch blinden Eifer zu schaden. Allein es ist doch wichtig, daß des Kronprinzen Stellung geschont werde, und ich würde deshalb rathen, sowohl Freese, dessen Adresse Neergaard weiß, als auch die Leute von der schleswig-holsteinischen Zeitung avertiren zu lassen. Wir laufen sonst Gefahr, daß selbst des Kronprinzen Freunde kopfscheu werden. Auch Gruner war gestern über dieselbe Notiz ganz aufgeregt, weil darin einer seiner Freunde recht taktlos erwähnt ist.

Mir ist nicht klar, was ich jetzt in Dresden soll. Ich fürchte, ich könnte Beust, der ja wohl auf dem rechten Wege ist, jetzt recht ungelegen kommen. Etwas anders ist es mit v. d. Pfordten, der wohl einer kleinen Aufmunterung bedürfen mag.

Die Artikel der neuen Allgemeinen Zeitung über die deutsche Frage sollen wohl nur die Aufmerksamkeit von der brennenden Frage etwas ablenken, und die wirklichen Absichten maskiren. Was aber wirklich beabsichtigt wird, bleibt noch immer völlig im Dunkeln. Lorentzen.

224. Sammer an Lorentzen. 1866, 16. März. Kiel. Die Löwenbergersche Sache und Geffcken. Die Zeitungsnotiz über den Kronprinzen. Die Zwecke der Unterredung mit Keudell. Geffckens Meinung über die Mittelstaaten. Bund gegen Preußen. Reise Wydenbrugks nach München und Lorentzens nach Dresden überflüssig geworden. Verbindung des Prinzen Noer mit dem König und Bismarck. Nochmals die Notiz über den Kronprinzen.

Lieber Lorentzen. Aus der Beilage[1]) siehst Du, daß Geffcken sofort nach Deiner Mittheilung hingegangen ist und sie Karolyi mitgetheilt hat. In der Befürchtung, daß er der Versuchung nicht widerstehen könne, hatte ich gewünscht, daß er von der Löwenbergerschen Sache nichts erfahre, während Stockmar sehr gerne darum wissen konnte, weil er streng diskret ist. Ich bitte aber jetzt die Sache nicht noch schlimmer dadurch zu machen, daß Du Geffcken unsere Nachricht über Karolyis Bericht mittheilst. Es bleibt in diesem Falle nichts übrig, als sie ruhig gehen zu lassen und sich bei wirklich ernsten Sachen in Acht zu nehmen.

Die Sache mit dem Kronprinzen[2]) in der schleswig-holsteinischen Zeitung ist sehr schlimm, aber da sich der Correspondent

[1]) Abschrift eines Berichtes Wydenbrugks vom 12. März über die Abfertigung des Löwenbergerschen Antrages und das Einverständnis Österreichs mit dem eingeschlagenen Wege.

[2]) Es handelt sich um einen Originalbericht vom 9. März aus Berlin. Vor dem Ministerrath schrieb die Norddeutsche Allgemeine, es komme jetzt lediglich darauf an, sich mit Österreich, das man allerdings zur Expropriation von Holstein gebraucht habe, „auseinanderzusetzen" und jetzt nach dem Ministerrath schwärmt die Provinzial-Correspondenz über „tiefere Gemeinsamkeit" der Interessen Preußens und Österreichs. Vorher wurde das Volk aufgerufen, für Preußen gegen Österreich „ohne Wimperzucken" einzustehen, und jetzt nachher wird Österreich für die Politik der „conservativen Interessen" also für die Regierung gegen das Volk zu begeistern versucht. Es scheint doch, die Politik des alten Gerlach — Preußen Österreich Hand in Hand, Deutschland sonst aus Rand und Band — hat, vertreten durch Manteuffel, die Politik Bismarck-Roon wenigstens vorläufig zum Stehen gebracht. Ob ein Stehenbleiben ein Anlauf, ein Rücklauf, ein Rückgang ist, mag der unbefangene Beobachter, welcher ja auch für die „Provinzial-Correspondenz" Autorität ist, entscheiden. Vielleicht, daß die Kraftproduktionen der Staatsmänner Bismarck und Roon eine Zeitlang durch Anstrengungen im Ressort der sog. „kleinen Minister" abgelöst werden. Doch auch hier sind wir an der Grenze des Erreichbaren nahezu angelangt, zwischen den Wünschen der Feudalpartei und der Ocktroyirung eines Wahlgesetzes förmlicher Aufhebung der Verfassung oder sonstiger Überraschungen stehen zur Zeit noch die Gewissensskrupel des Königs und außerdem die bestimmten (noch jüngst dem Abgeordneten Sauken-Julienfelde wiederholte) Erklärung des Kronprinzen, in diesem Falle unter öffentlicher Protesterhebung nach England abreisen zu wollen. Den letzteren Schritt hat auch die Kronprinzessin in der rückhaltlosesten Weise als im Interesse ihrer Kinder liegend in

auf Sauken-Julienfelde beruft, so geht sie doch uns wahrlich nichts an. Ich habe darüber an Stockmar beiliegenden Brief geschrieben. Verfasser ist wahrscheinlich Freese, den ich schon längst auf die Gefährlichkeit solches Hineinziehens des Kronprinzen aufmerksam gemacht habe.

Was die Unterredung mit Keudell betrifft, so ist die Absicht bei dem ganzen Schritte abgesehen von Löwenberger gewesen 1. daß von uns ein letzter Versuch gemacht werde, die Geneigtheit zu constatiren, einen Ausgleich zu erleichtern 2. zu sehen, ob vielleicht ein solcher herbeigeführt werden könne. Letzteres erschien uns allen ziemlich hoffnungslos.

Es kommt uns nun weniger darauf an, was Keudell über die Sachlage denkt, wie interressant es auch an sich ist, sondern darauf, daß jene Bereitwilligkeit (namentlich Reise des Herzogs zum Könige, Entlassung der Rathgeber, Verhandlung auf der früheren Grundlage) auch wirklich ausgesprochen seien. Deine Berichte äußern sich aber darüber nicht, ebenso wenig darüber, ob Du Keudell das über die persönliche Ansicht des Herzogs von Bismarck gesagt hast. Es sind das wirklich nicht advokatische Argumente, und wenn sie es sind, und Du sie als Instruktion ohne Einwendung hinnimmst, so müssen sie doch auch, wenn es sachlich möglich ist, ausgeführt werden. Das uns aber Wesentliche ist zu wissen, ob die in Paranthese stehenden Punkte von Dir vorgebracht sind, und sehen wir darüber noch einer Nachricht entgegen. Was Geffcken über die Mittelstaaten sagt, ist der Tendenz nach richtig. Das Correktiv enthalten die Beilagen[1]). Es scheint so, als ob eine dentsche Coalition gegen Preußen auf diesem Wege in der Bildung begriffen ist, und es ist wenigstens möglich, daß der Friede dadurch erhalten wird. Die beabsichtigte Reise Wydenbrugks nach München sowie Deine nach Dresden ist durch jene Nachrichten

---

Aussicht gestellt! Ich erwähne dieses als durchaus zuverlässig und beachtenswerth, obwohl ich im übrigen der Meinung bin, daß ein Volk seine Zukunft nicht auf kronprinzlichen Liberalismus, sondern auf eigene Thatkraft stellen soll. In dieser Beziehung wird jetzt jedem Gelegenheit geboten zu zeigen, was seine Gesinnungstüchtigkeit werth ist.

[1]) In demselben Briefe spricht Wydenbrugk von dem bayerischen Rundschreiben und der Entgegnung Österreichs.

überflüssig. Deine sollte nur Aufklärung über die Absichten verschaffen, indeß das scheint mir jetzt erreicht.

Hierbei noch ein Nachtrag zu Nör[1]). Dabei aber eine Notiz, über welche wir gern Klarheit haben möchten, die aber mit großer Diskretion behandelt werden muß, nicht bloß in Bezug auf Geffcken, sondern überhaupt.

Der Prinz hatte die Absicht, an den König von Preußen zu schreiben. Er bat mich, den Brief zu entwerfen — Beschwerde über die Militärbehörden. Als ich ihn gestern verließ, war er mit dem Entwurf sehr zufrieden und wollte ihn heute abschicken[2]).

Nun höre ich hier, daß der Prinz gestern einen Brief an Bismarck geschrieben hat, von dem er mir nichts gesagt hat, und dessen Absendung er vor mir geheim gehalten wissen wollte. Hast Du eine Möglichkeit, darüber etwas zu erfahren, was der Brief enthielt[3])? Ich sehe nur die durch Keudell und vielleicht durch Stockmar.

An Stockmar kann ich nicht mehr schreiben. Setze ihm doch auseinander, daß es nicht ohne Schwierigkeit für uns ist, Leuten wie May unser großes Interesse daran zu zeigen, daß dem Kronprinzen nicht Dinge zugeschrieben werden, welche diese Leute für ebenso lobenswerth als richtig halten. Der Artikel liegt bei. Ich bezweifle sehr, daß der Kronprinz Sauken das gesagt hat, und meine, daß Sauken berichtigen könnte. Aber durch die Angabe der Quelle sind wir wirklich hors de combat.

Kiel, 16. März 1866. Dein Samwer.

225. Lorentzen an Samwer. 1866, 17. März, Berlin. Ein englischer Vermittlungsversuch. Die Mitteilung Karolyis über die Löwenberger'sche Frage nach Wien. Die Zeitungsnotiz über den Kronprinzen. Das

---

[1]) Gemeint sind die Vorgänge bei der Beisetzung des Prinzen Friedrich von Noer s. Jansen-Samwer S. 571 ff.

[2]) Abgedruckt bei Jansen-Samwer S. 573.

[3]) Am nächsten Tage klärte der Prinz Samwer darüber auf. Der Prinz hatte einen Brief an General Manteuffel geschrieben (Jansen-Samwer Beilage 58) und hat eine Abschrift davon an Bismarck geschickt. — Übrigens wird er wohl schon nächste Woche nach England abreisen. Der Brief an den König soll abgegangen sein; derselbe ist dann allerdings in einem anderen Tone als der an Manteuffel geschrieben.

Verhältnis des Herzogs zu Preußen sehr schlecht. Erfolg nicht mehr zu hoffen. Brief des Prinzen Friedrich von Noer an Bismarck.

Lieber Sammer. Über einen englischen Vermittlungsversuch, der auch bereits in den Zeitungen andeutungsweise erwähnt ist, höre ich von Stockmar folgendes: Lord Clarendon hat an Lord Loftus einen Privatbrief geschrieben, worin dieser aufgefordert wird, in versöhnlichem Sinne mit Bismarck zu sprechen. Letzterer hat darauf ausweichend geantwortet; er habe gesagt, Preußen und Österreich seien allerdings nicht mehr in den Flitterwochen, aber man falle doch nicht gleich von einem Extrem in's andere, und das Verhältniß zwischen beiden sei ähnlich dem, welches Richelieu einst gegen eine Maitresse, deren er überdrüßig war, bezeichnet habe mit den Worten: nous ne nous aimons plus. Lord Loftus hat darauf auch mit dem König gesprochen und scheint bei diesem einen größeren Eindruck gemacht zu haben. Wenigstens hat der König gegen den Kronprinzen davon gesprochen, daß die Königin Viktoria wohl eine Aussöhnung zwischen Preußen und Österreich versuchen könne, damit es nicht zu einer förmlichen Scheidung komme. Natürlich wird von Graf Russells Seite die Sache eifrig betrieben, und es wird vielleicht bald ein Brief des Kronprinzen an die Königin von England abgehen.

Die Nachricht, welche Karolyi über die Löwenberger'sche Sache nach Wien geschickt hat, muß auf einer anderen Quelle beruhen, als auf meiner Mittheilung an Geffcken. Denn seit meiner letzten Rückkehr aus Kiel habe ich Geffcken zuerst am 10. dieses Monats gegen Abend gesehen, und ich habe ihm also früher kein Wort über die Löwenberger'sche Affaire sagen können. Der betreffende Bericht Karolyis ist aber schon am 11. dieses Monats früh in Wien eingetroffen, wie sich aus dem Schreiben Wydenbrugks ergiebt. Also muß Karolyi von der Sache gewußt haben, ehe ich sie überhaupt gegen Geffcken habe erwähnen können. Abgesehen davon hätte ich sie gegen Geffcken gar nicht verschweigen können, weil er schon etwas davon wußte, allerdings ziemlich ungenau. Denn Prinz Christian hatte sowohl zu Geffcken als auch zu Lord Russell sich mit vielem Behagen über die Sache geäußert, aber er hatte den Thatbestand nicht ganz korrekt dargestellt, und mir blieb also nichts übrig, als an

Geffcken den wirklichen Sachverhalt zu erzählen. Den Verdacht, in dem man ihn hat, werde ich ihm natürlich nicht mittheilen.

Daß die Zeitungsnotiz über den Kronprinzen von Freese herrührt, ist mir jetzt, nachdem ich das Blatt gelesen, nicht zweifelhaft. Daß die Leute in Kiel hierbei ganz unschuldig sind, ist natürlich für jeden vernünftigen Menschen vollkommen klar. Es handelt sich nur darum, den Unvernünftigen jeden Vorwand zu nehmen. Deshalb wäre es vielleicht gut, nach Altona wissen zu lassen, daß sie besser thun, den Kronprinzen ganz außen vor zu halten. Der Kronprinz hat die Notiz an den König mit der Bemerkung geschickt, daß natürlich kein wahres Wort daran sei. Darauf ist nichts weiter erfolgt. Übrigens ist Stockmar ganz verständig und sagt mir, daß auch der Kronprinz ganz eben so sei. Der Alarm scheint mehr von Normann ausgegangen zu sein.

Was die Unterredung mit Keudell betrifft, so habe ich ihm ganz bestimmt gesagt, ich wisse, daß der Herzog noch immer bereit sei, auf den früheren Grundlagen eine Ausgleichung zwischen Preußen und Österreich zu versuchen, und daß, wenn dies gelingen sollte, er gern bereit sein werde, persönlich durch jeden irgend zuläßigen Beweis das Eingehen hierauf zu erleichtern. Hierauf antwortete mir Keudell, dies sei ein nach seiner Überzeugung längst und vollständig überwundener Standpunkt, von dem nicht mehr die Rede sein könne, und auf den Preußen sich nicht mehr einlaßen werde. Auch der Standpunkt der Februarforderungen sei jetzt überwunden; bis zum Juli v. J. oder bis Gastein sei ein Abschluß auf Grundlagen der Februarforderungen möglich gewesen; seitdem nicht mehr. Hätte ich für meine Äußerungen über eine Ausgleichung auf der früheren Basis auch nur ein halbes Ohr gefunden, so wäre ich gewiß auf das Einzelne eingegangen. Da dies nicht der Fall war, so hielt ich den Satz meiner Instruktion für maßgebend, wonach es von den Umständen abhängen soll, in wie weit ein Eingehen in Einzelheiten möglich sei. Mit Anerbietungen wie die Entlassung der Rathgeber, konnte man vielleicht vor 1½ Jahren einen Eindruck machen; jetzt würden dieselben mit Hohn zurückgewiesen werden. Wenn man solche Dinge jetzt vorbringt, so setzt man sich nur einer schnöden Antwort aus. Aufrichtig gesagt, habe ich vielmehr

den Vorwurf besorgt, daß ich über meine Instruktionen hinausgegangen sei als den umgekehrten, denn was ich über die Möglichkeit einer Eidesentbindung gesagt habe, geht viel weiter, als die Instruktion. Ich habe dies aus eigner Verantwortung gesagt, weil mir im Verlauf des Gesprächs schien, daß hier vielleicht ein Punkt sei, wo ein Hacken eingeschlagen werden könne. Allein ich glaube auch nicht einmal, daß dieses von irgend einem Erfolg sein wird. Bismarck muß entweder sein Ziel erreichen, oder er muß fallen. Praktisch war es von gar keinem Werth, ob etwas mehr oder weniger Detail vorgebracht wurden. Wenn es sich lediglich um die Rechtfertigung für ein künftiges Blaubuch handelt, so schließt das plus, das angeboten ist, das minus in sich.

Über den Brief[1]) des Prinzen Friedrich von Noer an Bismarck etwas zu erfahren, wird sehr schwierig sein; doch will ich es versuchen. Lorentzen.

226. Steindorff an Lorentzen. 1866, 20. März, Kiel. Bericht aus Karlsruhe über die Verbindung Österreichs mit Württemberg. Edelsheims Politik. Übereinstimmung zwischen Beust und v. d. Pfordten. Zusicherungen Bismarcks an Beust. Hannover gegen Preußen. In der Anlage Brief Sammers an Wydenbrugk über die provisorische Verordnung vom 11. März.

Lieber Herr Doktor. Aus Karlsruhe haben wir Folgendes über die Antwort erfahren, welche Varnbüler[2]) dem Schreiben v. d. Pfordtens ertheilt hat. Der Sache nach kommt es darauf hinaus, daß Varnbüler für ein Zusammengehen von Österreich und Württemberg ist: er sei ganz einverstanden mit Pfordten in betreff der Nationalcalamität eines Krieges zwischen Österreich und Preußen und über die Form einer Bundesexekution gegen den, welcher den Frieden breche; allein er glaube, daß die Dinge nicht nach den langsamen Proceduren der Bundesgesetze gehen können, und daß man zutreffenden Falles die Radien überspringen müsse. Weitere Vorschläge macht er nicht, nur meint er, daß die Staaten des

---

[1]) s. Nr. 224, Seite 475, Anm. 3.

[2]) Friedrich Karl Gottlob Freiherr Varnbüler von und zu Hemmingen. s. Allg. Deutsche Biogr. Bd. XXXIX, S. 492. ff.

7. 8. 9. Armeecorps sich über ein gemeinschaftliches Handeln verständigen sollten.

Edelsheim will sich gar nicht aussprechen, um freie Hand zu behalten. Er hat wiederholt in Wien wissen lassen, man solle dort eine feste Position nehmen, damit er wisse, woran er mit Österreich sei; auf Zusagen an Österreich, ehe dieses sich ausgesprochen habe, lasse er sich nicht ein. Er ist sehr mißtrauisch gegen Pfordten und meint, dieser habe bereits mit Bismarck fest abgeschlossen.

In Karlsruhe will man wissen, daß Beust mit Pfordten ganz einverstanden sei. Jemand, der Beust nahe steht, hat allerdings kürzlich erzählt, Bismarck habe Sachsen sehr beruhigende Zusicherungen gemacht, wenn es im Falle des Krieges es weder mit Preußen noch mit Österreich halten wolle. Auf den betreffenden Freund von Beust hatte diese angenehme Aussicht einigen Eindruck gemacht.

Andererseits erzählt von Hoffmann[1]), daß selbst Platen erklärt habe, er wolle jetzt nicht mehr mit Preußen gehen.

Anliegend[2]) schicke ich Ihnen eine Kritik der Zuchthausverordnung vom internationalen Standpunkt. Dieselbe ist einem Schreiben Sammers an Wydenbrugk entnommen.

Sammer läßt fragen, ob unsere Freunde gar nichts neues wüßten. Ihr ergebenster Steindorff.

---

[1]) Der Civiladlatus des Freiherrn von Gablentz.

[2]) Wenn ich heut auf die Zuchthausverordnung des Königs von Preußen für das Herzogthum Schleswig zurückkomme, so geschieht es nicht, um über die juristische und moralische Seite des Aktenstückes ein Wort zu verlieren, dessen bedarf es nicht bei dem evidenten consensus omnium. Aber die Zuchthausverordnung giebt namentlich vom internationalen Standpunkt aus den Anlaß zu Erwägungen von unzweifelhaft practischer Bedeutung.

1. Der König von Preußen behauptet darin den Besitz eventueller, nicht provisorischer Souveränitätsrechte über beide Herzogthümer. Österreich hat es bisher verneint, daß den beiden condomini solche Rechte zuständen. Hieraus folgt zunächst, daß der König von Preußen den Versuch gemacht hat, seinem Verbündeten, dem Kaiser von Österreich eine Meinung zu octroyiren, die dieser bisher bestritten hat. Will nun Österreich nicht, daß aus dem Schweigen über diese Auffassung Preußens seine, Österreichs, Zustimmung gefolgert werde, so wird es unumgänglich nothwendig sein, daß Österreich seinerseits gegen jene staatsrechtliche Auffassung Protest erhebe.

227. Steindorff an Lorentzen. 1866, 21. März, Kiel. Nachrichten aus Wien über die Anfrage wegen der preußischen Rüstungen und eventueller Lossagung vom Gasteiner Vertrag. Bitte um preußische Freimarken.

Lieber Herr Doktor. Gestern traf ein Brief von Wydenbrugk ein, der nur eine kurze Notiz von Interesse enthielt. Österreich habe in Berlin anfragen lassen, was die Rüstungen zu bedeuten hätten, und habe von dieser Anfrage die ihm befreundeten Mittelstaaten in Kenntniß gesetzt.

Heute berichtet Wydenbrugk in einem Briefe vom 18., daß in Wien eine telegraphische Antwort auf jene Anfrage eingetroffen sei, dieselbe gehe dahin,: es sei durchaus unrichtig, daß Preußen rüste, auch nicht ein Mann sei mehr als gewöhnlich einberufen. Mit größerem Rechte könne Preußen fragen, weshalb Österreich seine Militärmacht in Böhmen durch Dislocirungen an Regimentern verstärke.

Eine weitere Anfrage war von Wien ergangen, ob sich Preußen, wie es scheine, von dem Gasteiner Vertrage *lossagen* wolle. Darauf hat Graf Bismarck erklärt, auf diese mündliche

---

Ich bemerke hier beiläufig, daß sowohl der Statthalter als auch Herr v. Hoffmann die Ansicht ausgesprochen haben, die Verordnung sei eigentlich gegen sie gerichtet; die Ausdehnung auf Holstein bedeute, daß sie die Complicen seien, wenn in einer holsteinischen Stadt eine Erklärung für den Herzog erfolge. Und leider bietet die neue Etappenconvention der preußischen Regierung die formellen Handhaben, um einer solchen Anwendung der Verordnung auf holsteinischem Boden militärischen Nachdruck zu geben.

Als eine weitere Folgerung stellt sich heraus, daß die Verordnung den Gasteiner Vertrag gröblich verletzt. So wenig wie die österreichische Regierung kennt dieser Vertrag Souveränitätsrechte, welche den contrahirenden Mächten definitiv in den Herzogthümern zuständen. Liegt also Österreich daran, aus dem durch Gastein geschaffenen Verhältniß herauszutreten, so wird es auch von diesem Gesichtspunkte aus durch einen Protest *von der* Vertragsverletzung seitens Preußens Act nehmen und sich die Freiheit des Handelns für die Zukunft wahren können. Endlich hat Preußen durch diesen Schritt die Interpretation verletzt, welche es selbst nach den westmächtlichen Äußerungen über die Gasteiner Convention vom 29. August und 14. September diesem Vertrage gegeben hat. Preußen wird nicht mehr behaupten können, daß es den Gasteiner Vertrag als provisorisch dem Definitivum nicht präjudicirend betrachte.

2. Die freie Meinungsäußerung der Bevölkerung, welche bisher von den Westmächten gefordert ist, wird durch diese Verordnung unmöglich *gemacht*.

Anfrage könne er nur einfach mit „nein" antworten. Wenn er schriftlich befragt würde, würde er motivirt antworten.

Ich soll Sie bitten, mir demnächst eine Anzahl preußischer Postmarken à Stück drei Silbergroschen zu schicken für Briefe aus Kiel, die von guten Freunden mitgenommen und in Preußen auf die Post gegeben werden können. Ich meine, daß zunächst für zwei Thaler genügen dürfte.

Mit bestem Gruß Ihr Steindorff.

228. Lorentzen an Sammer. 1866, 24. März, Berlin. Eventuelle Anträge des Baron v. Kübeck beim Bunde. Europäische Einmischung nicht unmöglich. Die Königin von Württemberg gegen Bismarcks Politik. Friedliche Stimmung in Berlin. Gerücht einer Ministerkrisis.

Lieber Freund. Von Geffcken, den ich gestern Abend sah, hörte ich folgendes. Er wollte wissen, daß Kübeck bereits zwei fertige Anträge vollständig formulirt in der Tasche habe, um sie auf eine einfache Weisung aus Wien sofort am Bunde einbringen zu können. So lange Preußen nicht agressiv verfahre und sich innerhalb der Gasteiner Convention halte, werde Kübeck die beiden Anträge nicht zum Vorschein kommen laßen. Nach dem ersten aggressiven Schritt Preußens aber werde er sofort telegraphisch angewiesen werden, dieselben einzubringen. Der erste Antrag verlange auf Grund des Artikels 11 die Intervention oder Cooperation des Bundes, der zweite gehe auf Anerkennung des Herzogs für Holstein. Der zweite Antrag sei, wie Geffcken wissen wollte, hauptsächlich auf Verlangen v. d. Pfordten's hinzugefügt, welcher, wenn er und seine Freunde sich für Österreich engagiren sollten, eine Garantie verlangt habe dafür, daß Österreich dann auch wirklich für das Recht eintreten und nicht schließlich doch sich sonst irgendwie abfinden laßen werde. — Außerdem wollte Geffcken wissen, daß eine europäische Einmischung ernstlich im Anzuge sei. Zunächst suche England sich darüber mit Frankreich zu verständigen, und die Sache werde in Paris eifrig verhandelt. Vielleicht könnte unser dortiger Freund veranlaßt werden, darüber einmal bei Fürst Metternich anzufragen; denn von Drouyn de Lhuys wird er wohl wenig erfahren. Geffcken wußte durchaus nichts genaueres, meinte aber, die Sache könne

wohl auf eine europäische Conferenz hinauslaufen, welche besonders von England, aber auch von Frankreich gewünscht werde. Hiermit würde übereinstimmen, was nach einem heutigen Pariser Telegramm Drouyn de Lhuys zu Goltz gesagt haben soll.

Geffcken erzählte mir ferner, die Königin Olga von Würtemberg, welche kürzlich auf einer Reise nach Petersburg hier durchkam, habe sich sehr entschieden gegen die Bismarck'sche Politik ausgesprochen; sie habe geäußert, die augustenburgische Lösung sei die einzige verständige, und sie wolle suchen, in diesem Sinne auf ihren Bruder, den Kaiser, und auf Gortschakoff einzuwirken.

Die Stimmung im Allgemeinen nimmt hier in den letzten Tagen eine entschieden friedliche Wendung. Man kommt allmählich zu der Einsicht, daß ein großer Krieg ein zu theurer Preis für die Annexion sein würde, zumal wenn man dagegen die Vortheile hält, welche sich ohne Krieg erreichen lassen. Auch die Börse, welche zu Anfang der Woche sehr allarmirt war, so daß eine starke Baisse eintrat, glaubt nicht mehr an den Krieg, und seit gestern gehen die Course wieder in die Höhe. Es verbreitet sich die Ansicht, daß Bismarck der Verständigung mit Österreich werde zum Opfer gebracht werden, wogegen man dann aber für einen für Österreich angenehmen Premierminister allerlei Gegenconcessionen erwartet. Diese Dinge liegen in der Luft, ohne daß man die Quelle dafür nachweisen kann.

Dein Lorentzen.

229. Lorentzen an Sammer. 1866, 25. März, Berlin. Preußens Rundschreiben an die deutschen Regierungen. Die öffentliche Meinung gegen Bismarck.

Wie ich heute höre, soll gestern ein preußisches Cirkular[1]) an die sämmtlichen preußischen Gesandten abgegangen sein, welches Österreich anklagt, den Gasteiner Vertrag zu brechen, und erklärt, Preußen könne nicht mehr passiv den österreichischen Rüstungen zusehen, sondern müsse sich vorsehen, nicht wie 1850 unvorbereitet betroffen zu werden. Also scheint es Bismarck gelungen zu sein, den König wieder einen Schritt weiter zu treiben. Auch ist darüber wohl nie ein Zweifel gewesen, daß

---

1) s. Jansen-Sammer S. 582.

Bismarck nicht stille stehen, sondern bis zum Äußersten vorgehen wird, d. h., soweit er den König bringt. Aber der Strom der öffentlichen Meinung ist jetzt gegen ihn und zwar nicht bloß gegen seine innere, sondern auch gegen seine auswärtige Politik.

Mit besten Grüßen Dein Lorentzen.

230. Lorentzen an Sammer. 1866, 29. März, Berlin. Der Artikel in der Provinzial-Korrespondenz. Mobilmachungen. Die öffentliche Meinung glaubt an den Frieden. Bismarcks Pläne.

Die gestern von mir angedeutete akutere Wendung hat in dem gestrigen Artikel der Provinzial-Correspondenz bereits ihren Ausdruck gefunden. Diese halboffizielle Auslassung hat natürlich den Zweck, auf Österreich als den provozirenden Theil die Schuld zu wälzen, daß nun auch Preußen zu militärischen Gegendemonstrationen schreitet. Daß man nicht solche Sprache führt, wenn nicht bereits militärische Maßregeln beschlossen sind, ist selbstverständlich. Ich höre, daß zunächst die Armirung der sächsischen und schlesischen Festungen und die Kriegsbereitschaft von drei Armeecorps, des IV., V. und VI. beschloßen ist und wahrscheinlich sehr bald verkündet werden wird. Bezeichnend ist, daß in dem Artikel der Provinzial-Correspondenz der auf dem anliegenden[1]) Blatt gesperrt gedruckte Satz ursprünglich stand, dann während der Ausgabe zwei Stunden lang sistirt ward, und dann schließlich wieder genehmigt wurde. Die Folge davon ist, daß in den meisten Zeitungen dieser Satz fehlt. Dadurch, daß derselbe schließlich doch genehmigt ist, erhält der Artikel erst seine volle Schärfe. Man meint, die vorübergehende Sistirung des Satzes sei dadurch veranlaßt, daß auf einen Augenblick aus Wien ein friedlicherer Wind geweht habe. Doch ist dies nur Hypothese. — Die öffentliche Meinung fährt trotz alledem fort, an den Frieden zu glauben. Sie hält die militärischen Demonstrationen nur für Mittel, um bei der schließlichen Transaktion sich günstigere Chancen zu sichern. Indeß bei Bismarck ist es ohne Zweifel voller Ernst, denn bei jeder Transaktion sowohl einer günstigen als einer ungünstigen, würde er das Opfer

---

[1]) Nicht bekannt.

sein. Auch wird er gewiß, wenn es überhaupt zum Kriege kommt, die schleswig-holsteinische Frage nur als Handhabe betrachten, um noch größere Dinge in Fluß zu bringen.

Dein Lorentzen.

231. Sammer an Lorentzen. 1866, 31. März, Kiel. Vermittlungsidee durch England vertagt. Ausgleichung mit Österreich nicht unmöglich. Sammer krank. Lorentzens Rückkehr nach Kiel wahrscheinlich. Direkte Verbindung mit Wydenbrugk nötig. Hoffnung auf die Friedensströmung in Preußen.

Lieber Lorentzen. Deine Briefe vom 27[1]) und 29[2]) erhalten. Da die Vermittlungsidee (durch England) in einige Ferne tritt, ist das Übersenden[3]) allerdings für den angegebenen Zweck nicht nothwendig. Indessen kann es überhaupt sehr bald nothwendig werden, sich über eine Ausgleichung mit, sei es nicht mit England, so mit Österreich zu verständigen. Und es käme dann darauf an, sich nicht überraschen zu lassen. v. Hoffmann spricht mir wiederholt davon, unsere Meinung über eine solche Basis kennen zu wollen. Ich bitte Dich, mir also in Betreff des Übersandten Deine und Stockmars Meinung zu sagen, wobei es sich von selbst versteht, daß es sich wesentlich nur um die Frage der inneren Schlüssigkeit handelt.

Leider bin ich stark erkältet und soll Dich für den Fall eines Krankwerdens auf ein rasches Zurückkommen vorbereiten. Indessen auch für den Fall, daß Du auch noch sehr kurz da bleibst, bitte ich, Dich mit Wydenbrugk in direkte Verbindung zu setzen und ihm alles Mittheilbare möglichst rasch mitzutheilen. Da er Berlin nicht näher kennt, wirst Du ihm wohl mitunter Einzelnes verdeutlichen müssen.

Auf die Friedensströmung im preußischen Volke lege auch ich das größte Gewicht. Wenn sie aber entscheidend wirken soll, müssen die Demonstrationen viel größeren Umfang und größere Intensivität annehmen, müssen sich namentlich angesehene

---

1) Nicht bekannt.

2) Nr. 230.

3) Ein in Chiffren geschriebener Brief, den Lorentzen an Stockmar übergeben sollte.

und keiner Parteistellung angehörende Leute dabei betheiligen, und die Resolutionen und Petitionen direkt gegen die Annexion gerichtet sein. Der Anblick, den dieser preußische Annexionsliberalismus jetzt gewährt, ist aber wahrhaft kläglich.

Kiel, 31. März 1866. Dein Samwer.

Ich habe noch einiges hinzuzufügen:

Mohl schreibt unterm 28. d. M., der preußische Gesandte in Stuttgart habe am 27. an den dortigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Frage gestellt, wessen sich Preußen zu Württemberg zu versehen habe. Als Motiv der Frage wurde angegeben, Österreich rüste in gefährlicher Weise, mit dem Bunde sei doch nichts anzufangen, Preußen zu Gegenrüstungen genöthigt, müsse sich also an die Einzelnen halten. v. Varnbüler hat sogleich geantwortet mit Berufung auf den Bundesstandpunkt und zwar in sehr spitzer Weise. Mohl meint, selbst Mecklenburg scheine sich auf den Bundesstandpunkt stellen zu wollen; Preußen könne sich keine Illusionen machen über die Antworten, die es erhalten werde.

Mit bestem Gruß Ihr Steindorff.

232. Lorentzen an Samwer. 1866, 2. April, Berlin. Überreichung einer formellen Note Österreichs an Bismarck. Situation unverändert.

Lieber Freund. Die einzige Nachricht von Wichtigkeit, welche ich heute mittheilen kann, ist folgende: Karolyi hat vorgestern eine formelle Note[1]) an Bismarck gerichtet, in der er unter Bezug auf das preußische Cirkular vom 24. v. Monats im Auftrage der kaiserlichen Regierung erklärt, dieselbe sei von jeder aggressiven Absicht gegen Preußen fern, eine solche würde gleichmäßig den Gesinnungen des Kaisers gegen den König, wie dem Artikel 11 der Bundesakte widersprechen. Er sei aber auch beauftragt zu erklären, daß nunmehr die kaiserliche Regierung eine analoge Zusicherung hinsichtlich der Absichten Preußens gegen Österreich erwarte. Die Antwort hierauf ist nun abzuwarten. Im Übrigen ist die Situation unverändert.

Lorentzen.

---

[1]) Vom 31. März. s. Jansen-Samwer S. 585.

233. Lorentzen an Sammer. 1866, 6. April, Berlin. Der Inhalt der preußischen Antwort auf die österreichische Note vom 31. März. Bismarcks Einwirken auf den König. Gegendruck durch die Königin Witwe. Der Ministerpräsident Manteuffel in Berlin gewesen. Schwankende Haltung des Königs. Krieg oder Thronwechsel. Die einzigen Möglichkeiten. Die Entstehung der österreichischen Note vom 31. März. Die Bundesreformpläne Preußens; die Berufung des Parlaments. Antworten einzelner Regierungen auf das Rundschreiben vom 24. März. Die englische Vermittlung. Seine Ansicht über diesen Versuch. Österreichs Standpunkt zu den Konzessionen in der schlesw.-holst. Frage. Brief von Rumohr. Schreiben an Wydenbrugk.

Lieber Freund. Die preußische Antwort auf die österreichische Note vom 31. vorigen Monats wird vorgestern Abend von hier abgegangen sein. Ohne Zweifel wird dieselbe rasch veröffentlicht werden. Der Inhalt läßt sich mit ziemlicher Sicherheit aus der neuesten Provinzial-Correspondenz entnehmen. Die Schuld der entstandenen Beunruhigung wird auf die mit so großer Heimlichkeit umgebenen österreichischen Rüstungen geschoben; von der jetzigen Zusicherung, daß ein offensives Auftreten gegen Preußen nicht beabsichtigt sei, wird gern Akt genommen; ebenso wird die entsprechende Zusicherung gegeben, daß auch Preußen nicht offensiv verfahren wolle. Dabei soll eine Andeutung hinzugefügt sein, daß, um auf die jenseitige Zusicherung bauen zu können, die Thatsachen dem entsprechen, also namentlich die Rüstungen eingestellt und auf den früheren Fuß zurückgeführt sein müßten; so lange dies nicht geschehen sei, müßten auch in Preußen die angeordneten Rüstungen fortgesetzt werden. So ungefähr wird der Inhalt sein. Die Situation ist also dadurch wenig geändert. Man ist sich sachlich in keinem Punkte näher gekommen. Jeder Theil sucht möglichst feierlich den Verdacht einer offensiven Absicht von sich abzuwälzen, und der Unterschied ist nur der, daß die preußische Versicherung der Friedfertigkeit nirgends Glauben findet. Unterdessen wirken hier dieselben Strömungen fort. Bismarck, für den die Annexion nicht allein ein Zweck ist, sondern zugleich ein Mittel, um dadurch zu dem gewünschten Bruch mit Österreich zu gelangen, sucht den König fortwährend zu erhitzen; zu diesem Zwecke wird auch die Note vom 31. vorigen Monats benutzt; die übertriebensten Nachrichten über Truppenanhäufungen

in Böhmen werden täglich für den König zusammengestellt, und daneben dient die Note Karolyis als ein Mittel, den „verruchten" Charakter der Wiener Politik in das rechte Licht zu stellen, welche, während sie sich zum Sprunge rüste, zugleich die friedfertigsten Versicherungen gebe. Von der andern Seite sucht hauptsächlich die verwittwete Königin zu wirken. Ich höre, daß es auf ihren Antrieb in der That im Werke war, den General Münster-Meinhövel in außerordentlicher Mission nach Wien zu schicken. Doch ist dieser Plan bereits wieder aufgegeben. Auch spricht man davon, der frühere Ministerpräsident von Manteuffel [1]), der einige Tage hier war, sei auf den Wunsch der verwittweten Königin hergekommen, um eine Mine gegen Bismarck zu legen. Ob dies richtig ist, muß ich dahingestellt sein laßen, jedenfalls ist Manteuffel schon wieder abgereist, und auch dieser Versuch würde also keinen Erfolg gehabt haben. Der König selbst schwankt hin und her; er will das Ziel der Annexion, aber er will noch nicht die Mittel; er möchte die Frucht einer That, die zu thun er sich doch scheut. So liegen die Dinge hier jetzt; die Frage ist, ob der König zuletzt sich noch zu den Mitteln entschließt, zu denen Bismarck ihn treiben möchte, oder ob er das Ziel, das nur mit solchen Mitteln zu erreichen ist, lieber aufgiebt. Eine dritte Alternative wäre noch die, daß man es damit versucht, Bismarck fallen zu laßen und durch dieses Opfer Österreich zu einem Gegenopfer zu bewegen. Dies ist die Eventualität, die ich am meisten fürchte, vorausgesetzt, daß der König es überhaupt für möglich hält, ohne Bismarck seine innere Politik fortzusetzen und die Militärorganisation ohne offenen Staatsstreich aufrecht zu erhalten. Der latente Staatsstreich, der durch Bismarck's Verdienst verfassungsmäßig geworden ist, ist natürlich seit langer Zeit nicht mehr anstößig. — Das Resultat ist: Wenn Österreich fest bleibt, und wenn der König Bismarck für unentbehrlich hält und sich zu keinem andern Ministerium entschließen kann, so sehe ich keine anderen Möglichkeiten, als entweder den Krieg oder einen Thronwechsel; hält dagegen der König Bismarck für entbehrlich, so kann er entweder versuchen, durch die Opferung

[1]) Otto Theodor v. Manteuffel s. Allg. deutsche Biographie Bd. XX, S. 260 ff.

Bismarck's die Annexion von Österreich zu erkaufen, oder er muß zugleich mit Bismarck auch die Annexion fallen laßen. Die letztere Eventualität halte ich für die am wenigsten wahrscheinliche.

Über die Entstehung der Note vom 31. vorigen Monats höre ich von Geffcken noch folgendes, was dieser aber der allerstrengsten Diskretion empfiehlt. Der Rath zu dieser Note sei also von Benedetti gegeben. Karolyi habe nämlich in voriger Woche zu Benedetti gesagt, er sei eben im Begriff zu Bismarck zu gehen und mit Beziehung auf die preußische Depesche vom 24. vorigen Monats zu versichern, daß Österreich keine offensiven Absichten habe. Darauf habe Benedetti dringend gerathen, er solle dies schwarz auf weiß fixiren und zwar in der friedlichen Form einer Note. Hierauf habe Karolyi in Wien vorgefragt und sofort die Zustimmung nebst dem Text der zu übergebenden Note erhalten. In dieser habe Karolyi auf eigene Verantwortung ein Wort geändert. In dem von Wien gesandten Entwurf habe nämlich gestanden: „indem der Unterzeichnete anheimgiebt, die Note dem König zu unterbreiten". Statt „anheimgiebt" habe Karolyi gesetzt „ersucht". Wie wohl angebracht diese kleine Verschärfung war, zeigt der weitere Verlauf. Denn Bismarck hat die Note, die ihm am Sonnabend Mittag zugegangen war, erst am Sonntag Mittag unter den gewöhnlichen laufenden Sachen dem König zugeschickt, so daß dieser von anderer Seite früher, als durch seinen Minister, von der Existenz der Note hörte. Dies soll doch der König ein wenig übel genommen haben.

In dem neuesten mir heute zugegangenen Bericht Wydenbrugks vom 3. dieses Monats wird erwähnt, Bayern beabsichtige, an die preußische Depesche anknüpfend, hier anfragen zu lassen, welche Bundesreformvorschläge Preußen in petto habe. Diese Frage hat der bayrische Gesandte hier im Anfang dieser Woche gestellt. Darauf hat, wie ich höre, Bismarck im Allgemeinen mit Beziehung auf das bekannte preußische Programm vom 22. September 1863 [1]) geantwortet, namentlich aber die Dringlichkeit der Berufung eines deutschen Parlamentes betont [2]), welches jedenfalls bis zum 1. Juli dieses Jahres zusammentreten müße.

[1]) Nach der Eröffnung des Frankfurter Fürstentages.

[2]) s. darüber Jansen-Sammer S. 587.

Als Graf Montgelas[1]) hierauf erwiderte, daß die Regierungen doch jedenfalls sich vorher über ein dem Parlament vorzulegendes Reformprojekt verständigt haben müßten, hat Bismarck geantwortet: Die Hauptsache sei, daß zunächst nur die Berufung des Parlaments zu einem nahen Termin festgestellt werde; dann liege schon darin ein compelle, daß man sich auch über die Vorlagen verständige.

Es bestätigt sich vollkommen, daß selbst Mecklenburg die preußische Depesche vom 24. vorigen Monats mit Berufung auf Artikel 11 beantwortet hat. Hannover und Kurhessen haben geantwortet, sie hielten den supponirten Fall eines Bruches zwischen Preußen und Österreich für unmöglich. Den preußischen Intentionen günstig scheint keine einzige Antwort zu sein.

Über das mir zugesandte Vermittlungsprojekt[2]) habe ich vorgestern lange mit Stockmar gesprochen. Er meinte, das Ganze

---

[1]) Der bayrische Gesandte in Berlin.

[2]) I. Österreich räumt Preußen in den Herzogthümern folgende Vortheile ein:

1. die der Convention von Gastein.
2. die in der preußischen Note vom 22. Februar geforderten territorialen Abtretungen in Schleswig.
3. Defensiv- und Offensivbündnis mit dem künftigen Souverän als Herzog von Schleswig.
4. für beide Herzogthümer Militär- und Marine-Convention, welche Bundespflicht Holsteins nicht berührt; gegen diese Vortheile verzichtet Preußen auf Kriegskosten.

II. Räumung Schleswig-Holsteins von österreichischen und preußischen Truppen. Ordnung werden Gensdarmen und schleswig-holsteinische Corps aufrecht erhalten.

III. Einsetzung einer provisorischen Regierung für beide Herzogthümer, deren drei Mitglieder von Österreich, Preußen und entweder Großbritannien oder deutschem Bund ernannt werden.

IV. Provisorische Regierung wird eine Landesvertretung wählen lassen.

V. Provisorische Regierung wird Convention der Genehmigung der Vertretung unterwerfen.

VI. Wenn das Projekt nicht angenommen wird, wird Convention von Gastein bleiben.

VII. Wenn dagegen Genehmigung erfolgt, so wird die Versammlung aufgefordert werden, den Fürst zu bezeichnen, welchen sie als Souverain betrachtet.

VIII. Convention wird der Genehmigung dieses Fürsten unterworfen, und wenn er es genehmigt, überträgt provisorische Regierung ihm Regierung.

sei auf einen Fall berechnet, für welchen die Voraussetzungen noch nicht eingetreten seien; auch sei es ganz unbestimmt, ob und unter welchen Modalitäten sie etwa eintreten; daher sei es müßig, sich mit einem solchen Plan im Einzelnen zu beschäftigen. Mit Beziehung auf den früheren Gedanken, dieses Projekt an England durch Vermittlung des alten militärischen Sekretärs der Königin Viktoria gelangen laßen, machte Stockmar noch darauf aufmerksam, daß dieser alte gentleman in recht schlechtem Verhältniß zu Anker steht, indem nämlich Anker auf ihn eifersüchtig ist; woraus dann folgt, daß alles, was auf dem projektirten Wege nach England gelangt, wenigstens bei Anker nicht auf gute Aufnahme rechnen dürfte. — Ebenso wenig hielt Stockmar das Projekt für jetzt zur Mittheilung an den Kronprinzen geeignet; für alle etwa künftig möglichen Eventualitäten könne man sich nicht Pläne im Voraus machen.

Was meine Ansicht betrifft, so kann ich im Allgemeinen auf meinen im Anfang dieses Briefes entwickelten Ansichten über den Charakter der hiesigen Situation verweisen. Für Bismarck ist ein solches Projekt unannehmbar. Da er den Grundgedanken nicht ernsthaft acceptiren kann, so würde es sich, wenn man einen solchen Plan vorbringt, nur darum handeln, ob man ihm damit eine Falle legen kann, oder ob er nicht vielmehr derartige Projekte benutzen würde, um den Gegnern eine Falle zu legen. Das letztere würde ich für wahrscheinlicher halten. Einen wirklichen Erfolg von dem Vorbringen solcher Projekte kann man, so lange Bismarck Minister ist, meines Erachtens nicht erwarten. Alles, was ich über das Projekt bemerke, betrachte ich auch also nur als geltend für die Eventualität, daß Bismarck beseitigt wird. Nach diesen Prämissen bemerke ich folgendes: Das Projekt enthält Vorschläge theils in bezug auf die materielle Grundlage des künftigen Verhältnisses der Herzogthümer zu Preußen, theils in bezug auf den modus procedendi. Was den modus procedendi betrifft, so finde ich gegen den Vorschlag nichts zu erinnern, in so fern derselbe darauf berechnet ist, für Preußen eine möglichst anständige und unanstößige Form des Rückzuges zu ermitteln. Aber andererseits ist doch klar, daß Preußen, wenn es diesen modus procedendi acceptirt, bereits

zum Rückzug entschlossen sein muß. Denn man darf doch keinem preußischen Staatsmann die Stupidität zutrauen, nicht einzusehen, daß bei einem solchen Verfahren, wo Preußen schon in der provisorischen Regierung in der Minorität ist, eine Lösung im herzoglichen Sinne herauskommen muß. Der Vorschlag ist also berechnet auf die Eventualität eines kleinen Olmütz. Für einen solchen Fall aber soll man, meine ich, den Dingen nicht die Spitze abbrechen; man soll nicht Österreich, welches dann doch Sieger sein würde, durch allzu nachgiebige Vorschläge vor den Kopf stoßen. Was Österreich concedirt, dagegen müßen wir, wo möglich, nichts einzuwenden haben. Aber wir müßen uns hüten, Österreich zu Concessionen bewegen zu wollen, die ganz außerhalb seines politischen Systems liegen, die demselben vielmehr widersprechen. Von diesem Gesichtspunkte aus finde ich gegen die in dem Projekt unter I 1 und I 4 gemachten Vorschläge nichts zu erinnern; dagegen sehe ich nicht, warum wir die Initiative in Beziehung auf I 2 ergreifen sollen, und im allerhöchsten Grade bedenklich finde ich den Vorschlag unter I 3. So etwas mag Preußen vorbringen, und wenn Österreich es acceptirt, so müssen wir es uns vielleicht gefallen laßen; aber niemals dürfen wir selbst mit solchen Vorschlägen kommen, durch welche wir unsere letzten Freunde gegen uns mißtrauisch machen würden. Wir dürfen kein anderes Programm haben als die Aufnahme Schleswigs in den Bund; ist dies nicht durchzusetzen, so können wir das minus uns allenfalls aufdringen laßen, aber wir dürfen nicht im Voraus andeuten, daß wir uns jedes Verhältniß würden gefallen lassen, wenn es nur nicht das völlige Verschlungenwerden sans phrase ist.

Noch vor wenigen Tagen hat Karolyi zu Geffcken gesagt, Preußen könne jeden Tag die augustenburgische Lösung haben mit den Concessionen, zu denen sich Österreich schon bereit erklärt habe, und die in der Gasteiner Convention vorgezeichnet seien; wolle Preußen mehr, so sei das nur durch Krieg zu erlangen; dies sei der entschiedene Standpunkt Österreichs. Unter solchen Umständen haben wir keine Ursache, Österreich wieder kopfscheu zu machen.

Gestern früh habe ich durch einen Courier, der nach Primkenau ging, einen Brief von Rumohr[1]) nebst den darin bezeichneten Anlagen[2]), und heute früh seinen Brief vom 5.[3]) nebst Abschrift einer kurzen Notiz von Wydenbruck vom 3.[4]) erhalten. Ich möchte wissen, ob eine kurze Notiz von uns, vier Zeilen, die ich vorgestern Abend abgeschickt habe, gestern richtig in Kiel eingetroffen ist, in Rumohrs Briefe ist sie nicht erwähnt. – An Wydenbrugk habe ich geschrieben, daß ich seine Berichte regelmäßig abschriftlich aus Kiel erhalte, und daß ich

---

1) F. v. Rumohr, der Privatsekretär des Herzogs.

2) Briefe aus Frankreich und Schreiben Sammers an Wydenbrugk vom 3. April über einen neuen Versuch des „unermüdlichen Stadtältesten Löwenberger" beim Kaufmann Caesar Godeffroy in Hamburg; man sei, so habe er gesagt, in Berlin bereit, wenn S. Hoheit der Herzog verzichte, eine allgemeine Abstimmung in den Herzogthümern vornehmen zu lassen, um die Zustimmung der Bevölkerung zur Personalunion zu erreichen. Nach Rücksprache in Kiel ist dem Löwenberger von Godeffroy mitgeteilt worden, daß er sich nicht weiter kümmern brauche.

3) Rumohr berichtet darin: Man erfährt aus Stuttgart, daß dort von einem Abgeordneten Hölder (Julius Hölder s. Allg. deutsche Biographie Bd. L, S. 446) eine kleinere Versammlung von Abgeordneten von verschiedenen süddeutschen Staaten auf künftigen Sonnabend vorgeschlagen worden sei, um in diesen Ständeversammlungen gleichzeitig den Antrag auf eine gewaffnete Neutralität zu stellen. Ob die Sache zu stande kommen wird, ist wohl fraglich. In Stuttgart selbst hat der Gedanke Widerspruch gefunden, weil dies nur Wasser auf Bismarcks Mühle wäre, und weil keine schlechtere Politik getrieben werden könnte, als in diesem Falle neutral zu bleiben, wo dann schließlich der Friede auf Kosten der Neutralen gemacht werden könnte. Ob Hölder, welcher bekanntlich das Haupt der kleindeutschen Partei in Württemberg ist, diesen Plan im Interesse von Preußen gefaßt hat oder in der thörichten Hoffnung, den Süden vom Kriege fern zu halten, oder nur aus Eitelkeit, muß dahin gestellt bleiben.

4) Nach Biegelebens Ansicht habe Österreich jetzt freie Hand in seinen Schritten am Bund und in Holstein. Eine Antwort auf die letzte Note sei von Bismarck noch nicht erfolgt. Das Verhältnis zu den Mittelstaaten bessere sich. Bayern beginne zu rüsten. Bayern verlange, Preußen möge behufs etwaiger Verständigung die Bundesreformvorschläge, die es in petto habe, sofort mittheilen. Der Gedanke sei, Graf Bismarck in seiner eigenen Schlinge zu fangen und einigen Staaten, die sich jetzt noch zu ihm hielten, ihre natürliche Stellung wiederzugeben. Man habe deshalb in Wien nichts gegen den Versuch. Die Ankunft wurde ihm durch Privatschreiben Sammers vom 6. April angezeigt.

ihn also nur um direkte Mittheilung solcher thatsächlichen Notizen bitte, die mir hier von Wichtigkeit sein können. Ich bitte also, mit der Zusendung seiner Berichte fortzufahren.

Mit besten Grüßen Lorentzen.

234. Lorentzen an Samwer. 1866, 10. April, Berlin. Verschärfung der Lage. Rückantwort aus Wien. Rußlands Versuche in Wien für die Erhaltung des Friedens. Handschreiben des Zaren. Versammlung des Nationalvereins. Glückwunsch an Frau Herzogin.

Lieber Freund. Die Situation, die einen etwas mehr stagnirenden Charakter anzunehmen schien, hat sich seit gestern wieder erheblich verschärft. Die preußische Antwort hat in Wien höchlich verletzt, und der Reflex davon zeigt sich schon in den dortigen Zeitungen. Auch ist vollkommen richtig, daß hier bereits eine österreichische Rückantwort[1]) eingetroffen ist. Graf Karolyi wird darin angewiesen, die Erwartung auszusprechen, Preußen werde nach dem Austausch der Erklärungen, daß keiner von beiden angreifen wolle, die militärischen Ordres für die Mobilisirung zurücknehmen, Österreich habe nichts der Art zu thun, da es nicht gerüstet. Karolyi hat diese Depesche gestern um 3 Uhr Bismarck vorgelesen; Bismarck hat, wie Geffcken gehört hat, nichts geantwortet, sondern auf den König verwiesen. — Was Österreich mit diesem Zug beabsichtigt hat, ist mir nicht ganz klar. Gewiß wird hier dadurch vorläufig Bismarck's Stellung verstärkt, der nicht unterlassen wird, mit dieser Handhabe den König zu weiterer Mobilisirung zu reizen. Auch die öffentliche Meinung, die sonst im besten Zuge war, wird hierdurch wohl etwas verschnupft werden.

Über die Schritte, welche Rußland hier und in Wien gethan hat, hörte ich folgendes: Vor einiger Zeit wurde hier von russischer Seite eine Eröffnung gemacht, welche im Allgemeinen das Unglück eines Krieges hervorhob und zum Frieden mahnte, jedoch ohne bestimmte Vorschläge zu machen. Von hier wurde geantwortet, man sei hier ganz friedfertig, aber von Wien werde fortwährend provocirt, und wenn also Rußland für den Frieden wirken wolle, so möge es in Wien Vorstellungen machen.

---

[1]) Vom 7. April s. Jansen-Samwer S. 585.

Darauf ist sowohl hier als auch in Wien ein Schreiben des Kaisers von Rußland überreicht, in Wien bekanntlich durch General Richter, hier durch den Prinzen Georg von Mecklenburg-Strelitz, den der König am ersten Ostertag empfangen hat. General Richter scheint gar nicht in Berlin gewesen zu sein; wenigstens hat er hier keinen Auftrag gehabt. Die entgegenstehenden Nachrichten sind falsch. Über den Inhalt dieses Schreibens weiß ich nicht mehr, als was auch schon anderweitig berichtet ist; sie befürworten dringend die Erhaltung des Friedens, ohne eine eigentliche Vermittlung anzutragen. In dem nach Wien gerichteten Schreiben soll besonders die Zurückziehung der Truppen von der Grenze empfohlen sein, damit Preußen nicht gereizt werde. Der Kaiser von Österreich soll dem General Richter geantwortet haben, Österreich habe nicht gerüstet, könne also auch nicht entwaffnen.

Morgen Abend werden die hiesigen Mitglieder des National-Vereins eine Versammlung halten, betreffend Kriegsgefahr und Bundesreform. Ich denke, die Sache wird gut verlaufen. Wahrscheinlich Resolutionen gegen den Krieg, für die Selbstbestimmung der Schleswig-Holsteiner; schwerlich direkt gegen Annexion.

Meine Glückwünsche in Beziehungen auf die Entbindung Ihrer Hoheit der Frau Herzogin habe ich mir erlaubt, gleich am Sonntage zu telegraphiren.

Mit besten Grüßen Lorentzen.

235. Sammer an Lorentzen. 1866, 14. April, Kiel. Verschiedene Anfragen über die Lage der Dinge.

Bester Freund. Kannst Du denn Nichts über die Art erfahren, in der die österreichische Depesche beanwortet werden wird? Es ist eine unheimliche Stille in Berlin. Ist es die Stille vor dem Sturm, oder kann Bismarck den König nicht weiter in den Krieg bringen? Stockmar und Geffcken werden doch irgend welche Vermuthungen über die Absichten in dieser Hinsicht sowohl als in Betreff der Bundesreform haben. Bei der Bundesreform kommt Alles auf die eigentliche Absicht an.

Ferner wie stellt sich die Meinung in der Kreuzzeitungspartei? Es müssen doch darüber Indizien auch anderer als in

der Kreuzzeitung vorliegen? Ist die Letztere überhaupt noch Organ der Partei? Ist nicht Aussicht, daß Armin-Boitzenburg und Andere gegen diesen letzten Coup sich rühren?

Wydenbrugk schreibt soeben, daß Österreich Vorlagen der preußischen Reform-Pläne verlangen wird, nicht aber Opposition machen wird, und daß Pfordten fest sei. Wie verhält sich Benedetti zu dem Reformplan?

Den Artikel „aus der Mark“ brauchst Du nicht näher zu kennzeichnen. Er fiel uns sogleich auf, und wir vermutheten mit Sicherheit, daß er von Twesten sei. Aber was ist Twestens nicht publicirte Ansicht über die Stellung seiner Partei und der Lage? Die Nationalzeitung ist ja in fortwährendem Schwanken.

Kiel, 14. April 1866. Dein Samwer.

236. Lorentzen an Samwer. 1866, 15. April, Berlin. Der preußische Vorschlag auf Bundesreform. Bismarcks wahrscheinliche Absicht. Seine Erwartung auf die Zustimmung der öffentlichen Meinung. Das Projekt selbst noch gar nicht ausgearbeitet. Die Grundlinien des Programms. Das allgemeine Wahlrecht. Die Stellung des Bundes zum preußischen Antrag. Napoleons Unwillen über den Reformplan. Die letzte österreichische Depesche. Bismarcks Stellung erschüttert. Schwierigkeit, einen Nachfolger zu finden.

Lieber Freund. Darüber scheint die ganze Welt einig zu sein, daß der preußische Antrag auf Bundesreform so wie auf Berufung eines deutschen Parlamentes nicht ernsthaft gemeint, sondern nur ein diplomatischer Schachzug ist, durch welchen etwas Anderes als der darin angegebene Zweck erreicht werden soll. Welches aber die wirkliche Absicht sei, das ist sehr schwer zu sagen, und die Ansichten darüber gehen außerordentlich weit auseinander. Am meisten begegnet man hier der Meinung, daß Bismarcks Absicht sei, bei dem Bruch mit Österreich, zu dem er zu es treiben wünscht, zugleich die Frage zu verallgemeinern und durch Hereinziehen der deutschen Frage den Krieg zur Begründung der preußischen Suprematie über Norddeutschland zu benutzen. Indeß mir scheint, daß hiermit nichts erklärt wird. Das ist ja allerdings gewiß, daß Bismarck auch abgesehen von der Annexion den Bruch mit Österreich wünscht, um dadurch die deutsche Frage in Fluß zu bringen. Allein zu dem Ende

gebraucht er doch nicht das Parlament. Denn von dem Augenblicke an, wo der Krieg ausbricht, handelt es sich doch nicht mehr bloß um die Herzogthümer, sondern um viel größere Dinge. Die schleswig-holsteinische Frage kann der Anlaß eines Krieges zwischen Preußen und Österreich werden, aber sobald der Krieg ausgebrochen ist, würde sie nicht mehr das alleinige, nicht einmal das hauptsächliche Objekt desselben sein. Durch den Krieg wird eo ipso die Frage verallgemeinert; dazu bedarf es gar keines Parlaments. — Eine andere Ansicht ist, daß durch den Antrag vom Kriege abgelenkt, gewißermaßen ein Rückzug markirt werden soll; da Bismarck daran verzweifle, den König zum Kriege mit fortzureißen, so wolle er nun versuchen, durch das Parlament eine militärische Suprematie Preußens über Norddeutschland zu gewinnen und werde sich dann damit begnügen, daß die Herzogthümer in ein ähnliches Verhältniß der militärischen Unterordnung zu Preußen treten, wie auch die übrigen norddeutschen Staaten; durch den Antrag würde also der Rückzug von der Annexion eingeleitet und verdeckt werden sollen. Ich habe diese Ansicht ernstlich entwickeln hören z. B. von Twesten, welcher dabei aber selbst zugiebt, daß dies ein großer Rechnungsfehler Bismarcks sein würde. Denn eben so wenig wie die Annexion, würde sich die militärische Suprematie über Norddeutschland ohne Krieg durchführen laßen. Aber dieß weiß Bismarck gewiß viel genauer als wir. Über einen solchen Punkt kann er sich nicht verrechnen, und deshalb kann ich auch diese Erklärung nicht für richtig halten. — Diejenigen, welche eine möglichst geringe Vorstellung von Bismarck haben, meinen, daß er nichts weiter beabsichtige als die ohnehin komplicirte Frage noch mehr zu verwirren und seine Gegner durch diese ganz unerwartete Wendung zu desorganisiren und zu betäuben. Aber hierbei übersieht man, daß er durch diesen Schritt seine nächsten Freunde noch vielmehr desorganisirt und verdrießlich macht. Die sauer süße Miene, mit der die Kreuzzeitung sich noch immer die Stirn reibt, konnte doch nichts Überraschendes haben, auch nicht für Bismarck. — Aber über etwas Anderes konnte Bismarck sich vielleicht täuschen, weil er ganz unfähig ist, mit sittlichen Faktoren zu rechnen; er wird einen anderen Eindruck auf die öffentliche

Meinung erwartet haben; er wird geglaubt haben, daß, wenn Preußen die Fahne des deutschen Parlaments mit direkten allgemeinen Wahlen erhebt, dies wie ein elektrischer Funke zünden, daß die Begeisterung der Nation auch die widerwilligen Regierungen auf die Seite Preußens treiben werde. Ich meine, diesen von ihm erwarteten Enthusiasmus hat er auspressen wollen. Dabei hätte er dann nur übersehen, daß sein Name allein schon genügt, um allen Enthusiasmus und allen Glauben an irgend eine redliche Absicht todtzuschlagen. Statt der erwarteten Wirkung findet er nichts als ungläubiges Kopfschütteln und allerlei kühle Reflexionen über die wirklichen Zwecke, die durch diesen überraschenden Schachzug verhüllt werden sollen. Wenn ihm selbst dabei einiges Interesse nicht versagt wird, so ist dies doch nur etwa dasjenige Interesse, welches man auch einem Kunstreiter schenkt; man fragt sich zuweilen, ob er wohl den Hals brechen wird, aber mit besonderer Achtung wird man trotz der Verwogenheit der Sprünge nicht erfüllt.

Nach meiner Überzeugung hat Bismarck mit dem Antrag schon jetzt ein großes Fiasko gemacht, da der erwartete Eindruck gänzlich ausgeblieben ist. Aber die Ernüchterung wird noch größer werden, wenn erst der Inhalt des preußischen Reformprojekts etwas genauer bekannt wird. Bis jetzt soll dasselbe noch nicht einmal ausgearbeitet sein, so sehr hat man sich mit dem Einbringen des Antrags überstürzt. Aber die Grundlinien stehen doch schon fest, und was davon verlautet, ist nicht sehr einladend. Danach wäre das preußische Programm eine eigenthümliche Verquickung der Triasidee mit der Mainlinie. In Norddeutschland bis zur Mainlinie sollte die militärische und diplomatische Führung an Preußen fallen; über die südwestdeutschen Staaten würde Bayern eine Art von Hegemonie erhalten; Österreich erhielte dann die Erlaubniß, seinen Schwerpunkt nach Pesth zu verlegen. Die Absicht hiermit Bayern zu ködern, liegt auf der Hand. Aber niemand glaubt doch, daß Pfordten mit so plumpen Mitteln zu gewinnen sein würde. — Über das allgemeine Wahlrecht höre ich, daß beabsichtigt wird, zwar das aktive Wahlrecht unbeschränkt sein zu laßen, dagegen die Wählbarkeit an einen sehr höheren Zensus zu knüpfen.

Rechnet man dazu Regierungskandidaten und die sonstige aus der modernen französischen Praxis zu entnehmende Maschinerie, so kann man begreifen, wie Bismarck hoffen kann, bei dieser Wahlmethode besser seine Rechnung zu finden als bei einem mäßigen Census. Vielleicht hat Bismarck noch einmal wider Willen den Verdienst, den doktrinären Demokraten klar zu machen, daß das allgemeine Wahlrecht zwar nicht, wie er selbst sagt, dem konservativen, aber noch viel weniger dem liberalen Princip förderlich ist, sondern vielmehr dem Absolutismus und Cäsarismus. — Wenn Bismarck die Zeit dazu behält, so könnten wir die praktische Probe hierfür nicht zwar bei den Wahlen für das deutsche Parlament, wohl aber bei den Wahlen für den preußischen Landtag erleben, denn es hat große Wahrscheinlichkeit für sich, daß nach Bismarcks Plan in dieser Copie der napoleonischen Idee die nächste Entwicklung des inneren Confliktes vorgezeichnet ist; daß er damit umgeht, von dem Dreiklassensystem an die Massen zu appelliren und durch ein Bündniß der Feudalen mit den Proletariern die Bourgoisie zu erdrücken.

Falls er nämlich Zeit dazu behält, denn es könnte sein, daß dieser verfehlte Schritt seine Stellung ernsthaft erschüttert. Was den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit betrifft, so ist hier unter den mittelstaatlichen Diplomaten die allgemeine Ansicht die, daß man am Bunde sich bereit erklären wird, mit Preußen auf Verhandlungen über das einem künftigen Parlament etwa vorzulegende Reformprojekt einzugehen, daß man es aber ablehnen wird, die Berufung des Parlaments noch vor der Einigung über die Vorlage zu beschließen. Damit ist dem preußischen Antrag die Spitze abgebrochen, und derselbe wird klanglos im Sande verrinnen. Dieses Schicksal hätte nur abgewendet werden können, wenn irgend daran zu denken wäre, daß ein allgemeiner Enthusiasmus der Nation die Regierungen zu einer anderen Haltung zwinge. Aber außer von einigen Doktrinären in Baden und Nassau habe ich noch nirgends etwas von herzlicher Zustimmung bemerkt. In Preußen ist die reaktionäre Partei verstimmt, alle Übrigen sind kühl und skeptisch. Von der Art, wie man hier räsonnirt, giebt der gestrige Kladderadatsch, der ja sonst mehr ein Bismarck'sches Organ ist, das treueste Bild.

Über die Wirkung nach außen hin läßt sich noch nicht viel sagen. Indeß erzählte man mir, daß Napoleon, der ja allerdings jeder unitarischen Bewegung in Deutschland abgeneigt ist, diesen plötzlichen Schritt sehr übel genommen habe, vielleicht auch deshalb, weil er nicht liebt überrascht zu werden. Man wollte wissen, Napoleon habe schon am Montag Abend bei irgend einer Festlichkeit in den Tuilerien den Grafen Goltz bei Seite genommen, habe ihm seine Überraschung ausgedrückt und ihm gesagt, diese Maßregel sei grave, inopportune, et contraire aux interêts de la France. Goltz habe darauf sofort einen Courier hierher geschickt. — Benedetti hat, wie mir versichert wird, bis jetzt noch keine Instruktionen in Beziehung auf das deutsche Parlament.

Die letzte österreichische Depesche ist von hier noch nicht beantwortet. Charakteristisch ist, daß man von beiden Seiten jetzt sich bemüht, diese Depesche als minder scharf darzustellen, als sie wirklich war. Hier wurde sie zuerst als „Sommation" bezeichnet. Dann erhielten die Offiziösen Ordre, sie als weniger scharf zu charakterisiren. Also wird wohl Bismarck gefunden haben, daß sie beim König nicht in der gewünschten Weise auszubeuten war. Andererseits aber ist auch zu erkennen, daß man von Wien aus die Bedeutung dieser Depesche abzuschwächen sucht, vielleicht weil von verschiedenen mittelstaatlichen Seiten zu erkennen gegeben ist, daß man den Schritt für zu stark halte. Geffcken, dem die Depesche vorgelesen ist, versichert mir, dieselbe gehöre zu den stärksten diplomatischen Aktenstücken, die ihm überhaupt bekannt seien; auch seien bei der Gelegenheit Bismarck und Karolyi sehr heftig an einander gerathen; Bismarck habe, als ihm die Depesche, in welcher auf verschiedene mündliche Äußerungen von ihm Rücksicht genommen wird, vorgelesen sei, heftig remonstrirt, Karolyi habe die Richtigkeit seiner Berichte vertheidigt; schließlich habe Bismarck erklärt, er werde mit ihm (Karolyi) nur noch schriftlich verkehren. — Karolyi hat gesagt, zwischen Preußen und Österreich könne kein Friede sein, so lange der „Mann von Blut und Eisen" am Ruder sei.

Nach allen diesem scheint mir allerdings, daß Bismarck's Stellung etwas erschüttert ist. Auch die eigentlichen Hofkreise

wenden sich gegen ihn. Er würde noch mehr in's Schwanken gerathen, wenn sich nur ein Nachfolger finden ließe. Am meisten ist noch immer von Graf Goltz die Rede; aber dieser will zwar auch die Annexion, aber er verlangt eine Versöhnung im Innern, wozu sich der König nicht verstehen kann, weil ihm die dreijährige Dienstzeit gleich dem Dogma von der unbefleckten Empfängniß ist. Mit besten Grüßen Lorentzen.

237. Lorentzen an Sammer. 1866, 17. April, Berlin. Ablehnende Antwort Preußens nach Wien. Die bayrische Vermittlung. Bismarcks Krankheit. Krisengerüchte.

Leider kann ich heute wenig mehr melden, als was auch schon aus den Zeitungen bekannt ist. Daß die preußische Antwort[1]) vorgestern nach Wien abgegangen ist, hat der Staatsanzeiger schon gemeldet. Über den im Allgemeinen ablehnenden Inhalt kann nach den Bemerkungen der ministeriellen Blätter kein Zweifel sein. Genaueres habe ich heute noch nicht erfahren können. Stockmar kennt das Aktenstück noch nicht, hat aber gehört, daß auf eine recht scharfe, der österreichischen entsprechende Motivirung ein verhältnißmäßig nicht sehr scharfes Conclusum folgt. Es scheint eine Art von Zurückschiebung der Forderung zu sein. „Da von beiden Seiten die aggressive Absicht geleugnet sei, so erwartet man, daß nun auch von österreichischer Seite durch Thatsachen eine entsprechende Gesinnung manifestirt werde." Über die bayrische Vermittlung[2]) höre ich, daß gleich nach dem Eintreffen der letzten österreichischen Depesche Pfordten direkt an Bismarck telegraphirte, er beschwöre ihn, nicht zu antworten, bevor ein von ihm (Pfordten) abgeschicktes Memoire eingetroffen sei. Hierauf ging man ein, theils weil es zum System gehört, Pfordten durch Schmeicheleien zu gewinnen, theils weil man ohnehin die Antwort nicht zu übereilen wünschte. Das bayrische Memoire, welches dann Montgelas übergeben hat, enthielt außer allgemeinen Abmahnungen vom Kriege den praktischen Vorschlag einer beiderseitigen Demobilisirung. Ein gleicher Vorschlag wird

---

[1]) Auf die österreichische Depesche vom 7. Dezember. s. Jansen-Sammer S. 591.

[2]) s. Jansen-Sammer S. 589.

ohne Zweifel nach Wien gegangen sein, und man erzählt sich hier, Österreich habe geantwortet, es sei dazu bereit, wenn Bayern die Garantie übernehmen wolle, daß es nicht unvorbereitet angegriffen werde; zu einer solchen Garantie aber sei Pfordten doch nicht bereit gewesen.

Die Krankheit Bismarcks ist mehr als bloße Maske; am Sonnabend ist er wirklich bettlägerig gewesen. Seit Sonntag ist eine Besserung eingetreten. Es soll „fliegende Gicht" sein. — Trotz des Dementis der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung dauern die Gerüchte über Ministerkrisis fort. Zum Theil entstehen diese Gerüchte wohl aus Bismarcks Krankheit. Aber wenn auch nicht eine akute, so besteht doch eine Art von latenter Krisis. Dem König wird täglich von verschiedenen Seiten die Nothwendigkeit einer Änderung des Ministeriums dringend vorgestellt, namentlich von den Damen. Das hat zunächst nur den Erfolg, daß der König immer sehr verdrießlich wird. Aber die Wirkung würde wohl stärker sein, wenn sich nur ein passender Nachfolger finden ließe. Über v. d. Goltz habe ich bereits geschrieben und hervorgehoben, was gegen ihn spricht. Sonst ist auch noch vom Herzog von Ujest[1]) die Rede, welcher in der That seit einigen Tagen in Berlin ist; dies würde dann wohl eine zweite Auflage des Ministeriums Hohenlohe sein. Kurz, die Dinge stehen hier sehr in der Schwebe.

Mit besten Grüßen Lorentzen.

238. v. Rumohr an Lorentzen. 1866, 28. April, Kiel. Nachricht, daß Österreich bereit sei, Holstein unter gewissen Bedingungen an Preußen abzutreten.

Geehrtester Herr Doktor. Von beachtenswerther Seite wird behauptet, Österreich habe einen neuen Plan: den Besitz von Holstein an Preußen abzutreten, vorausgesetzt, daß es die Verwaltung im Namen des Bundes führen und den Herzog wohnen lasse, sowie unter Vorbehalt der Erbfolgefrage.

Es wird hinzugefügt, daß dies die Veranlassung zu Blomes Reise nach Wien gewesen sei. Sammer glaubt nicht an diesen

[1]) Hoyo Herzog von Ujest, Fürst zu Hohenlohe-Öhringen, Generalmajor.

Plan, hält es aber immerhin für möglich, daß vielleicht Blome oder einer seiner Genossen ähnliche Ideen hege. Wollte Österreich wirklich Holstein abtreten, so hätte dies weit besser und anständiger vor einem Vierteljahr geschehen sein können[1]).

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener

Rumohr.

239. v. Rumohr an Lorentzen. 1866, 26. Mai, Kiel. Anfrage wegen Einnahmen Preußens und Bereithaltung von Geldern für den Krieg. Das Recht der Kammern, die Anleihen zu bewilligen.

Geehrtester Herr Doktor. Man ist hier nicht ganz im Klaren darüber, wie lange die pekuniären Mittel Österreichs und Preußens es den beiden Staaten erlauben werden, gerüstet einander gegenüber zu stehen. In dieser Beziehung wäre es sehr wünschenswerth zu erfahren, wie viel baares Geld Preußen zur Verfügung hat, und wie hoch sich die Kosten der aufgestellten Armee täglich belaufen. Die Kammern sollen gesetzmäßig am 8. August wieder zusammentreten. Wäre es wohl möglich, daß dieselben früher einberufen würden, weil die Bewilligung von Anleihen nicht bis zu jenem Termin anstehen kann; wenn man hoffen dürfte, daß die Kammern vor Ausbruch des Krieges zusammentreten, so wäre es möglich, daß durch ihre Kundgebungen der Krieg ganz vermieden würde. Was denkt die Regierung zu thun, wenn die Kammern ihre Zustimmung zur Anleihe verweigern?

Über diese Fragen wünscht der Herzog durch Sie nähere Auskunft zu erhalten.

Ihr ergebenster Rumohr.

240. Lorentzen an Samwer. 1866, 27. Mai, Berlin. Die Einladung zum Kongresse nach Paris. Hoffnung auf Zustandekommen der Konferenz. Einladung an den Bund. Preußen gegen Beust als Gesandten, würde Pfordten vorziehen. Fortgang der Rüstungen. Dauer der Konferenz. Truppenmärsche durch Berlin. Voranstellung der schleswig-holsteinischen Frage auf der Konferenz.

Von Geffcken höre ich, daß gestern die französische Einladung[2]) zur Konferenz hier angekommen ist; die englische und

[1]) s. über diesen letzten Versuch Österreichs Jansen-Samwer S. 592.
[2]) Vom 24. Mai.

russische würden heute erwartet. Wahrscheinlich werden die drei Einladungsdepeschen morgen gleichzeitig übergeben werden. Um für Österreich die Sache leichter zu machen, ist Venetien nicht geradezu erwähnt, sondern in einer allgemeinen Floskel (Sicherung der Interessen Italiens) versteckt. Auch ist die von Frankreich ursprünglich beabsichtigte Garantie der weltlichen Herrschaft des Papstes auf Englands und Rußlands Wunsch fortgeblieben, und so ist auch dieser Stein des Anstoßes für Italien beseitigt. Es besteht kaum noch ein Zweifel an dem Zustandekommen der Conferenzen, zu denen auch der Bund eingeladen wird, der also demnächst einen Bevollmächtigten zu ernennen haben wird. Preußen wird seinen ganzen Einfluß aufbieten, um die Wahl Beust's zu verhindern. Dagegen wird man sich hier Pfordten eher gefallen laßen. Man rechnet hier, daß die Conferenz in den ersten Tagen der nächsten Woche eröffnet wird. Da die Rüstungen auf allen Seiten mit größter Anstrengung fortgesetzt werden, und man doch nicht lange sich in voller Waffenrüstung gegenüberstehen kann, so ist es klar, daß man auf der Conferenz entweder sehr rasch sich auf eine gemeinsame Basis verständigen muß, welche Aussicht auf Erfolg verspricht und die gleichzeitige Abrüstung gestattet, oder daß die Conferenzen ein schnelles Ende nehmen, und daß aus ihnen der Krieg sich entwickelt. Das Letztere gilt hier für wahrscheinlicher. Man taxirt hier die Dauer der Conferenz auf etwa acht Tage, so daß also nach reichlich vierzehn Tagen der Krieg eröffnet würde. Bis dahin wird man auch hier mit den militärischen Vorbereitungen fertig sein. Es werden jetzt täglich gewaltige Truppenmassen durch Berlin südwärts befördert. Aber es ist sehr geschickt eingerichtet. Man merkt wenig davon. Die Truppen kommen gar nicht durch die Stadt, sondern fahren auf der Verbindungsbahn, häufig in der Nacht, außen herum.

Auf der Conferenz wird die richtige Taktik darin bestehen, daß man nicht die venetianische, sondern die schleswig-holsteinische Frage voranstellt. Kommt Venetien zuerst zur Sprache, so entsteht ein europäisches Concert gegen Österreich. Wenn dagegen die Frage der Herzogthümer zuerst erörtert wird, so erscheint Preußen als der Ruhestörer, zumal da wahrscheinlich

Bismarck durch seine Leidenschaft sich zu der Behauptung hinreißen laßen wird, daß der Bund über Schleswig-Holstein nicht mitzusprechen habe, da dies in Folge der Verträge von Wien und Gastein eine nur zwischen Preußen und Österreich schwebende Frage sei. Lorentzen.

241. Lorentzen an Sammer. 1866, 28. Mai, Berlin. Antworten auf einzelne Fragen des Herzogs. Preußens Baarmittel. Termin zur Berufung des Landtages. Keine Beeinflussung der Wahlen durch die Regierung. Bismarcks innere Politik. Kein Einfluß der Kammern auf den Ausbruch des Krieges.

Auf die Fragen des Herzogs ist eine bestimmte Antwort nicht möglich. Auf einige kann man nur approximativ antworten, über anderes kann man nur Vermuthungen haben. Meine Ansicht über diese Punkte ist folgende.

Vor der Mobilmachung stand der Regierung an baarem Geld zur Verfügung: Betrag des Staatsschatzes etwa 12 Millionen, Ertrag des Cöln-Mindener Handels etwa 28, zusammen also 40 Millionen Thaler. Dazu kommen die Kassen-Bestände in den verschiedenen öffentlichen Kassen, welche man jetzt auf's Äußerste erschöpfen wird; ferner die Steuer-Kredite, welche ohne Ausnahme gekündigt sind und eingezogen werden. Diese beiden Rubriken mögen zusammen 50 bis 60 Millionen betragen, so daß annähernd ein Baarwerth von gegen 100 Millionen unmittelbar vor der Mobilmachung anzunehmen ist. Die Mobilmachung taxirt man an einmaligen Kosten auf 20 Millionen und an laufenden Kosten auf 1/2 Millionen täglich, also monatlich 15 Millionen. Also für einige Monate ist noch keine Noth. Dazu kommt nun der bekannte Grundsatz Bismarcks, man müsse das Geld nehmen, wo es zu finden sei. Zu finden ist aber noch manches, wenn man ohne Bedenken zulangt. Der Silbervorrath der Bank beträgt nach dem letzten Bankausweis 62 Millionen. Wie hoch die Capitalien der Seehandlung sich belaufen, weiß ich nicht. Außerdem besitzt der Staat noch die Ostbahn, die Niederschlesisch-Märkische Bahn, das Saarbrückener Kohlenrevier u. s. w. Da man hier über alle Verfassungsskrupel hinaus ist, so ist es ganz unberechenbar, wie viel Geld die

Regierung sich ohne die Kammern verschaffen kann. Noch schwerer ist zu berechnen, wie lange man in Österreich gerüstet warten kann. Aber obgleich man dort offenbar auf den Bankerott spekulirt, so wird Preußen die Sache doch wohl länger aushalten können. Und noch kurzathmiger als die österreichischen Finanzen, werden wohl die italienischen sein.

Was nun das Verhältniß der Kammern zu den Finanzbedürfnissen der Regierung betrifft, so muß der Landtag verfassungsmäßig spätestens am 7. August versammelt sein. Aber ich glaube, er wird früher, schon im Juli einberufen werden, da die Wahlen möglichst beschleunigt werden sollen. In diesem Punkt wird die Regierung ihre Verfassungstreue glänzend bewähren. Dies wird ihr um so leichter, weil der Termin der Auflösung absichtlich so bemessen war, daß im entscheidenden Moment das Land ohne Vertretung sein wird, und daß bei der Eröffnung der Kammern schon vollendete Thatsachen vorliegen. Der Krieg wird ganz gewiß früher ausbrechen, als die Kammern eröffnet werden.

Nun nimmt man hier allgemein an, daß das neue Abgeordnetenhaus von dem vorigen wenig verschieden sein wird. Es will mir fast scheinen, daß Bismarck dies wünscht. Denn bis jetzt merkt man nichts davon, daß die Regierung auf die Wahlen einzuwirken sucht, während sie früher die krampfhaftesten Anstrengungen machte. Wenn die Majorität des Hauses dieselbe wird, wie früher, so ist es sicher, daß sie dieser Regierung kein Geld bewilligen wird. Nicht einmal die oktroyirte Verordnung über die Darlehnskassenscheine wird nachträglich genehmigt werden. Viel weniger ist an Zustimmung zu irgend einer Anleihe zu denken. Bismarck erwartet dies offenbar nicht anders. Er kann sich darüber nicht täuschen. Auch ist es klar, daß er dem parlamentarischen System nicht die mindeste Concession machen wird. Da er die Partei nicht gewinnen kann, so will er sie vernichten. Er rechnet offenbar darauf, daß mit dem Krieg doch noch die altpreußische Kriegslust erwachen soll, und daß die öffentliche Meinung verdrießlich werden soll über die Kammer, welche sich mit dem Minister über Verfaßungsparagraphen zankt, während es sich um die

Existenz des Staates handelt. Ich glaube, Bismarck spielt nicht bloß nach außen, sondern zugleich nach innen ein hohes Spiel; er hofft bei dieser Gelegenheit auch nach innen den König über den Rubikon zu bringen. Rechnet er richtig, so wird er die Verfaßung zertrümmern, und unter dem Kriegslärm den Absolutismus restauriren. Rechnet er falsch, so rennt er sich hierbei den Kopf ein, und wir erleben dann nicht nur den Sturz des Ministeriums, sondern zugleich einen Thronwechsel.

Dies ist meine Auffassung der inneren Lage. Auf keinen Fall halte ich es für möglich, daß durch Kundgebungen der Kammern noch der Krieg vermieden werde, weil eben die Kammern vor Ausbruch des Krieges gar nicht zu Worte kommen werden. Lorentzen.

242. Lorentzen an Schleiden. 1866, 5. Juni, Kiel. Das Einrücken der preußischen Truppen bevorstehend. Das Archiv nach England gebracht. Der Überbringer an Schleiden gewiesen. Franckes Gruß. Sammer nach Frankfurt.

Lieber Schleiden. Ich schreibe Ihnen heute nichts über Politik; denn bevor Sie diese Zeilen erhalten, werden Sie viel genauer wissen, wie die Sachen stehen, als ich es Ihnen in diesem Augenblicke schreiben könnte. Sie werden also auch wissen, daß Preußen gedroht hat, die Einberufung der Stände mit sofortigem Einrücken in Holstein zu beantworten. Da nun das Einberufungspatent morgen früh publicirt werden soll, so dürfen wir annehmen, daß übermorgen die Preußen einrücken. Die schwache österreichische Brigade wird sich hier nicht halten können, und die Entscheidung liegt nun auf einem anderen Felde.

Unter diesen Umständen haben wir daran denken müssen, unsere Papiere rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, schon deshalb, damit der künftigen Geschichtsschreibung das rechte Material nicht entzogen werde. Unbedingte Sicherheit schien uns gegenwärtig nur in England vorhanden zu sein; und wir haben dabei auf Ihre bewährte Freundschaft gerechnet, daß Sie die Sachen gerne in Verwahrung nehmen werden. Der Sicherheit wegen haben wir Alles weggeschickt, weil eine Aussonderung dessen, wodurch Niemand kompromittirt werden kann, in der

Eile nicht thunlich war. Indeß in dem Koffer ist dasjenige, was wir vielleicht bald wieder gebrauchen, und was wir also vielleicht noch vor dem definitiven Ende uns wieder zurück erbitten. In den Kisten dagegen sind nur solche Papiere, welche voraussichtlich bis nach der definitiven Erledigung dort stehen bleiben können.

Der Überbringer dieser Zeilen ist einer unserer Schreiber, Namens Walter. Er geht von Hamburg per Dampfer nach London und führt die sämmtlichen Papiere als Passagiergut mit sich. Er ist angewiesen, sofort nach seiner Ankunft in London sich direkt vom Schiff zu Ihnen zu begeben. Da er in London ganz unorientirt ist, so haben Sie wohl die Güte, ihm etwas mit gutem Rath zur Hand zu gehen; namentlich auch, damit nicht zum Zweck der Zollrevision die sämmtlichen Kisten durchwühlt werden. Walter ist angewiesen, vorläufig in London zu bleiben und in Betreff der Rückreise sich nach Ihren Instruktionen zu richten. Da wir nämlich noch nicht bestimmt wissen, wo wir zunächst unser Hauptquartier aufschlagen werden, so können wir ihm auch noch nicht sagen, wohin er von dort reisen soll. Ich behalte mir vor, Ihnen demnächst die Adresse zu schreiben, wohin Walter zu dirigiren ist. Bis dahin muß er dort bleiben, und ich darf ihn wohl für alle etwa vorkommende Fälle auf Ihren gütigen Rath und Beistand verweisen.

Francke läßt Sie bestens grüßen. Sammer ist gestern in Folge einer dringenden Einladung[1]) des Großherzogs von Baden nach Frankfurt gereist. Vermuthlich hat der Großherzog noch ein Vermittlungsprojekt. Aber ich glaube kaum, daß es noch möglich sein wird, dem rollenden Rad in die Speichen zu greifen.

Mit besten Grüßen Ihr Lorentzen.

243. v. Holtzendorff an Lorentzen. 1866, 6. Juni, Gotha. Preußens Beruf. Seine Trennung von Augustenburg. Persönliche Hochachtung des Herzogs. Dringender Rat, sich von Österreich zu lösen und zu Preußen zu treten. Die Einberufung der Ständeversammlung.

---

[1]) s. Jansen-Sammer S. 615. Gebauer, S. 171.

Lieber Freund. Es war mir innerlich unmöglich, Dir zu schreiben. Seit dem 9. April habe ich nicht gezweifelt, daß Österreich zum Kriege schreiten würde, denn die Reform würde es ohne Krieg nicht zugeben. In der ganzen Zwischenzeit hat eure gute, ehrliche Sache zum Aushängeschild gedient, um dem Kriege ein respektables Aussehen zu geben. Man wünscht die Welt zu einer Verwechslung der Begriffe „Ursache“ und „Anlaß“ zu bewegen und leistet hierin Achtungswerthes. Was perfide Brutalität begann, führt jetzt antideutscher Staats-Egoismus zu Ende. Ihr und euer gutes Recht dientet und dient zum Spielball für zwei Gegner, die ein ganz anderes Ziel im Auge haben als euch. Es kann und kommt darauf an, euch nicht täuschen zu lassen. Die reale Politik, die seit zwei Monaten verfolgt wird, geht darauf hinaus, Preußen — oder wie man zu sagen beliebt Bismarck — zu demüthigen, niederzuwerfen, zu verkleinern. Nach meiner Auffaßung als Deutscher ist dies ein selbstmörderischer Wahnsinn, eine schmachvolle Politik, deren politischen und ethischen Werth schon Tacitus bei den Germanen erkannt hat. Indessen die Zeit ist krank und neigt zum Wahnsinn und zum Selbstmord. Man muß die Dinge nehmen, wie sie sind, sie begreifen und darnach handeln. Wie ich als Preuße zu der Sache stehe, kann nicht zweifelhaft sein. Sophokles sagte: „Wer ein Land liebwerther als das Vaterland für sich erachtet, dem gestehe ich gar nichts zu. Nie als Freund erkenn ich, wen das Vaterland zum Feinde hat.“ Preußen ist jetzt auf das äußerste bedroht, zum Theil von denen bedroht, die nur unter seinem Schutze leben und gedeihen können, und die ohne diesen Schutz sehr bald zu elenden Heloten fremder Caesaren hinabsinken würden — vielleicht werden. Die schweren inneren Gebrechen Preußens steigern die Gefahr in fast unleidlichem Grade. In demselben Grade aber steigert sich die Anforderung, die das Vaterland an seine Söhne stellt. Die Aufgabe, die uns Preußen gestellt ist, scheint unermeßlich groß und ist schwer, aber, das ist meine Zuversicht, sie wird gelöst werden zum Segen Preußens zur Rettung Deutschlands. Das neu erfundene Dogma vom „preußischen Particularismus“ und die Frehse'sche Unterscheidung vom „Berufe“ und von der „Aufgabe“ Preußens

sind zu krankhaft, um anders als in Clubs und fanatisirten Volksversammlungen Beachtung zu verdienen. Preußen ist kein Particularstaat, kein Stamm-Herzogthum, sondern das geeinigte halb Deutschland, und nur bornirte Stamm-Vermessenheit kann das leugnen und particularistische Staatsinteressen da sehen, wo eine Verschmelzung fast aller deutscher Particularinteressen zum Heile Deutschlands bereits vollzogen ist. Mag nun Herr Frehse in selbstschänderischem Spott und vaterlandsloser Entmannung die Aufgabe Preußens suchen, wo er will, er wird an dem Berufe Preußens, den in sich vollzogenen Verschmelzungsproceß auf jede mögliche Art von halb auf ganz Deutschland auszudehnen, nicht ändern. Die inneren schweren Leiden sind vorübergehender Natur; sie müssen und werden verwunden werden. Jede von außen uns auferlegte Demüthigung aber, jede Verkleinerung Preußens ist eine auch dem ganzen Preußen, dem halb Deutschland angethane Schmach, macht uns wehrlos und ehrlos. Und „nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre“.

Dunkle Schlangenwege der Diplomatie, die unbemerkt das widerwillige Volk zum Kriege führten, verhüllte Ziele des Krieges und unerkannter Grund desselben, haben bisher in Preußen — zu seinem Ruhm und zu seiner Rechtfertigung gegen den angeblichen Particularismus und die angedichtete Raubsucht — das Aufflammen des Zorns verhindert. Alles dies wird sich bald klären, und die Welt wird dann die alte Schärfe und den ungetrübten Glanz des preußischen Stahls wieder erblicken. Österreich will den Krieg, nicht um euret-, sondern um der fortgesetzten Ohnmacht Deutschlands willen — nun es wird ihn voll haben und bis aufs Messer, die Politik aber, deren Ziel Demüthigung und Verkleinerung Preußens ist — es sei aus welchem Grunde, und zu welchem Zweck es sei — und zu deren Voraussetzungen 500000 Preußen-Leichen gehören, wird, wenn sie siegt, so Gott will, nur über meine Leiche noch disponiren können.

Die Treue gegen politische Grundsätze und alte Freundschaft veranlaßt mich zu dieser offenen Aussprache in der Stunde der Trennung. Die Hoffnung, mit euch noch länger zusammengehen

zu können, ist gering. Du weißst, mit welcher Freude ich eure nationale Sache begrüßt, mit welchem Eifer ich — was an mir ist — eurem guten, deutschen Recht gedient, mit wie treuer Sorge ich euch in euren schweren Prüfungen begleitet habe. Eure Sache war die gemeinsame Fahne der Nationalität und des Liberalismus, sie schien auserseheh zu sein, uns aus dem Parteihader, dem inneren Kampfe und dem kleinlich widerlichen Getriebe der particularistischen Anfeindungen hinauszuführen, der Ausgangspunkt zur deutschen Reform zu werden. Was ist aus ihr geworden! Politischer Unverstand, Mangel an Entschluß, Unfähigkeit zum Handeln auf der einen Seite, diplomatische Verschlagenheit, brutale Machthandhabung, Feindseligkeit gegen alles Liberal-Nationale auf der anderen Seite haben das ihre gethan, den stark ausgeprägten Particularimus der Euren bis zur Unerträglichkeit zu spannen und eine überspannte Rechthaberei zu erzeugen, die stark an Shylocks Schein erinnert. Der für Deutschland erhoffte Segen ist in Fluch verwandelt. Es ist heute kaum möglich, in dem verzerrten Fratzenbild das ehrliche Antlitz eurer rechten und gerechten Sache zu erkennen. Euch selbst, die ihr mitten drin steht, euch des guten Rechtes und der guten Absichten bewußt seid, mag es schwer, ja unmöglich fallen, euch von dieser Veränderung zu überzeugen. Nichts desto weniger hat sich dieselbe thatsächlich vollzogen, zuletzt mit rapider Geschwindigkeit, und die Euren trifft der Vorwurf, über das Daheim die Welt, über das Einzelne das Ganze vergessen zu haben.

Aber es ist nicht Zeit, weder zum klagen noch zum anklagen. — Das Kapitel möchte lang und umfassend werden. — Die Stunde der Entscheidung fordert klare Erkenntniß der realen Verhältnisse und entsprechendes Handeln.

Da sehe ich euch denn im Schutze Österreichs, das euch in angeborener Biederkeit und in bewährtem Sinn für Recht, Freiheit und Nationalität der mütterlichen Pflege des lieben Bundes überreicht.

Während Österreich das Schwert zückt, um deutsches Recht und deutsche Freiheit vor fremder Vergewaltigung und Unterwerfung zu bewahren, während der deutsche Bund seine Glieder

dehnt und mit dem Säbel rasselt, und das grüne Gewölbe nach dem Königstein übersiedelt, sollen eure Stände beschließen, daß eure Truppen bewaffnet, organisirt und gegen Preußen geführt werden! — Man glaubt, aus einem schweren Traum zu erwachen, reibt sich die Stirn: ist denn Deutschland verwandelt, hat sich alles in seinen Gegensatz verkehrt? oder ist eben Deutschland das Alte, das durch zweitausendjährige Geschichte nichts, gar nichts gelernt hat? Tacitus ist es ja wohl, der über das currere in servitium sehr beachtenswerthe, nie beobachtete Betrachtungen anstellt! Ja wohl, sie laufen alle in die Knechtschaft und das Elend!

Aber es ist überflüssig, Dir dies vorzuhalten, Dich mit solchen Betrachtungen heimzusuchen; ich weiß, daß nicht allein die Schwierigkeit und die Gefahren eurer Lage, sondern auch deren Unnatürlichkeit Dich schwer belastet, Deinen Geist und Dein Gemüth quält. In noch höherem Maße erregt der Herzog meine lebhafteste Teilnahme. Ich kenne sein treues Herz, seinen edlen Patriotismus und seine Hochsinnigkeit und nicht allein als Parteimann, der die Verpflichtungen der für ihn eingetretenen liberalen Partei treulich erfüllt, in erster Linie als Privatmann, der das Glück hat, im persönlichen Verkehr die schönen Eigenschaften des Fürsten kennen zu lernen, habe ich es stets für eine liebe Pflicht der Gerechtigkeit und Anhänglichkeit gehalten, ihn gegen die nichtswürdigen Verlästerungen und verleumderischen Angriffe zu vertheidigen, sein hohes Pflichtgefühl und seinen geraden Rechtssinn mit voller Hingebung zu vertreten. Ich suche mir vergeblich eine klare Vorstellung zu machen von der Pein, die er empfinden muß bei dem Anblick des drohenden Unheils. Das Dilemma, in welches sein deutsches Herz und seine politischen und persönlichen Sympathien für Preußen in diesem naturwidrigen Drangsal gerathen sind, muß unleidlich sein.

Weil ich aber dieß weiß, und weil ich von dem Grundsatze ausgehe, daß jede Unnatur der Verhältnisse sich rächt — darum sage ich euch, reißt euch los von Österreich, löset mit kühlem Kopf und sicherer Hand die Bande, die euch zu ersticken drohen, und tretet in Reih und Glied dahin, wohin ihr gehört, zu Preußen. — Steht ihr denn wirklich im Schutze Österreichs,

seid ihr ihm Dank schuldig? Die Deutschen glauben es, und die Euren bilden sich's ein. Aber es ist nicht wahr. Österreich rührt um euch nicht den kleinen Finger und geht mit euch — oder wie man sagt, für euch — nicht einen Schritt weiter, als es seinem ausschließlichen Spezialinteresse gegen Preußen und dem daraus entspringenden Wunsche, den Michelbund durch gemeinsames Sandstreuen und Staubaufwühlen in Bewegung zu setzen, paßt. Solange es sich um diplomatische Schachzüge und Abwehr Bismarckscher Brutalitäten handelte, mochte sich ein Anbändeln mit Nutzen auf Österreich rechtfertigen lassen — nach meinem Geschmack war es nie, indessen will ich nicht absprechen, wo ich nicht klar sehe, jetzt aber, wo die Kanonen eine andere Tonart anschlagen und von Schachzügen keine Rede mehr ist, wo eure Sache in den Hintergrund tritt und die wirkliche Ursache des Krieges — die deutsche Frage und ihre Totalität, wie sie seit 18 Jahren von uns allen verstanden und erstrebt ist — allein noch Geltung hat, wo hiernach sich die Parteien zu erklären, die Rotten zu ordnen haben, jetzt ist euer Platz nimmermehr bei dem Feinde Deutschlands und deutscher, protestantischer Freiheit, nicht bei Österreich und den Particular-Cabinetten, sondern bei Preußens Volk und Fahnen.

Auch dieser letzte Coup der Stände-Einberufung bei euch, die nach der Anerkennung der 49er Verfassung zudem ungesetzlich ist — wird von euch hoffentlich in seinem wahren Werth als Aushängeschild gewürdigt. Man wünscht der Welt vorzugaukeln, daß eure Sache der casus belli sei; möglich, daß viele auf den Zopf beißen; aber darum wird die Sache selbst und die Natur des Krieges nicht geändert. Wie ich höre, wird leider Preußen dagegen interveniren, wenn Du dies liesest, wird es schon vollzogen sein — ich würde für richtiger halten, die Sachen bei euch ruhig gehen zu lassen und auch den Schein des Angriffs zu meiden. Aber, wie bemerkt, ich halte das Alles für Nebensache, die Hauptsache bleibt, wo steht ihr in dem Kampfe um die Reform, um Freiheit und Einigung Deutschlands? Österreich hat euch bisher gebraucht, jetzt mißbraucht es euch lästerlich, und ihr vollzieht nicht eine Art des Undankes à la Schwarzenberg, sondern thut einen Schritt der Sach-Erkenntniß und der

Selbsterhaltung, wenn ihr, sei es zu Itzehoe, sei es anderswo und anderswie erklärt: wir wollen den Herzog Friedrich, aber halten zu Preußen und gehen nicht gegen Preußen. Ich habe Dir in der Bedrängniß meiner Seele geschrieben, denn das Scheiden wird mir herzlich schwer. Vielleicht sind die Würfel schon gefallen, wenn mein Brief Dir zu Händen kommt. Meine persönlichen Gefühle der Freundschaft für euch alte Freunde, die Verehrung gegen den Herzog werden stets unverändert bleiben. Verändert ihr aber die Front, so stehe ich gegenüber, und neben mir werden eure besten Freunde stehen, bessere Freunde als May und Frehse. Mein Rath ist, schießt nicht auf die Preußen, ihr schießt auf eigenes Fleisch und Blut — und schließlich schießen die Preußen schneller und sind ihrer mehr als ihr. Gott schütze Deutschland und euch, ihr Freunde. Dein Holtzendorff.

244. Francke an Lorentzen. 1866, 6. Juni, Altona. Aufregung Sammers. Aushalten bis zum Äußersten. Umgehende Antwort, ob er die Lage für gefährlich ansehe. Zeitungsartikel gegen Roggenbach.

Lieber Lorentzen. Der vorgestern durchgereiste Sammer war in einer Aufregung, wie ich ihn nie gesehen; seine Mittheilungen haben May veranlaßt, noch heute früh zu Schiff über England, Frankreich nach Süddeutschland zu gehen. Ich werde versuchen, auszuhalten bis zum Äußersten, obwohl Sammer auch für mich schon jetzt den Termin für höchst gefährlich hielt. Bitte möglichst umgehend per expreß zu bestellen, um Nachricht, ob Deine ruhigere Auffassung dazu stimmt. Kommt heute Abend keine Nachricht, unter Einschluß an Herrn B. Geske, Marktstraße, so nehme ich an, daß akute Gefahr noch nicht droht.

Außerdem läßt Sammer sagen: gegen Roggenbach sei ein erstes Communiqué in der Kieler Zeitung angebracht; dann sei an Wydenbrugk in Wien zu schreiben, er allein könne und müsse mit Namensunterschrift gegen Roggenbach vorgehen.

Im Übrigen schütze uns alle der Himmel! Menschenwitz ist zu Schanden geworden. Dein Francke.

245. Lorentzen an Herzog Friedrich. 1866, 8. Oktober, Berlin. Die Stimmung in Kiel und der Annexionsgedanke in Berlin. Preußen und Sachsen. Die Ernennung Beust's zum Minister des Auswärtigen in Österreich.

Gnädigster Herr. Ew. Hoheit Schreiben vom 1. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Mit der darin ausgesprochenen Auffassung der Sachlage bin ich ganz einverstanden. Jeder Zeitgewinn ist immerhin ein Gewinn, auch wenn die Verschiebung zunächst uns als eine Galgenfrist erscheint. Allerdings sehe auch ich hierin bis jetzt keine neuen Chancen. Im Gegentheil glaube ich, daß die Regierung die Verschiebung der formellen Erledigung der Hauptsache um eines Nebenpunktes willen, wie doch die nordschleswigsche Frage ist, niemals zugegeben haben würde, wenn sie nicht in der Hauptfrage d. h. in der Durchführung der Annexion sich vollkommen sicher fühlte. In Kiel bewegt man sich, wie ich aus dortigen Briefen entnehme, noch in Träumen, als ob durch Kundgebungen aus dem Lande noch jetzt ein Eindruck auf das Abgeordnetenhaus gemacht werden könne dahin, daß dieses die Annexion ablehne und dagegen die Befragung der Bevölkerung verlange. Daran ist absolut nicht zu denken. Die Zustimmung zur Annexion der Herzogthümer wird zu den ersten Beschlüssen des Abgeordnetenhauses nach dem 12. November gehören. Hoffentlich wird die Mehrheit anerkennen, daß kein Rechtstitel hierfür ausfindig zu machen ist, weder aus dem Recht der Eroberung, noch aus dem Recht Christian's IX., noch sonst; und dafür, daß dieses geschehe, kann ich viel thun. Allein sobald die Frage aus politischen Gesichtspunkten angesehen wird, wird eine an Einstimmigkeit grenzende Majorität für die Annexion stimmen. Die öffentliche Meinung beschäftigt sich mit dieser Frage kaum noch, weil sie dieselbe als materiell abgemacht ansieht und die formelle Erledigung als selbstverständlich betrachtet.

Am meisten interessirt man sich hier jetzt für Sachsen, und in dieser Beziehung wirft man der Regierung zu große Schwäche und Nachgiebigkeit vor. Man denkt sich hier Sachsen nur noch als preußische Provinz, und zweifelt auch gar nicht daran, daß es dazu kommt; nur geht das Verschlingen den Leuten zu langsam von statten. Wenn Beust wirklich, wie es heißt, österreichischer Minister des Auswärtigen wird, so wird dadurch die Stellung Sachsens gegen Preußen zunächst noch erheblich erschwert werden. Überhaupt fürchte ich, daß diese Ernennung Beust's

entweder zu spät kommt, oder zu früh. Wenigstens wird Beust das Rad der Annexion zunächst nicht mehr aufhalten.

Ew. Hoheit unterthänigster Lorentzen.

246. Lorentzen an Herzog Friedrich. 1866, 12. Oktober, Berlin. Die Hoffnungen in Kiel. Die Stimmung der Regierung und der Abgeordneten. Annexion sicher. Lorentzen bereit, eine Broschüre zu schreiben. Gedankengang des Inhalts. Sein politisches Bekenntnis in der Annexionsfrage. Antwort des Herzogs erbeten.

Gnädigster Herr. *Lorentzen dankt für den Brief vom 8. Oktober.* . . . Auch mir sind verschiedene Andeutungen aus Kiel zugekommen, wonach man dort an die Verschiebung der Entscheidung über die Annexionsvorlage allerlei abenteuerliche Hoffnungen knüpft. Ich habe mir bereits in meinem letzten Briefe vom 8. d. M. erlaubt, Ew. Hoheit meine Ansichten hierüber anzudeuten. Mir ist es kaum begreiflich, wie man aus der Vertagung irgend eine Hoffnung schöpfen kann, daß die Annexion noch verhindert werden könne. Mir beweist die Vertagung vielmehr das Gegentheil. Die Regierung fühlt sich sowohl hinsichtlich der faktischen Durchführung der Annexion als auch hinsichtlich der Abstimmung des Abgeordnetenhauses so absolut sicher, daß ihr dieser kleine Aufschub ungefährlich erschien. Sonst wäre es ein Leichtes gewesen, die Vertagung einige Tage später erfolgen zu lassen und die Annexion während des Einzugstaumels durchzudrücken. Allein man hielt dies nicht für nöthig. Man betrachtet die Herzogthümer als einen sicheren unbestrittenen Besitz, außerdem als einen theuer erkauften Besitz. Die öffentliche Meinung ist hierüber so einig und entschieden, daß es den Abgeordneten gar nicht möglich sein würde, gegen die Annexion zu stimmen, auch wenn sie wollten. Aber sie wollen auch gar nicht dagegen stimmen. Ich bin fest überzeugt, daß gleich nach dem 12. November die Annexion im Abgeordnetenhaus beschlossen wird, welche Broschüren wir auch inzwischen schreiben, und welche Kundgebungen auch aus den Herzogthümern erfolgen.

Ew. Hoheit sagen selbst, daß Sie die in den Herzogthümern neu entstandenen Hoffnungen nicht theilen, und ich brauche mich also über diese Seite der Sache nicht weiter zu verbreiten. Wenn nun Ew. Hoheit dennoch glauben, daß um der Meinung

des Landes willen während dieser Zwischenzeit irgend etwas geschehen müßte, und dazu meine Mitwirkung in Anspruch nehmen, so bin ich gewiß immer gern bereit, Ew. Hoheit zu Diensten zu sein, so weit mir dies irgend möglich ist. Ich bin deshalb bereit, eine Broschüre zu schreiben, die zur rechten Zeit fertig sein soll, und welche folgende beiden Sätze entwickeln würde:

1. Für die Annexion besteht kein Rechtstitel irgend einer Art. Dieser Satz wird freilich nur einer sehr kurzen Begründung bedürfen, da die Commission selbst im Grunde ihn zugesteht.

2. Der Herzog hat es nie an Bereitwilligkeit fehlen lassen, um auf bundesstaatlicher Grundlage zu einer Verständigung mit Preußen zu gelangen, und wenn es dennoch nicht zu einer Verständigung gekommen ist, so liegt die Schuld nicht an dem Herzog, sondern an der preußischen Regierung. Dies würde an der Hand der Thatsachen kurz, schlagend, rückhaltlos darzuthun sein.

Soweit bin ich also mit Ew. Hoheit einverstanden. Wenn nun aber weiter Ihr Wunsch dahin geht, daß die Broschüre auch ausführen soll, daß, wie keine rechtlichen, so auch keine politischen Gründe für die Annexion bestehen, und daß dieselbe weder im preußischen noch im schleswig-holsteinischen Interesse liegt, so bedaure ich, daß ich in diesem Punkte nicht mit Ew. Hoheit übereinstimme, und daß ich also dies nicht ausführen kann. Ew. Hoheit werden mir das Zeugniß geben, daß ich gegen Sie immer offen gewesen bin, und daß ich mit meiner Ansicht auch dann nicht zurückgehalten habe, wenn ich wußte, daß Ihnen dieselbe unangenehm war. So will ich auch jetzt kein Mißverständniß aufkommen lassen und Ew. Hoheit offen bekennen, daß ich jene Sätze nicht vertreten kann, weil sie meiner aufrichtigen Überzeugung nicht entsprechen, und weil ich, wenn ich sie dennoch vertreten wollte, mich sophistischer und rabulistischer Künste bedienen müßte. Ich denke mir, daß Ew. Hoheit durch dieses Bekenntniß nicht überrascht sein können, nachdem ich dieselbe Ansicht schon in dem Gutachten, welches ich Ihnen im Juli in München übergab, ausgesprochen und später wiederholt mündlich angedeutet habe. Ich habe die Annexion der Herzogthümer mit allen Kräften bekämpft, so lange irgend eine Aussicht war, daß Deutschland sich in bundesstaatlichem Sinne entwickele.

Diese Aussicht auf den deutschen Bundesstaat ist geschwunden, und das ist nach meiner Ansicht die große Bedeutung der Ereignisse dieses Jahres. Wer nicht überhaupt an der Zukunft Deutschlands verzweifeln will, hat nur noch die Aussicht auf den Einheitsstaat, welcher überdies die vollkommnere Form ist verglichen mit dem Bundesstaat, und den wir bisher nur deshalb nicht erstrebten, weil wir ihn nicht für erreichbar hielten. Jetzt hat sich gezeigt, daß der deutsche Einheitsstaat möglich ist, und durch die Thaten dieses Jahres hat Preußen die Aufgabe übernommen, denselben herzustellen. Was jetzt als sogenannter norddeutscher Bund gegründet wird, ist nur ein vorübergehender modus vivendi für ein hoffentlich kurzes Übergangsstadium. Je mehr die Sachen dazu angethan sind, daß Preußen die kleinen Staaten in Norddeutschland rasch aufsaugt, desto besser ist es, damit dann bald der Süden an die Reihe kommen kann. Aus diesem Grunde ist es gut, daß von Anfang an möglichst wenig größere Scheinexistenzen in dem norddeutschen Bund sind, und deshalb wünsche ich jetzt, daß die Herzogthümer annektirt werden, obgleich es ein Unrecht ist, ebenso wie ich es wünsche, daß Sachsen zu Tode gequält wird, wenn es nicht bald von selbst einsieht, daß es besser ist, ein Theil Preußens zu sein als ein preußischer Vasallenstaat.

Dies sind die deutschen Gesichtspunkte, aus denen ich die Sache ansehe und die für mich immer in erster Linie entscheidend sind. Betrachte ich die Sache nun aber aus speciell schleswig-holsteinischem Gesichtspunkte, so kann ich begreifen, daß der Vollblut-Particularist einen selbstständigen Kleinstaat selbst auf Kosten der deutschen Einheit konstituiren möchte. Aber unbegreiflich ist es mir, wie Jemand lieber ein Preuße zweiter Klasse werden mag, als ein Preuße erster Klasse. Und weiter als bis zu Preußen zweiter Klasse würden wir es jetzt doch gewiß nicht bringen. Was endlich Ew. Hoheit selbst betrifft, so haben Sie dem Lande und Ihrer Pflicht gegen dasselbe die größten Opfer gebracht und sind gewiß bereit, wenn es Noth thut, noch größere zu bringen; allein dennoch möchte ich Ihnen das Opfer nicht zumuthen, daß Sie sich dazu hergeben sollten, als schleswig-holsteinischer Civilherzog sich nicht bloß vom König von Preußen,

sondern von jedem preußischen Militärgouverneur ununterbrochen auf die Füße treten zu lassen.

Das ist meine politische Auffassung. Von der Richtigkeit derselben bin ich so fest überzeugt, daß ich fest darauf vertraue, Ew. Hoheit werden bald mit mir übereinstimmen. So lange dieses noch nicht der Fall ist, halte ich mich wegen des Verhältnisses, in welchem ich während dieser Jahre die Ehre gehabt habe zu Ew. Hoheit zu stehen, verpflichtet, diese Ansichten nicht öffentlich zu erkennen zu geben, und auch privatim mich nur gegen sehr vertraute Freunde darüber auszusprechen. Allein eben so wenig kann ich etwas schreiben oder drucken lassen, was meinen Überzeugungen widerspricht. Wenn also Ew. Hoheit dieses nicht billigen, so bleibt mir nichts übrig als zu schweigen.

Demnach ist es mir unmöglich, aus politischen Gründen die Annexion zu bekämpfen. Aber auch abgesehen hiervon halte ich es nicht einmal für klug, wenn man jetzt in einer für die Kammer berechneten Broschüre versuchen wollte, auszuführen, daß die Annexion nicht im preußischen Interesse liege; daß dies völlig nutzlos wäre, habe ich schon oben gesagt. Man überzeugt damit keinen Menschen. Aber man nützt dadurch nicht nur nichts, sondern man schadet positiv. Denn der Leser wird durch solche Ausführungen, welche er darauf berechnet glaubt ihn zu übertölpeln, auch gegen das Übrige mißtrauisch, was sonst vielleicht Eindruck auf ihn gemacht haben würde. Aus diesem Grunde muß man, meines Erachtens, in der projektirten Broschüre nicht nur nicht die Annexion bekämpfen, sondern im Gegentheil gleich zu Anfang den Satz hinstellen, daß man die politische Notwendigkeit der Annexion vollkommen anerkenne, daß man begreife, wie die Abgeordneten nicht anders stimmen können, und daß man nicht die Absicht habe, auf ihr Votum irgend wie zu influiren, sondern nur Thatsachen klar zu stellen; worauf dann der oben angedeutete Inhalt folgen würde.

Ich bitte nun Ew. Hoheit zu erwägen, ob Ihnen eine solche Broschüre, wie ich sie schreiben kann, genehm ist, und in diesem Falle bitte ich, da Eile nöthig ist, mir ein einfaches „Ja" zu telegraphiren. Dann soll sie zur rechten Zeit fertig sein. Wenn

aber Ew. Hochheit mit Obigem nicht einverstanden sind, so müßte ich bitten, einen Anderen mit der Abfassung zu beauftragen.

Ehrfurchtsvoll verharrend Ew. Hoheit unterthänigster
Lorentzen.

247. Lorentzen an Herzog Friedrich. 1866, 19. Oktober, Berlin. Antwort des Herzogs. Die neue Broschüre.

Gnädigster Herr. Ew. Hoheit Schreiben vom 15. d. M. habe ich gestern zu erhalten die Ehre gehabt, nachdem mir in der Nacht vorher das telegraphische „Ja" zugegangen war. Ew. Hoheit haben vollkommen Recht, daß in einer Broschüre, welche wenigstens als indirekt von Ihnen ausgehend erscheint, nichts enthalten sein darf, was Ihren Überzeugungen nicht entspricht. Also ist dadurch unbedingt ausgeschlossen, daß die Annexion als eine politische Nothwendigkeit anerkannt werde. Da nun andererseits es mir unmöglich ist, aus politischen Gründen die Annexion zu bekämpfen, so ist die Folge, daß jede politische Tendenz ausgeschlossen wird, und daß eine Schrift entsteht, welche weder für, noch gegen die Annexion ist. Den Hauptinhalt würde also eine Geschichte der Verhandlungen von 1864 bilden müssen. Ich hatte mir, ehe ich Ew. Hoheit letztes Schreiben erhielt, bereits den Gedankengang hierfür zurecht gelegt, und ich dachte der preußischen Perfidie recht scharf und bestimmt zu Leibe zu gehen. Die Polemik in Betreff der Vergangenheit konnte um so schärfer sein, je mehr in der politischen Tendenz der Schrift der Gegensatz gegen den Partikularismus hervortrat. Da nun aber jetzt jede politische Tendenz wegfällt, so wird auch der Ton der Polemik herabgestimmt werden müssen, und das Resultat wird also sein, daß ein ziemlich mattes Produkt zum Vorschein kommt. Indeß dies läßt sich nun einmal nicht ändern. Aber es ist noch ein anderer Übelstand, der vielleicht das Erscheinen der Broschüre ganz verhindert. Zufolge Ew. Hoheit Schreiben vom 8. d. M. wollte Sammer mir unverzüglich eine Abschrift der Verhandlungen von 1864 schicken. Darauf habe ich mich nun bestimmt verlassen. Allein bis jetzt habe ich nichts erhalten, und da ich nicht weiß, wo Sammer gegenwärtig ist, so kann ich ihn auch nicht erinnern. Ganz ohne Aktenstücke, rein aus dem Gedächtniß, kann ich die Sache aber nicht schreiben.

Ich kann nicht dafür einstehen, daß ich mich jedes einzelnen Punktes unbedingt sicher erinnere. Nun aber ist doch gewiß das allerwesentlichste Erforderniß, daß in einer Schrift, welche, wie Ew. Hoheit selbst annehmen, indirekt auf Sie selbst zurückgeführt wird, hinsichtlich der Thatsachen nicht die kleinste Ungenauigkeit vorkommt. Die Schrift braucht nicht detaillirt zu sein, aber sie muß in dem, was sie enthält, absolut genau sein. Ich weiß nun nicht, wann die versprochene Abschrift eintrifft. Ich kann allenfalls noch 2 bis 3 Tage warten. Wenn sie dann nicht kommt, so wird schon der Zeit wegen die Abfassung der Schrift eine Unmöglichkeit werden. Ein Unglück kann ich freilich auch nicht darin sehen, wenn sie unterbleibt, zumal da, wie ich höre, Pastor Schrader und, wenn ich recht verstanden habe, auch Th. Griebel mit Widerlegungen des Commissionsberichtes beschäftigt sind. Ihre Arbeiten werden gewiß mehr im Geschmack unserer Landsleute sein als Alles, was ich schreiben könnte.

Was den Druck der Broschüre, falls dieselbe noch zu Stande kommt, betrifft, so halte ich irgend einen süddeutschen Ort für das Beste, am liebsten einen badischen, z. B. Heidelberg oder Mannheim. Dagegen scheint mir Basel und überhaupt die Schweiz nicht richtig. Es sieht aus, als hätte man sich damit aus Deutschland flüchten müssen. Wären Ew. Hoheit auf meine Idee eingegangen, daß die Schrift durchaus den Charakter einer privaten Meinungsäußerung tragen müsse, so hätte sie gerne in Berlin erscheinen können. Ich hätte selbst nichts dagegen gehabt, mich als Verfasser zu nennen. Allein für eine officiöse Auslassung ist Berlin jedenfalls nicht der Ort. — Zeitverlust kann durch Verhandlungen mit Buchhändlern und Druckern nicht entstehen, wenn, wie ich annehme, Ew. Hoheit die Schrift auf Ihre Kosten drucken lassen. Sonst würde sich ein Verleger wohl schwerlich finden.

Ich erwarte nur Ew. Hoheit Befehle in Bezug auf Zeit und Ort der gewünschten Zusammenkunft und werde dann immer bereit sein. Ehrfurchtsvoll verharrend

Ew. Hoheit unterthänigster Lorentzen.

Ich kann nicht dafür einstehen, daß ich mich jedes einzelnen Punktes unbedingt sicher erinnere. Nun aber ist doch gewiß das allerwesentlichste Erforderniß, daß in einer Schrift, welche, wie Ew. Hoheit selbst annehmen, indirekt auf Sie selbst zurückgeführt wird, hinsichtlich der Thatsachen nicht die kleinste Ungenauigkeit vorkommt. Die Schrift braucht nicht detaillirt zu sein, aber sie muß in dem, was sie enthält, absolut genau sein. Ich weiß nun nicht, wann die versprochene Abschrift eintrifft. Ich kann allenfalls noch 2 bis 3 Tage warten. Wenn sie dann nicht kommt, so wird schon der Zeit wegen die Abfassung der Schrift eine Unmöglichkeit werden. Ein Unglück kann ich freilich auch nicht darin sehen, wenn sie unterbleibt, zumal da, wie ich höre, Pastor Schrader und, wenn ich recht verstanden habe, auch Th. Griebel mit Widerlegungen des Commissionsberichtes beschäftigt sind. Ihre Arbeiten werden gewiß mehr im Geschmack unserer Landsleute sein als Alles, was ich schreiben könnte.

Was den Druck der Broschüre, falls dieselbe noch zu Stande kommt, betrifft, so halte ich irgend einen süddeutschen Ort für das Beste, am liebsten einen badischen, z. B. Heidelberg oder Mannheim. Dagegen scheint mir Basel und überhaupt die Schweiz nicht richtig. Es sieht aus, als hätte man sich damit aus Deutschland flüchten müssen. Wären Ew. Hoheit auf meine Idee eingegangen, daß die Schrift durchaus den Charakter einer privaten Meinungsäußerung tragen müsse, so hätte sie gerne in Berlin erscheinen können. Ich hätte selbst nichts dagegen gehabt, mich als Verfasser zu nennen. Allein für eine officiöse Auslassung ist Berlin jedenfalls nicht der Ort. — Zeitverlust kann durch Verhandlungen mit Buchhändlern und Druckern nicht entstehen, wenn, wie ich annehme, Ew. Hoheit die Schrift auf Ihre Kosten drucken lassen. Sonst würde sich ein Verleger wohl schwerlich finden.

Ich erwarte nur Ew. Hoheit Befehle in Bezug auf Zeit und Ort der gewünschten Zusammenkunft und werde dann immer bereit sein. Ehrfurchtsvoll verharrend

Ew. Hoheit unterthänigster Lorentzen.



